

Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 13

Chronik von 2016 bis Oktober 2017



| <u>Inhaltsverzeichnis</u> | Seite |
|--|--------------|
| Danksagung und Widmung | 2 |
| Vorbemerkungen | 3-4 |
| Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 2016 | 5-127 |
| Januar bis Oktober 2017 | 127-332 |
| Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis | 333-334 |

Danksagung und Widmung

Der christliche Name für Fortschritt ist Umkehr.

Franz Werfel (1890-1945, österreichischer Schriftsteller)

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Hamed Abdel-Samad, Isik Abla, Stefan Allgaier, Mees Baaijen, Bruno Bandulet, Thomas Barnett, Peter Bartels, Gundula Bavendamm, Hedwig von Beverfoerde, Günter Buchholz, Marc Dassen, Monika Donner, Wolfgang Effenberger, Jürgen Elsässer, Jan Fleischhauer, Andrew Follett, Dirk Förger, Bernd Förtsch, Josef Foschepoth, Ulrich Gellermann, Norman Harnert, Noah Harari, Hans Heckel, Jan Heitmann, Jana Hensel, Eva Herman, Rolf Hochhuth, Ilias Iliopoulos, Hans-Jürgen Irmer, Marc Jongen, Hans-Werner Klausen, Michael Klonovsky, Dirk Klose, Hans Köchler, Maximilian Kraus, Josef Kraus, Herbert Ludwig, Jim Macgregor, Karel Meissner, Guido Mingels, Martin Müller-Mertens, Lars Nicolaysen, Tino Perlick, Daniell Pföhringer, Alan Posener, Helmut Roewer, Albrecht Rothacher, Werner Rügemer, Thilo Sarrazin, Igor R. Schafarewitsch, Friedrich-Wilhelm Schlomann, Wolfram Schrems, Rolf Peter Sieferle, Dieter Stein, Erika Steinbach, Inge M. Thürkauf, Bassam Tibi, Jelena Tschudinowa, Patrick Walsh, Richard A. Werner und Jens Wernicke,

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Sophokles (495-406 vor Christus, griechischer Dichter)

Die planmäßige Deindustrialisierung Deutschlands läßt notgedrungen den Verdacht aufkommen, daß spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Oktober 1990 die systematische Restabwicklung des Morgenthau-Plans eingeleitet wurde. Nach dem sog. "Morgenthau-Plan", der am 15. September 1944 in Quebec durch Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde, sollte das "Problem Deutschland" bereits endgültig und radikal erledigt werden, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der "Morgenthau-Plan" wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar teilweise aufgeschoben, da die Deutschen damals noch während des "Kalten Krieges" gebraucht wurden. Trotz alledem wurden schließlich wesentliche Bestandteile des "Morgenthau-Plans" nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenkten" damals zum Beispiel nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten finanziert, zu denen zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre zählen, um die klassischen demokratischen Strukturen weltweit durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität.

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "ausgewählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der

planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Um ihre totalitäre Öko-Diktatur zu realisieren, nehmen die skrupellosen Globalisten auch den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf.

Glaube fängt nicht da an, wo der Verstand aufhört, sondern da, wo der Widerstand aufhört.
Gilbert Keith Chesterton (1874-1936, englischer Dichter)

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Zunächst wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die demokratische Meinungsäußerung zwangsläufig auf der Strecke, denn Meinungsfreiheit steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 2016 bis Oktober 2017

2016

Das Volk versteht das meiste falsch; aber es fühlt das meiste richtig. *Kurt Tucholsky (1890-1935, deutscher Schriftsteller)*

06.01.2016

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 6. Januar 2016: >>**So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.

- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.

- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. Grundlage ist das Erfassungssystem der Länder zur Verteilung der Flüchtlinge (Easy), das jeden eingereisten Flüchtling zählen soll. Doppelerfassungen lassen sich aber nicht ausschließen, auch berücksichtigen die Easy-Zahlen nicht, daß etliche Menschen nach ihrer Registrierung in andere EU-Länder weiterreisen.

Der starke Zuzug habe das Land vor Herausforderungen gestellt, "wie es sie seit der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht mehr gegeben hat", sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Er dankte Haupt- und Ehrenamtlichen in Behörden, Kirchen und anderen Organisationen, "die teilweise bis zur Erschöpfung da waren, wenn ihre Hilfe gebraucht wurde". Auf allen Politikfeldern werde man jetzt darauf hinwirken, daß die Zahl der nach Deutschland kommenden Asylsuchenden "deutlich verringert wird", betonte der Minister.

Mehr als 476.000 Asylanträge gestellt

Auch die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist im vergangenen Jahr stark angestiegen. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden 476.649 formelle Asylanträge gestellt, davon etwa 442.000 als Erstanträge. Dies ist eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um 135 Prozent. Die meisten Asylanträge wurden im Oktober gestellt.

Allein 162.510 Asylanträge wurden von Syrern gestellt, die mit 34 Prozent die größte Gruppe ausmachen. Unter den zehn Hauptherkunftsländern finden sich zudem vier aus der Balkanregion: Serbien, Kosovo, Mazedonien und Albanien. Zusammen mit den Asylbewerbern aus Bosnien-Herzegowina und Montenegro kamen im Jahresdurchschnitt etwa 30 Prozent aller Asylbewerber aus den sechs Staaten des Westbalkans. Allerdings verringerte sich deren Anteil in der zweiten Jahreshälfte nach Angaben des Ministeriums kontinuierlich und lag im Dezember nur noch bei acht Prozent. Zurückgegangen ist im Dezember auch die Gesamtzahl der Asylanträge und eingereisten Flüchtlinge.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 6. Januar 2016: >>**Es muß ein Exempel statuiert werden**

Dieter Stein

Köln ist eine Zäsur. Die massenhaften sexuellen Übergriffe, die Gewalt, die nordafrikanische und arabische Männer enthemmt in Gruppen in der Silvesternacht um den Hauptbahnhof der Domstadt an fast 100 Frauen verübten, schockieren Deutschland. Und das zu Recht.

Es sind alptraumhafte, das kollektive Unbewußte aktivierende Bilder, wenn wehrlose Frauen eingekesselt, mißbraucht, entehrt und beraubt werden und sie erleben, daß ihre Gemeinschaft

sie nicht zu schützen in der Lage ist. Ivan Jurcevic, Türsteher eines Lokals am Kölner Hauptbahnhof, der Zeuge der Übergriffe wurde, schilderte das Auftreten des Migrantens-Mobs: "Sie kamen mir vor wie eine richtige Armee." Was ist das für eine Nation, was sind das für Männer, die dies zulassen!

Die Auflösung der staatlichen Autorität, der Staatlichkeit Deutschlands insgesamt, die wir beschleunigt seit der Eskalation der Asylkrise Mitte vergangenen Jahres erleben müssen, bekommt durch Köln ein reales, brutales Bild. Das Staatsversagen, das die Merkel-Bundesregierung zu verantworten hat, bekommt durch Köln einen Namen.

Ein nationaler Skandal

Zum nationalen Skandal wird wiederholt das Verhalten öffentlich-rechtlicher Medien und zahlreicher etablierter Presseorgane, die mehrere Tage brauchen, um die Bürger über die Dimension der Kölner Übergriffe realistisch zu informieren. Insbesondere ARD und ZDF hätten aus Sorge darüber, daß Sachverhalte "politisch instrumentalisiert" werden könnten, die Herkunft der Täter lange unterschlagen und statt dessen "Mißtrauen gegenüber den eigenen Zuschauern" demonstriert, wie ein FAZ-Kommentar kritisiert: "Besorgte Journalisten" fühlten sich berufen, "zu verhindern, daß die Meinungsbildung beim Publikum unerwünschte Ergebnisse zeigt". Ebenso empörend sind die anfänglichen Versuche der Kölner Polizeiführung, die Vorfälle klein zu reden oder zu vertuschen.

Ein Schlag ins Gesicht der weiblichen Kölner Opfer ist als Konsequenz auf die Sexualübergriffe die Empfehlung der Oberbürgermeisterin Reker, Frauen sollten bei künftigen Großveranstaltungen wie dem kommenden Karneval ihr Verhalten ändern: Sie sollten Fremde "eine Armlänge" auf Abstand halten, um Angriffe zu verhindern. Besser kann die staatliche Handlungsunfähigkeit und das Versagen der Politik nicht bloßgestellt werden.

Erosion des Rechtsstaates

Es ist überfällig, seit Köln zwingend, daß unser Staat endlich demonstrativ Härte zeigt. Die Regierung muß Polizei und Justiz ermächtigen - notfalls durch Gesetzesänderungen im Eilverfahren, Recht und Ordnung im gesamten öffentlichen Raum mit eiserner Entschlossenheit durchzusetzen. Hierzu müssen die Samthandschuhe ausgezogen und die staatliche Autorität wiederhergestellt werden.

Schon viel zu lange erleben wir die Erosion des Rechtsstaates, der Autoritäten - ein Ergebnis der Achtundsechziger-Kulturrevolution, die dem allgemeinen Laissez-faire den Boden bereitet hat. Junge Männer, wie sie am Kölner Hauptbahnhof aufgetreten sind, müssen die Härte eines Staates spüren, der das Gewaltmonopol in diesem Land beansprucht.

Ein Satz von Ernst Jünger aus dem Jahr 1948 hat auf schockierende Weise angesichts der Auflösung staatlicher Grenzen und Autorität Aktualität gewonnen: "Wo der Liberalismus seine äußersten Grenzen erreicht, schließt er den Mördern die Tür auf. Das ist ein Gesetz."

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen

Es müssen öffentlichkeitswirksame Exempel statuiert werden: Übergriffe dieser Art münden darin, daß Gesetzesbrecher ihr Aufenthaltsrecht in diesem Land augenblicklich verwirken. Wenn das Asylrecht dieser Möglichkeit entgegenstehen sollte (was Juristen bestreiten), strafällig gewordene Asylanten und Ausländer mit Duldungsstatus umgehend und zur Abschreckung innerhalb weniger Stunden oder Tage abzuschicken, dann muß es eben geändert werden. Hierzu fehlt allein der politische Wille.

Die meisten klassischen Einwandererstaaten handeln mit konsequenter, entschlossener Härte, wenn Ausländer auch nur die kleinste Straftat begehen: Wer nicht bereit ist, sich einzufügen, hat hier nichts verloren und keine Zukunft. Schon bei der ersten Gesetzesübertretung muß die Konsequenz heißen: Ausreise.

Wann endlich handelt diese Regierung?

Es ist nicht mehr zu fassen, weshalb öffentliche Plätze unter den Augen der Polizei zum

Tummelplatz ausländischer Drogenhändler, Taschendiebe und Autoknacker werden wie der Kölner Hauptbahnhof oder beispielsweise der Görlitzer Park in Berlin. Wenn es nicht hilft, muß die Eingriffsschwelle für die Polizei so lange gesenkt werden, daß selbst bei kleinsten Verhaltensauffälligkeiten ein Zugriff möglich ist, bis das Recht wiederhergestellt ist und das Auftreten der Ordnungsmacht respektiert wird. Anders wird auch langfristig jede notwendige Integration von Ausländern scheitern.

Doch wann endlich handelt diese Regierung? Die Operationspläne für die Bundespolizei für die Wiederherstellung der Rechtsordnung an unseren Außengrenzen liegen auf dem Tisch. Sie könnten innerhalb von 24 Stunden umgesetzt werden. Doch Merkel handelt nicht!

Die Bundespolizei kann Bahnhöfe und Bürger nicht schützen, weil seit Monaten ihre Kräfte gebunden sind mit der Begleitung eines irrwitzigen Asylantenstroms, der auf Weisung der Bundesregierung unter Bruch geltenden Rechts mit Hilfe staatlicher Organe über die Grenzen geschleust wird!

An der Schwelle zu einem Bürgerkrieg

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen und damit die Handlungsfähigkeit nach außen und innen wiederherstellen. Zwischen der Kapitulation an der Grenze und dem Zusammenbruch der Ordnung am Kölner Hauptbahnhof besteht ein direkter Zusammenhang.

Wir stehen an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg, wenn die staatlichen Organe die eigenen Bürger nicht mehr schützen können, schützen wollen oder schützen dürfen. Wo sich der Staat zurückzieht, übernehmen Clans und Mafia das Kommando, dann regiert das Faustrecht. Die Schwachen - siehe Köln - geraten als erstes unter die Räder.<<

24.01.2016

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 24. Januar 2016 (x1.000/...): >>Freund oder Feind? Die deutsch-amerikanischen Beziehungen unter der Lupe

... Bundeskanzlerin Angela Merkel will deutlich mehr Geld für die Bundeswehr. Zurzeit steckt die Bundesregierung etwa 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Bundeswehr. Das sind umgerechnet etwa 36 Milliarden Euro pro Jahr. Die Ausgaben sollen nun innerhalb der nächsten 5 Jahre auf 2 Prozent aufgestockt werden. Das bedeutet also etwa 25 bis 30 Milliarden Mehraufwand. Was genau sind denn nun die Beweggründe der deutschen Kanzlerin für diese üppigen Militärambitionen?

Gab es dafür eine Petition, die von deutschen Bürgern gleich zig millionenfach an die Kanzlerin erging? Nichts dergleichen. Die US-Regierung und die NATO forderten diese Aufstockung. Zitat Merkels dazu: "Weil unsere amerikanischen Verbündeten das von uns erwarten". - Dr. Alexander Neu aus dem Verteidigungsausschuß der Linkspartei im Bundestag kritisierte dieses Vorgehen der Kanzlerin wie folgt: "Merkel ist Dank der deutsch-amerikanischen Freundschaft der Meinung, daß wir dem nachkommen sollten".

Spätestens wenn es um das liebe Geld in Form von Forderungen geht, sollte man eine Freundschaft hinterfragen. Was verlangen denn die US-Freunde sonst noch so? Dieselben Freunde, die von dem deutschen Bürger zig Milliarden Militärausgaben fordern, forderten seinerzeit ebenso die nach wie vor anhaltenden Rußlandsanktionen. Dieser aufgedrückte Russenhaß beschert der deutschen Wirtschaft Milliarden schwere Verluste.

Hierüber berichteten wir in unseren Sendungen "Deutschland am Gängelband der USA" vom 15. Dezember 2014 und "Kriegstreiber in Aktion: US-Panzertransporte rollen gen Osten" vom 24. Juni 2015. - Die US-Freunde verweigerten außerdem den Grexit, das meint den Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Statt dessen fließen nicht enden wollende zig Milliarden schwere Rettungspakete, zu Lasten der europäischen und insbesondere der deutschen Bürger zu den Gläubigerbanken und dies, ohne daß es die Medien sonderlich erwähnten.

Ein Grexit hätte aufgrund der Bankenverflechtungen durch einen Dominoeffekt die US-

Banken ruinös ins Wanken gebracht. Dann doch lieber die deutschen Freunde bluten lassen. Hierüber berichteten wir bereits in unseren Sendungen "Warum die USA bei einem Grexit Pleite geht" vom 02. September 2015 und "Derivatblase - Angst der USA vor einem Grexit" vom 09. September 2015. Schließlich haben die US-Freunde auch noch Europa, und auch hier wieder insbesondere Deutschland, eine gigantische Flüchtlingslawine beschert.

Zunächst wurden nordafrikanische und arabische Staaten durch gezielt herbei geführte Umstürze und Kriege unter US-Regie ins Chaos gestürzt. Dann Flüchtlingsströme auf Schiffen unter US-Flagge nach Europa gebracht. Hierüber berichteten wir in unserer Sendung "Die US-amerikanische Handschrift hinter den Flüchtlingsströmen" vom 16. August 2015. –

Zu den konkreten Kosten der Flüchtlingskrise für die deutschen Bürger nannte der freie Journalist Udo Ulfkotte in seinem Interview hier auf Kla.TV vom 9. Januar 2016 bereits ernüchternde Fakten: Laut dem Institut für Weltwirtschaft lägen die Zusatzbelastungen für Deutschland pro Jahr bei ca. 55 Milliarden Euro ... Kosten!

Im Verbund mit den zig Milliarden schweren Eurorettungspaketen, den zig Milliarden für die Migrantenaufnahme, den ebenso Milliarden schweren Einbußen aufgrund der Rußlandsanktionen ergeben die nochmaligen zig Milliarden an Militärausgaben eine extrem rasante und wirtschaftlich absolut ruinöse Talfahrt für die deutschen Bürger.

A propos US-Freundschaft noch eines: Nach den Terroranschlägen von Paris am 13. November 2015 vergingen keine drei Wochen, bis das Merkel-Kabinet am 1. Dezember den Syrien-Einsatz der Bundeswehr verfügte. Im Eiltempo wurde der Beschluß nur drei Tage später durch den Deutschen Bundestag gepeitscht. So schnell wurde die Bundeswehr noch nie in einen Krieg geschickt, dazu weder mit Mandat des UN-Sicherheitsrates noch mit Zustimmung der syrischen Regierung.

Weil also jegliche internationale Rechtsgrundlage fehlt, ist der Kriegseintritt der Bundesregierung in Syrien völkerrechtswidrig. Die einzige Legitimation dabei erscheint offensichtlich: "Weil unsere amerikanischen Verbündeten das von uns erwarten!"

Offenkundig ist, daß die USA als dauerkriegsführende Nationen selbst längst die finanzielle Belastungsgrenze überschritten haben.

Doch anstatt die Militärausgaben endlich abzusenken, setzt die US-Regierung weiterhin auf das Militär zur Durchsetzung ihrer globalen Interessen, nämlich eine Neue Weltordnung unter US-Vorherrschaft. Hierüber berichteten wir bereits anschaulich in unserer Sendung "Instrumentalisierende Kriegsführung" vom 29. August 2015.

Aufgrund ihrer eigenen katastrophalen Finanzlage spannen nun die USA andere Staaten vor ihren Karren. Zum Beispiel fordern sie von Europa schon seit längerem eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Daß dieses "einfach mehr leisten" nicht allein finanzielle Mehrausgaben bedeutet, sondern auch das Kopf-hinhalten, wo es weh tut, sprich wo das Kriegschaos herrscht, machte Bundesverteidigungsministerin von der Leyen deutlich. Der "BILD-Zeitung" sagte die Ministerin, daß Deutschland im Kampf gegen den IS in Libyen helfen wolle.

Bei dem geplanten Auslandseinsatz gehe es schon nicht mehr um den Syrien-Einsatz, sondern im nahtlosen Übergang bereits um einen erneuten Einsatz in Libyen. Es gehe gemäß von der Leyen darum, das von Islamisten bedrohte Land zu stabilisieren und dafür zu sorgen, daß Libyen eine funktionstüchtige Regierung bekomme. Mit anderen Worten: Deutschland soll nun für die US-Regierung die Kartoffeln aus dem Feuer holen, schöngeredet als Stabilisierungs- und Friedensmission, aber ganz im Sinne der US-Regierung.

Denn mit "funktionsfähig" ist nichts anderes als ein Funktionieren im Sinne der US-Regierung, also eine US-Hörigkeit, gemeint, wie die ganze Palette des sog. Arabischen Frühlings zeigt. Vor dem Arabischen Frühling war Libyen unter Gaddafi ein sehr aufblühendes, autarkes Land. Erst die US-Regierung haben Krieg, Zerstörung und Chaos gezielt orchestriert.

Dazu ebenso einen terroristischen Islamismus, der sowohl den Islam als auch alle anderen Religionen bis in den Tod bekämpft.

Darüber berichteten wir detailliert in unserer Sendung "Die gezielte Vernichtung Libyens - ein Augenzeugenbericht" vom 22. Oktober 2015. Unter Gaddafi waren einst alle auf Schriften gegründeten Religionen zugelassen, außer genau diesem terroristischen Islamismus. Über diese Hintergründe schweigen sich jedoch Politiker und Medien geflissentlich aus.

Wenn die deutschen Bürger nun nachweislich ruinös vor den US-Globalistenkarren gescharrt werden und die deutsche Kanzlerin und ihr Ministerteam dies nach allerbesten Kräften unterstützen, beantwortet sich die Frage fast von selbst, wer denn wessen Freund oder Feind ist.

...<<

04.02.2016

Israel: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" Nr. 6 berichtet am 4. Februar 2016: >>Flüchtlinge in Israel: Knast oder Ausreise

Israels Umgang mit afrikanischen Zuwanderern zeigt, wohin eine Flüchtlingspolitik führt, die auf Abschottung setzt.

Mit gerade mal 21 Jahren ist Brahane Tesfay bereits aus zwei verschiedenen Ländern geflohen. Seit einigen Monaten lebt er in einem kleinen Dorf in Norddeutschland und wartet darauf, daß die Behörden über seinen Asylantrag entscheiden. Erstmals seit sechs Jahren fühle er sich wieder sicher, erzählt er. In seiner Heimat Eritrea sei das nicht so gewesen. Und auch nicht in dem Land, in das er zunächst geflohen war: Israel.

"Ich bin wütend. Fünfeinhalb Jahre habe ich in Israel gelebt, bin dort zur Schule gegangen, habe Hebräisch gelernt, aber das half nichts. Sie wollten, daß ich gehe, nannten mich einen Eindringling", sagt Tesfay. Viele Flüchtlinge, die in Israel waren, berichten Ähnliches. In den vergangenen Jahren haben um die 10.000 nach Israel geflohene Menschen das Land wieder verlassen.

Die meisten stammen wie Tesfay aus Eritrea oder aus dem Sudan. Sie fürchten, andernfalls in einem der zwei Spezialgefängnisse zu landen, die der israelische Staat eigens für Zuwanderer betreibt. Die Geschichte von Tesfay sagt viel aus über den Umgang Israels mit seinen Zuwanderern. Sie erzählt von einer harten politischen Linie, von Zäunen, Gefängnissen und einem Streit um rechtsstaatliche Grundsätze.

Schätzungsweise 45.000 afrikanische Flüchtlinge halten sich derzeit in Israel auf, einem Staat mit gerade einmal acht Millionen Einwohnern. Die meisten Schutzsuchenden leben in den Stadtvierteln Neve Scha'anana und Ha'tikva im Süden von Tel Aviv, andere in den Städten Arad, Aschkelon und Eilat. Regelmäßig kommt es dort zu Auseinandersetzungen mit der einheimischen Bevölkerung.

Viele verachten die Afrikaner, halten die oft jungen Männer für kriminell und gewalttätig. Ins Land gekommen sind die Flüchtlinge vor allem zwischen 2010 und 2012, illegal über die Grenze zu Ägypten, bis weit über tausend jeden Monat. Dann errichtete Israel einen Zaun. Im Jahr 2014 kamen nur noch 44 neue Flüchtlinge über Ägypten nach Israel. 2015 waren es 168. Der Zaun zeigt also Wirkung. Aber das ändert nichts daran, daß bereits Zehntausende im Land sind.

Kümmern sich die Behörden um sie? "Was ist das für eine Frage?", entgegnet Tesfay. "Als Eritreer bekommt man in Israel bestenfalls eine Busfahrkarte nach Tel Aviv. Anfangs habe ich dort auf der Straße geschlafen, später in einem Park. Manche finden schnell eine Wohnung oder einen Job, andere nicht." In Kfar-Saba, einer nördlich von Tel Aviv gelegenen Kleinstadt, bekam er schließlich Arbeit. Wie viele Eritreer oder Sudanesen verdiente auch Tesfay sein Geld in der Küche eines Restaurants. Doch solange ihm kein Asyl bewilligt worden war, mußte er alle zwei Monate zur Behörde, um seine vorläufige Aufenthaltsberechtigung zu erneuern.

Als es wieder einmal so weit war, habe ihm die Behörde mitgeteilt, daß er nach Holot gebracht werden solle. So erzählt es Tesfay heute. Holot ist ein Gefängnis für Asylsuchende. Grundlage für dessen Errichtung war das "Gesetz zur Verhinderung des Eindringens". Offizielle Stellen in Israel bezeichnen Immigranten aus Afrika als "Eindringlinge". Das entsprechende hebräische Wort mistanenim wurde schon in den fünfziger Jahren verwendet. Damals in Bezug auf Palästinenser, die nach dem Unabhängigkeitskrieg versuchten, nach Israel zu gelangen.

Die Behörden hätten ihn vor die Wahl gestellt, berichtet Tesfay: mindestens ein Jahr Haft in Holot oder 3.500 Dollar und die freiwillige Ausreise nach Uganda oder Ruanda. Er nahm das Geld und flog im Januar 2015 nach Ruanda. In der Hauptstadt Kigali habe man ihm dann seinen Paß abgenommen, sagt er. Polizisten hätten gedroht, ihn zurück nach Eritrea zu schicken. Weil ihn die eritreische Armee aber als Deserteur betrachte, wäre er dort im Gefängnis gelandet. Für 1.000 Dollar Schmiergeld habe man ihn in den Sudan weiterreisen lassen. Und von dort schlug er sich über Libyen, das Mittelmeer und Italien bis nach Deutschland durch. Im April beantragte Tesfay hier Asyl.

Knast oder Ausreise nach Uganda oder Ruanda – das scheinen die Standardalternativen für viele Flüchtlinge zu sein. Allein im vergangenen Jahr seien 2.900 Sudanesen und Eritreer in eines der beiden Länder ausgewandert, berichtet das israelische Innenministerium. Sabine Hadad von der israelischen Einwanderungsbehörde betont, daß all diese Menschen freiwillig gegangen seien.

Jeder habe ein Flugticket und 3.500 Dollar bekommen – genau so wie im Fall von Tesfay. "Eindringlinge aus dem Sudan und Eritrea werden von Israel nicht mit Zwang abgeschoben, obwohl das immer wieder behauptet wird, um die Öffentlichkeit in die Irre zu führen", sagt die Behördensprecherin. Das Verfahren sei nach internationalem Recht völlig in Ordnung.

"Panische Angst, Nichtjuden ins Land zu lassen"

"Aber welches Schicksal erwartet diese Menschen?", fragt Sigal Rozen von der israelischen Nichtregierungsorganisation "Hotline for Refugees and Migrants". Wie Tesfay bleiben die meisten nicht in Uganda oder Ruanda, sondern brechen erneut auf – und wählen einen noch gefährlicheren Fluchtweg. Einige fielen in Libyen Terroristen zum Opfer.

Andere starben beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Die Menschenrechtlerin Rozen macht ihrem Heimatland schwere Vorwürfe: "Israel hat panische Angst davor, Nichtjuden ins Land zu lassen. Dem werden selbst jüdische humanistische Werte untergeordnet, etwa der Schutz von Leben und Hilfe für Bedürftige. Dabei wurde Israel einst selbst von Flüchtlingen errichtet", sagt sie, "und heute kehren wir Flüchtlingen den Rücken zu?"

Asylanträge von Sudanesen wurden bislang ausnahmslos abgelehnt. Von den 5.573 Eritreern, die in Israel seit 2007 um Asyl bitten, waren nur vier erfolgreich. Das geht aus offiziellen Zahlen hervor, die ein Jahr alt sind. Zum Vergleich: In Europa liegt die Erfolgsquote für Eritreer zwischen 70 und 80 Prozent.

Israels Umgang mit Flüchtlingen ist das Ergebnis einer langen und heftigen Auseinandersetzung zwischen der Knesset und dem Obersten Gericht. Als die ersten Afrikaner ins Land kamen, war das israelische Rechtssystem darauf kaum vorbereitet. Nachdem sie bis zu 14 Tagen festgehalten worden waren, schickte man die meisten nach Tel Aviv – ohne zu wissen, ob sie dort jemals legal arbeiten könnten.

Im Jahr 2007 entschied der Gerichtshof, 500 Flüchtlingen aus dem sudanesischen Darfur einen besonderen Status zu gewähren. Das war zwar kein Asyl, zwang aber die Politik, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Das tat sie auch. Und es folgte ein spektakulärer Schlagabtausch zwischen Legislative und Judikative. Dessen Ergebnis waren die sogenannten freiwilligen Abschiebungen nach Ruanda und Uganda.

Als die Zahl der Zuwanderer ein Jahr nach der ersten Gerichtsentscheidung langsam stieg,

begann das Parlament über mögliche Gegenmaßnahmen zu debattieren. Doch Israel hatte 1951 die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben. Diese und andere internationale Vorschriften verboten es, Flüchtlinge aus Eritrea und dem Sudan in ihre Heimat abzuschicken. Also beschloß man, sie gar nicht erst ins Land gelangen zu lassen – und baute den Zaun an der Grenze zu Ägypten.

Außerdem richtete man das erste Spezialgefängnis in Saharonim ein, falls es doch jemand schaffen sollte. Die Regierung bezeichnete es als "offene Anstalt", weil die Insassen nur die Nächte dort verbringen mußten. Das allerdings wurde von der Justizverwaltung streng kontrolliert. Und da das Gefängnis weit entfernt von der nächsten Stadt liegt, bestand die Freiheit für die bis zu 1.800 Insassen nur auf dem Papier. Für eine Dauer von maximal drei Jahren durften illegal Eingereiste dort festgehalten werden. Im Herbst 2013 entschied der Oberste Gerichtshof jedoch, diese Praxis sei unverhältnismäßig.

Als Reaktion auf das Urteil ließ Israel zunächst einige Gefangene frei, schaffte dann aber eine neue Rechtsgrundlage und errichtete 2013 in Holot ein zweites Spezialgefängnis. Wie das in Saharonim galt auch dieses offiziell als "offene Anstalt", lag aber abgelegen in der Wüste Negev. Eine zeitliche Obergrenze für die Unterbringung von Flüchtlingen gab es nun aber nicht mehr. Und wer sich nicht an die Regeln in Holot hielt, der mußte mit einem Jahr regulärer Gefängnisstrafe ohne Freigang rechnen – und ohne Gerichtsverfahren. Kritiker betrachten das als klaren Bruch rechtsstaatlicher Prinzipien.

Der frühere Innenminister Gideon Sa'ar, der damals die Errichtung von Holot politisch vorantrieb, lehnte eine Bitte um ein Interview ab. Sabine Hadad von der Einwanderungsbehörde erläutert jedoch, daß Holot aus zwei Gründen gebaut worden sei: einerseits um Eindringlinge mit dem Nötigsten versorgen zu können, andererseits um sie davon abzuhalten, sich irgendwo im Land anzusiedeln und eine Arbeit aufzunehmen.

"Diese Maßnahmen sollen die finanziellen Anreize minimieren, nach Israel zu kommen", sagt sie. Wer die Konsequenzen kenne, werde sich das gut überlegen. Schließlich werde er die hohen Ausgaben für seine Reise nach Israel hier nie wieder erwirtschaften können.

Ende 2013 wurden auch die ersten jener Afrikaner nach Holot geschickt, die bereits lange im Land lebten, mittlerweile Hebräisch sprachen, Wohnung und Arbeit gefunden hatten. Menschenrechtler wandten sich erneut an das Oberste Gericht, Afrikaner demonstrierten vor der Knesset, und das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen kritisierte Israel. Im September 2014 entschied das Gericht, daß Holot widerrechtlich sei und binnen 90 Tagen geschlossen werden müsse, Haftstrafen ohne Prozeß erklärte es für nichtig.

Wieder blieb die Knesset bei ihrer harten Linie. Ende 2014 verabschiedete das Parlament ein neues Gesetz. Asylsuchende sollten nach ihrer Ankunft drei Monate in Saharonim und anschließend 20 Monate in Holot festgehalten werden. Arbeiten dürften sie nicht.

Im August vergangenen Jahres ließ das Oberste Gericht das Gesetz zwar im Wesentlichen passieren, reduzierte die maximale Haftdauer jedoch auf ein Jahr. Holot und Saharonim blieben in Betrieb, doch Gerichtspräsidentin Miryam Naor kritisierte die Regierung scharf. Die Gesetzesänderung betreffe Menschen, "deren einziges Vergehen es war, illegal über die Grenze gekommen zu sein", schrieb sie in einer Stellungnahme. "Als eine Bürgerin Israels wünsche ich mir persönlich mehr Mitgefühl mit diesen Menschen, selbst wenn man sie als Eindringlinge betrachtet."

Das letzte Wort zum Umgang mit Flüchtlingen aus Afrika war aber auch das nicht. Vor wenigen Wochen trat eine weitere Fassung des Gesetzes in Kraft. Asylsuchende dürfen nun offiziell bis zu ein Jahr lang festgesetzt werden, ohne weitere Verlängerung. Neuankömmlinge werden für drei Monate in Saharonim eingesperrt und für die restliche Zeit in Holot. Danach gilt für sie, was für die meisten Schutzsuchenden bisher auch galt: In der Regel dürfen sie nach all der Abschreckung in Israel bleiben, selbst wenn ihr Asylbegehren abgelehnt wird.<<

19.02.2016

BRD: Der deutsche Unternehmer und Verleger Bernd Förtsch berichtet am 19. Februar 2016 im Börsenmagazin "DER AKTIONÄR": >>Merkels (Null-)Planwirtschaft

Wer erfolgreich sein will, muß Opfer bringen. Keiner weiß das besser als Kanzlerin Angela Merkel. Wer sich von einer schüchternen Uckermark-Perle zur mächtigsten Frau Europas entwickelt, hat sicher viele Opfer gebracht. Leider wird immer deutlicher, daß sie für ihre Karriere etwas opfert, was mir sehr am Herzen liegt: Deutschland.

Symptomatisch dafür ist die Situation der Versorger, allen voran bei RWE. Die nach Fukushima eingeleitete Energiewende war und ist nichts anderes als Improvisationspolitik aus wahl-taktischen Gründen. Das Opfer bringen deutsche Unternehmen und Verbraucher, die im internationalen Vergleich mit die höchsten Energiekosten verkraften müssen. Ein Standortnachteil, der Deutschland Investitionen und am Ende viele Arbeitsplätze kostet.

Denn bei RWE – und im Umkehrschluß dann auch bei E.ON – stehen nicht etwa die Dividenden für die Aktionäre und für Ruhrpott-Kommunen im Feuer. Das ist zu verkraften. Am politisch verursachten Niedergang von RWE und E.ON hängen 120.000 Arbeitsplätze, welche die Kanzlerin potentiell auf dem Gewissen hat. Angesichts des Teufelskreises, in dem sich die Versorger befinden, würde es mich nicht wundern, wenn eines Tages die Verstaatlichung des Energiesektors als "alternativlos" diskutiert wird.

Daß der planwirtschaftliche Irrsinn hierzulande nicht längst zum großen Knall geführt hat, ist der Tatsache geschuldet, daß für Exportweltmeister Deutschland mit Nullzinsen und dem schwachen Euro die denkbar besten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorherrschen. Nur deshalb und dank des damit verbundenen größten Steueraufkommens aller Zeiten kann sich Merkels Finanzchef Wolfgang Schäuble für seine schwarze Null auf die Schultern klopfen. Daß es bei diesen Rekorden nicht möglich ist, Schulden zu reduzieren, ist ebenso ein Armutszeugnis wie Schäubles Tragfähigkeitsbericht: Deutschlands Staatsfinanzen sind alles andere als zukunftsfest.

Beunruhigend ist in diesem Zusammenhang die konzertierte Attacke auf das Bargeld. Doch dafür gibt es eine einfache Erklärung: Es müssen künftig eben noch mehr Opfer gebracht werden. In einem rein digitalen Finanzsystem können die Opferlämmer – die Steuerzahler – schneller zur Schlachtbank geführt werden.

Was uns Merkel als soziale Marktwirtschaft verkaufen will, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Wiederauferstehung einer gescheiterten DDR-Planwirtschaft, die vor 26 Jahren begraben wurde. Ein Rückfall in Merkels sozialistische Jugendzeit entspricht nicht meiner Vorstellung von Deutschlands Zukunft.<<

27.02.2016

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 27. Februar 2016 über die Geheimpolitik der NWO-Finanzelite (x1.000/...): >>Goldman Sachs - Eine Bank lenkt die Welt

Goldman Sachs - Eine Bank lenkt die Welt Diese Dokumentation über das Netzwerk von Goldman Sachs zeigt auf, daß die Politik von der Finanzelite durchzogen ist und zu Gunsten weniger Geldherrscher eine ganze Welt finanziell in den Ruin getrieben wird. ...

"Goldman Sachs - eine Bank lenkt die Welt!": Unter diesem beunruhigenden Titel strahlte das Zweite Deutsche Fernsehen, kurz ZDF, bereits am 13. November 2012 eine erhellende und äußerst aufschlußreiche Sendung aus. Doch was geschah seither?

Unterm Strich: gar nichts. Klagemauer.TV-Zuschauer fragten sich, warum das so ist. Die Antwort scheint eine einfache zu sein: Solange man dramatische Wahrheiten im Rahmen einer Unterhaltungssendung ausstrahlt, reagiert das Publikum nebst vielem Lachen auf weiter nichts.

In der Hoffnung auf das Eingreifen der Staatsanwaltschaften, erreichte uns eine eingegangene

Klage in Form jener 2012 vom ZDF vermittelten Daten noch einmal in aller Ernsthaftigkeit. Hier geht es ganz offensichtlich nicht um eine Verschwörungstheorie sondern um Verschwörung-Tatsachen. Nicht weiter dürfen finanzielle zu Gunsten Interessen und Machtinteressen über dem Wohl des Volkes stehen. Nicht weiter darf weniger Plutokraten, sprich Geldherrschern, eine ganze Welt finanziell in den Ruin getrieben werden.

Doch sehen Sie selbst, welch unheimliches Netzwerk bereits 2012 sichtbar wurde. Die Frage stellt sich mit Recht: warum wurde bislang weder die Staatsanwaltschaft noch der Verfassungs- oder Staatsschutz aktiv. Sind auch sie Teil dieses verderblichen Netzwerkes? Neues aus der Anstalt 13.11.2012 - die Bananenrepublik (ausgestrahlt im ZDF).

Als Barack Obama wiedergewählt wurde, dachten viele, daß möglicherweise ein neues Zeitalter begonnen hat, weil am Ende doch nicht das große Geld entscheide. Denn immerhin hatten die Wall Street, die Finanzindustrie und die Banken doch sehr auf Willard Mitt Romney gesetzt und viele Milliarden in diesen Wahlkampf gesteckt. Dennoch kam wie durch Zauberhand Obama auf den Thron. Und bevor sich falsche Hoffnungen einschleichen, soll Ihnen diese Dokumentation beweisen, daß da kein Anlaß zum Optimismus besteht und daß es für eine Bank wie Goldman Sachs wirklich keine Rolle spielt, wer da gerade jeweils den amerikanischen Präsidenten spielt. Warum das?

Ganz einfach, weil Goldman Sachs genug eigene Leute hat. Goldman Sachs ist stets ein großer Krisengewinner, der immer wieder milliardenschwere Quartalsgewinne ausweisen kann. Der US-Chef von Goldman Sachs ist Lloyd Blankfein, ein Mann der in der Bronx aufgewachsen ist und es daher recht gut versteht, andere zu übervorteilen. Der Deutschland-Chef von Goldman Sachs ist Alexander Dibelius und Vorsitzender für das internationale Geschäft bei Goldman Sachs ist der Ire Peter Sutherland. Ein Ire, ehemaliger EU-Kommissar und Mitglied in der trilateralen Kommission.

Die trilaterale Kommission ist eine kleine, private Politikberatung in Washington. Da sitzen 300-400 Leute mit sehr viel Macht; in der trilateralen Kommission sitzen z.B. Leute wie Lucas Papademos, der griechische Übergangs-Regierungschef oder bis vor kurzem auch noch, der italienische Regierungschef Mario Monti. Was verbindet Monti und Papademos darüber hinaus? Man höre und staune - beide waren einmal bei Goldman Sachs. In der trilateralen Kommission sitzt aber auch Paul Wolfowitz. Paul Wolfowitz war einmal Chef der Weltbank, mußte dann aber wegen eines gut bezahlten Job-Deals mit seiner Freundin seinen Posten abgeben und zurücktreten.

Sein Nachfolger wurde Robert Zoellick. Und wo war Zoellick vorher? Richtig - bei Goldman Sachs. Zoellick sollte aber nicht verwechselt werden mit dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz Robert Zollitsch. Aber auch Robert Zollitsch ist in diesem Netzwerk integriert. Peter Sutherland saß nicht nur im Vorsitz bei Goldman Sachs International und in der trilateralen Kommission, sondern war auch noch Berater der Apostolischen Güterverwaltung mit Sitz in Rom. Und dort ist auch Robert Zollitsch zu finden.

Goldman Sachs hat aber auch noch andere interessante Vernetzungen, zum Beispiel: Petros Christodoulou war bei Goldman Sachs und wurde Chef der griechischen Schuldneragentur. Oder: Charles Henri de Croisset war sieben Jahre lang bei Goldman Sachs und überwachte anschließend in Frankreich die Finanzaufsicht. Oder Philip D. Murphy, der 23 Jahre bei Goldman Sachs war und daraufhin US-Botschafter in Berlin wurde. Philip D. Murphy war auch Mitglied der Atlantikbrücke e.V.

Die Atlantikbrücke ist ein deutsch-amerikanisches Elitenetzwerk. Da sitzen Politiker, Finanzhaie und Journalisten, die zusammen eine Denkfabrik bilden. Diese Leute kümmern sich auch um den politischen Nachwuchs der Zukunft. Die Atlantikbrücke hat Young-Leadership-Förderprogramme. Von den Programmen der Atlantikbrücke profitiert haben zum Beispiel: Cem Özdemir von den Grünen oder Julia Klöckner von der CDU. Aber die Atlantikbrücke hat

auch Christian Wulff und Silvana Koch-Mehrin gefördert.

Weitere Mitglieder der Atlantikbrücke sind: Goldman Sachs-Chef Deutschland, Alexander Dibelius und Kanzlerin Angela Merkel, die sich allerdings auch ganz direkt von Alexander Dibelius beraten läßt. Und hier finden wir Robert Rubin. Er war einmal Finanzminister unter Bill Clinton. Wo kam er her? Genau, von Goldman Sachs. Was machte Robert Rubin anschließend? Er beriet Timothy Geithner, den 2012 amtierenden US-Finanzminister. Allerdings war Geithner nur bis Januar 2012 im Amt. Da Geithner selber noch nicht bei Goldman Sachs war, hatte er wie durch einen Zufall einen ganz engen Mitarbeiter - Mark Patterson.

Wo kam Mark Patterson her? Von Goldman Sachs. Timothy Geithner war im übrigen auch Mitglied der trilateralen Kommission und Mitglied im Council on Foreign Relations. Das Council on Foreign Relations ist eine der mächtigsten Denkfabriken der Welt. Da sitzen 3.000-4.000 wirklich mächtige "Drahtzieher", die in ihren Sitzungen gezielt die Zukunft der Welt gestalten. Wer bezahlt die alle, wo kommt das Geld für das Council her? Unter anderem von Goldman Sachs. Mitglied im Council on Foreign Relations war 2012 auch Henry Paulson. Zuvor war er Finanzminister unter Georg W. Bush.

Und noch davor war er der alleroberste Chef von Goldman Sachs. Paulson war daher sehr gut vernetzt mit E. Gerald Corrigan. Corrigan war Chef der amerikanischen Notenbank. Dieser war anschließend bei Goldman Sachs und zugleich Mitglied des Council on Foreign Relations und ebenso Mitglied der Group of Thirty. Die Group of Thirty ist ein Nobelclub der Finanzelite, dem Corrigan angehört. Und wer ist noch in der Group of Thirty? Mario Draghi.

Auch Mario Draghi war zuvor bei Goldman Sachs. Anschließend wurde er Chef der europäischen Zentralbank, kurz EZB. Ebenfalls bei der EZB war der Würzburger Otmar Issing, ein jahrelanger Chefökonom und Berater von Kanzlerin Merkel. Anschließend beriet Otmar Issing Goldman Sachs. Und deswegen ist Issing vernetzt mit Jean-Claude Trichet - hier, die Verbindung, der Vorgänger von Draghi.

Anschließend saß er in der Group of Thirty und in der trilateralen Kommission. Und deswegen kennt er auch Lucas Papademos und Mario Monti, jeder kennt hier jeden. Und auch Robert Zoellick und diverse andere bekannte politische Persönlichkeiten konnten als Mitglieder der trilateralen Kommission und der Group of Thirty ausgemacht werden.

Wenn also die Politik derart von der Finanzelite durchzogen ist, darf sich niemand wundern, wenn die Völker nicht zu ihrem Besten, sondern zum Besten rücksichtsloser Geldspekulanten und Wirtschaftsbosse regiert werden. Angesichts stets neuer, milliardenschwerer Einbußen des Volksvermögens durch solche Großspekulanten, kann aus der Sicht des Bürgers nur noch von ständigen kapitalen Großverbrechen geredet werden. Doch welche Instanz setzt solchen Volksschädlingen ein Ende, wenn sich weder Staatsanwaltschaft, noch der Staatsschutz oder ein höheres Gericht dazu bewegen lassen?

Absolute Transparenz muß gesetzt werden! Die Völker haben ein Recht zu wissen, welcher ihrer Politiker in welchem Vorstand sitzt und mit wem er vernetzte Geschäfte treibt. Straftatbestände wie etwa kapitale Großverbrechen, Voreingenommenheit oder hochgradige Interessenkonflikte dürften hier gerade einmal als Spitze eines Eisberges an der Tagesordnung sein.

...<<

06.03.2016

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 6. März 2016 (x1.000/...): >>>Drohende Bargeldabschaffung: ZDF wirbt für die Totalüberwachung per RFID-Chip

Leider scheinen die warnenden Stimmen der angeblichen Verschwörungstheoretiker einmal mehr Recht zu bekommen: In einem äußerst propagandistischen Beitrag hat das ZDF kürzlich dafür geworben, daß die Zukunft des Zahlungsverkehrs bei implantierbaren RFID-Chips liege. RFID ist die Abkürzung der englischen Bezeichnung "Radio-Frequency Identification", was

zu deutsch heißt "Identifizierung mit Hilfe elektromagnetischer Wellen".

RFID-Chips sind lediglich millimetergroße Mikrochips, die vorzugsweise unter die Haut der Hand eingepflanzt werden. Auf ihnen können Daten per Funk gespeichert und ausgelesen werden. In Schweden sei bereits ein Pilotprojekt zur bargeldlosen Bezahlung über solche RFID-Chips im Einsatz, schwärmte der Moderator Claus Kleber in der betreffenden Sendung und ließ einen Software-Entwickler unwidersprochen Werbung für die angebliche Sicherheit der RFID-Technologie machen.

Unter anderem behauptete dieser Folgendes: "Wenn man mit Leuten darüber redet, hört man immer wieder, die Regierung könne dann ja sehen, wo man sich befinde, daß man seine persönliche Unabhängigkeit verliere usw. Das sei aber nicht der Fall, denn diese Chips senden keine Signale aus, man braucht ein Lesegerät damit sie funktionieren, sie sind passiv."

Wirklich unabhängige Software-Experten widersprechen solchen Behauptungen vehement. Sollte die Bezahlung per Chip eines Tages tatsächlich zum Standard werden, dann wäre der Standort jedes gechipten Bürgers bei jeder getätigten Bezahlung gerade durch das verwendete Lesegerät sofort nachvollziehbar.

Dadurch ließen sich nicht nur für Geheimdienste, sondern auch für professionelle Hacker und Verbrecher jeder Art, mit einfachsten Mitteln präzise Verhaltensprofile erstellen. Es würde dadurch völlig transparent werden, wer wann und wo einkauft, essen geht, das Kino besucht oder öffentliche Verkehrsmittel nutzt. Dies wäre die Geburt des absolut gläsernen Bürgers. Und leider besteht wenig Grund zur Hoffnung, daß diese Form der totalen Überwachung noch sehr lange auf sich warten läßt.

Denn was der Moderator Claus Kleber freundlich lächelnd ankündigt, steht seit vielen Jahren als fester Plan auf der Agenda globaler Elitenetzwerke. Und genau diesen Elitenetzwerken gehört Claus Kleber an, denn er ist ein Mitglied der sogenannten "Atlantik-Brücke". Dies ist eine Eliteorganisation, die als deutsche Filiale des unwahrscheinlich mächtigen globalistischen Eliteclubs CFR "Council on Foreign Relations" gilt.

Das heißt Folgendes: Der bekannte Hollywood-Produzent, Geschäftsmann und spätere Politikaktivist Aaron Russo, brachte kurz vor seinem Tod ans Licht, welche Ideen Nicholas Rockefeller vertrat, als er ihn zur Mitgliedschaft beim eben genannten CFR (Council on Foreign Relations) bewegen wollte: "Das Ziel der Agenda ist eine Weltregierung zu schaffen und jedem Bürger einen RFID-Chip zu implantieren. Alles Geld soll sich nur noch in diesen Chips (d.h. auf dem Konto) befinden.

Es wird kein Bargeld mehr geben. Rockefeller sagte mir direkt, daß sie das erreichen wollen. Das ganze Geld wird in deinem Chip sein. Wenn man anstelle von Bargeld, Geld auf seinem Chip hat, können sie jeden Betrag, wann immer sie wollen entnehmen ... Und wenn man dagegen protestiert, können sie den Chip ausschalten und Du hast nichts mehr. Du kannst kein Essen mehr kaufen, Du kannst nichts mehr tun. Totale Kontrolle über die Bevölkerung. Die wollen eine Weltregierung unter ihrer Kontrolle."

Dies war der Grund, warum sich Russo gegen die Mitgliedschaft beim CFR entschied, dessen Tochtergesellschaft nun über ihr aktives Mitglied Claus Kleber offene RFID-Werbung im deutschen Fernsehen betreibt.

Geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer, entweder wir erwehren uns dieser Entwicklung mit aller Entschlossenheit, oder die totale Überwachung wird unsere völlige Versklavung an die von Aaron Russo geschilderte Elite bedeuten. ...<<

März 2016

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im März 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 9 (x341/8-10): >>Feindbild Mutter

_ von Tino Perlick

Mit ihrem Engagement für die traditionelle Familie verstieß Eva Herman gegen die Genderpo-

litik. Die Feminismus-Lobby erklärte ihr den Krieg. Um die beliebte "Tagesschau-Sprecherin" zu einer Aussätzigen zu machen, plakatierte sie die Journaille als Nazibraut. Das Berufsverbot bei den GEZ-Medien war die Folge.

Am 9. Oktober 2007 erreichte eine unvergleichliche Hetzjagd in einem Schauprozess im ZDF ihren medialen Höhepunkt. Nach 50 Minuten öffentlicher Inquisition sprach der gleichnamige Moderator der Sendung Johannes B. Kerner das Urteil: "Es sind ja doch die besonders spannenden Momente", begann Kerner, "wo man sich selbst so ein bißchen Gedanken macht, wie man weitermacht. Und die hab ich mir jetzt gemacht. Und habe mich entschieden, daß ich mit meinen drei Gästen weiterrede und Dich, Eva, jetzt verabschiede."

Zum ersten und bislang einzigen Mal in der Geschichte des Deutschen Fernsehens mußte ein Talkshowgast vorzeitig gehen, weil er nicht öffentlich Abbitte leisten wollte. Die Ausgestoßene: Eva Herman, 57 Jahre alt, laut TNS Emnid einst beliebteste Fernsehmoderatorin Deutschlands.

Noch wenige Monate zuvor schien Herman im inneren Kreis der deutschen Medienlandschaft fest verankert. Seit 1989 war sie als Nachrichtensprecherin das Gesicht der ARD-Tagesschau gewesen. Darüber hinaus servierte sie ab 1999 den deutschen Zuschauern vor allem leichte Kost wie die NDR-Talkshow Herman und Tietjen.

Als sie im selben Jahr, mit Ende 30, einen Sohn auf die Welt brachte, änderte sich für die Powerfrau alles. Herman befaßte sich ausgiebig mit frühkindlicher Bindungsforschung. Ihr Fazit: Nur ein intensiver Mutter-Kind-Kontakt schützt das Kind in seiner Entwicklung dauerhaft. Fremdbetreuung lehnt sie entschieden ab. In einer Gesellschaft, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie über diverse "Kita-Offensiven" quasi erzwingen will, war sie mit dieser Haltung schon eine Außenseiterin.

Angriff der Feministinnen

Die öffentliche Hetzjagd beginnt im Mai 2006: In einem Cicero-Artikel warnt die in vierter Ehe verheiratete Herman junge Frauen aus leidvoller eigener Erfahrung, sich lieber nicht der Doppelbelastung von Familie und Karriere auszusetzen. Die Moderatorin, eine gläubige Christin, verweist auf den "Schöpfungsauftrag" der Frauen. Den 1968 entfesselten Feminismus macht sie unter anderem für die niedrige Geburtenrate verantwortlich, die einmal zum Aussterben der Deutschen führen werde.

Konservativen Frauen wird meist der Mief der 1950er Jahre unterstellt. Herman jedoch wird sofort mit der Nazi-Keule angegangen: Sie bewege sich "zwischen Mutterkreuz und Steinzeitkeule", schimpft Alice Schwarzer im Spiegel. "Wir müssen doch im Jahr 2006 dem Führer kein Kind mehr schenken." Die Emma-Herausgeberin fordert ihre Leser auf, sich bei der Tagesschau zu beschweren. Dort sieht man die Neutralität der Nachrichtensprecherin in Gefahr und trennt sich erst einmal für die Dauer von zwei Jahren - angeblich einvernehmlich.

Herman nutzt die Zeit, um ihr Buch *Das Eva-Prinzip* zu bewerben. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Mutter-Kind-Forschung macht sie sich darin erneut für eine traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau stark. Die erste Auflage ist sofort vergriffen, das Publikum ist begeistert. Die Medien hingegen suggerieren, es gebe eine flächendeckende Verachtung für die Thesen der "ostfriesischen Blondine". Mehrmals stören Feministinnen ihre Lesungen.

Mit dem Taz-Artikel *Das Eva-Braun-Prinzip* schlägt die Schriftstellerin Thea Dorn schließlich erneut und besonders hart mit der braunen Keule zu. Aus Hermans Egoismuskritik konstruiert Dorn eine gedankliche Nähe zur Nazi-Ideologie von der Selbstaufgabe für Volk und Führer. Daß sie die Familienpolitik im Dritten Reich in ihrem Buch auf das Schärfste kritisiert, läßt Dorn unerwähnt.

Die Mär von der Nazibraut

Hermans darauffolgendes Buch *Das Prinzip Arche Noah - Warum wir die Familie retten müs-*

sen kritisiert unter anderem die damals noch völlig unbekannte Gender-Mainstream-Forschung. Bei der Buchvorstellung am 5. September 2007 in Berlin distanziert sich die im Netzwerk Laut gegen Nazis aktive Herman gleich zu Beginn von sämtlichen Vorwürfen, rechts zu sein. Nützen wird es ihr nichts.

"Wir müssen vor allem das Bild der Mutter in Deutschland auch wieder wertschätzen, das leider ja mit dem Nationalsozialismus und der darauf folgenden Achtundsechziger-Bewegung abgeschafft wurde", fordert Herman vor 30 Pressevertretern. "Mit den Achtundsechzigern wurde damals praktisch alles das - alles was wir an Werten hatten - es war eine grausame Zeit, das war ein völlig durchgeknallter hochgefährlicher Politiker, der das deutsche Volk ins Verderben geführt hat, das wissen wir alle - aber es ist eben auch das, was gut war - das sind die Werte, das sind Kinder, das sind Mütter, das sind Familien, das ist Zusammenhalt - das wurde abgeschafft."

Diesen verschlungenen Satz, der in den folgenden Jahren Sprachwissenschaftler und Richter beschäftigen wird, verkürzt Springers Hamburger Abendblatt noch am selben Tag zu folgender Botschaft: "Da sei vieles sehr schlecht gewesen, zum Beispiel Adolf Hitler, aber einiges eben auch sehr gut. Zum Beispiel die Wertschätzung der Mutter."

Tausende Gebührenzahler, die sich beim NDR beschwerten, werden als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt.

Revolverblätter und vermeintliche Qualitätsmedien spitzen weiter zu. "Eva Herman lobt Hitlers Familienpolitik", verkündet die Bild am Sonntag. "Eva Herman und die Mütter unter Hitler", titelt Spiegel Online. Zwei Tage nach der Pressekonferenz kündigt der NDR Hermans Entlassung an. Besonders dreist:

Tausende Gebührenzahler, die sich beim Sender darüber beschwerten, werden im ZAPP-Medienmagazin als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt. "Die Frauen zurück an den Herd, die Männer hinaus ins feindliche Leben, dieser Tenor schließt nahtlos an die Nazizeit an", äußert sich Familienministerin Renate Schmidt (SPD), die vielleicht größte Nutznießerin der Situation: Die schärfste Kritikerin ihres wirtschaftskonformen Plans, 750.000 Krippenplätze zu schaffen, ist endlich so gut wie mundtot.

"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann."

Eva Herman

Es beginnt die gesellschaftliche Ausgrenzung. Kollegen distanzieren sich öffentlich von der, laut Neuer Zürcher Zeitung, "meistgehaßten Frau Deutschlands". Termine, für die Herman gebucht worden ist, werden abgesagt. Die Geschäfte beauftragt eine Sprachanalyse ihrer Aussage und wehrt sich mit rechtlichen Klagen unter anderem gegen den NDR und den Axel-Springer-Verlag. Herman sagt später, sie wolle "Licht ins Dunkel bringen und solange kämpfen, bis die Wahrheit auch in der Öffentlichkeit bekannt ist".

Der Hexenprozeß

Als einen Monat nach der Pressekonferenz die Redaktion von Johannes B. Kerner Herman einlädt, bietet sich ihr dazu die Chance - scheinbar. Thema der Sendung: "Der Fall Eva Herman." Die Besetzung der Runde spricht von Anfang an gegen einen fairen Prozeß: Mit Senta Berger lädt man eine der 28 Frauen ins Studio, die 1971 an der Alice-Schwarzer-Aktion "*Wir haben abgetrieben*" teilgenommen haben.

Mit Margarethe Schreinemakers und Mario Barth wird die Geschworenenbank im Weiteren mit desinformierten Laien besetzt. Unerhört ist die Auswahl des Gutachters: Im Zuschauerang lauert der Historiker Wolfgang Wippermann von der Freien Universität Berlin - ein hartlinker Professor, der auch die Antifa-Szene mit Geschichtsdeutung versorgt.

Der TV-Prozeß verläuft kafkaesk. Daß Hermans Worte schlicht falsch interpretiert worden sein könnten, steht außerhalb jeder Diskussion. Der Antifa-Professor verkauft die Desinformation der Lügenmedien als Tatsachendarstellung: "Das ist in allen Zeitungen. Jetzt sagen

Sie, das hat es nicht gegeben. So kann man da nicht mit umgehen als Historiker. Das ist doch sozusagen da." Hermans faktengestützter Hinweis, daß der Privatsender RTL die einzigen Aufnahmen der Pressekonferenz unter Verschuß hält, diagnostiziert er als "Verschwörungs-ideologie".

Als er Herman belehrt, mit "Gleichschaltung" einen angeblichen Nazi-Begriff verwendet zu haben, erwidert sie schlagfertig: "Es sind auch Autobahnen damals gebaut worden, und wir fahren heute drauf." Das Trio Berger-Schreinemakers-Wippermann reagiert entsetzt, das Publikum gespalten.

Applaus und Empörung halten sich in etwa die Waage. "Autobahn geht nicht", verwarnt Kerner die Angeklagte. "Das! Geht! Nicht! ... Ich krieg erhöhten Puls", wettert Schreinemakers los. War der Rausschmiß schon im Voraus beschlossen worden? Ein Versprecher Senta Bergrers weist darauf hin. Als die Diskussion zunächst weitergeht, appelliert sie entnervt an Kerner: "Da muß ich mich vorbereiten, muß ihre Bücher kennen - oder aber wir machen, was wir eigentlich auch mal vorgesehen hatten." Der Moderator handelt und wirft Herman aus dem Studio. Als sie geht, applaudiert das Publikum.

"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann, ohne in Gefahr zu geraten", gibt Herman danach zu Protokoll. Noch vor der Ausstrahlung gibt Deutschlands größte Presseagentur dpa Hermans Haltung falsch wieder: "Wenn man nicht über Familienwerte der Nazis reden dürfe, könne man auch nicht über die Autobahnen sprechen, die damals gebaut wurden." Fast sämtliche Zeitungen übernehmen diese verzerrte Darstellung ungeprüft. Herman wird endgültig zur Unperson.

2009 gibt ihr das Oberlandesgericht Köln Recht: Sie habe den Nationalsozialismus nicht gelobt. Im selben Jahr aber weist das Hamburger Landesarbeitsgericht Hermans Klage gegen die Auflösung ihres Arbeitsvertrages in zweiter Instanz zurück. Damit ist ihr Berufsverbot bei ARD und ZDF zementiert. 2011 entscheidet der Bundesgerichtshof, das Hamburger Abendblatt habe Hermans Aussagen als Lob für die Wertschätzung der Mutter in der NS-Zeit interpretieren dürfen.<<

01.04.2016

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. April 2016 (x887/...): >>Terrorquelle Islam

Wer die Ursachen des Fanatismus leugnet, führt Europa in eine Katastrophe

"Das hat nichts mit dem Islam zu tun." Diese immer gleiche Parole entblößt sich zunehmend selbst. Die Kritik wird lauter.

Wer ein Problem lösen will, muß zunächst dessen Quelle aufdecken. Deutschlands politische Führung versucht nach den Anschlägen von Brüssel, wie schon nach Paris und ähnlichen Bluttaten, dagegen alles, um den Blick auf die Quelle zu vernebeln.

Nach dem Pariser November-Massaker sprach Angela Merkel von "gottlosen" Tätern - dabei war es unübersehbar religiöser Wahn, der die Mörder angetrieben hatte. In ihrer Stellungnahme zum Massenmord von Brüssel verzichtete die Kanzlerin nun sogar ganz auf die Benennung des Täterkreises, als besäßen die Verbrecher weder Motiv noch Hintergrund. Statt dessen sprach Merkel nur vage von den Feinden unserer Werte, die das Blutbad angerichtet hätten.

Vizekanzler Sigmar Gabriel betonte nach Brüssel, daß die Täter "alles keine Flüchtlinge", sondern in Paris und Brüssel geboren seien, wo man sie "ohne Bildung und Arbeit gelassen" habe. So wird die Schuld klammheimlich auf die abendländische Umgebung der Attentäter geschoben, weil die sich nicht genügend um die jungen Muslime gekümmert habe.

Gabriel liegt in dreifacher Hinsicht falsch. Erstens ist mindestens ein Terrorverdächtiger von Paris über die "Balkanroute" eingesickert. Zweitens verfügen etliche unter den Verdächtigen über eine gute Ausbildung und Arbeit. Drittens wäre Europa längst im Blut ertrunken, wenn

wirtschaftliche Perspektivlosigkeit junger Menschen zu Terror führte - allein in Italien oder Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit seit vielen Jahren auf astronomischer Höhe verharrt, müßte diesbezüglich der Teufel los sein - ist er aber nicht. Was Kanzlerin Merkel anstimmt und ihr Vize Gabriel fortspinnt, ist die gefährliche Ablenkungs-Parole, der Terror habe "nichts mit dem Islam zu tun".

Die öffentliche Debatte nach den Brüsseler Anschlägen deutet allerdings darauf hin, daß die Menschen in Europa der Vertuschung der Terror-Ursachen zunehmend überdrüssig werden. Selbst Mainstream-Medien und Staatssender, die unlängst noch auf Merkels oder Gabriels Linie schwammen, beginnen, kritische Fragen nach den Abgründen in den Lehren des Islam zu stellen. Und sogar innerhalb der islamischen Welt mehren sich kritische Stimmen, die das Wegschieben des Problems von seinem religiösen Kern nicht länger hinnehmen wollen.

Daß ein Zusammenhang zwischen islamischer Zuwanderung und wachsender Terrorgefahr in Europa besteht, muß die friedvollen Muslime schmerzen. Diesen Zusammenhang deshalb aber zu leugnen, ist unverantwortlich. Diese dauernde Leugnung zieht uns immer tiefer in eine Spirale von Haß und Gewalt, an deren Ende eine Eskalation wartet, die jede heutige Vorstellungskraft sprengt. Die politisch-korrekten Nebelwerfer sind es, die den Weg in eine solche Katastrophe zu ebnen helfen. *Hans Heckel*<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. April 2016 (x887/...):

>>**Bundesregierung ahnungslos**

Rätsel um Drohnen-Relaisstation in Ramstein weiter ungelöst

Die Bundesregierung hat noch immer keine Ahnung, ob die USA von deutschem Boden aus ihren Drohnenkrieg führen. Das ist die Quintessenz der Aussage von Außenminister Frank-Walter Steinmeier vor dem NSA-Untersuchungsausschuß.

Trotz intensiver Gespräche mit der US-Regierung habe man "bisher keine abschließende Antwort" auf die Frage erhalten, ob der US-Luftwaffenstützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein dafür als Relaisstation dient, so Steinmeier. Er sehe aber keinen Anlaß, den Angaben von US-Präsident Barack Obama zu mißtrauen, von deutschem Boden aus würden Drohnen weder gestartet noch gesteuert.

Obamas Angaben sind indes durch die Aussage des ehemaligen US-Drohnenpiloten Brandon Bryant erschüttert, der dem Ausschuß berichtet hatte, daß allein die Relaisstation in Ramstein den Einsatz über Afrika wie über dem Mittleren Osten überhaupt erst ermögliche.

Der Verdacht, Deutschland könnte in den Drohnenkrieg verwickelt sein, bezieht sich auch auf das US-Zentralkommando für Afrika (Africom) in Stuttgart. Es wird vermutet, daß die Flüge von dort aus befehligt werden. Laut Steinmeier allerdings muß mit Obamas Antwort auch der Verdacht gegen Africom als ausgeräumt gelten. Dessen Ansiedlung im Jahre 2007 hält er für richtig, weil damit die US-Präsenz in Deutschland gestärkt worden sei. Zum anderen hätten die USA damit ihr fortdauerndes Interesse am afrikanischen Kontinent bekräftigt. Welchen Nutzen Deutschland davon konkret hat, sagte Steinmeier nicht.

Weiter betonte der Außenminister, Deutschland, das selbst an Militäreinsätzen beteiligt sei, habe keinen Anlaß, "über die Amerikaner zu Gericht" zu sitzen. Vielmehr habe es "ein herausragendes Interesse, mit den Amerikanern gemeinsam Politik zu machen für die Beruhigung von Konflikten, die uns im Augenblick vor Augen liegen, und die keinen Aufschub dulden". Dies sei wichtiger "als alle Irritationen". Was wohl heißen soll, daß die Bundesregierung das Drohnen-Thema zu den Akten gelegt hat. J. H.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. April 2016 (x887/...):

>>**"Sommerzeit überflüssig"**

Union und Linkspartei plädieren nach Studie für Abschaffung

Die Sommerzeit ist relativ überflüssig." Das ist das Fazit einer umfangreichen Studie des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) zur Bilanz der 1980 ein-

geführten Zeitumstellung. Mit seiner Meinung steht es offenkundig nicht allein. In der laufenden Legislaturperiode hat es zur Abschaffung der Sommerzeit bereits 571 Petitionen im Bundestag gegeben - so viele wie zu keinem anderen Thema.

Das deutsche Parlament allerdings kann aus rechtlichen Gründen allein nichts an der Zeitumstellung ändern. Denn jede Änderung am Wechsel zwischen Normalzeit und Sommerzeit erfordert grundsätzlich eine Änderung der entsprechenden EU-Richtlinie. Und ob ein Änderungsverfahren eingeleitet wird, liegt allein im Ermessen der EU-Kommission.

Zuletzt hatte sich 2007 die EU-Kommission mit diesem Thema beschäftigt und herausgefunden, daß, abgesehen von der Begünstigung von Freizeitaktivitäten und der Erzielung geringfügiger Energieeinsparungen, die Auswirkungen der Sommerzeit kaum ins Gewicht fallen. Auch den aktuellen Erkenntnissen des TAB zufolge sind die Auswirkungen der Zeitumstellung weder in die eine noch in die andere Richtung in relevantem Maß meßbar.

Energieeinsparmöglichkeiten seien kaum feststellbar. Zu den Auswirkungen auf die Wirtschaft lägen laut TAB praktisch keine konkreten Informationen oder quantitative Daten vor. Auch die gesundheitlichen Auswirkungen seien, wenn es welche gebe, nur von vorübergehender Dauer. Eine Erhöhung des Herzinfarkttrisikos durch die Zeitumstellung sei nicht nachweisbar.

Vertreter der Union und der Linkspartei plädieren dafür, die Sommerzeit abzuschaffen. Auch wenn die gesundheitlichen Auswirkungen noch so gering seien, seien sie möglicherweise vorhanden. Zudem koste die Zeitumstellung jedes Mal viel Geld, ohne daß Deutschland einen Nutzen davon habe. J. H.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. April 2016 (x887/...):

>>**Blanker Hohn**

Jan Heitmann

Vor drei Jahren schwadronierte der damalige WDR-Chefredakteur Jörg Schöneborn davon, daß die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten "das Funktionieren unserer Demokratie" sichern würden. Doch wie wenig sie tatsächlich staatsferne, unabhängige und objektive Berichterstattung bieten sollen, führt uns die rot-grüne Landesregierung in Bremen vor Augen. In aller Eile hat sie ein neues Radio-Bremen-Gesetz durchgepeitscht, mit welchem dem Sender vorgegeschrieben wird, was er zu senden hat.

Dort heißt es nämlich: "Die Angebote der Anstalt haben die besonderen Belange von Migrantinnen und Migranten zu berücksichtigen. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingen ist nachhaltig zu unterstützen." Daß es dann weiter heißt, "die Gestaltung der Angebote der Anstalt" müsse "frei sein von Beeinflussung durch die Regierung oder von einseitiger Einflußnahme durch politische, wirtschaftliche, religiöse und andere Interessengruppen", wirkt wie blanker Hohn.

Bei der Gelegenheit haben die Regierenden auch gleich dafür gesorgt, daß die im vergangenen Jahr mit vier Abgeordneten ins Landesparlament eingezogene AfD aus dem Rundfunkrat fern gehalten wird. Denn wenn sich dieser Anfang Juni für die nächsten vier Jahre neu konstituiert, dürfen nur noch die Parteienvertreter in das Kontrollgremium entsenden, die mindestens in Fraktionsstärke, also mit fünf Abgeordneten, ins Parlament eingezogen waren.

So ist das Paket, das Bremer SPD und Grüne für den ARD-Landessender geschnürt haben, ein Angriff auf dessen redaktionelle Hoheit, auf die Pressefreiheit und damit auf die Demokratie an sich.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. April 2016 (x887/...):

>>**"Konfliktreiche Debatten sind Vergangenheit"**

Gundula Bavendamm, neue Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, im PAZ-Interview

Am heutigen 1. April tritt die Historikerin und Kulturmanagerin Gundula Bavendamm ihren

neuen Posten als Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) an. Im Interview mit der PAZ erläuterte sie ihre Vorstellungen hinsichtlich ihrer Arbeit und der Zukunft der Stiftung. Die Fragen stellte Manuel Ruoff.

PAZ: In der Politik läßt sich der Versuch feststellen, das Schicksal der deutschen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem heutiger Asylsucher aus Schwellen- und Entwicklungsländern gleichzusetzen. Wie wollen Sie darauf reagieren?

Gundula Bavendamm: Die Frage nach den Bezügen zwischen dem Flüchtlingsphänomen heute und zur Zeit des Zweiten Weltkriegs ist nicht von vornherein falsch. Vor allem die Größenordnung von rund 60 Millionen Menschen stellt eine Parallele dar. Auch das unmittelbare Erleben derer, die heute etwa als Kriegsflüchtlinge gegen ihren Willen ihre Heimat verlassen müssen, unterscheidet sich nicht grundsätzlich von dem, was die Deutschen 1944/45 erlebten. Allerdings liegen den heutigen Flüchtlingsströmen keine staatlichen Beschlüsse zugrunde. Neben den Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten gibt es Millionen Menschen, die ihr Land verlassen, weil sie ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollen.

Ungeachtet der Ursachen und Motive für Migration bin ich davon überzeugt, daß die Allermeisten in ihrer Heimat bleiben würden, wenn sie dort eine Chance hätten. Jene 350.000 Menschen, die infolge der Jugoslawienkriege nach Deutschland kamen, kehrten weit überwiegend bis Ende der 1990er Jahre in ihre Herkunftsgebiete zurück, weil sie dort wieder sicher waren. Eine solche Rückkehrmöglichkeit hatten die Deutschen nach 1945 aus bekannten Gründen nicht.

PAZ: Es läßt sich eine Tendenz feststellen, die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg auch dadurch zu relativieren, daß der qualitative Unterschied unterschlagen wird zwischen der Entvölkerung ganzer Provinzen, wie sie in Ostdeutschland oder dem Sudetenland erfolgte, auf der einen Seite und Vertreibungen einzelner Minderheiten durch die Mehrheitsbevölkerung, wie sie im 20. Jahrhundert häufiger vorkamen, auf der anderen. Wie wollen Sie dieser Tendenz begegnen?

Bavendamm: Jede Zwangsmigration weist ihre spezifischen Merkmale auf, die wir benennen sollten. Dies gilt natürlich auch für jene rund 12,5 Millionen Deutschen, die ab 1944 von Vertreibungen betroffen waren. Die Größenordnung und der unmittelbare Kontext des Zweiten Weltkriegs geben diesem Phänomen sein Gepräge. Doch bringt uns eine dichotomische Gegenüberstellung mit Zwangsmigrationen anderer Minderheiten nicht weiter. Flucht und Vertreibung der Deutschen bestand aus einem Spektrum von Erscheinungsformen mit deutlichen regionalen Unterschieden.

Das wird etwa mit Blick auf Ostpreußen und Rumänien deutlich. Bezogen auf die meisten der Einzelphänomene gab es im 20. Jahrhundert sehr wohl Parallelen: der Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei nach dem Ersten Weltkrieg mit 1,6 Millionen Betroffenen oder die Vertreibung von etwa 450.000 karelischen Finnen durch die Sowjetunion zwischen 1940 und 1944.

PAZ: Läßt sich die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als einzigartig bezeichnen?

Bavendamm: Man muß sich immer wieder den Kontext bewußt machen, gesamteuropäisch und nicht zuletzt auch global. Im Zuge der Teilung von Britisch-Indien 1947 etwa wurden 20 Millionen Menschen deportiert, vertrieben oder umgesiedelt.

PAZ: Glauben Sie, daß Sie mit dem Revisionismusvorwurf konfrontiert werden?

Bavendamm: Nein, das glaube ich nicht. Das Stiftungsgesetz und die Konzeption für die Arbeit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung bieten dafür keine Anhaltspunkte. Es gehört gewissermaßen zur DNA der Stiftung, daß wir nicht über Flucht und Vertreibung der Deutschen sprechen können, ohne diese einerseits in den Kontext der NS-Expansions-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik und andererseits in den Kontext der Zwangsmigrationen des

20. Jahrhunderts zu stellen.

PAZ: Fürchten Sie - gerade auch im Angesicht des Schicksals Ihres Vorgängers -, auf einem Schleudersitz zu sitzen?

Bavendamm: Meiner Einschätzung nach liegen die konfliktreichen, schwierigen Debatten hinter der SFVV. Alle Beteiligten sind daran interessiert, daß die Stiftung jetzt nach vorne schaut. Wir müssen unsere Hausaufgaben erledigen und durch positive Schlagzeilen von uns reden machen.

PAZ: Wo sehen Sie sich in der Kontinuität Ihres Vorgängers und wo möchten Sie eigene Schwerpunkte setzen?

Bavendamm: Ich betrachte die in der Ära Kittel verabschiedete Konzeption für die Stiftungsarbeit sowie die darin enthaltenen Leitlinien für die Dauerausstellung als Grundlage meiner Arbeit. Mir liegt vor allem daran, diesen wissenschaftlichen Text in eine überzeugende Ausstellung zu transponieren: sprachlich verständlich, dramaturgisch plausibel und anschaulich dargestellt. Der nächste Schritt ist ein "Drehbuch" für die Ausstellung, das hat bisher gefehlt.

PAZ: Was sind Ihre Erwartungen gegenüber dem Beirat und wie stellen Sie sich seine ideale Zusammensetzung vor?

Bavendamm: Ich tendierte dazu, den Beirat zu verkleinern, was das Stiftungsgesetz auch zuläßt. Mit zehn oder zwölf Personen kann man eher arbeiten und diskutieren, als wenn 15 Experten zusammensitzen und man wegen der begrenzten Zeit im Grunde nicht über Statements hinauskommt. Es sollten Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen vertreten sein: Wissenschaftler natürlich, aber auch Museologen und Didaktiker. Ich kann mir auch einen "Querdenker" vorstellen, einen Intellektuellen, der nicht unbedingt Fachmann für Zwangsmigrationen sein muß. Unverändert wichtig ist die Internationalität des Beirats.

Ich werde mich in jedem Fall um Vertreter auch aus Polen und Tschechien bemühen, wohlwissend, daß dies nicht leicht sein wird. Last but not least ist es mir wichtig, auch qualifizierte Frauen für den Beirat zu gewinnen. Der Beirat sollte sich dem Wohl der SFVV verpflichtet fühlen. Es ist nicht seine Aufgabe, sich in das operative Geschäft einzumischen.

PAZ: Wie sehen Sie die Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit und den Medien? Welche Hoffnungen und Erwartungen haben Sie?

Bavendamm: Öffentlichkeit und ein guter Kontakt zu den Medien sind wichtige Erfolgsfaktoren, gerade für die SFVV. Es hat sich viel Mißtrauen aufgebaut durch die Querelen der letzten Jahre. Das beste Rezept dagegen sind meines Erachtens Transparenz und eine klare Kommunikation auf Grundlage des Stiftungsgesetzes und der Konzeption. Bewußt habe ich gleich nach meiner Wahl alle Medienanfragen beantwortet. Durch den positiven Grundtenor der bisherigen Veröffentlichungen fühle ich mich in dieser Haltung bestätigt.

PAZ: Was sind Ihre Vorstellungen und Wünsche hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Opfern und deren Interessenorganisationen?

Bavendamm: Mein erster Adressat ist der Bund der Vertriebenen beziehungsweise sein Präsident Bernd Fabritius. Mit ihm hatte ich bereits ein gutes Gespräch. Nach Amtsantritt werde ich alle Stiftungsratsmitglieder persönlich treffen und so auch die einzelnen Landsmannschaften besser kennenlernen. Durch das Gespräch mit Herrn Fabritius ist mir deutlich geworden, daß in den Archiven der Landsmannschaften zum Teil Schätze liegen, die wir für die neue Dauerausstellung heben können.

PAZ: Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit den Vertreiberstaaten beziehungsweise den Staaten vor, zu denen heute die Vertreibungsgebiete gehören?

Bavendamm: Eine wichtige Ebene der Zusammenarbeit wird hoffentlich der neue Beirat sein.

PAZ: Erwarten Sie Unterstützung von der deutschen Politik?

Bavendamm: Sicher werde ich darüber auch mit der Politik in Kontakt sein. Im Stiftungsrat sitzen auch Vertreter des Auswärtigen Amtes, mit denen ich mich nach meinem Amtsantritt

zum Gespräch treffen werde.

PAZ: Wie zukunftsfähig ist die Stiftung angesichts des heute herrschenden Zeitgeistes?

Bavendamm: Die SFVV ist in dem Maße zukunftsfähig, wie es ihr gelingt, das historische Phänomen von Flucht und Vertreibung der Deutschen im Kontext der NS-Expansions-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik und der Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert wissenschaftlich fundiert aufzuarbeiten und für ein internationales Publikum von heute überzeugend darzustellen und zu vermitteln. Dazu gehört auch, Bezüge zur gegenwärtigen Flüchtlingskrise herzustellen.

PAZ: Ist das jetzt Ihr Traumjob?

Bavendamm: Die Leitung der SFVV ist für mich eine hochinteressante neue Aufgabe, auf die ich mich freue.

PAZ: Welche Ihrer im Laufe Ihrer wissenschaftlichen Karriere erworbenen Erfahrungen und Qualifikationen möchten Sie in Ihrer neuen Funktion einsetzen?

Bavendamm: Ich werde die gesamte Breite meiner Erfahrungen und Qualifikationen einbringen. Auch als Direktorin des Alliierten-Museums war meine Arbeit im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Kulturpolitik und Diplomatie angesiedelt. Das gilt in der SFVV in gesteigerter Weise. Ich fühle mich daher für die neue Aufgabe gut gerüstet.

PAZ: Wenn Sie sich für die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung etwas wünschen könnten, was wäre das?

Bavendamm: Ich wünsche mir, daß die SFVV zur Ruhe kommt und sich auf ihre anspruchsvollen Aufgaben konzentrieren kann. Die Stiftung sollte sich zu einer lebendigen Institution entwickeln, die sich mit einem erkennbar eigenen Profil zum Menschheitsthema der Zwangsmigrationen im öffentlichen Diskurs positioniert und diesen mit prägt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. April 2016 (x887/...):

>>**Die Täter nannten es "Aussiedlung"**

Vor 70 Jahren wurden die Ungarndeutschen aus ihrer angestammten Heimat vertrieben

In der 1949 entstandenen Bundesrepublik wurden 225.000 Ungarndeutsche amtlich registriert. Die dafür verantwortliche Vertreibung der deutschen Volksgruppe aus Ungarn ist leider nicht einzigartig, der Umgang des heutigen Ungarn damit hingegen schon.

In dem von Polizei umstellten Budapester Vorort Wudersch (Budaörs) wurden die "Schwabben" aus den Betten geholt. Nur das Allernötigste durften sie zusammenklauben, bevor sie zum Bahnhof getrieben wurden. In bereitstehenden Viehwaggons verließen 1.058 Bewohner die Ortschaft; zehn Tage später kamen sie in Aalen an. Ein zweiter Transport mit 1.054 Menschen erreichte Anfang Februar 1946 Göppingen.

Binnen fünf Wochen sahen sich 6.753 Wuderscher wie Vieh nach Württemberg und Baden verfrachtet. Das benachbarte Wudigess (Budakeszi) mußten 3.800 "Schwabben" im März 1946 in vier Transporten Richtung Süddeutschland verlassen.

Dorf für Dorf, Komitat (Bezirk) für Komitat, in denen die Schwaben (svábok), wie die Ungarndeutschen stets genannt wurden, seit Generationen lebten, leerte sich. In der Volkszählung vom 21. Dezember 1941 hatten 477.057 Personen "deutsch" als ihre Volks- oder Sprachzugehörigkeit angegeben; 161.636 ungarische Staatsbürger deutscher Nationalität verließen bis Dezember 1946 das Land.

Der US-amerikanische General Lucius D. Clay hielt 168.000 als Zahl der Ankömmlinge in seinem Besatzungsgebiet fest. Auf seine Anordnung hin endete am 1. Dezember 1946 die "Aussiedlung" in den US-amerikanisch besetzten Teil Deutschlands. Aber zwischen Frühjahr 1947 und Sommer 1948 verbrachte man noch einmal gut 50.000 Deutsche aus Ungarn in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), von denen viele den Weg in die Westzonen wählten.

In der 1949 entstandenen Bundesrepublik wurden 225.000 Ungarndeutsche amtlich registriert. Neben Vertriebenen gehörten dazu auch Heimkehrer aus der Sowjetunion. 6.4000 "Schwa-

ben" waren dorthin zur Zwangsarbeit deportiert worden. 16.000 überlebten diese Deportation und Zwangsarbeit nicht.

Die "Aussiedlung" (kitelepités) - so der beschönigende amtliche Sprachgebrauch - war im Staatsanzeiger (Magyar Közlöny) Nr. 211 vom 29. Dezember 1945 veröffentlicht und über die Verordnung Nr. 12330 bekanntgemacht worden. Sie berief sich auf die Legitimierung durch die Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945.

Aus Sitzungsprotokollen der Alliierten geht indes hervor, daß die Vertreibung der Ungarn-
deutschen ursprünglich gar nicht vorgesehen war, sondern von der damaligen ungarischen Regierung beantragt und erst nach "Genehmigung" - nicht "auf Weisung", wie Zoltán Tildy, ein reformierter Pfarrer, Ministerpräsident bis 1946, danach bis 1948 Staatspräsident, in der von ihm unterzeichneten Verordnung behauptet hatte - durch die Alliierte Kommission ermöglicht worden war.

Es sind auch nicht die Kommunisten allein gewesen, welche die Ungarndeutschen kollektiv büßen ließen. Alle den "Schwaben" geltende Maßnahmen - Entrechtung, Enteignung, Vertreibung, Umsiedlung Verbleibender innerhalb Ungarns - wurden zwischen 1945 und 1947 ergriffen, als in Budapest überwiegend ungarisch-nationale Parteien das Sagen hatten.

Die Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte, die in der Wahl zur Nationalversammlung am 4. November 1945 57,03 Prozent der Stimmen erhalten hatte, bildete mit Sozialdemokraten (17,41 Prozent), Kommunisten (16,95 Prozent), Nationaler Bauernpartei (6,87 Prozent), Demokratischer Partei (1,62 Prozent) sowie den Radikalen (0,12 Prozent) eine (von der sowjetischen Besatzungsmacht angeordnete) Allparteienregierung, von deren 16 Ministern die Kommunisten vier stellten.

Den aus Moskau zurückgekehrten führenden ungarischen Kommunisten war der Gedanke kollektiver Bestrafung selbstredend nicht fremd. Enthalten war er im Konzept für eine radikale Bodenreform, das der nachmals berühmte Imre Nagy, seinerzeit Agrarreferent der "Moskowiter", vor Bildung der provisorischen Regierung in Debrecen 1944 ausgearbeitet hatte. Es sah vor, "Vaterlandsverräter, Kriegsverbrecher, Mitglieder des deutschen Volksbunds und Personen, die in der Wehrmacht gedient haben, vollständig und entschädigungslos zu enteignen".

Andererseits propagierten nationalistische Kreise die "Kollektivbestrafung der Schwaben". Besonders die Nationale Bauernpartei rührte die Trommel. Generalsekretär Imre Kovács wetterte am 7. April 1945: "Sie haben sich selber aus dem Körper der Nation herausgerissen und in allen ihren Taten bewiesen, daß sie mit Hitler-Deutschland fühlen. Nun sollen sie auch Deutschlands Schicksal tragen. Wir werden sie aussiedeln." Und das Parteiorgan der Kleinlandwirte "Kis Újság" stimmte ein:

Das "deutsche Gift" müsse "ausgeleitet, das deutsche Geschwür aus dem nun heilenden Körper der Nation herausgeschnitten" werden, hieß es in der Ausgabe vom 18. April 1945. Außenminister János Gyöngyösi überreichte schließlich am 26. Mai die formell an die Sowjetunion gerichtete Note:

"Die ungarische Regierung ist zu dem Entschluß gelangt, daß es notwendig ist, jene Deutschen, die die Sache Ungarns verrieten und in den Dienst Hitlers traten, aus dem Lande zu entfernen, weil nur auf diese Weise sicherzustellen ist, daß der deutsche Geist und die deutsche Unterdrückung nicht mehr darin Herr werden." Sie ersuche "die Sowjetunion um ihr Einverständnis, die zu entfernenden Deutschen - 200.000 bis 250.000 an der Zahl - nach Deutschland auszusiedeln."

Was während der kommunistischen Ära ein Tabu war, dafür hat sich das erste frei gewählte ungarische Parlament 1990 in aller Form entschuldigt. Und das ungarische Verfassungsgericht annullierte alle Bestimmungen, auf denen die Vertreibung fußte. Andernorts steht derlei aus, ja trotz EU-Mitgliedschaft sind in Tschechien sowie in der Slowakei die Benes-Dekrete, in

Slowenien die Avnoj-Bestimmungen nach wie vor Bestandteile der geltenden Rechtsordnungen. Seit 1993 ist in Ungarn ein Minderheitengesetz in Kraft.

Alle Minoritäten, so auch die deutsche, verfügen seit 1995 über Selbstverwaltungsorgane. Laut der Volkszählung von 2011 bekennen sich knapp 186.000 Personen zur deutschen Nationalität, was 1,9 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. 92.000 geben Deutsch als ihre Muttersprache an.

Am 18. Juni 2006 wurde die Landesgedenkstätte zur Vertreibung der Ungarndeutschen auf dem Alten Friedhof zu Wudersch eingeweiht. Dort legte Viktor Orbán, der weithin im Westen verhaßte ungarische Ministerpräsident, aus Anlaß des von seiner Regierung vor zwei Jahren eingeführten Gedenktags für die vertriebenen Deutschen, den es in keinem anderen ehemaligen Vertreiberstaat gibt, auch dieses Jahr einen Kranz nieder.

Mit den Worten "Im Namen der ungarischen Regierung wünsche ich unseren in Ungarn lebenden deutschen Mitbürgern, daß sie das Andenken ihrer Ahnen bewahren und ihre Kinder als in der deutschen Kultur aufgewachsene gute Ungarn erziehen sollen. Ehrfurcht den Opfern. Gebührende Erinnerung an die Leidenden. Ein Verneigen vor der Erinnerung an die Unschuldigen. Anerkennung und Ruhm jenen, die den in Not geratenen Ungarndeutschen geholfen hatten. Alles Gute unseren mit uns zusammenlebenden deutschen Mitbürgern", schloß er seine Ansprache - dort, wo 70 Jahre zuvor alles begonnen hatte.

Reynke de Vos.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. April 2016 (x887/...):
>>**Nur Flüchtlinge?**

Zu: "Nazi-Keule" ist abgeprallt (Nr. 11)

Die Sprecherin für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehemalige BdV-Präsidentin, Erika Steinbach, vertritt Menschenrechte, Rechte auf Heimat und Leben. Und sie bemüht sich auch, hinter die Kulissen zu schauen. So muß es ihr sicher schwerfallen, die Menschen, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur geflüchtet sind, sondern auch aus ihrer Heimat vertrieben wurden und unsagbares Leid in Form von massenhaften Vergewaltigungen hinnehmen mußten oder schlichtweg ermordet wurden, mit all den Menschen zu vergleichen, die heute als "Flüchtlinge" auftreten.

Gewiß, auch Frau Steinbach erkennt, daß Menschen aus Kriegsgebieten, die ähnlich denen der Nachkriegszeit in Deutschland um ihr Leben zu fürchten hatten, ein Recht auf Leben und Schutz haben. Doch sie unterscheidet zwischen den damals geflüchteten und denen, die heute in unser Land kommen.

Selbst wenn man unberücksichtigt läßt, daß in den Jahren ab 1945 Menschen der selben Nationalität, Kultur und Religion in das Restgebiet Deutschlands kamen, so ist doch ein Unterschied festzustellen, daß die Menschen, die jetzt zu uns strömen, nicht nur auf diesen drei Gebieten anders sind, es handelt sich zum Großteil nicht einmal um Flüchtlinge im eigentlichen Sinn, es sei denn sie werden als "Wirtschaftsflüchtlinge" bezeichnet. Dann aber passen sie nicht unter den Begriff, der auf Grausamkeit beruht, sie wollen schlichtweg ein besseres Leben. Dies ist auch zu verstehen, doch nur dann, wenn diese Menschen nicht unter dem Deckmantel "Flüchtling" illegal einreisen und Forderungen stellen.

Wir sind überzeugt, daß Steinbach eine Angst auszusprechen wagt, die sich jüngst bei der Drei-Länder-Wahl gezeigt hat. Anstatt sie auszugrenzen, sollte man ihre Befürchtungen ernst nehmen, denn sie spricht das aus, was bei einem nicht geringen, aber schweigenden Teil der Bevölkerung gedacht wird. Beginnen wir doch, auch auf die schweigende Gruppe unserer Mitmenschen zu hören, die ansonsten versuchen wird, sich bei anstehenden Wahlen in extremen Richtungen zu artikulieren.

Edmund Ferner und Gerhard Hahl, Burg auf Fehmarn.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. April 2016 (x887/...):

>>Das Ende der DDR

Rückblick auf das Jahr 1989

Sein ungläubiges Staunen über die Ereignisse im Herbst 1989 in der DDR hatte SED-Politbüromitglied Horst Sindermann in die berühmt gewordenen Worte gefaßt: "Mit allem haben wir gerechnet, nur nicht mit Gebeten und Kerzen!" Ja, die DDR-Führung war auf jeden gewaltsamen Widerstand mit Sicherheitskräften, Polizei und Kampfgruppen bestens vorbereitet. Aber auf gewaltfreie Demonstrationen, die immer mehr anschwellen und am Ende das ganze Land erfaßten, wußte sie keine Antwort.

Nach dem KSZE-Abkommen von Helsinki 1975 war zwischen beiden deutschen Staaten ein Korrespondentenaustausch vereinbart worden. Die SED hätte das am liebsten bald wieder rückgängig gemacht, denn westdeutsche Journalisten in der DDR entwickelten bald eine für den Staat gefährliche Virulenz, kamen doch via Fernsehen ganz andere Informationen ins Land als die der SED-Propaganda.

Umgekehrt erfuhren westdeutsche Leser und Hörer viele Details über den DDR-Alltag. Lothar Loewe für die ARD, Joachim Jauer für das ZDF, die Zeitungsredakteure Karl-Heinz Baum ("Frankfurter Rundschau") und Peter Pragal ("Süddeutsche Zeitung") gehören zu den bekanntesten Namen.

Daneben gab es den Evangelischen Pressedienst "epd", der wohl am ausdauerndsten berichtete und wegen seiner Nähe zu den Kirchen in der DDR besondere Beachtung fand. Zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit haben Redakteure vom epd-Landesdienst Ost und Karl-Heinz Baum an die damaligen Ereignisse erinnert. In 46 Reportagen, Analysen und Interviews wird zunächst ein Rückblick auf die 80er Jahre in der DDR gegeben, als die Unruhe unter der Bevölkerung ständig wuchs, was sich in der wachsenden Zahl von Ausreiseanträgen und entsprechenden Repressalien der Staatsmacht zeigte.

Das Jahr 1989 zeichnen die Autoren Monat für Monat penibel nach; sie erinnern an die skandalöse Wahlmanipulation im Mai 1989, an die Grenzöffnung in Ungarn, an die überfüllte deutsche Botschaft in Prag, an die Gründungen von Sozialdemokratie und Neuem Forum im Herbst, an Honeckers Abwahl und Krenz' Nachfolge und an das unglaubliche Tempo der Entwicklung nach der Maueröffnung, der kein Jahr später die staatliche Einheit folgte.

Beispielhafte regionale Einsprengsel ergänzen die allgemeine Entwicklung: der letzte Kirchentag in der DDR, Besetzungen von Stasi-Zentralen in Erfurt und anderswo, die friedliche "Wiedereroberung" des jahrzehntelang für Zivilisten gesperrten Brocken im Harz. Zur besseren Orientierung finden sich für August bis Dezember 1989 jeweils eine Monatschronik sowie zwei Texte zur Berliner Mauer und zu den Opfern an dieser "Staatsgrenze".

Die meist nur drei bis vier Seiten umfassenden Beiträge ergeben in der Summe eine Dramatik, in die sich der Leser rasch hineingezogen fühlt. Die Autoren haben offensichtlich in vielen Fällen auf frühere Texte zurückgegriffen und, soweit erforderlich, Informationen ergänzt.

Ob dieses Buch wirklich, wie Manfred Stolpe in seinem Vorwort schreibt, "so umfassend und so lebensnah" geschrieben ist wie kein anderes über die Wende, sei dahingestellt; die intime Kenntnis der Autoren und der flüssige Stil machen das Buch aber in der Tat zu einer spannenden Lektüre und zeigen zugleich sowohl die Notwendigkeit als auch die Wirkung einer für jede Demokratie unerläßlichen Freiheit der Medien - was diese freilich auch in die Pflicht nimmt, nämlich wahrheitsgetreu, nicht übertrieben und hysterisierend zu berichten.

Dirk Klose

Karl-Heinz Baum, Thomas Schiller (Hg.): "Mit Kerzen haben sie nicht gerechnet. Das Ende der DDR - von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit". Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2015 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. April 2016 (x887/...):

>>Nato im Kalten Krieg

Über Stay-Behind-Organisationen im Nachkriegsdeutschland

Lediglich drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges begannen die Sowjets mit ihrer Berlin-Blockade und 1950 verursachten sie den nordkoreanischen Kriegsüberfall auf den Südtel des Landes. Zunehmend befürchtete man nicht nur in Bonn, Paris und London, sondern speziell in Washington, Moskau werde versuchen, mit seinen insgesamt 45 Divisionen ebenfalls Westeuropa zu überrennen.

Nach den Erfahrungen der deutschen Wehrmacht mit den sowjetischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg begann die CIA, für einen solchen Fall überall eine Art Schattenarmee aufzubauen, die im Krieg als Partisanen und Funker gegen die sowjetische Besatzungs-Streitkräfte kämpfen sollten. Schon aus geographischen Gründen war dabei Deutschland der Schwerpunkt. Während sie in anderen Ländern auf entsprechende Militär-Einheiten und Widerstandskämpfer zurückgreifen konnte, standen in West-Deutschland nur Spezialisten aus Wehrmacht und SS zur Verfügung - ihre politische Vergangenheit war nunmehr kein Hinderungsgrund.

An bestimmten Punkten wurden in Wäldern Erdbunker angelegt, die in handkoffergroßen Blechcontainern Sprengstoff sowie Waffen nebst Munition enthielten; viele waren zudem mit Zigaretten und Schokolade versehen sowie - nagelneu und wasserdicht verpackt - Verbandszeug mit Spritzen und Penicillin (noch vor wenigen Jahren wurden solche Waffenlager in Holland und Norwegen entdeckt).

Zur antikommunistischen Propagandaarbeit baute die CIA 1950 den Bund Deutscher Jugend auf, der bereits ein Jahr später über zwei Millionen Flugschriften im Bundesgebiet verteilte. Seine Behauptung, 1952 über 18600 Mitglieder zu haben, war indes stark übertrieben. Daß der BDJ auch heimliche Anhänger in der DDR hatte, entspricht den Tatsachen.

Zugleich entstand sein Technischer Dienst, dessen Mitglieder als Sabotagetrupps vorgesehen waren. Ihre Ausbildung umfaßte jeweils bis zu 14 Mann und erfolgte in einer Villa in Wald-Michelsbach im Odenwald, getarnt als Erholungsheim. Die Wirkung von Partisanen wird oft unterschätzt: Können sie doch feindliche Truppen binden, deren Soldaten durch Überfälle dezimieren und demoralisieren und ihren Nachschub gefährden. Behauptungen, der Technische Dienst solle bei inneren Unruhen unliebsame Persönlichkeiten beseitigen, führten 1953 zum Verbot. Damals besaß er mit seinen 7.000 Mitgliedern 12.600 Panzerfäuste, 560 Maschinengewehre und 140 Funkgeräte.

Viele von ihnen übernahm die Organisation Gehlen, die seit 1949 ebenfalls eine Stay-Behind-Gruppierung aufbaute. Bald konnte sie etwa 500 Deutsche eingliedern, welche bisher für ähnliche Organisationen der französischen, niederländischen und dänischen Spionage tätig waren. Bereits 1946 hatte Gehlen selber den Nachrichtendienst Kopenhagens mit dessen 30 Funkposten kontaktiert, der ihn bei der Einschleusung seiner Agenten nach Polen unterstützte.

Vier Jahre später bestanden engere Funkverbindungen zur Schweiz, zu Frankreich und Spanien. In der DDR arbeiteten 1954 rund 70 geheime Funker, davon sieben an Schlüsselpositionen an der Oder-Neiße-Linie, sowie einige in Polen und der CSSR. In der Bundesrepublik bestanden für den Ernstfall bereits 1952 an 65 Orten Erddepots mit Waffen und Sanitätsmaterial, 75 Funker waren bei wichtigen Eisenbahnknotenpunkten und Flugplätzen stationiert.

Für die Partisanen waren eine Versorgung aus der Luft sowie eine verstärkte Einschleusung von Agenten in den Osten per Kleinst-U-Booten und per Fallschirm vorgesehen. Luftangriffe der USA sollten sich vorrangig auf die Zerstörung von Brücken über die Oder und Neiße, auf Eisenbahnlinien durch Polen und auf die Aufmarschräume der Sowjetarmeen sowie deren Raketenstellungen konzentrieren.

Für das Zurückholen der Piloten von abgeschossenen US-Flugzeugen war eine Rettungslinie mit sicheren Unterkünften bis weit in die UdSSR vorgesehen sowie Abwurfpunkte für deren

Versorgung aus der Luft. Der DDR-Stasi gelang es indes ab 1979, manche Funksprüche zu orten und auch zu entschlüsseln.

Auch gerade die Briten bauten sehr bald nach 1945 ihre eigenen Stay Behind-Organisation in allen Teilen Deutschlands und Österreichs auf und legten ebenfalls geheime Erdverstecke mit der erforderlichen Ausrüstung an. Von ihr wurde auch die unabhängige Schweizer Schattenarmee "P 26" in England ausgebildet, zur Unterstützung kamen wiederholt britische Offiziere in die Alpenrepublik.

Das äußerst interessante Buch mit seinen 863 Anmerkungen ist der erste Versuch, an ein fast vergessenes Kapitel des Kalten Krieges zu erinnern. Manche Dokumente sind verschwunden, Überlebende gibt es heute nicht mehr. Ob wir je die gesamte Wahrheit erfahren?

Friedrich-Wilhelm Schломann

Erich Schmidt-Eenboom und Ulrich Stoll: "Die Partisanen der Nato", Ch. Links-Verlag, Berlin, 2015 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. April 2016 (x887/...):
>>**Angst - aber die richtige!** / Wie Merkel den Massenansturm wieder in Gang bringt, wofür Schäuble den Etat verdoppelt, und was ein Asylbewerber von Schwarzen hält

Der Wochenrückblick mit *Hans Heckel*

Das haben sie aber geschickt eingefädelt, unsere weisen Regierenden. Irgendwie mochte man die Zahlen ohnehin kaum schlucken. Zwischen 18.000 und 72.000 Asylsucher sollten laut dem EU-Türkei-Abkommen von Anatolien in die Europäische Union verfrachtet werden.

Das sollte alles sein? Da hatten wir in Deutschland vergangenes Jahr schon pro Monat mehr! Mit so wenigen sollten sich Angela Merkel und ihre Schleppenträger von der schwarz-rot-grünen Koalition zufriedengeben? Außenminister Steinmeier rüttelt doch schon wieder heftig am mazedonischen Grenzzaun und will die "Balkan-Route" wieder aufkriegen, damit sie endlich wieder ungehindert nach Deutschland fließen können, die Menschenmassen. Statt dessen soll er sich mit 78.000 abspeisen lassen. Da dauert der Austausch des eigenen Volkes ja noch ewig.

Keine Sorge: Das wissen die schlaunen Leute in Berlin, Brüssel und Ankara natürlich auch und haben in den Handel einen interessanten Zusatz eingebaut, der erst ein wenig später bekannt wurde. In dem Zusatz haben sie vereinbart, daß die EU der Türkei darüber hinaus noch mehrere Hunderttausend abnimmt, und zwar direkt, also wohl per Flugzeug. Gemunkelt wird derzeit von einer halben Million Menschen.

Die sollen nach dem Freiwilligkeitsprinzip in der EU verteilt werden. Es nehmen also nur die Länder welche auf, die das wünschen. Angela Merkel muß sich dabei gar nicht groß vordrängeln. Alle außer den Deutschen haben sich das Hemd schon bis obenhin zugeknöpft: Sie werden höchsten ein paar Symbol-Syrer hereinlassen.

Nach den Brüsseler Terrorattacken ist die Vorfreude auf weitere Zuwanderer aus der islamischen Welt bei unseren europäischen Nachbarn sogar noch etwas weiter abgekühlt. Ja, die Angst geht um in Europa! Wovor? Wovor wohl: Die Co-Chefin der Grünen Jugend der Schweiz, Irina Studhalter, bringt unsere aufgewühlte Stimmung auf den Punkt. Sie schrieb gleich nach den Attentaten von Brüssel: "Ich habe Angst. Nicht vor dem Islam, nicht vor Terror - sondern vor der rechtspopulistischen Hetze, die folgen wird."

Damit ist sie beileibe nicht allein. Finanzminister Schäuble und Vizekanzler Gabriel haben gerade erst dieser Tage vereinbart, die Bundesmittel für den "Kampf gegen Rechts" von jetzt 50 im nächsten Jahr auf stolze 100 Millionen Euro zu verdoppeln. Es dürfte kaum einen anderen Haushaltsposten geben, der prozentual derart rasant wächst. "Das Programm unterstützt unter anderem zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die sich in den Kommunen gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit einsetzen", lesen wir in der "Zeit".

"Menschenfeindlichkeit" ist ein sehr dehnbarer Begriff, was ihn so unsagbar nützlich macht.

Für gewisse "zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte" beginnt "Menschenfeindlichkeit" dort, wo man sich weder zu Multikulti noch zu offenen Grenzen, Bleiberecht für jedermann oder zum allgemeinen Linkssein bekennen will.

Da nach dieser Definition die Mehrheit im Volk als "menschenfeindlich" eingestuft werden muß, war die Verdoppelung der Bundesmittel eine dringend gebotene Maßnahme zur Herrschaftssicherung. Die geförderten "Initiativen und Projekte" sind sozusagen in die Rolle der Dragoner geschlüpft, welche einst die Obrigkeit vor dem unbotmäßigen Volk beschützt haben, um die bestehende Macht zu sichern. Das viele Steuergeld von Schäuble und Gabriel ist die Munition, mit der die neuen Dragoner schießen sollen auf den aufmüpfigen Pöbel.

Sollte sich ein Gewalt-Exzeß wie in Paris Mitte November oder in Brüssel Ende März wiederholen (was leider zu befürchten steht), dann wird unsere Staatsmacht die Pegida-Horden endgültig auseinander treiben müssen. Und folgt noch so ein Terroranschlag, der "nichts mit dem Islam zu tun hat", wird ein Verbot der AfD unausweichlich sein. Schließlich haben wir "Angst". Verblüffend ist nur, wie sich die "Angst" verändert, wenn die vermutete Gefahr konkret wird. Dann sind es plötzlich ganz andere Sachen, vor denen sich die Leute fürchten.

Hat eigentlich schon einmal ein Karikaturist, Journalist oder Kabarettist irgend etwas nicht gezeichnet, geschrieben oder gesagt, weil er sich vor Übergriffen "von rechts" fürchtet? Darüber ist in jüngerer Zeit nichts bekannt geworden, im Gegenteil: Wenn es einem Spinner gefallen sollte, jemanden zu bedrohen, weil er die NPD aufs Korn genommen hat, ist das für den "Bedrohten" wie ein Lottogewinn.

Damit kommt er in alle Kanäle und hat gute Chancen, viele hübsche Auszeichnungen für seine Zivilcourage zu ernten, ohne jemals wirklich in Gefahr gewesen zu sein: "Ich lasse mich vom rechten Mob nicht einschüchtern! Ich kämpfe weiter!"

Der eingefleischte linke Kabarettist Bruno Jonas bekannte demgegenüber schon vor acht Jahren, daß er mit Spitzen gegen den Islam eher vorsichtig sei, um keine gewalttätigen Reaktionen hervorzurufen. Der Zeichner der berühmten Mohammed-Karikaturen, Kurt Westergaard, steht seit 2007 unter massivem Polizeischutz, nachdem konkrete Mordpläne bekannt geworden waren. Am Neujahrstag 2010 konnte er trotzdem nur in einen eigens eingebauten Schutzraum in seinem Haus flüchten, nachdem ein somalischer Asylbewerber mit Axt und Messer in Westergaards Heim in Aarhus eingedrungen war, um den Zeichner zu massakrieren.

Übrigens: Das ZDF hatte im Mai 2010 ein TV-Gespräch mit Westergaard abgesagt aus Furcht vor möglichen Konsequenzen. Erst als der Däne dem deutschen Staatssender öffentlich Selbstzensur vorwarf, ließen ihn die hasenfüßigen Staatssender-Leute doch noch auftreten. Ein Ende des Polizeischutzes ist nicht absehbar, weil die tödliche Bedrohung unvermindert anhält.

Aber wir schweifen ab. Wovor hatten wir noch gleich Angst? Richtig: Vor den Rechtspopulisten, die solche Dinge ausschlachten, indem sie sie ohne Rücksicht auf den schönen Schein offen aussprechen. Und das auch noch ohne die Bekenntnisformel, daß das alles nichts mit dem Islam zu tun hat.

Wir verstehen die fremde Kultur einfach nicht, wofür wir uns schämen sollten. Neulich hat der DFB-Kontrollausschuß eine Drei-Spiel-Sperre gegen einen senegalesischen Fußballer von Werder Bremen beantragt, weil der einem Gegenspieler eine "Kopf-ab-Geste" gezeigt hatte, also mit dem Finger über seinen Hals gestrichen war als Andeutung von Kehle durchschneiden. Werders Sportchef hatte für die beantragte Sperre überhaupt kein Verständnis. Die Geste sei in Afrika "gebräuchlich". Eben, andernorts folgen die Sitten eben einem ganz anderen Schnittmuster als bei uns.

Und das wäre? Kommt ganz drauf an. Ein Journalist des Berliner "Tagesspiegel" hat sich in einem Asylheim kundig gemacht und allerhand zu hören bekommen. Über Schwarze sagte ihm ein Ägypter, einige "Affen" seien nett, die meisten aber eine Plage. Der Ägypter, ein Af-

ghane und ein Syrer erklärten ihm obendrein, daß Frauen dem Mann gehorchen, Schläge seien erlaubt, aber unnötig, denn Frauen wollten ja gehorchen. Juden seien für das Elend in der Welt verantwortlich und hätten auch das Massaker von Paris angezettelt.

Der Syrer habe zudem erläutert, daß "nur Sunniten Muslime seien, Schiiten und Drusen seien Verräter, Zionisten, Teufel, und Gewalt gegen Teufel sei legitim". Was er bei Christen und Angehörigen anderer Religionen für "legitim" hält, hat der Reporter den freundlichen jungen Mann offenbar gar nicht erst gefragt.

Keine Frage, es ist höchste Zeit, daß die Balkanroute wieder geöffnet wird und daß Merkel die halbe Million aus der Türkei zu uns führt. Der Zustrom wird unser Land und unser Leben viel bunter und interessanter machen. Wenn da bloß nicht immer diese schreckliche Angst wäre - vor den Rechtspopulisten.<<

2. April 2016

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 2. April 2016 (x1.106/...): >>>Globale Planung der Massenmigration

Daß die Machteliten im Rahmen einer "Neuen Weltordnung" eine Weltregierung, eine "global governance", anstreben, wird inzwischen vielfach so offen ausgesprochen, auch von deutschen Politikern wie Merkel und Schäuble z.B., daß man sich schon gar nicht mehr dem Vorwurf eines "Verschwörungstheoretikers" aussetzen kann, wenn man darauf hinweist. Das ist natürlich nur durch die Entmachtung der Nationalstaaten, die sukzessive Übertragung ihrer Souveränitätsrechte auf übernationale Organisationen wie die UNO, NATO, IWF, EU usw. zu erreichen. Sie ist ja auch kontinuierlich im Gange (siehe die Schilderung in: Die EU als Vorstufe).

Aber Kraft und Widerstandspotential der Staaten sind wesentlich in den Nationen, den Völkern und ihren spezifischen Kulturen begründet, in denen die Menschen weitgehend ihre seelische Verankerung finden. Für einen Globalisierer muß daher neben die politische Entmachtung und Aushöhlung der Nationalstaaten als zweites Ziel die Auflösung der Völker treten, die sie umfassen. Nur eine "enthomogenisierte", durchmischte Bevölkerung, in der sich keine innere Gemeinsamkeit einer Fremdsteuerung widersetzen kann, ist leicht zentral lenkbar.

Eine Durchmischung geschieht in der Regel nicht freiwillig. Sie kann nur von außen durch erzwungene Flüchtlings- und Massenmigrationsströme herbeigeführt werden, gegen die sich die Völker aus Gründen des geschaffenen internationalen Rechts, der Humanität und auch wegen der teilweisen Komplizenschaft der eigenen Regierung nur schwer wehren können.

Intentionen in der europäischen Zentralisierungsbewegung

Einer der maßgeblichen Vorantreiber der europäischen Integration und Planer eines europäischen Bundesstaates, in dem die Nationalstaaten aufgehen sollen, der österreichische Freimaurer Richard Graf Coudenhove-Kalergi. (1894-1972), prophezeite schon 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus" die Durchmischung der Rassen und Völker. Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus", wie er die bestehende Scheindemokratie nannte, durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, der eine "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" beherrschen werde:

"Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen." (S. 22, 23)

Diese Idee Coudenhove-Kalergis muß in den Köpfen der hinter der EU stehenden Eliten immer eine treibende Rolle spielen. Sie wird natürlich primär mit wirtschaftlichen Argumenten begründet. So meldete der britische "The Daily Express" in seiner Ausgabe vom 11. Oktober 2008, daß nach einem Geheimplan der Brüsseler Ökonomen die EU in den nächsten Jahrzehnten 56 Millionen Immigranten aus Afrika nach Europa holen wolle. Sie würden als Arbeiter in

der europäischen Wirtschaft, aber auch benötigt, um dem demografischen Niedergang Europas aufgrund dessen niedriger Geburtenquote entgegenzusteuern.

Der EU-Kommissar für Migration Dimitris Avramopoulos erklärte gar nach einem Bericht der Salzburger Nachrichten vom 3.12.2015, wegen der Vergreisung Europas seien "in den nächsten zwei Jahrzehnten mehr als 70 Millionen Migranten nötig." 1a (Ergänzt am 18.4.2016)

Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", forderte in einer Rede während des sog. "Grundrechte-Kolloquiums der EU" im Oktober 2015 die Mitglieder des EU-Parlaments auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszuradiieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität (Vielfalt)" bei jeder Nation weltweit zu beschleunigen.

Die Zukunft der Menschheit beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte.

Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, daß man multikulturelle Vielfalt zu akzeptieren habe, sonst stelle man den Frieden in Europa in Frage. Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch "die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben." 1b (Ergänzt am 6.5.2016)

Auf derselben Linie äußerte sich einer der einflußreichsten globalen Strategen innerhalb der EU und darüber hinaus, der Ire Peter Sutherland (geb. 25.4.1946). Nach mehreren Jahren als Generalstaatsanwalt in Irland "war er in der Kommission Delors I von 1985 bis 1986 Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit und von 1985 bis 1989 Kommissar für Wettbewerb" (Wikipedia). Er ist also ein führender Insider in der Europäischen Union. Darüber hinaus ist er intensiv mit den kapitalistischen Weltwirtschafts-Interessen verbunden:

Er ist Mitglied des "European Round Table", einer Lobbyorganisation der 50 größten multinationalen Konzerne, führte jahrelang die GATT-Verhandlungen (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), das Zölle und sogenannte Handelshemmnisse abbaute; er führte und gestaltete lange die Welthandelsorganisation (WTO), war ihr 1. Generaldirektor, Ehrentitel "Vater der Globalisierung"; er war von 1995 bis 2015 Aufsichtsratsvorsitzender (Chairman) der Investmentbank Goldman Sachs; er saß unter anderem als Chairman bei BP (1997 bis 2009), ABB und der Royal Bank of Scotland, er ist Ehrenpräsident des Transatlantic Policy Network (TPN), welche TTIP (Transatlantische Handels- und Investment-Partnerschaft) initiierte und gehört der von David Rockefeller gegründeten "Trilateralen Kommission" an.

Friederike Beck, die intensiv über ihn recherchiert hat, schreibt: "Er ist wild entschlossen, den Europäern ihre nationale Souveränität und den "lästigen, prähistorischen" Nationalstaat auszutreiben und als das Böse schlechthin zu brandmarken. Sutherland: Die Gründungsväter der Europäischen Union - das Hauptargument, welches sie von Anfang an antrieb, war ein Angriff auf das, was sie gemeinsam als das Böse der nationalen Souveränität ansahen." Bei einer Anhörung vor dem House of Lords, im Juni 2012, sagte er:

"Eine schrumpfende Bevölkerung, eine alternde Bevölkerung ist destruktiv für den Wohlstand, lassen wir den moralischen Aspekt hier beiseite. ... Also die Demographie ist ein Hauptargument dieser Debatte, das Hauptargument für - und ich zögere das Wort zu gebrauchen, denn die Leute haben es angegriffen - die Entwicklung multikultureller Staaten. Es ist unmöglich zu glauben, daß der Grad der Homogenität, von dem andere Argumente ausgehen, überleben kann, denn Staaten müssen offener werden, was die Menschen, die sie bewohnen,

angeht, ebenso wie Großbritannien es gezeigt hat. ...

Die EU hat geholfen bei Papieren, mit Ideen, mit Diskussionen innerhalb der kleinen Gruppe, die versuchte, die Sache am Laufen zu halten, um es so auszudrücken, ähm, sie haben es jetzt angekündigt, und sie haben in der Vergangenheit finanzielle Unterstützung bereitgestellt, und ich denke, daß sie noch viel mehr bereitstellen werden ... Also ich denke, die Kommission hat eine große Rolle dabei gespielt, bei der intellektuellen Schöpfung einiger dieser Ideen."

Auf den Hinweis, Daten, die von der OECD kommen, wiesen darauf hin, daß die Beschäftigungsrate von Migranten in ganz Europa niedriger sei als in den Vereinigten Staaten, antwortete Sutherland:

"Das hat mit der Tatsache zu tun, daß die Vereinigten Staaten oder Australien und Neuseeland Migrantengesellschaften sind. Daher sind sie eher bereit, jene mit anderem Hintergrund zu beherbergen als wir selbst dies tun, die wir immer noch einen Sinn für unsere Homogenität und Unterschiedlichkeit gegenüber anderen hegen, was genau das ist, was zu unterminieren die Europäische Union meiner Meinung nach ihr Bestes tun sollte."

Schon der frühere britische Premierminister Tony Blair verfolgte in seiner Amtszeit (1997 - 2007) nach einer neuen Blair-Biographie "Gebrochene Versprechen: Tony Blair - Die Tragödie der Macht" einen geheimen Plan, Millionen Migranten nach Großbritannien zu schleusen. "Laut der Daily Mail, die eine Serie von Vorabdrucken aus dem Werk veröffentlichte, legt das Buch offen, 'wie der Premierminister eine stille Verschwörung anführte, um das Gesicht des Vereinigten Königreichs für immer zu verändern'.

Das Buch 'enthüllt, wie Blair seine Minister anwies, Zehntausende von Asylbewerbern in das Vereinigte Königreich durchzuwinken', so die Daily Mail. Die Kontrolle der Grenzen habe die Blair-Regierung dagegen nicht als ihre Aufgabe angesehen. Das Hauptziel sei gewesen, dem Land die 'Vorteile einer multikulturellen Gesellschaft vor Augen zu führen'."

Nicolas Sarkozy, Präsident des EU-Staates Frankreich von 2007 bis 2012, bemühte erst gar nicht den Vorwand wirtschaftlicher Gründe, sondern sagte am 17. Dezember 2008 in Palaiseau, einem Stadtteil von Paris unmittelbar:

"Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung. Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung!!! Es ist zwingend!!! Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen, ... deswegen müssen wir uns wandeln und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern: Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien, und wir werden uns zu diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!!!"

Freimaurerlogen

Sarkozy wird gelegentlich als Freimaurer bezeichnet, was allerdings trotz vieler Anhaltspunkte nicht nachgewiesen ist. Doch hat er eine unbestreitbare Nähe zu vielen Mitgliedern der okkulten Loge des Grande Orient, deren starker Einfluß auf die Politik Frankreichs in den letzten Jahrhunderten allgemein bekannt ist.

So wurden 2012 in Sarkozys Wahlkampfentourage 13 Freimaurer gezählt, einschließlich Wirtschaftsminister François Baroin, Arbeitsminister Xavier Bertrand, Verteidigungsminister Gérard Longuet, Innenminister Claude Guéant, Justizminister Michel Mercier, Sportminister David Douillet, den Minister für die Beziehungen zum Parlament Patrick Ollier, den Minister für die internationale Zusammenarbeit Henri de Raincourt und Bildungsminister Luc Chatel. Sarkozy selbst ist eng mit Alain Bauer verbunden, der Großmeister des Grande Orient von Frankreich war.

Es ist bemerkenswert, daß 28 Freimaurerlogen Europas von der Türkei bis Portugal, von Italien bis Irland und Polen in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 7.9.2015 offene Grenzen

für unbeschränkte Zuwanderung fordern und damit eine Übereinstimmung mit den offiziellen Strategien der EU und der Regierungen der meisten Mitgliedstaaten offenbaren. Eine Deckungsgleichheit, wie sie offiziell in diesem Ausmaß zwischen Freimaurerei und politischen Entscheidungsträgern selten so offen zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Überflutung der europäischen Völker und ihre Durchmischung muß für ihre Ziele eine außerordentliche Bedeutung und Wichtigkeit haben.

Die Vereinten Nationen

Das Netzwerk der treibenden Eliten ist natürlich nicht auf Europa beschränkt, es ist global. Bereits 2001 forderte die Bevölkerungsabteilung der UN (UN Population Division) in einem erst kürzlich bekannt gewordenen UN-Bericht "Replacement Migration (St/ESA/SER A./206) für die EU-Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien einen Zustrom von Migranten aus Nahost und Nordafrika, um bei der Alterung der Gesellschaft Wirtschaftswachstum zu erzielen. Für Deutschland wird die Öffnung für 11,4 Millionen Migranten verlangt, auch wenn das innerhalb Deutschlands zu sozialen Spannungen ("rise to social tensions") führen werde.

Da trifft es sich, daß der uns schon bekannte Peter Sutherland von Kofi Anan zum "Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für Internationale Migration" ernannt wurde, der er bis heute ist. Das "Global Forum on Migration and Development" der UN, dem er vorsteht, gibt ihm die Möglichkeit, politische Entscheidungsträger und hochrangige politische Praktiker der UN-Mitgliedstaaten, sowie Nicht-Regierungs-Organisationen, also auch solche der Asyl-Industrie, Experten und Migrantenorganisationen zu versammeln und mit ihnen die praktischen Herausforderungen und Chancen der Migrationsentwicklung zu besprechen.

In einem Interview für das News Centre der UNO sagte er zur aktuellen Flüchtlingskrise am 2.10.2015:

"Wir sind in Europa in der Lage, dieses Problem zu handhaben. Wir haben 29 Prozent des globalen Wohlstands. Wir haben eine riesige Bevölkerung. Wir haben in der Tat demographische Probleme, die uns abverlangen, mehr, nicht weniger Migranten hereinzubringen, um die Lücken in unserem Wirtschaftssystem zu füllen. ... wenn Sie Deutschland als Beispiel nehmen, - Deutschland hat die niedrigste Geburtenrate der Welt. Die niedrigste Geburtenrate der Welt erfordert es, daß eventuell über eine Million Einwanderer pro Jahr über die nächsten 30 Jahre hinweg herkommen, um eine Situation zu erhalten, in der man dieselbe Anzahl Rentner gegenüber der von Arbeitern in 30 Jahren hat. ...

Ich werde die Regierungen darum bitten, zu kooperieren und anzuerkennen, daß Souveränität eine Illusion ist - daß Souveränität eine absolute Illusion ist, die wir hinter uns lassen müssen. Die Tage, als man sich hinter Grenzen und Zäunen verstecken konnte, sind lange vorbei. Wir müssen zusammenarbeiten und kooperieren, um eine besserer Welt zu erschaffen. Und das bedeutet, einige dieser alten Schibboleths (hebräisch: Getreideähre, bedeutet abgedroschene Konvention, Anm.) abzuschaffen, einige alte historische Erinnerungen und Bilder unseres eigenen Landes abzuschaffen und anzuerkennen, daß wir alle Teil der Menschheit sind."

US-Think-Tanks

Natürlich spielt die US-Elite in diesem globalen Netzwerk eine wesentliche Rolle. Unter ihnen trat bisher besonders Thomas B. M. Barnett hervor. Er ist Absolvent der Harvard Universität und war von 1998 bis 2004 Militärstrategie-Forscher und Professor am U.S. Naval War College, der Seekriegsakademie der US-Marine, in Newport, Rhode Island.

Unter dem Kriegsminister Donald Rumsfeld war der mittlerweile zu Ruhm gekommene Militärstrategie als Mitarbeiter im Pentagon tätig. Seine Bücher: *The Pentagon's New Map* (2004), *Blueprint for Action* (2005), *Great Powers: America and the World after Bush* (2009) wurden in den USA Bestseller. Alle drei konnten (durften?) bislang nicht ins Deutsche übersetzt werden. Thomas Mehner, der die ersten beiden gelesen hat, resümierte am 24.1.2008:

"Er ist Verfechter eines weltweit agierenden US-Kapitalismus, der gern als Neue Weltordnung

bezeichnet wird. Er bezeichnet die Globalisierung als ein System gegenseitiger Abhängigkeiten, was dazu führt, daß Nationen und die in ihnen stattfindenden wirtschaftliche Prozesse wie auch der einzelne Mensch nicht mehr selbstbestimmt agieren, sondern nur noch durch Einflüsse von außen gesteuert werden, ja sich, was die Nationen anbetrifft, letztlich auflösen.

Um den Frieden in der Welt zu erhalten, so Barnett, sei es notwendig, das reibungslose Funktionieren von vier sogenannten 'Strömen' sicherzustellen, die da sind: 1) Einwanderer, 2) Kredite, Investitionen, 3) Energie (hauptsächlich in Form von fossilen Energieträgern wie Gas und Öl) und 4) Militärmacht und Sicherheitskräfte.' ...

Er behauptet, daß, wer sich gegen Rassendurchmischung und multikulturelle Systeme wendet, unmoralisch und nicht zeitgemäß handle. Und all jenen, die Widerstand gegen die Globalisierung leisten, will er den Garaus machen. In *Blueprint for Action* schreibt er auf Seite 282 wörtlich: "... So yes, I do account for nonrational actors in my worldwiew. And when they threaten violence against global order, I say: Kill them." Ja, Sie haben richtig gelesen: Wer sich gegen die globale Ordnung zur Wehr setzt, soll nach Barnett getötet werden!"

(Das bisher hier von *dokuhouse.de* gebrachte Zitat über eine Mischrache mit dem IQ von 90 ließ sich nicht zuverlässig verifizieren und wird von Thomas B. M. Barnett auf seiner Webseite auch bestritten. Ich habe es daher wieder gelöscht. hl. 7.4.2016)

Der einflußreichste US-Think-Tank auf die amerikanische Politik ist der "Council on Foreign Relations", in den offenbar auch der Tausendsassa Peter Sutherland aus- und eingeht. Am 30. September 2015 war er zu einer Arbeit am Thema "Eine globale Antwort auf die Flüchtlingskrise im Mittelmeerraum" geladen, zu dem weitere Teilnehmer aus der Think-Tank-Szene, den Medien, der Wissenschaft, der Nichtregierungsorganisationen und Politik anwesend waren.

Ebenfalls Vortragender war William Swing, der Generaldirektor der "International Organization for Migration". Den Vorsitz führte George Rupp, emeritierter Professor der Columbia University und ehemaliger Direktor der "Internationalen Hilfsorganisation für Flüchtlinge".

"William Swing: 'Peter, sie gründeten die WTO. Und zwar wegen des freien Verkehrs von Kapital, Gütern und Dienstleistungen. Wodurch passiert das? Durch Menschen!

Es gibt aber noch keine freie Bewegung von Menschen! Und das ist das Element, worüber Sie sprechen, was tatsächlich noch fehlt. ...' (Es geht also nicht um Humanität, sondern um die freie Verfügbarkeit des Arbeiters.) 'Migration in großem Ausmaß ist unvermeidbar, notwendig und wünschenswert. ... Als Erstes müssen wir das öffentliche Narrativ über Migration ändern. Jetzt ist es toxisch. Es ist giftig. Migration hat einen schlechten Namen. ... Die Menschen haben Ängste. ... wir müssen ihnen erzählen, daß sie nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben!' ...

Peter Sutherland: 'Ich glaube, es gibt eine große Anzahl von Beweisen über den ausnahmslos positiven Beitrag von Migranten in der ganzen Welt und auch Europa. Migranten haben niedrigere Arbeitslosenzahlen. ... Sie haben ein höheres Innovationsniveau und einen größeren Appetit nach Ausbildung. Das sind (nicht stimmende) Fakten, die nach außen getragen werden müssen. ... Jeder Idiot, der (die Tweets auf Twitter) liest oder Nicht-Idiot, der sie liest, der daherkommt und mir sagt, daß ich dazu entschlossen wäre, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt nochmal absolut recht! ("dead bloody right") Genau das habe ich vor! (Applaus, Gelächter)."

Bilderberger

Es wäre ein Wunder, wenn die Migrationsströme nicht als wichtiges Anliegen auf der Tagesordnung der Bilderberger, dem globalen richtungsweisenden Forum der Weltelite, auftauchen würden. Diese tagen jährlich mehrere Tage hinter verschlossenen Türen, von der Presse sind nur schweigepflichtige Insider zugelassen.

Doch manchmal spielen Zufälle Inhaltliches nach außen. Der *Julius-Hensel-Blog* berichtete

am 21.6.2013, daß 2012 von einem verdeckt recherchierenden Journalisten aus einem der Müllcontainer des hermetisch abgeriegelten Tagungs-Areals im amerikanischen Chantilly, Virginia, "ein Manuskript, bzw. das Teilstück eines Rohentwurfs zu einer Rede gefischt" worden sein soll. "Eine Abphotographie ist WikiLeaks zugespielt worden, etwas später tauchte das Fragment im Internet auf. Man sieht, daß das Dokument ursprünglich zerrissen war und per Klebestreifen wieder zusammengefügt wurde, bevor man es abfotografierte." Das Thema wird in den Zusammenhang der Schwächung Deutschlands gestellt:

"... Ein regierbares, geeinigtes Europa ist jedoch nicht möglich, wenn das eine Land reich, das andere Land arm ist. Da sich flächendeckender Reichtum und Wohlstand aus den unterschiedlichsten Gründen und Gegebenheiten nicht in jedem europäischen Land entwickeln lassen, und dies auch gar nicht in unserem Interesse liegen kann, ist eine schnellstmögliche Angleichung durch Herabstufung kapitalreicher, wirtschaftsgesunder Länder an ärmere Länder unbedingt anzustreben.

Diese Herabstufung werden wir durch Maßnahmen erreichen, indem wir intakte Länder, und hier denke ich in erster Linie an Deutschland, einbinden werden, die Verschuldung anderer Länder zu tragen und deren Defizite auszugleichen. Eine fortschreitende Schwächung wäre somit gewährleistet und erhielte (in Anerkennung der Notwendigkeit von Rettungsschirmen) durchaus ihre offizielle Legitimation.

Die Wichtigkeit einer Verschuldung Deutschlands - und zwar über Generationen hinaus - muß keiner wirtschaftspolitischen Beurteilung standhalten, sondern als gesellschaftspolitische Notwendigkeit verstanden werden. So ist es auch der Bevölkerung zu vermitteln, denn ansonsten werden wir früher als erwartet auf Widerstand stoßen. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist zum jetzigen Zeitpunkt (noch) notwendig.

Da es den Prozeß der notwendigen Schwächung Deutschlands mit unterstützenden Maßnahmen zu beschleunigen gilt, möchten wir zeitgleich die Möglichkeit jedweder Einwanderung anregen und unterstützen. Und zwar massivst. Hier wird es auch in den nächsten Jahren wichtig sein, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die sich uns bieten. Das Land mit Zuwanderung zu fluten, sollte von allen als notwendig verstanden werden. Die deutsche Regierung ist aufgefordert, die Umsetzung ihres Auftrags (entsprechend der Vorjahre) auch weiterhin, nach Kräften, zu verfolgen.

Protest und Aufbegehren wird, wenn es denn überhaupt in größerem Maße dazu kommen sollte, nur aus dem rechten Lager erwartet. Diesem wird sich die breite Masse nicht anschließen - das Risiko gesellschaftlicher Ächtung wäre (dank jahrzehntelanger erfolgreicher Erziehungsarbeit) einfach zu hoch. Wenn sich die Hinweise auf religiös-militante Ausschreitungen muslimischer Migranten auch häufen, es sei angemerkt, daß diese uns doch viel mehr nützen als schaden.

Trägt ihr Einfluß nicht dazu bei, den Identitätsverlust der Deutschen zu beschleunigen? Entsteht nicht dadurch ein weitaus gemäßigteres Volk, als wie es uns in der Vergangenheit die Stirn bot? Halten wir uns noch einmal vor Augen, worum es uns letztendlich geht: Wir möchten bis zum Jahre 2018 ..."

Nun ist die Echtheit des Dokuments nicht gesichert und der Autor unbekannt. (Auch hat eine Überprüfung inzwischen ergeben, daß das Papier bei WikiLeaks nicht existiert. 7.4.2016 hl.) Doch der möglicherweise fiktive Inhalt bringt gut auf den Punkt, was in Bezug auf Deutschland tatsächlich vor sich geht.

Und schließlich ist der "Vater der Globalisierung" Peter Sutherland, dessen Intentionen wir kennen gelernt haben, regelmäßiges Mitglied der Bilderberger-Konferenzen und war auch 2012 dabei; er gehört sogar dem achtköpfigen Bilderberger-Lenkungsausschuß an, in dem übrigens auch stets zwei Mitglieder aus Deutschland sitzen, "von denen einer für Finanzen, der andere für die Auswahl der Themen und der Redner verantwortlich ist. Diesen Posten hat-

te lange der Chefredakteur der Zeit Theo Sommer inne; ihm folgte zunächst Christoph Bert-ram, danach Matthias Naß, beide ebenfalls Redaktionsmitglieder der Zeit." (Wikipedia)

Ein merkwürdiges globales Netzwerk, in das die internationalen "Eliten" der Freimaurerlogen, Parteien, Regierungen, Medien, transnationalen Organisationen und Denkfabriken eingegliedert sind, strickt, neben der Entmachtung der Nationalstaaten, an einer totalen Umwandlung der Bevölkerungszusammensetzung, insbesondere Europas, um einer Weltregierung, d.h. der Weltherrschaft einer kleinen Clique, den Weg zu bereiten.<<

16.04.2016

BRD: Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtet am 16. April 2016: >>Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis ...

"Moscheen sind unsere Kasernen"

Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:

"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."

Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<

27.04.2016

BRD: Die "Neue Rheinische Zeitung"-ONLINE veröffentlicht am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>Krieg und Frieden

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"

"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"

Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae". Anlässlich dieses Ereignisses hat Armin Siegert für die russische Nachrichtenagentur Sputnik mit Rolf Hochhuth gesprochen. Sputnik leitet das Interview wie folgt ein: "Rolf Hochhuth, der wohl bekannteste Dramatiker Deutschlands, der vor kurzem seinen 85. Geburtstag feierte, ist bis heute angriffslustig und streitbar. Sein neuestes Buch nennt sich 'Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae', also das Ende Deutschlands. Sputnik hat den Autor gefragt, was er damit meint."

"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"

Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, um das zu belegen.

Daß ich nicht in Panik rede, sondern aufgrund von Fakten panisch bin, möchte ich an folgenden Beispielen zeigen. Warum führt die Nato einhundert Meter, nicht Kilometer, vor der russischen Grenze, in Narwa, Estland eine Militärparade durch? Frau Merkel hat immerhin noch eine Teilnahme Deutschlands daran verboten. Dies ist ihr aber schon nicht mehr geglückt bei einem Flottenmanöver der Nato vor der Krim. Warum machen die ihre Manöver nicht zum Beispiel in Gibraltar?

Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. Auch Frau Merkel will das natürlich nicht. Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehrlichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben

daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht."

"Die USA werden regiert von der Rüstungsindustrie"

Die amerikanischen Alliierten haben am Ende des Zweiten Weltkrieges Ihre Heimatstadt befreit, sie haben die Genesung der BRD durch den Marshallplan erlebt. Woher kommt Ihr Sinneswandel, sich jetzt gegen den alten Freund, die USA, auszusprechen?

Sie waren eine unglaublich große Nation. Sie haben den Westen Europas befreit, was die Engländer allein nicht hingekriegt hätten. Aber ein Land verändert sich in 75 Jahren. Der Einzelne bleibt ja auch nicht immer gleich. Es sind jetzt andere Leute in Amerika an der Macht, die das vollkommen Wahnsinnige tun, obwohl kein Gegner in Sicht ist. Sie müssen sich immer erst einen suchen jenseits der Weltmeere, im Bewußtsein dessen, daß bei ihnen seit 150 Jahren keine Fensterscheibe kaputt gegangen ist durch Kriege.

Und trotzdem geben sie 51 Prozent ihres Gesamtbudgets ins Militär! Zum Vergleich, Bismarck hat während seiner drei Kriege niemals mehr als 25 Prozent des Etats ins Militär gesteckt. Wozu also dieser ungeheure militärische Aufbau? Antwort: Sie werden regiert von der Rüstungsindustrie, die sonst mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahl droht.

"Wir sind verrückt geworden"

Es ist im Moment nicht gerade populär, Verständnis für Rußland zu zeigen. Warum haben Sie Verständnis?

Uns steht Zurückhaltung gegenüber Rußland besser an, als jedem anderen. Und es ist meine Befürchtung, daß wir nichts als die nützlichen Idioten, das Kanonenfutter für die amerikanische Rüstungsindustrie, die den Krieg braucht, sein werden.

Putin wird ja auch dauernd betrogen. So schrieb Theo Sommer in der ZEIT, Rußland gesteht dem Baltikum zu, sich der EU anzuschließen, und das Baltikum geht in die Nato! Warum tut es das? Wir sind verrückt geworden.

Sie hatten bereits vergangenes Jahr einen offenen Brief an Frau Merkel und Herrn Gauck geschrieben zum Thema Nato. Haben Sie je eine Antwort bekommen?

Von Gauck habe ich eine sehr ausweichende Antwort bekommen. Frau Merkel hat selbstverständlich nicht geantwortet.

"In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse"

Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufgefallen?

In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.

Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben.

Herr Lammert, der Vorsitzende des Bundestages, hat mir dazu in einem Briefwechsel geschrieben, das Volk kann komplizierte Fragen ja gar nicht beurteilen. Woher weiß er das? Hat er noch nie von Wilhelm Busch gehört, von seiner Maxime: Wer zusieht, sieht mehr, als wer mitspielt?

Wir sind politisch sehr unintelligent. Wir hatten einige große Männer wie Bismarck, dessen oberstes Gesetz zu allen Zeiten die Pflege guter Beziehungen zu Rußland war. Vier Zaren waren mit deutschen Fürstinnen verheiratet. Bismarck wußte, warum. So schrieb Bismarck auch an König Wilhelm, nie einen Krieg mit Rußland anzufangen, weil das Reich selbst im unwahrscheinlichen Falle eines kurzzeitigen Gelingens, einen Krieg mit Rußland niemals hinter sich, sondern immer nur vor sich haben könnte.

So auch bei Hitler, der nach dem größten Siegeszug der Weltgeschichte, die sechs Wochen, in denen er Frankreich überrannt hat, was die Welt schockierte, ich hab das ja selbst erlebt, ich

war damals 12 Jahre alt, völlig den Verstand verlor, als er über seinen getreuen Rohstofflieferanten Stalin hergefallen ist.

Und jetzt sind wir wieder soweit. Zwar nicht, um über sie herzufallen und uns sicher auch nicht so ohne weiteres von den Amerikanern vorschicken zu lassen, aber sie machen uns zum potentiellen Kriegsschauplatz.

"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"

Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?

Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.

Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Bananensenrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensurieren sich selbst.<<

14.05.2016

Belgien: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 14. Mai 2016 (x892/...): >>"Monokulturelle Staaten ausradieren!"

Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", Frans Timmermans, hat die Katze aus dem Sack gelassen.

Während einer Rede während des "Grundrechte-Kolloquiums der EU" (EU Fundamental Rights Colloquium) hat er die Mitglieder des EU-Parlaments aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszuradieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität" bei jeder einzelnen Nation weltweit zu beschleunigen. Damit werden die Absichten der gesteuerten Masseneinwanderung nach Europa offengelegt. Im Hintergrund steht eine UN-EntschlieÙung, die dasselbe Ziel weltweit verfolgt.

Die Zukunft der Menschheit, so Timmermans, beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Die heutigen Konservativen, die ihre eigenen Traditionen wertschätzen und eine friedliche Zukunft für ihre eigenen Gemeinschaften wollen, berufen sich laut Timmermans auf eine "Vergangenheit, die nie existiert hat" und können deshalb nicht die Zukunft diktieren. Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte und jeder, der etwas anderes behauptet, sei engstirnig.

Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, daß man multikulturelle Diversität zu akzeptieren habe. Wer dies nicht tue, stelle den Frieden in Europa in Frage.

Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch "die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben."

Timmermans ist einer der ersten unter den EU-Führern, der die Maske fallen läßt und seine Vorstellungen so deutlich ausspricht.<<

20.05.2016

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 20. Mai 2016: >>"Das große Finale steht noch bevor"

Die Tatsache, daß sich derzeit nun auch in Deutschland wahrnehmbarer Protest gegen die Masseneinwanderung und die damit einhergehende Beschädigung von Rechtsstaat und Demokratie bildet, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch Befürworter der angestrebten "Vielfalt"-Gesellschaft gibt. Angela Merkel könnte niemals einsame Entscheidungen im Elfenbeinturm treffen. Wie stets ist sich die Taktikerin einer breiten Unterstützung in Medien,

Kirchen, Politikerkaste, Gewerkschaften, Sozialverbänden und auch großen Teilen der Bevölkerung sicher. Auch mit ihrem Abgang hätte sich das Problem also nicht aufgelöst.

Die Ursachen für die Unterstützung der Einwanderungspolitik sind unterschiedlich. So hoffen radikale Linke auf eine Destabilisierung des verhaßten Staates und Wirtschaftssystems, auf neuen Klassenkampf und eine große Umverteilung zugunsten der Armen der Welt. Andere kochen ihre islamischen Strategie-Süppchen. Pragmatiker der Betreuungsindustrie und des Hotelgewerbes sehen Jobs und Einnahmemöglichkeiten für sich selbst. Ähnlich profitorientiert dürften einige Wirtschaftskapitäne ticken. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

Ausleben altruistischer Emotionen

Bei vielen Bürgern, vor allem kirchlich engagierten, dürfte hingegen das Ausleben altruistischer Emotionen eine große Rolle spielen. Zwischen Konsum und Tagesfreizeit gähnt in der liberalen Gesellschaft das große Loch der Sinnleere. Der Wunsch, die eigene Existenz mit Sinn zu füllen, wird durch diverse Hobbys gefüllt. Auch "Mitmenschlichkeit" hat das Ding zum Hobby-Motor für allerlei Freizeitaktivitäten. Man kann Einwanderer mit Spielzeug versorgen, in Suppenküchen den Kochlöffel schwingen, Altkleider sammeln, Deutschkurse geben, Musizieren, Ausflüge gestalten.

Das Feld der selbstgestellten Aufgaben ist riesig, gerade für ältere alleinstehende Frauen oder gut situierte Rentner der 68er Generation, die soziales Engagement zeigen, aber nicht vor dem Fernseher oder auf Karibik-Kreuzfahrten verdämmern wollen. Die christliche Wurzel dieses Altruismus ist nicht zu übersehen. So forderte jüngst der Philosophie-Professor Stephan Gosepath von der Freien Universität Berlin, daß die Deutschen die Pflicht hätten, ihr persönliches Lebensglück im Zweifelsfall für Flüchtlinge zu opfern. Wie bei den Bettelmönchen des Mittelalters dient so die Entsagung der Reinwaschung der Seele von materiellen Verlockungen.

Das Gedankengebäude dieser Leute ist tendenziell dualistisch. Der "Flüchtling" wird zum verhätschelten und entmündigten Ersatz-"Baby", das mit großen Kulleraugen die liebe weiße Mami anschaut und für deren Einsatz in Zukunft nur Dankbarkeit zeigen wird. Böses kann allenfalls vom "rassistischen" Deutschen ausgehen, nicht aber vom freudig empfangenen "Refugee" ("Flüchtlinge"). Um so heftiger bricht in dieses Weltbild bisweilen die Wirklichkeit ein, sofern man nicht Strategien zur Verdrängung entwickelt hat.

"Besonderes deutsches Schuldgefühl"

So berichtete der "Kaarster Stadtspiegel" von den Reaktionen junger Frauen, nachdem ihre Freundin von einem Schwarzafrikaner vergewaltigt worden war: "Die Herkunft der Männer mag ich gar nicht aussprechen, da ich die letzten Monate sehr reflektiert versucht habe, mein Denken und meine Grundeinstellung nicht durch die aktuellen Vorkommnisse verbiegen zu lassen.

Jetzt fällt mir einfach nichts mehr ein und ich weiß überhaupt nicht, wie ich damit umgehen soll", sagt die durchaus linksorientierte Freundin, die auch nach den Silvester-Übergriffen in Köln und Düsseldorf noch eine Pauschalverurteilung der Nordafrikaner abgelehnt hatte und auch schon mal das Wort 'Nazi' in den Mund nahm. Als Punkerin, Hippie und Musik-Aktivistin hat sie immer 'gegen Rechts' gekämpft. Jetzt sei ihr Weltbild zerstört.

Es gibt aber noch eine weitere, nicht unbedeutende tiefenpsychologische Ebene. Auch hier zeigt sich ein säkularisiertes und verbogenes Abfallprodukt des Christentums: Der aus einer masochistischen Lust gespeiste Schuld kult. Durch harte Selbstkasteiung versucht man sich die eigene Verderbtheit auszutreiben. Ein Beispiel dokumentierte nun die dänische Schriftstellerin Janne Teller in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeine".

Teller behauptete, daß die deutsche Antwort auf die Flüchtlingskrise "weitaus humaner ist als im restlichen Europa". Dieses deutsche Denken habe sich aus der Verarbeitung der NS-Zeit

entwickelt, dem "tiefen Verständnis für die Lasten, die inhumanes Handeln eines Landes zukünftigen Generationen aufbürdet". Das moderne Deutschland sei tief durch "dieses besondere deutsche Schuldgefühl samt dem zugehörigen Bedürfnis nach Sühne" geprägt: "Überall Gedenkveranstaltungen, Gedenkausstellungen und Mahnmale".

Wunsch nach Wiedergutmachung

Kaum eine politische Entscheidung würde in Deutschland getroffen, ohne daß eine Verbindung zur besonderen Verantwortung des Landes hergestellt werde. Zwar hätten ehemalige Kolonialmächte wie Belgien, Frankreich und England auch "für einiges an grauenhafter Geschichte zu sühnen", indes spüre man davon aber real in diesen Ländern nichts.

Nach 70 Jahren stelle sich nun die Frage, "wozu denn all diese fortgesetzte Schuld, Sühne und Rechenschaft gut sei. Die Antwort hat uns die Flüchtlingskrise gegeben". So sei bemerkenswert, daß sich die deutsche Regierung ständig "bemüht, die Bevölkerung von aufhetzender Rhetorik fernzuhalten" und "ihren Worten auch Taten folgen zu lassen". Dies seien die humanen Lehren aus Holocaust und Weltkrieg.

Schon seit den achtziger Jahren dient in deutschen linken Kreisen der "Ausländer" oder "Türke" als Projektionsfläche eines "neuen Juden", den man nun endlich gegen Übergriffe des ewig "rassistischen" Deutschen zu schützen in der Lage sei. Die Einwanderungskrise ermöglicht es, die lange gesäte und gepflegte Frucht dieser Vergangenheitsbewältigung zu ernten. Der Gedenkstättenbau und die dazugehörige Erziehung sind abgeschlossen. Nun steht der letzte Akt, das große Finale, bevor.<<

28.05.2016

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/8366" berichtet am 28. Mai 2016 (x1.138/...): >>"Besetztes" Deutschland - warum Deutschlands Souveränität eingeschränkt ist

In Deutschland herrscht eine heftige Kontroverse darüber, ob Deutschland ein souveräner Staat ist und inwiefern seine Außenpolitik auch heute noch von den USA diktiert ist. Wegen der bis heute andauernden ausländischen Militärpräsenz heißt es oft, Deutschland sei faktisch "noch immer besetzt".

Zur Erinnerung: Nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahr 1945 war Deutschland von Millionen Soldaten der Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion besetzt. In einem "Besatzungsstatut" vom 10. April 1949 wurden die rechtlichen Schranken festgelegt, die der staatlichen Souveränität der am 23. Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland gesetzt waren.

Die Pariser Verträge von 1954, die 1955 in Kraft traten, beendeten das Besatzungsstatut und verliehen der Bundesrepublik die sogenannte "innere Souveränität", die durch alliierte Vorbehaltsrechte eingeschränkt war. Neben dem Recht auf die Stationierung von Streitkräften existierten aber noch weitere Vorbehalte.

Der am 15. März 1991 in Kraft getretene Zwei-plus-Vier-Vertrag machte den Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands frei. Der als Souveränitätsvertrag bezeichnete Vertrag regelt die außenpolitischen Aspekte wie auch die sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag sollte die vollständige Souveränität Deutschlands regeln, da ein gesonderter Friedensvertrag nach dem Zweiten Weltkrieg nicht abgeschlossen wurde. Der Vertrag wurde zwar hinsichtlich seiner Wirkung als Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges behandelt, jedoch ausdrücklich nicht als Friedensvertrag bezeichnet.

Obwohl der Zwei-plus-Vier-Vertrag die volle innere und äußere Souveränität des vereinigten Deutschlands herstellen sollte, blieb die ausländische Militärpräsenz bis auf den heutigen Tag bestehen.

Warum dem so ist und warum die Souveränität Deutschlands weiterhin eingeschränkt bleibt, erklärte der russische Historiker Alexei Fenenko gegenüber dem russischen Radiosender Vesti FM im Mai 2016.

Fenenko zählt fünf Einschränkungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages auf. Diese lassen auf eine tatsächliche Abhängigkeit Deutschlands von den USA rückschließen und erklären manche außenpolitische Entscheidung der deutschen Regierung, z.B. daß Deutschland bei den Rußland-Sanktion mitmachen mußte. Sehen Sie nun das gut achtminütige Interview mit Alexei Fenenko und im Anschluß einen kurzen Überblick über die US-amerikanische Militärpräsenz in Deutschland.

Radiosender Vesti FM, Moskau, Mai 2016: Wir haben jetzt 16:34 Uhr in Moskau, ich möchte die Zuhörer noch einmal daran erinnern, daß wir heute in der Sendung Alexej Fenenko zu Gast haben. Alexej Fenenko ist Historiker, Experte für Amerikanistik, Dozent an der Moskauer Staatsuniversität MGU, hat einen Dokortitel in Geschichtswissenschaft So, jetzt haben wir einige Themen der Vergangenheit besprochen, man kann natürlich in dieser Sendung die Themen nicht ausführlich beleuchten. ...

Radiosender Vesti FM: Was mich jetzt aber noch interessieren würde, wenn wir eine Brücke aus der Vergangenheit in die Gegenwart schlagen, denn, heutzutage haben solche Länder aus dem 2. Weltkrieg wie Japan und Deutschland immer noch keine vollständige Staatssouveränität als Direktfolge des 2. Weltkriegs.

Alexei Fenenko: Das ist wahr. Und diese Staaten sind in Wirklichkeit abhängig von den USA. Es gibt eine ganze Reihe von Gerüchten zu diesem Thema, wie z.B. (die) berüchtigte "Kanzlerakte" und anderes.

Radiosender Vesti FM: Zu Deutschland, was können wir zu Deutschland in diesem Zusammenhang sagen, was sind die Gerüchte und was sind felsenfeste Fakten in Bezug auf Deutschland? Bleibt die Souveränität Deutschlands weiterhin eingeschränkt...?

Alexei Fenenko: Ja, sie bleibt eingeschränkt, mehr noch, einen Friedensvertrag mit Deutschland gibt es immer noch nicht ...

Radiosender Vesti FM: Wer hat keinen Friedensvertrag mit Deutschland?

Alexei Fenenko: Alle. Alle Hauptalliierten haben immer noch keinen Friedensvertrag mit Deutschland. Auf diese Geschichte werde ich jetzt näher eingehen.

In der Potsdamer Konferenz 1945 haben sich die Alliierten auf eine einheitliche Lösungsformel in Bezug auf das besiegte Deutschland geeinigt. Es sind vier "D" - Demilitarisierung, Demokratisierung, Denazifizierung und Demonopolisierung. Diese Vereinbarung zwischen den Alliierten sollte die Grundlage des zukünftigen Friedensvertrages mit Deutschland werden.

Danach fand die Pariser Konferenz 1947 statt, wo jedoch der Friedensvertrag mit Deutschland von den Alliierten nicht unterzeichnet worden war. In dieser Konferenz haben die Alliierten die Friedensverträge mit ehemaligen Verbündeten Deutschlands unterzeichnet - mit Finnland, Italien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland ist damals 1947 fehlgeschlagen. Seit diesem Moment waren die Alliierten in Bezug auf Deutschland untereinander nicht mehr einig.

Das heißt, im Grunde genommen war damals die Vereinbarung von Potsdam 1945 außer Kraft gesetzt bzw. gebrochen.

1952 unterzeichnen die West-Alliierten in Bonn den sogenannten "Deutschlandvertrag", womit die Souveränität der BRD nur teilweise wiederhergestellt wurde, mit einer Reihe von Einschränkungen bzw. Vorbehalten.

Danach, am 12. September 1990 in Moskau wurde der 2+4-Vertrag unterzeichnet, der die Einzelheiten der Wiedervereinigung der DDR und BRD regelte.

Der 2+4-Vertrag heißt so, weil der Vertrag zwischen BRD + DDR und 4 Hauptalliierten geschlossen wurde. Im Einzelnen waren das die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich.

Die Regelungen des 2+4-Vertrages waren folgende:

1. Deutschlands Souveränität wird vollständig wiederhergestellt, damit wird Deutschland zum eigenständigen Subjekt auf der internationalen Bühne.

2. Die Vollmachten und Verantwortungen der vier Hauptalliierten in Bezug auf ganz Deutschland werden damit vertraglich beendet und die Reste des Besatzungsstatutes werden hiermit beseitigt. Aber es bleiben weiterhin die vier Einschränkungen der deutschen Souveränität in Kraft, die noch im "Deutschlandvertrag" von 1952 durch Westalliierte festgelegt wurden. Erste Einschränkung: Verbot der Volksentscheide über militärpolitische Fragen des Landes. Deutsche haben kein Recht zu entscheiden, eine US-Militärbasis im Land zu haben oder nicht zu haben.

Deutsche haben kein Recht zu entscheiden, strategische Luftwaffe zu haben oder die eigene Armee zu vergrößern, dazu haben die Deutschen kein Recht.

Radiosender Vesti FM: Moment mal, Sie wollen damit sagen, das deutsche Volk darf nicht darüber entscheiden, ob die US-Amerikaner in Deutschland militärisch präsent sein können oder nicht? Das bestimmen allein die US-Amerikaner?

Alexei Fenenko: Dieser Punkt unterliegt der zweiten Einschränkung der deutschen Souveränität, nämlich, nach dem 2+4-Vertrag hat Deutschland kein Recht den Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland zu verlangen bzw. zu fordern.

Die Sowjetunion hat ihre Truppen aus der DDR freiwillig abgezogen, so haben wir entschieden, diese Entscheidung lag allein in unserer Macht, wir wollten das. Deutschland hat bis heute kein Recht, den Abzug der alliierten Truppen zu fordern, laut 2+4-Vertrag.

Übrigens, bis 1998 hatten die Westalliierten das Recht, die deutsche Regierung über die Bewegungen der alliierten Truppen innerhalb Deutschlands nicht zu informieren. Wenn die US-Amerikaner ihre Truppen und Panzer z.B. von Garmisch nach Ramstein verlegen wollten, brauchten sie die deutsche Regierung darüber nicht mal zu informieren.

Nur 1998 haben die US-Amerikaner die Zustimmung erteilt, über die Bewegungen ihrer Truppen in Deutschland die BRD-Regierung zu informieren, mittels NATO-Strukturen.

Erst im Jahre 1998?!

Die dritte Einschränkung der deutschen Souveränität:

Deutschland wird verboten, außenpolitische Entscheidungen zu treffen ohne es zuvor mit den Siegermächten abzusprechen.

Übrigens, als Merkel im letzten Jahr, 2015, anlässlich des 9. Mai Feiertages Rußland kritisierte, hätte Putin erwidern können: "Frau Merkel, der 2+4-Vertrag verbietet Ihnen, die außenpolitischen Handlungen der Siegermächte zu bewerten oder gar zu kommentieren.

Vergessen Sie das nicht."

Aber Putin hat das nicht getan, weil, wie ich glaube, Putin hofft immer noch, Deutschland irgendwann auf die russische Seite ziehen zu können, wenigstens teilweise.

Und die letzte vierte Einschränkung der deutschen Souveränität durch den 2+4-Vertrag verlangt, die Truppenstärke der Bundeswehr auf höchstens 370.000 Soldaten zu beschränken. (vor 1990 - 500.000).

Auch bestimmte Arten der Militärtechnik bleiben durch den 2+4-Vertrag weiterhin verboten. Diese vier Einschränkungen der deutschen Souveränität bleiben bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages in Kraft. Ein weiterer interessanter Punkt in diesem Zusammenhang: es werden keine Verhandlungen über den möglichen Abschluß des Friedensvertrages geführt.

Sobald ein deutscher Verteidigungsminister den Friedensvertrag nur erwähnt, bleibt er in der Regel nicht lange im Amt.

Radiosender Vesti FM: Wir machen jetzt eine kurze Pause für die Nachrichten, nachher reden wir weiter...

Wir haben jetzt 16:47 Uhr in Moskau und wir setzen unser Gespräch mit dem Historiker Alexej Fenenko fort. Er ist Dozent an der Fakultät für Weltpolitik an der Moskauer Universität MGU.

Alexei Fenenko: Wir haben die reale, tatsächliche Abhängigkeit Deutschlands von den USA besprochen, ein sehr interessantes Thema vor allem in Bezug auf die Gegenwart.

Nach 1990 hat Deutschland schon einmal versucht, (sich) gegen die USA aufzulehnen - das war 2009. Die Geschichte dazu war folgende: Am 5 April 2009 hat Obama eine Rede in Prag gehalten, dort hat er sich für eine atomwaffenfreie Welt ausgesprochen.

Die Deutschen haben darin sofort ihre Chance erkannt und der Bundestag hat kurz darauf eine Resolution verabschiedet, die die Empfehlung beinhaltet, die Atomwaffen der USA aus Deutschland zu entfernen. Das würde die Situation der Deutschen grundlegend verändern, wenn die US-Atomwaffen weg wären.

Die US-Amerikaner haben sofort kapiert, was die Deutschen mit dem Abzug der US-Atomwaffen beabsichtigen. Denn, hätten die USA ihre Atomwaffen aus Deutschland entfernt, hätten die Deutschen dann gesagt, es gibt jetzt keinen Atomschutz seitens der USA und deshalb brauchen die Deutschen eine eigene vollwertige Armee.

Und die eigene vollwertige Armee der Deutschen wäre dann nur ein kleiner Schritt von dem Friedensvertrag entfernt. Die USA haben die Absichten der Deutschen erkannt und sofort die Polen und Engländer mobilisiert. Und die polnischen und englischen Regierungen haben erklärt, der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ist für sie nicht hinnehmbar. Also als Ergebnis haben die USA ihre Kontrolle über Deutschland noch weiter verstärkt.

Am 22. April 2010 fand der NATO-Gipfel in Tallin statt, auf dem beschossen wurde, daß ab sofort, ab 2010, der Abzug der US-Atomwaffen aus einem beliebigen NATO-Mitgliedsstaat nur einstimmig zu erfolgen ist, d.h. nur wenn alle NATO-Staaten das einstimmig bewilligen.

Das heißt, die Deutschen dürfen nicht verlangen, die US-Atomwaffen aus Deutschland abziehen zu lassen. Das müssen alle NATO-Länder einstimmig genehmigen.

Es ist klar, dass weder die Polen noch die Tschechen das jemals zulassen werden. Das heißt, seit 2010 haben die Deutschen keine Möglichkeit mehr, den Abzug der US-Atomwaffen legal/rechtlich zu bewirken.

Das wäre eine weitere (fünfte) Einschränkung der deutschen Souveränität.

Nur wenn man den Inhalt des 2+4-Vertrages versteht, kann man auch das Wesen der gegenwärtigen Außenpolitik Deutschlands verstehen. Aus meiner Sicht ist in Deutschland ein permanenter Kampf zwischen zwei Strömungen oder Parteien zu beobachten.

Die erste Strömung bzw. Partei strebt eine Neuverhandlung des 2+4-Vertrages an, ein Friedensvertrag und die Verwandlung Deutschlands in eine vollwertige Großmacht, und das führt zur Freundschaft und zum Dialog mit Rußland.

Helmut Kohl und Gerhard Schröder sind typische Vertreter bzw. Anhänger dieser Strömung bzw. Partei. Deshalb haben sie den politischen deutsch-russischen Dialog gefördert, um auf dieser Grundlage die Regelungen des 2+4-Vertrages in Zukunft zu überschreiben.

Das galt besonders für die Politik von Gerhard Schröder.

Und es gibt die zweite Strömung bzw. Partei innerhalb Deutschlands, ich bezeichne diese Strömung als "kleinkariert" oder "provinziell".

Diese zweite Strömung erkennt den 2+4-Vertrag für ewig gültig an und sieht die Interessen Deutschlands mehrheitlich in der wirtschaftlichen Ausbeutung von Osteuropa - Polen, die Ukraine, das Baltikum usw. Und das bedeutet automatisch Konflikt mit Rußland.

Und Merkel stellt den typischen Vertreter der zweiten Strömung/Partei dar. Ich bin mir unsicher, ob die US-Amerikaner Druck auf Merkel ausüben, jedenfalls haben die USA begriffen,

dass diese zweite "kleinkarierte" Strömung für die USA sehr nützlich ist. Die US-Amerikaner beherrschen die Kunst, Politiker dieser Art wie Merkel zu finden und sie zu lenken, das ist unbestritten.

Radiosender Vesti FM: Und das ist wichtig, daß wir jetzt dieses Thema ausführlich behandeln, weil in Diskussionen oft das Argument vorgebracht wird, Europa und speziell Deutschland sind nicht eigenständig, worauf wiederum geantwortet wird, es sei nicht wahr ...

Überblick über die US-amerikanische Militärpräsenz in Deutschland:

- Die Vereinigten Staaten stellen mit ungefähr 42.000 US-Militärangehörigen das größte ausländische Kontingent in Deutschland dar - gefolgt von Großbritannien mit 13.400 Militärangehörigen und Frankreich mit 1.623 - Stand 2014.

- US-Stützpunkte gibt es in ca. 20 Orten in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern.

- Zum Stand vom 1. Januar 2011 waren den US-Streitkräften eine Gesamtfläche von 53.870 Hektar – was die Fläche des Bundeslandes Bremen bei weitem übertrifft - und 24.226 Wohnungen überlassen. Auf diesen Flächen befinden sich Kasernen, Flugplätze, Übungsplätze, Schießstände, Depots, Nachrichtenanlagen, Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser, Offizierskasinos, Hotels, Sportanlagen, Werkstätten, Panzerstraßen, Ein- und Verkaufseinrichtungen, Schulen, Kirchen, Apotheken, Kinos, Kindergärten sowie Friedhöfe.

- Zu den wichtigsten US-Hauptquartieren in Deutschland gehören u.a. folgende:

Hauptquartier der US-Gesamtstreitkräfte für den Aufgabenbereich Europa (EUCOM) – Stuttgart-Vaihingen

Sondereinsatzkräfte (SOCEUR) - auch in Stuttgart-Vaihingen

US-Gesamtstreitkräfte für den Aufgabenbereich Afrika (AFRICOM) - Stuttgart-Möhringen

der US-Heeresstreitkräfte in Europa (USAREUR) - Wiesbaden-Erbenheim

der US-Luftwaffe in Europa (USAFE) - Ramstein

der US-Marineinfanterie in Europa (USMARFOREUR) - in Böblingen

- Bis 2005 waren auf dem US-Stützpunkt Ramstein und dem Luftwaffenstützpunkt in Büchel - beide in Rheinland-Pfalz - noch 150 US-amerikanische Kernwaffen stationiert. Heute lagern noch ca. 20 Sprengköpfe in Büchel. Dort trainieren deutsche Kampfpiloten bis heute den Abwurf der US-Bomben, den sie auf Befehl der USA ausführen müßten. ...<<

10.06.2016

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 10. Juni 2016: >>Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA

... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel".

Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.

Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". Schon in den 70er Jahren kursierten Gerüchte um geheime Zahlungen der USA an Brandt - er wies dies als "lügenhafte Kampagne" zurück. Nun sei laut dem Magazin belegt, daß tatsächlich Geld floß. Das gehe aus Archivunterlagen hervor.

Die US-Besatzungsmacht förderte Brandt finanziell, weil er in der SPD die Westintegration und damit die Orientierung der jungen Bundesrepublik hin zur USA befürwortete. Er gehörte damit einer Gruppe Berliner Sozialdemokraten um den Bürgermeister Ernst Reuter an. Die Westintegration, also die politische und militärische Eingliederung Deutschlands in die Alli-

anz westeuropäischer Staaten mit den USA, wurde damals von CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer forciert.

Brandt erachtete diesen Kurs ebenfalls als notwendig, um dem Land weitere Isolierung zu ersparen. Damit positionierte er sich gegen die allgemeine Parteilinie, die eine Westintegration sehr kritisch sah. Die SPD-Parteispitze sah dadurch eine Wiedervereinigung erschwert.<<

11.06.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Juni 2016 über den deutschen SPD-Politiker Willy Brandt (1913-1992): >>USA unterstützten Brandt mit Geld

Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef, ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.

Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten. ...<<

20.06.2016

BRD: "SPIEGEL ONLINE" berichtet am 20. Juni 2016: >>Martin Hohmann: "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazu gehört"

Vor zwölf Jahren mußte Martin Hohmann nach einer Rede mit antisemitischen Tönen die CDU verlassen. Jetzt will er mit der AfD zurück in die Politik.

Ein politischer Diskussionsabend in Fulda. Eindringlich warnt der Mann am Rednerpult vor den Folgen der Einwanderungspolitik der Regierung: "Wenn wir ihnen das durchgehen lassen, wäre das praktisch jetzt die letzte freie Wahl gewesen in dem Sinne, daß der Souverän deutsches Volk entschieden hat."

Es ist das Jahr 1999, Thema ist die doppelte Staatsbürgerschaft, der Redner heißt Martin Hohmann, CDU. Hohmanns Botschaft: Das deutsche Volk wäre nicht mehr dasselbe, wenn ein Großteil seiner Mitglieder mehrere Pässe hätte. Die Deutschen würden dann als Wähler verdrängt von Leuten, die nur im juristischen Sinne dazugehörten.

17 Jahre später, eine andere Partei, derselbe Mann, dieselbe Warnung: "Ich sehe in Angela Merkels Flüchtlingspolitik die reelle Gefahr, daß unser Volk schleichend ausgetauscht wird", sagt er, dieses Mal nicht vor Publikum, sondern beim Tee nahe dem Fuldaer Dom. "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazugehört und wer nicht, wie viele Fremde man aufnehmen kann, ehe die Gemeinschaft ins Chaos fällt."

Ultrakonservative finden keinen Platz mehr in Merkels CDU

Hohmann, 2004 aus der CDU ausgeschlossen, ist nun AfD-Mitglied. In seiner neuen Partei könne er "nahtlos die Positionen vertreten, die ich schon vor 25 Jahren in der CDU vertreten habe". Aber in der AfD kann er noch mehr, auch wenn er das nicht sagt: Er kann Rache nehmen.

Nächstes Jahr will der 68-Jährige wieder für den Bundestag kandidieren: "Wenn meine Partei mich auffordert, werde ich wohl nicht Nein sagen können." Würde er gewählt, wäre es ein Triumph. Hohmann will der CDU und vor allem Angela Merkel zeigen, daß es ein Fehler war, ihn wegen einer Rede mit antisemitischen Untertönen aus der Partei zu werfen.

Es geht um Vergeltung und um die neue Ordnung im deutschen Parteienspektrum. Der Fall Hohmann zeigt: Ultrakonservative finden keinen Platz mehr in Merkels CDU. Sie streben in die AfD - und stärken deren rechtskonservativen Flügel.

Hohmann und die CDU, das war mal eine Einheit. 24 Jahre war der Jurist, Reserveoffizier und Vater dreier Kinder Mitglied der Christdemokraten. Sieben Jahre saß er im Bundestag, als Nachfolger des legendären Parteirechten Alfred Dregger. Der erzkonservative Bischof Johannes Dyba war ihm ein "väterlicher Freund".

Männer wie Hohmann muß man heute in der CDU mit der Lupe suchen. Männer, die eine "Willkommenskultur für Ungeborene" fordern anstatt für Flüchtlinge; die fragen, wieso schwule Männer partout die von Kirche und Grundgesetz geschützte Ehe eingehen wollen, und fragen: reicht es nicht, daß sie unbehelligt zusammenleben dürfen?

Anleihen aus der Nazi-propaganda

In seiner neuen politischen Heimat darf Hohmann sagen, was er denkt. Im März wählten die Bürger Fuldas ihn in den Kreistag, von Platz eins der AfD-Liste, sein Ergebnis lag über dem Landesschnitt. Die guten Umfragewerte der AfD seien ihm "ein wenig Genugtuung", gesteht Hohmann.

Denn er erinnert sich genau, wie "diese alte Sache" damals gelaufen war. Wer zu ihm hielt, wer umkippte, wer es noch wagte, ihn im Fraktionssaal zu umarmen.

Hohmanns Ende in der CDU war besiegelt, als eine Rede vor seinem Ortsverband Neuhof bekannt wurde. Darin klagte er, die Deutschen würden wegen der Verbrechen im Dritten Reich als "Tätervolk" abgestempelt. Aber es werde kaum thematisiert, wie viele Juden sich "dem Bolschewismus und der Revolution verschrieben" und politische Morde begangen hätten. "Daher sind weder 'die Deutschen' noch 'die Juden' ein Tätervolk", resümierte Hohmann. Böse sei vielmehr, wer gottlos sei.

Eine verharmlosende, antisemitische Rede mit Anleihen aus der Nazi-propaganda sei das, rügten hinterher Historiker, Parteifreunde, Kirchenleute. Andere entschuldigten, Hohmann habe sich lediglich gegen die Kollektivschuldthese gewandt.

Die Affäre war eine Zäsur in Merkels Ära als Parteichefin. Sie zog eine rote Linie, was man in der CDU sagen durfte - und was nicht. Manchem, der heute AfD wählt, erschien die Linie zu streng. In einer Infratest-dimap-Umfrage votierten seinerzeit 45 Prozent der CDU-Anhänger für Hohmanns Rauswurf, 48 Prozent dagegen. Die Basis war gespalten.

Merkel sei damals nicht unter den "Bluthunden" gewesen, die ihn gehetzt hätten, sagt Hohmann. Er habe ihr verziehen, wie es der Apostel Paulus predigte. Beiläufig weist er aber darauf hin, daß Merkel ja in der DDR aufgewachsen sei, Politik also in einer Diktatur kennengelernt habe. Nur so als Hinweis. Vergebung klingt anders.

Volkshetze-paragraphen schränken Meinungsfreiheit ein

Wie es der Zufall will, hat derzeit auch die AfD einen Antisemitismus-Skandal. Wolfgang Gedeon, AfD-Abgeordneter in Baden-Württemberg, schrieb 2012 ein Buch mit antisemitischen Passagen. Verurteilte Neonazis und Holocaustleugner nannte er "Dissidenten" und den "Judaismus in seiner säkular-zionistischen Form" einen "Machtfaktor westlicher Politik".

Frage an Hohmann: Wie sollte die AfD Gedeon behandeln? Ihn rauswerfen, wie es der Bundesvorstand vorschlägt?

Hohmann windet sich. "Es kommt auf die Faktizität, den Kontext an. Einzelne Zitate können keinesfalls zu einer abschließenden Bewertung eines Buches oder einer Person führen." Er sehe die Meinungsfreiheit eingeschränkt durch den Volkshetze-paragraphen, dieses "volkspädagogische Instrument": "Wir müssen wieder zu einem Zustand der Normalität kommen, weg vom Gouvernantendiskurs."

Antisemitische Sprüche als Normalität? Keine Distanzierung von Gedeon, keine Kritik. Auch die Aufregung um Alexander Gaulands Kritik an Fußballspielern mit ausländischen Wurzeln versteht Hohmann nicht: "Als Empfinden einer Mehrheit der 'Bio-Deutschen' dürfte das zutreffen."

Persönlich habe er aber wirklich nichts gegen Ausländer. "In meiner engeren Verwandtschaft sind Afroamerikaner und Südamerikaner."<<

01.07.2016

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Juli 2016 ([x887/...](#)): >>**Horror für Brüssel**

"Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampfruf in vielen EU-Mitgliedstaaten

Die Briten kehren der EU - nicht Europa - den Rücken und stürzen die Eurokratie in ihre tiefste Krise. Das Europa jenseits der Gemeinschaft erhält Zuwachs, Selbsterkenntnis in der EU wächst indes nur spärlich.

Der Brexit ist beschlossen und die Nachricht rollte einem Tsunami gleich über Brüssel und Berlin. Angesichts der politischen und medialen Flankierung für einen Verbleib ist die Volksabstimmung überraschend eindeutig ausgefallen. Entsprechend groß fielen Entsetzen und Hysterie auf dem Festland aus. Doch die Börsen- und Währungskurse gerieten nur kurzzeitig ins Wanken, die Welt geht nicht unter.

Untergangsstimmung ergreift jetzt aber Politiker, die am Volk vorbeiregieren. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sieht den "ganzen Kontinent in Geiselnhaft". Der britische Premier David Cameron erklärte seinen Rücktritt. Er ist die erste Geisel, allerdings eigener Verfehlungen, ist ohne Handlungsspielraum und tritt somit notwendigerweise ab. Die britische Politik hat insgesamt wenig für den Fall des Austritts vorbereitet. Das bedeutet nicht, daß es keine gedeihliche Entwicklung jenseits der EU gäbe. Auf der Insel wird das Votum geachtet. Mit Sportsgeist widersteht das Königreich dem Druck der Restgemeinschaft jenseits des Kanals, das Ergebnis nun bitte so hinzubiegen, daß alles beim Alten bleibe.

Die Befürworter des Verbleibs, nun beleidigte Befürworter eines möglichst schnellen Abgangs der Briten, geben in Deutschland den Ton an. Die Abstimmung dokumentiert somit nicht nur einen Graben zwischen Alten (vermeintliche Anti-Europäer) und Jungen ("fortschrittlich") auf der Insel oder zwischen Schotten und Nordiren für Europa sowie Engländern und Walisern dagegen, sie zeigt vielmehr: Wer eine Wahl hat, kann tatsächlich gehen.

Das Signal untergräbt das Selbstverständnis der EU-Kaste. Sie möchte lieber mit ihren alten Demokratiedefiziten auf dem Scheiterhaufen der Abstimmung brennen, als Einsicht und Selbstkritik zuzulassen. Das "alte" räumt mit dem "neuen Europa" (EU) auf - ein Horror für Brüssel. Daß rund drei Millionen Menschen im Inselreich inzwischen den Rücktritt vom Brexit fordern, ein neues Referendum oder andere die erneute Klärung der jüngst abgeschmetterten schottischen Unabhängigkeit wollen, ist Brüssels einziger Trost.

Die EU fürchtet einen Flächenbrand. Ungarn, die Niederlande, Polen, Tschechien, ja sogar Frankreich drohen abzufallen, auch Dänen und Österreicher. "Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampfruf. Dabei böte ein Austritt auch Chancen - was binnen zwei Jahren mit den Briten zur Vorbereitung des Austritts ausgehandelt werden muß und beiderseits für vernünftig befunden wird, muß nicht auf das Verhältnis der EU zu den Briten beschränkt bleiben. Derzeit sieht es jedoch nicht nach internen EU-Reformen aus. Die Union sät somit im Moment der Niederlage neue Austrittswünsche.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Juli 2016 (x887/...):

>>**Merkel war's**

Die Folgen der von der Kanzlerin ausgelösten "Flüchtlingslawine" hatten maßgeblichen Einfluß auf das Ergebnis des Brexit-Votums

Der Hauptgrund für das britische Votum für den Austritt aus der EU, darin sind sich viele Analysten einig, war die "Flüchtlingslawine" der letzten Zeit, vielleicht in Verbindung mit dem Terror in den Straßen von Paris und Brüssel. Das hat die Briten an die in vielen britischen Städten seit Jahrzehnten existierenden Probleme mit nicht zu integrierenden Zuwandern, fast allesamt Moslems und viele davon Salafisten, erinnert.

Was die Massenvergewaltigungen an Silvester in Köln für Deutschland waren, das waren die Vergewaltigungsorgien meist pakistanischer Zuwanderer an britischen Kindern vor einigen Jahren in Rotherham für England. Trotz zahlloser Hinweise hatten die britischen Behörden und die Polizei jahrelang weggesehen, sich weggeduckt. Der Grund hierfür war die erbärmliche "politische Korrektheit" der linken "Gutmenschen" in der Labour-geführten Stadt. Die

meisten Briten glaubten nach der Aufdeckung des Skandals, daß Rotherham kein Einzelfall war.

Vielleicht hat gerade die erstmalige Wahl eines muslimischen Labour-Bürgermeisters in London, wenige Wochen vor dem Brexit-Votum, diese Ängste neu geschürt. Kaum im Amt, ließ Sadiq Khan trotz religiöser Neutralitätsverpflichtung Werbung auf Londoner Bussen mit der "Barmherzigkeit Allahs" machen. Andererseits verstand er es, sich zu einem entschiedenen EU-Befürworter aufzuschwingen.

Bezeichnend für den Ausgang des Brexit-Votums ist das Abstimmungsergebnis in der Küstenstadt Dover, welche nicht erst seit dem Bau des Eurokanaltunnels das Tor Großbritanniens zur EU und Kontinental-Europa ist. Gerade dieses Tor wird seit vielen Jahren von Zuwanderern aus aller Welt auf der französischen Seite des Kanaltunnels regelrecht militärisch belagert. Britische Fernsehzuschauer mußten wenige Tage vor dem Brexit-Votum bereits zum x-ten Mal mit ansehen, wie ein Räumungsversuch des Lagers durch französische Sicherheitskräfte zum wiederholten Male kläglich scheiterte.

Treffendere Beweise für den Bankrott europäischer "Flüchtlingspolitik" und das Weggucken der Sicherheitsbehörden konnte es vor der Haustür Englands nicht geben. So ist es nicht erstaunlich, daß in der Hafenstadt Dover im Südosten Englands, die seit Jahrzehnten am meisten von Europa profitiert hatte, zum Erstaunen der Analysten die EU-Ablehnung mit 60 Prozent sehr hoch war.

Daß Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihren nicht mit der EU abgesprochenen Willkommensrufen für die auf dem Balkan gestrandeten abertausenden Zuwanderern in gewaltigem Ausmaß die "Flüchtlingslawine" verstärkt hat, war für die Briten eine feststehende Tatsache. Daß die Kanzlerin ganz Europa dazu verpflichten wollte, gemeinsam die Folgen ihres kurz-sichtigen Alleingangs auszubaden, könnte die eine Million Stimmen gekostet haben, die am Ende für einen Verbleib Großbritanniens in der EU gefehlt haben.

Das Land hat seine Grenzen für die Millionen osteuropäischer Neu-EU-Mitglieder viel früher geöffnet als alle anderen Länder Westeuropas, mehr als eine Million Polen haben nicht in Deutschland Aufnahme und Arbeit gefunden, sondern in Großbritannien. Damit hat das Land einen erstaunlichen Beweis seiner Offenheit und Europafreundlichkeit geliefert.

Aber die Zumutung Merkels, die eigenen Fehler auf Kosten der EU-Partner auszugleichen, war einer Mehrheit von Briten zu viel. Das verstanden sie als Angriff auf ihre Souveränität, und das von einem EU-Land wie Deutschland, das seine eigene "Flüchtlingspolitik" nicht mehr im Griff hat. Die britischen Wähler wollten mit dem Brexit wieder die Handlungshoheit über die Einwanderung erlangen, denn die EU hat hier kläglich versagt.<<

05.07.2016

BRD: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 15 berichtet am 5. Juli 2016:

>>Grundlegendes zur EU

Zum Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens von Professor Dr. Richard A. Werner

Am 20. Juni 2016, 3 Tage vor der Abstimmung der Briten über einen Austritt aus der Europäischen Union, veröffentlichte Professor Richard A. Werner den folgenden Text. ...

Die britische Bevölkerung sollte sich im klaren sein, worüber genau sie diesen Donnerstag beim EU-Referendum abstimmen wird. Was bedeutet es wirklich, in der EU zu bleiben? Was bedeutet es, sie zu verlassen?

Was die zweite Frage anbelangt, so war das vorherrschende Thema der Debatte die Frage, ob ein Verlassen der EU eine signifikante negative wirtschaftliche Auswirkung auf das Vereinigte Königreich haben würde. Premierminister David Cameron hat im Verbund mit den Führern des IWF, der OECD und verschiedenen EU-Institutionen düstere Warnungen darüber abgegeben, daß das Wirtschaftswachstum einbrechen, die Finanzlage sich verschlechtern, die Wäh-

rung schwächer und die Exporte Großbritanniens markant zurückgehen werden. Finanzminister George Osborne hat gedroht, die Renten der Rentner zu kürzen, sollten sie es wagen, für den Austritt zu stimmen. Aber was sind die Fakten?

Ich erhielt meine Ausbildung in internationaler Wirtschaft und Geldwirtschaft an der London School of Economics und habe an der Universität Oxford in Wirtschaftswissenschaften promoviert. Ich habe solche Fragen seit einigen Jahrzehnten studiert. Vor kurzem habe ich auch unter Verwendung hochentwickelter quantitativer Techniken die Frage getestet, wie groß die Auswirkungen auf das Bruttoinlandprodukt BIP eines Beitritts zu oder eines Austritts aus der EU oder der Euro-Zone wären.

Das Ergebnis war, daß es auf das Wirtschaftswachstum keinen Einfluß hat, und jedermann, der das Gegenteil behauptet, orientiert sich nicht an Fakten. Der Grund liegt darin, daß Wirtschaftswachstum und Nationaleinkommen fast gänzlich von einem Faktor bestimmt werden, der im Inland entschieden wird, und zwar vom Umfang der Bankkredite, die für produktive Zwecke geschaffen werden.

Betrüblicherweise war der in den letzten Jahrzehnten in Großbritannien sehr gering, weshalb viel größeres Wirtschaftswachstum möglich ist, sobald Schritte unternommen werden, um Bankkredite für Produktionszwecke anzukurbeln - unabhängig davon, ob Großbritannien in der EU bleibt oder nicht (obwohl ein Brexit es wesentlich erleichtern würde, politische Schritte in diese Richtung zu unternehmen).

Wir sollten uns auch daran erinnern, daß es einer viel kleineren Volkswirtschaft wie Norwegen - das man für viel abhängiger vom internationalen Handel hielt - extrem gut ergangen ist, nachdem seine Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft in einer Volksabstimmung im Jahre 1995 ablehnte (was gegen die düsteren Warnungen und Drohungen der parteiübergreifenden Elite, der meisten Medien und dem vereinten Chor der Führer der internationalen Organisationen geschah).

Nebenbei brauchten Japan, Korea, Taiwan und China nie eine EU-Mitgliedschaft, um sich innerhalb etwa eines halben Jahrhunderts vom Status einer sich entwickelnden Wirtschaft zu top industrialisierten Nationen zu bewegen. Das Argument düsterer wirtschaftlicher Folgen eines Brexit ist ein Scheinargument.

Der Bericht der "Fünf Präsidenten"

Hinsichtlich der ersten Frage, nämlich was es bedeutet, in der EU zu verbleiben, sollten wir die EU selbst konsultieren. Glücklicherweise hat die EU im Oktober 2015 einen größeren offiziellen Bericht über ihre grundlegenden Strategien und darüber, was sie in näherer Zukunft zu erreichen beabsichtigt, herausgegeben. Der Bericht wurde unter dem Namen der "Fünf Präsidenten" der EU herausgegeben.

Falls Sie sich nicht bewußt waren, daß es überhaupt einen einzigen Präsidenten, geschweige denn fünf Präsidenten der EU gibt, so sind dies: der nicht gewählte Präsident der Europäischen Zentralbank, Goldman Sachs' Zögling Mario Draghi; der nicht gewählte Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker; der nicht gewählte Brüsseler Kommissar und "Präsident der Euro-Gruppe" Jeroen Dijsselbloem; der "Präsident des Euro Gipfels" Donald Tusk und der Präsident des Europäischen Parlamentes Martin Schulz.

Was ist die Botschaft dieser nicht unerheblichen Zahl von EU-Präsidenten bezüglich der Frage, wohin die EU sich bewegt? Der Titel ihres gemeinsamen Berichtes ist eine Gratiszugabe: "Der Bericht der fünf Präsidenten (sic!): Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden". ...

Der Bericht beginnt mit dem offenen Eingeständnis, daß in der EU "angesichts von 18 Millionen Arbeitslosen viel größere Anstrengungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik unternommen werden müssen". Gut gesagt. Aber was genau muß getan werden?

"Europas Wirtschafts- und Währungsunion bietet momentan das Bild eines Hauses, an dem

jahrzehntelang gebaut wurde, das aber nur teilweise fertiggestellt ist. Mitten im Sturm mußten Mauern und Dach rasch befestigt werden. Jetzt ist es höchste Zeit, die Fundamente zu verstärken und die WWU zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte"

"Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir weitere Schritte ergreifen, um die WWU zu vollenden."

Die Planer der Zentrale in Brüssel und bei der EZB in Frankfurt sind sich durchaus bewußt, daß unter ihrem Kommando in den letzten zehn Jahren eine historisch noch nie dagewesene ökonomische Verwerfung in der EU stattgefunden hat, mit massiven Vermögens- und Eigentumsblasen, Banken Krisen und einer großräumigen Arbeitslosigkeit in allen EU-Peripheriestaaten - mit mehr als 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, Spanien und Portugal und dem Fehlen jeder seriösen Kontrolle der EU-Außengrenzen, um einen Zustrom einer beispiellosen Zahl illegaler Immigranten und wirtschaftlicher Migranten zu verhindern.

Weitere Machtkonzentration in der EU

Allerdings verschließen die Planer der EU-Zentrale noch immer die Augen vor der Tatsache, daß diese Probleme voll und ganz durch ihre verfehlte und verheerende Politik verursacht worden sind. Deshalb argumentieren sie, daß die Lösung solcher Probleme nur durch weitere Machtkonzentration in ihren Händen erreicht werden könne: "Wir brauchen mehr Europa", wie Frau Merkel sagt. ... Es ist das, was sie vorschlagen, in den kommenden Jahren umzusetzen, indem sie alle EU-Mitglieder in ein einziges Land umwandeln.

Damit macht der Bericht der fünf Präsidenten klar, daß die EU nicht einfach eine Freihandelszone ist. Dieses Projekt hatte man schon mit dem Maastricht-Vertrag von 1992 hinter sich gelassen, und ein völlig anderes Europa ist dann mit der Europäischen Verfassung von 2007 verankert worden - "Lissabon Vertrag" genannt, da die Völker Europas sie in verschiedenen Referenden ablehnten. ...

Vielmehr ist die EU das Projekt, um jegliche nationale Souveränität und alle Grenzen innerhalb abzuschaffen und alle europäischen Länder, die es nicht schaffen, rechtzeitig auszusteigen, zu einem einzigen, fusionierten, gemeinsamen neuen Land zu verschmelzen, mit einer zentralen europäischen Regierung, zentralisierter europäischer Geld- und Währungspolitik, zentralisierter Steuerpolitik, zentralisierter europäischer Außenpolitik und zentralisierter europäischer Regulierung, einschließlich der Finanzmärkte und des Bankenwesens.

Diese Vereinigten Staaten von Europa, ein undemokratischer Leviathan, den die europäischen Völker nie wollten, ist der krönende Abschluß des vielfach wiederholten Mantras der "immer engeren Union".

"Kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt"

Dieses Projekt ist kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt worden, trotz bedeutender und gleichbleibender grober Fehler und Skandale der Politik, in die auch die zentralen Planer verwickelt waren (1999 zum Beispiel trat die gesamte Europäische Kommission - die nicht gewählte Regierung und das Kabinett des europäischen Superstaates - mit Schimpf und Schande zurück, nachdem man entdeckt hatte, daß sie Bestechungsgelder angenommen hatte und an Betrug beteiligt war, während der EU-eigene Rechnungshof sich wiederholt weigerte, die offiziellen (Rechnungs-Bücher der EU zu genehmigen).

Aus wirtschaftlicher Sicht ist klar: Man muß nicht EU-Mitglied sein, um wirtschaftlich zu gedeihen, und ein Austritt muß das Wirtschaftswachstum Großbritanniens überhaupt nicht beeinflussen. Es kann in der Europäischen Wirtschaftszone bleiben, wie Norwegen es getan hat, oder einfach ein Handelsabkommen vereinbaren, wie die Schweiz es tat, und in den Genuß des Freihandels kommen - die hauptsächliche Zielsetzung der europäischen Abkommen in den Augen der Öffentlichkeit.

Die Politik ist ebenso klar: Der europäische Superstaat, der bereits gebildet worden ist, ist

nicht demokratisch. Das sogenannte "europäische Parlament", einmalig unter Parlamenten, kann überhaupt keine Gesetzgebung vorschlagen - Gesetze werden von der nicht gewählten europäischen Kommission formuliert und vorgeschlagen. Wie ein russischer Beobachter kommentierte, ist das europäische Parlament eine Abnick-Farce, genau wie das Sowjetparlament zu Zeiten der Sowjetunion, während die nicht gewählte Regierung die Europäische Kommission bildet - das mit Kommissaren vollgestopfte Politbüro.

Finanzelite im Hintergrund

Big Business und die Großbanken sowie die Zentralbanker und der IWF stellen die Finanzelite dar, die hinter dieser beabsichtigten Konzentration der Macht steht - mit der immer mehr Macht in die Hände von immer weniger Leuten gegeben wird. Die undemokratische Natur der EU-Institutionen hat ein derartiges Ausmaß erreicht, daß ich ein vor kurzem zurückgetretenes Mitglied des EZB-Rates im privaten Rahmen gestehen hörte, daß seine größte Sorge die undemokratische Natur und das Ausmaß der EZB-Befugnisse ist, die zunehmend für politische Zwecke mißbraucht worden sind. Diese Tatsachen sind durch den stetigen Tropf der Propaganda übertönt worden, welche von den mächtigen Eliten hinter der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ausgeht.

"Starke Unterstützung der USA für all das"

Während dieser Jahre und Jahrzehnte ständigen Transfers von Befugnissen und Souveränität von den Nationalstaaten und ihren demokratisch gewählten Versammlungen an die nicht gewählte Brüsseler Bürokratie habe ich mich immer über die offensichtlich starke Unterstützung der USA für all das gewundert.

Jedes Mal, wenn der "Prozeß" der "immer engeren Union" auf ein Hindernis zu treffen schien, intervenierte ein US-Präsident - unabhängig vom Namen des Posten-Inhabers oder seiner Parteizugehörigkeit -, um den störenden Europäern unmißverständlich zu sagen, daß sie sich am Riemen reißen und die Vereinigung Europas in einen einzigen Staat beschleunigen sollten. In der Ahnungslosigkeit meiner Jugend war mir das überraschend erschienen. Genauso wurde der britischen Öffentlichkeit von Präsident Obama gesagt, daß ein Aussteigen aus der EU keine gute Idee sei und sie besser für einen Verbleib stimmen sollte.

Es überrascht nicht, daß die globale Elite, die vom Trend zur Machtkonzentration profitiert hat, zunehmend hysterisch wird in ihren Versuchen, die britische Öffentlichkeit dazu zu überreden, für einen Verbleib in der EU zu stimmen; weniger klar ist dabei, warum der US-Präsident und seine Regierung so erpicht auf das EU-Projekt sein sollen. Von den europäischen Medien ist in der Vergangenheit gesagt worden, daß die Konzentration ökonomischer und politischer Entscheidungen in Europa arrangiert worden sei, um ein Gegengewicht gegen die US-Dominanz zu schaffen. Dies schien einige Pro-EU-Stimmen zu motivieren. Der US-Präsident wird doch sicher davon gehört haben?

Es gibt noch ein weiteres Rätsel. Erst gestern wurde ein eindrucksvoll aussehendes Flugblatt in den Briefkasten meines Hauses in Winchester gesteckt, das den Titel trägt: "Grundlegendes zur EU - Ihr Leitfaden zum Referendum". Herausgegeben hat es eine Organisation mit dem Namen "Europäische Bewegung". Die 16seitige, farbige Hochglanzbroschüre spricht sich für einen Verbleib der Briten in der EU aus. Wer ist diese "Europäische Bewegung" und wer finanziert sie? Diese wenig bekannte Organisation scheint finanzkräftig genug zu sein, um ein hochwertig gedrucktes Büchlein in jeden Haushalt des gesamten Vereinigten Königreiches schicken zu können.

Verdeckte US-Operationen seit 1945

Die Freigabe ehemals geheimer Akten hat beide Rätsel gelöst. Denn wie sich herausstellt, hängen sie miteinander zusammen. In den Worten des Wissenschaftlers der Nottingham University Richard Aldrich:

"Der Einsatz verdeckter Operationen für die konkrete Förderung der europäischen Einheit

hat wenig akademische Aufmerksamkeit erfahren und wird immer noch mangelhaft verstanden. ... Die diskrete Injektion von über drei Millionen Dollar zwischen 1949 und 1960, hauptsächlich aus US-Regierungsquellen, war zentral für die Anstrengungen, um genügend Unterstützung der Massen für den Schumann-Plan zusammenzubekommen, für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine europäische Vereinigung souveräner Mächte. Dieser verdeckte Beitrag hat nie weniger als die Hälfte des Budgets der Europäischen Bewegung ausgemacht, und nach 1952 wahrscheinlich zwei Drittel davon.

Gleichzeitig suchten sie den entschiedenen Widerstand der britischen Labour-Regierung gegen föderalistische Ideen zu untergraben ... Besonders überraschend ist auch, daß der gleiche kleine Trupp leitender Beamter, viele von ihnen aus westlichen (Anmerkung: das bedeutet US-Geheimdienstkreisen, eine zentrale Rolle spielte bei der Unterstützung der drei wichtigsten transnationalen Elitegruppen, die in den 1950er Jahren entstanden: die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets 'Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa' (ACUE).

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß zu einer Zeit, in der gewisse britische Antiföderalisten eine 'besondere Beziehung' zu den Vereinigten Staaten als Alternative zu (vielleicht sogar als Zuflucht vor) europäischem Föderalismus betrachteten, gewisse europäische föderalistische Initiativen mit amerikanischer Unterstützung aufrechterhalten worden sein sollen." ...

Wichtige Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung

Der britische Journalist und ehemalige Brüsseler Korrespondent Ambrose Evans-Pritchard war der einzige Journalist, der in zwei Artikeln in den Jahren 2000 und 2007 über solche akademischen Forschungsbefunde berichtete:

"Deklassifizierte amerikanische Regierungsdokumente zeigen, daß die US-Geheimdienste in den fünfziger und sechziger Jahren eine Kampagne führten, um ein vereinigtes Europa in Fahrt zu bringen. ... US-Geheimdienste finanzierten insgeheim die Europäische Bewegung und zahlten mehr als die Hälfte ihres Budgets. Einige der EU-Gründerväter standen auf der Gehaltsliste der USA ...

Die Dokumente bestätigen Vermutungen, die damals geäußert wurden, daß Amerika hinter den Kulissen aggressiv daran arbeite, Großbritannien in einen europäischen Staat zu drängen. Damit wir nie vergessen: Die Franzosen mußten anfangs der fünfziger Jahre unter größtem Protest an den föderalistischen Unterschriftentisch geschleift werden. Eisenhower drohte, die Marshall-Plan-Hilfe zu unterbrechen, sollte Paris nicht zum Kuß bereit sein und sich mit Berlin versöhnen. Frankreichs Jean Monnet, der führende Kopf der EU, wurde als amerikanischer Agent angesehen - was er tatsächlich war. Monnet diente während des Krieges als Roosevelts Mittelsmann in Europa und orchestrierte den mißlungenen Versuch, de Gaulle von der Machtübernahme abzuhalten.

Ein Memorandum, das vom 26. Juli 1950 datiert, gibt Instruktionen für eine Kampagne, um ein voll ausgebildetes europäisches Parlament voranzutreiben. Unterschrieben ist es von General William J. Donovan, dem Leiter des Office of Strategic Services, das während des Krieges gebildet wurde und der Vorläufer der CIA ist. ...

Washingtons wichtigstes Werkzeug bei der Gestaltung der europäischen Agenda war das American Committee for a United Europe, das 1948 geschaffen wurde. Vorsitzender war Donovan, inzwischen angeblich ein privater Anwalt. Der Vize-Vorsitzende war Allen Dulles, der CIA-Direktor in den fünfziger Jahren. Zum Vorstand gehörten auch Walter Bedell Smith, der erste Direktor der CIA, und eine Liste von Ex-OSS-Leuten und Beamten, die bei der CIA ein- und ausgingen.

Die Dokumente zeigen, daß das ACUE (Monnets Aktionskomitee) die Europäische Bewegung finanzierte, die wichtigste föderalistische Organisation in den Nachkriegsjahren. 1958 zum Beispiel lieferte es 53,5 Prozent der Gelder der Bewegung. Die Europäische Jugendkampa-

gne, ein Zweig der Europäischen Bewegung, wurde vollständig von Washington finanziert und kontrolliert.

"Gedungene Arbeitskräfte der USA"

Die Führer der Europäischen Bewegung - Retinger, der visionäre Robert Schumann und der ehemalige belgische Premierminister Paul-Henri Spaak - wurden von ihren amerikanischen Sponsoren alle als gedungene Arbeitskräfte behandelt. Die Rolle der USA wurde als verdeckte Operation gehandhabt. Die Gelder des ACUE kamen von den Ford- und Rockefeller-Stiftungen sowie Unternehmensgruppen mit engen Verbindungen zur US-Regierung.

Der Chef der Ford Foundation, Ex-OSS-Offizier Paul Hoffmann, diente in den späten fünfziger Jahren auch als Chef des ACUE. Das Außendepartement spielte ebenfalls eine Rolle. Ein Memo der europäischen Abteilung, das vom 11. Juni 1965 datiert, rät dem Vizepräsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Robert Marjolin, die Währungsunion heimlich zu verfolgen.

Es empfiehlt, eine Debatte solange zu unterdrücken, bis der Punkt erreicht ist, an dem 'eine Annahme derartiger Vorschläge praktisch unausweichlich werden würde'.

Fünfzig Jahre nach dem Vertrag von Rom wären die Architekten der US-Nachkriegs-Politik, denke ich, ganz zufrieden, wenn sie heute noch lebten. ..." (Auszüge aus Ambrose Evans-Pritchard: "Euro-federalists financed by US spy chiefs", "The Daily Telegraph" vom 19. September 2000; und Ambrose Evans-Pritchard: "The scare of a superstate has passed, but do we want to lose the EU altogether?", "The Daily Telegraph" vom 7. April 2007).

Kein Wunder, hat Herr Evans-Pritchard nun den Schluß gezogen, daß er für einen Brexit stimmen wird ...

EU - das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation

Die Enthüllung, daß die EU das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation ist - faktisch bloß eine weitere geheime Kreatur der Täuschung, die von der CIA lanciert wurde (und die einen Ehrenplatz in der Galerie der Niedertracht einnimmt, in der auch Operationen unter falscher Flagge, Invasionen, Staatsstrieche und die Schaffung von Organisationen wie al-Kaida und IS zu finden sind) - löst das dritte Geheimnis, nämlich, wie um alles in der Welt die angeblich demokratischen europäischen Nationen eine derart undemokratische, faktisch diktatorische Struktur, konstruieren konnten.

Mit der EU/den Vereinigten Staaten von Europa erreichten die USA nicht nur ihre geostrategischen Ziele in Europa, sondern hatten auch die Rolle der lästigen nationalen Parlamente eliminiert, die der Außenpolitik der USA oder der CIA ab und zu in die Quere kommen können. Und ein weiteres Rätsel ist gelöst, und zwar, warum die EU vor ein paar Jahren der Anfrage der USA, daß US-Spionageagenturen Zugang zu allen europäischen E-Mails und Telefonanrufen erhalten sollten, so bereitwillig zustimmte ...

Abschaffung der Souveränität und Unterordnung unter US-Interessen

Ein Votum für den Verbleib in der EU ist daher ein Votum dafür, das Vereinigte Königreich als souveränen Staat abzuschaffen und es in die undemokratischen Vereinigten Staaten von Europa aufgehen zu lassen, welche die europäischen Eliten unter US-Vormundschaft errichteten.

Daß die europäische Öffentlichkeit - und es scheint, sogar europäische Politiker - wenig oder keinen Einfluß auf wesentliche europäische Entscheidungen haben, kann man an der zunehmend aggressiven Haltung der Nato gegenüber Rußland ersehen (die in Brüssel basierte Nato ist der militärische Arm der EU und steht offen unter direkter US-Kontrolle) und an den einseitigen Sanktionen gegen Rußland, deren Einführung die USA den Europäern einfach befehlen konnten (und die zu bedeutenden Verlusten an Einkommen und Arbeitsplätzen in Europa führten, während sie amerikanischen Geschäftsinteressen Auftrieb geben).

Die Einwanderungspolitik ist ein weiteres Paradebeispiel. Wenn die USA in der Vergangen-

heit die weitgehend homogenen europäischen Bevölkerungen als Quelle potentiellen europäischen Widerstandes gegen ihre Pläne für Europa betrachteten, dann macht die Politik zu deren Ersetzung mit balkanisierten gescheiterten "Schmelztiegeln" ebenfalls Sinn.

Norwegen stimmte 1995 über eine EU-Mitgliedschaft ab. Die führenden Parteien waren alle dafür. Die großen Konzerne und die Zentralbanken, die großen Pressekanäle und die Fernsehsprecher setzten verzweifelt Druck auf und drängten die norwegische Öffentlichkeit, für ein "Hinein" zu stimmen. Die Bevölkerung blieb standhaft und stimmte "draußenbleiben". Norwegen entwickelte sich prächtig. Und um so mehr wird dies Großbritannien.

In Zusammenhang mit der EU hat der Begriff "föderalistisch" eine besondere Bedeutung und meint in erster Linie die zunehmende Abgabe nationalstaatlicher Hoheitsrechte an die Zentrale in Brüssel.

Richard A. Werner ist deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Internationales Bankwesen. 1989 Hochschulabschluß der London School of Economics mit First Class Honours; Doktorat in Volkswirtschaftslehre (zu Wirtschaft und Bankwesen in Japan) an der Oxford University ... 2004 folgte Werner einem Ruf an die Universität Southampton, England. Dort ist er derzeit Professor für Internationales Bankwesen und Direktor der Abteilung für Internationale Entwicklung sowie (Gründungs-)Direktor des Centre for Banking, Finance and Sustainable Development; Vorstandsmitglied und Beirat der Southampton Management School. ...<<

13.07.2016

BRD: Die Tageszeitung "Hamburger Abendblatt" berichtet am 13. Juli 2016: >>... Immer mehr Rentner müssen arbeiten

Rentner haben grundsätzlich niemals Zeit: In der Hansestadt gehen sogar immer mehr Senioren einer regulären Arbeit nach. Lag die Quote der Erwerbstätigkeit der 65- bis 70-Jährigen im Jahr 2000 bei zehn Prozent, so sind es jetzt 19. Damit rangiert die Hansestadt bei einem bundesweiten Ranking auf Platz zwei – nach Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt derzeit bei 16,6 Prozent. Schlußlicht ist Sachsen-Anhalt. Dort haben die wenigsten Rentner noch einen Job (11,7 Prozent).

Das geht aus einer Auswertung der Initiative der Versicherungswirtschaft "Sieben Jahre länger" auf der Basis von Daten der Bundesagentur für Arbeit hervor. Im Blick auf die Bundesländer liegt Bremen auf Platz vier und Niedersachsen auf Rang 7. Im Jahr 2015 hatten in ganz Deutschland etwa 665.000 von rund vier Millionen Rentnern in der Altersgruppe der 65- bis 70-Jährigen einen Job. Das sind 300.000 mehr als im Vorjahr.

Die Experten der Versicherungswirtschaft sehen unterschiedliche Gründe für den Boom. Der Zuwachs liege nur zum geringen Teil an der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters. Für die meisten Rentner sei Geld weniger wichtig, sie hätten einfach Spaß an der Arbeit und den Kontakten zu anderen Menschen, hieß es.

Die Armutsquote bei Rentnern ist auf 13,3 Prozent gestiegen

Allerdings haben den Angaben der Initiative zufolge gerade die Senioren in den Boomregionen wie Hamburg wegen der höheren Lebenshaltungskosten ein größeres Interesse an weiterer Arbeit. Sie wollen damit womöglich drohender Armut im Alter entkommen. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hatte unlängst auf eine dramatische Entwicklung in der Hansestadt hingewiesen.

Danach ist die Armutsquote bei den Rentnern auf 13,3 Prozent gestiegen. Seit 2006 hat sich die Zahl damit mehr als verdoppelt. "Das Alter wird in Hamburg immer stärker zum Armutsrisiko", hatte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Hamburg, bei der Vorstellung des Armutsberichts gesagt. "Die Zahl der Betroffenen steigt jedes Jahr, unabhängig von der allgemeinen Armutsentwicklung."

Die Initiative "7 Jahre länger" ist ein Projekt der Versicherer. Sie wollen das Bewußtsein dafür

schärfen, daß Menschen in Deutschland immer älter werden. Das Forsa-Institut hatte entdeckt, daß Männer durchschnittlich sieben Jahre länger leben, als sie denken. Der männliche Deutsche rechnet damit, daß er im Schnitt mit 77,4 Jahren das Zeitliche segnet. Tatsächlich aber beträgt seine statistische Lebenserwartung 84,7 Jahre. Auch Frauen unterliegen einer Fehleinschätzung: Sie erwarten, so die Forsa-Umfrage, ein Alter von 80,8 Jahren, werden aber fast acht Jahre älter.<<

16.07.2016

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 16. Juli 2016: >>**Maos Schwimmstunde kostete 100 Millionen Opfer**

Um seine physische Kraft zu beweisen, schwamm Mao Tse-tung im Juli 1966 durch den Jangtse. Sein gestärktes Charisma kostete Millionen Chinesen das Leben. Westliche Bewunderer übersahen das gern.

Von Alan Posener

Jeder erfolgreiche Revolutionär steht irgendwann vor dem Problem, daß der Erfolg die Revolution zu fressen droht. George Orwell hat das in "Farm der Tiere" beschrieben, wo die Tiere den Bauern verjagen und am Ende unter die noch schlimmere Herrschaft der Schweine geraten. "Die Tiere blickten von Schwein zu Mensch und von Mensch zu Schwein, und dann wieder von Schwein zu Mensch; doch es war bereits unmöglich zu sagen, wer was war." Was tun? Josef Stalin erfand das Mittel des wahllosen Terrors, um die Verfestigung einer neuen Klasse zu verhindern. Adolf Hitler den totalen Krieg. Mao Tse-tung die Kulturrevolution.

In den zehn Jahren der Revolution zwischen 1966 und dem Tod Maos 1976 wurden zwischen 1,5 und 1,8 Millionen Menschen getötet; ebenso viele trugen dauerhafte körperliche Schäden davon. 22 bis 30 Millionen wurden politisch verfolgt - entlassen, zur "Umerziehung" aufs Land geschickt, ins Gefängnis gesteckt; und da in Maos China die Sippenhaft galt, dürften über 100 Millionen Menschen unter der Kulturrevolution gelitten haben, wie der Freiburger Sinologe Daniel Leese in seinem neuen Buch "Die chinesische Kulturrevolution" vorrechnet. Dennoch wurde die Kulturrevolution im Westen begeistert rezipiert.

Aufmüpfige Schüler identifizierten sich mit Maos "Roten Garden"; Künstler wie Andy Warhol und Gerhard Richter schufen Mao-Porträts; Pariser Modeschöpfer und britische Popgrößen trugen "Mao-Jacken"; rechte und linke Philosophen schwärmten vom "neuen Menschen", der in China entstehe; K-Gruppen studierten die "Mao Tse-tung-Ideen" und kopierten die Organisationsprinzipien der KP Chinas, und die Mitglieder der Terrorgruppe RAF, die vielleicht am besten verstanden hatte, worum es wirklich ging, ließen sich in Palästinenserlagern zu Mördern ausbilden.

Wie kam es zur Kulturrevolution? Im "Großen Sprung nach vorne" zwischen 1958 und 1961 hatte Mao in einem voluntaristischen Akt versucht, China aus einer halbfeudalen in eine kommunistische Gesellschaft zu verwandeln. Die Landwirtschaft wurde kollektiviert, die alte Dorf- und Familienstruktur zerschlagen, die Industrialisierung des Landes forciert.

Das Ergebnis war, wie Leese schreibt, "die größte Hungersnot der Geschichte" mit 30 bis 40 Millionen Toten. Mao mußte zurückstecken. Reformer gewannen in der KP Chinas Einfluß. Sie blickten nach Moskau, wo Nikita Chruschtschow versuchte, den Stalinismus zu überwinden.

Privat genauso brutal wie als Politiker

... Mao schien politisch erledigt, obwohl er noch Parteichef war. Doch er wartete nur ab. Am 10. November 1965 erschien in der Shanghaier Parteizeitung eine Kritik von Maos Getreuem Yao Wenyuan im Theaterstück "Hai Rui wird aus dem Amt entlassen." In den folgenden Wochen lancierten Maos Verbündete überall Angriffe gegen "Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen" und forderten die "Massen" auf, "Ochsengeister und Schlangengötter" hinwegzufegen.

Es war ein einmaliger Vorgang: der Parteichef ruft das Volk auf, die Partei zu kritisieren. Überall bildeten sich an Schulen und Universitäten "Rote Garden", die Professoren kritisierten, demütigten, verprügelten und in einigen Fällen töteten. Am 13. Juni 1966 wurde der Schul- und Universitätsbetrieb in ganz China eingestellt. Die Schüler und Studenten hätten, so Mao, keine andere Verpflichtung mehr, als am "Klassenkampf" teilzunehmen.

Mao jubelte. Es herrsche "großes Chaos unter dem Himmel", schrieb er in einem Gedicht; dies sei gut für die Revolution. Jedoch war der Parteichef schon 72 Jahre alt; eignete er sich als Führer einer revolutionären Jugendbewegung? Am 16. Juli 1966 nahm er an einem Schwimmwettbewerb zur Überquerung des Jangtse-Flusses teil und demonstrierte seine physische Kraft. Die Bilder gingen um die Welt. Die "Große Proletarische Kulturrevolution" nahm ihren Lauf.

Die Polizei bekam Anweisungen, dem Terror der Roten Garden nicht im Wege zu stehen. Am 5. August 1966 ermordeten Schülerinnen der Pädagogischen Hochschule Peking ihre Schulleiterin; in den folgenden Wochen wurden allein in der Hauptstadt 1772 "Klassenfeinde" von Jugendlichen ermordet und 77.000 Menschen mit "schlechtem Klassenhintergrund" vertrieben.

Dazu meinte der Minister für Öffentliche Sicherheit: "Letztlich sind schlechte Personen schlecht, daher ist kein großes Aufheben darum zu machen, wenn sie zu Tode geprügelt werden." (Oder um Berliner Anarchisten des Jahres 2016 zu zitieren, nachdem 123 Polizisten bei Krawallen verletzt wurden: "Es soll angeblich 123 verletzte Schweine geben. Wir hoffen das stimmt, wenn wir das auch stark bezweifeln. Mögen es beim nächsten Mal 234 verletzte Schweine sein! Wir werden weiterhin aktiv sein, um Berlin ins Chaos zu stürzen. Schweine sind Schweine!")

Berlin befürchtet weitere Krawallnächte

In Berlin kämpft die linksautonome Szene gegen die Gentrifizierung. 123 Polizisten wurden in der Krawallnacht verletzt. Die Politik ist ratlos, wie weitere Ausschreitungen verhindert werden können.

Die Bilder randalierender Schüler, die ihre Lehrer einschüchtern, begeisterten viele Gymnasiasten in der westlichen Welt, die gegen autoritäre Lehrer und Eltern aufstanden und ihr Recht auf Lebensfreude einforderten.

Sie verwechselten ihre eigene Kulturrevolution - als Mao im Jangtse schwamm, arbeiten die Beatles an ihrem Album "Revolver", schufen Hippies in San Francisco die erste Hochburg einer "Counterculture" - mit Maos Revolution von oben: man trug lange Haare und Mao-Buttons, randalierte bei einem Rolling-Stones-Konzert in der Berliner Waldbühne, machte erste Erfahrungen mit Haschisch und zitierte aus der roten "Mao-Bibel" Sprüche wie "Rebellion ist gerechtfertigt": man inszenierte, um es kurz zu machen, eine sich anbahnende Tragödie als Farce.

Die westliche Lehrergeneration war hilflos. Auch deshalb, weil einige ihrer geistigen Autoritäten Mao bewunderten. Der in Nachkriegsdeutschland immer noch bewunderte Ideologe des Faschismus Carl Schmitt etwa lobte in seiner "Theorie des Partisanen" 1963 Maos Schriften über den Guerillakrieg: Der Partisan, so Schmitt, sei das letzte "tellurische", also erdverbundene, Individuum im Kampf gegen eine bürokratisch-technische Welt. Schmitts Adept Hans-Jürgen Krahl, früher Mitglied einer rechtsextremen Gruppe, trug diese Gedanken später in den linksradikalen "Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS), wo sie von Rudi Dutschke popularisiert wurden.

Der große Vorsitzende als Dichter

Chinas Staats- und Parteichef Mao Tse-tung (1893-1976) schrieb nicht nur politische Traktate, sondern auch Gedichte, die sich an klassischen Vorbildern zu orientieren vorgaben.

1965 dichtete Mao ein "Gespräch zweier Vögel". Es war als Angriff gegen den "Gulasch-

kommunismus" der Sowjetunion unter Chruschtschow gedacht und verwies auf die kommende Kulturrevolution. ...

Als das Gedicht zur Jahreswende 1975/76 erschien, mußten es Millionen Chinesen auswendig lernen und vortragen. ...

Aber auch ein linksliberaler Intellektueller wie Sebastian Haffner schwärmte 1966, man spüre bei der Lektüre von Maos Schriften eine "eigentümlich elektrische Wirkung", hier handele es sich um "das Werk eines außerordentlichen Geistes". 1965 hatte der politisierende Dichter Hans Magnus Enzensberger das "Kursbuch" gegründet, das zum ideologischen Leitmedium des linksliberalen Bürgertums avancierte, und in dem der Schriftsteller Peter Schneider etwa im Schmitt'schen Sinne eine "Kulturrevolution gegen die Kulturindustrie" forderte.

Im "Kursbuch" erschienen auch Kapitel aus dem ungeheuer einflußreichen "Bericht aus einem chinesischen Dorf", in dem Jan Myrdal, Sohn des schwedischen Friedensforschers Gunnar Myrdal, die Kulturrevolution als Befreiung der Bauern von Liu Ling schilderte. "Wer den Bericht von Jan Myrdal gelesen hat, wird nicht dem Irrtum verfallen können, die Kommunisten in China regierten gegen das Volk", hieß es in einer Besprechung der "Zeit" vom Januar 1967. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich an seinen Geschichtslehrer, der von Hitler, Stalin und Mao als Politiker schwärmte, denen die entscheidende Bedeutung großer Räume klar gewesen wäre.

Schon 1957 hatte die Zürcher "Tat" angesichts einer Reise Maos nach Moskau und Warschau prophezeit "China wird eine geistige und politische Macht in Europa. Gewiß: Es handelt sich dabei 'bloß' um Osteuropa. Aber es ist ein entscheidender Vorgang und wird eine historische Entwicklung besiegeln, die für China und Europa gleich schicksalhaft ist, weil sie etwas vollkommen Neues darstellt: den Eintritt Chinas in die europäische Politik." Zehn Jahre später - vor "68" wohlgemerkt, und lange vor Gründung der K-Gruppen Anfang der 1970er-Jahre - war Mao dank der Kulturrevolution auch in Westeuropa eine "geistige Macht".

Dabei hatte sie in China bereits ihren Zenit überschritten. Als sich im November 1966 Arbeiter den randalierenden Studenten anschlossen, höhere Löhne und niedrigere Normen forderten, war der Bestand des Staates gefährdet.

Während in West-Berlin die antiautoritäre "Kommune I" vor Mao-Postern freien Sex praktizierte, kritisierte Mao am 12. Januar 1967 in der "Zentralen Gruppe Kulturrevolution" die Gründung der "Shanghaier Kommune" durch revolutionäre Arbeiter und Studenten. "Man braucht einen Kern, ganz gleich, wie der sich nennt, ob nun Kommunistische Partei oder Sozialdemokratische Partei. Auf jeden Fall ist eine Partei vonnöten."

Mao hatte ja auch innerhalb der Partei seine Ziele erreicht. Die Reformer Liu Shaoqi und Deng Xiaoping hatten Selbstkritik geübt und waren kaltgestellt, ihre Anhänger im ganzen Land waren durch Leute ersetzt worden, die der Leitlinie von Maos designiertem Nachfolger Lin Biao folgten: "Jeder Satz Mao Tse-tungs ist die Wahrheit. Ein Satz von ihm übertrifft zehntausend Sätze von uns."

Nun wandte sich auf Befehl Maos die Rote Armee gegen die Rotgardisten. Vor Aufnahme des Schulbetriebs im Oktober 1967 - hierzulande lauschte man "Sergeant Pepper" und den Reden des Propheten Rudi Dutschke, die sich, so ein "Zeit-Journalist" damals, "großartig, ja furchterregend" anhörten - wurden allein in der Provinz Szetschuan 100.000 Rebellen als "Konterrevolutionäre" verhaftet.

An die 17 Millionen Rotgardisten wurden zur "Umerziehung" aufs Land geschickt oder in Fabriken gesteckt, meist in abgelegenen Regionen wie der Inneren Mongolei oder der Mandschurei, viele gefoltert und hingerichtet. 75 Prozent der Todesopfer stammen aus dieser Phase, da aus der Kulturrevolution eine Konterrevolution wurde. Der Studentenführer Yu Luo wurde 1970 auf Befehl des Militärs vor rund 100.000 Zuschauern in Peking hingerichtet.

Dennoch wollte man im Westen nicht vom Mao-Kult lassen. "Als die bürgerliche Presse über

Massenmorde in China berichtete, haben wir das einfach nicht geglaubt", schrieb Dutschkes Frau Gretchen in ihren Memoiren. Lügenpresse halt. Die Repressionen gegen die Rote Garde deutete man als Ausweitung der Revolution aufs ganze Land; in Westdeutschland zogen sich nicht zuletzt darum viele Studenten einen Blaumann über und begannen mit der "revolutionären" Betriebsarbeit.

In ihren Micky-Maus-Übersetzungen spielte Erika Fuchs mit maoistischem Vokabular, während sich der Fußballer Paul Breitner in der Wohnung, die er mit Uli Hoeneß teilte, vor einem Mao-Foto abbilden ließ. 1972 schrieb die revolutionäre Band "Ton, Steine, Scherben" zwar auf ein Albumcover: "Mao, Mao, warum hast du uns verlassen?" Jedoch meinten die Musiker um Rio Reiser nicht die Millionen Toten, die Maos Revolutionen kosteten. Sie meinten die Tatsache, daß sich der bewunderte Revolutionsführer mit der Verkörperung des Bösen getroffen hatte, dem US-Präsidenten Richard Nixon. ...<<

24.07.2016

BRD: Die Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V. berichtet am 24. Juli 2016 über die Opfer des Heiligen Krieges (Dschihad) des Islam (x931/...): >>Der Islam: 548 Schlachten - 278 Millionen Tote

Frage: Wenn es beim Islam wirklich um die Weltherrschaft geht, warum ist es dann so, daß wir immer viel mehr von ihnen getötet haben als sie von uns?

Antwort: Bis jetzt haben muslimische Krieger etwa 270 Millionen Menschen getötet. Das ist mehr als jeder Einzelne, jedes Land, jede Gruppe oder jedes Weltreich jemals in der Geschichte getötet hat. Bei weitem. An zweiter Stelle steht das kommunistische China, das 77 Millionen Menschen getötet hat.

Original: Tears of Jihad by Dr. Bill Warner Übersetzung von Europe News / 29. April 2011.

Diese Zahlen sind nur eine grobe Schätzung der toten Nicht-Muslime durch den politischen Akt des Dschihads.

Afrika

Thomas Sowell (Thomas Sowell, "Race and Culture, Basic Books", 1994, S. 188) schätzt, daß 11 Millionen Sklaven über den Atlantik verschifft wurden und 14 Millionen wurden zu den islamischen Staaten Nordafrikas und des Mittleren Osten geschickt. Für jeden gefangenen Sklaven mußten viel andere sterben. Schätzungen dieses Kollateralschadens schwanken.

Der namhafte Missionar David Livingstone schätzte, daß für jeden Sklaven, der eine Plantage erreichte fünf andere in einem vorausgegangenen Kampf getötet wurden, oder durch Krankheiten starben, oder durch Mangel im Verlauf der Zwangsdeportation (Missionsgremium presbyterianischer Frauen, David Livingstone, S. 62, 1888). Diejenigen, die zurückgelassen wurden waren sehr jung, schwach, krank und die Alten.

Sie starben bald, weil ihre Hauptversorger getötet oder versklavt wurden. Also, für 25 Millionen Sklaven, die auf dem Markt angeboten wurden haben wir eine geschätzte Todesrate von ungefähr 120 Millionen Menschen. Der Islam hatte das Monopol für Sklavenhandel in Afrika inne. **120 Millionen Afrikaner**

Christen

Die Anzahl der christlichen Märtyrer des Islams liegt bei 9 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-10). Eine grobe Schätzung von Raphael Moore in "Die Geschichte Kleinasiens" liegt bei 50 Millionen Toten in Kriegen durch den Dschihad. Wenn man also die afrikanischen Christen mitzählt, die im 20. Jahrhundert getötet wurden, dann haben wir: **60 Millionen Christen**

Hindus

Koenard Elst schätzt in seinem Buch "Negationismus in Indien", daß 80 Millionen Hindus in dem totalen Dschihad gegen Indien getötet wurden. (Koenard Elst, "Negationismus in Indien,

Voice of India", New Delhi, 2002, Seite 34.) Das Land Indien ist heute halb so groß wie das historische Indien, durch den Dschihad. Die hohen Bergketten Indiens werden Hindukusch genannt, das bedeutet der "Scheiterhaufen der Hindus". **80 Millionen Hindus**

Buddhisten

Die Buddhisten haben die Geschichte des Krieges nirgendwo aufgezeichnet und nachgehalten. Vergessen Sie nicht, daß es im Dschihad nur Christen und Juden gestattet war als Dhimmis (Sklaven des Islams) zu überleben; jeder andere mußte konvertieren oder sterben. Der Dschihad tötete die Buddhisten in der Türkei, in Afghanistan, entlang der Seidenstraße und in Indien. Die Gesamtzahl beträgt grob geschätzt 10 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-1). **10 Millionen Buddhisten**

Juden

Merkwürdigerweise gab es nicht genug getötete Juden im Dschihad um die Gesamtzahl der Großvernichtung signifikant zu steigern. Der Dschihad in Arabien war zu 100 % effektiv, aber die Zahlen lagen in den Tausenden nicht Millionen.

Danach unterwarfen sich die Juden und wurden zu Dhimmis (Diener oder Bürger zweiter Klasse) des Islams und hatten keine geographische Macht mehr.

Dies ergibt nach grober Schätzung **etwa 270 Millionen Menschen**, die durch den Dschihad getötet wurden.<<

05.08.2016

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 5. August 2016 (x892/...): >>**Zerstörung der Identitäten**

Es ist das ausdrückliche Ziel der politischen Kaste in Deutschland in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen die persönliche und soziale Identität der Menschen zu zerstören. Der Angriff auf die persönliche Identität wird weltweit mit Hilfe der radikalen und undemokratischen Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie verfolgt. Die Zerstörung der sozialen Identität geschieht durch die "Ausradierung monokultureller Staaten", wie dies wörtlich der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans gesagt hat. Hier einige weitere Zitate, die alle das gleiche Ziel zum Ausdruck bringen:

Nicolas Sarkozy (Nicolas Paul Stéphane Sarközy de Nagy-Bocsa):

"Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung! Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung. Es ist zwingend. Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen.

Deshalb müssen wir uns wandeln, und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern. Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien und wir werden uns diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!" (Sarkozy am 17. Dezember 2008 in Palaiseau zu führenden EU-Politikern als Vorsitzender des Europäischen Rates.)

Sergio Vieira de Mello:

Am 4. August 1999 gestand Sergio Vieira de Mello, Ex-UN-Administrator für den Kosovo, in einer Sendung des US-Radiosenders PBS (Public Broadcasting System) folgende UN-Zerstörungspolitik ein, die nie von der Bevölkerung auch nur eines Mitgliedslandes per demokratischem Votum abgesegnet worden ist. Vieira de Mello wörtlich:

"Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die alliierten Mächte im 2. Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte - nämlich um ein

System ethnischer Reinheit zu verhindern." ...

Frans Timmermans im EU-Parlament: Monokulturelle Staaten ausradieren.<<

12.08.2016

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 12. August 2016: >>**Die vergessenen Helden des Atomnotstands**

Der japanische Ex-Premier Naoto Kan schildert, was hinter den Kulissen der Fukushima-Krise geschah

Albrecht Rothacher

Dieses Buch ist so spannend, daß man es nicht mehr aus der Hand legen kann. Fünf Jahre nach der Fukushima-Katastrophe gibt es bereits viele bewegende Erfahrungsberichte (JF 10/15) und jede Menge Kritik an der Atompolitik. Aber dies ist ein authentischer Blick hinter die Kulissen, der erklärt, warum die ersten Reaktionen so zögerlich waren und der ultimative GAU verhindert werden konnte. So wurde der damalige Regierungschef Naoto Kan zum Helden wider Willen. Frank Rövekamp, Leiter des Ludwigshafener Ostasieninstituts, hat diesen technisch schwierigen und politisch heiklen Text in eine sehr lesbare deutsche Prosa übertragen - die erste Übersetzung des Buches überhaupt.

Es kann nicht sein, was nicht sein darf

Daß Kan überhaupt einen Rechenschaftsbericht vorlegt, ist ungewöhnlich für einen japanischen Premier. Aber er war auch kein Durchschnittspolitiker, der, in einen politischen Klan geboren, einen Wahlkreis geerbt hatte, sondern konnte sich, einer Bürgerbewegung und einer linken Kleinpartei (Shaminren) entstammend, in 40 Jahren Parlamentsarbeit zum Regierungschef hocharbeiten.

Das japanische System funktioniert wunderbar - für alle minutiös geplanten und vorhergesehenen Abläufe. Bei Unvorhergesehenem, wenn energisches Improvisieren gefragt ist, läuft es völlig aus dem Gleis. Und für einen AKW- Maximalstörfall war bewußt nichts vorgesehen worden, ihn durfte es nicht geben. Und, wie Kan zugibt, wären solche Übungen durchgeführt worden, wäre dies vom Atomkartell (LDP-Langzeitregierung, Herstellern und Energiekonzernen) als Eingeständnis gewertet worden, daß es solche undenkbaren Unfälle doch geben könnte.

Deshalb unterblieben sie - auch nach dem Bau von 54 AKWs innerhalb von 40 Jahren. Die gleiche Sorglosigkeit gab es bei den beiden Fukushima-Kraftwerken: unterschiedliche Reaktoren einschließlich eines mit Plutoniumbetrieb, drei Hersteller (General Electric, Toshiba, Hitachi) sowie kaum gesicherte Abklingbecken für Hunderte verbrauchte Brennelemente, denn auf eine Endlagerung für die nächsten 100.000 Jahre hatte man sich nicht einigen können. Und schließlich die Hauptsünde: Notstromaggregate, die, in einem Untergeschoß untergebracht, sogleich geflutet wurden und dauerhaft ausfielen. Mit dem Ausfall der Kühlsysteme war die Kernschmelze eigentlich programmiert.

Kan hielt die dann notwendige Massenevakuierung des Großraumes Tokio und des gesamten Nordteils der Hauptinsel Honshu (Tohoku) für unmöglich: 30 bis 50 Millionen Menschen binnen weniger Tage dauerhaft nach Südjapan zu transportieren - das wäre das Ende Japans gewesen. Dabei geht er auf die langfristige Unbewohnbarkeit der Hälfte Honshus und die globalen Folgen nach der Enthauptung der japanischen Finanz- und Exportindustrie, die alle ihre Entscheidungszentralen in Tokio konzentriert haben, nicht einmal ein. Ein solcher Evakuierungsplan wird nicht entworfen: er würde bei Bekanntwerden nur Panik auslösen. Wiederum kann nicht sein, was nicht sein darf.

Das tatsächliche Katastrophenmanagement verlief daher absehbar chaotisch. Vom Erdbeben am 11. März 2011 wurde Kan bei einer Ausschußsitzung des Oberhauses überrascht, bei der er - wegen einer Spende eines "Ausländers", eines in Japan geborenen Koreaners - politisch gegrillt wurde. Zunächst stehen das Tohoku-Erdbeben und die folgende Tsunamikatastrophe

zusammen mit 19.000 Toten, 2.500 Vermißten und 122.000 zerstörten Gebäuden im Vordergrund. Erst später wird klar, daß es auch in Fukushima Probleme gibt. Doch der AKW-Betreiber Tepco wiegelt ab.

Der Konzern ist regionaler Elektrizitätsmonopolist mit einem für ihn glänzenden und überaus einträglichem Geschäftsmodell. Sein Management pflegt die Geheimhaltung und ist mit Medien- und politischer Manipulation bestens vertraut - weniger allerdings mit den technischen Abläufen in AKWs, wie Kan bald feststellen muß. Auch bei der für Katastrophenfälle zuständigen Atomkontrollbehörde findet er an der Spitze nur verdiente Generalisten, die aber technisch ahnungslos sind. Auch im Wirtschaftsministerium Meti muß Kan lange suchen, bis er wirkliche Atomexperten findet. Er stellt schließlich seinen eigenen alternativen Beraterstab aus den technischen Hochschulen zusammen.

In letzter Minute das Schlimmste verhindert

Als schließlich eine Wasserstoffexplosion der nächsten folgt, werden die Anwohner im Radius von drei, dann zehn und schließlich 20 Kilometern evakuiert. Allerdings unabhängig von der Windrichtung, die, für Tokio segensreich, stets von Südost nach Nordwest bläst. So werden viele Leute im Süden völlig überflüssig evakuiert, während viele im Nordwesten ohne jede Warnung noch tagelang überhöhte Strahlungs Dosen erhalten. Schließlich wird die Flutung durch Meerwasser eingeleitet.

Auch kann dank gesprengter Dächer mit Militärhubschraubern Kühlwasser auf die Reaktoren und Abklingbecken, die auszutrocknen drohen, geworfen werden. Über 100.000 Soldaten werden schließlich mobilisiert. Sie, die Feuerwehrleute, Polizisten und die Tepco-Arbeiter vor Ort sind die eigentlichen Helden jenes Dramas, die das Schlimmste für Japan und die Welt in letzter Minute mit viel Glück verhindert haben.

Kan besucht Fukushima während der Katastrophe, schließlich muß er die Entscheidungen treffen und verantworten. Normalerweise stört ein solcher Katastrophentourismus nur die Abläufe. Hier nicht. Er findet vor Ort alle Informationen, die er braucht und in Tokio nicht erhält. Schließlich besucht er auch das Tepco-Krisenzentrum - und auf dessen Monitoren, nur 15 Minuten Fußweg von seinem Büro entfernt, sieht er alle Daten und Vorgänge live, die seinem Amt nur verspätet und bürokratisiert geliefert werden.

Als Tepco dann die Situation in Fukushima für nicht länger kontrollierbar hält und den Rückzug anordnen will, befiehlt Kan das Ausharren: Bei einem Großfeuer oder einem Chemieunfall kann man sich zur Not zurückziehen, bei einer AKW-Havarie würden aber wegen der Kettenreaktionen immer höhere Temperaturen und Strahlungen entstehen - ohne absehbares Ende.

Die Reaktion des Auslands kommt nur am Rande vor. Hilfslieferungen, die "Operation Tomodachi" der US Army, die Tsunami-Opfer aus dem Pazifik fischte und als erste das Ausmaß der Verstrahlungen bekanntgab, sowie internationale Politikeranrufe (aus Europa nur Nicolas Sarkozy) werden höflich erwähnt.

Kan unternahm zwar einige vergebliche Versuche, eine überparteiliche Krisenregierung zu bilden, doch schon im September 2011 wurde er nach nur 15 Monaten Amtszeit nach einer Palastrevolte von seiner eigenen Demokratischen Partei (DPJ) gestürzt. Immerhin gelang es ihm noch, eine unabhängige AKW-Überwachung im Ministeriumsrank, die Überprüfung der japanischen Energiepolitik und einen Nachtragshaushalt für die Opfer und den Wiederaufbau auf den Weg zu bringen.

Kan hat sich seither vom bedingten Anhänger des Atomstroms ("Übergangstechnologie") zum entschiedenen Gegner gewandelt: Die Technologie sei unbeherrschbar, zu teuer und bei Katastrophen im dichtbesiedelten, erdbebengefährdeten Japan zu riskant. Dabei begrüßt Kan den deutschen Atomausstieg. Die Begründung Angela Merkels, wenn Japan als Hochtechnologie-land AKWs nicht meistern könne, seien sie wohl unsicher, ist im Lichte von Kans Darstellun-

gen im tsunamifreien Deutschland jedoch nicht nachzuvollziehen.

Naoto Kan: Als Premierminister während der Fukushima-Krise. Iudicium Verlag, München 2016 ...<<

24.08.2016

BRD: Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 24. August 2016 über die Folgen von flächendeckenden Stromausfällen: Flächendeckender Stromausfall wäre nationale Katastrophe mit vielen Toten

Was passiert, wenn infolge eines Terrorangriffs, einer Extremwetterlage oder menschlichen Versagens in einem größeren Gebiet in Deutschland für längere Zeit der Strom ausfällt? Experten haben das für den Bundestag untersucht.

Ihr Ergebnis ist erschreckend: Die Folgen kämen einer nationalen Katastrophe gleich, heißt es in einem Bericht für den Bundestag. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seien auf einen solchen Fall nicht vorbereitet, das notwendige Bewußtsein für die Gefahr bestehe in Deutschland nicht.

Der Bericht liest sich wie die Vorlage für einen Katastrophen-Thriller aus Hollywood. Doch er zeigt die realistische Gefahr auf, was passiert, wenn es zum großen Blackout kommt. Die Forscher des "Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag" (TAB) gehen von einem Szenario aus, nach dem in mehreren Bundesländern über einen Zeitraum von zwei Wochen der Strom ausfallen würde. Die ersten Folgen würden sich schon unmittelbar danach zeigen.

Nach zwei Wochen würde es viele Tote und Verletzte geben, Krankheiten hätten sich ausgebreitet, die öffentliche Ordnung, die Kommunikation, der Verkehr, der Transport, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, die Energieversorgung und das Gesundheitswesen wären weitgehend oder vollständig zusammengebrochen. In einem hochentwickelten, hochtechnologisierten, eng verflochtenen Land wie Deutschland wäre ein "Kollaps der gesamten Gesellschaft ... kaum zu verhindern", heißt es in dem Bericht.

Mögliche Ursachen für einen Mega-Blackout: Terrorangriffe, Epidemien, extreme Unwetter
Die TAB-Experten gehen davon aus, daß die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses wächst. "Als Ursache für einen langandauernden und regional übergreifenden Stromausfall kommen unter anderem technisches und menschliches Versagen, kriminelle oder terroristische Aktionen, Epidemien, Pandemien oder Extremwetterereignisse in Frage." Die Gefahr solcher Vorkommnisse wachse, "weil die Gefahr terroristischer Angriffe und klimabedingter Extremwetterereignisse als Ursachen eines Netzzusammenbruches zunehmen werden", heißt es ausdrücklich.

1. Informationstechnik und Telekommunikation: Die Folgen wären dramatisch

Bei den Festnetzgeräten fielen sofort die digitalen Endgeräte und die Anschlüsse der Teilnehmer aus, danach die Ortsvermittlungstellen – Telefonieren über das Festnetz wäre also praktisch sofort nicht mehr möglich. Smartphones würden zwar einige Tage durchhalten, wenn sie aufgeladen waren und stromsparend benutzt würden.

Das würde den Besitzern aber nichts nutzen, denn die Basisstationen, die die Einwahl in die Netze ermöglichen, wären binnen weniger Minuten völlig überlastet und fielen zudem nach kurzer Zeit aus. Sie haben zwar eine Notstromversorgung, diese funktioniert aber nur sehr kurzfristig. Fernsehgeräte und Internet funktionieren ebenfalls ohne Strom nicht.

So müßten die Behörden auf das gute alte Radio zurückgreifen, wenn sie sich an die Bevölkerung richten wollten. Auch das klappt allerdings nur, wenn die Geräte mit Batterie oder Akkus betrieben sind. Die Aussicht der Experten ist nicht gut: "Eine nachhaltige Absicherung der Kommunikationsnetze", um über Wochen die Kommunikation gewährleisten zu können, "dürfte zurzeit wirtschaftlich und technisch nicht zu realisieren sein".

2. Transport und Verkehr: Chaotische Zustände

Die Folgen eines Stromausfalls träten im Transportbereich und beim Verkehr abrupt auf und seien massiv, so der Bericht. Es kommt vor allem in Großstädten zu zahlreichen Unfällen, weil beispielsweise die Ampeln vollständig ausfallen.

Die Folge: chaotische Zustände. Züge, S-Bahnen, Straßenbahnen und U-Bahnen blieben liegen, Menschen könnten darin eingeschlossen sein.

Tankstellen müßten ihren Betrieb einstellen, so daß nicht nur die Privatwagen irgendwann stehen blieben, sondern auch die Treibstoffreserven für Kranken- und Feuerwehrwagen aufgebraucht wären.

3. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung: Katastrophe für die Bevölkerung droht

Sowohl für die Wasserversorgung der Bevölkerung als auch für Entsorgung von Abwasser wird Strom benötigt. Essen kochen, Körperpflege, Wäsche waschen – alles würde unmöglich. Die Toilettenspülungen funktionierten nicht mehr, die Toiletten würden verstopft. Die Folgen: Prekäre hygienische Zustände, die unweigerlich Krankheiten nach sich ziehen würden. Außerdem: Während die Gefahr von Bränden steigt, schwinden die Möglichkeiten der Brandbekämpfung.

4. Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln: Schnell drohen ernsthafte Engpässe

Durch den Stromausfall wird das Kühlen verderblicher Lebensmittel ebenso unmöglich, wie die Verteilung von Nahrung und Getränken durch die Behörden zumindest erheblich erschwert würde. Schon bald könnte das Überleben zahlreicher Menschen davon abhängen, daß Lebensmittel zu ihnen gebracht werden, so der Bericht. "Trotz größter Anstrengungen kann aber mit hoher Wahrscheinlichkeit die flächendeckende und bedarfsgerechte Verteilung der Lebensmittellieferungen nur ungenügend gewährleistet werden", heißt es im Bericht.

Wenn aber vielen Menschen Hunger droht, werden sie versuchen, selbst Lebensmittel zu organisieren – mit schlimmen Folgen für die öffentliche Ordnung. Auch die Versorgung in der Massentierhaltung werde unmöglich. Unter den Bedingungen eines totalen Stromausfalls würden diese Tiere schon die ersten Stunden nicht überleben.

5. Gesundheitswesen: Ein Zusammenbruch der medizinischen Versorgung ist wahrscheinlich

Auch das Gesundheitswesen könne den Folgen eines Stromausfalls nur kurz widerstehen. Innerhalb einer Woche verschärfe sich die Situation derart, daß selbst bei einem massiven Einsatz regionaler Hilfskapazitäten vom weitgehenden Zusammenbrechen der medizinischen Versorgung auszugehen sei. Das gleiche gelte für die pharmazeutische Versorgung. Schon nach 24 Stunden wäre die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens "erheblich beeinträchtigt", schreiben die Wissenschaftler.

Krankenhäuser könnten einen eingeschränkten Betrieb eine Weile aufrechterhalten, Dialysezentren, Alten- und Pflegeheime aber müßten teilweise geräumt werden oder Funktionsbereiche schließen. Das gleiche gelten für Arztpraxen und Apotheken. Arzneimittel würden schon im Verlauf der ersten Woche zunehmend knapper.

"Dramatisch wirken sich die Engpässe bei Insulin, Blutprodukten und Dialyseflüssigkeiten aus", so der Bericht. Seine Schlussfolgerung: "Spätestens am Ende der ersten Woche wäre eine Katastrophe zu erwarten, das heißt, die gesundheitliche Schädigung beziehungsweise der Tod sehr vieler Menschen ... sowie eine nicht mehr zu bewältigende Problemlage". Hilfe müßte in diesem Fall unbedingt von außen kommen.

Viele Vorschläge zur Milderung der katastrophalen Zustände

Der Bericht wurde 2011, also vor fünf Jahren, fertiggestellt. Er macht viele Vorschläge, um die Folgen eines solchen Stromausfalls abzumildern, die zweifellos auch für das neue Konzept der Bundesregierung zum Zivilschutz, das heute vom Kabinett verabschiedet werden soll, Pate gestanden haben. Er macht aber auch klar: Eine Katastrophe mit den schlimmsten Folgen

wäre kaum zu vermeiden.

Und er warnt, das Beispiel Stromausfall solle auf der Agenda der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft hohe Priorität haben – "auch um die Sensibilität für diese Thematik in Wirtschaft und Bevölkerung zu erhöhen". Obwohl der vollständige Bericht nach einiger Suche im Internet zu finden ist, hat die Politik nach seinem Erscheinen nichts getan, um die Sensibilität der Bevölkerung zu erhöhen, so wie die Wissenschaftler es fordern.<<

29.08.2016

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 29. August 2016 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die geheimen anglo-amerikanischen Eliten (x944/...): >>>Die geheime Macht-Elite hinter dem anglo-amerikanischen Imperialismus

Für wachsame Zeitbeobachter ist es kein Geheimnis, daß hinter der anglo-amerikanischen Politik seit langem mächtige finanzstarke Kreise stehen, von denen die Regierungen gestellt oder aus dem Hintergrund dirigiert werden. Der zweimalige britische Premierminister Benjamin Disraeli (1804-1881), eng mit diesen Kreisen verbunden, äußerte sich so bereits vor Beginn seiner politischen Karriere in einem seiner Romane: *"Die Welt wird von anderen Leuten regiert, als es das Volk zu wissen glaubt."*

Auch amerikanische Präsidenten kamen für ihr Land zu dieser Erkenntnis, so Theodore Roosevelt, Präsident von 1901-1909, der 1912 schrieb: *"Hinter der sichtbaren Regierung sitzt auf dem Thron eine unsichtbare Regierung, die dem Volk keine Treue schuldet und keine Verantwortung anerkennt. Diese unsichtbare Regierung zu vernichten, diese unheilige Allianz zwischen korruptem Business und korrupten Politikern aufzulösen, ist die erste Aufgabe des Staatsmannes."*

Aber das letzte ist natürlich eine hohle Phrase zur Beruhigung des Volkes. Auch Franklin D. Roosevelt, Präsident von 1933-1945, wußte, daß ihm der Handlungsrahmen gesteckt war: *"Die tatsächliche Wahrheit ist, daß seit den Tagen von Andrew Jackson (1829-1837) gewisse Teile der großen Finanzzentren die Regierung beherrschen."*

Geheimgesellschaften

Doch viele wußten und wissen, daß hinter diesen Hintergrundkreisen noch mächtigere Kreise stehen, von denen sie wiederum gelenkt werden oder mit denen sie eng verflochten sind: Geheimgesellschaften. Auf sie deutete Woodrow Wilson hin, Präsident von 1913 bis 1921, als er schrieb: *"Seit ich in die Politik getreten bin, sind mir die Ansichten von Männern vor allem privat anvertraut worden. Einige der größten Männer in den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet des Handels und der Industrie haben Angst vor etwas. Sie wissen, daß es eine Macht irgendwo so organisiert, so subtil, so wachsam, so verriegelt, so vollständig, so durchdringend gibt, daß sie lieber nur flüstern sollen, wenn sie sie verurteilen."*

Der Hinweis auf okkulte Logen, die im Hintergrund der westlichen Politik wirksam sind, wird heute als "Verschwörungstheorie" abgetan, also als Spinnerei diskreditiert. Natürlich gibt es auch Spinner. Aber zu tun, als ob es keine Verschwörungen gebe, offenbart solche Reaktionen gerade als Schutz- und Abwehrmechanismen.

Denn Verschwörungen durchziehen die ganze Geschichte der Menschheit. Rudolf Steiner machte 1917 darauf aufmerksam, daß noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts philosophische Historiker *"auf den Zusammenhang der Französischen Revolution und aller folgenden Entwicklung mit den Logen hinweisen. In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwicklung, die westliche Welt niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam, das Logentum wußte die Kanäle zu finden, um den Gedanken der Menschen gewisse Richtungen einzuprägen. ...*

Sie werden leicht überall Wege finden können, durch die innerhalb der westlichen Kultur der letzten Jahrhunderte, die der Gegenwart vorangegangen sind, die Prägung der Gedanken in

der exoterischen Welt durch die Esoterik der Logen nachgewiesen werden kann. Selbstverständlich gilt dies nicht von der Zeit vor Elisabeth, vor Shakespeare; aber von dem, was später kommt, gilt es."

Rudolf Steiner unterscheidet verschiedene Gruppen von verschwörerischen Geheimgesellschaften:

1. solche, die lokale politisch-verschwörerische Ziele haben wie die Jakobiner in Frankreich oder die Carbonari in Italien.
2. Dahinter Gruppierungen mit dem Anstrich einer esoterischen Geheimgesellschaft wie die Illuminaten oder die Omladina in Südosteuropa.
3. Diese werden ihrerseits von verschiedenen (nicht allen) politisch orientierten und auf esoterisch-okkulten Grundlagen beruhenden Freimaurerlogen, wie sie von England aus in ganz Europa gegründet wurden, beeinflusst und instrumentalisiert.
4. Erst hinter diesen stehen lenkend - vielfach durch Unterwanderung - diejenigen, welche R. Steiner die "westlichen okkulten Bruderschaften" nennt, die nicht positive gesamtgesellschaftliche, sondern gruppenegoistische Ziele verfolgen und von ihm daher auch "linke" oder "grau-bis schwarzmagisch" arbeitende Zirkel genannt werden.

Ziele

Für Rudolf Steiner kristallisierten sich in seinen Forschungen bereits Anfang des 20. Jahrhunderts u.a. folgende langfristigen Ziele dieser okkulten Bruderschaften heraus:

"Um was es sich handelt, ist doch, daß in den ihr Wissen geheim haltenden Zirkeln des Westens sehr darauf gesehen wird, daß gewisse Dinge sich so herausbilden, daß dieser Westen unter allen Umständen über den Osten die Herrschaft erwirbt. Mögen die Leute heute in ihrem Bewußtsein sagen, was sie wollen, dasjenige, was angestrebt wird, ist, eine Herrenkaste des Westens zu begründen und eine wirtschaftliche Sklavenkaste des Ostens, die beim Rhein beginnt und weiter nach Osten bis nach Asien hinein geht. ... Darum handelt es sich, die englisch sprechende Bevölkerung zu einer Herrenbevölkerung der Erde zu machen."

"Bei gewissen Hintermännern ... der angelsächsischen Politik besteht eine politische Anschauung, die ich in zwei Hauptsätzen zusammenfassen möchte: Erstens besteht die Ansicht - und es ist eine größere Anzahl von Persönlichkeiten, welche hinter den eigentlichen äußeren Politikern, die zuweilen Strohmänner sind, stehen, durchdrungen von dieser Ansicht - daß der angelsächsischen Rasse durch gewisse Weltentwicklungskräfte die Mission zufallen müsse, für die Gegenwart und Zukunft vieler Jahrhunderte eine Weltherrschaft, eine wirkliche Weltherrschaft auszuüben.

Es ist dieses festgewurzelt in diesen Persönlichkeiten ..., daß man es vergleichen kann mit den inneren Impulsen, welche einstmal das altjüdische Volk von seiner Weltmission hatte. ... Es herrscht die Ansicht, daß dann, wenn so etwas vorliege, alles getan werden müsse, ... daß man vor nichts zurückschrecken dürfe, was im Sinne eines solchen Weltimpulses liegt. Dieser Impuls wird in einer, man muß schon sagen, intellektualistisch außerordentlich großartigen Weise hineingetragen in die Gemüter derer, die dann in den mehr unteren Stellungen - wozu aber immer noch diejenigen der Staatssekretäre gehören - das politische Leben führen.

Ich glaube, wer die eben angeführte Tatsache nicht kennt, der kann unmöglich den Gang der Weltentwicklung in der neueren Zeit verstehen. ...

Das zweite ist dies: Man weiß, daß die soziale Frage ein weltgeschichtlicher Impuls ist, der unbedingt sich ausleben muß. Es gibt keinen der Führenden unter den angelsächsischen Persönlichkeiten, die in Betracht kommen, der nicht mit einem ... außerordentlich kalten, nüchternen Blick sich sagte: Die soziale Frage muß sich ausleben. - Aber er sagt sich dazu: Sie darf sich nicht so ausleben, daß die westliche, die angelsächsische Mission dadurch Schaden erleiden könnte.

Er sagt da fast wörtlich, und diese Worte sind oft gesprochen worden: Die westliche Welt ist

nicht dazu angetan, daß man sie ruinieren lasse durch sozialistische Experimente. Dazu ist die östliche Welt angetan. - Und er ist dann von der Absicht beseelt, diese östliche, namentlich die russische Welt, zum Felde sozialistischer Experimente zu machen. ...

Dasjenige, was ich Ihnen jetzt sage, ist eine Anschauung, die ich konstatieren konnte - vielleicht geht sie noch weiter zurück, das weiß ich vorderhand nicht - bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück.

... und man hoffte, daß die sozialistischen Experimente, dadurch, daß sie sich so abspielen müssen, wenn die in die Irre gehende Proletarierwelt sich nach marxistischen oder ähnlichen Prinzipien richtet, daß dann diese sozialistischen Experimente auch für die Welt der Arbeiter eine deutliche Lehre sein werden in ihrem Ausgehen, in der Nichtigkeit, in der Zerstörung eine deutliche Lehre sein werden, daß man es auch so nicht machen könne. ... Alles dasjenige, was getan worden ist bis zum Jahre 1914 auf dem Gebiete der Weltpolitik, steht unter dem Einfluß dieser Welttendenz."

Wenn Rudolf Steiner meist von Zielen angelsächsischer Zirkel spricht, sind die amerikanischen immer mitgemeint, da die okkulten Bruderschaften beider Länder intensiv zusammenarbeiten. Bis zum Ersten Weltkrieg war der britische Imperialismus noch der vorherrschende und wurde danach vom amerikanischen abgelöst.

Selbstverständlich sind die okkulten Bruderschaften durch ihre Mitglieder und Beeinfluften in allen Bereichen der Gesellschaft unsichtbar verankert, die sie sozusagen personell an den entscheidenden Stellen durchsetzen, insbesondere in der Wirtschaft und dem von ihr abhängigen staatlichen Leben.

Macht und Herrschaft werden heute vornehmlich *mit den Mitteln der beweglichen kapitalistischen Wirtschaftsimpulse* ausgeübt, wie Rudolf Steiner in einer Tagebuchnotiz bemerkte, in der er die anglo-amerikanischen okkulten Zirkel auch als "Pluto-Autokraten" bezeichnete, um damit ihren Zusammenhang mit den Superreichen anzudeuten.

Das gezeichnete sozialistische Experiment, mit dessen Errichtung notwendig die Ausschaltung Mitteleuropas als eigenständige Kraft verbunden war, haben wir in Gestalt der Sowjetunion und seiner Satellitenstaaten erlebt. Als ihr Zusammenbruch 1989 herbeigeführt wurde, veröffentlichte der amerikanische Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski, ein einflußreicher Fädenzieher der westlichen Politik, eine Schrift mit dem bezeichnenden Titel "Das gescheiterte Experiment: Vom Untergang des kommunistischen Systems". Mit dem verzerrten "Sozialismus" ist auch der wahre Sozialismus gründlich diskreditiert und der westliche Kapitalismus als einzige Alternative fest etabliert worden.

In China läuft das Experiment noch weiter, befindet sich aber offenbar in einem gewissen Übergangsstadium. Kapitalismus und "Sozialismus" stammen beide aus der derselben westlichen Quelle, und ihre Unterschiede sind vielfach nur äußerlich. Symptomatisch hierfür sind die Worte, die Christine Lagarde, die heutige Chefin des berühmten-berühmten IWF und damalige Finanzministerin von Frankreich, am Anfang der Finanzkrise in einer internationalen Konferenz ihrem deutschen Kollegen Peer Steinbrück auf einem Zettel zuschob:

"Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus: Im Kommunismus werden die Banken erst verstaatlicht, und dann gehen sie bankrott. Im Kapitalismus gehen die Banken bankrott, und dann werden sie verstaatlicht. Treffen Sie Ihre Wahl." Die Banken und Staaten lenkenden Kreise sind eben jeweils dieselben.

Strategische Mittel

Okkulte Gesellschaften arbeiten vielfach mit einem aus der Vergangenheit tradierten spirituellen Wissen. Sie gehen davon aus, daß der Weltentwicklung übersinnliche, geistige Impulse zugrunde liegen, die in Gedanken erfaßt werden können. So wies Rudolf Steiner darauf hin, daß bei den westlichen Geheimgesellschaften *"in einer gewissen Beziehung es als eine Lehre der tiefsten Esoterik angesehen wird, daß die Welt eigentlich aus Gedanken gebildet wird."*

Dies fanden sie bei dem deutschen Philosophen G. W. F. Hegel in dessen "Wissenschaft der Logik" exoterisch in aller Breite logisch so entwickelt, daß die Begriffe und Ideen in einer zwingend notwendigen Reihenfolge auseinander hervorgehen.

"Bei Hegel sehen wir, wie alles, was in Entwicklung ist, vom Gedanken durchpulst ist, wie der Gedanke in seinen besonderen Konfigurationen, in seinen konkreten Ausgestaltungen eigentlich das sich Entwickelnde ist. ... Hegel redet in seiner Philosophie vom Gedanken und meint eigentlich den kosmischen Gedanken. Hegel sagt: Wenn wir irgendwo sehen in der äußeren Welt, sei es, daß wir einen Stern in seiner Bahn, ein Tier, eine Pflanze, ein Mineral betrachten, sehen wir eigentlich überall Gedanken, nur daß diese Art Gedanken in der äußeren Welt eben in einer anderen Form als in der Gedankenform vorhanden sind."

Die westlichen Geheimgesellschaften erkannten die ungeheuer praktische Bedeutung, die dieser Lehre Hegels innewohnt. Sie sagten sich: Wer das Wesen dieser Gedankenformen und ihre typische Reihenfolge begriffen hat, kann Ereignisse und Entwicklungen in weltpolitischen Dimensionen gezielt in seinem Sinne in Gang setzen. Daher tun sie alles, um Hegels Lehre, die ja sowieso nur von wenigen gelesen und verstanden wird, geheim zu halten. Sie ist Inhalt ihrer Geheimlehre. Denn geheimes Wissen bedeutet Macht.

"Sie können wirklich, wenn Sie bekannt werden mit den allerseoterischsten Lehren der Geheimgesellschaften der anglo-amerikanischen Bevölkerung, inhaltlich kaum etwas anderes finden als Hegelsche Philosophie."

Hegel begreift alles Sein der Welt als Entwicklungsprozeß, als ein ständiges Werden und Vergehen, das sich in Gedankenbewegungen vollzieht und erfaßbar wird. Es verläuft ständig in Gegensätzen, die auseinander hervorgehen, wechselseitig umschlagen, und ineinander wieder übergehen. Dies wird häufig als Dialektik von These, Antithese und Synthese bezeichnet, was aber in dieser Abstraktheit die innere Dynamik nur unvollkommen und leicht mißverständlich beschreibt. Die westlichen okkulten Zirkel machen sich diese Hegelsche Lehre mißbräuchlich zunutze, indem sie selbst willkürlich Gegensätze für eine gewünschte Entwicklung in Gang setzen, um sich dann zu Herren über das Ergebnis zu machen.

Methodische Zwischenbemerkung

Es könnte die berechtigte Frage entstehen, woher Rudolf Steiner diese Interna der westlichen Geheimgesellschaften wußte, sogar wörtlich zitierte, da er ihnen doch nicht angehört hat. Damit werden Fragen der anthroposophischen Erkenntnismethode berührt, die hier nicht mit der notwendigen Fundierung behandelt werden können; es muß dazu auf die erkenntnistheoretischen und methodischen Schriften Rudolf Steiners verwiesen werden.

Aber man ist darauf auch nicht unbedingt angewiesen, um Rudolf Steiner ernst zu nehmen. Wenn seine Hinweise in der Wirklichkeit begründet sind, dann müssen sie auch in den zeitgeschichtlichen Ereignissen ihre Bestätigung finden. Dies ist oben bereits an der identischen Wortwahl vom "Experiment" in Rußland durch Brzezinski deutlich geworden.

Der Historiker Markus Osterrieder ist in seinem Opus "Welt im Umbruch" (2014) vielen Hinweisen Rudolf Steiners über die britischen Geheimgesellschaften forschend nachgegangen, die dieser speziell zu den Hintergründen des Ersten Weltkrieges gemacht hat. Einige Artikel dieses Blogs haben sich damit bereits näher befaßt. Osterrieder hat noch genauere und tiefergehende Bestätigungen gefunden, als sie schon aus dem 1981 erschienen Enthüllungsbuch des amerikanischen Insiders und renommierten Historikers Carroll Quigley "Das anglo-amerikanische Establishment" hervorgehen, das sich entgegen des Titels im wesentlichen nur auf das britische Establishment bezieht.

Der Orden "Skull & Bones"

Zu Amerikas geheimem Establishment veröffentlichte Anfang der 1980-Jahre der britisch-amerikanische Historiker Anthony Sutton eine Serie von mehreren kürzeren Büchern über einen geheimen Orden "Skull & Bones" (Schädel und Knochen), die dann in einen Band zu-

sammengefaßt wurden: "America's Secret Establishment. An Introduction to the Order of Skull & Bones". Wie das Buch von Quigley auch, wurde es trotz oder gerade wegen seines sensationellen Inhaltes von keinem großen Verlag übernommen und auch in den Medien nicht rezensiert. Nur Quigleys Buch gibt es inzwischen auf Deutsch.

Sutton war ein anonymes Paket mit einem viele Zentimeter dicken Stapel Mitgliederlisten und Dokumenten des Ordens zugespielt worden. Niemand war besser vorbereitet, sie tiefgründig auswerten zu können als Anthony Sutton.

In der Einleitung zum 1. Band der Serie schrieb er:

"Nach 16 Büchern und 25 Jahren in der Forschung dachte ich, ich hätte schon alles gehört ... die Welt war ein verwirrendes Durcheinander, wohl jenseits einer Möglichkeit zum Verstehen, geschweige denn zur Erlösung - und es gab wenig, das ich dabei hätte tun können. 1968 wurde mein 'Western Technology and Soviet Economic Development' von der Hoover Institution an der Stanford University verlegt.

In drei starken Bänden zeigte ich detailliert auf, wie der Westen die Sowjetunion aufgebaut hatte. Aber das Werk hinterließ ein scheinbar unlösbares Rätsel. - Warum haben wir das gemacht? Warum haben wir die Sowjetunion aufgebaut, während wir gleichzeitig Technologietransfer nach Hitlers Deutschland betrieben? ... Warum haben wir die militärische Macht der Sowjetunion gestärkt? Und gleichzeitig auch unsere eigene? In nachfolgenden Büchern, der Wall Street-Serie, habe ich neue Fragen hinzugefügt - aber keine Antworten."

Dann erhielt er die Dokumente und Mitgliederlisten des Geheimordens. Bei Sichtung der Bögen erkannte er sofort, daß das keine gewöhnliche Gruppe war. *"Diese Namen bedeuteten Macht, sehr viel Macht."* Und als er den einzelnen Personen in ihren gesellschaftlichen Stellungen nachforschte, ergab sich ihm ein ganz bestimmtes Muster, *"und eine vorher verworrene Welt wurde kristallklar."*

Der Orden wurde 1832 auf dem Gelände der Yale-Universität in New Haven (Connecticut) gegründet, die er praktisch beherrscht und aus deren Studentenschaft er jährlich 15 neue Mitglieder rekrutiert. Yale, neben Harvard eine der renommiertesten Universitäten der USA, entstand 1701, um Führungspersonen für das Land auszubilden (Wikipedia). Die Creme der Ostküstenoberschicht schickt hierher ihre Söhne und Töchter zur Vorbereitung. Und in einem noch viel tieferen Sinn geht es dem Geheimorden um die Führung der USA.

In 180 Jahren bildeten sich 20 bis 30 Familien heraus, die es verstanden, ihre Söhne (seit 1991 auch Töchter) und Verwandten in den Orden hineinzubringen und sich auch untereinander zu verheiraten. Sie bilden den harten Kern des Ordens. Zwei Gruppen kann man nach Sutton unterscheiden: einmal alte amerikanische Familien wie Whitney, Lord, Phelps, Wadsworth, Allen, Bundy, Adams usw. und zweitens Familien, die in den letzten hundert Jahren zu Reichtum und Einfluß gekommen sind wie Harriman, Rockefeller, Payne, Davison, Bush usw.

Für Sutton kristallisierte sich heraus, daß es in den Vereinigten Staaten keine wichtige Organisation im Bereich der Forschung, der Politik oder der Meinungsbildung, auch der Kirchen, der Wirtschaft und des Rechtswesens gibt, die der Orden nicht entweder selbst gegründet oder durchdrungen hätte, um die Richtung der amerikanischen Gesellschaft zu bestimmen.

*"The Evolution of American society is not, and has not been for a century, a voluntary development reflecting individual opinion, ideas and decisions at the grass roots. On the contrary, the broad direction has been **created artificially** and stimulated by The Order."*

*("Die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft ist keine - und war auch ein ganzes Jahrhundert lang keine - von unten gewachsene, freie Entwicklung, die individuelle Meinungen, Ideen und Entscheidungen berücksichtigte. Im Gegenteil: Die grobe Richtung wurde vom Orden **künstlich geschaffen** und stimuliert.")*

Durch Erforschung und Zusammenführung der Taten der verschiedenen Ordensmitglieder über die letzten hundert Jahre erschloß sich Sutton eine Aufeinanderfolge von Handlungen,

die nach einem bestimmten Muster ablaufen: Sie seien alle darauf ausgerichtet, die amerikanische Gesellschaft und darüber die Welt in Richtung einer "Neuen Weltordnung" zu verändern, in der sich unter Führung des amerikanischen Establishments die durchgeplante Ordnung einer Weltregierung herausbildet, in der nationale Bindungen oder kulturelle Unterschiede aufgelöst und die individuellen Freiheiten stark eingeschränkt und ohne verfassungsrechtlichen Schutz sein sollen.

Die "Neue Weltordnung" wurde ja auch von Präsident George H. W. Bush (Ordensmitglied seit 1948) am 11.9.1990 vor beiden Kammern des Kongresses offiziell zum Leitbegriff der internationalen Politik erkoren (Wikipedia).

Sutton fand, daß die zentrale strategische Lehre des Ordens, um sukzessive seine Ziele zu erreichen, in der Anwendung der Hegelschen Dialektik bestehe. Diese habe er in die praktische Politik übertragen: man konstruiere künstlich polare Strömungen, um sich dann selbst zum Herren über das Ergebnis zu machen. *"Die operative Geschichte des Ordens kann nur verstanden werden im Rahmen der Hegelianischen Dialektik. Das ist ganz einfach die Vorstellung, daß Geschichte durch Konflikte entsteht. Aus diesem Axiom folgt, daß ein künstlich kontrollierter Konflikt eine vorherbestimmte Geschichte erzeugen kann."*

Allerdings versimplifiziert und verzerrt Sutton hier Hegels Philosophie. Der Orden wendet nicht Hegels Logik an, die sich streng in auseinander hervorgehenden polaren Begriffen bewegt, sondern mißbraucht Hegels Erkenntnisse, um ganz oberflächlich gewünschte - und oft gar nicht polare - Gegensätze hervorzurufen, um sie zu geplanten Entwicklungen gegeneinander zu führen.

Doch erklärten sich daraus für Sutton die gleichzeitige amerikanische finanzielle und materielle Unterstützung der Sowjetunion und des deutschen Nationalsozialismus, der geschaffene Gegensatz Kapitalismus - Kommunismus und viel weitere Konfliktszenarien bis zur Gegenwart. Das ist das Muster, das Sutton die *vorher verworrene Welt kristallklar* werden ließ.

Das Wirken von Geheimgesellschaften wird nach wie vor (gehorsam?) von der herrschenden Geschichtswissenschaft ignoriert. Anthony Sutton konstatierte in einem Interview: *"Wenn wir feststellen, daß Geheimgesellschaften wirklich eine Bedeutung haben, dann wird die gesamte Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte neu geschrieben werden müssen."* ... <<

30.08.2016

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 30. August 2016: >>Afrikas Bevölkerung wird sich bis 2050 verdoppeln

Die Bevölkerungszahl Afrikas wird sich bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln. Derzeit leben rund 1,1 Milliarden Menschen auf dem Kontinent. In 34 Jahren sollen es dann rund 2,5 Milliarden sein, berichtet das amerikanische "Population Reference Bureau" (PRB).

Im gleichen Zeitraum soll die Einwohnerzahl Europas um zwölf Millionen auf 728 Millionen zurückgehen. "Dabei lassen sich jedoch noch immer große regionale Unterschiede ausmachen. Die niedrigen Geburtenraten in Europa sorgen dort für einen Bevölkerungsrückgang, während sich die Anzahl der afrikanischen Bürger erwartungsgemäß verdoppeln wird", sagte PRB-Präsident Jeffrey Jordan.

Hohe Geburtenzahlen in der Subsahara

Weltweit halte der Trend zu steigenden Bevölkerungszahlen jedoch an. "Obwohl die Geburtenraten auf der ganzen Welt zurückgehen, bleibt davon auszugehen, daß uns das Bevölkerungswachstum weiterhin auf die zehn Milliarden zutreibt", betonte Jordan mit Blick auf die derzeit etwa 7,4 Milliarden Erdbewohner.

Vor allem in den Staaten der Subsahara wird die Einwohnerzahl wegen der hohen Fertilitätsraten steigen. Die höchste Quote von Kindern pro Frau weisen weltweit der Niger (7,6), der Südsudan (6,7), die Demokratische Republik Kongo (6,5) sowie der Tschad (6,4) auf. Am

niedrigsten liegen diese Werte im Moment in Südkorea, Rumänien, Singapur und Taiwan (jeweils 1,2).

Die Bevölkerung Deutschlands soll bis 2050 von 82 auf 81 Millionen sinken.<<

12.09.2016

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 12. September 2016 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geheimgesellschaft "Skull & Bones" (x945/...): >>Wie die Geheimgesellschaft "Skull & Bones" die Schaltstellen der USA besetzt

"In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwicklung niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam."

Rudolf Steiner

Daß in der anglo-amerikanischen Welt geheime Zirkel aus dem Verborgenen heraus die Politik bestimmen, hat schon viele Menschen beschäftigt. Aber man kommt schwer an konkrete Beweise und schwimmt weitgehend im Ungewissen. Denn es liegt in der Natur von geheimen Orden, daß ihr Wirken eben streng geheim gehalten wird.

Doch seit dem britisch-amerikanischen Historiker Anthony Sutton Mitgliederlisten und Dokumente des geheimen Ordens Skull & Bones "*von einem Mitglied der 'Familie', das von ihren Aktivitäten angewidert war*", zugespielt wurden, kann man den ungeheuren Einfluß zumindest dieser einen Geheimgesellschaft auf Politik und Gesellschaft der USA konkret verfolgen, wie ihn Sutton in einem Buch beschrieben hat, das er das wichtigste aller seiner Bücher nannte.

Es ist bezeichnend, daß die Veröffentlichung nur in einem kleinen Verlag erscheinen konnte und von den Historikern, der Politik und den Medien ignoriert wurde. Auch ist es bis heute noch nicht auf Deutsch erschienen.

Ziele und Strategien

Der Orden hat nach Suttons Erkenntnissen das Ziel, die amerikanische Gesellschaft und darüber hinaus die ganze Welt in Richtung einer "Neuen Weltordnung" zu verändern, in der sich unter Führung des amerikanischen Establishments die durchgeplante Ordnung einer Weltregierung herausbildet, in der die Hindernisse nationaler Bindungen oder kultureller Unterschiede aufgelöst und die individuellen Freiheiten eingeschränkt und ohne verfassungsrechtlichen Schutz sein sollen.

Versetzen wir uns in das Denken dieser Leute: Um diese gewaltigen, irrsinnigen Ziele zu erreichen, muß im Inneren des Ordens ein ungeheurer, über Generationen gehender Wille entwickelt werden, in den jedes Mitglied bedingungslos eingespannt ist. Dann muß die amerikanische Gesellschaft in allen wichtigen Schaltstellen von Ordensmitgliedern oder von ihnen Abhängigen durchgesetzt werden, um ihre politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung entsprechend zu beeinflussen und zu bestimmen.

Und nach außen ist schließlich die amerikanische Wirtschafts- und Militärmacht mit ihrem Geheimdienstapparat gezielt und rücksichtslos einzusetzen, um eine weltbeherrschende Stellung der USA in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht zu erreichen.

Rekrutierung und Inneres des Ordens

Jährlich werden 15 neue Mitglieder aus dem vorletzten Studenten-Jahrgang der Yale-Universität in New Haven (nordöstlich von New York-City) ausgewählt, auf dessen Gelände der Orden 1832 gegründet wurde. Das bedeutet, daß der Orden stets ca. 700-800 Mitglieder hat, von denen nach Sutton etwa ein Viertel eine aktive Rolle spielt, die anderen entweder ihr Interesse verlieren oder ihren Sinn ändern und innerlich aussteigen.

"Bei der Auswahl legt man Wert auf sportliche Fähigkeiten - die Fähigkeit, im Team zu spielen. Am wenigsten erwünscht als Ordensmitglieder sind Einzelgänger, Bilderstürmer und Individualisten, die ihren eigenen Weg gehen. - Am ehesten wird man Mitglied, wenn man aus

einer Bonesfamilie kommt und aktiv, einfallsreich und womöglich ein unmoralischer Teamplayer ist.

Ein Mann, der versteht, daß er, um etwas zu werden, jemandem folgen muß. Ein Mann, der sich selbst für das Team opfert. Eine kurze Überlegung zeigt, warum das so ist. Im wahren Leben ist der Kern des Ordens, seine Ziele voranzubringen. Amt und Würden sowie Aussicht auf finanziellen Erfolg sind durch die Macht des Ordens garantiert. Aber der Preis für diese Würden und Erfolge ist das Selbstopfer für das gemeinsame Ziel, das Ziel des Ordens."

Die neuen Mitglieder werden durch ein Initiations-Ritual aufgenommen, über das nur Bruchstücke bekannt sind, so z.B., daß der Kandidat nackt in einem Sarg liegen muß. Er muß also symbolisch den Tod durchmachen. Er stirbt in gewisser Weise für sein bisheriges Leben und wird in den Orden neu geboren, auf den fortan sein Leben ganz bezogen ist.

Der Orden ist eine Welt für sich, er repräsentiert eine dem irdischen Leben übergeordnete, diese bestimmende Welt, zu deren Ritter er geschlagen wird. Am Ende erhält er eine in schwarzes Leder gebundene Abschrift der Mitgliederliste des Ordens, die außen und innen mit sonderbaren bedeutungsvollen Symbolen versehen ist. Dies muß alles eine seelisch tief konditionierende Wirkung haben.

Offensichtlich werden die Mitglieder in eine Hierarchie eingegliedert, in der die Eingeweihten an der Spitze wohl nur wenigen bekannt sind, von denen letztlich alle Direktiven und Impulse ausgehen, die lehrend, durch Zeichen, Symbole und die Magie des Rituals suggestiv die Gefühle, Gedanken und Willens-Intentionen lenkend, weitergegeben werden.

Um den Orden herum besteht ein äußerer Kreis von Personen in den verschiedensten Institutionen der Gesellschaft, die von den Initiierten des Ordens *"durch persönliche Überredung, finanzielle Förderung und sozialen Druck gelenkt werden. Wahrscheinlich sind sich die meisten Mitglieder des äußeren Kreises gar nicht bewußt, daß sie von einer Geheimgesellschaft benutzt werden."*

Sutton sieht hier Ähnlichkeiten mit der von Cecil Rhodes Ende des 19. Jahrhunderts in England gegründeten und von Alfred Milner weitergeführten Geheimgesellschaft, die Carroll Quigley in "Das Anglo-Amerikanische Establishment" beschrieben und "The Group" genannt hat.

Verflechtungen

Den Kern des Ordens bilden nur 20-30 Familien der Ostküste, die aus einer Gruppe angelsächsischer puritanischer Einwandererfamilien und einer Gruppe Familien bestehen, welche in den letzten 100 Jahren zu großem Reichtum gekommen sind. Sie sind überdies durch Heiraten stark miteinander verflochten.

Die Fähigkeit, seine Mitglieder in die zentralen Schaltstellen der Gesellschaft zu bringen, beruht vor allem auf einem der wichtigsten Prinzipien des Ordens: daß ein Bonesman für jeden beliebigen Posten von vorneherein als der Beste gelten, also den absoluten Vorrang erhalten muß. Dafür seinen Einfluß und seine Kräfte einzusetzen, ist die absolute Verpflichtung jedes Mitgliedes.

Eine Vorstellung von den Verflechtungen vermittelt Sutton am Beispiel der Familien Whitney und Harriman. Acht Whitneys wurden Mitglieder des Ordens. Drei von ihnen, William Collins Whitney, initiiert 1863, und seine beiden Söhne Payne und Harry Payne *"sind der Kern des Whitney-Einflusses im Orden."*

William Collins Whitney (1841-1904) wurde 1872 Schulinspektor von New York, erwarb in den folgenden Jahrzehnten auf geheimnisvolle Weise ein beträchtliches Vermögen und wurde eine Macht im Hintergrund für die Regierung von Cleveland. Er heiratete Flora Payne, die Tochter des Standard-Oil-Schatzmeisters Oliver Payne, der zwar nicht im Orden war, dessen Standard-Oil-Anteil aber Whitneys Vermögen vergrößerte. Die von John Rockefeller gegründete Standard-Oil-Company war bis zu ihrer gerichtlichen Entflechtung 1911 das größte Erd-

ölraffinerie-Unternehmen der Welt. Aus der Rockefeller Familie wurde Johns Neffe Percy Rockefeller 1900 Ordensmitglied.

Die beiden Söhne Harry Payne und Payne Whitney studierten in Yale und wurden 1894 bzw. 1898 Ordensmitglieder. Harry Payne heiratete 1896 Gertrude Vanderbilt und verschmolz das Whitney-Payne-Vermögen noch mit einem Teil des Vanderbilt-Geldes. Das Vanderbilt-Unternehmen besaß die wichtigsten Eisenbahnlinien der USA.

"Diese geballte Finanzkraft floß in den Guaranty-Trust, in das Bankhaus J. P. Morgan und in die Guggenheim-Stiftung. Und es wird noch komplizierter. Der Sohn von Harry Payne Whitney, Cornelius Vanderbilt Whitney, heiratete Marie Norton. Nach ihrer Scheidung heiratete Marie Norton Whitney W. Averell Harriman (sie war seine erste Frau), der heute (1983) mit 91 eine Schlüsselfigur des Ordens ist. Diese eng miteinander verwobene Familie, die an Finanzmächte angekoppelt ist, macht den Kern des Ordens aus."

Averell Harriman studierte wie sein jüngerer Bruder E. Roland Harriman in Yale, wo sie 1913 bzw. 1917 in den Orden aufgenommen wurden. Das Vermögen des Vaters, eines reich gewordenen Eisenbahnunternehmers, half Averell dabei, 1922 die Investmentbank W. A. Harriman & Co zu gründen, der sein Bruder E. Roland 1927 beitrug, so daß sie den Namen *Harriman Brothers & Company* erhielt. 1931 fusionierten sie mit dem schon 1800 gegründeten Bankhaus *Brown Bros. & Co.*, deren Partner ebenfalls Ordensmitglieder waren, zu *Brown Brothers Harriman & Co.* (Vgl. Wikipedia)

"In den 70ern des 20. Jahrhunderts hatte das relativ unbekannte, private internationale Bankhaus Brown Brothers Harriman mit einem Vermögenswert von einer halben Milliarde Dollar mindestens 9 von insgesamt 26 Partnern, die der geheimen Bruderschaft angehörten. Von keiner anderen Firma ist eine höhere Konzentration von Ordensmitgliedern bekannt. Was die Sache noch interessanter macht: Prescott Bush (Senator von Connecticut), der Vater von Präsident George H. W. Bush (beide Ordensmitglieder) war über 40 Jahre lang Partner bei Brown Brothers Harriman."

Durchdringung des Bildungswesens

Wer die Zukunft einer Gesellschaft bestimmen will, muß vor allen Dingen das Bildungswesen kontrollieren. Der Orden setzt wichtige neue Organisationen selbst in Gang, stellt den ersten Präsidenten oder Vorsitzenden, gibt gleichzeitig die inhaltliche Richtung vor und zieht sich dann, wenn die Dinge laufen, oft zurück, so besonders auch im Hochschulsektor.

Yale, neben Harvard die bedeutendste Elite-Universität der USA, ist ja schon lange in seiner Hand. Die ebenfalls bedeutende Cornell Universität in New York wurde 1865 von Andrew Dickinson White (im Orden seit 1853) mitgegründet und als erstem Präsidenten in die gewünschte inhaltliche Richtung gebracht. Die 1876 in Baltimore gegründete Johns Hopkins-Universität, die im Hochschulranking heute ebenfalls unter den 20 besten Universitäten der Welt geführt wird, hatte als ihren ersten Präsidenten (von 1875-1901) Daniel Coit Gilman (im Orden seit 1852).

Im Bereich wissenschaftlicher Forschungsgesellschaften wurden die "American Historical Association", die "American Economic Association", die "American Chemical Society" und die "American Psychological Association" zu Beginn alle von Mitgliedern des Ordens oder ihm nahestehenden Personen gestartet. Das sind die wichtigsten Verbände zur Konditionierung einer Gesellschaft."

Die "American Historical Association" z.B. wacht darüber, daß sich die Geschichtsschreibung in der gewünschten Richtung bewegt, in der die wahren Ursachen, insbesondere die vom Orden gelegten, verborgen bleiben. *"Wehe dem Buch oder Autor, der sich außerhalb der offiziellen Richtlinien bewegt. Keine Fördergelder. Verlage bekommen kalte Füße. Der Vertrieb ist nachlässig oder nicht existent. - 1946 teilte die Rockefeller Stiftung einer offiziellen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg 139.000 Dollar zu, nur um sicher zu gehen,*

daß die offizielle Linie dominierte."

Auch bei wichtigen Stiftungen ist der Orden präsent. So wurde der erste Präsident der 1902 gegründeten, ungeheuer reichen Carnegie Institution zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschung das Ordensmitglied Daniel Coit Gilman, und andere Ordensmitglieder saßen seit der Jahrhundertwende im Aufsichtsrat. *"Gilman war auch bei der Gründung der Peabody, Slater und Russel-Sage Stiftungen dabei. McGeorge Bundy (Ordensmitglied seit 1940) war Präsident der Ford-Stiftung von 1966-1979."*

Ordensmitglied William Howard Taft war der erste Vorsitzende der 1910 gegründeten "Amerikanischen Gesellschaft zur Beilegung internationaler Streitigkeiten", Vorläufer des "Bundes für den Frieden", aus dem sich das Konzept des Völkerbundes entwickelte.

Durchdringung von Kirchen und Medien

Anthony Sutton konstatiert und belegt, daß es in den USA keine wichtige Organisation im Bereich der Bildung, Forschung, Kirche, Meinungsbildung, Wirtschaft, des Rechtswesens und der Politik gibt, die der Orden *Skull & Bones* nicht entweder selbst gegründet, durchdrungen oder beeinflusst hätte. *"Nicht alles zur selben Zeit, aber beharrlich und hartnäckig genug, um die Richtung der amerikanischen Gesellschaft zu bestimmen."*

Zum Bereich von Bildung und Forschung ist vorstehend einiges dargestellt worden, wobei ein Eingehen auf den Einfluß im Schulsystem hier zu weit führen würde. Das nach Sutton bedeutendste Beispiel dafür, wie der Orden in die Theologie der protestantischen **Kirchen** eingedrungen ist, ist das *Union Theological Seminary* an der Columbia Universität in New York, bei dem einst wegen des Verdachts auf kommunistische Infiltration ermittelt wurde und das daher auch unter dem Namen "Rotes Seminar" bekannt war.

Professor für praktische Theologie war dort von 1904 bis 1926 und dessen Präsident von 1926 bis 1945 *Henry Sloane Coffin*, im Orden seit 1897. *"Das Seminar hatte eine so breit angelegte Interpretation von Religion, daß es sogar einen atheistischen Club für seine Studenten hat oder zumindest hatte. - Henry Sloane Jr. (im Orden seit 1948) war einer der 'Boston Five', die der Verschwörung gegen die Vereinigten Staaten angeklagt waren. - Und das ist nur ein Teil des Eindringens des Ordens in die Kirche."*

Einen bedeutenden Einfluß übte der Orden auch auf das **Kommunikationswesen** der USA aus. Bedeutende Gestalten waren der in China als Sohn eines presbyterianischen Missionars geborene *Henry Robinson Luce* und sein Freund *Briton Hadden*, beide Ordensmitglieder seit 1920, die 1923 das Nachrichtenmagazin *TIME* gründeten.

"Luce war dabei der Business Manager und Hadden Chefredakteur. Nach Haddens Tod 1929 nahm Luce Haddens Stelle ein. Luce übernahm 1930 das Wirtschaftsmagazin "Fortune" und 1936 das bildhafte "Life Magazine".

1952 gab er "House & Home" und 1954 "Sports Illustrated" heraus. Auch produzierte er die Dokumentarserie "The March of Time" für Radio und Kino. Luce, der bis 1964 Chefredakteur aller seiner Zeitschriften blieb, war ein einflußreiches Mitglied der Republikaner.

Mit seiner anti-kommunistischen Einstellung und seinem Interesse für sein Geburtsland war er eine wichtige Persönlichkeit in der sogenannten "China Lobby" und spielte eine große Rolle dabei, Amerikas Außenpolitik zu Gunsten des nationalistischen Führers Chiang Kai-shek und seiner Frau Soong May-ling zu lenken. Er war in den 1920er- und 1930er-Jahren ein begeisterter Förderer des Faschismus. Das Time Magazine veröffentlichte fünf Titelgeschichten über Benito Mussolini." (Wikipedia)

William Buckley (im Orden seit 1950) gründete 1955 die einflußreiche politische Zeitschrift *National Review*. *"Seine öffentliche Präsenz wurde verstärkt durch seine preisgekrönte Fernsehshow Firing Line, die von 1966 bis 1999 lief und die am längsten laufende Talkshow im amerikanischen Fernsehen war"* (Wikipedia).

Alfred Cowles (im Orden seit 1913) war Präsident der Cowles Communications und besaß

Des Moines Register sowie den *Minneapolis Star*. Russel Davenport (im Orden seit 1923) trat 1930 in die Redaktion von "*Fortune*" und war 1937 bis 1940 Chefredakteur. Von 1945 bis 1952 arbeitete er in den Redaktionen von "*Life*" und "*Time*" mit.

John Chipman Farrar (im Orden seit 1918) gründete 1929 einen der erfolgreichsten Verlage: "*Farrar & Rinehart*" war nach dem Zweiten Weltkrieg einer der Mitgründer des Verlages "*Farrar, Straus and Giroux*".

Archibald McLeish (im Orden seit 1915) war der erste Geschäftsführer des "*Nieman Fund*" der Harvard Universität, von dem seit 1939 jährlich der prestigeträchtigste Preis im Journalismus der USA, der "*Nieman Fellowship*" verliehen wird. Im Krieg betätigte er sich in der Kriegspropaganda des Verteidigungsministeriums.

In Wirtschaft und Rechtswesen

Die Verbindung mit den großen Eisenbahn-Magnaten und Rockefellers Standard-Oil wurde schon erwähnt. Doch auch über die Familien der Paynes und Pratts entstanden Verbindungen zu Shell, Creole Petroleum und Socony Vacuum (später Mobil Oil).

"Viele Fertigungsunternehmen haben Mitglieder im Orden, von den Donnelleys in Chicago (Drucker des offiziellen Airline-Führers und anderen Referenzen); Konzerne der Holzindustrie wie Weyerhaeuser, der auch Mitglied der Trilateralen Commission ist; Dresser-Industries und so weiter."

"Ein Dutzend Mitglieder können mit der Federal Reserve (der privaten US-Zentralbank) in Verbindung gebracht werden, aber vor allem eine Ernennung ist bemerkenswert. Pierre Jay (im Orden seit 1892), der 1913 nur für eine einzige Sache bekannt war, nämlich eine Privatschule zu leiten und ein obskurer Vize-Präsident der Manhattan Bank gewesen zu sein, wurde der ERSTE Präsident der Federal Reserve Bank von New York, der wichtigsten Bank des US-Zentralbankensystems."

Die großen Rechtsanwalts-Kanzleien des Establishments in New York sind voller Ordensmitglieder. Einen großen Anteil stellt die Lord-Familie, von der allein sechs in den Orden aufgenommen wurden.

George DeForest Lord (im Orden seit 1854) gründete die New Yorker Kanzlei *Lord, Day & Lord*, zu deren Klienten die "*New York Times*" und die "*Rubin-Stiftung*" gehörten. Letztere finanziert die große Denkfabrik "*Institut für Politische Studien*" in Washington, D.C.

Die Kanzlei *Simpson, Thacher & Bartlett* wird vor allem durch die Thacher-Familie bestimmt; der Mitgründer Thomas Thacher wurde 1871 Ordensmitglied, dem weitere Familien- und Kanzlei-Mitglieder folgten. Die Kanzlei mit 900 Anwälten in 11 Büros weltweit zählt zu ihren Klienten u.a. die Blackstone Groupe, JP Morgan Chase, Bank of America und Goldman Sachs. Einflußreiche Ordensmitglieder wirken auch in *David, Polk, Wardwell*, sowie in den Kanzleien *Debevoise* und *Plimpton*. Letztere ist die Kanzlei der Rockefeller.

Der Orden in der Politik

Der *Council on Foreign Relations* (CFR) bestimmt weitgehend die Politik, insbesondere die Außenpolitik der USA. Die heute 4.500 Mitglieder setzen sich aus den einflußreichsten Eliten aus Politik, Finanzindustrie, Wirtschaft, Medien und Hochschulen zusammen. Präsidenten, Minister und Regierungsbeamte werden zu weiten Teilen aus dem CFR rekrutiert. Er wurde ebenso wie *Chatham House* in London von den Geheimgesellschaften nahe stehenden Männern als äußere Plattform gegründet, ist aber selbst keine Geheimgesellschaft.

Der Orden ist in dieser Organisation nach Suttons Erkenntnissen repräsentiert, aber nicht immer bestimmend. David Rockefeller - zwar kein Mitglied des Ordens, dafür aber vertrat sein Onkel Percy Rockefeller die Familie im Orden - war von 1949 bis 1985 Direktor, von 1950 bis 1970 Vizepräsident und von 1970 bis 1985 Vorsitzender des Vorstands (Aufsichtsrat) des CFR.

Winston Lord, Ordensmitglied seit 1959, war von 1977 bis 1985 Präsident des CFR. Von 1969 bis 1973 war er Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates im Planungs-Komitee.

"Er war Berater des Nationalen Sicherheitsberaters Henry Kissinger, den er auf seiner Reise nach Peking im Jahre 1971 begleitete. Im folgenden Jahr war er Mitglied der US-Delegation bei Präsident Nixons Reise nach China. Lord wurde später (1973-1977) Director of Policy Planning und Top-Berater des US-Außenministeriums in Angelegenheiten, die China betreffen, US-Botschafter in China (1985-1989) und Staatssekretär (Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs) in der ersten Amtszeit des US-Präsidenten Bill Clinton." (Wikipedia)

"Man kann die Beziehungen zwischen dem Orden und den größeren Organisationen (wie auch der Trilateralen Kommission und den Bilderbergern) mit dem Bild konzentrischer Kreise darstellen. Der CFR und ähnliche bilden einen äußeren Kreis, d.h. einen Umkreis, auf den ein Schatten geworfen wird. Sie existieren in diesem Schatten, der von einer inneren Organisation geworfen wird."

Der Orden ist jedoch nur ein Teil des inneren Kreises, denn Sutton ist sich bewußt - und darauf hat auch Rudolf Steiner hingewiesen - daß es noch mehr Geheimgesellschaften gibt, deren personelle Wirksamkeit nur noch nicht in dem Maße wie bei Skull & Bones nachzuweisen ist. Bereits einer der beiden Gründer des Ordens, *Alphonso Taft*, drang bis in die Regierung vor. Er wurde 1876 Kriegsminister, von 1876-1877 US-Justizminister, von 1882-1884 US-Minister für Österreich und von 1884-1885 Botschafter in Rußland.

Sein Sohn *William Howard Taft*, im Orden seit 1878, wurde von 1909 bis 1913 Präsident der Vereinigten Staaten und von 1921 bis 1930 Oberster Bundesrichter. Taft machte den Ordensbruder *Henry L. Stimson* (im Orden seit 1888) von 1911-1913 zum Kriegsminister.

"Stimson wurde von 1911 bis 1946 von jedem Präsidenten, bis auf Harding, in ein Regierungsamt berufen, d.h. von Taft, Wilson, Coolidge, Hoover (bei ihm 1929-1933 Außenminister), Roosevelt und Truman" 1940-45 Kriegsminister).

"Zehn Tage vor dem Angriff auf Pearl Harbor trug er im November 1941 in sein Tagebuch ... ein, daß er angesichts drohender feindlicher Auseinandersetzungen mit Japan mit Präsident Roosevelt diskutiert habe, wie die Japaner dazu zu bringen wären, den ersten Schuß abzugeben, ohne die USA zu großen Gefahren auszusetzen. 1976 als Buch erschienen, verschwand es später aus den Bibliotheken der Welt, Fotokopien sind jedoch erhalten." (Wikipedia)

"1945 empfahl Stimson als Trumans Kriegsminister, den Abwurf der Atombomben auf Japan." - "Stimson nutzte sein Büro, um die Karriere von Bundesbrüdern aus dem Orden, vor allem die von Harvey Hollister Bundy und seinem Sohn, McGeorge Bundy, voranzubringen."

William Averell Harriman (im Orden seit 1913), war unter US-Präsident Franklin D. Roosevelt Sondergesandter in Europa und arbeitete mit an der *Atlantik-Charta vom 14.8.1941*, einer gemeinsamen Erklärung Roosevelts und Churchills, in der Grundsätze ihrer internationalen Politik formuliert wurden. Er war 1941 als Minister für Großbritannien mit der Vorbereitung des Leih- und Pachtgesetzes betraut, das die Lieferung von Militär- und Versorgungsgütern an die Sowjetunion voraussah. Von 1943 bis 1946 amtierte er als US-Botschafter in Moskau. Unter Truman war er Botschafter in London und Handelsminister, danach diente er als Sonderbotschafter und Staatssekretär für politische Angelegenheiten und für Fernost.

George Herbert Walker Bush (Ordensmitglied seit 1948) wurde 1967 republikanischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus für Texas, 1971 Botschafter bei den Vereinten Nationen. Von 1974 bis 1975 war er Leiter des Verbindungsbüros der USA in der Volksrepublik China sowie von 1976 bis 1977 Direktor der CIA.

Von 1981 bis 1989 amtierte er unter Ronald Reagan als dessen Vizepräsident und von 1989 bis 1993 als 41. Präsident der USA. Unter seiner Führung fanden mit fadenscheiniger Be-

gründung der erste Irak-Krieg und der Jugoslawien-Krieg statt.

Sein Sohn George Walker Bush (Ordensmitglied seit 1968) war von 1995 bis 2000 Gouverneur von Texas und von 2001 bis 2009 der 43. Präsident der USA. In seiner Präsidentschaft fanden die mysteriösen und bis heute nicht wirklich aufgeklärten Ereignisse des 11.9.2001 statt, die er zum Anlaß nahm, den Krieg gegen den Terror auszurufen, in dessen Folge der Einmarsch in Afghanistan und unter erlogenem Vorwand der zweite Irakkrieg stattfand.

Seine Wiederwahl 2004 gewann er gegen den Ordensbruder *John Kerry* (Ordensmitglied seit 1966), der für die Demokratische Partei die Wahlshow geführt hatte. Beide verweigerten jede Auskunft über den Orden. Kerry war seit 1985 als Mitglied für Massachusetts im US-Senat, seit 2009 Vorsitzender im Ausschuß für Außenpolitik und ist seit 1.2.2013 Außenminister unter Präsident Obama (Wikipedia).

Die Präsidentschaftskandidatin der "Demokraten" *Hillary Clinton*, Außenministerin von 2009-2013, hat wie ihr Ehemann Bill, Präsident der USA von 1993 bis 2001, ebenfalls an der Skull and Bones - Universität in Yale studiert. Die Gedanken und Einstellungen beider standen also indirekt unter dem prägenden Einfluß des Ordens, Bill Clinton wurde aber nicht in den Männerorden berufen. ...<<

16.09.2016

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. September 2016 (x887/...): >>"Versteinertes Besatzungsrecht"

Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"

... Preußische Allgemeine Zeitung: Herr Bandulet, Sie sind ja ein richtiger Legenden-Killer: So schreiben Sie, daß die von Harry S. Truman aufgestellte Behauptung, die USA hätten keine Reparationen verlangt, unrichtig sei. Was stimmt also?

Bandulet: Die Behauptung ist nur insofern richtig, als die USA keine Reparationen "verlangt" haben - die Siegermächte haben sie sich einfach genommen. Der Unterschied zu Versailles bestand ja darin, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, sondern daß willkürlich und nach Gutdünken der Sieger geplündert wurde.

Der Wert des geraubten Privateigentums, der Ostgebiete, der Zwangsexporte, der zwei Milliarden Arbeitsstunden der Kriegsgefangenen nach Kriegsende, der intellektuellen Reparationen und der Demontagen läßt sich objektiv nicht beziffern. Ich nenne aber Summen und überlasse es dem staunenden Leser, sich ein Urteil zu bilden. Mein Fazit lautet, daß nach 1945 weitaus mehr aus Deutschland herausgezogen wurde, als auf Grund des Versailler Vertrages an Reparationen geleistet wurde.

Preußische Allgemeine Zeitung: Bei den "intellektuellen Reparationen", wie Sie den Wissenstransfer nach 1945 aus Deutschland nennen, handelte es sich angeblich um den größten Wissenstransfer aller Zeiten. Können Sie ihn in dieser superlativen Dimension wirklich belegen?

Bandulet: Stellen Sie sich einmal vor, die USA würden besetzt und die Sieger ließen überall im Land Teams von Spezialisten ausschwärmen, die in Firmenzentralen, Fabriken und Forschungsinstitute eindringen, um sämtliche Betriebsgeheimnisse und den gesamten Stand der Forschung zu sichten und fortzuschaffen. Nichts anderes hat sich in Deutschland 1945 und danach abgespielt.

Allein im Berliner Reichspatentamt wurden von den dort liegenden Patenten und Patentanmeldungen mehr als 17 Meilen auf Mikrofilm fotografiert. Nicht zu vergessen die Wissenschaftler, die mehr oder weniger freiwillig nach Amerika, Rußland, Frankreich und Großbritannien gingen. Die deutsche Technologie war in wichtigen Bereichen Weltspitze. Eine derart systematische Plünderung von Wissen hatte es nie zuvor gegeben. ...<<

30.09.2016

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 2016 (x887/...): >>>**Blind und wehrlos**

Wie ein übertriebener Schuld- und Schamkult Deutschland zu ruinieren droht

Ist der "Schuldskult" zum Willen nach Selbstauflösung geronnen? Ausländische Beobachter machen sich Sorgen um Deutschland.

Heerscharen von Beobachtern im Ausland und vor allem in Europa können nicht aufhören, den Kopf zu schütteln über die uferlose deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik. Manche nennen es einen neuen deutschen Größenwahn. Andere, eher wohlmeinende Stimmen gehen tiefer, wie der niederländische Schriftsteller Leon de Winter.

Der Sohn eines orthodoxen Juden meint, in der "Willkommenskultur" ein "endgültiges Zeichen deutscher Scham und Reue", ein "übertrieben empfundenes Verantwortungsgefühl gegenüber der Geschichte" erkennen zu können. Gewissermaßen den historischen Höhe- und Schlußpunkt einer Vergangenheitsbewältigung, die in einen Schuld- und Schamkult bis zur Selbstverleugnung abgedriftet ist.

Kluge Deutschlandkenner wie de Winter wissen, daß der Prozeß bei vielen längst in Selbsthaß umgeschlagen ist, in "Deutschland nie wieder" und "Mach's noch einmal, Bomber-Harris". Solchen Kreisen ist es ganz gleich, ob das finstere Mittelalter samt Freiheits-, Demokratie-, Frauen- oder Homosexuellen-Verachtung bei uns wieder Einzug hält mit einer radikal-islamischen Massenzuwanderung. Ihnen geht es nur um eines: Deutschland soll weg, egal, wodurch es ersetzt wird.

Die verordnete Schutz- und Grenzenlosigkeit, mit der Deutschland der orientalisch-afrikanischen Massenzuwanderung ausgesetzt wird, öffnet vielen anderen Deutschen jedoch die Augen. Sie begreifen endlich, daß der Streit um "Leitkultur und Selbstbehauptung" gegen "Multikulti und Selbstauflösung" kein akademisches Geschwafel von Politikern und Intellektuellen war. Sie erkennen angesichts des sich rapide verändernden Straßenbildes, daß es hier um die Zukunft ihres Landes geht, um nicht zu sagen darum, ob "Deutschland" überhaupt fortexistieren soll.

Wenn die Selbstaufgabe zugunsten eines vermeintlich höheren, sittlichen Ziels der Höhepunkt der deutschen Art der "Vergangenheitsbewältigung" darstellt, dann muß auch genau hier angesetzt werden.

Denn dann ist erwiesen, welche (selbst-)zerstörerische Früchte der übertriebene Schuld- und Schamkult trägt. Er hat uns nicht "sensibler" gemacht für die Gefahren, denen Menschenrechte, Freiheit und all die anderen Errungenschaften der abendländischen Kultur ständig ausgeliefert sind, auf deren Vernichtung es schon Nationalsozialisten und Kommunisten abgesehen hatten. Der Schuld- und Schamkult hat uns am Ende blind und wehrlos gemacht.

Wenn CSU oder AfD den Begriff der deutschen Leitkultur nun wieder aufgreifen, befinden sie sich auf der richtigen Fährte. Unser Weg in eine gute Zukunft führt unweigerlich über unser Verhältnis zu Deutschland - und damit auch über ein faires Verhältnis zu seiner Vergangenheit.<<

Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 2016: >>>**Sarkozy beleidigt politische Freunde**

Ex-Berater veröffentlicht Mitschnitte von Gesprächen des früheren Präsidenten ...

Ex-Präsident Jacques Chirac sei "korrupt, bösartig und gierig", Ex-Premierminister François Fillon ein "jämmerlicher Typ" und der frühere Staatsminister Christian Estrosi habe nur "eine Nuß im Kopf". So soll Nicolas Sarkozy seine Parteifreunde verunglimpft haben - ohne zu ahnen, daß die Öffentlichkeit je davon erfahren würde. Doch der Berater des damaligen Präsidenten, Patrick Buisson, hat die Aussagen mitgeschnitten. Gestern ist sein Buch "Die Sache des Volkes. Die verbotene Geschichte der Präsidentschaft Sarkozy" mit zahlreichen Zitaten

und Anekdoten erschienen.

Zwei Monate vor den internen Vorwahlen, bei denen die Republikaner ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2017 küren, dient das Werk nur einem Zweck: den Parteichef und Mitbewerber Sarkozy zu demontieren. Zu den Beleidigten gehört neben Estrosi auch der Ex-Budgetminister François Baroin, beide unterstützen Sarkozy.

Auch aus einer Unterhaltung Sarkozys mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert Buisson. Sarkozy soll scherzhaft zu ihr gesagt haben: "Ich bin der Kopf, Sie sind die Beine." Die Kanzlerin antwortete demnach unter Anspielung auf die deutsche Finanzkraft in Europa: "Nein, ich bin die Bank."

Der 67-jährige Buisson, der dem Front National nahesteht und früher Chef der rechtsextremen Zeitschrift "Minute" war, galt einst als Präsidentenflüsterer und befeuerte Sarkozys ideologischen Rechtskurs. 2014 kam es zum Bruch, als Medien Mitschnitte aus Buissons Diktiergerät veröffentlichten, die vertrauliche Gespräche mit dem früheren Staatschef, dessen Frau Carla Bruni-Sarkozy und engen Mitarbeitern mitgeschnitten hatte. Darauf war unter anderem zu hören, wie Sarkozy gegen Parteikollegen ätzte. Dieser reichte daraufhin Klage ein und bezeichnete Buisson als "Verräter". Das sei "das Wort zu viel" gewesen, sagte der Exberater nun - und rächt sich.

Sarkozys Vertraute mögen zwar gegen die "Sinnlosigkeit von nicht nachprüfbaren Behauptungen" und Buissons "Stasi-Methoden" wettern. Doch seine Enthüllungen bekommen Brisanz, da er über stundenlanges Tonbandmaterial verfügt, das er als Beweis heranziehen kann. Außerdem beschreibt er Annäherungsversuche Sarkozys an den früheren Chef des rechtsextremen Front National (FN), Jeanmarie Le Pen, und zitiert den früheren Staatschef mit den Worten, seine konservative Partei habe "natürlich gemeinsame Werte mit dem Front National".

Fast zeitgleich mit der Buchveröffentlichung bringt auch das investigative Online-Magazin "Mediapart" neuen Ärger für Sarkozy: Es berichtete nun über den Fund des Notizbuches des früheren libyschen Erdölministers Choukri Ghanem, der 2012 tot in der Donau bei Wien aufgefunden wurde. In dem Heft ist von drei Überweisungen an Sarkozy in Höhe von insgesamt 6,5 Millionen Euro die Rede.

Die Vorwürfe sind nicht neu, längst ermittelt die Justiz zu dem Vorwurf, der frühere Machthaber Libyens Muammar al-Gaddafi habe 2007 den Wahlkampf des Konservativen massiv gesponsert; empfing er ihn nach seiner Wahl mit großem Pomp in Paris, so betrieb er 2011 die Bombardierung Libyens und al-Gaddafis Sturz.

Der neue Bericht legt die Vermutung nahe, daß Sarkozy zu allem bereit war, um an die Macht zu gelangen - ein Eindruck, den Buissons Berichte stützen.<<

September 2016

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/18-20): >>Die totalitäre Demokratie

_ von Tino Perlick

Der globale Frontalangriff auf die Demokratie begann in den Vereinigten Staaten. Staat und Wirtschaft sind dort untrennbar miteinander verwachsen. Volksherrschaft existiert nur als aufwendige Fassade. Dahinter verbirgt sich eine Tyrannei, die ihre freundliche Maske jederzeit ablegen könnte.

Die Vereinigten Staaten zeigen, wie Demokratie simuliert werden kann, ohne daß der Betrug zu offensichtlich wird.

Am Abend des 5. November 2008 verwandelten eine Viertelmillion Amerikaner den Grant Park in Chicago in ein gigantisches, rot-weiß-blaues Fahnenmeer. "Yes, we can", schallte es aus der begeisterten Menschenmasse. Als mit Barack Obama der erste afroamerikanische Präsident in der Geschichte der USA die Bühne betrat, brach die Menge in frenetischen Jubel aus.

Die Bürger schienen die acht Jahre der finsternen Bush-Herrschaft schier wegschreien zu wollen. "Lang hat es gedauert", versicherte Obama den Menschen, "doch aufgrund dessen, was wir an diesem Tag, in dieser Wahl, vollbracht haben, ist heute ein Wandel nach Amerika gekommen."

Die Worte klingen inzwischen wie Hohn. Der Linksintellektuelle Dr. Cornel West, ein früherer Unterstützer Obamas, resümierte 2014: "Er stellte sich als fortschrittlich dar und erwies sich als Fälschung. Wir haben am Ende eine Präsidentschaft der Wall Street bekommen, eine Präsidentschaft der Drohnen, eine Präsidentschaft der Nationalen Sicherheit." Wenn politischer Wandel auf demokratischem Wege nicht länger durchsetzbar ist, muß man fragen, welche Herrschaftsform an die Stelle der Demokratie getreten ist.

Aus der Erkenntnis, daß Totalitarismus anpassungsfähig ist, entwickelte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Sheldon Wolin (1922-2015) die These, daß die USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Gewaltherrschaft seien. Hier agiere jedoch ein auf den Kopf gestellter, also ein "invertierter", Totalitarismus.

Putsch in Zeitlupe

In seinem 2008 erschienenen Buch *Democracy Incorporated* (Demokratie als Kapitalgesellschaft) setzt Wolin, früher Professor an der Princeton Universität, diese Staatsform mit dem "Erwachsenwerden der Macht des freien Unternehmertums" gleich. Da der invertierte Totalitarismus die klassischen Elemente absoluter Herrschaft vermeidet, sei er nur schwer zu erkennen. Sowohl die Symbole als auch die Sprache der Demokratie blieben unangetastet. Auch würden deren Kerneigenschaften wie freie Wahlen, eine unabhängige Justiz, freie Medien und die Verfassung nach wie vor hoch geachtet. Doch all das sei ausgehöhlt worden.

Kein plötzlicher Umsturz und keine gewaltsame Machtergreifung gingen dem Systemwechsel voraus. Statt dessen habe ein Putsch in Zeitlupe stattgefunden - vorangetrieben von den Wirkkräften der ungezügelter Wirtschaft. An die Stelle eines charismatischen Demagogen trete im verdeckten Totalitarismus die Anonymität internationaler Kapitalgesellschaften.

Mächtige Großkonzerne, so Wolin, bedienen sich in diesem System zwar weiterhin patriotischer Symbole. Doch operieren sie längst transnational und fühlen sich ihrem Heimatland nicht mehr im Geringsten verpflichtet. Während sich die Monopolmedien um die Propaganda kümmern, sollen die Bürger unpolitisch und passiv sein.

Wolin bezeichnet sie als "Patienten" - chronisch leidend. Im Unterschied zu den Diktaturen der Vergangenheit, die in der Regel nur von kurzer Dauer waren - von den großen Gewaltherrschern starb nur Stalin, solange er an der Macht war -, ist der US-Totalitarismus recht widerstandsfähig: "Im invertierten System ist der Anführer ein Produkt des Gefüges", stellt der Professor Emeritus klar, "nicht sein Architekt; es wird ihn überleben."

Wolins Theorie erhielt 2014 empirische Unterstützung. "Amerikaner dürfen sich durchaus vieler Merkmalen erfreuen, die für Demokratien zentral sind", bilanzieren Forscher der Universitäten Princeton und Northwestern in einer Studie, die den Einfluß von Eliten und Durchschnittsbürgern auf die US-Regierung untersucht, "darunter regelmäßige Wahlen, Rede- und Vereinigungsfreiheit sowie ein umfassendes (wenn auch umstrittenes) Wahlrecht."

Aber, stellt Co-Autor Martin Gillens fest, "gewöhnliche Bürger haben praktisch keinerlei Einfluß auf das, was ihre Regierung in den Vereinigten Staaten tut. Doch ökonomische Eliten und Interessensgruppen, vor allem wenn sie aus der Wirtschaft kommen, haben in substantiellem Maße Einfluß."

Simulierte Demokratie

Die Vereinigten Staaten zeigen, wie Demokratie simuliert werden kann, ohne daß der Betrug zu offensichtlich wird. "Warum", fragt Wolin, "eine Verfassung aufheben, wie es die Nazis taten, wenn es möglich ist, die Verfassungsordnung mit riesigen Wahlkampfspenden ... zu manipulieren?" Wolin stellt fest: "Sind die Taktiken auch nicht die der Nazis, so ist das End-

resultat das invertierte Äquivalent. Die Opposition ist nicht liquidiert worden, sie wurde nutzlos gemacht."

Während das Hitler-Regime die Schaffung einer aktiven Volksgemeinschaft förderte ("Kraft durch Freude"), ist im neuen Totalitarismus das Ziel umgekehrt - die Aufrechterhaltung staatsbürgerlicher Trägheit. Statt Debatten über verfassungswidrige Gesetze und Angelegenheiten von Krieg und Frieden dominieren Skandale und sogenannte Kulturkriege den politisch-medialen Diskurs rund um die Uhr.

An die Stelle des mündigen Bürgers ist der Wahlbürger getreten, der nur "während der Wahlkämpfe politisches Leben erlangt". Statt echter Macht darf er nur Meinungen haben, die unentwegt abgefragt werden. Das Wahlvolk konsumiert Politiker genauso wie Marken. Das Werbefachblatt Advertising Age erklärte Barack Obama noch vor dessen Wahl zum "Marketer of the year" - vor dem IT-Giganten Apple und dem Sportbekleidungsriesen Nike.

"Der Krieg gegen den Terrorismus kann sich nach innen wenden."

Wolin

Ins Amt gewählt, fungiert der Präsident als ein Laufbursche und Pressesprecher der Finanz- und Großkonzerne. In seinen zwei Amtszeiten hatte Bill Clinton gegen immensen öffentlichen Widerstand einen gemeinsamen Markt für Kanada, die USA und Mexiko durchgeboxt, die seit 1933 bestehende Trennung von Spar- und Spekulationsbanken aufgehoben und den Telekommunikationsmarkt dereguliert - oder vielmehr: im Sinne der Großkonzerne reguliert. Später strich Clinton für seine Auftritte zusammen 105 Millionen US-Dollar von Unternehmen und Finanzdienstleistern ein. Im Abgeordnetenhaus und im Senat läuft das Spiel genauso.

Die einzige Funktion von Wahlen besteht darin, "biegsame Parlamentarier für die Lobbyisten" zu finden, schreibt Wolin. Echte Sozialdemokratie wird bekämpft, sobald sie mehr "als Lese- und Schreibfähigkeit, Berufsausbildung und andere Grundlagen einer um das Überleben in der globalen Wirtschaft kämpfenden Gesellschaft fordert".

Der kommende Aufstand

Wenn private Macht stärker ist als der demokratische Staat, sagte Franklin D. Roosevelt 1938 in einer Rede an den Kongreß, ist das "in seiner Essenz Faschismus". Heute durchdringt der Totalitarismus alle Bereiche. "Man kann auf keine nationale Institution verweisen, die zutreffend als demokratisch bezeichnet werden könnte", sagt Wolin. "Gewiß nicht die hochgradig gemanagten, geldgesättigten Wahlen, nicht der vom Lobbyismus befallene Kongreß, nicht die imperiale Präsidentschaft, nicht das klassenbasierte Justiz- und Strafvollzugssystem, am allerwenigsten die Medien."

Den gekaperten Institutionen steht ein immer mächtigerer, aufgeblähter und durchmilitarisierter Superstaat gegenüber, der seine Bürger total kontrolliert. Doch solange die Manipulation der öffentlichen Meinung gelingt, glaubt Wolin, scheut der invertierte Totalitarismus brutale Kontrollmaßnahmen. Sollte eine hoffnungslose Bevölkerung jedoch irgendwann gegen die Zersetzung ihrer Grundrechte aufbegehren, würde das System so gewalttätig werden wie frühere totalitäre Staaten: "Der Krieg gegen den Terrorismus kann sich nach innen wenden."

Seit einem historischen Hoch von rund 75 Prozent Mitte der 1960er Jahre sank das Vertrauen in die Regierung mehr oder weniger stetig. 2010 mißtrauten fast 80 Prozent der Bevölkerung ihren offiziellen Vertretern. In einer Befragung des Umfrageinstituts Public Policy aus dem Jahr 2013 schnitt der Kongreß im Ansehen der Amerikaner schlechter ab als Kakerlaken. Der Pulitzer-Preisträger Chris Hedges hat ausgiebig über Wolins Ansichten geschrieben und referiert. Er glaubt, daß das große Aufbegehren vor der Tür steht.

"Die Revolte mag rechts sein", schreibt Hedges. "Sie mag den Beigeschmack von Faschismus haben. Sie mag einen furchterregenden Polizeistaat zementieren. Doch daß eine Revolte kommt, ist unbestreitbar." Der kommende Aufstand wird frühere Unruhen in den Schatten stellen. Zu viele Menschen haben in diesem System nichts mehr zu verlieren.

2013 schnitt der Kongreß im Ansehen der Amerikaner schlechter ab als Kakerlaken.

Auf der anderen Seite stehen die Vielen, die vom Regime abhängig sind. "Universitäten, Intellektuelle, Gelehrte und Wissenschaftler sind durch eine Kombination aus Regierungsaufträgen, Unternehmens- und Stiftungsmitteln sowie Gemeinschaftsprojekten aus Hochschulen und wohlhabenden Spendern nahtlos in das System integriert worden.

" Das alles gelingt "ohne verbrannte Bücher, ohne einen geflüchteten Einstein", wie Wolin hinzufügt. Kein Wunder, daß die so Korruptierten gegen Querdenker und Aufmüpfige hetzen - wie 2016 gegen Donald Trump.

_ Tino Perlick ist Korrespondent bei COMPACT.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 über den CIA-Chef Allen Dulles (x342/40-41): >>**Mister X packt aus**
_ von Jürgen Elsässer

Die Schattenregierung (1946 bis 1970): Unter der Leitung von Dulles veränderte sich die CIA grundlegend: Ebenso wichtig wie die Nachrichtenbeschaffung wurden militärische Geheimoperationen im In- und Ausland.

John Foster Dulles machte nach 1945 Karriere in der Politik, nahm an den Moskauer Konferenzen über den Marshall-Plan teil und wurde 1949 Senator für New York. Dabei half ihm offensichtlich seine Mitgliedschaft in der Rockefeller Foundation und dem mächtigen Think-tank Council on Foreign Relations (CFR).

1952 wurde er unter dem neuen Präsidenten Dwight D. Eisenhower Außenminister und forcierte eine "Policy of Boldness" - so der Titel eines seiner Essays -, eine Politik zur "Befreiung" der sowjetischen Satellitenstaaten. Sie trat an Stelle der bloßen "Eindämmung" der UdSSR, wie sie von Amtsvorgänger Harry Truman praktiziert worden war. Besonders im Korea-Krieg führte dieses Spiel mit dem Feuer an den Rand des atomaren Abgrundes.

Allen Dulles begann sein Spiel über Bande mit den für die US-Politik brauchbaren Elementen des Nazismus schon während des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten Ende 1941 wurde der Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) gegründet, der Vorläufer der späteren CIA. Dulles war OSS-Repräsentant in der neutralen Schweiz. Sein Büro in Genf wurde zum Anlaufpunkt für Widerstandskämpfer, Doppelagenten und kompromißbereite Nazis aller Art.

The Secret Team

Ende der vierziger Jahre wurde Allen Dulles Präsident des Council on Foreign Relations (CFR). Die mächtigste Denkfabrik der USA war mit Geldern von Rockefeller aufgebaut worden und sorgte für die Verzahnung von Monopol-Interessen mit der Regierungspolitik. 1950, nach Ausbruch des Koreakrieges, wurde er Berater der CIA, und zwar auf einer geheim gehaltenen Stelle als Chef für spezielle Operationen.

In dieser Funktion baute er ein globales Spinnennetz für verdeckte Aktivitäten auf, das in den kommenden Jahrzehnten und bis in die heutige Zeit von entscheidender Bedeutung sein sollte. Der Etat und die institutionellen Wege für diese Black Ops waren schier unbegrenzt, nachdem Allen Dulles im Jahr 1953 zum Direktor der CIA ernannt worden war, während sein Bruder John Foster an der Spitze des State Department stand.

Die Veränderung, die unter Dulles' Regime in der CIA vor sich ging, war einschneidend. Bei ihrer Gründung 1947 wurde die Agency als Behörde zur Informationsbeschaffung konzipiert und sollte in direkter Anbindung unter Präsident Harry S. Truman agieren. Dulles etablierte militärische Geheimoperationen als zweites Aufgabenfeld und löste dieses aus der Kontrolle des Weißen Hauses. So entstand eine unkontrollierbare Doppelstruktur hinter der anfänglich harmlosen Fassade.

Der Mann, der dieses Secret Team innerhalb der CIA-Strukturen enthüllt hat, war L. Fletcher Prouty. Kinogänger kennen ihn aus Oliver Stones Film JFK, in dem er die Figur des Mister X

(dargestellt von Donald Sutherland) inspiriert hat, der dem Staatsanwalt entscheidende Hinweise auf den CIA-Hintergrund der Kennedy-Ermordung gibt. Prouty war Militär von der Pike auf und kämpfte an fast allen Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges.

Von 1955 bis 1964 wurde er dem Hauptquartier der US-Air-Force zugeteilt und leitete dort die weltweiten Einsätze der Luftwaffe "zur militärischen Unterstützung geheimer Operationen der CIA" (so die Formulierung in der Direktive 5412 des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Jahr 1954). In den Jahren 1962/63 war er zusätzlich Chef der Special Operations für das Armee-Oberkommando (Joint Chiefs of Staff) unter Präsident Kennedy. Als dieser Mann zur Feder griff, schrieb er als Insider - und als Demokrat, der nach der Ermordung von JFK 1963 entsetzt war über die Entwicklung, die die CIA genommen hatte.

Blut an den Händen

Zu den Geheimoperationen der Dulles-Zeit gehörten etwa der Putsch gegen den gewählten iranischen Premier Mohammed Mossadegh im Jahr 1953, der den angloamerikanischen Ölinteressen im Wege war, und der Sturz der landarbeiterfreundlichen Regierung Guatemalas 1954. Außerdem nutzte Dulles auch seine Verbindungen, die er während des Zweiten Weltkrieges in Italien geknüpft hatte. Wichtigste Person war der Mussolini-Anhänger und zeitweilige Obersturmbannführer der Waffen-SS, Licio Gelli, der nach Kriegsende die Schleusung des NS-Kriegsverbrechers Klaus Barbie nach Lateinamerika organisiert hatte.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge auf ausländische Staatsmänner in Auftrag, etwa auf Fidel Castro, den kongolesischen Präsidenten Patrice Lumumba (getötet 1961) und den dominikanischen Präsidenten Rafael Trujillo (getötet ebenfalls 1961). Zu den berüchtigsten Programmen der Dulles-Ära gehörte MK Ultra, bei dem man die Opfer mit Psychodrogen manipulierte und gefügig machte.

Zur Zusammensetzung der Schattenstruktur schreibt Prouty: "Im Herzen des Teams sind natürlich ein paar Spitzenbeamte der CIA und des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) ... Um sie ist ein innerer Ring von Präsidentenberatern, Zivilisten und Militärs aus dem Pentagon sowie von Karrierebeamten aus den Geheimdiensten gruppiert. ... Außerhalb dieses Rings gibt es ein ausgedehntes und undurchschaubares Netzwerk von Regierungsbeamten, die Verantwortung für ein bestimmtes Aufgabenfeld haben, das mit Außen- und Verteidigungspolitik zusammenhängt, oder Experten auf diesen Gebieten sind." ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/54,55): >>**Fahrplan ins Chaos**

_ von Tino Perlick

Was für eine Welt würde eine Präsidentin Clinton zurücklassen? Ihre Pläne weisen sie als Verfechterin der Neuen Weltordnung aus: Militarismus, demokratiefeindliche Handelsabkommen, offene Grenzen, Masseneinwanderung, Minderheitenkult und politische Korrektheit sind ihr Programm.

... Auf zur bunten Meinungsdictatur

In seiner Rede machte General Allen klar: "Wir müssen die Kraft sein für Einheit in Amerika, für eine Vision, die alle einschließt, jeden Mann und jede Frau, jede Rasse, Ethnie, Religion und jedes Glaubensbekenntnis, einschließlich der Amerikaner, die geachtete Muslime sind, jedes Geschlecht und jede geschlechtliche Orientierung."

Das Fetischisieren von Minderheiten ist eine weitere Waffe im Kampf gegen störrische Regierungen. "Wenn Saudi-Arabien Homosexuelle hinrichtet, bleibt der Protest zahnlos und ist nicht von Boykott- oder Sanktionsdrohungen begleitet", schreibt Johnstone. "Das steht in starkem Kontrast zu dem Wutgeheul über die nicht vorhandenen Probleme für Schwule in Sotschi (Rußland)." Erst mit Hillary im State Department spielten sich die USA als Vorreiter für Schwulen- und Lesbenrechte auf und traten dem UN-Menschenrechtsrat bei. "Schwulenrechte sind Menschenrechte", psalmodierte sie dort 2011.

"Moslems sind friedliche und tolerante Menschen und haben gar nichts mit Terrorismus zu tun."

Clinton

Während die Obama-Administration der Marine geschlechtsneutrale Uniformen verpaßte und bundesweit staatliche Schulen dazu verdonnerte, transsexuellen Schülern freizustellen, welche Toilette sie benutzen, schlugen Sicherheitsbehörden Alarm: "Nach Beendigung meiner 15-jährigen Karriere bei der Heimatschutzbehörde kann ich über den gefährlichen Zustand, in dem Amerikas Anti-Terrorstrategie sich befindet, nicht länger Schweigen bewahren", gestand Islamexperte Philip Haney im Februar 2016 auf dem US-Kongreßnachrichtenportal The Hill. "Ich schweige nicht länger über die Bereitschaft unserer Anführer, die Sicherheit der Bürger der ideologischen Starrheit politischer Korrektheit zu opfern."

Nach den Anschlägen in Paris im November 2015 twitterte Hillary den Standardsatz: "Moslems sind friedliche und tolerante Menschen und haben gar nichts mit Terrorismus zu tun." Unter ihr würde dies endgültig zur verbindlichen Richtlinie:

Die von Clinton ernannte erste US-Sonderbeauftragte für muslimische Gemeinschaften, Farah Pandith, schreibt schon jetzt Berichte zur "Bekämpfung von gewaltsamem Extremismus", in denen Ermittlern nahegelegt wird, zur Schonung der armen Muslime auf sensible Worte wie "Dschihad" und "Scharia" gänzlich zu verzichten. Auf Andersdenkende wartet die Gesetzesvorlage 569. Bereits 144 demokratische Abgeordnete unterstützen das Maulkorbgesetz zur "Verurteilung von Gewalt, Bigotterie und Hassrhetorik gegen Muslime in den Vereinigten Staaten".

Der Dank für all die Mühen: Seddique Mir Mateen, Vater des Mörders von 49 Besuchern eines Nachtclubs für Homosexuelle in Orlando, Florida, ist Hillary-Fan. Als der bekennende Unterstützer der Taliban im August von Kamerateams bei einer Wahlkampfveranstaltung von Clinton gesichtet wurde, sagte er in gebrochenem Englisch: "Sie ist gut für die Vereinigten Staaten, gegen Donald Trump." <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/58-59): >>Die Patin des Dschihad

_ von Norman Hanert

Hillary Clinton sieht sich mit einem schweren Verdacht konfrontiert: Während ihrer Zeit als Außenministerin soll sie die Verschiffung von Waffen, auch Giftgas, vom libyschen Bengasi an Terroristen in Syrien zugelassen haben - ebenso wie die Ermordung des US-Botschafters, eines Mitwissers der Operation.

... Operation unter falscher Flagge

Doch mittlerweile wird Clinton nicht nur Versagen beim Schutz des US-Konsulats vorgeworfen. Es geht um viel Brisanteres, nämlich um Waffenlieferungen aus Libyen an die syrischen Terroristen. Im Bengasi-Untersuchungsausschuß des US-Kongresses wurde "Killary" direkt darauf angesprochen, ob sie Kenntnis davon gehabt habe, daß über die Hafenstadt Kriegsgerät der geschlagenen Gaddafi-Truppen via Türkei in die Levante verschifft wurde. Clinton bestritt dies und verwies auf die CIA. Tatsächlich ist inzwischen erwiesen, daß es in Bengasi, räumlich getrennt vom US-Konsulat, eine CIA-Filiale gegeben hat.

Aber konnte die CIA ohne Zustimmung des Außenministeriums tätig werden? Der Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh jedenfalls macht Clinton für den geheimdienstlich organisierten Schmuggel aus Bengasi mitverantwortlich. Mit aktiver Unterstützung der CIA sollen syrische Rebellen neben tragbaren Flugabwehrraketen sogar Sarin aus den Depots der besiegten libyschen Armee erhalten haben. Dieses Giftgas soll am 21. August 2013 in Ghuta, einem Vorort von Damaskus, gegen die Zivilbevölkerung zum Einsatz gekommen sein. Mit mindestens 281 Toten - andere Schätzungen gehen von über 1.700 aus - war dies die bis dahin schlimmste Greuelthat seit Beginn des Bürgerkrieges 2011.

Innerhalb weniger Tage beschloß die US-Regierung damals einen Vergeltungsangriff auf Syrien - aber nicht gegen die islamistische Opposition, sondern gegen die legitime Regierung von Baschar al-Assad. Die 6. Flotte ging im Mittelmeer in Stellung.

Zur Begründung sagte Obama Anfang September 2013: "Wie ich schon letzte Woche gesagt habe, ... haben wir sehr große Sicherheit, daß Syrien chemische Waffen für wahllose Morde an tausenden Menschen einsetzte, darunter mehr als 400 Kinder, und den internationalen Vertrag gegen chemische Waffen verletzte. Das stellt eine ernsthafte Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Region dar. Als Konsequenz müssen Assad und Syrien zur Rechenschaft gezogen werden."

Die Terroristen sollen mit Hilfe der CIA Giftgas aus Libyen erhalten haben.

Doch im letzten Augenblick wurde der vom Weißen Haus bereits angekündigte Krieg abgesagt. Ausschlaggebend waren letzten Endes offenbar nicht Bedenken des Pentagon vor einem Flächenbrand im Nahen Osten, sondern ein drohendes Scheitern Obamas im US-Kongreß: Hersh zufolge mußte Obama fürchten, daß die Abgeordneten einen Einsatz in Syrien nicht einfach durchwinken würden. Nicht auszuschließen ist vor diesem Hintergrund, daß auch der konkrete Anlaß für einen Krieg, der Giftgaseinsatz von Ghuta, genauer untersucht worden wäre - die Rolle von Obamas Parteifreundin Hillary beim Sarin-Schmuggel via Bengasi wäre dann kaum noch zu verheimlichen gewesen.<<

14.10.2016

BRD: "ZEIT ONLINE" berichtet am 14. Oktober 2016: >>Ökostrom: Energiewende wird für Verbraucher teurer

Die EEG-Umlage, die den Ausbau erneuerbarer Energien finanziert, steigt weiter. In welcher Höhe die Versorger ihre Kosten an die Kunden weitergeben, ist noch offen.

Die Energiewende wird für die Stromkunden erneut teurer. Die Umlage zur Förderung des Ökostroms steige 2017 auf 6,88 Cent je Kilowattstunde von derzeit 6,35 Cent, teilten die vier Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz, Amprion, Tennet und TransnetBW mit.

Für einen Durchschnittshaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden könnten die Kosten für die EEG-Umlage damit inklusive Mehrwertsteuer um rund 22 Euro auf 286 Euro im Jahr steigen. Die Versorger müssen die Umlage allerdings nicht eins zu eins an die Kunden weiterreichen, sondern könnten sie auch mit gesunkenen Beschaffungskosten verrechnen.

Mit der EEG-Umlage wird der Ausbau der erneuerbaren Energien finanziert. Zahlen müssen sie grundsätzlich alle Stromverbraucher, allerdings bekommen bestimmte Unternehmen mit besonders hohem Stromverbrauch weitreichende Rabatte. Dadurch soll die deutsche Industrie durch die Energiewende keine Wettbewerbsnachteile gegenüber der internationalen Konkurrenz erleiden.

Hintergrund ist die Verpflichtung der Übertragungsnetzbetreiber, angebotenen Strom aus erneuerbaren Energien nicht nur abzunehmen, sondern auch weitgehend zu festen Preisen zu vergüten. Die Netzbetreiber verkaufen den Strom dann an der Börse. Die Differenz zwischen den Vergütungssätzen und dem Börsenpreis soll mit der EEG-Umlage ausgeglichen werden. Je niedriger der Börsenpreis, den Energiekonzerne zahlen müssen, desto höher die Umlage.

Seit ihrer Einführung im Jahr 2000 ist die Umlage – mit Ausnahme einer Senkung im Jahr 2015 – immer weiter gestiegen. Das hat mit dem großen Erfolg der Ökostromförderung zu tun. So stiegen die Kosten vor allem in den Jahren 2010 bis 2013 steil an. Damals sanken vor allem die Preise für Solaranlagen dank Billigerherstellern aus China deutlich, während sich die deutsche Politik nicht genauso schnell auf Förderkürzungen einigen konnte. Das machte Investitionen in neue Solaranlagen sehr lukrativ. Entsprechend stieg das Ökostromangebot und damit die EEG-Umlage.

Wirtschaft warnt vor Standortproblem

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo, nannte den starken Anstieg der Kosten für erneuerbare Energien ein Alarmsignal. "Die EEG-Umlage wächst in diesem Jahr fast viereinhalb Mal so stark wie die Wirtschaft. Das jetzige Fördersystem läuft aus dem Ruder." Er bemängelte, die versprochene Kostenbremse des Bundeswirtschaftsministeriums sei Wunschdenken. "Energiekosten werden für die Industrie zu einem echten Standortproblem." Der Handelsverband Deutschland forderte eine Reduzierung der Kosten für die Energiewende und eine faire Verteilung der Belastungen.

Die Hauptgeschäftsführerin des Verbandes kommunaler Unternehmen, Katherina Reiche, sagte: "Die Kosten für die Umsetzung der Energiewende machen sich nicht mehr nur in der gestiegenen EEG-Umlage bemerkbar, sondern immer stärker durch die Steigerung der Netzentgelte." Sie mahnte einen intelligenten Netzausbau und einen besseren lokalen Ausgleich von Stromerzeugung und -verbrauch an.

Von 2017 an wird die Förderung von Ökostrom in Deutschland komplett umgestellt. Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) erhalten Betreiber größerer Windparks oder Solaranlagen sowie von Biogas-Anlagen künftig für eingespeisten Strom keine feste, gesetzlich festgelegte Vergütung mehr. Statt dessen werden neue Projekte ausgeschrieben. Wer am wenigsten Subventionen pro Kilowattstunde Strom verlangt, erhält dann den Zuschlag.<<

18.10.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Oktober 2016: >>Offenbarungseid in Brüssel ...

Es war der Tag der Wahrheit für die 28 EU-Mitgliedstaaten: Bis zum gestrigen Montagabend mußten die Finanzminister ihre Entwürfe für den Etat 2017 in Brüssel bei Währungskommissar Pierre Moscovici einreichen. Die Prozedur, in der Hochzeit der Staatsschuldenkrise zur Disziplinierung der Regierungen erdacht, ist so etwas wie ein öffentlicher Offenbarungseid. Der erste Überblick zeigt:

Auf der Schuldensünder-Bank der Union sitzen die bekannten Sorgenkinder. Frankreich, Portugal, Spanien, Griechenland, Rumänien, Italien und Kroatien werden auch im nächsten Jahr die Defizit-Grenze reißen, die üblicherweise bei drei Prozent liegt. Tatsächlich aber gibt Brüssel schon seit Einführung der Haushaltskontrolle die Höchstgrenze für jede Hauptstadt einzeln vor – und die kann schon einmal deutlich niedriger ausfallen. ...

Paris reißt zum neunten Mal hintereinander die gesetzten Stabilitätshürden – mit einem Defizit von 2,7 Prozent nach 3,3 Prozent in diesem Jahr so der Plan. Stammgast auf der Sünderbank ist übrigens Griechenland, das nun seit 21 Jahren keinen ausgeglichenen Etat vorweisen kann. ...<<

21.10.2016

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 21. Oktober 2016: >>Deutschland läßt sich aussaugen

... Obwohl die Bundesrepublik 1990 mit der Wiedervereinigung völkerrechtlich souverän wurde, sind Überreste des Besatzungsrechtes nach wie vor in Kraft. Die berüchtigten UN-Feindstaatenklauseln wurden nicht gestrichen. Somit bleibt der Spielraum der deutschen Außenpolitik begrenzt. Die Regierung um den ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer und den Wirtschaftsminister Ludwig Erhard kämpfte noch um Souveränitätsgewinne.

Auch aus den Reihen der SPD waren damals noch patriotische Töne zu hören. Im Laufe der Jahrzehnte verstummten diese Stimmen gänzlich. Bandulet zitiert in seinem Buch zustimmend den britischen Historiker Niall Ferguson, der die von Deutschland finanzierte Umverteilung in der EU ein "einvernehmliches System von Kriegsreparationen" nannte.

Immer wieder belegt Bandulet Einflußnahmen der US-Regierung auf die aktuellen Geschehnisse in Europa. Beim Ausbruch der Griechenlandkrise im Jahr 2010 habe Bundeskanzlerin

Merkel zunächst noch vorgehabt, sich an die Kriterien des Maastrichter Vertrags zu halten, der eine gemeinschaftliche Schuldenhaftung ablehne: "Dann klingelte das Telefon aus Washington, Merkel wurde von Präsident Obama bearbeitet - und fiel um. Seitdem läuft die vertragswidrige Euro-Rettungsmaschinerie."

Die Ausplünderung der Bundesrepublik geht weiter. Weil das Land, wie es Buchautor Bandulet belegt, zwar formaljuristisch "frei" sei, aber geistig-moralisch immer noch gefangen ist. "Die tonangebenden europäischen Eliten betreiben planmäßig eine Politik, die darauf hinausläuft, im Zeichen des Multikulturalismus die Homogenität der Nationalstaaten zu unterminieren." Die Abschaffung Deutschlands - das Hauptziel dieser Politik. Und alles mit deutschem Geld.

Bruno Bandulet: Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945. Kopp-Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 333 Seiten ...<<

27.10.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Oktober 2016: >>Regierung warnt vor Altersarmut

... Viele Menschen in Deutschland rutschen voraussichtlich in die Altersarmut ab, wenn sie nicht selbst vorsorgen. ...

2015 erhielten 90 Prozent der 65-Jährigen und Älteren eine Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bezogen auf alle Empfänger ergebe sich in diesem System eine durchschnittliche Leistungshöhe von 960 Euro Brutto und 861 Euro Netto im Monat. Dabei seien größere Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den alten und neuen Bundesländern festzustellen. ...<<

28.10.2016

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Oktober 2016 (x887/...): >>Nicht per se gefährlich

Bundesregierung stuft "Reichsbürger" eher als Querulanten und Störer denn als Gewalttäter ein

Nach den tödlichen Schüssen eines sogenannten Reichsbürgers auf einen Polizisten hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann angekündigt, die Reichsbürgerbewegung intensiv überwachen zu wollen. Dazu soll überprüft werden, welche ihrer Mitglieder Waffen besitzen. Ziel sei es, "allen Reichsbürgern, die legal eine Waffe besitzen, ihre Waffenerlaubnisse zu entziehen", erklärte Herrmann. Wer die deutsche Rechtsordnung ablehne, der biete keine Gewähr, ordnungsgemäß mit Waffen umzugehen. Die Reichsbürgerbewegung geht von einer völkerrechtlichen Weiterexistenz des Deutschen Reiches aus und erkennt die Rechtsordnung sowie die Institutionen der Bundesrepublik Deutschland nicht an. ...

Ein besonderes szenespezifisches Gefährdungspotential sieht die Bundesregierung bisher nicht, auch wenn sie nicht ausschließen will, daß "sich der Aktionismus und die Aggression im 'Reichsbürger-Milieu' verstärken und es zu Radikalisierungseffekten kommt". Im Übrigen dürfe auch das Gefährdungspotential von Einzelpersonen nicht unterschätzt werden. Die von als Reichsbürgern bekannten Personen verübten Straftaten betrafen überwiegend Beleidigungen, Nötigungen, Volksverhetzungen, Propagandadelikte und Urkundenfälschungen. Dazu kämen Bedrohungen, Erpressungen und Sachbeschädigungen sowie im geringeren Umfang weitere Delikte.

Durch "qualitativ höherwertige Straftaten" sind die Reichsbürger der Drucksache zufolge bisher kaum in Erscheinung getreten. In Einzelfällen seien auch Verstöße gegen das Waffengesetz festgestellt worden. In allen Fällen habe es sich bei den Beschuldigten jedoch um Einzelpersonen beziehungsweise Angehörige von Kleinstgruppen gehandelt.

Dennoch stehen die Reichsbürger seit längerer Zeit unter Beobachtung, würden doch die

"oftmals schon im Ansatz abstrusen Reichsbürgerthesen" auch "im neonazistischen Spektrum und im Spektrum der Holocaustleugner für gut befunden und um antisemitische Konstrukte ergänzt", so die Bundesregierung. Deshalb würden "zu Hinweisen auf mögliche Gefährdungen im Umfeld der 'Reichsbürgerszene' ein regelmäßiger Erkenntnisaustausch mit den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden" erfolgen. Nach dem Polizistenmord dürften diese Maßnahmen erheblich verstärkt werden.<<

31.10.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Oktober 2016: >>**Mehr Geld für Versorgung von Flüchtlingen**

Die Länder erhalten in diesem Jahr weitere 2,6 Milliarden Euro für die Versorgung von Flüchtlingen. ...

Die Länder erhalten ... pro Flüchtling eine Pauschale von 670 Euro monatlich. ...

Durch die weiteren Zahlungen erhalten die Länder damit in diesem Jahr rund 9,5 Milliarden Euro für die Versorgung von Flüchtlingen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Oktober 2016: >>**Niedrigzinsen kosten Bürger Milliarden**

Deutschlands Sparern gehen durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank alljährlich mehrere Milliarden Euro verloren. Die jährlichen Zinsgutschriften auf Spareinlagen sind von 2009 bis 2015 auf ein Drittel ihrer früheren Höhe geschrumpft - von 13,8 auf 4,4 Milliarden Euro, wie aus den in den Monatsberichten der Bundesbank veröffentlichten Zahlen hervorgeht.

Die großen Gewinner hingegen sind Bund und Länder: Die Ausgaben für die Schuldzinsen sind stark geschrumpft - allein der Bund zahlte 2015 fast 15 Milliarden Euro weniger als 2009 ...<<

01.11.2016

BRD: Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtet am 1. November 2016: >>**"Über Grenzen"**

... Kaum jemand kann sich mit dem Niedersachsenlied identifizieren. Wieso eigentlich?

taz: Herr Rösner, ist die Niedersachsen-Hymne ein politisches Lied?

Hans Rösner: Im weitesten Sinne ja, denn es bezieht sich auf die Zeit der Sachsenkriege, als Herzog Widukind 777 bis 785 im Sachsenhain bei Verden den erfolglosen Kampf gegen die Franken anführte. Darüber hat Hermann Löns 1913 die Erzählung "Die rote Beeke" - der rote Bach, gefärbt von Sachsenblut - verfaßt. Dieses Werk wiederum hat wohl der Braunschweiger Lehrer Hermann Grote gekannt, als er 1926 Text und Melodie des Niedersachsenliedes schuf.

taz: Merkwürdig. Die eigene Niederlage als Kern einer Hymne?

Es geht wohl eher um den entschlossenen Kampf gegen die Feinde. Außerdem gibt es ja auch eine Strophe, die von der erfolgreichen Varusschlacht gegen die Römer im Teutoburger Wald handelt.

taz: Im Lied heißt es, Niedersachsen reiche "Von der Weser bis zur Elbe". Wo bleiben Ostfriesen, Oldenburger, Emsländer, Osnabrücker?

Es geht eher um historische Grenzen. Andererseits war der Begriff "Niedersachse" schon Mitte des 19. Jahrhunderts ein Konstrukt mit nicht klar definierten Zugehörigkeiten. Die Oldenburger zum Beispiel singen bei feierlichen Anlässen lieber ihre Oldenburg-Hymne. Mit dem Niedersachsenlied identifizieren sich wohl am ehesten die Menschen im Bereich des alten Hannoverschen Landes um Lüneburg herum.

taz: Wieso hatte das Lied in der Nazi-Zeit Hochkonjunktur?

Die Machthaber des Dritten Reichs empfanden das Lied offensichtlich als geeignet, um ihre Ideologie zu transportieren. Dazu muß man sagen, daß der Lieddichter Hermann Grote - obwohl als Lehrer wahrscheinlich Parteimitglied - über den Mißbrauch seines Liedes nicht erfreut war. Meinen Recherchen zufolge kam es deshalb zu einem ideologischen Streit mit der

NSDAP-Führung, woraufhin er zur Unperson erklärt wurde.

taz: Lea Rosh, von 1991 bis 1997 Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hannover, hat verboten, daß der Text gespielt wurde. Sie fand ihn faschistoid.

Ja, seither erklingt auf NDR 1 nur ein Teil der Melodie, an mehreren Stellen im Tagesprogramm.

Die ersten zwei Strophen des Niedersachsenliedes

taz: Während der Fußballverein Hannover 96 das Lied gar nicht mehr spielt, seit Fans beim Refrain "Heil Herzog Widukinds Stamm" den Hitlergruß zeigten.

Das wußte ich nicht. Aber es ist natürlich eine geeignete Reaktion.<<

08.11.2016

Schweiz: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25/26 berichtet am 8. November 2016: >>>Soll erneut ein Weltkrieg herbeimanipuliert werden?

Ein geschichtlicher Blick auf die Bedeutung von EU und Nato sowie den Ersten Weltkrieg

von *Wolfgang Effenberger**

Am 24. Juni 2016, keine 24 Stunden nach der Abstimmung der Briten über den Austritt ihres Landes aus der EU, fragte Paul Craig Roberts auf der Webseite des von ihm gegründeten "Institute for Political Economy": "The Brexit Vote - What Does it Mean?" und gab in seinem sprengstoffgeladenen Artikel eine eindeutige Antwort: "Hoffentlich ein Auseinanderbrechen der EU und der Nato und damit die Vermeidung des dritten Weltkriegs".

Für den ehemaligen hohen Beamten im Finanzministerium der Regierung von Ronald Reagan sind die EU und die Nato "böartige Institutionen" ("evil institutions"), die von den USA kreiert wurden, "um die Souveränität der europäischen Völker zu zerstören. Nato und EU ermöglichen Washington die Kontrolle über die westliche Welt. Unter dieser Tarnung wird Washingtons Aggression erst möglich.

Ohne EU und Nato kann Washington Europa und das Vereinigte Königreich nicht in einen Konflikt mit Rußland zwingen. Ohne EU und Nato hätte Washington in den letzten 15 Jahren nicht sieben muslimische Länder zerstören können, ohne als Kriegsverbrecher gehaßt und isoliert zu werden. Kein US-Regierungsmitglied hätte ins Ausland reisen können, ohne verhaftet und vor Gericht gestellt zu werden."

Paul Craig Roberts vernichtende Analyse ist es wert, im historischen Kontext gesehen zu werden:

Der französische Präsident Charles de Gaulle hatte schon früh durchschaut, daß es US-Amerikanern und Briten vor allem um die Anbindung der westeuropäischen Länder an die transatlantischen Pfeiler Nato und EU (damals EWG) ging. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1947 hatten die USA aus Resten der Kriegskommandostrukturen des Zweiten Weltkriegs zwei Kommandozentren behalten: im Osten Eurasiens das pazifische Militärkommando PACCOM und im Westen Eurasiens das europäische Militärkommando EUCOM.

Am 4. April 1949 wurde die Nato gegründet mit dem Ziel, "die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten", so der erste Nato-Generalsekretär Lord Ismay. Und schon im Dezember des gleichen Jahres verabschiedete die Nato den Kriegsplan Dropshot, mit dem 1957 die Sowjetunion angegriffen werden sollte.

Diese imperialen Ambitionen verärgerten de Gaulle zutiefst. Für ihn ging Europa vom "Atlantik bis zum Ural".

Auch wirtschaftlich sollte Europa geteilt werden. Am 9. Mai 1950, den wir heute als "Europa-Tag" feiern, kündigte der französische Außenminister Schuman zur Überraschung der Westeuropäer (Adenauer soll nur wenige Stunden zuvor davon erfahren haben) die Erschaffung einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) an.

John Foster Dulles als oberster Strippenzieher

Hinter diesem Plan stand ein ganzes Netzwerk von Politikern, Militärs, Bankern, Industriellen und Spekulanten. Zu einem der Schattenstrategen sollte sich John Foster Dulles entwickeln. Die EGKS ging maßgeblich auf den französischen Unternehmer und Diplomaten Jean Monnet (1888-1979) zurück.

Seit den Verhandlungen in Versailles (1918/19) verband Jean Monnet eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft mit John Foster Dulles, damals Berater unter Bernhard Baruch, dem damaligen Chefrepräsentanten der US-Reparationskommission und Mitglied des "War Trade Board" (Zentrales Büro für Planung und Statistik). Unter Baruchs Anleitung hat Dulles im Artikel 231 des Versailler Vertrages die deutsche Kriegsschuld (Alleinschuld) juristisch ausformuliert. Dieser Artikel war der wesentliche Grund für die erste deutsche Delegation unter Graf Brockdorff-Rantzau, die Unterschrift zu verweigern.

Um die Zustimmung zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu erzwingen, wurde die effektive Seeblockade nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 fortgeführt. Nachdem am 28. Juni 1919 Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unter Protest ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles setzten, wurde die Blockade am 12. Juli 1919 aufgehoben.

1921 war Dulles Mitbegründer des Council on Foreign Relations, wurde Mitglied der "Rockefeller Foundation" und beteiligte sich am "Dawes-" und am "Young-Plan", mit denen die deutschen Reparationszahlungen geregelt werden sollten.

Unter Dulles' wichtigsten Kunden waren nach 1919 Unternehmen wie etwa International Nickel Company oder Overseas Security Cooperation, aber auch Banken wie die J. P. Morgan. Er beriet sie bei Kreditgeschäften und stand ihnen teilweise auch vor. John Foster Dulles und sein Bruder Allen vertraten im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Wirtschaftskanzlei Sullivan & Cromwell US-amerikanische ebenso wie deutsche und europäische Unternehmen. Hierzu zählten die Chase Bank, Ford, ITT, SKF, der I.G. Farben-Konzern sowie die Belgische Nationalbank. Sie vertraten diese Unternehmen aber nicht nur rechtlich, sondern auch als verdeckte Platzhalter für Gesellschaftsanteile und als politische Lobbyisten.

Während des Zweiten Weltkriegs war Dulles auch für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich tätig.

1945 beriet Dulles Arthur H. Vandenberg bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco und arbeitete dort an der Präambel der UN-Charta mit. Später wurde Dulles Mitglied der Generalversammlung in den Konferenzen von 1947 bis 1949. Gleichzeitig schob er die Gründung der Nato an und später ihres südasiatischen Pendant, der SEATO. Als Befürworter des Korea-Kriegs hatte er sich scharf gegen die Eindämmungspolitik (containment) von Präsident Truman gewandt und sich für eine aggressivere Variante, eine Politik der massiven Abschreckung, eingesetzt.

Als CIA-Direktor beziehungsweise US-Außenminister setzten die Brüder Allen und John Foster Dulles ihre vorherigen Aktivitäten unvermindert fort.

Abschaffung der historischen Nationen Europas

Mit der Gründung der EGKS wurde der erste Schritt zur Abschaffung der historischen Nationen Europas unternommen. Somit ist der Schuman-Plan nicht der Anfang der Konstruktion Europas, sondern der Anfang der Destruktion der einzelnen europäischen Nationen durch supranationale Institutionen.

In den besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den USA sah de Gaulle damals eine Gefahr, weshalb er dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern suchte. Seine Distanz zur angloamerikanischen Geostrategie und sein vertrauensvolles Verhältnis zum deutschen Nachkriegskanzler Konrad Adenauer verhinderten eine Wiederholung der Politik Georges Clémenceaus, die das ohnehin schwierige Verhältnis Frankreichs zu Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vergiftet hatte.

Vom Spaltpilz zum Atompilz

Nachdem Paul Craig Roberts Aussage über die Gründungsmotive von EU und Nato nicht zu widerlegen sind, steht er mit der Furcht vor einem dritten Weltkrieg nicht allein. Am gleichen Tag veröffentlichte der kanadische Journalist, Autor und Menschenrechtler Murray Dobbin im monatlich erscheinenden US-Magazin Counterpunch seinen Artikel "Do We Really Want a War With Russia?"

Das ehemalige Vorstandsmitglied des Canadian Centre for Policy Alternatives meint, die Nato habe sich stetig ausgeweitet, indem sie viele ehemalige sowjetische Republiken absorbierte, wie Polen, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland und Rumänien. Es überrascht kaum, daß Rußland diese Expansion als grobe Verletzung seines Vertrauens in den Westen sieht und als militärische Bedrohung - vor allem, wenn man bedenkt, daß die Nato offiziell als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus gegründet wurde.

Konsequenterweise hätte also die Nato 1990 aufgelöst werden müssen. Weiter sieht Dobbin Polen als Schlüssel in dieser gefährlichen Scharade. Meint er damit die ähnliche Situation Polens wie 1938/39, als der Krieg mit Spannungen an der polnischen Westgrenze begann? Im Laufe des Jahres 2016 führte die Nato ausgedehnte Manöver durch - Dobbin verweist auf die Operation Anaconda mit 30.000 westlichen Militärs, der größte militärische Aufmarsch an Rußlands Grenze seit der deutschen Invasion Rußlands im Juni 1941.

Polens Präsident: "Wir bereiten uns auf einen Angriff vor"

Dazu paßt die Drohgebärde des polnischen Präsidenten Andrzej Duda: "Das Ziel der Übung ist klar. Wir bereiten uns auf einen Angriff vor."

Nach Dobbins Kommentar erschien am 25. Juni auf der Plattform des Friedensinstituts von Ron Paul ein Artikel mit identischer Überschrift, verfaßt vom international angesehenen US-Journalisten Eric Margolis.

Er hat an der renommierten School of Foreign Service (SFS), Teil der ältesten römisch-katholischen, von Jesuiten geleiteten Universität in den USA, der Georgetown Universität in Washington D.C., seinen Abschluß gemacht. Diese Schule wurde 1919 vom Jesuitenpater Edmund A. Walsh gegründet, der zeitgleich mit Karl Haushofer Politische Geographie lehrte. Heute gehört auch Madame Albright zum Lehrkörper.

Sie sitzt außerdem im Vorstand des Council on Foreign Relations, des Aspen Institute und des Center for American Progress. 2010 legte sie als Leiterin einer Expertengruppe der Nato ein neues strategisches Konzept vor.

Margolis ermahnt alle heutigen Politiker, Christopher Clarks Meisterwerk "Die Schlafwandler" zu lesen und immer wieder zu lesen. Für Margolis beschreibt Clark "detailliert, wie die kleinen Intrigen (small cabals) antideutscher Offizieller in Frankreich, England und Rußland den Ersten Weltkrieg manipulierten, einen Konflikt, der unnötig, idiotisch und unlogisch war, ... wir sehen heute den gleichen Prozeß am Werk.

Die Kriegsparteien in Washington, unterstützt vom militärisch-industriellen Komplex, die zahmen Medien und die Neokons, alle agitieren sie schwer für den Krieg, ... seit Friedrich dem Großen haben weise europäische Staats- und Regierungschefs gelernt, nicht gegen Rußland zu kämpfen, ... man schaudert bei dem Gedanken, künftig Hillary Clinton als Oberbefehlshaberin zu sehen, ... alles was es jetzt braucht, ist ein Terroranschlag wie in Sarajewo, um einen großen Krieg zwischen den beiden Atommächten zu entfachen."

Was bei Christopher Clark nicht zu lesen ist

Was hätte Margolis wohl geschrieben, wenn ihm weitere Zusammenhänge bekannt gewesen wären, die in Clarks Buch nicht zu finden sind? So unterschlägt Clark die Tätigkeit der Marineabteilung im Committee of Imperial Defense: Die langfristige Vorbereitung einer (völkerrechtswidrigen!) See-Blockade gegen Deutschland, die nachhaltig die deutsche Wirtschaft treffen sollte. Über diese legten zwei Mitglieder der Marineabteilung des CID eindeutig Zeug-

nis ab: Maurice Hankey in "The Supreme Command" und A. C. Bell in "A History of the Blockade of Germany".

In der Marineabteilung wurden seit 1908 derartige Pläne entwickelt, die den 1st Seelord Churchill sehr erfreuten.

Laut dem britischen Marinehistoriker, Marinestrategen und offiziellen Historiker der Royal Navy, Sir Julian Corbett, wurde der Erste Weltkrieg von Lord Hankey und seinen Mitarbeitern innerhalb der britischen Regierung mit "einer geordneten Vollständigkeit im Detail, die keine Parallele in unserer Geschichte hat", geplant.

Bezeichnenderweise sucht man die Autoren Hankey, Bell und Corbett im Index von Christopher Clarks "Schlafwandler" vergebens. Aber auch in den deutschen Publikationen von Winkler, Münkler, Friedrich, Leonhard tauchen sie nicht auf.

Leo Trotzki Analyse zum Ersten Weltkrieg

Ebenso ein weiterer wichtiger Zeitzeuge, dessen historische Analyse für Großbritannien nicht sehr schmeichelhaft ausfällt: Leo Trotzki.

"... die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb. Hätte die englische 'Demokratie' erklärt, daß sie auf seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten.

Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen, Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische 'Demokratie' den Krieg provoziert ..."

"Merchants of death" und die Lehren aus dem Weltkrieg

Es waren also größere Kabale als die "small cabals", die 1914 in den Krieg führten. Letztlich war es ein kleiner Kreis von britischen Politikern, die hinter dem Rücken ihrer ahnungslosen Kollegen agierten: Edward Grey, Richard Haldane, Herbert H. Asquith und nicht zuletzt Winston Churchill. Sie überrumpelten Kabinett und Parlament, während im Hintergrund Lord Milner die Strippen zog. 1934 begann unter dem Vorsitz des Senators Gerald Nye das Senate Munitions Investigating Committee, den Einfluß amerikanischer Banken und Waffenfabrikanten auf den Kriegseintritt im Jahr 1917 zu untersuchen.

Der Ausschuß fand heraus, daß die Waffenindustrie neben Preisabsprachen vor und während des Krieges starken Einfluß auf die US-Außenpolitik genommen hatte. Wegen der immensen Kredite an die Entente hätten die Morgan-Banken bei einer Niederlage der Entente Insolvenz anmelden müssen.

Nach zwei Jahren (93 Anhörungen und 200 Zeugen, darunter J. P. Morgan) kam das Komitee zu dem Ergebnis, daß die USA von den "Kaufleuten des Todes" (Merchants of death), Bankiers und Rüstungsindustriellen, in den Krieg "getrickst" worden seien.

Kommt uns dieses Szenario nicht bekannt vor? Spätestens seit 2008 sind hinter den globalen Unruhen und Konflikten die Interessen einer entfesselten Gier nach Renditen und Ressourcen erkennbar. Wie damals werden Konflikte geschürt, wenn nicht sogar provoziert, um Volkswirtschaften aufzubrechen und Länder abhängig zu machen. Der Imperialismus ist nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs begraben worden.

Der Blick in die jüngste Geschichte zeigt, daß die meisten der heutigen globalen Verwerfungen ihre Wurzeln in der imperialen Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben. Es ging um schonungslose Ausbeutung und Mißachtung anderer Kulturen. Mit dem Frieden von Versailles wurden Kränkungen manifestiert, die sich nicht dauerhaft unterdrücken lassen. So könnte

der hundertste Jahrestag von Versailles Anlaß sein, daß alle Betroffenen den Balken in ihrem Auge erkennen und einen Prozeß der Heilung einleiten - so könnten endlich die 14 Punkte von Wilson nachträglich verwirklicht werden.

Voraussetzung dafür ist allerdings die Auflösung der heutigen imperialen westlichen Strukturen. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der Nato-dominierten EU könnte der Neustrukturierungsprozeß hin zu einer wirklichen Europäischen Gemeinschaft eingeleitet werden, einer europäischen Gemeinschaft, die Rußland einbezieht.

*Wolfgang Effenberger, 1946 geboren, ist Publizist und Buchautor. Seine beiden aktuellen Bücher heißen "Wiederkehr der Hasardeure. Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute" (gemeinsam mit Willy Wimmer), 2014 und "Geo-Imperialismus. Die Zerstörung der Welt", 2016 ...<<

21.11.2016

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 21. November 2016 (x1.000/...): >>**Ewald Stadler: Merkel ist die Gouverneurin des US-Bundesstaates "Germany"**

... Auf seiner letzten Europareise in der vergangenen Woche traf sich der scheidende US-Präsident Barack Obama mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, seiner "wichtigsten Partnerin", wie er sie einst bezeichnete, in Berlin. Dabei würdigte er sie als herausragende Politikerin und sagte u.a. "Wenn ich Deutscher wäre, wäre ich ihr Anhänger".

Während sich Obama als Merkel-Fan outete, bedankte sich die Kanzlerin beim US-Präsidenten für acht Jahre der engen, vertrauensvollen und freundschaftlichen Zusammenarbeit. Diese offensichtlich außergewöhnliche und gute Beziehung zwischen Merkel und Obama, beziehungsweise zwischen Deutschland und den USA, beschäftigte schon vor gut einem Jahr den österreichischen Politiker und ehemaligen EU-Abgeordneten Ewald Stadler.

Nur kam Stadler dabei zu einer etwas anderen Beurteilung, was die Freundschaft zwischen Obama und Merkel betrifft. Daß Stadlers Äußerungen offenbar nicht "mainstreamtauglich" sind, zeigt sich daran, daß die im Anschluß gezeigte Ansprache von Stadler samt seinem damit "verbundenem" YouTube-Konto gesperrt wurde.<<

22.11.2016

Schweiz: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 27 berichtet am 22. November 2016: >>**Angriffe auf die Souveränität der Nationalstaaten**

von Prof. Dr. Ilias Iliopoulos

Strobe Talbott, einflußreicher US-Meinungsmacher und auch Staatssekretär unter Bill Clintons Präsidentschaft, deklarierte Anfang der neunziger Jahre urbi et orbi den kommenden Triumph einer Weltregierung, gesteuert von "einer globalen Autorität", alias Global governance. Am 20. Juli 1992 schrieb er im Time Magazin: "Binnen der nächsten hundert Jahre wird Nationalität, so wie wir sie kennen, obsolet; alle Staaten werden eine einzige, weltweite Autorität anerkennen."

Sollten wir uns über solch eine Entwicklung etwa Sorgen machen? Mitnichten! So die Antwort des mächtigen westlichen Opinion leaders. Denn, wie er erläuterte, im Grunde seien alle Staaten "soziale Konventionen", "Anpassungen an sich wandelnde Verhältnisse"; und er fügte hinzu, "egal wie permanent und sogar sakral" diese zu gegebener Zeit zu sein schienen, eigentlich seien sie alle ja "künstlich und vorübergehend". Eine subtilere Kriegserklärung an die souveränen Nationalstaaten, ja an die nationalen Gemeinschaften und Identitäten, an die Völker überhaupt, hätte man sich kaum vorstellen können.

Der gegenwärtige, seit 1991 begonnene, vor allem aber seit dem epochalen Sündenfall vom 24. März 1999 (seit Beginn des völkerrechtswidrigen und piratenhaften militärischen Überfalls der supranationalen herrschenden Elite gegen Serbien) losgegangene und sich stets verschärfende Krieg der sogenannten neuen Weltordnung gegen die Nationen läuft an drei Fron-

ten ab:

- an der politischen Front: siehe den Frontalangriff gegen das Grundprinzip der nationalen Souveränität, welches, geschichtlich betrachtet, eine großartige Leistung der europäischen - ja, menschlichen - Zivilisation ist, Symbol, zugleich aber auch Geburtsort von Freiheit, Demokratie und Sozialstaat; und welches heute noch der Sicherheitsgürtel aller Nationen angesichts der Bedrohung seitens des post-nationalen, planetarischen Imperialismus bleibt;

- an der ökonomischen Front: Stichwort Globalisierung, die eigentlich eine Neuausgabe des internationalisierten Kapitalismus des Vorabends des Ersten Weltkrieges darstellt, diesmal in der Erscheinungsform eines post-fordistischen Kasino-Kapitalismus bzw. Raubtier-Kapitalismus oder Turbo-Kapitalismus, wie ihn die ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder bezeichneten;

- an der kulturellen beziehungsweise ideologischen Front: siehe die andauernde, systematische De-Konstruktion, ja Gleichschaltung von natur- und geschichtsgewachsenen gemeinschaftlichen Werten und Traditionen, geo- und ethnokulturellen Identitäten, gemeinsamen Erinnerungen, nationalen Sprachen, Symbolen und Ritualen sowie den von der supranationalen Elite unternommenen Versuch, allen Völkern die Normen und Verhaltensmuster der sogenannten Global governance aufzuoktroieren.

Offensichtlich ist der letzte Begriff bloß eine modische sophistische Wortkonstruktion orwellischen Stils für den post- und supranationalen globalen Totalitarismus. ...<<

27.11.2016

Schweiz: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. November 2016: >>...

Volksabstimmung Schweizer wollen Atomkraftwerke nicht schnell abschalten

Die fünf Atomkraftwerke in der Schweiz werden nicht vorzeitig vom Netz genommen: In einer Volksabstimmung hat eine überraschend große Mehrheit der Eidgenossen eine entsprechende Initiative abgelehnt.

Schon am frühen Nachmittag war in der Schweiz klar, was sich seit dem Vormittag immer mehr abgezeichnet hatte: Die fünf Atomkraftwerke des Alpenlandes werden nicht vorzeitig stillgelegt. In einer Volksabstimmung lehnte eine überraschend große Mehrheit von 54,2 Prozent eine Initiative der Grünen Partei (GPS) ab, die einen sofortigen "geordneten Ausstieg aus der Atomenergie" vorgesehen hatte. Für die Atomausstiegsinitiative votierten 45,8 Prozent der Eidgenossen.

Danach hätte die Laufzeit aller fünf Atomkraftwerke des Landes auf 45 Jahre beschränkt werden sollen. Bis spätestens 2029 hätten alle AKWs damit vom Netz müssen. Für drei der ältesten Atomkraftwerke der Welt - darunter zwei in unmittelbarer Nähe zu Baden-Württemberg - wäre schon im nächsten Jahr das Aus gekommen. Doch schon in ersten Hochrechnungen bekam die Initiative nur 45 Prozent der Stimmen, 55 Prozent stimmten dagegen. Auch war schon früh klar, daß die Mehrheit der Kantone die Pläne abgelehnt hatte. Damit scheitert die Ausstiegsinitiative schon allein am "Ständemehr".

Die 1969 sowie 1971 fertiggestellten AKW Beznau 1 und Beznau 2 liegen weniger als zehn Kilometer Luftlinie von der Südgrenze Deutschlands entfernt. Auch das Atomkraftwerk Mühleberg in der Nähe von Bern hätte 2017 vom Netz genommen werden müssen, die zwei weiteren Schweizer AKW bis spätestens 2029. Beznau 1 war der erste Atommeiler der Schweiz und ist das älteste noch in Betrieb befindliche Kernkraftwerk der Welt.

Ausstieg generell beschlossen, aber nicht, wie

Daß sich nach Deutschland auch die Schweiz über kurz oder lang vom Atomstrom verabschieden wird, ist seit der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 grundsätzlich klar. Auch die Schweizer Regierung beschloß damals den Ausstieg - nur wann und wie, wurde nicht geklärt. Nach dem gescheiterten Referendum vom Sonntag wird diese Frage die Schweizer Politik nun weiter beschäftigen.

Vor dem Referendum hatten Umfragen eigentlich leichte Vorteile für die Befürworter der Ausstiegsinitiative gesehen - das hat sich jetzt als Irrtum erwiesen.

Die Befürworter des Referendums weisen auf das hohe Alter der Schweizer Reaktoren und das Risiko von Atomunfällen hin. Ein geordneter Ausstieg würde den Anbietern von erneuerbaren Energien helfen, argumentieren sie. Die Regierung warnt, daß ein vorschneller Ausstieg Importe ausländischen Atom- und Kohlestroms notwendig machen würde. Zudem fürchtet Bern Entschädigungsforderungen der AKW-Betreiber.

In den Umfragen hatte sich zuletzt ein leichter Vorteil für die Abschaltungsbefürworter an. In einer Erhebung vom 16. November gaben 33 Prozent der Befragten an, für die Ausstiegs-Initiative zu sein, 32 Prozent waren dagegen. Der Rest der Befragten hatte sich noch keine eindeutige Meinung gebildet - an diesem Sonntag, in der Wahlkabine, haben sich offenkundig viele in letzter Minute gegen einen schnellen Atomausstieg entschieden.<<

29.11.2016

BRD: Die Tageszeitung "junge Welt" berichtet am 29. November 2016: >>BGH bestätigt Beihilfe zu KZ-Morden

"Spät, aber nicht zu spät": Schuldspruch gegen früheren SS-Mann rechtskräftig

Im Fall des früheren SS-Manns Oskar Gröning hat der Bundesgerichtshof (BGH) erstmals eine Verurteilung wegen Beihilfe zum massenhaften Mord im Vernichtungslager Auschwitz höchstrichterlich bestätigt. Der Schuldspruch gegen den 95jährigen sei rechtskräftig, sagte Grönings Verteidiger Hans Holtermann am Montag in Karlsruhe.

Gröning war im Juli 2015 in einem der letzten Auschwitz-Prozesse vom Landgericht Lüneburg zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Er hatte eingeräumt, das Geld der verschleppten Juden verwaltet und die Ankunft der Transporte mit beaufsichtigt zu haben. Das Gericht wertete das als Beitrag zum Funktionieren der Tötungsmaschinerie. Damit wurde Gröning sieben Jahrzehnte nach dem Holocaust wegen Beihilfe zum Mord in 300.000 Fällen verurteilt. Revision dagegen eingelegt hatten Gröning selbst sowie mehrere Nebenkläger.

Mit dem Karlsruher Beschluß ist dieses Urteil laut Holtermann rechtskräftig. Damit wäre der Weg frei, um weiteren Handlangern des Naziregimes den Prozeß zu machen. Ob Gröning ins Gefängnis muß, hängt von seiner Gesundheit ab. Jahrzehntelang wurden am Holocaust Beteiligte nicht zur Verantwortung gezogen, weil sie zwar Rad im Getriebe waren, aber nicht selbst getötet hatten. Eine Wende leitete erst das Münchner Urteil gegen den früheren Sobibor-Aufseher John Demjanjuk 2011 ein.

Mehrere Dutzend Nebenkläger haben die Bestätigung des Schuldspruchs begrüßt. Es handele sich um eine "wichtige Korrektur der früheren Rechtsprechung". Die drei Nebenklägervertreter Thomas Walther, Cornelius Nestler und Manuel Mayer erklärten am Montag: "Spät, aber nicht zu spät" habe sich die Auffassung durchgesetzt: "Auschwitz war ein Ort, an dem man nicht mitmachen durfte."

Damit werde nun endlich anerkannt, daß auch die "funktionelle Beihilfe" von SS-Leuten im Lager, etwa durch Wachdienst bei der Ankunft der Transporte, Beihilfe zum Massenmord sei. Efraim Zuroff, Leiter des Wiesenthal-Zentrums in Jerusalem, forderte Deutschland am Montag dazu auf, weiter Naziverbrecher zur Rechenschaft zu ziehen.<<

10.12.2016

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 10. Dezember 2016 (x1.000/...): >>Pearl Harbor - wie Kriege "anno dazumal" und heute provoziert werden

... Vor 75 Jahren, am 7. Dezember 1941, erfolgte der japanische Angriff auf die Pazifikflotte der USA in Pearl Harbor. US-Präsident Franklin D. Roosevelt sprach von diesem Tag als "Tag der Schande". Aufgrund dieses Angriffs, an dem 2.403 Menschen ihr Leben verloren, erklärte die USA am 8. Dezember 1941 Japan den Krieg.

Nur wenige Tage später, am 11. Dezember, erfolgte die Kriegserklärung von Deutschland und Italien an die USA. Der Kriegseintritt der USA stellte einen Wendepunkt im 2. Weltkrieg dar und führte am 7. Mai 1945 zur Kapitulation Deutschlands und am 2. September 1945 zur Kapitulation Japans. In ähnlicher Weise führte bereits im 1. Weltkrieg die Versenkung des britischen Kreuzfahrtschiffs "Lusitania" durch ein deutsches U-Boot den Kriegseintritt der USA herbei.

Die Umstände, die zum Kriegseintritt der USA in beide Weltkriege führten, haben auch heute noch eine eminente Bedeutung, markierten sie doch den Aufstieg der USA zur Weltmacht. In diesem Zusammenhang sei an den amerikanischen Philosophen, Schriftsteller und Literaturkritiker George Santayana erinnert, der sagte: "Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt/verurteilt, sie zu wiederholen."

Deshalb hat Kla.tv den 75'ten Jahrestag von Pearl Harbor zum Anlaß genommen, den Kriegseintritt der USA in den 1. und 2. Weltkrieg näher zu beleuchten. Sehen Sie nun eine kurze Dokumentation einer Gegendarstellung zu dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor: <https://www.youtube.com/watch?v=GgmLxQuPcNw> ...

Das nächste Werkzeug zu mehr Kontrolle und Profiten ist Krieg.

Seit der Einführung der Federal Reserve Bank im Jahr 1913 wurden mehrere große und kleine Kriege begonnen. Die bedeutsamsten waren der Erste Weltkrieg, der Zweite Weltkrieg und Vietnam.

Erster Weltkrieg: Im Jahr 1914 brachen europäische Kriege vor allem zwischen England und Deutschland aus. Die amerikanische Bevölkerung wollte mit dem Krieg nichts zu tun haben. Dementsprechend verkündigte Woodrow Wilson öffentlich die amerikanische Neutralität.

Allerdings war die US-Administration verdeckt auf der Suche nach irgendeinem Grund, in den Krieg eintreten zu können. In einer bekannten Feststellung von Außenminister William Jennings Bryan liest man: "Die großen Banken waren, wegen der weitläufigen Möglichkeiten große Gewinne zu machen, besonders am Weltkrieg interessiert." Es ist wichtig zu verstehen, daß das Lukrativste, das den internationalen Bankiers passieren kann, Krieg ist, denn er zwingt das Land dazu, noch mehr Geld von den Banken gegen Zinszahlung zu leihen.

Woodrow Wilsons Chefberater und Mentor war Colonel Edward House, ein Mann mit engen Verbindungen zu den internationalen Bankiers, die in den Krieg eintreten wollten. In einer belegten Konversation zwischen Colonel House, Wilsons Berater, und Sir Edward Grey, Außenminister Englands, wie man Amerika in den Krieg involvieren könne, fragte Grey: "Was werden die Amerikaner tun, wenn die Deutschen ein Kreuzfahrtschiff mit amerikanischen Passagieren an Bord versenken?" House antwortete: "Ich denke, daß eine Welle der Empörung durch die Vereinigten Staaten fegen würde und das alleine sollte bereits ausreichen uns in den Krieg zu bringen."

Also wurde ein Schiff namens Lusitania am 7. Mai 1915, quasi aufgrund des Vorschlags von Grey, absichtlich in Gewässer geschickt, von denen man wußte, daß sich dort deutsche Kriegsschiffe befinden würden. Und wie erwartet torpedierte ein deutsches U-Boot das Schiff, was zu einer Explosion von Munition und letztlich zum Tod von 1.200 Menschen geführt hat. Um noch besser zu verstehen, wie abgekartet dieses Spiel war:

Die deutsche Botschaft hatte tatsächlich Anzeigen in der New York Times geschaltet, um den Leuten zu sagen, daß, wenn sie an Bord der Lusitania gehen, sie selbst das Risiko dafür tragen müssen, da ein Schiff, das in Kriegszeiten unter englischer Flagge, von Amerika nach England fährt, zerstört werden müßte. Wie erwartet löste das Versenken der Lusitania in der amerikanischen Bevölkerung eine Welle der Empörung aus und kurze Zeit später trat Amerika in den Krieg ein.

Der Erste Weltkrieg verursachte 323.000 amerikanische Tote. J. D. Rockefeller zog daraus 200 Mio. Dollar Profit, war heute etwa 1,9 Mrd. Dollar wären. Nicht zu vergessen die 30 Mrd.

Dollar Kriegskosten, die den USA entstanden, wovon das meiste von der Federal Reserve Bank gegen Zinsen geliehen wurde, was die Profite der internationalen Bankiers weiter erhöhte.

Zweiter Weltkrieg: Am 7. Dezember 1941 griff Japan die amerikanische Flotte bei Pearl Harbor an, was der Auslöser für den amerikanischen Kriegseintritt in diesen Krieg war. Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte: "Es wird als ein Tag der Schande in die Geschichte eingehen." Es war wirklich ein Tag der Schande, aber nicht aufgrund des angeblichen Überraschungsangriffs auf Pearl Harbor.

Nach 60 Jahren und immer weiteren Informationen ist klar, daß der Angriff auf Pearl Harbor nicht nur Wochen im Voraus bekannt war, sondern vielmehr gänzlich gewollt und provoziert. Roosevelt, dessen Familie seit dem 18. Jahrhundert Wallstreet-Banker waren, dessen Onkel Frederic Teil des ersten Federal Reserve-Vorstands war, war dem Anliegen der internationalen Bankiers sehr zugetan. Und dieses Anliegen war, in den Krieg einzuziehen. Denn wie wir gesehen haben, ist für die internationalen Bankiers nichts profitabler als ein Krieg.

Ein Tagebucheintrag von Roosevelts Kriegsminister Henry Stimson vom 25. November 1941 dokumentiert eine Konversation zwischen ihm und Roosevelt: "Die Frage war, wie wir sie dazu bewegen konnten, den ersten Schuß abzugeben. Es war anzustreben, daß die Japaner dies zuerst tun würden, sodaß kein Zweifel darüber aufkommen kann, wer die Aggressoren waren."

In den Monaten vor Pearl Harbor hatte Roosevelt fast alles getan, um die Japaner durch seine aggressive Haltung zu verärgern. Er stoppte alle amerikanischen Ölexporte nach Japan, er forderte alle japanischen Besitztümer in den USA ein, er stellte dem nationalistischen China öffentlich Kredite und den Briten militärische Hilfe zur Verfügung.

Beides waren japanische Feinde im Zweiten Weltkrieg, was - nebenbei bemerkt - internationales Kriegsrecht verletzt. Am 4. Dezember, drei Tage vor dem Angriff, berichtete der australische Nachrichtendienst Roosevelt, daß eine japanische Kampfgruppe Richtung Pearl Harbor unterwegs war. Roosevelt ignorierte den Bericht. Und wie es erhofft und erlaubt worden war, attackierte Japan Pearl Harbor am 7. Dezember 1941, wobei 2.400 Soldaten ihr Leben verloren.

Vor Pearl Harbor wollten 83 % der amerikanischen Bevölkerung nichts mit dem Krieg zu tun haben, nach Pearl Harbor meldeten sich eine Millionen Männer freiwillig für den Kriegsdienst.

Doch noch hat sich Rußland nicht provozieren lassen und noch ist es nicht zu spät, eine Eskalation zu verhindern. Es gilt die wahren Kriegstreiber zu entlarven - deren Provokationen, Kriegstreibereien, Kriegsvorbereitungen und Kriegslügen. Nur so kann eine weiteres "Pearl Harbor" verhindert werden. ...<<

15.12.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Dezember 2016: >>4,7 Millionen Muslime

Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime hat sich von 2011 bis 2015 um rund 1,2 Millionen erhöht. Damit lebten mit Stichtag 31. Dezember 2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslime in Deutschland, teilte das Bundesinnenministerium mit. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt demnach zwischen 5,4 und 5,7 Prozent. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 15. Dezember 2016: >>Blutiger Protest vor dem Landtag

Tierhalter demonstrieren gegen den Wolf - mit Kadavern gerissener Tiere

Mit echten Tierkadavern - Schafen, Ziegen und einem Galloway-Kalb - protestierten Weidetierhalter auf dem Weihnachtsmarkt an der Marktkirche gegen den Wolf. Sie forderten eine härtere Gangart gegenüber Wölfen, bis hin zum Abschluß. Gleichzeitig tagte der Landtag und

versprach den Tierhaltern unbürokratische Hilfe.

"Oh Gott." Die Besucherin des Weihnachtsmarkts an der Marktkirche in Hannover hat nur schauen wollen, warum neben den Holzbuden so ein Auflauf ist, doch schnell wendet sie sich wieder ab: Auf dem Pflaster liegen die Kadaver von Schafen, Ziegen und einem Galloway-Kalb, die in den letzten Tagen auf Weiden in Niedersachsen von Wölfen gerissen wurden. ... Mit der Protestaktion zwischen Landtag und Marktkirche forderten Halter von Weidetieren eine härtere Gangart gegenüber dem Wolf.

Zu den Tierhaltern, die vor dem Landtag ihrem Unmut Luft machen, gehört auch Marc Jacholke. Der 27-Jährige aus Uelzen hat 100 Mutterkühe, dazu 25 Pferde, zusätzlich vermietet er Boxen für Gastpferde. Und von denen seien die ersten bereits abgezogen worden - aus Angst, sie könnten Opfer des großen Beutegreifers werden.

"Der Wolf steht jede zweite Woche nachts an meinen Zäunen und guckt", sagt Jacholke. Einen Riß habe er noch nicht zu beklagen gehabt, aber es seien schon Pferde in Panik geflohen und fast auf die nächste Bundesstraße gerannt. Er wolle nicht für einen Unfall verantwortlich sein, sagt Jacholke. Und er wisse nicht, wie lange er mit dem Wolf in der Nachbarschaft weitermachen könne: "Das ist meine Zukunft, die da baden geht."

Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) zeigte sich verständnisvoll. Die eigenen Tiere getötet und zerfetzt vorzufinden sei "eine sehr belastende Situation", sagte der Minister im Landtag, wo gestern zeitgleich zum Protest draußen über das Thema diskutiert wurde. Und Wenzel kündigte an, den Weidehaltern schneller helfen zu wollen:

So soll das Meldesystem verändert werden, damit das Wolfsbüro schneller von Rissen erfährt. Außerdem sollen betroffene Halter rascher als bisher Hilfe bekommen. "Das kann die Bereitstellung von Zaunmaterial sein, das kann tatkräftige Unterstützung sein, das kann gegebenenfalls auch die temporäre Unterstützung mit Herdenschutzhunden und erfahrenen Hirten sein", sagt Wenzel. Über 100 Jahre habe es keinen Wolf in Niedersachsen gegeben - das Zusammenleben müsse neu erlernt werden, so der Minister.

Den Schäfern vor der Tür des Landtags klingt das nach Beschwichtigung. "Das reicht auf gar keinen Fall", sagt Mutterkuhhalter Rudolph Michaelis zu den neuen Maßnahmen. Es gebe mindestens ein Rudel in der Heide, das sich auf Nutztiere spezialisiert habe - das müsse geschossen werden. Wenn man den Herdenschutz nicht weiter gegen Angriffe eines Problemwolfs verbessern könne, dann sei "auch eine Entnahme des Individuums denkbar".

Lieber Wild- statt Haustier

Erste Erfolge: Herdenschutzmaßnahmen wie E-Zäune, Hunde oder auch Esel in der Herde zeigen laut Umweltministerium Wirkung gegen Wölfe: Obwohl die Zahl der Wölfe im Jahr 2015 angestiegen ist, hat sich die Zahl der Risse im Wesentlichen auf dem gleichen Niveau gehalten.

Zudem habe die genaue Untersuchung von Exkrementen der Raubtiere ergeben, daß Wölfe sich lediglich zu 0,8 Prozent von Nutztieren ernähren, den übergroßen Teil ihrer Nahrung also aus der Wildnis holten, betont Umweltminister Stefan Wenzel.<<

2016

BRD: Die deutsche Publizistin Inge M. Thürkauf berichtet im Jahre 2016 über die Neue Weltordnung (x939/...): >>**Die christliche Botschaft in den Fängen der Neuen Weltordnung**

Die **Neue Weltordnung** ist ein Begriff, der mit Beharrlichkeit als "Verschwörungstheorie" zur Seite geschoben wird, obwohl führende Politiker immer öfter in ihren Reden Formulierungen wie "die eine Weltregierung", "Globalisierung" oder "global governance" einflechten lassen - nicht selten in Zusammenhang mit der Agenda zur Dezimierung der Macht souveräner Staaten und der **Einen-Welt-Religion**. Die Neue Weltordnung ist mit Sicherheit keine Verschwörungstheorie, sondern das politisch korrekte Zukunftsprogramm der zurzeit mäch-

tigste Organisation der Welt: der **UNO** mit ihren übergeordneten Ratgebern.

Der britische Historiker Anthony Sutton wird deutlich, wenn er schreibt: "Die Gesellschaft soll verändert werden, die Welt soll verändert werden, um eine Neue Weltordnung hervorzu- bringen. Dies wird eine geplante Ordnung sein, mit einer strikten Einschränkung der indivi- duellen Freiheit, ohne verfassungsmäßigen Schutz (constitutional protection), ohne nationale Grenzen oder kulturelle Unterschiede." Er spricht hier also in aller Offenheit vom Anachro- nismus nationaler Grenzen und kultureller Mannigfaltigkeit, und zwar global.

Erste Anzeichen einer fortschreitenden Veränderung der Gesellschaft **war das Programm der New Age Bewegung**, die Menschen und Völker zu einer universalen kommenden Welt- gemeinschaft aus allen Rassen, Kulturen, Religionen und Ideologien zusammenführen sollte. Zur Entkernung christlich-abendländischer Werte gab es Angebote, Praktiken und Methoden, die darauf abzielten, die herkömmlichen Denkweisen der Menschen umzuformen. Es waren nicht nur die verschiedenen Bausteine im Zeichen des Wassermanns, wie Esoterik, Magie, Okkultismus, Selbsterlösung, östliche Philosophie, Geistheilung, etc., die die Grundrezepte lieferten, sich vom abendländischen Denken loszusagen.

Das neue Zeitgeistgefühl brach sich auch Bahn mit neuen durch Werbung und Medien indoktrinierte Gebräuche und Handlungen, denen die Gesellschaft Jahrzehnte hindurch frei- willig und mit Eifer gefolgt ist. Weltweit werden Jeans getragen, von Männern wie von Frau- en. Kaugummi, Coca Cola, McDonalds sind kaum mehr wegzudenken, wir grüßen von Hammerfest bis Sizilien im gleichen Sing-Sang-Ton mit Tschüüü, machen Lärm à la Hard Rock oder Heavy Metal und nennen es Musik.

Die Anglizismen in unserer Sprache werden zu Zeichen unseres post-modernen Fortschritts, wir mailen die news, wir suchen einen Job etc. Die Faszination der Filme à la Hollywood sowie das Fernsehen mit seinen ungezählten Kanälen haben das Denken und Fühlen einiger Generationen von Kindesbeinen an besetzt.

Dies alles waren Vorboten der Neuen Weltordnung, die wir ohne große Überlegungen über- nommen und zum Teil verzückt verteidigt haben: es ist doch "in", und "man" denkt eben heu- te so, denn die Zeiten haben sich geändert.

Können wir uns der Sogwirkung dieser alles gleichschaltenden, kulturauflösenden und sich am Banalen ergötzenden Scheinwelt überhaupt noch entziehen? Für eine Welt ohne Grenzen sind diese neuen Wertvorstellungen notwendige Gradmesser und vor allem im Interesse der Globalisierer, die sich mit ihren Plänen kaum mehr zurückhalten. Sie enttarnen sich selbst.

Am 14.5.1947 verriet Winston Churchill in einer Rede in London einige angloamerika- nische Ziele in Bezug auf die Zukunft Europas: "Wir geben uns natürlich nicht der Täu- schung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. **Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben.**

Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifel- haft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. **Die Vereinigung Euro- pas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles."**

"Frieden" auf Erden Dank der Neuen Weltordnung

Der Gedanke einer neuen Weltordnung ist für amerikanische Präsidenten ein alter Traum. **George H. W. Bush erklärte am 11. September 1990** (auf den Tag genau elf Jahre vor dem magischen Datum 9/11) vor dem amerikanischen Kongreß: "**Wir haben vor uns die Mög- lichkeit, für uns selbst und für die zukünftige Generation eine Neue Weltordnung zu schaffen.** ... Eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UNO ihre friedenserhaltende Rolle an- wenden kann, **um das Versprechen und die Vision der UN-Gründer zu erfüllen."**

Dabei wird der Schwerpunkt bei der Etablierung der Neuen Weltordnung auf die Sicherung des Weltfriedens gelegt. Bei seiner jährlichen "State of the Union-Ansprache" im Februar 1991 entfaltete Vater Bush seine Vision: "Es ist eine großartige Idee: eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen in gemeinsamer Sache zueinander gezogen werden, um die universellen Bestrebungen der Menschheit, Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzesordnung zu verwirklichen. ...Nur die Vereinigten Staaten haben beides: das moralische Stehvermögen und die Mittel, sie zu unterstützen."

Während er dies verkündete, war der zweite Golfkrieg in vollem Gange.

Auch Woodrow Wilson, Präsident von 1913-1921, strebte eine globale Ordnung unter der Führung Amerikas an, um den Frieden in der Welt zu sichern. Der Erste Weltkrieg hat diesen Friedensplan verhindert. Ebenso brachten die Bemühungen Franklin D. Roosevelts (1882-1945), den globalen Frieden mit Hilfe Amerikas zu errichten, durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, in den Amerika eingetreten ist, offensichtlich nicht das gewünschte Resultat.

Atome für den Frieden

Ein Ereignis aus der Biographie meines Mannes beschreibt anschaulich und aufschlußreich die globalen Friedensziele Amerikas. In den 1950er Jahren propagierte der damalige Präsident General Eisenhower ein weltweites Projekt mit dem Schlagwort: "Atome für den Frieden". Alle Länder der Erde sollen in den Genuß von Atomenergie gelangen. Verfügten erst sämtliche Regierungen über genügend Energie, würden Kriege damit ausgeschaltet werden. Was für den Bau der Atomkraftwerke noch fehlte, war das schwere Wasser.

Unter der Leitung meines Mannes wurde am physikalisch-chemischen Institut der Universität Basel eine Anlage gebaut und betrieben, mit der es gelang, das schwere Sauerstoffisotop 18 auf eine Konzentration anzureichern, die damals in der ganzen Welt nirgends zur Verfügung stand. 1959 beauftragte ihn eine Schweizer Firma, in Frankreich im Atomreaktorzentrum Saclay bei Paris den Bau einer Anlage zur Herstellung von schwerem Wasser zu leiten. Die Franzosen waren bereit, eine solche Anlage in großem Stil zu bauen.

Ende 1959 wurde sie fertiggestellt, und einige Monate später, im Februar 1960, zündeten die Franzosen in der damals noch französischen Sahara eine Plutoniumbombe, denn das schwere Wasser benötigt man nicht nur für Atomkraftwerke, sondern auch für Plutoniumbomben. Es ist unwahrscheinlich, daß Amerikas Regierung nichts von dieser weit sichtbaren Explosion wußte.

Soviel zu "Atome für den Frieden". Bei den amerikanischen Friedensbemühungen scheint immer wieder etwas vehement schiefzulaufen.

Die Wurzeln der Neuen Weltordnung

Die Wurzeln der NWO sind beim Aufkommen des neuen Finanzsystems und der Industrialisierung zu suchen. **Abraham Lincoln hat vor einer despotischen Machtergreifung aufgrund der Usurpation des Geldsystems gewarnt:** "Ich sehe in naher Zukunft eine Krise heraufziehen. ... In Friedenszeiten schlägt die Geldmacht Beute aus der Nation und in Zeiten der Feindseligkeiten konspiriert sie gegen sie. Sie ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Autokratie, selbstüchtiger als eine Bürokratie. Sie verleumdet all jene als Volksfeinde, die ihre Methoden in Frage stellen und Licht auf ihre Verbrechen werfen. ...

Die Geldmacht des Landes wird danach streben ihre Herrschaft zu verlängern, indem sie die Vorurteile des Volkes ausspielt, bis der Reichtum in den Händen von wenigen angehäuft und die Republik vernichtet ist."

Es gibt zwei amerikanische Präsidenten, die es wagten, sich gegen das Geldsystem aufzulehnen: Abraham Lincoln und John F. Kennedy, beide wurden ermordet.

An der Wiege der NWO steht folglich das moderne Geldsystem, die Banken und die Kontrolle über die Zentralbanken, sowie die ganze Zinsproblematik. Der Tenor der neuen Führer lautet: Wir brauchen weder Nationen, noch Regierungen, noch Grenzen, weder nationale

noch territoriale Sonderinteressen, keine natürlich gewachsenen kulturellen, religiösen und sittlichen Wertvorstellungen. **Auch ist es gleichgültig, welche Marionette amerikanischer Präsident oder deutscher Bundeskanzler(in) spielt.** Was wir benötigen, ist ein weltweites Geldeinheitssystem, das automatisch Macht über die Völker und Nationen übernimmt, die letztendlich auch keine Rolle mehr spielen werden.

Nathan Mayer Rothschild, Sohn des Gründers der Rothschild-Dynastie, Mayer Amschel Rothschild, fand zu diesem Thema drastisch deutliche Worte: "**Ich kümmere mich nicht darum, welche Puppe auf den Thron von England gesetzt wird**, um dieses Empire zu regieren, auf dem die Sonne niemals untergeht. Der Mann, der die britische Geldversorgung kontrolliert, kontrolliert das British Empire, und die britische Geldversorgung kontrolliere ich!"

Außer des Geldsystems der Rothschilds und Rockefellers steht am Beginn der Globalisierung die Industrialisierung. Eine Beschreibung der modernen Industriegesellschaft, die deutlich macht, daß Globalisierung, Industrialisierung und das moderne Geldsystem ein natürlicher Feind von Religion, Nation und Kultur ist, finden wir im Kommunistischen Manifest. Dort wird gefordert, daß die Welt nicht von den Proletariern aller Länder, sondern von der Geld- und Industriemacht beherrscht werden soll. Auch hier wird die Behauptung aufgestellt, daß allein diese Konstellation der Garant wäre für den Frieden in der Welt.

Das Imperium der US-amerikanischen Macht sieht eine globale Strategie vor: die Welt muß zu einem einzigen grenzenlosen Markt umgewandelt werden, in dem alle Kulturen, Religionen, Sprachen, Sitten und Gebräuche gleichgeschaltet werden sollen.

Das 20. Jahrhundert ist voll von Ideen von einem Welteinheitsstaat. Graf **Coudenhove-Kalergi**, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, nannte in seinem Buch "Praktischer Idealismus" als Kenner der Szene hinter den Kulissen die **Demokratie "eine Fassade der Plutokratie" (Herrschaft des Geldes)**. Staatsmänner in republikanischen wie in monarchischen Demokratien seien Marionetten, während die Kapitalisten die Drahtzieher sind, die die Richtlinien der Politik diktieren und durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, in geschäftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen die Minister beherrschen.

Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Dazu ein Wort eines unbekanntenen Propheten, das die heutige Situation treffend beschreibt: "Wer in der Demokratie schläft, erwacht in einer Diktatur."

Versetzen wir uns nun in die Zeit der 1940er Jahre.

The City of Man

Gegen Ende des Jahres **1940** erschien in den USA und in Kanada ein schmales Bändchen von 113 Seiten mit dem Titel: "**The City of Man. A Declaration on World Democracy - Die Stadt des Menschen. Eine Erklärung zur Weltdemokratie**". Es handelte sich dabei um ein Grundsatzprogramm für den **Welteinheitsstaat** oder die **Weltdemokratie** mit der dazugehörigen **Weltreligion**, auch hier ging es um nichts Geringeres als um die Etablierung des Friedens. Das Bändchen fand rasche Verbreitung und wurde an alle größeren Bibliotheken in den USA, Kanada, aber auch in Europa verteilt.

Offensichtlich war man daran interessiert, die "Stadt des Menschen" in großem Stil bekannt zu machen. Doch plötzlich war die Schrift nirgend mehr erhältlich, offiziell bis heute nicht und in den Bibliotheken hieß es: der Titel sei unauffindbar. Was war der Anlaß für dieses eigenartige Vorgehen? Es ist zu vermuten, daß die Globalisierer beim Ausbruch des II. Weltkrieges den lange erhofften Zeitpunkt zur Gründung des geplanten Weltstaates sahen.

Vielleicht waren es die militärischen Anfangserfolge der Nazi, die zum Rückzug der Propaganda für den einen Weltstaat bliesen. Die Tatsache aber, daß von dieser Schrift nach kurzer Zeit nirgends ein einziges Exemplar mehr aufzutreiben war, weist darauf hin, daß hinter die-

ser Publikation eine mächtige Organisation gestanden haben muß, um ein fast weltweit wirksames Ausleihe- und Verkaufsverbot bis heute zu befehlen.

Worum handelt sich nun bei diesem Werk **The City of Man**? Es ist mehr oder weniger das vollständige Programm zur Verwirklichung einer endgültigen **Vernichtung aller Nationalstaaten**, in erster Linie aber der **Vernichtung der Religion**, unter dem hehren Vorwand ewigen "Frieden auf Erden" schaffen zu wollen.

Der Plan enthält fünf Punkte:

1. Es soll ein erdumspannender einziger Staat entstehen.
2. Dadurch werden künftige Kriege ausgeschaltet. Einzige Herrschaftsform ist die Demokratie.
3. Die Demokratie muß zugleich die alleinige und allgemeine Weltreligion werden, die Religion des Humanismus.
4. Alle derzeit noch bestehenden verschiedenen Religionen müssen in diese humanistische Religion integriert werden. Religionen aber, die sich nicht integrieren lassen, weil sie allzu starr auf einem wortwörtlichen Verständnis ihrer Dogmen beharren, werden ausgemerzt, weil sie die Demokratie und damit den Menschen selber bedrohen.

Erinnert sei an Alice Bailey, die "Hohepriesterin" von New Age, der Bewegung des Neuen Zeitalters, das ja bekanntlich einen Messias erwartet, der sich "Maitreya" nennt und Herrscher einer neuen Weltreligion sein wird. Die New Ager haben jenen, die nicht zur Zusammenarbeit mit Maitreya und der neuen Weltreligion bereit sind, Gewalt, sogar Säuberungsaktionen und Vernichtung angedroht. Diejenigen, "die falsche Lehren über den Christus verbreiten" (z.B. gläubige Christen), würden in Zukunft verschwinden, sie werden "aus der physischen Verkörperung befreit und in eine andere Dimension außerhalb jeder physischen Inkarnation gesandt" werden. Mit anderen Worten, sie würden umgebracht.

5. der Welt-Humanismus kann nur mittels einer Ausdehnung des Amerikanismus auf alle übrigen Länder der Erde durchgesetzt werde. Die Errichtung des Weltstaats muß daher von den Verneigten Staaten ihren Ausgang nehmen.

Am Schluß der Erklärung setzen die Verfasser den von ihnen angezielten Welt-Humanismus dem Amerikanismus gleich und betonen damit die Führungsrolle der Vereinigten Staaten bei der Errichtung des Welteinheitsstaates, denn **Globalisierung, so Henry Kissinger, ist nur ein anderes Wort für US-Herrschaft**. Mit einem Aufruf an die amerikanische Nation, vor allem an die amerikanische Jugend und an alle Europäer, sich für die Erneuerung der Welt entschlossen einzusetzen, endet das Dokument The City of Man.

Krieg um des Friedens willen?

Gehen wir nun einmal der Frage nach, was hinter der so auffällig zur Schau getragenen Liebe zum Frieden steckt, denn dies ist letztlich der zentrale Punkt in der Propaganda um die Neue Weltordnung. Die Verfasser von **The City of Man** sagen es an einer Stelle sehr offen: "Sinn und Ziel des menschlichen Lebens, des individuellen wie des kollektiven, ist Fortschritt und Wachstum in Verstand und Tat, und Friede, allgemeiner Friede, ist die Vorbedingung für Fortschritt und Wachstum."

Hier wird der reine Humanismus zum letzten Sinn und Ziel erklärt, der Friede hingegen zur bloßen, wenngleich notwendigen, Vorbedingung. **Friede ist also nicht das letzte Ziel, weil alle Staaten sich dem Gesetz des Weltstaates unterwerfen müssen**, "wenn es in der Welt von morgen Frieden geben soll."

Also zuerst Unterwerfung, dann erst kann Friede sein. Unterwerfung kann aber möglicherweise nur durch Krieg geschehen. Hier zitieren die Herausgeber von **City of Man** Präsident Woodrow Wilson, der damit den Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg begründet hatte:

"Ungeachtet der (wohlverdienten) Fehlschläge dieser letzten Jahrzehnte wird ein Krieg, um

den Krieg zu beenden, erneut das Los unserer Generation sein - und der unsrigen allein, falls sie sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigt - oder anderer, die noch kommen werden, bis der Totalitarismus des Todes oder die Universalität des Friedens auf der Erde errichtet ist".

Mit anderen Worten: wenn die Vereinigten Staaten die Schaffung der Weltdemokratie jetzt (also im II. Weltkrieg) in die Wege leiten kann, dann wird das der letzte Weltkrieg gewesen sein. Wenn aber nicht, werden andere Menschen, die noch kommen werden, nochmals einen Krieg führen müssen, um den Krieg zu beenden, sie werden also einen dritten Weltkrieg führen müssen bis zum "Totalitarismus des Todes" oder bis der Frieden auf Erden endlich errichtet ist, meines Erachtens das Friedensreich des Antichristen.

1950 erklärte der Großbankier und Rothschild-Agent **James Warburg**:

"Wir werden eine Weltregierung haben, ob es uns gefällt oder nicht. Die einzige Frage ist, ob die Weltregierung durch Eroberung oder Einwilligung erreicht wird."

Die folgenden Zitate bestätigen das Dokument "The City of Man" durch den internationalen Konsens zur Vorbereitung einer Neuen Welt-Demokratie, sprich Weltregierung:

Am 2. April 2009 trafen sich in **London** die Finanzminister und Zentralbankchefs aus 20 Ländern einschließlich der sieben großen Industrienationen zum G20-Gipfel. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank waren ebenfalls Teilnehmer dieses Treffens. In einer programmatischen Rede bekräftigte **Premierminister Gordon Brown** die Entstehung einer Neuen Weltordnung:

Vor 200 Jahren, so sagte er, **habe eine neue Welt die alte abgelöst.** 1990 war das Ende einer durch den Kalten Krieg bestimmten alten Welt. Man habe damals von einer politischen neuen Ordnung gesprochen. Was nicht habe vorausgesehen werden können, sei die Schnelligkeit der Globalisierung. Heute nun begännen wir zu verstehen, daß die Weltordnung, die durch die Globalisierung vorangebracht wird, nicht durch militärische Stärke wie noch im Kalten Krieg, sondern durch ökonomischen Einfluß entstehe.

Die Länder, die in Zukunft erfolgreich sein werden, seien jene, die Flexibilität, freie Marktwirtschaft, freien Handel, Innovation und Förderung der Bildung miteinander verbinden könnten. Abschließend konstatierte **Brown**:

Eine neue Welt sei im Kommen. Es sei eine Neue Weltordnung mit ganz anderen und radikal neuen Herausforderungen für die Zukunft.

Strobe Talbott, **Vize-Außenminister der USA** von 1993 bis 2000, sprach bereits **1992 Klartext**: "Im nächsten Jahrhundert (dem 21. Jh.) werden Nationen, wie wir sie kennen, **obsolet sein**; alle Staaten werden eine einzige globale Autorität anerkennen. Nationale Souveränität war letztendlich keine so gute Idee."

David Rockefeller sah die Welt schon 1994 am Rande einer globalen Umwälzung. Er war **überzeugt, daß es nur noch einer Krise großen Ausmaßes bedürfe und die Nationen würden die neue Weltordnung annehmen.** In einer Ansprache vor der **Trilateral Commission** 1991 dankte er "der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen Publikationen, deren Direktoren an unseren Treffen teilgenommen und beinahe 40 Jahre ihre **Versprechen zur Geheimhaltung** eingehalten haben.

Es wäre für uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn wir während dieser Jahre Gegenstand der breiten Öffentlichkeit gewesen wären. Aber jetzt ist die Welt aufgeklärt und vorbereitet genug, um einer **Weltregierung** entgegenzugehen."

Ein Beweis, daß in der Politik nichts zufällig geschieht, und wenn etwas geschieht, man sicher sein kann, daß es auch auf diese Weise geplant ist. (Franklin D. Roosevelt.)

Die "Lügenpresse" ist offensichtlich nicht lediglich eine Erfindung der Pegida-Demonstranten.

Völlig unmißverständlich drückte sich die deutsche Bundeskanzlerin **Angela Merkel** auf dem Kirchentag in Dresden **2011 aus**: "**Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben**

will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin können, Souveränität, Rechte, an andere abzugeben."

Ein friedliches Zusammenleben, so beteuerte sie, sei nur mit einer globalen Ordnung möglich, denn diese Welt könne keine friedliche Welt sein, wenn wir nicht zu mehr globaler Ordnung und mehr multilateraler Zusammenarbeit finden.

Frau Merkel sieht in der Globalisierung Chancen und "ein Schlüssel zur Zukunft und ... auch zur Toleranz, weil sie eine weltweite Öffnung politischer, wirtschaftlicher und kommunikativer Grenzen mit sich bringt ... Ich bin sehr froh, daß der Begriff der Toleranz nun auch Teil der Grundrechts-Charta im neuen EU-Reformvertrag ist", bekräftigte sie in einer Rede am 11. Juli 2007 an der Universität Heidelberg.

Ein Blick in den EU-Vertrag klärt uns über die seltsame Art der Toleranz von Frau Merkel auf: Obwohl EU-weit die Todesstrafe abgeschafft ist, lesen wir in den Erläuterungen zu diesem Vertrag in Artikel 2 Abs. 2 EMRK:

"Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um zum Beispiel einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen."

Und Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 EMRK wird noch deutlicher: **"Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden. ..."**

Es ist sicher nicht abwegig sich darüber Gedanken zu machen, inwiefern die beiden Artikel greifen werden, wenn der Widerstand im Volk gegen die Zerstörung europäischer Kultur und Geschichte, gegen den Austausch von Ländern und Völker im Namen der Neuen Weltordnung wächst.

Die Weltordnung der Päpste

Was besonders schmerzt, sind die Bekenntnisse der letzten Päpste zur neuen Weltordnung. In seiner Enzyklika "Pacem in terris" **entwarf Papst Johannes XXIII. das Bild eines Weltstaates.** Als seine Vorboten nannte er die Organisation der Vereinten Nationen und vor allem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, also zwei ausgesprochen weltliche Institutionen.

Schwerwiegend sind die Schlußworte von Papst Paul VI. am 4. Oktober 1965 vor der Vollversammlung der UNO: "Diese Begegnung ... ist von Einfachheit geprägt, denn der zu Ihnen spricht, ist ein Mensch genau so wie sie. Ihr Bruder ist er, und sogar der Geringste unter Ihnen."

Das Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche bezeichnete sich in geradezu peinlicher Unterwürfigkeit einer der Kirche feindlich gegenüberstehenden Organisation als "geringster Bruder". Doch der Papst fuhr fort: "Als Experten sozusagen für die Menschlichkeit tragen wir Ihrer Institution in diesem Augenblick die Unterstützung Unserer letzten Vorgänger, die aller katholischen Bischöfe und Unsere persönliche an. Wir sind gewiß, daß diese Organisation den angemessenen Weg zur zeitgerechten Zivilisation und zum Weltfrieden öffnet. ...

Sie haben ein Gebäude errichtet, das niemals in Trümmer gehen darf. Es muß vervollkommenet und dem Lauf der Geschichte dieser Welt angeglichen werden. Sie vertreten eine Entwicklungsstufe der Menschheit. Von nun an ist es nicht mehr möglich, zurückzuweichen. Man muß voranschreiten."

"Entwicklungsstufe der Menschheit" ist ein Terminus des Evolutionisten Pierre Teilhard de Chardin, für den sich der Mensch in einer Entwicklung hin zum Punkt Omega befindet, um dort aus sich selbst zur Vollendung zu gelangen.

Das folgende Zugeständnis von Papst Paul VI. gegenüber der UNO reflektiert die Teilhard'sche Philosophie des Einswerdens:

"Man wäre fast versucht zu sagen, daß Ihr Wesensmerkmal in der zeitlichen Ordnung gewis-

sermaßen das widerspiegelt, was unsere katholische Kirche in der geistlichen Ordnung sein will: einmalig und universal. ... Nichts Höheres kann man im ideologischen Bereich auf natürlicher Ebene erdenken. Ihre Berufung ist es, nicht nur einige, sondern schlechthin alle Völker zu verschwistern."

"Sehr geehrte Herren, Sie haben ein Werk begonnen. ... Sie lehren die Menschen, den Frieden zu erkennen. Die Vereinten Nationen sind die hohe Schule, in der man die Bildung erhält, und wir sind hier in der Aula Magna dieser Schule. ... Und wenn sie diesen Raum verlassen, dann wird die Welt auf Sie als die Architekten, als Erbauer des Friedens blicken."

Die UNO als Architekt des Friedens? Daß die weltlichen Herrscher die Menschheit mit trügerischen Friedenshoffnungen versuchen irrezuführen, das haben wir mittlerweile verstanden, doch wenn der Stellvertreter Christi auf Erden, der den Frieden seines Herrn und Meisters Jesus Christus zu verkünden hat, als Hirte seine Schafe nicht auf das Reich Gottes lenkt, sondern auf eine weltliche Institution, bleibt nichts als eine unendliche Verlassenheit. Die **Schlußworte des Papstes** sind geradezu beunruhigend:

"Das ist ja das Schönste an der Organisation der Vereinten Nationen: ihr echt menschliches Antlitz. Dies ist das Ideal, das auf der Pilgerschaft durch die Zeiten von der Menschheit erträumt wurde. Dies ist die größte Hoffnung der Welt! Wir wagen zu sagen: das ist der Widerschein des Planes Gottes: ein alles übersteigender Plan voller Liebe für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft auf Erden, ein Widerschein, in dem die himmlische evangelische Botschaft irdisch wird."

Am Ende seiner Rede setzte der Papst noch deutlichere Akzente: "Was Sie von dieser Stelle aus verkündigen, das sind die Grundrechte und die Grundpflichten des Menschen, seine Würde und seine Freiheit, vor allen die Religionsfreiheit. Sie sind die Interpreten dessen - Wir spüren das - was höchster Gehalt menschlicher Weisheit ist, wir möchten es nennen: ihr heiliger Charakter."

Dieser Kult an den Menschen und das unverhohlene Eintreten für den Weltstaat ist die größte Ehre, die von kirchlicher Seite je an die UNO gerichtet wurde. Wer will es folglich dem "Philosophen der UNO" und langjährigen Vize-Generalsekretär Robert Muller verargen, wenn er die UNO als "modernes Bibelinstitut" verherrlicht und sich sogar dazu versteigt, die Vereinten Nationen als "Leib Christi" zu bezeichnen.

In der Fronleichnams-Predigt **am 17. Juni 1965 befürwortete Papst Paul VI. den Weltstaat** in einer zu diesem Fest kaum passenden Weise: "Man möchte den Weltstaat und die neue, ideale Gesellschaft bauen. Wie vielseitig die Menschheit bei der Errichtung des ungeheuren Gebäudes engagiert ist und welche bedeutenden Fortschritte man dabei macht, ist Uns durchaus bekannt. Sie sind es wert, bewundert und unterstützt zu werden."

Auch sein Hymnus anlässlich der Mondlandung im Juli 1969 ist für einen Papst recht ungewöhnlich und befremdlich: "Ehre dem Menschen, Ehre dem Denken, Ehre dem Wissen, Ehre der Technik, Ehre dem Wirken, Ehre der menschlichen Kühnheit! Ehre der Synthese der wissenschaftlichen Aktivität und der Organisationskraft des Menschen, der im Unterschied zu den übrigen Lebewesen, durch seinen Geist und seine manuelle Geschicklichkeit Instrumente zur Eroberung der Welt herzustellen weiß.

Ehre dem Menschen, dem König der Erde und heute Fürsten des Himmels. Ehre dem lebenden Wesen, das wir sind, in dem sich das Bild Gottes spiegelt und das, im Beherrschen aller Dinge, dem biblischen Auftrag gehorcht: Mehret euch und herrschet."

Die Mondlandung war ein rein profanes Unternehmen, es ist nicht bekannt, daß die Astronauten als wahrnehmbares Zeichen christlichen Bekennens ein Kreuz am Ort ihrer "Eroberung" aufgerichtet hätten.

In seiner Enzyklika CARITAS IN VERITATE weist **Papst Benedikt XVI.** mit Bezug auf Papst Johannes XXIII. ebenfalls auf eine Weltautorität hin:

"Um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krise und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen, um eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, sowie Ernährungssicherheit und Frieden zu verwirklichen, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren, ist das Vorhandensein einer echten politischen **Weltautorität**, wie sie schon von meinem Vorgänger, dem seligen Papst Johannes XXIII., angesprochen wurde, dringend nötig."

Wenn die höchste Obrigkeit der katholischen Kirche in kaum verschlüsselten Worten sich zur "Weltautorität" bekennt, ist anzunehmen, daß die Herrschaft über die Welt durch die Globalisierer schon weit gediehen ist. Das würde beinhalten, daß alle überkommenen kulturellen und religiösen Werte, Sitten und Gebräuche in Vergessenheit geraten sollen.

Die Endlösung der Globalisierer

Wie sehr bedroht die Gesamtheit der Völker schon ist, erfahren wir aus den Büchern des amerikanischen Militärstrategen, Vordenkers und Planers der Neuen Weltordnung, **Thomas P. M. Barnett** (*1962 in Chilton, Wisconsin). Er ist davon überzeugt, daß Amerika dazu berufen sei, der Welt globale Spielregeln für die neue Weltwirtschaftsordnung vorzulegen.

Von der Firma Cantor Fitzgerald wurde er Anfang 2000 beauftragt, ein Forschungsprojekt mit Namen "New Rule Sets Project" (Projekt Neue Spielregeln) über globale Militärstrategien zu leiten. Das Büro der Arbeitsgruppe befand sich im 107. Stockwerk des New Yorker World Trade Center. **Zur Zeit der Anschläge von 9/11 hatte das Team gerade einen freien Tag** und Thomas Barnett konnte kurze Zeit später als Berater für Strategiefragen im Büro von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Pentagon seine Arbeit aufnehmen.

Es scheint **Thomas Barnett** vorbehalten zu sein, uns die Pläne der Globalisierer im Detail vorzulegen. **2005 schon beschrieb er ihre Absicht, eine "Gleichschaltung aller Länder der Erde, und zwar durch die Vermischung der Rassen"** ins Auge zu fassen. Jährlich sollen in Europa 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt aufgenommen werden. Dabei ist es niemandem erlaubt - weder Regierungen noch Institutionen - die Flüchtlingsströme zu behindern. Landesgrenzen sollen eingeebnet, die Rassen vermischt, nationale Werte und Gebräuche, sowie traditionelle Religionen abgeschafft werden.

Das Endziel soll eine hellbraune Rasse ergeben mit einem durchschnittlichen IQ von 90 sein, zu dumm zu begreifen, aber intelligent genug um zu arbeiten. Sollte sich Widerstand regen, dann müsse ein neuer 11. September inszeniert werden. Barnett selbst möchte eine Globalisierung, die sowohl multikulturell als auch multirassisch sein soll.

Aber das wünschen die Erbauer der Neuen Weltordnung gerade nicht, sie arbeiten an einer kompletten Durchmischung und damit an der Vernichtung der Kulturen und der Rassen. Darauf hin angesprochen, antwortete **Barnett: "Sollte man Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, so fordere ich: "We shall kill them" (wir werden sie töten). ..."**

In ähnlichen Worten beschrieb der englische Schriftsteller **H. G. Wells** den Plan der Globalisierer: **Zahlreiche Menschen werden die NWO hassen und beim Versuch, gegen sie zu protestieren, werden sie sterben.**

Hier wird eines deutlich: Das Konzept der Neuen Weltordnung wird nicht ohne Einsatz von Terror erreicht werden können. Während die Angriffe der Globalisierer sich auf unsere Freiheit richten, werden wir, die Verteidiger unserer christlichen Werte und unserer Freiheit als "gewalttätige Extremisten" bezeichnet.

Die apokalyptische Konstruktion einer Neuen Weltordnung kann nur gelingen, wenn eine Vereinheitlichung der Denkweisen erreicht werden kann. Ein materialistisches Weltbild, verkörpert durch die neue Ideologie **Gender Mainstreaming, ist dafür die ideale Strategie.**

Bei der Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts geht es also um eine Enteignung der kulturellen Identität und des christlichen Wertefundaments von Europäern. Wir sollen

zu Fremden im "eigenen Haus" werden. Die weiße Farbe soll verschwinden, auch dies ist kein Geheimnis mehr, wir müssen es nur langsam begreifen lernen. Was wir zur Zeit erleben, ist der Abschied von einer Jahrhunderte alten Kultur, Abschied von einer christlichen Denk- und Lebensweise. Das Deutschland, das wir einst gekannt haben, wird es bald nicht mehr geben. Politiker reden schon heute von Neubürgern.

Es sieht nicht so aus, als ob die Bundesregierung sich groß anstrengen würde, "Schaden vom deutschen Volks abzuhalten", wie es der Text der Eidesformel verfügt. Jene, die sich um die Identität ihres Vaterlandes und ihrer Heimat - zwei Begriffe die a priori schon als politisch nicht korrekt eingestuft werden - sorgen und dies laut äußern, werden ausgegrenzt und fallen unter das Verdikt des "Rassismus", der "Islamophobie" oder prinzipiell der "Xenophobie" - Fremdenfeindlichkeit.

Gender Mainstreaming - Steigbügelhalter der Neuen Weltordnung

Unter dem Stichwort "**Enteignung der kulturellen Identität**" zählt der Begriff **Gender Mainstreaming**, eine Ideologie **ist dabei, das Wertefundament unserer Gesellschaft aufzulösen.**

Die offizielle Definition von **Gender Mainstreaming** spricht von der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Doch dies ist eine gezielte **Begriffsverwirrung**. Dahinter steckt eine Ideologie, die fundamental in unseren Alltag eingreift und vor allem die Familie, Männer, Frauen und Kinder **umerziehen und bevormunden will**. Für die politische Strategie fordert die **Neue Weltordnung** Menschen, die sich ihrer Identität nicht mehr bewußt sind und somit beeinflusbar für Manipulation und Umverteilungspolitik - von der verordneten Sprachregelung bis zur planwirtschaftlichen Frauenquote.

Gender bedeutet ein gewandeltes Verständnis von Geschlecht, d.h., genitale Unterschiede zwischen den Geschlechtern seien nicht naturgegeben, sondern ein "Produkt soziokultureller Konstruktionen", d.h. das Ergebnis sozialer und politischer Umstände, getrennt vom biologischen Geschlecht.

Die Tatsache, daß der Mensch von Gott als Mann und als Frau geschaffen wurde, ist nicht mehr von Belang, jede sexuelle Orientierung - heterosexuell, homosexuell, lesbisch, bisexuell, transsexuell ist - gleichwertig und auch beliebig wählbar. Es geht hier also um die **Gleichstellung aller sexuellen Lebensformen** und nicht um die Gleichstellung von Mann und Frau.

Gender Mainstreaming strebt eine **totale Veränderung der Geschlechter** und somit der Gesellschaft, vor allem der familiären Strukturen an, und zwar aus dem einen Grund, der Jugend die geschlechtliche Orientierung zu nehmen.

Menschen, die nicht wissen, wer sie sind, werden orientierungslos und sind der Gefahr ausgesetzt, Opfer von Manipulation zu werden.

Den ideologischen Ursprung von Gender finden wir im Marxismus. Die Abschaffung der bürgerlichen Familie beschäftigte schon Marx und Engels. Sowohl der Mann als auch die Frau sollen in den Arbeitsprozeß einbezogen, die Kinder jedoch dem Staat übergeben werden, zur Erleichterung der Frau, die dem Joch des Mutter- und Hausfrauendaseins entledigt wird. Und wie viele Frauen sind darauf hereingefallen.

Den vorläufigen Höhepunkt in der gegenwärtigen Diskussion um Gender Mainstreaming ist "The Queen of Austria" und "Ikone Europas", Conchita Wurst. Die bärtige Sängerin ist seit Monaten das wichtigste Propagandainstrument von Gender. So ist es für die Genderologen selbstverständlich, die Diva mit Vollbart auch in den Schulen zu präsentieren. Ein Schulleiter meint: Der Besuch Conchitas sei Anlaß, um herauszufinden, wie die Jugendlichen über Mann und Frau denken. Es soll ihnen verständlich gemacht werden, daß man nicht unbedingt die Werte der traditionellen Familie übernehmen müsse.

Die Medien haben es nicht nehmen lassen, diese androgyne Gestalt neben den uns bekannten

Herz-Jesu-Bildern zu plazieren.

Die Journalistin Dale O'Leary (*1941) hat in ihrem Buch "**The Gender-Agenda**" fünf Leitsätze des Genderismus definiert, wie sie **im UN-Establishment verankert** sind:

1. In der Welt braucht es weniger Menschen und mehr sexuelle Vergnügungen. Es braucht die Abschaffung der Unterschiede zwischen Männer und Frauen sowie die Abschaffung der Vollzeit-Mütter.

2. Da mehr sexuelle Vergnügen zu mehr Kindern führen können, braucht es den freien Zugang zu Verhütung und Abtreibung für alle und Förderung homosexuellen Verhaltens, da es dabei nicht zur Empfängnis kommt.

3. In der Welt braucht es einen Sexualekundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellem Experimentieren ermutigt, es braucht die Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder.

4. Die Welt braucht eine 50/50-Männer/Frauen-Quotenregelung für alle Arbeits- und Lebensbereiche. Alle Frauen müssen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

5. Religionen, die diese Agenda nicht mitmachen, müssen der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Dale O'Leary war Teilnehmerin an der **Peking Konferenz 1995, wo der Begriff "Gender" offiziell eingeführt wurde**. In ihrem Buch "Die Gender-Agenda" schreibt sie: "Über das, was Gender will, gibt es keine offene Diskussion. Sie kommt nicht als großes Schiff daher, obwohl sie doch in allen politischen und öffentlichen Programmen verankert werden soll, sondern wie ein U-Boot, das keiner genau kennen soll."

Das war im Jahre 1997. In der Zwischenzeit wurde **Gender Mainstreaming** klammheimlich, **ohne Bürgerbefragung und ohne Debatte**, weder im Parlament noch in den Medien, 1999 zur "Gleichstellungspolitik mittels der politischen Strategie des Gender Mainstreaming als durchgängiges Leitprinzip und Querschnittsaufgabe" festgelegt.

Wir haben es hier also mit einer offiziellen politischen Zielsetzung zu tun, die administrativ und auf dem Weg des Gesetzes sowohl durch **ein Zusammenwirken von UNO- als auch EU-Organisationen** in der Gesellschaft bereits durchgedrückt wurde. Es handelt sich um eine sogenannte top-down-Ideologie, die nicht von der Bevölkerung, sondern von den Machteliten der Welt ausgeht, und die mit den Mitteln der Gesetze der Bevölkerung aufgezwungen wird.

Die folgenden Ausführungen verdeutlichen, wie die **Veränderung bzw. Zerstörung der Gesellschaft gerade im Bereich der Ehe und Familie von langer Hand vorbereitet** wurde. Der erste Generaldirektor der WHO von 1948 bis 1953, Dr. Brock Chisholm, legte anfangs der 1950er Jahre mit großer Offenheit das Konzept vor. Er war der Meinung, Glaubenskodizes, feste Regeln und Dogmen gehören abgeschafft. Eltern waren für ihn Diktatoren, die die bessere Natur ihrer Kinder unterdrückten, und er glaubte, die Kinder müßten von religiösen und kulturellen Vorurteilen, die ihnen aufgezwungen würden, befreit werden.

Er befürwortete Sexualerziehung von einem frühen Alter an und lehrte, daß die Gebräuche der Älteren ausgemerzt werden sollten, wenn nötig mit Gewalt. Die Geschlechter sollen ineinander verschmolzen oder umgepolt, Kinder von ihren Familien befreit und die Familie, so wie wir sie kennen, abgeschafft werden."

Dieser Generalangriff gegen Ehe und Familie wurde bereits in großem Stil umgesetzt. Die **Trennung der Kinder von den Eltern in einem frühen Alter** wird als unabdingbar erklärt und mit der aggressiven Forderung nach Kitas diktiert: "**Alle Kinder müssen in die Kita**", tönte es von der Ministerpräsidentin von NRW Hannelore Kraft. Nun hören wir von sexuellen Übergriffen in einer Kita in Mainz. "Kita in Mainz geschlossen wegen sexueller Übergriffe von Kindern an Kinder. Das Personal entlassen", lauteten die Schlagzeilen quer durch die Medien.

Aus einem Bericht des SWR geht hervor, daß es bei den Übergriffen um Vorfälle handelt, bei denen Kinder unter Androhung von Gewalt durch andere Kinder genötigt worden sein sollen, ihre Geschlechtsteile zu zeigen oder Gegenstände in den Anus einzuführen. Es ist kaum vorstellbar, daß das Personal diese Übergriffe nicht bemerkt haben soll.

Die Elternvertreter sind fassungslos, warum eigentlich?

Haben sie sich nie näher mit den Vorgängen und Plänen der Kitas beschäftigt?

Werden sie erst aufwachen, wenn sie eines Tages erkennen, daß ihre Kinder sich ihnen entfremdet haben und sie nicht mehr als Eltern anerkennen? Asoziale und vereinsamte Wesen sind in der Neuen Weltordnung willkommen, weil beherrsch- und manipulierbar.

Die Sexualisierung der Jugend ist ganz im Sinne Lenins, dem folgendes Zitat zugeschrieben wird: **"Wenn wir eine Nation vernichten wollen, so müssen wir erst ihre Moral vernichten.** Dann wird uns diese Nation als reife Frucht in den Schoß fallen. Interessiert die Jugend für Sex und ihr bekommt sie ohne Schwierigkeiten in eure Gewalt".

Um die "Vernichtung der Nation" zu erreichen, muß das Denken bis in die Wurzeln umgewandelt werden. Das stärkste Zerstörungspotential, das diese Forderungen erfüllt und Gesellschaft und Familie damit auszulöschen droht, ist **Gender Mainstreaming.** Dem italienischen Philosophen marxistischer Prägung und Mitbegründer der kommunistischen Partei Italiens, **Antonio Gramsci** (1891-1937) war klar, daß im Westen die Revolution am bestehenden bürgerlichen Wertekanon scheitern wird, daher setzte er auf **Untergrabung und Zerstörung jener Werte, die eine bürgerliche Kultur aufrechterhalten: das Christentum.**

Die Arbeiter seien für die notwendig revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht zu gewinnen, wenn sie weiterhin an ihrem katholischen Glauben festhielten. Dieser müsse ihnen ausgetrieben werden. - Seit Jahrzehnten erleben wir, wie diese rote Ideologie in die Gesellschaft hineingetragen wird.

Kein Platz für Christus und Seine Botschaft

So langsam dringt mit erschreckender Klarheit in unser Bewußtsein, daß in unserer Gesellschaft für die christliche Botschaft kein Platz mehr ist. Die Europäische Union hat sich am 18. Juni 2004 auf eine Verfassung ohne Gottesbezug geeinigt. **Valéry Giscard d'Estaing**, der Vorsitzende des EU-Konvents zur Zukunft Europas 2004, erklärte, daß die **EU-Verfassung nicht der richtige Ort sei für einen religiösen Hinweis.** So einigte man sich auf eine allgemeine Andeutung auf die religiösen und kulturellen Traditionen Europas, um Millionen Nicht- und Andersgläubigen nicht den Eindruck zu vermitteln, ausgeschlossen zu werden.

Scharfe Worte gegen die Religion fand **Hillary Clinton**, die im April 2015 angekündigt hat, sich nach 2008 zum zweiten Mal um die Präsidentschaft der USA bewerben zu wollen. **Auf einer Konferenz über Feminismus** im Lincoln Center in Manhattan **versprach sie** unter tosendem Applaus im Falle ihrer Wahl eine Politik zu Gunsten der **Anerkennung der Abtreibung als Frauenrecht.**

Gleichzeitig kritisierte sie eine "Diskriminierung" der Frauen und der Homosexuellen durch Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit. Religiöse Überzeugungen würden die Rechte der Homosexuellen (LSBTIQ) einschränken. Ausdrücklich nannte sie bei ihrer Kritik auch den Widerstand der katholischen Kirche gegen die Gesundheitsreform der Regierung Obama, die eine für katholische Institutionen nicht akzeptierbare Verordnung zur Finanzierung von Verhütung und Abtreibung einführt.

Ebenso rechtfertigte die Ex-First Lady die staatliche Finanzierung von Planned Parenthood, welche die weltweit größte Abtreibungsorganisation der USA repräsentiert. Der Abtreibungskonzern erhält von der US-Regierung jährlich über eine halbe Milliarde Dollar und weitere 35 Millionen Dollar zahlt die Regierung Obama an den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, damit weltweit für Abtreibung und Sterilisierung geworben werden kann. Der Plan

für eine Reduzierung des Bevölkerungswachstums wurde von den Erbauern der Neuen Weltordnung noch nicht aufgegeben.

Die globale Elite wünscht, die Weltbevölkerung auf 500 Millionen zu begrenzen. Also ca. 90 % weniger Menschen auf der Erde als zurzeit darauf leben. Daher ist es nicht weiter erstaunlich, daß **Hillary Clinton** in ihrer Rede auch die "sexuelle und reproduktive Gesundheit" verteidigte. Ein Euphemismus, hinter dem sich das Recht auf Abtreibung, Verhütung, künstliche Befruchtung in allen Varianten und die Gender-Ideologie versteckt.

Der Gipfel ihrer Auslassungen war die Forderung, der Staat solle sein Gewaltmonopol einsetzen, um unerwünschte religiöse Überzeugungen und Dogmen zu ändern. Damit ruft Hillary Clinton **nach dem Zwangsstaat**, der als "Zwingherr zum Glück" auftreten soll. "Tiefverwurzelte kulturelle Codes, religiöse Überzeugungen und strukturelle Phobien haben sich zu ändern. Die Regierungen müssen ihre Möglichkeiten zum Zwang nutzen, um die überlieferten religiösen Dogmen neu zu definieren."

Bill Donohue, der Vorsitzenden der Catholic League, kritisierte diese "Kriegserklärung gegen die Religion" eines Kandidaten für das amerikanische Präsidentenamt mit aller Schärfe. Das sei der "wahrscheinlich aufrichtigste progressive Slogan in der Geschichte", so Ed Morrissey von HotAir.com. Die Anspielung, daß eine Nation, die auf der Säule der Religionsfreiheit gründet, die Machtmittel des Staates dazu einsetzen soll, die religiösen Überzeugungen zu ändern, sei eine nie dagewesene Erklärung.

Es stellt sich die Frage, in wie weit die Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei für das Weiße Haus sich überhaupt berühren läßt von den weithin bekanntgewordenen Massakern und Vertreibungen, die seit Jahren an Christen begangen werden. In ca. 60 islamischen, hinduistischen, buddhistischen und kommunistischen Ländern findet eine Christenverfolgung statt, die alles bisher menschlich Bekannte und Vorstellbare übertrifft.

"Christian Solidarity International" (CSI) geht davon aus, daß weltweit über 175.000 Christen jedes Jahr wegen ihrer Religion ermordet oder zu Tode gefoltert werden. Die Brutalität, mit der vor allem in muslimischen Staaten gegen Christen vorgegangen wird, zeigt neue Dimension menschlicher Abgründe.

Da die westliche Welt sich offensichtlich nur halbherzig dieser Welle der Gewalt entgegenstellt, hat sich nun die irakische Regisseurin und schiitische Muslima, Aida Schläpfer Al Hassan, dieses Leidens angenommen. "Ich will mit meinem Film einen weiteren drohenden Völkermord an diesen Menschen verhindern", sagt sie und war schockiert über die Barbarei, die an Christen begangen wird. In einem Kurzfilm von etwa zwei Minuten mit dem Titel "Noun" (das arabische Wort für Nazarener, mit dem Buchstaben N wurden im Irak die Haustüren der Christen markiert) widmet sie sich der Christenverfolgung durch den Terror des Islamischen Staats (IS) im Irak.

Der Film wurde für das Internationale Film-Festival in Locarno 2015 nominiert, doch zunächst aus "Qualitätsgründen" abgelehnt. Auf Druck der Öffentlichkeit mußte er aber schließlich doch noch gezeigt werden.

Früher, so berichtet Aida Schläpfer Al Hassan, habe man sich im Irak keine Gedanken gemacht, ob der Nachbar Sunnit, Schiit, Kurde oder Christ sei. Doch mit der Invasion der Amerikaner in den Irak, dem Bürgerkrieg und der ausufernden Gewalt des IS sei das gegenseitige Mißtrauen mittlerweile groß.

Diskriminierung der Christen

Was in der öffentlichen Debatte totgeschwiegen wird, ist die Tatsache, daß über 85 % der sogenannten "hate crimes" gegen Christen gerichtet sind. Darunter fallen durch das von der EU verabschiedete und in den nationalen Verfassungen verankerte sogenannte "Diskriminierungsverbot wegen sexueller Orientierung" (das höher bewertet wird als die persönliche Gewissensentscheidung) auch berufliche Einschränkungen und Diskriminierungen bis zu einem

Ausmaß, daß in bestimmten Fällen die Existenzgrundlage von Menschen zerstört wird, wie z.B. in England, wo Klöster ihre Gasthäuser schließen mußten, weil sie gezwungen gewesen wären, auch an unverheiratete und homosexuelle Paare zu vermieten.

Ebenso mußten katholische Adoptionsvermittlungen ihre Einrichtungen schließen. Sie hätten Kinder auch an homosexuelle Paare vermitteln müssen.

Ein christlicher Standesbeamter, der aus religiöser Überzeugung sich nicht in der Lage sieht, ein homosexuelles Paar zu trauen, wird seine Stelle verlieren, wenn er den Vorgaben nicht Folge leistet. Ebenso werden Berufe wie Standesbeamter, Arzt, Krankenschwester und Hebamme oder Apotheker für Christen nicht mehr ausübbar sein, und Lehrer und Eltern geraten in Schwierigkeiten, wenn sie mit der staatlich festgelegten Sexualmoral nicht einverstanden sind.

Das **Antidiskriminierungs-Gesetz** führt zur absonderlichen Situation, daß ein katholischer Eventplaner auch für Homosexuelle Verpartnerungs-Feiern organisieren müßte, oder ein katholisches Bildungshaus sich nicht weigern könnte, die Tagung einer Abtreibungs-Organisation in ihren Räumen zu ermöglichen. Fraglich wäre ebenso, ob ein Pfarrer gezwungen wäre, den Pfarrsaal für die Planung einer Love-Parade etc. zur Verfügung zu stellen.

Aber auch im nicht-kirchlichen Bereich schafft das Gesetz absurde Möglichkeiten: Jüdische Einrichtungen wären gezwungen, antisemitisch orientierten Gruppen ihre Räume zu überlassen. Überlebende des kommunistischen Terrors müßten ihre Wohnung an ein kommunistisches Paar vermieten, und wie würde wohl die Antwort eines islamisches Reisebüros lauten, das aufgefordert wird, Christen nach Mekka mitzunehmen?

Anläßlich der Sacra Liturgia Konferenz in New York City im Juni 2015 faßt Bischof Frank Caggiano von Bridgeport im Rahmen seiner Homilie (Rede) die Not der Zeit zusammen: die Welt von heute wünscht, daß die Katholiken verschwinden. "Wir werden leiden." Gleichzeitig forderte er die Katholiken jedoch dringend auf standzuhalten. Dazu bedarf es jedoch der Standhaftigkeit des heute so angefochtenen Glaubens.

Die Weltregierung des Weltenherrschers

Es gibt jedoch eine Weltordnung, auf die wir unseren Blick richten, um die wir uns sogar bemühen und sie innig erhoffen und erleben müssen: die eine Weltregierung des Pantokrator Jesus Christus. In den Berichten über die Zeit nach seiner Auferstehung unmittelbar vor seiner Himmelfahrt lesen wir von der Aussendung der Zwölf an alle Menschen bis an die Enden der Erde. Ihm, Jesus, ward alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden.

Darum hatte er auch die Macht die Jünger zu senden, um seine Botschaft zu allen "Völkern und Könige" zu tragen: "Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe." (Matthäus 28, 18-20).

Dies ist Seine Bitte, wenn nicht gar Seine Forderung, die er jedoch mit einer Verheißung verbunden hat: "**Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt**" (Matthäus 28,20).

Ungezählte sind diesem Ruf Christi gefolgt, **Alexander Solschenizyn** war einer von ihnen. In einer seiner Reden nach seiner Ausbürgerung 1974 sprach er über die entsetzlichen Ereignisse, die über Rußland gekommen waren und auf entsprechende Fragen antwortete er: "Nachdem ich jahrelang über das sowjetische System mit seinen Millionen Menschenopfern nachgeforscht habe, kann ich nichts Genaueres sagen als: **Die Menschen haben Gott vergessen, deswegen konnte das alles passieren!**"

Es scheint tatsächlich so zu sein, als ob Gott Seine Hand von den Völkern weggezogen hätte, denn die Welt hat Jesus Christus aus dem Blickfeld verloren. Wir haben unsere Augen, wie Petrus von IHM abgewandt, deshalb sinken wir.

Niemand wird daran zweifeln, daß wir in einem nie gekannten Maß, Gott vergessen haben.

Die allgemeine Apostasie, die Gleichgültigkeit in Glaubensfragen, nicht nur der Gläubigen, sondern auch der Hirten, ist apokalyptisch. Können wir es zulassen, daß unsere Kinder ihr Leben auf einem geistigen Trümmerfeld aufbauen?

Von offizieller Seite, vom Staat, von all den vielen Institutionen, die vorgeben, sich um Kinder, Ehe und Familie zu kümmern, ist kaum Hilfe zur Stärkung familiärer Strukturen zu erhalten, so viel haben wir verstanden. Nur wenigen Vertretern der Kirche ist Ehe und Familie noch ein drängendes Anliegen. Wer verkündet noch, daß die Liebe zwischen Mann und Frau ein Abbild der unaufkündbaren Liebe Gottes zu den Menschen ist. Wer hat noch ein Ohr dafür? Diese Sprache wird nicht mehr von allen verstanden. Doch sie muß wieder gelehrt und gelernt werden, wollen wir die zeitlos gültigen Werte wie Leben, Güte, Liebe, Treue wieder in unsere Gesellschaft bringen.

Die Einhaltung der so verachteten sittlichen Ordnung gerade im Bereich der Sexualität schützt vor psychischen und auch materiellen Schäden. Als Gott den Mann und die Frau erschuf, hat er keine wertunterschiedlichen Individuen hervorgebracht, sondern den Menschen, und zwar als Mann und als Frau, mit seiner jeweils spezifischen Sexualität. Sie ist eine Erscheinungsweise des Menschen, die seine ganze Persönlichkeit durchdringt, ihn bis in sein Innerstes prägt.

Daher ist Sexualität nicht lediglich etwas rein Körperliches, sondern berührt gleichermaßen die geistigen und psychischen Ebenen des Menschen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht zu erfahren, daß Liebe nicht ein sich technisch vollziehender sexueller Akt ist, wie dies in der schulischen Sexualerziehung vermittelt wird, sondern eine Bindungskraft, die sich langsam und stetig über Jahre hinweg entwickeln und festigen kann, und daß nur mit dieser Erkenntnis und mit diesem Wissen und unter diesen Voraussetzungen wahre Persönlichkeiten sich entfalten können, die der weltlichen Macht der Neuen Weltordnung die göttliche Kraft und Liebe Christi entgegensetzen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "Compact-Spezial" berichtet im Jahre 2016 über eine Rede des deutschen Journalisten Jürgen Elsässer am Ostermontag 2014 in Berlin (x341/54): >>**In der Tradition von Wilhelm Tell**

_ von *Jürgen Elsässer*

Im Frühjahr 2014 bildete sich angesichts der Kriegshetze gegen Rußland eine neue Friedensbewegung, die in vielen Städten jeweils montags Mahnwachen durchführte. Linke und Grüne verleumdete die Teilnehmer als Antisemiten und Nazis. Am Ostermontag 2014 nahm ich vor 5.000 Teilnehmern in Berlin dazu Stellung. ...

Ich habe ja schon gesagt, das Links-rechts-Schema ist out, das ist die Gesäßgeographie der Vergangenheit. Aber wenn man, bezogen auf die Vergangenheit, von links und rechts reden konnte, so lautete die einfachste Definition: Die Rechten waren für den Krieg, waren militaristisch, und die Linken waren gegen den Krieg, waren antimilitaristisch.

Rosa Luxemburg war gegen den Ersten Weltkrieg und wurde deswegen ermordet. Ernst Thälmann war gegen den Zweiten Weltkrieg und wurde deswegen ermordet. Und wenn wir jetzt gegen den Dritten Weltkrieg kämpfen, wollen uns die amerikanisierten Hetzer als rechts darstellen? Das ist doch eine hirnverbrannte Lüge!

Das deutsche Volk ist viel besser als sein Ruf.

Zur Frontfrau der Hetze gegen diese Demonstration hat sich eine abgebrochene Adlige gemacht, deren Namen ich vergessen habe. Nennen wir sie Jutta von Münchhausen (Anspielung auf Jutta Ditfurth). Sie sieht uns als Faschisten und fordert die Antifa zum Kampf gegen uns auf. Ja, es stimmt, der Faschismus marschiert. Aber nicht hier, sondern in der Ukraine. Man nennt ihn auch den NATO-Faschismus, denn ohne Unterstützung durch die NATO, vor allem durch die USA, hätte dieser Faschismus in Kiew nicht putschen können. Teil der neuen Putsch-Regierung in Kiew ist die Partei Swoboda.

Deren Vorsitzender Oleh Tjahnybog sagte 2004: "Schnappt Euch die Gewehre, bekämpft die Russen-Säue, die Deutschen, die Juden-Schweine und andere Unarten!" Das ist die Sprache des Faschismus, und diese Partei ist Koalitionspartner der Putschregierung in Kiew, die die NATO anerkannt hat - eine Schande! Oder nehmen wir Julia Timoschenko, die Präsidentschaftskandidatin. Sie sagte in einem Telefongespräch am 18. März 2014:

"Wir sollten Waffen nehmen und die verdammten (Russen) töten, zusammen mit ihren Anführern ... Ich werde alle meine Verbindungen nutzen, um Rußland in verbrannte Erde zu verwandeln." Mit solchen Brandreden wird die "Endlösung der Russenfrage" in der Ukraine vorbereitet! Aber gegen diesen Faschismus geht Jutta von Münchhausen nicht vor! Kein Wort von ihr zu diesen NATO-Faschisten! Dieser Münchhausen-Antifaschismus nützt nur den Kriegstreibern!

Rücksturz ins Mittelalter

Links und rechts sind out, habe ich gesagt. Warum? Weil sich die heutige Gesellschaft nicht mehr hauptsächlich in Arbeiter und Kapitalisten spaltet. Das war so im 19. und über weite Strecken im 20. Jahrhundert. Heute haben wir eine andere Spaltung: Hier die 99 Prozent der Ehrlichen und Arbeitenden - und dort das eine Prozent der internationalen Finanzoligarchie. Das Verbrechen hat Name und Anschrift, wie Bertolt Brecht einmal sagte. Um einige Namen zu nennen: Rockefeller, Rothschild, Soros, Chodorkowski, das englische Königshaus, das saudische Königshaus. Warum dürfen wir nicht sagen, daß sich diese Superreichen der Federal Reserve bedienen? Warum sollte das antisemitisch sein?

Diese Oligarchen haben keine Religion, sie beten weder zu Gott noch zu Jahwe noch zu Allah, sie huldigen nur einem einzigen Götzen, nämlich dem kalten Mammon. Reden wir über dieses eine Prozent Finanzoligarchie, reden wir über die Verbrechen dieser Heuschrecken - und lassen wir uns den Mund nicht verbieten!

Die heutige Gesellschaft ähnelt wieder der des Mittelalters. Auf der einen Seite stehen die supranationalen Dynastien, auf der anderen Seite das Volk. Damals waren es die Dynastien des Adels, heute sind es die Dynastien des Geldes, die Rockefellers und Co. Das Volk blutet, heute wie damals.

Und das Volk kämpft. Wir kennen die großen Kämpfer des Volkes aus den Geschichtsbüchern: Das waren Robin Hood, Klaus Störtebeker, Thomas Müntzer und Wilhelm Tell. Die waren weder links noch rechts, das gab es damals nicht. Die waren einfach für das Volk. Die waren für die hier unten, gegen die da oben.

Auszug aus dem Redemanuskript für den 21. April 2014. Im freien Vortrag wich der Wortlaut minimal davon ab. Ein Mitschnitt ist auf "YouTube" zu finden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "Compact-Spezial" berichtet im Jahre 2016 über die 68er Bewegung und die Zensur in der Presse (x341/55-56): >>**Rothfront marschiert**

_ von Jürgen Elsässer

Die Antideutschen sind eine Sumpflüte, die erst relativ spät im 68er Biotop zu keimen begann, aber heute alles überwuchert. Woher kommen diese Leute, und was wollen sie eigentlich? Warum sind sie so stark geworden? Bericht eines Aussteigers.

Claudia Roth ist die dümmste Kartoffel auf diesem Acker. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut." Die gescheiterte Kulturstudentin und langjährige Managerin der Anarcho-Kultband Ton, Steine, Scherben hat nie durch intellektuelle Ausarbeitungen von sich reden gemacht, aber zielsicher und oft tränenreich den Zeitgeist an der Schnittstelle von Prosecco-Autonomien und Bionade-Bourgeoisie getroffen: Ein Herz für afrikanische Flüchtlinge, hoch die internationale Solidarität - und ihr Evergreen "Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!" So rotiert sie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünenposten zum nächsten. ...

Wie alles begann

Die Antideutschen sind zunächst Ergebnis einer linken Depression: Mit der Öffnung der Mauer begann der blitzartige Zusammenbruch des sozialistischen Systems. Da wir uns nicht eingestehen wollten, daß die Menschen im Osten aus guten Gründen einen Systemwechsel wünschten, mußten wir die Menschen schlechtreden: Die Ossis, die da mit Deutschlandfahnen ihrem Helmut Kohl zujubelten, seien doch eigentlich Nazis. Vor allem die britische Propaganda bestärkte uns in dieser Sicht: Premierministerin Margaret Thatcher hatte eigens eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die nachweisen sollte, daß ein Viertes Reich im Entstehen sei. Günter Grass brachte die Paranoia auf die Formel "Deutschland denken heißt Auschwitz denken".

War man erst mal auf diesem Trip, paßte plötzlich alles ins Bild: In den neuen Bundesländern gab es zum Teil gewalttätige Proteste vor Asyl- und Ausländerheimen - marschierte da nicht eine neue SA? Bei der Zerschlagung Jugoslawiens preschte die Bundesregierung vor - spielten da nicht die alten SS-Verbindungen zu Kroaten und bosnischen Muslimen eine Rolle? Alle aktuellen Ereignisse wurden auf der Folie der NS-Vergangenheit interpretiert.

Die Antideutschen - und das gilt bis heute - halluzinierten sich in die 1930-iger Jahre zurück: Wir müssen verhindern, daß wieder ein Großdeutsches Reich entsteht, das den Kontinent mit Rassismus und Krieg unterwirft. Unser Ziel war deswegen nicht mehr, wie vorher bei den Linken jedweder Couleur, die Revolution, sondern die Zerstörung oder zumindest Auflösung Deutschlands.

Die einen, wie die Grüne-Bundestagsabgeordnete Sieglinde Frieß, forderten, daß Frankreich direkt an Polen grenzen solle; andere schwärmten von der Aufteilung in Kleinstaaten wie zu Zeiten von Goethe und Schiller, weil dies angeblich den Militarismus gedämpft, die Kultur aber gefördert hätte; Realpolitiker wie Jürgen Trittin hofften dagegen auf eine allmähliche Einschmelzung Deutschlands in die Europäische Union - eine Idee, die mittlerweile kurz vor der Verwirklichung steht.

Schon 1991 zeigte sich, wie realitätsblind die Fixierung auf die NS-Vergangenheit machte - und wie leicht Linke dadurch in das Fahrwasser des amerikanischen Imperialismus gerieten. Als nämlich eine US-geführte Armada den Irak angriff, stellte sich ein Teil der Antideutschen hinter das Pentagon. Die Begründung klangen sie von Hans Magnus Enzensberger: Saddam Hussein sei ein "Wiedergänger Hitlers" und wolle mittels deutscher Chemiewaffen einen zweiten Holocaust an den Juden ins Werk setzen.

Einer der antideutschen Wortführer, Wolfgang Pohrt, ging in der Zeitschrift Konkret soweit, Atombomben auf Bagdad zu fordern. Die Zurückhaltung der Bundesregierung bei diesem Krieg kritisierten die linken Bellizisten nicht weniger als die Falken im Pentagon.

Fast wäre die neue Bewegung an diesem Punkt zerbrochen - nicht nur für mich war der Pro-Kriegskurs einiger Protagonisten unerträglich. Aber der Widerspruch trat schnell in den Hintergrund, weil der Irakfeldzug bereits nach zwei Wochen zu Ende war. Ab dann dominierte bis zum Ende des Jahrzehnts der Jugoslawien-Konflikt die politische Debatte, und an diesem Punkt standen die Antideutschen, zu meiner Befriedigung, an der Spitze der Friedensbewegung, wenn auch erneut mit einem schrägen Historizismus: Die meisten sahen noch die Wehrmacht vor Belgrad, als längst schon die Air Force bombardierte.

9/11 als Zäsur

In jenen Jahren begann meine langsame Ablösung von den Antideutschen. Zum einen, weil ich als Kenner der Balkanpolitik langsam, aber sicher merkte, daß die US-Amerikaner die Aggression gegen Jugoslawien vorantrieben, und nicht die Deutschen. Zum anderen, weil in Serbien etwas passierte, was das Gros der Linken bis heute ausblendet:

Die Sozialisten von Slobodan Milosevic schlossen ein Regierungsbündnis mit der - in der Optik der Antifa - faschistischen Serbischen Radikalen Partei von Vojislav Seselj. Ich begann zu ahnen, daß der gesamte Links-Rechts-Konflikt, der bis dahin mein Denken dominiert hatte,

künstlich konstruiert war, um ein bedrohtes Volk vom Widerstand gegen den Imperialismus abzuhalten.

Zum Bruch kam es mit den Anschlägen vom 11. September 2001. Da ich mich als Journalist schon immer in akribischer Recherche geübt hatte, merkte ich schnell, daß die offizielle Verschwörungstheorie von "Osama und den 17 Räufern", die aus einer Berghöhle am Hindukusch heraus den anspruchsvollsten Terroranschlag der Weltgeschichte durchgeführt haben sollten, nicht stimmen konnte. Der Rest der Antideutschen freute sich hingegen, endlich wieder einen Feind zu haben, dem man das Hitlerbärtchen ankleben konnte. Seither hat es diese Sorte Linker fertiggebracht, jeden Krieg der USA und Israels als antifaschistisch zu rechtfertigen - Afghanistan 2001, Irak 2003, Libanon 2006, Gaza 2009 - und lautstark auch die Bombardierung des Iran zu fordern.

Waren die Antideutschen in den 1990er Jahren eine verrückte linke Sekte mit ein paar hundert Anhängern, sind sie nach 9/11 zu einer vieltausendköpfigen Propagandakompanie der amerikanischen Neokonservativen und der zionistischen Rechten geworden. Seit sie auf jede Demonstration ihre USA- und Israelfahnen mitnehmen, fließen die staatlichen Hilfgelder für ihre Antifaprojekte.

Das System hat sich eine kriegerische Avantgarde gezüchtet, die jederzeit für die Durchsetzung der One World mobilisierbar ist - gegen fremde Völker ebenso wie gegen das eigene Volk. Mit meinem entschiedenen Widerstand müssen sie rechnen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/12-13): >>**Kalte Krieger in Pullach**

_ von Karel Meissner

Eine kleine Geschichte des BND von seiner Gründung durch Reinhard Gehlen bis zu seinem aktuellen Chef Gerhard Schindler: Es gab immer wieder Linienkämpfe zwischen einer pro-amerikanischen und einer entspannungsfreundlicheren Strömung.

... Seit es den Pullacher Geheimdienst gab," resümierte der Spiegel 1971, "lagen BND und SPD in Fehde. Die SPD hatte 1955 vor einer allzu pauschalen Übernahme der Organisation Gehlen in den Bundesdienst gewarnt; ... der BND wiederum verschloß sich jedem SPD-Einfluß. Er war ganz auf die Achse Gehlen-Adenauer eingeschworen.

Es gab kaum einen prominenten Sozialdemokraten, der sich nicht von BND-Schatten verfolgt fühlte. Erich Ollenhauer wurde beobachtet, der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann war Observations-Objekt, Egon Bahr folgten die Spurenleser bis nach Ost-Berlin und Rom, Herbert Wehner sah sich als Staatsfeind angeprangert."

Die Sozialdemokraten schlugen zurück, als 1969 die CDU/CSU erstmals die Macht in Bonn verlor und unter Willy Brandt eine SPD-geführte Bundesregierung ans Ruder kam. Brandt setzte mit Horst Ehmke seinen Kanzleramtsminister als Ausputzer beim BND ein. Ehmke erinnert sich, daß er einmal beim bayrischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauss wegen geheimer Waffengeschäfte der Pullacher intervenierte. Er wolle "wohl nicht mehr lange leben", habe ihm der CSU-Mann da gedroht.

Ehmke erreichte immerhin eine Säuberung der Spitze des BND, aber der Apparat blieb intakt. Am Sturz von Willy Brandt 1974 soll er seinen Anteil gehabt haben: Der BND wußte frühzeitig von der Spionagetätigkeit von Brandts Vertrautem Günter Guillaume für die Stasi, ließ den Sozialdemokraten aber in die Falle laufen.

Der BND manipulierte den bayrischen Landtagswahlkampf.

Unter Brandts Nachfolger Helmut Schmidt (1974 bis 1982) pendelte sich ein prekäres Gleichgewicht in den Diensten ein. Die ersten Jahre der Kanzlerschaft von Helmut Kohl waren von vielen Skandalen und Pleiten des BND gekennzeichnet.

"KGB und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin konnten über Jahre Maulwürfe in Pullacher Spitzenpositionen plazieren, die Zugang zum kompletten Personal-

bestand hatten", resümierte der Spiegel 1995 im Rückblick. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/17-19): >>**Die alliierte Schattenregierung**

_ Interview mit *Josef Foschepoth*

Seit Jahrzehnten überwachen die westlichen Siegermächte unsere Briefe und Telefonate. Dafür hat die Bundesregierung explizit Souveränitätsrechte abgegeben - bis heute.

Herr Professor Foschepoth, Sie haben Akten entdeckt, nach denen seit den frühen 1950er Jahren die Geheimdienste der westlichen Alliierten in der Bundesrepublik massiv den Postverkehr überwacht haben.

Deutschland war ein besetztes Land. Im Westen hatten die USA, Großbritannien und Frankreich die oberste Regierungsgewalt, bis 1955. Sie wollten aus Deutschland einen Staat machen, von dem nie wieder eine Gefahr ausgeht. Das erfolgte durch ein strenges Regiment. Um die Deutschen und das Umfeld im Kalten Krieg zu kontrollieren, hat man ein System der Überwachung entwickelt, das extreme Ausmaße angenommen hat. Man hat großflächig Post aus der DDR und Telefonate, etwa alle ein- und ausgehenden Telefonate aus Westeuropa, kontrolliert. Auf diesem Gebiet waren vor allem die Amerikaner führend. ...

Mit Souveränität hat das wenig zu tun.

Die alte Bundesrepublik ist nie ein wirklich souveräner Staat gewesen. Die Alliierten behielten sich weiterhin bestimmte Rechte vor. Dies betraf nicht nur die Berlin- und Deutschlandfrage, sondern auch die Frage der Truppenstationierung.

Und, wie ich erstmals herausgefunden habe, den sogenannten Geheimdienst- und Überwachungsvorbehalt. Damit durften die Geheimdienste der Alliierten in einer Art rechtsfreiem Raum in der Bundesrepublik tätig werden. Wenn etwa die Polizei ein Mitglied des eigenen oder gegnerischen Dienstes festnahm, durften die deutschen Behörden vorerst keine Ermittlungen aufnehmen, sondern hatten über den Verfassungsschutz umgehend die alliierten Geheimdienste zu informieren, die dann allein die Ermittlungen aufnahmen.

Dazu hatten sie mindestens 21 Tage Zeit. Für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs galt Entsprechendes, und zwar über die Wiedervereinigung hinaus. ...

Also besteht das Besatzungsrecht bis heute weiter?

Es gibt einen internen Briefwechsel zwischen der SPD und dem Staatsminister des Auswärtigen Amtes Harald Schäfer aus dem Jahre 1990. Darin schreibt der Staatsminister, Rechtsgrundlage für die Überwachung durch die Westmächte in der Bundesrepublik seien weiterhin der Zusatzvertrag zum NATO-Truppenstatut von 1959/63 und die entsprechenden Zusatzvereinbarungen. Dies ist bis heute die eigentliche Basis für die Überwachungsrechte der Amerikaner, die im Laufe der Jahre durch ein ganzes Geflecht von Verträgen, Gesetzen und geheimen Zusatzvereinbarungen ergänzt worden sind. ...

Gibt es irgendeine juristische Kontrolle?

Im Gegenteil. Das Grundgesetz wurde dahingehend geändert, daß der Bürger kein Recht hat, wenn er überwacht worden ist, über diese Überwachungsmaßnahme informiert zu werden. Selbst der Rechtsweg wurde 1968 in Ergänzung zu Artikel 10 des Grundgesetzes ausgeschlossen. Dies war und ist bis heute notwendig, um die Forderung der Alliierten nach strikter Geheimhaltung aller geheimdienstlichen Überwachungstätigkeiten zu erfüllen. ...

Könnte man diese Abkommen kündigen?

Genau das wäre logisch und dringend notwendig, wenn wir wirklich einen entscheidenden Schritt in Richtung von mehr Rechtsstaatlichkeit und Souveränität der Bundesrepublik, nach 60 Jahren ihrer Existenz, gehen wollen.

_ Prof. Dr. Josef Foschepoth ist Zeithistoriker an der Universität Freiburg. Seine Schwerpunkte sind unter anderem Kalter Krieg und alliierte Deutschlandpolitik, Konrad Adenauer und die deutsche Frage, Kommunismus und Antikommunismus, Post- und Telefonüberwa-

chung in der BRD. 2013 erschien sein Buch "Überwachtes Deutschland: Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik" ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/20-21): >>Angriffsziel Deutschland

_ von Karel Meissner

Unser Land steht im Fokus der europäischen Spionage der USA. Der Bundesnachrichtendienst unterstützt den Zugriff der Supermacht, offensichtlich mit Wissen der Bundesregierung. Seit Ende April 2015 kann das erschreckende

Ausmaß der Kollaboration des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit den US-Geheimdiensten bei der Spionage gegen deutsche Interessen nicht mehr verschleiert werden: Die Befehle aus Washington kommen drei bis vier Mal am Tag. Direkt von den Servern der National Security Agency (NSA) erhielt der BND seit 2004 insgesamt zwischen 800.000 (Zeit) und 4,6 Millionen (Spiegel) sogenannte Selektoren: Suchlisten mit IP-Nummern, Mailadressen, Telefonanschlüssen, die im Auftrag der USA zu überwachen sind. Die Süddeutsche Zeitung nennt sogar "690.000 Telefonnummern und 7,8 Millionen IP-Suchbegriffe".

In der Operation Eikonol sollten unter anderem der Siemens-Konzern, die Rüstungsschmieden EADS und Eurocopter - beide Teil der Airbus-Gruppe -, die französische und österreichische Regierung sowie die EU-Kommission ausgehorcht werden; vielfach offenbar mit Erfolg. Auch Auslandsvertretungen deutscher Firmen wurden vom BND elektronisch gefilzt, Erkenntnisse eilfertig über den Atlantik geschickt, wie ein Geheimpapier der Bundesregierung nahelegt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit informiert waren die jeweiligen Kanzleramtsminister Thomas de Maizière, Ronald Pofalla und Peter Altmaier, vielleicht auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. ...

Immer noch Feindstaat

Sicher: Die NSA und ihre Zuträger im britischen Geheimdienst GCHQ spitzeln auf dem ganzen Globus. 122 Staats- und Regierungschefs umfaßt die NSA-Abhörliste "Boundless Informant", die Edward Snowden 2013 enthüllt hat. Nach den von ihm gesicherten NSA-Dokumenten zapften Washingtons digitale Ohren zwischen Dezember 2012 und Januar 2013 in Spanien insgesamt 60 Millionen, in Frankreich 70 Millionen Verbindungen an. Doch in der Bundesrepublik schöpfen die Spione derartige Datenmengen teilweise an einem einzigen Tag ab. Sogar am Heiligabend 2012 lauschte die NSA 13 Millionen Mal, wenn sich die Deutschen per Telefon ein frohes Fest wünschten.

Auf der globalen "Heatmap" der NSA sticht Deutschland inmitten eines grünen und damit für die USA unwichtigen Kontinentes in Dunkelorange hervor - damit liegt die Bundesrepublik auf demselben Top-Level mit Überwachungszielen wie dem Irak und China. In dem dazugehörigen NSA-Papier heißt es, die Daten würden "against", also gegen, die jeweils genannten Staaten gesammelt. ...

Angela Merkel hatte zu Beginn der Snowden-Affäre im Sommer 2013 postuliert: "Auf deutschem Boden gilt deutsches Recht." Doch zumindest in den genannten US-Einrichtungen wird dieser Grundsatz immer noch gebrochen, Tag für Tag.

_ Karel Meissner war COMPACT-Volontär und studiert jetzt in Birmingham.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/27,29): >>Operation Alberich

_ von Jürgen Elsässer

Die Prism-Schleppnetzfangung der US-Geheimdienste habe auch in Deutschland einige Terroranschläge verhindert, heißt es. Das Beispiel der Sauerland-Bomber zeigt das Gegenteil: Der durch Internetüberwachung aufgedeckte Terrorplot war von einem CIA-Mann überhaupt erst angestiftet worden. ...

Neue Gesetze

Im Zuge der Terrorhysterie rund um die Sauerland-Gruppe präsentierte Schäuble weitreichende Vorstöße für Verfassungsänderungen, ja, sogar zur möglichen Einführung der Todesstrafe. "Das Grundgesetz würde doch zerbrechen, wenn wir es nicht anpassen würden, gerade bei solchen zentralen Fragen ... Die Amerikaner würden ihn (Osama bin Laden) exekutieren, und die meisten Leute würden sagen: Gott sei Dank. ... Wir sollten versuchen, solche Fragen möglichst präzise verfassungsrechtlich zu klären, und Rechtsgrundlagen schaffen, die uns die nötigen Freiheiten im Kampf gegen den Terrorismus bieten."

Diese Provokation des radikalen Badenens vom Juli 2007 stieß zunächst auf erhebliche Kritik. Mit der Festnahme der Sauerland-Gruppe Anfang September 2007 wendete sich das Blatt. Schäuble konnte sich als erfolgreicher Fahnder profilieren und nutzte die Publicity für weitere Angstmache.

Diesmal ging es ihm um einen Anschlag mit schmutzigen Atombomben: "Viele Fachleute sind inzwischen davon überzeugt, daß es nur noch darum geht, wann ein solcher Anschlag kommt, nicht mehr, ob." Und, als ob das nicht schon Horror genug wäre, setzte er nach: "Es hat keinen Zweck, daß wir uns die verbleibende Zeit auch noch verderben, weil wir uns vorher schon in eine Weltuntergangsstimmung versetzen."

Die SPD ging sofort nach der erfolgreichen Polizeiaktion in die Knie. "Noch vor Tagen gaben sich die Sozialdemokraten knallhart in der Ablehnung neuer Instrumente zur Terrorabwehr. Doch nach den gestrigen Festnahmen von drei mutmaßlichen Attentätern bröckelt die Front", hieß es auf spiegel.de. Mitte April 2008 brach der Widerstand der SPD zusammen. Die sozialdemokratische Bundesjustizministerin Brigitte Zypries einigte sich mit Schäuble darauf, Online-Durchsuchungen zu erlauben.

Einzigster Vorbehalt: "Ermittler dürfen ... auf Wunsch der SPD nicht in die Wohnung eines Verdächtigen eindringen, um Spähprogramme auf Computern zu installieren." (spiegel.de) Das ist auch gar nicht nötig: Die entsprechende Software, der sogenannte Bundestrojaner, kann auch über E-Mails eingeschleust werden. Gleichzeitig beschlossen die Parteien der Großen Koalition die Ergänzung des Großen Lauschangriffs durch die optische Wohnraumüberwachung.

Gleichzeitig beschloß die Große Koalition die optische Wohnraumüberwachung.

Von diesem Ergebnis her betrachtet ergibt sich die Antwort auf die Frage im Anfangsteil, warum im Rahmen der "Operation Alberich" eine derart riesige Polizeiaktion gegen offenkundig so dilettantische Täter notwendig gewesen war:

Den US-amerikanischen Geheimdiensten und ihren deutschen Helfern wie Schäuble ging es nicht darum, den Bürgern durch entschlossenes polizeiliches Handeln die Terrorangst zu nehmen - sondern diese überhaupt erst zu erzeugen. Mit dieser "Strategie der Spannung" schufen sie das geeignete Klima zur Durchsetzung einer Totalüberwachung, die sich gegen die gesamte Bevölkerung richtet.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/33,36): >>**Todesschwadronen in Hamburg**

_ von *Marc Dassen*

US-Killerkommandos machten nach dem 11. September 2001 Jagd auf Terrorverdächtige - auch in Deutschland. Unsere Dienste und Behörden mischten teilweise mit, teilweise wurden sie von den Amerikanern nicht einmal informiert. Das Kanzleramt schwieg.

Die US-Todesschwadronen scherten sich bei ihrem Antiterrorkrieg nach 9/11 nicht um die Gesetze und die Souveränität anderer Staaten - auch nicht im Falle der Bundesrepublik. Mitte Juli 2009 berichtete der britische Guardian:

"Dick Cheney, der frühere Vizepräsident, ordnete eine streng geheime CIA-Operation an, die vor dem Kongreß abgeschirmt wurde, weil sie die Grenzen der Legalität mit Plänen ausdehnte, al-Qaida-Kader in freundlich gesinnten Ländern zu ermorden, ohne Kenntnis der dortigen

Regierungen, so frühere Geheimdienstmitarbeiter.

" Mit der Ausweitung auch auf die Territorien verbündeter Staaten ging dieser Kill-Befehl weit über die offiziell von Präsident George W. Bush verkündeten Verschleppungs- und Folterbefehle, die ebenfalls menschenrechtswidrig waren, hinaus.

In Deutschland konnten sich die US-Geheimdienste ohnedies in einem sehr permissiven Umfeld bewegen. Nach dem 11. September 2001 verstärkte sich die Kooperation mit den deutschen Behörden stetig. Wolfgang Schäuble, Innenminister ab Oktober 2005, vertrat bald nach seinem Amtsantritt im Gespräch mit der Stuttgarter Zeitung die Auffassung, sogar die Verwertung von Erkenntnissen aus US-Foltergefängnissen sei nötig:

"Wenn wir sagen würden, Informationen, bei denen wir nicht sicher sein können, daß sie unter vollkommen rechtsstaatlichen Bedingungen zu erlangen waren, nutzen wir unter keinen Umständen - das wäre völlig unverantwortlich. Wir müssen solche Informationen nutzen." ...

Die Ausputzer

Das Kill-Programm der US-Geheimdienste, das Vizepräsident Dick Cheney nach 9/11 durchsetzen wollte, scheiterte auf dem Amtsweg. Ausgeführt wurde es trotzdem - mit Hilfe der Söldnerfirma Blackwater (heute: Academi). Deren Chef Erik Prince beschwerte sich Ende 2009 im Magazin Vanity Fair über die angebliche Zahnlosigkeit der Bush-Administration. Ersatzweise will Prince seine Leute in Bereiche, wo die CIA keinen Zugang hatte, eingeschleust und überhaupt als Ausputzer ("Mr. Fix-It") im Krieg gegen den Terror fungiert haben.

Die Mordkommandos der CIA sind ihm zufolge aufgrund des "fehlenden politischen Willens" auf Eis gelegt und schließlich 2004 ganz auf Blackwater übertragen worden. Von diesem Zeitpunkt an arbeiteten nicht mehr CIA-Agenten, sondern "Contractors" und ausländische Hilfskräfte für ihre Auftraggeber in Washington und Langley. Prince will die folgenden Aktionen erst einmal aus eigener Tasche vorfinanziert und erst im Nachhinein vom US-Geheimdienst Geld bekommen haben. So habe man das Programm nicht mit der US-Regierung in Verbindung bringen können.

_ *Marc Dassen ist COMPACT-Redakteur*<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/38,41): >>>Occupancy Germany? Schon passiert!

_ von *Martin Müller-Mertens*

Knapp 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hat die US-Armee immer noch umfassende Vorrechte in Deutschland. Nirgendwo im Ausland haben die Vereinigten Staaten mehr Soldaten stationiert als bei uns. In ihren Stützpunkten sind auch Niederlassungen der Schnüffelagentur NSA. ...

Atomwaffen in Deutschland

Die USA lagern einen Teil ihrer einsatzbereiten Atomwaffen auch heute noch vorgeschoben in Europa. Nach Schätzungen von Experten handelt es sich um 150 bis 200 nukleare Bomben der Typen B61-3 und B61-4. Ein hoher Beamter des US-Verteidigungsministeriums sagte 2009 bei der NATO, es gehe um etwa 180 Waffen. Diese Atombomben sind für Aufgaben im Rahmen der NATO vorgesehen und können von Jagdbombern der USA sowie einiger europäischer Länder eingesetzt werden, die sich an der nuklearen Teilhabe der NATO beteiligen.

...

Für die Wartung und den Zugang zu den Atomwaffen sind an allen Standorten der europäischen Luftwaffen, die sich an der technisch-nuklearen Teilhabe beteiligen - also in Büchel (Rheinland-Pfalz), Kleine-Brogel (Belgien), Volkel (Niederlande) und Ghedi (Italien) - jeweils 130 bis 140 US-Spezialisten zuständig. Sie tun in speziellen Einheiten Dienst, den Munitions Support Squadron (701-704 MUNSS). Die vier Squadrons unterstehen der 38. Muniti-

ons Maintenance Group (MMG) in Spangdahlem, die ihrerseits Teil der 38. Combat Support Wing in Sembach/Ramstein ist.

Die insgesamt rund 550 Soldaten sind auch dafür zuständig, daß nie ein einzelner Soldat oder gar ein Europäer ohne Begleitung durch US-Soldaten Zugang zu einer Atomwaffe bekommt. (Quelle: Berlin Information-Center for Transatlantic Security - bits.de)<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/43,45): >>**Raubtiere aus Ramstein**

_ von Jürgen Elsässer

So wird die Bananenrepublik zum Mordgehilfen: Von ihrem Pfälzer Truppenstützpunkt aus dirigieren die US-Amerikaner tödliche Drohnenangriffe auf der ganzen Welt. Die Bundesregierung schaut weg - und zahlt.

Der Eiserne Kanzler wacht noch über das Gebiet, aber er kann die Besatzer nicht mehr stoppen: Westlich von Kaiserslautern ragt der Bismarckturm, 19 Meter hoch, aus einem kleinen Waldstück heraus. Die Spitze der von innen begehbaren Sandsteinsäule ist der einzige Punkt, von dem aus man, ohne von der Militärpolizei festgenommen zu werden, eine knapp fünf Kilometer entfernte Siedlung observieren kann: die Air Base Ramstein, mit 35.000 Soldaten und 6.000 Zivilisten der personalstärkste US-Stützpunkt außerhalb der USA.

Auf den ersten Blick wirkt das Riesenareal mit Einkaufszentrum, Hotel und vielen Bäumen recht friedlich. Doch die Idylle trügt: Mit dem Feldstecher erkennt man zwei Start- und Landebahnen, auch Flugzeughangars. ...

Empörend ist, daß der deutsche Staat den US-Militärstützpunkt auch noch mit unseren Steuergeldern unterstützt. Mehrere Landesregierungen und der Bund haben seit 1999 über 170 Millionen Euro zum Aus- und Umbau von Einrichtungen in Ramstein beigesteuert, erfuhren Goetz und Fuchs von den zuständigen Ministerien.

So finanziert die Bundesregierung die Unterhöhlung des deutschen Rechtsstaates. Im NATO-Truppenstatut, das die juristische Grundlage für ausländische Soldaten in der Bundesrepublik ist, heißt es nämlich in Artikel 11 eindeutig, die verbündeten Streitkräfte hätten "das Recht des Aufnahmestaates zu achten". Die Todesstrafe ist in Deutschland verboten - zumal, wenn sie ohne vorherigen Gerichtsprozeß durch Mordmaschinen vollzogen wird.

Und Merkel und ihr Kabinett können sich auch nicht damit herausreden, daß auf den Stützpunkten US-amerikanische Gesetze gälten. Selbst Der Spiegel stellte dazu fest: "Zwar hat der Bund den USA per Vertrag die Nutzung der Liegenschaften zugesichert - allerdings mit der Auflage, daß sie auf dem mit Stacheldraht gesicherten Areal nichts unternehmen, was gegen deutsches Recht verstößt."

Im Oktober 2014 reichte der jemenitische Staatsbürger Faisal bin Ali Jaber eine Klage gegen die Bundesregierung ein, weil sein Schwager, ein gemäßigter Imam, der in seinen Predigten al-Qaida verurteilt hatte, und sein Neffe bei einer Drohnen-Attacke getötet worden waren. "Wenn es die Station auf der Air Base Ramstein in Deutschland nicht gäbe, würden Männer wie mein Schwager und mein Neffe heute noch leben. Es ist doch ganz einfach: Ohne deutsche Unterstützung würden die US-Drohnen nicht fliegen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/54-55): >>**Das Ende der Deutschland AG**

_ von Jürgen Elsässer

Die besten Adressen unserer Wirtschaft sind längst in ausländischem Besitz. Vor allem die Reformen der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder führten dazu, daß sich das angloamerikanische Finanzkapital die Filetstücke unter den Nagel reißen konnte. ...

Die Anti-Deutsche Bank

Das beste Beispiel für die Macht des angloamerikanischen Finanzkapitals war ein Putsch an der Deutschen Börse, erfolgreich durchgeführt vom Hedgefonds TCI. Im Frühjahr 2005 sam-

melte TCI genug Aktionärsstimmen, um den Rücktritt von Werner G. Seifert und Rolf E. Breuer, des Vorstands- und des Aufsichtsratschefs der renommierten Institution, zu erzwingen. Seifert und Breuer hatten die Übernahme der Londoner Börse LSE angestrebt, was dem Finanzplatz Frankfurt die Hegemonie in Europa und eine annähernde Parität zu New York verschafft hätte.

Das lag nicht im Interesse des angloamerikanischen Finanzkapitals, in dessen Auftrag die TCI-Aufkäufer handelten. "Auf ihren Druck hin verwandte die Deutsche Börse AG Anfang März 2005 einen großen Teil ihrer Barmittel nicht wie geplant für Akquisitionen wie den Kauf der LSE, sondern schüttete sie über Aktienrückkäufe an ihre Aktionäre aus. Statt in die Zukunft des Unternehmens floß das Geld in die Taschen der Aktionäre", bilanziert der gefeuerte Börsenchef Seifert.

Er nennt in seinem Buch Invasion der Heuschrecken. Intrigen - Machtkämpfe - Marktmanipulation. Wie Hedge Fonds die Deutschland AG attackieren insbesondere die Rothschilds als Drahtzieher - und den CDU-Politiker Friedrich Merz als Einpeitscher der Putschisten in Deutschland. Das Vorgehen der Londoner Konfidenten war so kaltschnäuzig und knallhart, daß selbst die bis dato fahrlässig agierende rot-grüne Bundesregierung aufschreckte:

Franz Münteferings "Heuschrecken-Rede" im Mai desselben Jahres soll von den Frankfurter Vorgängen inspiriert worden sein. "Wenn es noch eines Beweises für die Auflösung der Deutschland AG ... bedurfte, lieferte ihn TCIs Triumph am Main" bilanzierte anschließend die Welt am Sonntag.

Auch die Deutsche Bank ist vom internationalen Finanzkapital gekapert worden. Nachdem der Schweizer Josef Ackermann 1996 in den Vorstand des Geldhauses rückte, wurde zunächst der Vorstand entmachtet und ein quasidiktatorisches Führungsgremium, das Group Executive Committee, installiert. Dann verschob Ackermann die Machtbalance von Frankfurt am Main nach London und stellte Investmentbanker auf die Kommandobrücke des Geldhauses - die Finanzierung weltweiter Übernahmen wurde wichtiger als das traditionelle Heimatgeschäft. Meisterstück der neuen Mannschaft war der Verkauf von Mannesmann an die britische Vodafone im Jahr 2000, dabei sollen 57 Millionen Euro Schmiergelder geflossen sein.

"Degermanizing" nennt das Ackermanns kosmopolitische Truppe in London, Entdeutschung. Auf die Frage der Financial Times nach der sozialen Marktwirtschaft in Germany antwortete einer von denen: "Don't bullshit me."

"Adieu, Deutschland, der DAX haut ab". FAZ, 2006

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die großen BRD-Konzerne kaum protestieren, wenn die Merkel-Regierung ihre eigenen Exportmärkte kaputtmacht, indem sie nach Weisung aus Washington etwa Sanktionen gegen den Iran und gegen Rußland mitträgt: Diese Konzerne sind ja in ihrer Eigentumsstruktur mehrheitlich gar nicht mehr deutsch! Einzig Familienunternehmen wagen es noch, sich dem Druck der angloamerikanischen Finanzmacht und der gekauften Politiker zu entziehen.

Die Blutsauger

Die deutsche Traditionsmarke Opel steht vor dem Aus - weil Konzernmutter General Motors (GM) sie wie ein Vampir ausgesaugt hat. Insider sprechen von drei Milliarden Euro, die Opel von jenseits des Atlantiks bekommen müßte. Immer wieder verbuchte GM einen Teil seiner anderweitigen Konzernverluste bei der Tochter Opel, so daß das Europageschäft ein ständig wachsendes Minus aufwies: 780 Millionen Euro im dritten Quartal 2008, 1,9 Milliarden Euro im vierten Quartal 2008, im ersten Quartal 2009 glatte zwei Milliarden Euro.

Mitte März 2009 berichtete ein Opel-Insider unter dem Schutz der Anonymität gegenüber Welt-Online: "Wissen Sie, ich kriege einen Hass, wie GM uns ausgehöhlt, geplündert, leergeräumt hat. Wie die uns um unsere Patente beschissen haben! ... Eines Tages kamen GM-Leute aus Detroit und sagten, wir wollen jetzt alle eure Entwicklungen, Patente, das ganze Know

How. Das kriegen wir jetzt, bitte, und damit es rechnerisch fair zugeht, sagten die, gibt's im Gegenzug Schuldverschreibungen von uns. Jetzt liegen unsere Patente also bei GM, und für jedes Auto, das wir bauen, zahlen wir Gebühren an die. Muß ich erwähnen, daß Opel nie einen Cent für seine Patente gesehen hat?"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/64-65): >>**Die amerikanische Lobby**

_ von *Hans-Werner Klausen*

Die Macht im Verborgenen: US-Denkfabriken in Deutschland vernetzen Politiker und Wirtschaftsbosse, beeinflussen die öffentliche Meinung und führen Geheimkonferenzen durch. Eine Übersicht.

In US-Lobbygruppen betreibt das Who's Who der deutschen Funktionselite die Amerikanisierung der Gesellschaft.

Ihr Anliegen: die feste Einbindung Deutschlands unter US-amerikanischer Vorherrschaft. Ihre Methoden: Beeinflussung und Vernetzung der kollaborierenden Eliten, Herstellung einer kulturellen Hegemonie in der Öffentlichkeit durch regelmäßige Kampagnen. Alles versehen mit einem mal intellektuell-wissenschaftlichen, mal mildtätigen Anstrich: US-amerikanische Denkfabriken, Lobby-Gruppen und Pressure Groups in Deutschland. Ideologisch angeleitet aus Washington, vereinen sie das Who's Who der bundesdeutschen Funktionselite aus Politik, Wirtschaft und Medien.

Formal sind es private Vereine und Institute, oft informell agierende Plauderrunden. Doch diese harmlose Außendarstellung beschreibt nicht den wirklichen Einfluß. So bezweifelt etwa der Münsteraner Elitenforscher Hans Jürgen Krysmanski den privaten Charakter von Denkfabriken wie der Atlantik-Brücke oder dem European Council on Foreign Relations. In diesen Lobby-Verbindungen seien alle Schranken zwischen Politik und Wirtschaft gefallen, bilde sich eine Re-Feudalisierung der Gesellschaft heraus. Zur Durchsetzung einer US-Globalstrategie.

Logenähnlicher Interessenverband

Jene 1952 gegründete Atlantik-Brücke zählt zu den ältesten Euro-Politik Lobbyvereinen in Deutschland. Eng verbunden ist sie mit ihrer US-amerikanischen Partnerorganisation, dem American Council on Germany. Zum Vorstand zählen heute der Chefredakteur der Bild-Zeitung Kai Diekmann, Deutsche Bank-Chef Jürgen Fitschen, Münchner Sicherheitskonferenz-Frontmann Wolfgang Ischinger und der Vize-Präsident des Europäischen Parlaments Alexander Graf Lambsdorff.

Die Denkfabrik bleibt mit ihren Aktivitäten lieber im Hintergrund. Ihre 500 handverlesenen Mitglieder finden sich zu Tagungen und Arbeitsgruppen, aber auch einem von der Bundeszentrale für politische Bildung unterstützten Offizierstreffen zusammen. Die Atlantik-Brücke mauserte sich zu "einer der einflußreichsten und exklusivsten Organisationen der Berliner Republik", formulierte die Süddeutsche Zeitung. Für das Lexikon Lobbypedia ist die Atlantik-Brücke sogar ein "logenähnlicher Interessenverband, dem führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Medien angehören, die über das gemeinsame Netzwerk gesellschaftspolitischen Einfluß nehmen und Kontakte pflegen."

2010 sorgte eine Schlammschlacht um die Führung kurzzeitig für ungewollte Schlagzeilen. Alt-Atlantiker Walter Leisler Kiep und dessen Ziehsohn im Verein, der frühere Unions-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz, stritten wie die Kesselflicker um den Chefposten. Hintergrund waren Auseinandersetzungen um ein Sparprogramm der finanziell angeschlagenen Organisation. Schließlich setzte sich eine Paketlösung aus Merz und der einstigen SPD-Bildungsministerin Edelgard Bulmahn durch.

Besondere Bedeutung hat das alle zwei Jahre durchgeführte Young-Leaders-Programm der Atlantik-Brücke und ihrer amerikanischen Partnereinrichtung American Council on Germany.

Das Kadertraining für Führungskräfte zwischen 28 und 38 absolvierte auch der heutige Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir. Nachdem sich der damalige Nachwuchs-Politiker 2002 wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten zeitweise aus der deutschen Politik zurückziehen mußte, erhielt er als Transatlantic Fellow des German Marshall Fund den letzten atlantischen Schliff. Schon damals wählte ihn das World Economic Forum zum Global Leader of Tomorrow ("Weltführer von Morgen").

Zu den ehemaligen Young Leaders gehören übrigens unter anderem Karl-Theodor zu Guttenberg, Thomas de Maizière, Christian Wulff, der Vorstandschef des Luftfahrt- und Rüstungskonzerns EADS, Thomas Enders, der einstige RWE-Vorstandsvorsitzende Jürgen Großmann, Springer-Chef Matthias Döpfner und sein Bild-Chefredakteur Kai Diekmann.

Gaucks Chefplaner vom German Marshall Fund

Lange vergangen sind somit die Zeiten, in denen Lobbyisten in den Vorräumen der Parlamente - den Lobbys - auf ihre Chance warteten, Politikern Wünsche einzuflüstern. Amerikas Klienten nehmen selbst Platz in den Sesseln der Macht.

Erst im Juli hat Bundespräsident Joachim Gauck einen neuen Chef für seinen Planungsstab und die Redenschreiberei gefunden: Thomas Kleine-Brockhoff, der Mitte August sein Büro im Schloß Bellevue bezog. Kleine-Brockhoff hatte bisher seinen Arbeitsplatz in Washington beim German Marshall Fund of the United States (GMF), diente als Senior Fellow und Senior Director for Strategy. ...

"Geheime Weltregierung"

Die sogenannte Bilderbergkonferenz hat in den letzten Jahren immer wieder für Aufsehen gesorgt. Seit 1954 trifft sich die von Prinz Bernhard der Niederlande unter Mithilfe der CIA gegründete Organisation einmal jährlich unter größter Diskretion in wechselnden Luxushotels. Zu den Stammgästen gehören David Rockefeller, Vertreter der Rothschild-Dynastie, Gesandte europäischer Königshäuser, US-Präsidentenberater Henry Kissinger sowie Vertreter von führenden Großbanken und -konzernen.

Die von manchen als geheime Weltregierung bezeichnete Organisation fungiert auch als Casting für Politiker, die in den Augen der Bilderberger hoffnungsvoll sind: Angela Merkel erhielt dort im April 2005 vor ihrem Wahlsieg im November desselben Jahres ihre letzte Weihe. Weitere geladene Gäste aus der deutschen Prominenz waren Norbert Röttgen (2014), Jürgen Trittin (2012), Peer Steinbrück (2011), Joschka Fischer (2008) und Guido Westerwelle (2007). Die Alt-Atlantiker Helmut Schmidt und Josef Ackermann haben Dauerkarten für das elitäre Stelldichein.

Die Trilaterale Kommission tagt ähnlich abgeschottet wie die Bilderberg-Gruppe, aus der sie Anfang der 1970er Jahre hervorgegangen ist. COMPACT konnte dennoch von einem Teilnehmer einen Kurzbericht über das Jahrestreffen vom 15. bis 17. März 2013 in Berlin bekommen.

Anwesend waren unter anderem Gründer David Rockefeller, Jean-Claude Trichet (Ex-EZB-Präsident) und Peter Sutherland (Goldman Sachs). Aus Deutschland waren unter anderem vertreten: Michael Fuchs (MdB, Chef der Mittelstandsvereinigung der CDU), Norbert Wiecek (SPD, MdB), Wolfgang Gerhard (Chef der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung).

Das Hauptreferat hielt die Bundeskanzlerin. In Deutschland besteht die Sektion der Trilateralen aus etwa 25 Mitgliedern, darunter die gerade genannten. Sie trifft sich ungefähr alle zwei Monate. ...

_ Hans-Werner Klausen ist Experte für Geschichte und Gegenwart amerikanischer Neokonservativer und ihrer Netzwerke sowie globaler US-Beeinflussungsversuche. Er lebt in Berlin und ist in einer wissenschaftlichen Einrichtung tätig.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2016 im COMPACT-

Spezial Nr. 6 (x357/80): >>Besatzung im Kleingedruckten

_ von Marc Dassen

Die Bundesrepublik entstand 1949 als Protektorat der westlichen Siegermächte, ist aber nach gängiger Meinung spätestens mit der Wiedervereinigung vollständig souverän geworden. Dennoch gelten bis heute alliierte Vorbehaltsklauseln.

Grundgesetz ohne Geltungsbereich

Zum 29. September 1990 wurde per Bundestagsbeschluß der Artikel 23 des Grundgesetzes gestrichen. Er hatte bis dahin dessen Geltungsbereich beschrieben, der sich auf die "alten" Bundesländer erstreckte, und weiter festgehalten: "In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen. " Doch seltsam: Anstatt die neuen Bundesländer in Artikel 23 mit aufzunehmen, entfiel der entsprechende Passus an jenem 29. September 1990. Mit anderen Worten:

Als am 3. Oktober 1990 die Bundesländer der ehemaligen DDR mit denen des Westens wiedervereinigt wurden, war der Geltungsbereich des Grundgesetzes also schon seit einigen Tagen erloschen. Die Gebiete Mitteldeutschlands konnten der BRD nicht beitreten, wenn der Passus, der dies leisten sollte, nicht mehr existierte.

Kann eine Verfassung ohne Bestimmung des Geltungsbereichs überhaupt irgendwo Gültigkeit haben? Zum Vergleich: In den Bundesverfassungen der Schweiz (Artikel 1) und Österreichs (Artikel 2) ist der jeweilige Geltungsbereich - die Namen der Kantone beziehungsweise Bundesländer - an prominenter Stelle festgeschrieben.

Eine Beschreibung der wahren Verhältnisse nach Kriegsende gab Carlo Schmid als Vertreter der SPD am 8. September 1948 im Parlamentarischen Rat: "Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten."

Es wird deutlich, daß das Grundgesetz eben keine Verfassung, sondern lediglich ein Provisorium für die Besatzungszeit darstellte. Da dieses Gesetzeswerk aber bis heute gilt, bleiben Zweifel, ob diese Besatzungszeit wirklich zu Ende ist. Dafür spricht, daß alliierte Vorbehaltsklauseln, die etwa in Geheimverträgen zum Überleitungsvertrag 1954/55 und in Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von 1959 und 1998 festgeschrieben wurden, ihre Gültigkeit nicht verloren haben.

... Einen Friedensvertrag, der das ausschließen könnte, gibt es bekanntlich nicht. Mit ihrer Behauptung, seit 1990 sei alles gut, widerspricht Zypriens jedenfalls dem Juristen Gregor Gysi, der im Zuge der NSA-Affäre Anfang August 2013 feststellte: "Also ich muß ihnen mal ganz ernsthaft sagen, daß das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wir haben nicht das Jahr 1945. Wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden?" Es sind Aussagen wie diese, die das Mißtrauen wacher Bürger wecken und dringend einer Klärung bedürfen.

_ Marc Dassen ist COMPACT-Redakteur.<<

Großbritannien: Der schottische Autor Dr. Jim Macgregor schreibt im Jahre 2016 im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/16-17): >>... Auch wenn Clarks Prämisse für einige Deutsche eine Erleichterung darstellen mag - sie ist fehlerhaft und lenkt von der tatsächlichen Wahrheit ab. Wie so oft bei reaktionären Mainstream-Historikern gibt sich Clark als jemand, der tapfer unbequeme Wahrheiten ausspricht, während er tatsächlich jedoch historische Unwahrheiten wiederkaut.

Die Welt ist keineswegs so ahnungslos in die globale Tragödie geschlafwandelt, wie es Clark behauptet, statt dessen wurde sie von einem Geheimbund kriegstreiberischer englischer Ban-

kiers, Industrieller und Blaublüter in einen Hinterhalt gelockt.

Diese Bande hatte den Krieg seit über einem Jahrzehnt vorbereitet, und die Männer wußten, es würde deutlich mehr als einige militärische Erfolge auf dem Schlachtfeld oder einige Gefechte zu See erfordern, um zu gewährleisten, daß Deutschlands Zeiten als moderne, blühende Wirtschafts- und Industriemacht vorüber wären. Von Anfang an war in London auf einen langen, harten Zermübungskrieg hingearbeitet worden, an dessen Ende das florierende Deutschland in eine ländliche Einöde verwandelt sein sollte. ...<<

Der nordirische Autor Dr. Patrick Walsh schreibt im Jahre 2016 im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/20-25): >>>Schlafwandler? Von wegen!

Wie Großbritannien seinen Krieg gegen Deutschland plante

Rund um den 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs hat kein Buch so viel Lob eingeheimst wie *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* von Christopher Clark. Wie der Titel schon andeutet, erläutert Clark in dem Werk seine These, daß die Nationen Europas wie Schlafwandler in den Krieg hineinstolperten.

Für England gilt das allerdings nicht. Dort war der Krieg über ein Jahrzehnt hinweg geplant und gründlich vorbereitet worden. Und um das herauszufinden, muß man auch nicht extra in irgendwelche Geheimarchive steigen. Allein in den veröffentlichten Schriften und Unterlagen von Lord Hankey, Lord Esher und Henry Wilson - Männern, die im Mittelpunkt der Vorbereitungen und Planungen standen - sowie in den Werken von Archibald Colquhoun Bell, dem offiziellen Historiker der Royal Navy, finden sich hinlänglich Beweise.

Hätte jemand gegenüber diesen Männern erklärt, daß Großbritannien völlig unvorbereitet in den Ersten Weltkrieg geschlafwandelt sei, wären sie vermutlich zutiefst beleidigt gewesen und hätten es als unberechtigten Vorwurf empfunden, sie hätten ihre Pflichten vernachlässigt.

Seiner Frau schrieb Lord Esher (Reginald Baliol Brett) am 26. Februar 1923: "Ich sehe all meine Papiere bezüglich der Vorbereitungen für den Großen Krieg durch. Begonnen hat das 1905/1906. 1908 konnten wir bereits große Fortschritte vorweisen. Das kann ich anhand von Dokumenten belegen."

Nachfolgend ein Auszug aus Lord Eshers Tagebuch vom 4. Oktober 1911. Als Ständiges Mitglied im Committee of Imperial Defence erklärte er Premierminister Herbert Asquith, wie der Staat in den Großen Krieg zu ziehen gedenkt:

"Heute Morgen kam der Premierminister in mein Zimmer, um über die Admiralität zu sprechen. ... Dann sprachen wir über die Pläne des Generalstabs, eine Armee in Frankreich anzulanden. Der Premier ist gegen diesen Plan. Er will nichts davon hören, mehr als vier Divisionen zu entsenden. Das hat er (Kriegsminister Richard) Haldane auch so gesagt.

Ich erinnerte ihn daran, daß allein schon die Tatsache, daß der Plan des Kriegsministeriums im Detail mit dem französischen Generalstab ausgearbeitet wurde (was ja auch stimmt), uns doch gewiß zum Kampf verpflichtet, egal, ob es dem Kabinett gefällt, und daß sich der kombinierte Plan der beiden Generalstäbe behauptet. Es ist schon eine ungewöhnliche Sache, daß unseren Offizieren erlaubt wurde, alle Details zu arrangieren, die Züge, die Landungen, die Aufmarschgebiete usw., wiewohl das Kabinett niemals hinzugezogen wurde.

Ich fragte den Premierminister, ob es seiner Meinung nach möglich wäre, innerhalb von sieben Tagen nach Kriegsausbruch eine britische Streitmacht in Frankreich stehen zu haben angesichts der Tatsache, daß das Kabinett (die Mehrheit seiner Mitglieder) noch niemals von dem Vorhaben gehört hat. Er hält es für unmöglich! ... Alles in allem zeigte der Premierminister, daß er sehr viel über diese Probleme nachgedacht hatte."

An diesem Punkt wurden zwei unterschiedliche Kriegspläne der Admiralität und des Kriegsministeriums verknüpft und miteinander verschmolzen. Außerdem mußten sie zum rechten

Zeitpunkt dem Kabinett und dem Parlament enthüllt werden.

Der Premierminister mag seine Zweifel gehabt haben, daß im entscheidenden Augenblick ein derartig geheim vorbereitetes Projekt durch die Maschinerie des parlamentarischen Systems geschleust werden könnte. Aber Esher hatte recht: Alles lief nach Plan, und die Strukturen der britischen Demokratie stellten sich hinter die Vorkehrungen, die diejenigen Teile des Staats, die niemandem Rechenschaft schuldig waren, im Verlauf des vorangegangenen Jahrzehnts getroffen hatten.

Auf der ersten Seite von Band III der Tagebücher und Briefe von Lord Esher prangt ein Zitat von Lord Beaconsfield (Benjamin Disraeli): "Die mächtigsten Männer sind nicht diejenigen, die in der Öffentlichkeit stehen. Die öffentlichen Männer sind verantwortungsbewußt, und ein verantwortungsbewußter Mann ist ein Sklave. Es ist das Privatleben, das die Geschicke der Welt bestimmt." Im August 1914, als Großbritannien ankündigte, für die Demokratie in den Krieg zu ziehen, hat sich das definitiv als zutreffend erwiesen.

Das Committee of Imperial Defence

Der Verteidigungsrat Committee of Imperial Defence (CID) war das Organ, in dem die Planungen für Großbritanniens Feldzug gegen Deutschland erfolgten. Gegründet worden war der Ausschuß von Premierminister Arthur Balfour auf einen Vorschlag von Lord Esher hin.

Im September 1903 bot der Premier Esher die Position des Kriegsministers an, die dieser (wie es seine Art war) ablehnte. Die beiden Männer führten dann einen Schriftwechsel, in dem Esher dem Premierminister Empfehlungen gab, wie er nach dem Schock über den Verlauf des Burenkriegs den Kriegsapparat reformieren könnte.

Daraus entwickelte sich die Idee, das Committee of Imperial Defence ins Leben zu rufen. So übte Esher eine allgemeine Kontrolle auf das Kriegsministerium aus, da ihn sowohl der Premierminister mit vertraulichen Informationen versorgte als auch Sir George Clarke, der erste Sekretär des CID.

Der erste Bericht des Komitees wurde im Januar 1904 abgefaßt, damals noch unter dem Eindruck der Erfahrungen, die man im Krieg gegen die Buren gemacht hatte. Gefordert wurde, daß künftig "eine definitive und auf soliden Daten beruhende Kriegspolitik formuliert werden kann". Offiziell schloß sich Lord Esher dem CID, der in Whitehall Gardens zusammenkam, im Oktober 1905 an.

Das CID wurde vom National Efficiency Movement gefördert. Diese liberal-imperialistische Gruppe setzte sich dafür ein, daß "Spezialisten" die politischen Entscheidungen fällen, denn den gewählten Politikern unterstellte man, aufgrund der Kapriolen der Demokratie nur wenig Fachkenntnisse der Themen zu besitzen, die in ihre Zuständigkeit fallen.

Präsident des CID sollte der Premierminister sein, der "absolut freie Hand bei der Auswahl und Zusammensetzung der Mitglieder" haben sollte. Die wichtigsten Kabinettsmitglieder waren beteiligt, darunter der Schatzkanzler, der Außenminister, der Kriegsminister, der Erste Seelord, der Leiter des Marineaufklärungsdienstes und der Chef des Generalstabs. Aufgrund der Demokratisierungsprozesse in England mußten auch Politiker beteiligt werden.

Nachdem das Komitee anderthalb Jahre lang nur im Embryonalstadium existiert hatte, wurde das CID am 4. Mai 1904 offiziell zum Leben erweckt. Balfour machte das CID zu einer regulären Behörde des Staates mit einem permanenten Sekretariat, in dem Vertreter von Armee und Marine saßen. Sie konnten dafür sorgen, daß eine einheitliche Politik verfolgt wurde.

Ursprünglich sollte dieser Ansatz dazu dienen, das CID vor Liberalen zu schützen, die eine Kursänderung herbeiführen oder das Gremium einschränken wollten. Aber Balfour hätte sich in dieser Hinsicht keinerlei Sorgen machen müssen, denn als 1905/1906 die Regierungsgewalt wechselte, erhielten im neuen Kabinett von Henry Campbell-Bannerman die Liberalimperialisten Richard Haldane und Edward Grey die Schlüsselposten des Kriegsministers und Außenministers. Wahlprozeß und Regierungsbildung zogen sich in die Länge, so daß der Staat ohne

politische Einmischung beginnen konnte, sich für dieses Projekt in Stellung zu bringen. Dabei scheint insbesondere Esher die treibende Kraft gewesen zu sein, und im Zuge der weiteren Treffen war er auch an den politischen Winkelzügen beteiligt, die die "richtigen" Leute (das heißt: diejenigen, die das Projekt guthießen) in die "richtigen" Ämter hievten, von wo aus sie die Dinge vorantreiben konnten.

Balfour mag das CID begründet haben, aber es waren die liberalen Imperialisten, die dem gesamten Vorhaben Sinn und Richtung gaben. Zum Zeitpunkt der Gründung galt Frankreich als der größte Rivale, den Großbritannien in Europa hatte. Das Komitee mußte erst neu auf Deutschland als Widersacher eingestimmt werden. Für diese Sichtweise waren die Liberalimperialisten bereits in der Opposition eingetreten.

Wie die Zukunft aussehen würde, stand Esher klar vor Augen. Am 7. September 1906 schrieb er der Duchess of Sutherland: "... machen es die Gesetze der historischen und ethnographischen Evolution erforderlich, ... daß wir gegen eines der mächtigsten militärischen Imperien kämpfen, das je existierte. Das ist gewiß, und uns bleibt für die Vorbereitung nur sehr wenig Zeit."

Über die Rolle des CID schrieb Esher, es handele sich um ein "Organ, das zu Friedenszeiten die herrschende Obrigkeit über die für eine voraussichtliche Kriegsführung bestmögliche Vorbereitung berät. Es erfüllt die Aufgaben, die nach allgemeiner Auffassung Carnot für Napoleon leistete." (Graf Lazare Carnot war Frankreichs Kriegsminister unter Napoleon Bonaparte, Anmerkung des Übersetzers)

Die Entente cordiale von 1904 war kaum ein Jahr alt, da hatte sich das Committee of Imperial Defence bereits für die Vorstellung erwärmt, das britische Heer an der Seite des ehemaligen Feindes kämpfen zu lassen. Die Franzosen begriffen die Vereinbarung natürlich als Türöffner für eine militärische Übereinkunft, in deren Mittelpunkt Krieg gegen Deutschland stand. Frankreich wollte auf diesem Weg die Provinzen zurückerlangen, die man nach dem Angriffskrieg von 1870 verloren hatte. ...<<

Der niederländische Autor Mees Baaijen schreibt im Jahre 2016 im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die arglistigen Machenschaften des globalen Terrorimperiums (x337/156-157): >>... Nun stehen solide Beweise zur Verfügung, um die Arbeit der versteckten Hände hinter dem Ersten Weltkrieg und den begleitenden Machenschaften für eine neue Weltordnung nachzuweisen. ...

Die gleichen Leute - House, Baruch, Wilson, Milner, Schiff, Hoover, die Brüder Warburg, die Rothschilds und Rockefellers und viele andere, die hier nicht erwähnt wurden - tauchen immer wieder in führenden Rollen auf all den entscheidenden Schauplätzen auf, an denen sich dieses in Szene gesetzte böse Spiel entfaltet hat: bei der Störung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa; bei der Destabilisierung und Zerschlagung von Imperien; bei den finanziellen, politischen, militärischen, logistischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen und Operationen; bei der Übernahme oder Schaffung der zionistischen und kommunistischen "Basis-Bewegungen", um sie in der gewaltsamen Teile- und Herrsche-Politik zu verwenden; bei der Versailler "Friedenkonferenz", um weitere Kriege sicherzustellen; beim Projekt Weltordnungspolitik im Rahmen des Völkerbundes und hinter regionalen und globalen Organisationen zur Zentralisierung der Regierung.

All das wird listigerweise als die einzige Lösung ausgegeben, um regionales oder globales Chaos und Krieg durch "Frieden, Demokratie und Wohlstand" zu ersetzen - und zwar unter der verdeckten Kontrolle der internationalen Bankiers.

... Zigtausende an Publikationen wurden nach den Vorgaben der falschen amtlichen Darstellung geschrieben, in der unglückliche Zufälle die hauptsächliche und unbedarfte Erklärung für das ganze Gemetzel und Blutvergießen abgeben. Uns allen wurden die gleichen Geschichten in der Schule oder an der Universität, bei feierlichen Gedenkfeiern und auf Mahnmalen, im

Fernsehen und im Kino und über unzählige reißerische und seriöse Bücher eingetrichtert. Die großen Lügen wurden so in unserem Geist als die Wahrheit eingepägt, daß sie zum Teil unserer Identität geworden sind. ...

Diese Tatsache ist den von den Bankiers eingesetzten "Managern der Wahrnehmung" natürlich wohlbekannt. Wenn uns also die Wahrheit erzählt wird - die Briten und Amerikaner hätten das Blutbad des Ersten Weltkrieges vorbereitet und betrieben, und der Zionismus und Kommunismus in Rußland und anderswo seien von den internationalen Bankiers zu Gunsten ihres Projekts Neue Weltordnung finanziert und aufgebaut worden -, dann lehnen wir den Berichterstatter sofort als irrationalen, paranoiden, verrückten und wahrscheinlich gewalttätigen "Verschwörungstheoretiker" ab.

Im Jahr 2018 werden 100 Jahre seit dem Ende des Ersten Weltkriegs vergangen sein, und ebenso lange gibt es die Schachzüge der Bankiers für eine Weltregierung im Stil von 1984 oder *Schöne Neue Welt*. 2018 könnte das geeignete Jahr sein, um ein Gerichtstribunal wegen des Ersten Weltkriegs zu organisieren, in dem alle verfügbaren Beweise vorgelegt würden, um posthum die Architekten des Völkermords zu verurteilen und um ein für alle Mal der Öffentlichkeit und den Politikern klarzumachen, daß "alle Kriege Bankierskriege sind", auch die heutigen.

Es ist zu spät, um Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber ein solches Ereignis könnte für Menschen auf der ganzen Welt als Augenöffner dienen und dazu beitragen, das Projekt Neue Weltordnung der Bankiers mit seiner Angst- und Kriegsstrategie zu verstehen. Es ist heute immer noch in Gang und wird weitergehen, wenn wir, das Volk, es nicht verhindern.<<

Der deutsche Autor Dr. Helmut Roewer schreibt im Jahre 2016 im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/227): >>... Die vorsätzliche nunmehr 100-jährige Falschinformation über diese Dinge war sehr erfolgreich. Noch heute wird das Märchen von den deutschen Welteroberungsplänen, die angeblich den Krieg auslösten, für bare Münze genommen. Es soll ein barbarisches Hohenzollern-Regime hierfür die Verantwortung tragen. Dem hätten sich die friedfertigen demokratischen Staaten widersetzen müssen, um nicht unterzugehen. Das Für-wahr-Halten solcher Lügen beruht auf einem einfachen Mechanismus, den man als "Propaganda" bezeichnet.

Es geht bei der Propaganda um die stete Wiederholung einer Falschinformation, bis der Zuhörer sie für eine nicht hinterfragbare Tatsache hält. ...<<

2017

Der ist kein Narr, der gibt, was er nicht behalten kann, um zu gewinnen, was er nicht verlieren kann. *Francois VI. Duc de La Rochefoucauld (1613-1680, französischer Dichter)*

01.01.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 1. Januar 2017 (x892/...): >>**Einschränkungen der Rechte von Christen im Alltag in Europa**

Was haben der Ministerpräsident Ungarns, Victor Orbán, und die schwedische Rechtsanwältin Ruth Nordström gemeinsam? Beide werden von den Medien unsanft attackiert. Was haben die beiden verbrochen? Sie setzen sich für die christlichen Werte ein und scheuen sich nicht, dafür Nachteile in Kauf zu nehmen und einen Kampf gegen scheinbar übermächtige Gegner aus Politik, Medien und Justiz zu führen.

Christliche Werte sind nicht hoch im Kurs. Dies mußten beide erfahren.

Von Ralph Studer (Schweiz)

Victor Orbán, amtierender Ministerpräsident Ungarns sah sich seit Beginn seiner Regierungszeit im Jahre 2010 im Kreuzfeuer der Kritik. Orbán wurde u.a. vorgeworfen, er würde die Demokratie, den Rechtsstaat und die Grundrechte abschaffen und die "europäischen Werte"

gefährden. Im Rahmen der Flüchtlings- und Migrationsströme im Jahre 2015 und 2016 blies Orbàn erneut heftiger Gegenwind aus Politik und Medien ins Gesicht:

Der Bau von Schutzzäunen sorgte für Unmut, vor allem bei der Europäischen Union in Brüssel. Dabei - wenn man genauer hinschaut - kann dieses Vorgehen Orbàns nachvollzogen werden bzw. hielt er sich damit an seine rechtlichen Verpflichtungen: Er schützte die Schengen Außengrenzen und scheute sich nicht, auf die Gefahren dieser unkontrollierbaren Migrationsströme aus islamischen Ländern hinzuweisen. Doch er fand in der europäischen Elite kaum Unterstützung. Im Gegenteil.

Ein Blick zurück erklärt die Abneigung von Politik und Medien gegen Orbàn und seine Regierung:

Orbàn hatte vor der Wende 1989 an vorderster Front gegen den Kommunismus gekämpft und sah dessen katastrophale Auswirkungen auf Ungarn, insbesondere im Bereich Familie und Abtreibung. Er setzte deshalb als überzeugter Christ mit der Mehrheit des ungarischen Parlaments 2011 eine neue Verfassung in Kraft. Diese Verfassung rückt das Christentum und Gott ins Zentrum und schützt das ungeborene Leben seit der Empfängnis.

In der Verfassung steht das klare Bekenntnis, daß der wichtigste Rahmen unseres Zusammenlebens die natürliche Familie und die Nation darstellt und der Staat auf Werten wie Treue, Glaube und Liebe aufbaut. Werte, die den linksliberalen Kräften in Politik und Medien zuwiderlaufen. Die deutsche SPD-Politikerin Birgit Sippel brachte die Kritik aus linken und liberalen Kreisen an Orbàn auf den Punkt. Sie sagte: "Die Rückbesinnung auf den christlichen Gott, die Betonung auf ein die Nationen erhaltendes Christentum und die Betonung der Besonderheit der Ungarn ist nun wirklich nicht vereinbar mit den europäischen Werten." Eine klare Aussage.

Gehen wir nun zur eingangs erwähnten Ruth Nordström. Ruth Nordström ist Mitglied der "Vereinigung der Skandinavischen Anwälte für Menschenrechte". Sie erlangte europäische Bekanntheit durch ihren engagierten Einsatz für Ellinor Grimmark und das international garantierte Recht auf Gewissensfreiheit.

Der Fall Ellinor Grimmark. Zunächst eine kurze Sachverhaltsschilderung: Ellinor Grimmark war Hebamme in einem schwedischen Krankenhaus und erhielt die Kündigung, weil sie sich aus Gewissensgründen weigerte, an einer Abtreibung mitzuwirken. Ihre Anwältin Ruth Nordström reichte daraufhin Klage ein und verlor. Das zuständige schwedische Kreisgericht gab 2015 dem Krankenhaus Recht:

Hebammen müssen bereit sein, bei Abtreibungen mitzuwirken, weil die Region verpflichtet sei, dafür zu sorgen, daß Frauen effektiven Zugang dazu hätten. Ellinor Grimmark entgegnete, daß sie als Hebamme Leben schützen wolle und nicht töten. Da sie aber unter diesen Umständen in Schweden keinen Job mehr fand, mußte sie emigrieren und arbeitet heute als Hebamme in Norwegen. Wohlverstanden dieses Gerichtsurteil wurde im liberal-demokratischen Schweden und nicht in einem kommunistisch-diktatorischen Staat gefällt.

Die Reaktionen der schwedischen Öffentlichkeit sind sehr feindselig. So verglich z.B. die frühere Koordinatorin in Schweden gegen religiösen Extremismus und Gewalt, Mona Sahlin, Hebammen, die keine Abtreibung durchführen wollten, mit Dschihadisten, die für den IS kämpfen.

Die Hebamme und die besagte Anwältin Ruth Nordström wollen aber nicht aufgeben, weil es hier um mehr geht als nur um eine Hebamme, die sich weigert, bei der Tötung ungeborener Kinder mitzumachen. Es geht hier letztlich um den Umgang der Schweden mit der ethischen Verantwortung und der Menschenwürde im Gesundheitswesen.

Ähnlich wie Ellinor Grimmark erging es bereits zweier Hebammen in Großbritannien mit katholischer Werteüberzeugung, die sich ebenfalls weigerten, an Abtreibungen mitzuwirken. Hier ging es konkret um, daß sich die Krankenschwestern aus Gewissensgründen weigerten,

sowohl an direkten Abtreibungshandlungen als auch an deren Vor- und Nachbereitung mitzuwirken. Dazu seien sie aber verpflichtet, entschied 2014 das höchste englische Gericht, der Supreme Court, und verurteilte sie.

Der Jurist John Olusegun Adenitire von der Universität Cambridge kritisierte dieses Urteil. Vor allem übte er auch Kritik an den geltenden Richtlinien der British Medical Association und des Nursing and Midwifery Council, welche beide das Recht auf Gewissensfreiheit nicht adäquat regeln. Die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK stehe derzeit nicht hoch im Kurs. Auch wenn er nicht katholisch sei, so der Jurist Adenitire, müssen die rechtsstaatlichen Prinzipien gelten und auch gegenüber katholischen Krankenschwestern das Recht auf Gewissensfreiheit gewährleistet sein.

Auch im Bereich der Sterbehilfe zeigen sich jüngst Tendenzen, den Gewissensvorbehalt einzuschränken. So entschied zum Beispiel das Zivilgericht in Leuven, daß katholische Krankenhäuser und Pflegeheime in Belgien ihren Patienten den Zugang zur aktiven Sterbehilfe nicht verweigern dürfen. Eine 74-jährige Patientin hatte Lungenkrebs und wollte durch Euthanasie ihrem Leben ein Ende setzen. Das Heim erlaubte dem Arzt jedoch nicht den Zugang zur Patientin. Daraufhin brachten die Angehörigen die Frau nach Hause, wo der Arzt ihr die todbringenden Medikamente gab.

Die Richter argumentierten, daß sich das Pflegeheim nicht in die Beziehung zwischen der Patientin und dem Arzt hätte einmischen dürfen. Das Heim wurde zur Zahlung von 6.000 EUR Schadenersatz verurteilt. Während das belgische Gesetz vorsieht, daß sich Ärzte weigern können, aktive Sterbehilfe auszuführen, ist dies für Pflege- und Gesundheitseinrichtungen nicht klar im Gesetz festgelegt. Gesetzesvorschläge zur Ausweitung aktiver Sterbehilfe liegen vor, darunter die Forderung nach der Abschaffung der institutionellen Freiheit z.B. eines Altenheims oder eines Krankenhauses.

Damit könnten etwa christliche Institutionen nicht mehr selbst bestimmen, ob aktive Sterbehilfe in ihren eigenen Räumlichkeiten durchgeführt wird. Die Frage, ob Institutionen sich ebenfalls wie natürliche Personen auf das Grundrecht der Gewissensfreiheit berufen dürfen, wird die Gerichte zukünftig noch beschäftigen.

Diese wenigen Beispiele aus dem Gesundheitsbereich verdeutlichen, daß der säkulare Staat das Selbstbestimmungsrecht des Menschen praktisch verabsolutiert und sich von einer christlichen Ethik bzw. von einem christlichen Wertefundament, auf dem unsere Kultur einst stand, verabschiedet.

So ungeheuerlich und nachdenklich diese Beispiele machen, so absurd mutet es an, daß christliche Staaten wie der Vatikan und Polen sich heftiger Kritik Seitens des "UNO-Komitees für die Rechte des Kindes" ausgesetzt sahen. Was war der Grund? Die Anschuldigungen des besagten UNO-Komitees richteten sich im Jahre 2014 gegen die Haltung der Kirche in Fragen der Abtreibung, der Geschlechter und der Homosexualität.

Dieses Komitee zeigte sich in seinen "Empfehlungen" besorgt wegen der früheren Erklärungen des Vatikans zur Homosexualität, die u.a. nach Ansicht des Komitees zur sozialen Stigmatisierung und Gewalt gegen lesbische, schwule, bisexuelle und transsexuelle Jugendliche beigetragen hätten. Das Komitee äußerte auch Bedenken gegen die katholische Lehre, daß sich die Geschlechter ergänzen, denn dies - so das Komitee- "widerspreche der faktischen und rechtlichen Gleichheit".

Zudem kritisierte es, daß der Vatikan keine Informationen lieferte, welche konkreten Maßnahmen er ergriffen habe, "um die Geschlechterstereotype aus den Schulbüchern katholischer Schulen zu entfernen". Angriffspunkt waren auch die in verschiedenen Ländern oftmals von katholischer Seite organisierten sog. "Baby-Klappen" oder "Baby-Fenster". Zu guter Letzt zeigte sich das Komitee ernsthaft besorgt über die negativen Auswirkungen der Position des Vatikans, die Jugendlichen den Zugang zu Verhütungsmitteln bzw. Informationen über die

sexuelle und reproduktive Medizin zu verweigern.

Ähnlichen Vorwürfen Seitens des "UNO-Komitees für die Rechte der Kinder" sah sich auch Polen 2015 ausgesetzt. In den Empfehlungen des UNO-Komitees ist zu lesen, daß in Polen noch Geschlechterklischees vorherrschen, Gesetze gegen Homophobie nötig seien und der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln zu verbessern sei. Ist man sich dieser Kritik Seitens der UNO bewußt, werden die teilweise rüden Attacken der linksliberalen Medien und bestimmter politischer Kreise gegen das Land Polen bzw. seine Regierung im Jahr 2016 verständlich.

Daß es gefährlich sein kann, sich auf christliche Werte und die Bibel zu berufen, hat auch unlängst Christine Boutin erfahren müssen. Boutin war unter der Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy Ministerin für Wohnungs- und Städtebau verantwortlich. In einem Interview im Jahre 2014 wurde sie zur Homosexualität befragt und sagte unter anderem:

"Ich habe nie einen Homosexuellen verurteilt. Die Homosexualität ist ein Greuel, nicht der homosexuelle Mensch. Die Sünde ist nicht akzeptabel, doch der Sünder ist immer anzunehmen."

Christine Boutin wurde in Frankreich sowohl vor erster Instanz im Dezember 2015 als auch vor der Berufungsinstanz im Herbst 2016 für diese Aussagen wegen Anstiftung zu Haß aufgrund der sexuellen Orientierung verurteilt und u.a. zur Zahlung von 5.000 EUR als Geldstrafe verpflichtet. Boutin kündigte an, alle Rechtsmittel auszuschöpfen und diese Urteile an die nächst höheren Gerichtsinstanzen weiterzuziehen.

Bleiben wir noch in Frankreich. Die sozialistische Regierung unter Holland hat einen Gesetzesentwurf in die Nationalversammlung eingebracht, welcher Lebensschützern unter Androhung strafrechtlicher Folgen verbieten will, für Alternativen zur Abtreibung im Internet zu werben. Der derzeitige Gesetzesentwurf sieht vor, daß Internetseiten gesperrt und deren Betreiber strafrechtlich belangt werden können, wenn durch das Informationsangebot auf Frauen "psychischer Druck" ausgeübt wird, nicht abzutreiben. Lebensschützer würden dadurch kriminalisiert und müßten fortan mit einer Strafe von bis zu zwei Jahren Gefängnis und 30.000 EUR Busse rechnen. Und dies dafür, daß sie Leben retten wollen.

Es ist davon auszugehen, daß Aussagen auf der Webseite über den Tod des ungeborenen Kindes durch die Abtreibung oder Informationen zum "Post-Abortion-Syndrom" bereits strafrechtlich für eine Verurteilung ausreichen würde. Die Nationalversammlung stimmte diesem Entwurf zu. Jetzt ist der französische Senat damit befaßt, bevor dann endgültig die Nationalversammlung darüber abstimmt. Die Lebensschützer in Frankreich gehen harten Zeiten entgegen.

Einen anderen Kampf kämpfen christliche Eltern in Deutschland. Sie setzen sich ein für das christliche Menschenbild, ihre Elternrechte und den Schutz von Ehe, Familie und ihrer Kinder. Sie wehren sich gegen den neuen Lehrplan zur Sexualerziehung im Bundesland Hessen und gegen die darin enthaltene Genderideologie.

Darin werden Ehe und Familie relativiert, indem sie auf eine Variante partnerschaftlichen Zusammenlebens reduziert werden neben nichtehelichen Partnerschaften, Patchworkfamilien und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Im Zentrum dieses Lehrplans steht dabei die fächerübergreifende Thematisierung der "Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten". U.a. sollen folgende Themen im Lehrplan verbindlich bearbeitet werden:

- 6 bis 10 Jahre: "kindliches Sexualverhalten" und "gleichgeschlechtliche Partnerschaften"
- 10 bis 12 Jahre: "unterschiedliche sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten (Hetero-, Bi-, Homo- und Transsexualität)"
- 13 bis 16 Jahre: "erste sexuelle Erfahrungen", "Schwangerschaftsabbruch", "Aufklärung über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität"

- 16 bis 19 Jahre: "Adoption", "Leihmutterschaft", "künstliche Befruchtung", "geschlechtsspezifisches Rollenverhalten"

Dieser Lehrplan ist mittlerweile vom hessischen Kultusminister, Ralph Alexander Lorz (CDU) durch Ministerbeschluß in Kraft gesetzt worden, obwohl der Landeselternbeirat und die katholischen Bischöfe sich dagegen geäußert hatten. Zugestimmt hatten dagegen die evangelischen Landeskirchen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß diese Sexualerziehung "für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich und nicht an die Zustimmung der Eltern gebunden" ist.

An dieser Stelle sei an die in den Jahren 2012/2013 in den Medien bekannt gewordenen Fällen von Eltern erinnert, die in Deutschland sich weigerten, ihre Kinder in diese Sexualerziehung zu schicken, dafür gebüßt wurden und letztlich im Gefängnis landeten, weil sie die Buße nicht bezahlten.

Doch zurück zum Lehrplan des Bundeslands Hessen. Bei der am 30. Oktober 2016 durchgeführten Demonstration in Wiesbaden wehrten sich die betroffenen Eltern, weil der Lehrplan den Eindruck erwecke, es sei wissenschaftlich geklärt, was eine sexuelle Orientierung oder eine sexuelle Identität ausmache und alle Varianten sexueller Orientierung und Identität gleichwertig seien.

Gleichzeitig verteidigten die betroffenen Eltern eine Sexualerziehung, in der die Sexualität nicht einfach zur Verhandlungssache oder auf ein Instrument der Lust reduziert wird. Sie standen für eine Sexualerziehung ein, welche Liebe und Verantwortung betont, die Fruchtbarkeit einbezieht und die Sexualität eingebettet ist in Werte und Normen, in Ehe und Familie. Sexualität sei nicht nur Natur oder Trieb, sondern immer auch Kultur.

Ebenfalls einen schweren Stand haben die nach Deutschland gekommenen christlichen Flüchtlinge, die in Flüchtlingsheimen untergebracht sind. Aus den Erhebungen des überkonfessionellen Hilfswerks "Open Doors" im Jahr 2016 wird deutlich, daß die Zahl religiös motivierter Anfeindungen und Übergriffe von seiten muslimischer Mitflüchtlinge sowie des muslimischen Wachpersonals gegenüber Christen im Wachsen begriffen sind. Gewalt, Beleidigungen, Todesdrohungen und sexuelle Übergriffe wurden von den Betroffenen genannt.

Diese Verfehlungen richten sich auch besonders gegen Konvertiten, die vom Islam zum christlichen Glauben übergetreten sind und häufig nicht nur als Verräter ihres Glaubens, sondern auch als Verräter ihres Volkes, ja sogar der Gesamtheit der Moslems angesehen werden. Alarmierend ist gemäß "Open Doors" die Tatsache, daß christliche Flüchtlinge in zunehmendem Masse dieselbe Verfolgung und Diskriminierung wie in ihren islamischen Herkunftsländern erleiden und nicht einmal in Deutschland den erhofften Schutz erhalten.

Die staatlich garantierte Religionsfreiheit wird so zur leeren Hülle. Aufgrund dieser Mißstände fordert "Open Doors" u.a. die getrennte Unterbringung von Christen sowie anderen religiösen Minderheiten, die bereits Opfer von Verfolgung und Diskriminierung geworden sind und die Erhöhung des nicht-muslimischen Anteils innerhalb des Wachpersonals.

Abschließend werfe ich einen Blick auf zwei Themenbereiche aus der Schweiz, die verdeutlichen, daß der staatliche Schutz christlicher Werte nicht mehr hoch im Kurs ist. Im ersten Fall wehrte sich die Heilsarmee gegen ein Gesetz im Kanton Neuenburg, welches vorsah, daß öffentlich anerkannte gemeinnützige Institutionen den Wunsch des Patienten nach einem begleiteten Suizid in ihren Räumlichkeiten respektieren müsse.

Die Heilsarmee sah darin einen Verstoß gegen die Religionsfreiheit. Das Bundesgericht kam jedoch zum Schluß, daß die Heilsarmee in ihrem Heim in Neuenburg den begleiteten Suizid zulassen muß. Dabei begründete das Bundesgericht sein Urteil im Wesentlichen damit, daß jeder Mensch aufgrund seines Selbstbestimmungsrechts selbst entscheiden könne, wann und wie er sterben wolle.

Dies müsse der Staat respektieren. Die Heilsarmee genießt zwar laut dem Urteil den Schutz

der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Sie hatte in diesem Fall ihr Heim jedoch öffentlich anerkennen lassen und erhielt staatliche Subventionen. Damit gilt gemäß Bundesgericht das Heim als öffentliche Institution und fällt unter diese neue Gesetzgebung des Kantons Neuenburg.

Der zweite Fall betrifft Organisationen, die im Schnittbereich zwischen Landeskirchen und Freikirchen stehen. Diese sollen zukünftig keine staatlichen Fördergelder mehr für ihre Jugendarbeit erhalten, so entschied das Bundesamt für Sozialversicherungen in mehreren Fällen. Diese Entscheide des Bundesamts für Sozialversicherungen wurden in den letzten Monaten durch Urteile des Bundesverwaltungsgerichts geschützt. Christliche Vereine im Jugendbereich bekommen somit nach dem neuen Kinder- und Jugendförderungsgesetz nur noch staatliche Hilfe, wenn sie darlegen können, daß sie vielfältige Aktivitäten anbieten, die der Entwicklung junger Menschen förderlich sind und nicht ihre eigene Glaubensüberzeugung ins Zentrum stellen.

Auf einen Aspekt sei hier besonders hingewiesen: Während christliche Jugendorganisationen ihre Weltanschauung in der Jugendarbeit nicht zentral zur Schau tragen dürfen, erhalten hingegen die Jungparteien von SP, SVP, CVP, FDP oder Grüne weiterhin staatliche Beiträge, obwohl diese klarerweise ihre politischen Positionen und somit ihre Weltanschauung verbreiten. Hierzu stellt das Bundesverwaltungsgericht nüchtern fest:

Aus der Botschaft zum neuen Kinder- und Jugendförderungsgesetz ist klar zu entnehmen, daß gemäß den eindeutigen Bestrebungen des Schweizerischen Bundesrats die politische Teilnahme von Kindern und Jugendlichen gefördert werden sollte, währenddessen der Bundesrat keine Förderung der Religiosität von Kinder und Jugendlichen als Ziel gesetzt hat. Offenbar sei eine unterschiedliche Behandlung von Organisationen mit religiösem Hintergrund auf der einen Seite sowie von politischen Jugendverbänden auf der anderen Seite gewollt. Somit liege auch kein Verstoß gegen die Rechtsgleichheit vor, so das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen.

Somit komme ich zum Fazit meiner Ausführungen:

Christliche Werte und Positionen werden in unseren europäischen Staaten zunehmend zurückgedrängt. Christliche Persönlichkeiten wie Victor Orbán oder Ruth Nordström sehen sich zunehmend einer gewaltigen Lawine von Anfeindungen in Medien und Politik ausgesetzt. Der Preis ist hoch und es ist die Frage, ob wir selber bereit sind, diesen Preis zu bezahlen. Die genannten Beispiele zeigen, daß der säkulare Staat mehr und mehr sein atheistisches bzw. linksliberales Antlitz enthüllt, das Selbstbestimmungsrecht des Menschen praktisch verabsolutiert und sein christliches Erbe verleugnet.

Die christlichen Wahrheiten und Werte wie der Schutz der natürlichen Familie und des ungeborenen Lebens geraten in Gefahr, gänzlich aus Staat und Gesellschaft verbannt zu werden. Das Natürliche ist plötzlich unnatürlich. Das Logische plötzlich unlogisch. So ähnlich erging es auch der Hauptfigur Winston Smith in George Orwells fast schon "prophetischem" Buch "1984", als dieser durch Folter dazu gebracht wird, zu glauben, daß zwei und zwei fünf ist. Für die Wahrheit einzustehen kann plötzlich zum revolutionären Akt werden.

Es ist klar und dezidiert der immer wieder geäußerten Position zu widersprechen, daß der Staat sich eben in seinem Handeln religiös- und wertneutral verhalten müsse, weshalb er sich nicht für die christlichen Werte einsetzen und diese vertreten dürfe. Dies ist schlicht und einfach falsch. Es gibt kein neutrales Verhalten des Staates. Jegliche Entscheidung und jegliches Handeln tragen einen Wert in sich.

Werden Hebammen sozusagen "gezwungen", Abtreibungen durchzuführen bzw. sich daran zu beteiligen und gewährt der Staat ihnen kein Recht, ihrem Gewissen zu folgen, dann verwirft der Staat implizit die christliche Überzeugung und das christliche Wertefundament, das menschliche Leben von der Empfängnis an zu schützen und die Einzigartigkeit jedes Men-

schen anzuerkennen. Der Staat steht somit faktisch auf dem Boden einer feministischen, linksliberalen und atheistisch-materialistischen Weltanschauung und begünstigt letztlich eine Kultur des Todes.

Wir stehen in einem mit harten Bandagen geführten Kulturkampf, einer Kulturrevolution wie sie spätestens seit der 68er Bewegung gegen die christliche Werteordnung in Gang ist. Gerade in unserer heutigen Zeit ist es eine unserer wichtigsten Aufgabe als Christen, uns für die Wahrheit und die Gerechtigkeit einzusetzen.

Unser Einsatz für eine christliche Gesellschaft und für einen christlichen Staat ist unentbehrlich. Als Christen sind wir zum Kampf geboren.

Treffend hat es Vladimir Palko, ehemaliger Innenminister der Slowakei in seinem sehr lesenswerten Buch "Die Löwen kommen" ausgedrückt: "Wir stehen in einer großen kulturellen Wende, die über die Kontinente hinweg stattfindet. Man darf sich nicht mit ihr abfinden und muß sich aber auch nicht vor ihr fürchten. Man muß sie aushalten. Wir müssen uns gegenseitig unterstützen. Verlieren wir nicht den Mut und den Humor! Glauben wir nicht an unsere Überlegenheit. Vergessen wir nicht, daß wir keine Heiligen sind. Wir sind gewöhnliche Menschen, die Fehler machen, die aber wissen, daß ihr Kampf nicht nur ein menschlicher Kampf ist."

Ich erinnere hier auch an die Worte von Johanna von Orléans oder besser bekannt unter dem Namen Jeanne d'Arc, welche unerschrocken im Auftrag Gottes das französische Heer im Krieg gegen die Engländer im Hundertjährigen Krieg anführte: "Die Soldaten werden kämpfen und Gott wird den Sieg verleihen". ...<<

02.01.2017

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 2. Januar 2017 folgender Bericht über die Folgen der Massmigration (x1.014/...): >>**Soros und Merkel zum Neuen Jahr**

Die Antworten von Unten stehen noch aus

Von *Ulrich Gellermann*

Kühl und gelassen sagt uns der Multimilliardär George Soros zum Jahresende auf einer ganzen Seite der WELT die Wahrheit ins Gesicht: "Die Globalisierung hatte weitreichende wirtschaftliche und politische Folgen. Sie erhöhte die Ungleichheit sowohl innerhalb der armen als auch innerhalb der reichen Länder." Von der Höhe eines 25-Milliarden-Dollar-Vermögens aus läßt sich das leicht und locker sagen.

Von der Klarheit des Herrn der Finanzoligarchie weit entfernt speist uns Angela Merkel per Neujahrs-TV-Auftritt mit diesem Satz ab: "Zu dem, was mir Mut für unser Deutschland macht, gehört auch unsere soziale Marktwirtschaft. Sie läßt uns Krisen und Veränderungsprozesse besser meistern als jedes andere Wirtschaftssystem auf der Welt."

Soros stattet seine Perspektiven immerhin mit einem Teil der Wahrheit aus. Die Kriege im Ergebnis der Globalisierung läßt er aber lieber weg. Frau Merkel verzichtet gleich auf alles, was in die Nähe der Wahrheit führen könnte: Keine Kinderarmut, keine Altersarmut, sogar die noch bei Gauck obligaten Grüße an die tapferen Bundeswehrsoldaten überall auf der Welt fallen bei ihr weg: Man könnte ja auf Ideen kommen.

Während die Kanzlerin nahezu ein Drittel ihrer Rede dem Terrorismus widmet, über dessen Ursachen sie vornehm und gründlich schweigt, kommt Soros mit seinen Sorgen ziemlich unverblümt zur Sache: "Die USA werden nicht mehr die Demokratie in aller Welt schützen." Aus dem Oligarchischen übersetzt, fürchtet der mächtige Mann, mit Trump könne die gute Zeit der Regime-Changes und der Interventionskriege zu einem vorläufigen Ende kommen. Und schiebt deshalb nach: "Selbst die USA - das weltweit führende demokratische Land - haben einen Hochstapler und Möchtegern-Diktator zum Präsidenten gewählt."

Einen winzigen Zipfel dieser Befürchtung läßt auch die Dame Merkel durchblicken, wenn sie

sagt: "Viele verbinden mit diesem Jahr 2016 auch das Gefühl, die Welt insgesamt sei aus den Fugen geraten oder das, was lange Zeit als Errungenschaft galt, sei jetzt in Frage gestellt." Die Errungenschaften der US-Welt, der Frau Merkel lange und freundschaftlich verbunden war, sind in den Trümmern des Iraks, Libyens und Syriens zu besichtigen. Und von den Normalos, durchweg Merkel-Fans, könnte noch mehr in Frage gestellt werden. Sogar die Kanzlerin selbst.

Wenn Soros, der Chef der Finanz-Oligarchen, dem neuen US-Präsidenten Trump den Kampf ansagt, stellt sich die Frage, welche Fraktion des großen Geldes denn der neue Mann im Weißen Haus vertritt. Bei der Durchsicht seiner Wahlkampf-Spender findet man wesentlich die Immobilien-Branche, Casino- und Hotelbesitzer und Medienunternehmer. Herausragend unter den großen Unterstützern Trumps ist der Milliardär Sheldon Adelson: Glatte 25 Millionen US-Dollar machte er locker.

Als alter Gegner von George Soros ist Adelson bisher in Ost-Europa nicht unangenehm aufgefallen: Kein Engagement in der Ukraine, Georgien oder Moldawien, wo die Soros-Foundation ihre Version von marktförmiger Demokratie verbreiten will. Adelson investiert sein Geld lieber in Medienprojekte, um die Rechtsentwicklung Israels zu fördern: Seit 2007 wurde die erste Ausgabe von "Israel HaYom" veröffentlicht. Mitte 2010 erlangte die Gratiszeitung in Israel einen Leseranteil von mehr als 35 %.

Das Leib- und Magenblatt von Benjamin Netanjahu verbreitet gern die These, daß die Palästinenser "ein erfundenes Volk" seien. Das Profil von Sheldon Adelson rundet sich ab, wenn man weiß, daß er rund 30 Millionen US-Dollar für den Think Tank "Freedom's Watch" ausgab, um den "Anti-Terror-Krieg" von George W. Bush freundlichst zu begleiten. US-Präsidenten haben einen gewissen Spielraum bei der Gestaltung ihres Amtes.

Aber ohne Bündnisse kann auch der scheinbar mächtigste Mann der USA nur wenig durchsetzen. Als ein wichtiger Bündnispartner von Trump ist bisher die konservative Denkfabrik Heritage Foundation erkennbar. Von der stammt die seltsame Erkenntnis "Rußland will seine strategische Position in der Welt auf Kosten der Vereinigten Staaten maximieren". Ob Trumps entspannte Sprüche zu Rußland die Beratung durch die Heritage Foundation überleben werden, ist nicht ausgemacht.

Doch so lange nicht deutlich erkennbar ist, daß Trump den Anti-Rußlandkurs seines Vorgängers fortführt, gilt Soros Sorge der Europäischen Union. Die Union sieht er offenkundig als eine Auffangstation für sein Verständnis von Demokratie: "Ich war von Beginn ein leidenschaftlicher Befürworter der Europäischen Union. Ich betrachtete sie als die Verkörperung der Idee einer offenen Gesellschaft."

Aber anders als Angela Merkel ist der Machtanalytiker Soros in der Lage, zumindest eine große Schwäche der EU deutlich zu erkennen: "Deutschland stieg zur Hegemonialmacht innerhalb Europas auf, ohne freilich den Verpflichtungen gerecht zu werden, die erfolgreiche Hegemonien erfüllen müssen: sich über ihr enges Eigeninteresse hinaus um die Interessen der von ihnen abhängigen Menschen zu kümmern. Deutschland setzte ein Austeritätsprogramm durch, das seinem engen Eigeninteresse diene."

Was bei Soros so klingt, als sei es bei Oskar Lafontaine abgeschrieben, gerinnt bei Angela Merkel zum unverbindlichen Rasonieren: "Ja, Europa ist langsam. Es ist mühsam. Es hat tiefe Einschnitte wie den Austritt eines Mitgliedsstaats hinzunehmen. Und - ja - Europa sollte sich auf das konzentrieren, was es wirklich besser kann als der nationale Staat."

Aber nicht einmal das Wort Brexit kommt ihr über die Lippen, geschweige daß die allgemeine Rechts-Rechts-Entwicklung der Europäischen Union bei ihr Erwähnung fände. Der Frau schwant was. Doch mag sie es weder aussprechen, noch wird sie den allmählichen Verfall der Europäischen Union wirksam angehen wollen. Alles bei ihr ist auf Weiter-So angelegt.

Dem Milliardär gehen die schlichten Wahrheiten in seinem Neujahrs-Text flott von der Hand:

"Das Fehlen von Strategien zur Umverteilung ist die Hauptquelle der Unzufriedenheit, die die Gegner der Demokratie (gemeint ist das gängige Kapitalmodell der Demokratie) ausgenutzt haben." Wo Soros immerhin die Ursachen der Rechtsentwicklung erkennt ohne die Verursacher, zu denen er selbst gehörte und gehört, mit Namen zu nennen, gerät das bei Merkel zum allgemeinen Genörgel: "Wo Europa - wie im globalen Wettbewerb, beim Schutz unserer Außengrenzen oder bei der Migration - als Ganzes herausgefordert wird, muß es auch als Ganzes die Antwort finden - egal wie mühsam und zäh das ist."

Um dann aber schnell den Sack des Ganzen wieder zu schließen: "Und wir Deutschen haben jedes Interesse daran, eine führende Rolle dabei zu spielen." - Zunehmend weniger Menschen in Deutschland sind bereit dem Konstrukt EU zu folgen. Immer weniger Menschen in Europa wollen der führenden Rolle Deutschlands folgen. Immer mehr treibt sie die Angst vor dem sozialen Abstieg um, falls sie nicht längst abgestiegen sind. Die Antworten der Regierenden auf die bangen Fragen nach der sozialen Zukunft sind fadenscheinig. Antworten von Unten stehen noch aus.<<

03.01.2017

BRD: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 1 berichtet am 3. Januar 2017:

>>**Selbstbestimmtes Handeln als Grundlage von Recht und Frieden**

von *Professor Dr. phil. Dr. h.c. Dr. h.c. Hans Köchler**

... Recht erfordert Abwesenheit von Willkür

Was das Recht betrifft, so erfordert dieses zu allererst die Abwesenheit von Willkür. Das ist das Um und Auf von Rechtsstaatlichkeit. Damit bedarf das Recht eben auch eines Zusammenwirkens auf der Basis der Freiheit und Gleichheit aller - also Umstände, die ihrerseits den selbstbestimmten, nicht den fremdbestimmten, Bürger voraussetzen. Was den Frieden als politisches Ziel angeht, so erfordert dieser - ob zwischen den Individuen innerstaatlich oder zwischen den Kollektiven international - Respekt, das heißt Akzeptanz auf der Basis der Gegenseitigkeit.

Dies ist wiederum nur möglich, wenn jeder Bürger selbstbestimmt zu handeln vermag, das heißt, wenn er nicht lediglich als verlängerter Arm von ihm nicht durchschaubarer Interessen anderer fungiert, also von mehr oder weniger komplex organisierten sogenannten Pressure groups, wie es heute auf Neu-Englisch heißt. ...

Plädoyer für eine Neubesinnung auf Demokratie

... Man kann hier durchaus ohne falsche Anmaßung von der Notwendigkeit einer "Ideologiekritik" der Demokratie sprechen. Schon vor mehr als drei Jahrzehnten habe ich hier in der Schweiz, in Genf, im Rahmen einer internationalen Round-Table-Konferenz über die Krise der repräsentativen Demokratie diese Problematik zur Diskussion gestellt. (The Crisis of Representative Democracy. Frankfurt a. M./Bern/New York, Peter Lang AG, 1985)

Demokratie ist nicht gleich repräsentative Demokratie

Inzwischen - seit dem Ende des Kalten Krieges - ist die Problematik noch viel deutlicher geworden. Demokratie wird sowohl im akademischen als auch im allgemein politischen Diskurs und in den Medien zumeist völlig unreflektiert als sogenannte "repräsentative Demokratie" verstanden, obwohl diese Verbindung des Substantivs "Demokratie" mit dem Adjektiv "repräsentativ" sensu stricto einen Selbstwiderspruch darstellt, da in dieser Begriffsverbindung bereits die Doktrin der Repräsentation enthalten ist.

"Repräsentation" bedeutet jedoch im wörtlichen Sinn das Wieder-gegenwärtig-Machen von etwas, was nicht anwesend ist. Gemeint ist damit, daß das als Ganzes zunächst abwesende Volk erst präsent, sichtbar gemacht werden muß, damit es sich politisch-rechtlich artikulieren kann. Dies geschieht, wie unter anderem Carl Schmitt in seiner "Verfassungslehre" gezeigt hat, jeweils durch einen Einzelnen, dem diese Befugnis zugesprochen wird. Dies kann ein Staatsoberhaupt sein, der in absoluter Machtbefugnis entscheidet, aber ebenso ein Abgeordneter

einer legislativen Versammlung - und in der Folge natürlich auch die Gruppe all dieser Einzelnen.

Entscheidend ist dabei, daß Einzelne die Befugnis haben, im Namen aller Bürger zu entscheiden. Dies wird in einer explizit formulierten Doktrin gerechtfertigt, wonach eben diese einzelnen Funktionsträger die Gesamtheit als solche "gegenwärtig" (präsent) machen könnten und deshalb auch die Befugnis hätten, über sie und in ihrem Namen zu entscheiden.

Als Beispiel für dieses Staatsverständnis kann man das Werk von Gerhard Leibholz über "Das Wesen der Repräsentation" (1929) anführen, das auch im Nachkriegsdeutschland mehrere Auflagen erlebte. Dazu ist jedoch der begrifflichen Präzision wegen - was den Gebrauch des Wortes "Demokratie" betrifft - festzuhalten, daß Herrschaft des Volkes begrifflich nicht mit Herrschaft über das Volk beziehungsweise im Namen des Volkes gleichgesetzt werden kann.

Volkssouveränität im Rahmen einer repräsentativen Verfassung ist eine Fiktion

Wenn es tatsächlich darum geht, die Herrschaft über das Volk zu rechtfertigen, dann möge man dies offen sagen und für dieses Machtverhältnis einen anderen Ausdruck verwenden. Ich bin im übrigen nicht der einzige, der darauf hinweist. Auch der führende Rechtsphilosoph des 20. Jahrhunderts, Hans Kelsen, "Vater" der österreichischen Verfassung nach dem Ersten Weltkrieg, hat in seiner Abhandlung "Vom Wesen und Wert der Demokratie" (1920) schon vor Jahrzehnten erläutert, daß die Rede von der Volkssouveränität im Rahmen einer strikt repräsentativen Verfassung eine reine Fiktion sei.

Aus Legitimationsgründen gegenüber dem Volk, so Kelsen, tut man so, als ob das Volk, das heißt jeder Bürger für sich, unmittelbar entscheiden würde, während tatsächlich nur einer oder eine Gruppe von Einzelnen im Namen aller entscheidet.

Dafür wäre jedoch die adäquate Bezeichnung Monarchie beziehungsweise Oligarchie. Allerdings wäre es eingeständenermaßen etwa im Falle eines parlamentarischen Systems gegenüber der öffentlichen Meinung geradezu delegitimierend, wenngleich ehrlicher, von "repräsentativer Oligarchie" zu sprechen.

Entscheidend ist jedoch, daß in einem solchen repräsentativen System sich der Einzelne eben nicht als freier und gleicher Bürger verwirklichen kann, da letztlich über ihn verfügt wird. Er kann sich nur - in Form von periodischen Wahlen - an der Auswahl derjenigen, die über ihn für eine festgelegte Zeit herrschen sollen, beteiligen. Dies geschieht in der Regel allerdings auch nur sehr indirekt, weil in den meisten Ländern das Persönlichkeitswahlrecht äußerst schwach entwickelt ist.

Man müßte also, wenn man selbstbestimmtes Handeln als Grundlage der Demokratie tatsächlich ernst nimmt, auf begrifflicher Exaktheit bestehen, und das vorherrschende Staatsmodell präzise benennen, indem man es explizit als die Herrschaft einiger weniger - auf der Grundlage der Doktrin der Repräsentation - charakterisiert.

Realistisch muß man hier wohl anfügen - und dies scheint mir gerade an unserem Tagungsort, hier in der Schweiz, angemessen -, daß man auf Grund der nicht zu bestreitenden notwendigen Arbeitsteilung in unserer modernen Industriegesellschaft letztlich wohl mit einer Mischform aus repräsentativen und demokratischen Entscheidungsmechanismen wird vorliebnehmen müssen.

Direkte Demokratie: Korrektiv der Herrschaft in Form der Repräsentation

Die Bezeichnung "direktdemokratisch" ist gemäß dem oben Gesagten zwar nicht ein Widerspruch, aber ein Pleonasmus. Wenn Demokratie Herrschaft des Volkes heißt, dann impliziert dies, daß jeder direkt entscheidet.

In der Realität der entwickelten Industriegesellschaften wird man also Entscheidungsfindung in Form von "Repräsentation" derjenigen in Form von "Demokratie" gegenüberstellen, wie dies gerade in der Schweiz erfolgreich praktiziert wird. Entscheidend ist dabei Folgendes: "Direkte" Demokratie ist, wenn die Verwendung dieses Pleonasmus hier nochmals gestattet

ist, so etwas wie ein Korrektiv der Herrschaft in Form der Repräsentation.

Grundsätzlich ist es in jeder Angelegenheit - auf lokaler, regionaler wie gesamtstaatlicher Ebene - möglich, daß das Volk auf den Plan tritt und in Form eines Referendums korrigierend eingreift. Wenn diese Möglichkeit nicht gegeben ist oder etwa durch die Verfassung grundsätzlich ausgeschlossen ist (wie zum Beispiel auf gesamtstaatlicher Ebene in der Bundesrepublik Deutschland), dann hat man allerdings, was die Propagierung des demokratischen Ideals betrifft, ein Problem mit der staatspolitischen Glaubwürdigkeit (Hervorhebung durch Zeit-Fragen).

Die Entscheidung über Krieg und Frieden gehört in die Hände der Bürger

Demokratie als direkte Entscheidung der Bürger ist gerade auch auf weltweiter Ebene von Bedeutung, wenn es um die Vermeidung von Kriegen, das heißt um eine nachhaltige Friedenspolitik geht, die nicht nur eine Konfliktsituation taktisch-realpolitisch beruhigt, sondern auf eine Weltordnung hinzielt, die auf dem gegenseitigen Respekt der Völker im Sinne des demokratischen Ideals von Freiheit und Gleichheit basiert.

Nur dann, wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen derjenigen liegt, welche die allfälligen Folgen einer solchen Entscheidung unmittelbar am eigenen Leib verspüren - ich meine hier die Bürger -, besteht Hoffnung auf die dauerhafte Vermeidung von Kriegen. In einem nicht-demokratischen Umfeld werden Kriege hingegen viel leichter vom Zaun gebrochen, weil die verantwortlichen "Repräsentanten" in der Regel nicht mit Leib und Leben für die Folgen ihrer Entscheidung einstehen müssen. ...

**Vortrag, gehalten bei den Septemborgesprächen der Arbeitsgemeinschaft "Mut zur Ethik" vom 2.-4. September 2016.<<*

10.01.2017

BRD: Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Januar 2017:

>>**Sprachkritik: "Volksverräter" ist das Unwort des Jahres 2016**

Eine Frau wartet neben einem Schild mit der Aufschrift "Volksverräterin" im August 2015 vor einer Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Heidenau auf die Ankunft von Bundeskanzlerin Merkel.

Nach "Gutmensch" im Jahr 2015 ist das Unwort des Jahres 2016 "Volksverräter". Das Wort sei ein "Erbe von Diktaturen" unter anderem der Nationalsozialisten, hieß es in der Begründung.

Sprachliche Entgleisungen erfüllen Pegida-Aktivisten und AfD-Mitglieder mit Genugtuung. Was treibt sie an? Nicht nur Enttäuschung und Frustration, in Teilen auch Abscheu und Haß. Das wurde deutlich, als rechte Demonstranten am 3. Oktober 2016, dem Tag der Deutschen Einheit, in Dresden Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck als "Volksverräter" diffamierten.

Eine sprachkritische Jury der Technischen Universität Darmstadt hat den Begriff am Dienstag nun zum "Unwort des Jahres 2016" gewählt. Man habe sich für das Wort entschieden, weil es etwa gegenüber Politikern so diffamierend wirke, "daß ein solcher Sprachgebrauch das ernsthafte Gespräch und damit die für die Demokratie notwendigen Diskussionen in der Gesellschaft abwürgt".

Völkische Gruppierungen und Nationalsozialisten setzten den Terminus schon in der Weimarer Zeit als propagandistisches Instrument im Zusammenhang mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg ein. Reichsminister Matthias Erzberger vom katholischen Zentrum wurde in Pamphleten und Reden als "Volksverräter" diffamiert, nachdem er die Annahme des Versailler Vertrags mangels Alternativen befürwortet hatte. Rechtsradikale erschossen ihn auf offener Straße. Im Nationalsozialismus diente das Wort unter anderem dazu, politische Gegner zu isolieren und mundtot zu machen.

Die Vorstellung vom "Volksverräter" durchdrang auch das Strafrechtsdenken. Andersdenken-

de wurden als "Volksverräter" in Willkürprozessen zur Schau gestellt. Nach der Vorstellung des NS-Richters und Präsidenten des Volksgerichtshofs, Roland Freisler, sollte die Rechtsprechung "vom festen Willen zur Ausrottung des Verrats" getragen sein. Straftatbestände wie Hochverrat, Landesverrat, Gebietsverrat sowie Volksverrat wurden angewendet - und vermeintliche Täter zu Tausenden zum Tode verurteilt.

Nun ist das Wort wieder da. So beschimpfte Stefan Räßle von der AfD-Fraktion im November im Landtag von Baden-Württemberg Mitglieder aus anderen Fraktionen als "Volksverräter". In der Debatte über Flüchtlinge diffamierte der Begriff auch "Toleranz und Hilfsbereitschaft pauschal als naiv, dumm und weltfremd, als Helfersyndrom oder moralischen Imperialismus", sagte Nina Janich vom Darmstädter Institut für deutsche Sprache am Dienstag. Zum "Wort des Jahres" hatte die Wiesbadener Gesellschaft für deutsche Sprache am 6. Dezember das Kunstwort "postfaktisch" gekürt.

Von "alternativlos" bis "Gutmensch"

2015 - Gutmensch: Der Vorwurf diffamierte Hilfsbereitschaft und Toleranz pauschal als naiv und dumm.

2014 - Lügenpresse: Die pauschale Verurteilung verhindere fundierte Medienkritik und leiste einen Beitrag zur Gefährdung der für die Demokratie so wichtigen Pressefreiheit.

2013 - Sozialtourismus: Der Ausdruck diskriminiere Menschen, "die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen" und verschleierte ihr Recht hierzu.

2012 - Opfer-Abo: Der Begriff stelle Frauen pauschal unter den Verdacht, sexuelle Gewalt zu erfinden und damit selbst Täterin zu sein. Jörg Kachelmann hatte die Wortschöpfung unter anderem in einem "Spiegel-Interview" verwendet.

2011 - Döner-Morde: Der Begriff wurde für die Mordserie der rechtsextremistischen NSU-Terroristen verwendet. Mit der "sachlich unangemessenen, folkloristisch-stereotypen Etikettierung" würden ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt.

2010 - Alternativlos: Das Wort suggeriere zu Unrecht, daß keine Diskussion mehr notwendig sei.<<

25.01.2017

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Januar 2017:

>>Strategie der Globalisierung: Thomas Barnett - jetzt in deutscher Übersetzung

Vielen gilt das Werk von Prof. Thomas Barnett als Drehbuch für den US-Imperialismus des 21. Jahrhunderts. Der Globalisierungsexperte hatte zudem nicht bloß als Forscher, sondern auch als Mitarbeiter des US-Verteidigungsministeriums direkten Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September 2001. Bislang aber waren seine Hauptwerke nur für Leser zugänglich, die der englischen Sprache mächtig sind.

Daß sich dies jetzt geändert hat, ist dem Trio Professor Dr. Michael Vogt, Dr. Baal Müller und Monika Donner zu verdanken. Die Drei haben ihre Übersetzung jetzt im Querdenken.TV vorgestellt sowie Hintergründe und Entstehungsgeschichte dargelegt.

Demnach hatte Thomas Barnett um 1989 ein Problem: Durch den Zusammenbruch der UdSSR war der Feind Rußland verschwunden. Aber wie sollte der gigantische US-Militärapparat jetzt seinen Fortbestand legitimieren? Ganz einfach, indem man sich einen neuen Feind schuf. Zunächst dachte man an China, aber dann kam der "rettende" 11. September. Endlich hatte man wieder einen Gegner. Zwar keinen auf Weltmachtniveau, dafür aber in Form vieler kleiner "Schurkenstaaten".

Dabei hatte Barnett niemals Furcht vor einem "Kampf der Kulturen" à la Samuel Huntington. Nein, ihn interessiert die globale Wirtschaft, deren Ausbreitung und Förderung. Hatte in den Jahrzehnten zuvor der Kommunismus die Globalisierung im Zaum gehalten, ging jetzt die Antiglobalisierungs-Power vom radikalen Islam aus.

Der neue Gegensatz war für Barnett anstelle von arm und reich jetzt vernetzt gegen unver-

netzt. Zwar glaubt der Professor unerschütterlich an das Never Ending des American Way of Life, ist aber überzeugt, daß Globalisierung kein Kulturimperialismus, sondern kulturell "wertneutral" sei! Er bedient die klassische neoliberale Perspektive, nach der Religion und Tradition reine Privatsache seien, während der Staat nur die Interessen eines "alternativlosen" Kapitalismus garantieren sollte. Im Grunde, so erläutert Baal Müller, sei für Barnett die Kultur eine kommerzielle Angelegenheit. Etwas, das sich kaufen läßt: Waren, Essen sowie Dienstleistungen aus aller Welt. Eine große Vermischung, die der Wirtschaft dient und dienen soll.

Vor allem müsse alles in ständiger Bewegung bleiben, historisch Gewachsenes abgebaut und gegen Neues ersetzt werden. Der Mensch als flexibler Arbeitsnomade solle stets arbeiten und konsumieren. Das würde zunächst viel Widerstand, viele Kriege provozieren - aber am Ende stünde die große kommerzielle Befriedung. Wer sich dauerhaft gegen die Interessen des globalen Kapitalismus wehre, könne nur ein "Schurkenstaat" sein. Für die hat Barnett nur ein Gegenmittel: "Kill them!" Dann ist der Liberalismus am Ende. Dann zeigt sich das "Psychopathische" (Monika Donner) der Global-Imperialisten.

Wo aber, so fragt Michael Vogt, ist heutzutage die Linke, die sich gegen diesen Wirtschafts-imperialismus stellt? Darauf gab Monika Donner, Ministerialrätin im österreichischen Verteidigungsministerium, die Antwort: Diese Linke ist Pegida! Diese neue Linke ist teilweise auch die FPÖ. Die wirklichen Neo-Imperialisten hingegen haben wir größtenteils unter den Grünen. Hier hat ein kompletter Rollentausch stattgefunden.

- Vielleicht, so könnte man hinzufügen, ist auch Donald Trump ein solcher Linker. Er wäre derzeit der einzige, der die Macht besitzt, Barnetts Drehbuch zu stoppen.

Deutschsprachige Titel:

- Thomas Barnett: Der Weg in die Weltdiktatur: Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert. Die Strategie des Pentagon. Übersetzung von Dr. Baal Müller. Vorwort von Prof. Michael Vogt, Nachwort von Monika Donner. J. K. Fischer Verlag

- Thomas Barnett: Drehbuch für den 3. Weltkrieg: Die zukünftige neue Weltordnung. Übersetzung von Dr. Baal Müller. Vorwort von Prof. Michael Vogt, Nachwort von Monika Donner. J. K. Fischer Verlag<<

Die Tageszeitung "Augsburger Allgemeine" berichtet am 25. Januar 2017: >>>**Korruption ist überall zu Hause - auch in Deutschland**

Wie korrupt ist Deutschland? Laut Transparency International halten auch deutsche Behörden zunehmend gerne mal die Hand auf - vor allem in den Kommunen.

Im internationalen Vergleich gelten deutsche Unternehmen, Politiker und Behörden als vergleichsweise sauber. Doch die Organisation Transparency International, die weltweit gegen Bestechlichkeit kämpft, ist alarmiert: Führungskräfte deutscher Unternehmen nehmen es laut einer Studie als zunehmend normal wahr, daß "irreguläre Zahlungen" an Verwaltungen fließen, damit bestimmte Vorgänge beschleunigt oder erst möglich gemacht werden.

Aktuelle Fälle scheinen diese Einschätzung zu bestätigen: Mehrere hunderttausend Euro soll etwa der Oberbürgermeister von Regensburg von einem Bauunternehmer kassiert haben ...

Wie geschmiert lief dann offenbar im Gegenzug die Vergabe eines 35 Hektar großen Baugebiets an die spendable Firma. Seit einer Woche sitzt Rathauschef Joachim Wolbergs (SPD) wegen Korruptionsverdachts in Untersuchungshaft. Auch gegen dessen Amtsvorgänger Hans Schaidinger (CSU), den früheren Vorsitzenden des bayerischen Städtetags, wird ermittelt. Und in Ingolstadt stehen 13 Personen in einer Korruptionsaffäre um die örtliche Klinik im Visier der Staatsanwaltschaft.

Transparency: Kommunen ein wichtiger Schauplatz von Korruption

Für Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland, passen die Fälle ins Bild: "Die Kommunen sind ein wichtiger Schauplatz von Korruption, denn da fließt viel Geld." Daß etwa im Fall Regensburg der Eindruck entstehe, "daß Bürgermeister sich bedienen, das bleibt

im Gedächtnis".

Deutschland hat im aktuellen "Korruptionswahrnehmungsindex", den Transparency gestern präsentierte, seinen zehnten Rang aus dem Vorjahr verteidigt. Das bedeutet, daß nur neun Länder auf der Welt als weniger korrupt gelten: Die vier skandinavischen Länder sowie Neuseeland, die Schweiz, die Niederlande, Singapur und Kanada. Dennoch gebe es in Deutschland besorgniserregende Entwicklungen, sagt Edda Müller. Während die Wirtschaft Politik und Behörden als immer korrupter wahrnehme, schwinde auf der anderen Seite auch das Vertrauen in die deutschen Firmenbosse.

Transparency zitiert eine Untersuchung, in der ein Drittel der Befragten annahm, daß alle oder die meisten Unternehmensleitungen in korrupte Machenschaften verwickelt seien. Dazu habe auch die VW-Affäre beigetragen. In den Korruptionswahrnehmungsindex fließt eine Reihe von Studien ein, die sich mit der Wahrnehmung von Korruption in den einzelnen Ländern befassen. Transparency hält dies für aussagekräftiger, als etwa die Zahl der Fälle zu vergleichen, die vor Gericht landen oder zu Verurteilungen führen. Denn gerade in den korruptesten Ländern bleibe Bestechung ja meist ohne Folgen.<<

26.01.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 26. Januar 2017 (x892/...): >>Die Universalität des Christentums - gleichbedeutend mit Globalismus?

Nach unserem Glauben stammen wir alle von dem gleichen Stammelternpaar ab, und das Christentum ist eine universale Religion. Im Galaterbrief lesen wir: "Da gilt nicht mehr Jude und Hellene" (Gal. 3, 28). Und an die Kolosser heißt es: "Da gilt nicht mehr Hellene und Jude, nicht Beschneidung und Unbeschnittensein, nicht Barbar, Skythe, Knecht, Freier, sondern alles und in allem Christus" (Kol. 3, 11). Ist das nun ein extrem frühzeitiger Aufruf zur Globalisierung, der sich gegen nationale Eigenheiten, Besonderheiten, also gegen Realitäten richtet?

In seinem Textzusammenhang erklärt sich der eben zitierte Satz aus dem Brief an die Galater besser: "Denn ihr seid alle Söhne Gottes durch den Glauben in Jesus Christus, alle nämlich, die ihr auf Christus getauft wurdet, habt das Gewand Christi angezogen. Da gilt nicht mehr Jude und Hellene, nicht Sklave und Freier, nicht Mann und Frau, denn alle seid ihr eins in Christus Jesus".

Der Apostel bezieht sich hier ganz klar auf eine übernatürliche Ebene. Er ist in keiner Weise ein früher Verkünder der Gender-Theorie, wenn er sagt, es gebe nicht mehr Mann noch Frau. Er sagt damit ganz einfach, daß alle Getauften zur selben Würde und zur selben übernatürlichen Reinheit berufen sind.

Nachdem die Apostel an Pfingsten den Heiligen Geist empfangen hatten, begannen sie, zu predigen, und jeder hörte sie in seiner Sprache reden: Parther, Meder, Elamiten usw., eben in der Sprache jenes Landes, in dem sie geboren worden waren. Der Heilige Geist unterstützt also unsere armseligen, nachbabylonischen menschlichen Sprachen und somit indirekt die Völker, für welche die Sprache eines der wichtigsten Bestandteile ihrer Identität ist. Die Verkündigung der Frohen Botschaft bedeutet also keineswegs das Verschwinden der einzelnen Völker.

Und Jesus selbst zeigte ja auch eine bewegende Verbundenheit mit seinem Volk, als er über das Schicksal Jerusalems weinte: "Als er näherkam und die Stadt erblickte, weinte er über sie. ... Denn es werden Tage über dich kommen, da deine Feinde einen Wall um dich aufwerfen und dich einschließen und bedrängen werden von allen Seiten. Sie werden dich niedermachen und deine Kinder in dir und nicht Stein auf Stein lassen, weil du die Zeit deiner Heimsuchung nicht erkannt hast." (Lukas 19, 41-44).

In der klassischen Gesellschaftslehre ist das Gemeinwesen und dann das Volk eine Erwei-

terung der Familie, gewissermaßen eine Familie der Familien. Sie beruht auf einer biologischen Grundlage einer auf einem bestimmten Gebiet lebenden Bevölkerung. Nomadische Völker stehen erst am Anfang und sind noch nicht in der Lage, Staaten zu bilden. Das eklatanteste Beispiel ist der Staat Israel, der sich erst konstituieren konnte, als er über eine territoriale Grundlage verfügte. Das Christentum hat diesen Zusammenhang zwischen Staat und Staatsgebiet immer bestätigt. Staatsgebiet und Staatsvolk sind die Elemente, die eine Nation ausmachen. Sie sind aber nicht dessen Seele.

Die Seele eines Volkes ist das, was dieses Volk von anderen unterscheidet: ein unter anderem kulturelles, intellektuelles, moralisches, ästhetisches Erbe, das im Laufe der Zeit entstanden ist und das Gemeingut dieses Volkes ausmacht. Diese Seele ist aber auch der Plan Gottes für jedes Volk, dem er einen eigenen Schutzengel gegeben hat: den hl. Erzengel Michael für Deutschland und Frankreich, oder auch den Schutzengel Portugals, der den Seherkindern von Fatima erschien. Wie jeder einzelne Mensch, so hat auch jedes Volk im Plan Gottes seine besondere Bestimmung.

Das heute so verpönte Wort "Vaterland" hat einen direkten Bezug auf die (Vor)Väter, auf die Vorfahren. Es zeigt auch, daß es hier um ein materielles und immaterielles Erbe geht, welches ein jeder von uns bekommen hat - ein Erbe, das im Inneren durch Veruntreuung und von außen durch Zerstörung bedroht ist, z.B. als Folge einer Invasion, einer militärischen Niederlage, einen Völkermord usw. Diese jeweilige Bedrohung wird von manchen Menschen anders gesehen als von anderen. Für die einen ist "Volk" oder "Nation" nichts anderes als eine vertraglich geregelte Beziehung zwischen Lebenden (eben einer "Bevölkerung"), die sich um die Vergangenheit nicht schert.

Für die anderen ist sie so etwas wie eine ständige Volksabstimmung, die Erinnerung an eine gemeinsame, manchmal großartige und manchmal grauenhafte Geschichte und der Wille, weiterhin geschichtlich zu handeln. Somit ist "Volk" oder "Nation" vor allem ein Erbe, für das ein jeder sowohl vor den vergangenen Toten wie vor den zukünftig Lebenden verantwortlich ist.

Die "Bevölkerung" gründet sich auf das Mantra des "Zusammenlebens"; sie ist voller großer Konflikte in einer (in unserer?) Gesellschaft, die sich ihrer Identität, ihrer Kultur unsicher ist und infolgedessen immer mehr davon aufgibt, ohne nennenswerte Gegenwehr im Angesicht einer Lebensweise, welche solche Unsicherheit überhaupt nicht kennt - ganz im Gegenteil.

Es ist eine Tatsache (und das ist auch gut so), daß sowohl die, welche ihrer Kultur treu sind als auch die, welche ihr eben nicht treu sind, immer Erben dieser Kultur sind. Die Anerkennung, die Annahme dieser Verpflichtung, die wir gegenüber unseren Vorfahren haben, trägt den schönen Namen "Pietät", und diese Pietät öffnet uns die Tür in die Zukunft, weil sie uns sagt, woher wir kommen.

Dadurch sagt sie uns auch, wer wir sind und welches legitimerweise unser Weg ist. Alles andere ist nichts als Spreu, die vom Wind fortgeblasen wird, von einem Wind, der seiner Natur nach nämlich wechselhaft und (wie die Geschichte zeigt) flüchtig und nur allzu oft auch trügerisch ist.

Um mit den Anfangsüberlegungen zu schließen: nirgendwo ist die Rede davon, daß das Christentum die Völker und ihre Eigenarten auflösen will oder soll. Ganz im Gegenteil: es wird aus Deutschen bessere Deutsche, aus Polen bessere Polen, aus Franzosen bessere Franzosen und, ja: aus Chinesen bessere Chinesen, aus Japanern bessere Japaner, aus Koreanern bessere Koreaner machen.<<

29.01.2017

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 29. Januar 2017: >>Antisemitismus-Skandal

Wenn im Schulbuch jüdische Banker die EU auffressen

Jahrelang zeigte eine Schulbuch-Illustration die EU-Finanzkrise als antisemitische Verschwö-

rung. Jetzt fordert Volker Beck Aufklärung: Aus der Grafik möchte er eine Unterrichtseinheit machen.

Selbst der Klett-Verlag gesteht ein: Diese Grafik hätte nie in seinem Schulbuch auftauchen dürfen. Daher wurde die Auslieferung nun gestoppt. Nach Ansicht des Bundestagsabgeordneten Volker Beck (Grüne) ist aber fast noch schlimmer, daß die Illustration über die angeblichen Ursachen der Euro-Krise vier Jahre lang an Schulen genutzt werden konnte, ohne daß jemand ihren deutlichen Antisemitismus bemerkt oder etwas gegen das Lehrbuch unternommen hätte.

"Die Illustration schockiert mich zutiefst", sagt Beck über das Werk des Amerikaners David Dees, die ausdrückt: An der Finanzkrise ist eine Bank schuld - und zwar eine jüdische. Mit Blick auf den Verlag, aber auch die Kultusministerien, die Lehrmaterial prüfen müssen, fragt Beck als religionspolitischer Sprecher der Grünen: "Schaut sich das niemand an?"

Es geht um das Buch "Anstöße 2" aus dem Jahr 2012. Das vom Stuttgarter Klett-Verlag herausgebrachte Werk wird in den Klassen 7 bis 9 verwendet, um in Gesellschaftskunde oder Politik Diskussionen anzustoßen.

Unter "Europas Zahntag" findet sich da die Grafik, die die EU-Staaten zeigt, bedroht von einem riesigen Kopf mit aufgerissenem Maul und scharfen Zähnen. Er ist gelb und sieht aus wie der berühmte Pacman. In dem Videospiel von 1980 frißt sich ein Kopf durch ein Labyrinth. Zur hochbrisanten Aussage wird die Schulbuchgrafik aber durch den Raketenschweif des heranrasenden Pacman: Darin steht wie in einer Endlosschleife das Wort: Rothschild Bank.

Antisemitische Stereotypen weit verbreitet

Eine jüdische Bank ist also, glaubt man der Illustration, die treibende Kraft hinter dem Monster, das die EU verschlingen will. Durch solche Grafiken würde kein kritisches Denken angeregt, sondern genau das Gegenteil, kritisiert Beck: Wenn Juden und jüdische Banken für Krisen verantwortlich gemacht werden, führe dies zur Verbreitung eines antisemitischen Stereotyps bei Jugendlichen - und zeuge von mangelhafter Medienkompetenz der Verantwortlichen. "Das Klischee 'Judengeld regiert die Welt' steckt noch so sehr in unserem kulturellen Gepäck, daß es immer wieder abrufbar ist", meint Beck.

Das Stereotyp beruhe auf jahrhundertealten Ressentiments, die letztlich auch zum Holocaust geführt haben. "Auch zur Zeit des Nationalsozialismus wurde der Name der jüdischen Bankiersfamilie Rothschild für antisemitische Propaganda mißbraucht."

Noch heute gebe es "erschreckende Zustimmungsraten" zu antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen wie 'Juden haben zu viel Einfluß' oder 'Die Juden nutzen den Holocaust für ihre Zwecke' - besonders im Kontext Israel. "Die Anti-Israel-Propaganda, der Antizionismus, ist der neue Treiber für Antisemitismus." Ein weiteres Beispiel sei die jahrelang an einer Hildesheimer Hochschule gehaltene Lehrveranstaltung "Zur sozialen Lage der Jugendlichen in Palästina". In dem Seminar wurden zum Teil antisemitische Materialien verwendet, bis sich eine Lehrbeauftragte wehrte.

Beck will zunächst herausfinden, wie die Grafik in das Buch geriet. Daher hat er den Verlag und das baden-württembergische Kultusministerium um eine Stellungnahme gebeten. Schreiben an die restlichen Landesministerien folgen. Grundsätzlich rät er davon ab, das Thema wegzudrücken, indem das Buch ersetzt oder die Seite ausgetauscht wird. "Aus der Grafik sollte eine Unterrichtseinheit gemacht werden" - damit die Schüler erfahren, wie ihnen solche Stereotypen überall begegnen können.

US-Illustrator sieht sich als "politischer Künstler"

Daß es sich bei der Aussage der Grafik nicht um eine Fehlinterpretation handelt, macht ein Blick auf den Urheber der Grafik klar. David Dees versteht sich als "politischer Künstler", der die "Neue Weltordnung durch zionistische Banken" bekämpft. Als Neue Weltordnung wird in

Verschwörungstheorien das angebliche Ziel von Eliten und Geheimgesellschaften bezeichnet, eine autoritäre Weltregierung zu errichten. Dees stellte so auch George Soros, den jüdischen US-Investor mit ungarischen Wurzeln, als Monster dar und zeigte die amerikanische Politik als von Israel kontrolliert. Auch ans Revers von Donald Trump heftete Dees einen Israel-Anstecker.

Der aus den Südstaaten stammende Grafiker zeichnete früher für Hollywood und die "Sesamstraße". Dann hatte er ein "Erleuchtungserlebnis" und nimmt seither "zionistische Bankenkriminelle" ins Visier. In "Eiffel 2" beispielsweise freut sich ein bärtiger Jude händereibend über das Unheil in aller Welt. Die Bilder werden vor allem übers Internet verbreitet, viele davon kostenlos, um "Aufklärung voranzutreiben", wie Dees einmal sagte.

Daß ausgerechnet Klett die Mär der jüdischen Weltverschwörung in Schulen trägt, hat den Verlag nach einer Anfrage des Magazins "Vice" kalt erwischt. Weder konnte sich das Haus daran erinnern, welcher externe Auftragnehmer das Buch entwarf, noch gab es Angaben darüber, wie viele Bücher im Umlauf sind. Das Buch wurde an mehrere Bundesländer ausgeliefert. Der Abdruck sei aber ein "schwerwiegender Fehler", der "nicht hätte passieren dürfen". Die Auslieferung werde gestoppt, zudem werde eine Austauschseite an alle Schulen geschickt.

Anmerkung: Die Herausgeberin der für Baden-Württemberg konzipierten Ausgabe "Anstöße 2 Kursstufe BW", Simone Bub-Kalb, weist darauf hin, daß dort die Karikatur nicht verwendet wurde. Zu finden ist die Illustration in "Anstöße 2 Politik Wirtschaft Gesellschaft (bundesweite Ausgabe)", die von anderen Autoren stammt. Beide Bände hätten zwar dasselbe Titelbild, aber unterschiedliche Konzeptionen.<<

03.02.2017

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Februar 2017:

>>Eklat im Klassenzimmer - Die Sache mit der Rothschildbank

Das gab richtig Ärger! Weil ein renommierter Verlag antisemitischen Verschwörungstheorien Auftrieb gibt, hat sich jetzt sogar der Grüne Volker Beck eingeschaltet - und COMPACT bekommt ganz nebenbei auch noch was ab. Irre!

Der Stuttgarter Klett-Verlag wird so manchem Leser ein Begriff sein. Was in seinen Lehrbüchern so alles drinsteht, bringt linken Mainstream, Studentenverbände und Grünen-Politiker derzeit ziemlich auf die Palme. Seit ziemlich genau vier Jahren wird das Schulbuch mit dem Titel "Anstöße 2 - Politik Wirtschaft Gesellschaft" bundesweit im Unterricht der Klassen 7 bis 9 genutzt - nun sorgt es für große Empörung. Schlägt man es auf und blättert zum Kapitel über die Finanzkrise, erblickt man dort unter der Überschrift "Europas Zahltag" eine farbenfrohe Illustration, die eine gelbe Kreatur zeigt, welche die Staaten Europas zu verschlingen scheint.

Das scharfzahnige Symbolbild erinnert an die Videospieldfigur Pacman aus den 1980er Jahren, die durch das Verschlingen ihrer Gegner Punkte sammelt. Sieht man etwas genauer hin, dann kann man deutlich erkennen, welche Beschriftung diese symbolische Darstellung der Raffgier internationaler Banken trägt. Dort steht in Großbuchstaben: ROTHSCHILDBANK. Gemeint ist die seit dem 18. Jahrhundert im Bankgeschäft tätige Familie der Rothschilds aus Frankfurt. Selbst manch unverdächtigere Finanzexperte schätzt, daß sie zu den reichsten und mächtigsten Dynastien des Planeten gehört, doch allein die Erwähnung ihres Namens - besonders in diesem Zusammenhang - sorgt für Aufregung.

Daß dieses Detail seit der Drucklegung 2012 anscheinend niemandem aufgefallen ist (außer dem Journalisten einer Studentenzeitung, wie der *Tagesspiegel* schreibt), der Grüne Volker Beck jetzt der erste war, der sich öffentlichkeitswirksam beschwerte und eine sofortige Zensur forderte, ist ebenfalls interessant. Doch wie kam es eigentlich dazu?

Der Illustrator des Schulbuchs ist ein Amerikaner namens David Dees. *Die Welt* will

herausgefunden haben, daß der Mann sich als "politischer Künstler" versteht, der die "Neue Weltordnung durch zionistische Banken" bekämpft. Den Leser klärt die Zeitung an dieser Stelle verantwortungsbewußt auf:

"Als Neue Weltordnung wird in Verschwörungstheorien das angebliche Ziel von Eliten und Geheimgesellschaften bezeichnet, eine autoritäre Weltregierung zu errichten." Ist David Dees also eine Art Troll, der seine politische Anti-NWO-Agenda in Schulbücher geschmuggelt hat? Auf seiner Homepage gibt es allerhand markige Verschwörungs-Illustrationen zu bestaunen, die für den Mainstream klarerweise pure Hetze sind.

Wie die uralte Bankier-Dynastie Rothschild praktisch als Urheber oder Profiteur der Finanzkrise 2008 ff. dargestellt werden konnte, ohne daß dies dem Lektorat im Klett-Verlag aufgefallen wäre, das ja wohl bei Büchern für Schüler ganz besonders wachsam sein sollte, ist eine interessante Frage. Im Hause Klett hat man mittlerweile eine ausführliche Stellungnahme zu dem Thema abgegeben. Dort heißt es zur Erklärung: "Eine aufmerksame letzte Sicherung der für den Druck fertig geschriebenen Daten ist bei dieser Grafik leider nicht mehr in ausreichender Qualität erfolgt."

Fragen wir uns der Vollständigkeit halber noch kurz, wie die deutschen Systemmedien und -Politiker mit der Geschichte umgegangen sind. *Taz*, *Frankfurter Rundschau*, *Vice News*, *Huffington Post* und andere Postillen nahmen sich des Falles an und berichteten ziemlich gleichlautend von einem antisemitischen Affront eines geistig verwirrten Künstlers. *Die Welt* titelte etwa: "Wenn im Schulbuch jüdische Banker die EU auffressen." Weiter berichtet das Blatt, daß selbst der Klett-Verlag sich nun eingesteht: "Diese Grafik hätte nie in seinem Schulbuch auftauchen dürfen." Die Auslieferung wurde sofort gestoppt. Vorhandene Exemplare werden aus dem Verkehr gezogen, die anstößige Seite durch eine Austauschseite ersetzt.

Volker Beck reicht das allerdings nicht. "Aus der Grafik sollte eine Unterrichtseinheit gemacht werden", fordert er, damit die wilden Verschwörungstheorien um die "Rothschildbank" im Keim erstickt werden können. "Die Illustration schockiert mich zutiefst", so Beck nach ihrer Entdeckung. "Das Klischee, Judengeld regiert die Welt" steckt noch so sehr in unserem kulturellen Gepäck, daß es immer wieder abrufbar ist", wird er weiter von der *Welt* zitiert.

Besonders empörend ist jedoch, daß bei einigen Berichten auch das *COMPACT-Magazin* als Medium der Querfront von Links und Rechts in diesem Zusammenhang Erwähnung findet. Die *Taz* etwa erdreistete sich folgender Formulierung:

"Diese Rothschild-Verschwörungstheorie ist ein antisemitischer Evergreen: Nicht nur Akteure der neurechten Querfront-Bewegung wie der Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer behaupten, die "Strippenzieher" der Welt explizit benennen zu können, auch während des Nationalsozialismus wurde schon gegen jüdische Bankiersfamilien wie die Rothschilds als "Verschwörer" agitiert."

Liebe Kollegen von der *Taz*: Was Ihr hier versucht, ist offensichtlich und keineswegs verwunderlich. Wir werden diese üble Nachrede mit unseren Anwälten prüfen und sehen, ob Euch das nicht noch richtig teuer zu stehen kommt. Dem *COMPACT-Magazin* in irgendeiner Weise antisemitische Tendenzen zu unterstellen, ist absurd und durch nichts zu belegen! Nicht umsonst wurde die aggressive Linke Nazi-Jägerin Jutta Ditfurth zwei Mal verurteilt, weil sie den *COMPACT-Chefredakteur* als "Antisemiten" bezeichnet hatte.

Jürgen Elsässer hat übrigens - was viele gar nicht wissen - geraume Zeit für linke Presseorgane und sogar für die *Jüdische Allgemeine Zeitung* geschrieben. Euer Versuch - liebe Tazis - durch Assoziation eine "Kontaktschuld" aufzubauen - als hätten wir die antisemitische Karikatur in jenem Schulbuch in Auftrag gegeben -, ist daher lächerlich und fällt auf Euch selbst zurück.

Fast noch dreister ist, was die *Studentenzeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet* zu der Thematik Ende Januar auf ihre Webseite schmierte:

"Der moderne Antisemitismus drückt sich vor allem durch Codierungen aus. Was im Dunstkreis von verschwörungstheoretischen Medien wie Compact und KenFM zur Konzeption des Weltbildes gehört, fand mit einer Karikatur im Schulbuchverlag Klett auch eine breitere Plattform."

Eine echte Frechheit! Für wie dumm haltet Ihr Eure Leser eigentlich, Ihr Erstsemester? Vermeintlich belegt wird dieser Humbug durch den Sozialwissenschaftler und Journalisten Kevin Culina. Seine Argumentation ist allerdings ebenso lächerlich und infantil wie die der von und zu Ditzfurth. Das Thema Antisemitismus scheint für die Massenmedien immer eine gute Gelegenheit zu bieten, um mit der entsprechenden Keule gegen publizistische Konkurrenz vorzugehen.

Auflagenabsturz und Leserflucht haben die Flaggschiffe der Lügenpresse hypernervös gemacht. Auch deshalb soll das rasante Wachstum und der große Erfolg von COMPACT gestoppt werden. Die Massenmedien arbeiten dabei offenbar nach folgendem Prinzip: "Gab's heute wieder was Antisemitisches in den Nachrichten? Ja? Können wir COMPACT oder Ken Jepsen da irgendwie mit verwursten? Ja? Gut! An die Arbeit." Prädikat: Ekelhaft!<<

06.02.2017

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 6. Februar 2017: >>Die "Dunkelflaute" bringt Deutschlands Stromversorgung ans Limit

In der ersten Januarwoche und dann wieder von der Monatsmitte an stellten rund 26.000 Windkraftanlagen und mehr als 1,2 Millionen Solaranlagen ihre Arbeit ein. Verantwortlich war eine sogenannte Dunkelflaute.

Im Januar fielen Ökostromanlagen in Deutschland wochenlang als Energielieferanten fast komplett aus.

Verantwortlich war eine sogenannte Dunkelflaute. Ein Hochdruckgebiet sorgt für Windstille und Nebel.

Während zugleich der Strombedarf in Deutschland stark ansteigt, auch weil es so kalt ist.

In wenigen Monaten ist es wieder soweit: Am Pfingstsonntag werden erneuerbare Energien aus Wind- und Solarkraft wohl über Stunden hinweg fast den gesamten deutschen Strombedarf decken können. Energiewendeprotagonisten und Grünen-Politiker werden dann wie stets in dieser Jahreszeit die Erfolge der Ökostromrevolution preisen – und die schnellstmögliche Abschaltung aller Kohlekraftwerke fordern.

In den langen, dunklen Wintermonaten allerdings schweigen die Lobbyisten der erneuerbaren Energien lieber. Aus gutem Grund, wie ein Blick auf die Erzeugungsdaten der zurückliegenden Wochen zeigt. Im Januar fielen die deutschen Ökostromanlagen wochenlang als Energielieferanten fast völlig aus.

In der ersten Januarwoche und dann wieder von der Monatsmitte an stellten rund 26.000 Windkraftanlagen und mehr als 1,2 Millionen Solaranlagen ihre Arbeit für lange Zeit ein. Verantwortlich war eine sogenannte Dunkelflaute: Ein für diese Jahreszeit typisches Hochdruckgebiet sorgte für zehntägige Windstille und Nebel – während zugleich der Strombedarf in Deutschland stark anstieg, weil es ziemlich kalt war.

90 Prozent aus Kohle, Gas und Atomkraft

Als zum Beispiel am Dienstag, dem 24. Januar, elektrisch betriebene Züge, U-Bahnen und Fahrstühle die Menschen an den Arbeitsplatz brachten und die Fabriken ihre Arbeit aufnahmen, stieg Deutschlands Stromverbrauch rasch auf 83 Gigawatt. Die Windkraft an Land lieferte jedoch fast über den ganzen Tag hinweg weniger als einen Gigawatt. In der Mittagszeit halfen ein paar Solaranlagen, die gesamte Ökostromproduktion kurz mal auf drei Gigawatt zu heben. Doch selbst das war nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

An jenem 24. Januar deckten die verpönten Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke mehr als 90 Prozent des deutschen Strombedarfs. An fast allen anderen Tagen zwischen dem 16. und dem

26. Januar war es sehr ähnlich. Stromspeicher, die eine so lange Zeitspanne überbrücken könnten, sind nicht einmal ansatzweise in Sicht. Die Last der Versorgung ruhte damit vor allem stark auf Atom- und Kohlekraftwerken, die Umwelt- und Klimaschützer eigentlich schon in wenigen Jahren komplett loswerden wollen.

"Der Januar hat deutlich gezeigt: Wir brauchen weiterhin flexible konventionelle Kraftwerke, um die stark schwankende Stromeinspeisung aus Wind und Photovoltaik jederzeit ausgleichen zu können", warnt Stefan Kapferer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). "Die Stromnachfrage muß bei jeder Wetterlage gedeckt und das Stromnetz stabil gehalten werden", sagt Kapferer, zu dessen Verband auch eine Reihe großer Ökostrom-Produzenten gehört.

Kapazität schmilzt wie Butter in der Sonne

Dem BDEW-Chef bereitet Sorge, daß die ganz offensichtlich unverzichtbaren konventionellen Kraftwerke derzeit mit hoher Geschwindigkeit vom Markt verschwinden. In den vergangenen fünf Jahren wurden insgesamt 82 konventionelle Stromerzeuger mit einer Leistung von mehr als zwölf Gigawatt zur Stilllegung angemeldet, weil sich ihr Betrieb im Marktumfeld der Energiewende nicht mehr rechnet.

Und das Kraftwerksterben geht weiter. Gerade erst hat die Bundesregierung die Emissionsgrenzwerte für konventionelle Kraftwerke verschärft. In der Ungewißheit, ob sie mit ihren Anlagen je wieder Geld verdienen können, rüsten viele Betreiber ihre Anlagen dafür aber nicht mehr nach – sie legen sie lieber gleich still.

Zudem hatte die Bundesregierung eben erst mit der Braunkohleindustrie vereinbart, in den kommenden fünf Jahren schrittweise 13 Prozent der deutschen Braunkohlekraftwerke in eine sogenannte Sicherheitsbereitschaft zu überführen – um sie dann in einigen Jahren ganz auszumustern.

Der Atomausstieg geht natürlich auch weiter: Ende dieses Jahres wird das Kernkraftwerk Gundremmingen B vom Netz gehen. Mit einer Nettoleistung von 1,2 Gigawatt war Gundremmingen B bislang eine der Stützen der süddeutschen Stromversorgung.

Die konventionelle Kraftwerkskapazität in Deutschland schmilzt damit weg wie Butter in der Sonne. "Aktuell führen die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dazu, daß etliche konventionelle Kraftwerke zur Stilllegung angemeldet werden oder vom Netz gehen", faßt BDEW-Chef Kapferer die Lage zusammen: "Investitionen in den Kraftwerksneubau sind bereits zum Erliegen gekommen."

"Letztlich waren alle Reservekraftwerke in Bereitschaft"

Der Mangel an steuerbaren Kraftwerken setzte Stromnetzbetreiber während der Dunkelflaute im Januar bereits unter starken Streß. "Fast in allen umliegenden europäischen Ländern war die Last außerordentlich hoch und die Erzeugungssituation angespannt", heißt es beim süddeutschen Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW über die Situation in den vergangenen Wochen: "Letztlich waren alle Reservekraftwerke mehrere Tage in Bereitschaft."

Der Einsatz von "Redispatch", also kostenträchtigen Eingriffen des Netzbetreibers in den Kraftwerksbetrieb, sei in dieser Zeit "sehr hoch" gewesen, teilt TransnetBW weiter mit. "Alle verfügbaren Reservekraftwerke in Deutschland und Österreich wurden auf unseren Anlaß hin angefahren. Für die schnellstartfähigen Anlagen wurde die Bereitschaft angewiesen. Zusätzlich wurden Reserven aus Italien angefordert."

Daß aber ausländische Reservekraftwerke Deutschland auch in Zukunft dabei helfen, eine Dunkelflaute zu überstehen, ist nicht garantiert. Die alternden französischen Atomkraftwerke zum Beispiel sind längst keine sichere Bank mehr. Gerade jetzt stehen viele der Anlagen wegen Sicherheitsüberprüfungen still, was die Wirkungen der Dunkelflaute im Januar noch verstärkte. Frankreich, früher meist Exporteur von Elektrizität, mußte plötzlich selber importieren.

Beim Branchenverband BDEW fragt man sich angesichts dieser Entwicklung, woher in Zukunft noch der Strom kommen soll, wenn es mit den deutschen Kraftwerksstilllegungen in diesem Tempo weitergeht.

Strombedarf wird noch weiter steigen

Immerhin hat die Bundesregierung ja gerade auch eine "neue Phase" der Energiewende ausgerufen: Im Rahmen der sogenannten Sektorkopplung soll jetzt auch der Straßenverkehr und die Heizwärme auf Strombetrieb umgestellt werden. Der deutsche Strombedarf wird sich also noch mal deutlich erhöhen.

"Kohlekraftwerke sind Störfaktoren im System"

... "Wir brauchen sicher noch eine ganze Weile flexible Gaskraftwerke, um windarme Wochen wie im Januar überbrücken zu können", sagt etwa Philipp Vohrer, Geschäftsführer der "Agentur für Erneuerbare Energien" (AEE) der "Welt".

... "Eine Lösung, von der auch Kohlekraftwerke profitieren, muß unbedingt vermieden werden", sagt Vohrer: "Kohlekraftwerke sind Störfaktoren im System." ...<<

07.02.2017

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Februar 2017: >>TV-Doku ...

Mafia in Frankreich

Wenn der Bock zum Gärtner wird

Eine Arte-Dokumentation zeigt, wie Korruption und organisierte Kriminalität den französischen Staat aushöhlen. Die Verbindungen reichen bis in höchste politische Kreise.

"Keine Demokratie muß mit einer Mafia, die sie unterwandert, gemeinsame Sache machen." Daß dies keine Platitüde ist, sondern ein händeringender Appell, versteht man vielleicht erst, wenn man drei dichtgedrängte Stunden lang das erschreckende Ausmaß der Verquickung von Politik und organisierter Kriminalität in Frankreich vorgeführt bekommen hat.

Angesichts der schiereren Masse an Informationen grenzt es zwar an Überforderung, alle drei Teile von Christophe Bouquets herausragender Dokumentation "Die Mafia in Frankreich" hintereinander zu sehen, aber Kontinuität und Struktur eines Staates im Staate, der vor allem auf der politischen Rechten immer wieder Protektion fand, werden so besonders eindrücklich deutlich. Diese von korsischen Clans geprägte, lange von Marseille und Paris aus operierende "Mafia" unterhöhlt seit etwa einem Jahrhundert die französische Demokratie. Ihre Paten galten in Politik und Wirtschaft stets als willkommene Geschäftspartner. Wer wie Bouquet den Zentralfiguren folgt, entdeckt langlebige Netzwerke.

Gelungen ist die Auswahl an Gesprächspartnern: Historiker, Journalisten und Ermittler, aber auch die Tochter eines wichtigen Paten sowie der ehemalige Vorstandsvorsitzende des in dubiose Afrikageschäfte verwickelten Energiekonzerns Elf Aquitaine. Zudem wurde das Material durch viele Schaubilder und eine klare Erzählstruktur - jede Episode konzentriert sich auf eine der drei Paten-Generationen - vorbildlich aufbereitet.

Den Beginn markiert der Pakt des notorisch kriminellen Korsen Paul Carbone mit dem ebenfalls aus Korsika stammenden Politiker Simon Sabiani, der im Jahre 1929 Stellvertreter des Bürgermeisters von Marseille wurde. Die Männer Carbone und seines Kumpanen François Spirito betätigten sich als Ordnungskräfte Sabianis und wurden dafür mit Posten in Verwaltung und Polizei belohnt - ein wiederkehrendes Muster der Unterwanderung der Staatsgewalt und sicherlich ein Grund für das geschwundene Institutionsvertrauen in Frankreich.

Kollaboration mit den Nationalsozialisten

Im Drogenhandel kooperierten Carbone und Spirito mit weiteren korsischen Clans. Allerdings unterstützten sie im Spanischen Bürgerkrieg die Partei Francos und kollaborierten wenig später mit den Nationalsozialisten, während die etwas jüngeren Brüder Guerini im Widerstand aktiv waren. Bereits jetzt tauchte an der Seite Sabianis - und für die Gestapo tätig - eine äußerst schillernde, fortan stets staatsnah im Hintergrund mitmischende Figur auf:

Étienne Léandri, dessen vielfältige Mafia-Kontakte erst nach seinem Tod im Jahre 1995 offenbar wurden. Laut Bouquet gilt er heute gemeinsam mit dem Korsen Marcel Francisci als Haupt der dritten Mafia-Generation. Sein ehemaliger Sekretär sagt, er habe mächtige Bankpräsidenten vor Léandri winseln gesehen.

Carbone kam 1943 bei einem Attentat der Résistance ums Leben. Spirito ging nach dem Krieg in die Vereinigten Staaten und wurde später Teil der drogensmuggelnden "French Connection". In Marseille gaben nun die Guerini-Brüder den Ton an. Sie verlegten sich auf die von deutschen Chemikern erlernte Heroinherstellung. Politisch profitierten sie mächtig vom Algerienkrieg und von der Angst vor den Kommunisten. Vor allem Charles de Gaulle und die CIA setzten auf die Schlagkraft der Mafia. Der Preis war hoch: Politisch protegiert bauten die Guerinis ein Weltimperium des Drogenhandels und des Glücksspiels auf.

Die Spur führt bis nach Afrika

Erst ein interner Zwist beendete ihre Ära, aber da stand die dritte Generation längst bereit, um in den ehemaligen französischen Kolonien das große Rad der Wirtschaftskorruption zu drehen. Das geschah im Dunstkreis von Elf Aquitaine. Diese vor Gericht nur partiell aufgearbeitete Phase der engsten Zusammenarbeit der Mafia mit afrikanischen Diktatoren und mit höchsten Kreisen der französischen Politik - eine Schlüsselfigur war Innenminister Charles Pasqua - ist der spannendste Teil des Films. Bouquet hat sich dafür durch das Bildmaterial der großen Nachrichtenarchive gewählt.

Als politische Umwälzungen die afrikanischen Unternehmungen der korsischen Mafia unter Druck setzten, zog sie sich nach Korsika zurück und heizte dort, so Bouquets These, den gewalttätigen Unabhängigkeitskampf radikaler Separatisten gezielt an, um die bis dahin aus allen Mafia-Geschäften herausgehaltene Insel zu destabilisieren. Mit Erfolg.

Heute befänden sich große Teile der Politik und Wirtschaft Korsikas - Tourismus, Immobilien, Sicherheit - fest in der Hand der Mafia. Eine vierte Generation übernehme derzeit die Macht, lautet der wenig hoffnungsvolle Ausblick. Dann fällt der eingangs erwähnte Satz. Was Journalisten zum Kampf gegen mafiöse Unterwanderungen beitragen können, ist die Herstellung von Transparenz. Das hat Christophe Bouquet getan. ...<<

09.02.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 9. Februar 2017: >>**Ungeheures Schneeballsystem**

Wird 2017 zum Schicksalsjahr des Euro und der EU? Zwei Erdbeben hintereinander, Brexit und Donald Trump, haben die Selbstgewißheit der europäischen Eliten erschüttert. Bald stehen Wahlen in Holland und Frankreich an; in beiden Ländern liegen die Chancen der EU-Gegner, hier Geert Wilders, dort Marine Le Pen, nicht schlecht. Nicht ausgeschlossen ist auch, daß, wenn sowieso alle Dämme brechen, Italien oder ein anderes Land der Südschiene sich aus der Gemeinschaftswährung verabschiedet.

Noch schart die Angst vor den Folgen die Mannschaft um den Kapitän, sprich: um die deutsche Kanzlerin. Seit Ausbruch der Finanzkrise vor fünf Jahren ist es wesentlich ihr persönlicher Nimbus, der Euro und EU unbeirrt auf Kurs zu halten scheint. Doch dieser Nimbus hat seit der Flüchtlingskrise gelitten - nach außen wie nach innen. Wenn die Kanzlerin sich jetzt obendrein als besiegt erweist, ist es gut möglich, daß der Kahn ganz auseinanderbricht.

Schuldendienst könnte zusammenbrechen

Kein Wunder, daß alle Welt die zu erwartenden Konsequenzen berechnet. Szenarien gibt es verschiedene. "Sollte ein Land das Eurosystem verlassen", schrieb Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), kürzlich, "müßte dessen Nationalbank die Ansprüche oder Verbindlichkeiten mit der Europäischen Zentralbank vollständig ausgleichen." Ein wahres Wort.

Nur wird die neu-alte nationale Währung dieses Landes im Vergleich zum Euro deutlich we-

niger Wert sein als beim Start der Eurozone. Die Einfuhren würden empfindlich teurer, die Exportwirtschaft würde angekurbelt ... aber was exportieren die Hungerleider unter den Euro-Ländern schon groß?

Vor allem würde der Schuldendienst zusammenbrechen. Ausländische Banken und Lieferanten blieben auf ihren Forderungen sitzen. Das gilt auch für die Verbindlichkeiten aus dem Euro-Rettungsschirm ESM. Und für jene im Rahmen des Verrechnungssystems TARGET. Schon zum Höhepunkt der Finanzkrise standen die sogenannten TARGET-Salden im Licht der Öffentlichkeit.

Schwache Länder lassen anschreiben

Es war der damalige Präsident des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, der im Februar 2011 darauf aufmerksam machte, daß die Schuldnerländer der EU, deren Anleihen niemand mehr haben wollte, sich via TARGET durch die Hintertür finanzierten.

An und für sich regelt das TARGET-System nur den laufenden Zahlungsverkehr zwischen den Zentralbanken. Diese Geldflüsse spiegeln den grenzüberschreitenden Handel mit Waren und Dienstleistungen. Vereinfacht ausgedrückt bilden die täglichen Salden die Handelsbilanz der beteiligten Volkswirtschaften ab.

Notorische Exporteure wie Deutschland bauen Forderungen auf, die in den Einfuhrländern als Verbindlichkeiten zu Buche schlagen. Der Trick ist: Euro-Länder genießen bei TARGET einen unbegrenzten Überziehungsrahmen. Sie importieren und lassen anschreiben wie vor langer Zeit beim Kaufmann um die Ecke.

Milliarden-Risiken am Steuerzahler vorbei

In der Vergangenheit wurden die TARGET-Verbindlichkeiten beglichen, indem die betroffenen Zentralbanken sich im Ausland refinanzierten. Das funktioniert seit Beginn der Finanzkrise nicht mehr - Ländern wie Griechenland, die kaum noch Anleihen plazieren können, steht allenfalls der ESM-Rettungsschirm zur Verfügung.

Oder sie lassen anschreiben - dann steigen im Gegenzug die TARGET-Forderungen der Ausfuhrländer wie Deutschland. Der eigentliche Kreditgeber, etwa der deutsche Steuerzahler, wird nicht gefragt. TARGET-Forderungen sind also nichts anderes als TARGET-Risiken. Zum Stichtag 31. Januar 2017, 24.00 Uhr, waren es für die deutsche Bundesbank 795.621.293.492,45 Euro.

Solange die Euro-Zone hält, sind die Forderungen wenigstens auf dem Papier werthaltig. Führt jedoch ein Schuldnerland seine nationale Währung wieder ein, dann wird es seine Euro-Verbindlichkeiten in nationaler Währung zum ursprünglichen Umrechnungskurs begleichen wollen. Wenn überhaupt. Nur wird dieser Umrechnungskurs dann völlig unrealistisch sein.

Deutschland könnte auf TARGET-Forderungen sitzenbleiben

Das böseste Szenario ist der komplette Zusammenbruch der Eurozone, also der gleichzeitige Ausstieg aller Mitglieder. In dem Fall würde das wirtschaftlich stärkste Land - gegenwärtig und bis auf weiteres Deutschland - sofort zum Magneten für Anleger aus Europa und der ganzen Welt. Die wieder eingeführte D-Mark würde binnen Minuten in die Höhe schnellen, die deutsche Exportwirtschaft (über die Hälfte des Bruttosozialprodukts) zusammenbrechen, und die fast 800 Milliarden TARGET-Forderungen der Bundesbank wären größtenteils für die Katz.

Erinnert man sich an die Diskussionen um den deutschen Beitrag zum Euro-Rettungsschirm "nur" 190 Milliarden -, dann begreift man Hans-Werner Sinns Schlußfolgerung vor sechs Jahren: "Wenn die Länder, deren Banken die Kredite gegeben wurden, zahlungsunfähig werden, haftet Deutschland. Es tun sich Abgründe auf." Und damals, Anfang 2011, lagen die deutschen TARGET-Forderungen bei deutlich weniger als der Hälfte von heute!

De facto hat die Bundesregierung sechs Jahre lang sehenden Auges über 400 Milliarden Euro zusätzliches Risiko in die Bücher genommen - und alles nur, damit der schöne europäische

Traum nicht platzt. Wie sie dieses ungeheure Schneeballsystem verantworten will, sollte die Bundeskanzlerin als Richtlinienverantwortliche der deutschen Politik dem Souverän bei Gelegenheit erklären.<<

11.02.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 11. Februar 2017: >>**Der scheiternde Staat**

"Failed state": Der englische Begriff steht für einen "gescheiterten Staat", der die Kontrolle über Teile des Staatsgebiets verloren hat und das Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen kann. Wo er fällt, denkt man üblicherweise an von Bürgerkriegen und ausländischen Interventionen zerrüttete und zerfallende Staatsgebilde im Norden und Osten Afrikas oder im Nahen und Mittleren Osten. Mit dem rasanten und unregelmäßigen Import großer Bevölkerungskontingente aus diesen Krisenregionen mehren sich auch in Deutschland die Symptome des staatlichen Scheiterns.

Sichtbar wird dies in der Entstehung "verbotener Zonen" und rechtsfreier Räume, in denen die überforderten Kräfte von Polizei und Justiz geltende Gesetze nur noch partiell durchsetzen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit der eigenen Staatsbürger nicht mehr uneingeschränkt gewährleisten können. Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) mag noch so oft leugnen, daß es in seinem Bundesland solche "No-go-Areas" gebe:

Für die Bürger, die bestimmte Straßen, Plätze und Stadtteile selbst bei Tage vorsichtshalber meiden, sind sie ebenso Realität wie für jene Teile der Polizei, die nicht parteibuchgesichert vom warmen Führungsschreibtisch aus abwiegeln, sondern Tag für Tag im Fronteinsatz den Kopf hinhalten und zur bevorzugten Zielscheibe aggressiver Einwanderer-Bevölkerungen geworden sind.

Weg in den permanenten Ausnahmezustand

Die Ausrede, daß man von einer "No-go-Area" ja erst sprechen könne, wenn nicht nur die Bürger, sondern auch die Ordnungskräfte sich nicht mehr hineinwagten, ist faul: Wenn selbst einfachste Polizeimaßnahmen nur mit massiver Verstärkung durchführbar sind, weil einzeln auftretende Beamte sofort von einer wütenden Meute umringt werden, führt schon die personelle Überdehnung der kaputtgesparten Polizei dazu, daß sie in Bezirken, die ihr streitig gemacht werden, nur noch das Nötigste erledigt und sich sukzessive aus ihnen zurückzieht.

Die Logik der fragmentierten Einwanderungsgesellschaft führt in den Polizeistaat, der mangels geeigneter Kräfte indes gar nicht zu realisieren ist. Wenn ein Polizeiaufgebot in Regimentsstärke in Köln die Wiederholung der sexuellen Massenübergrieffe der Neujahrsnacht 2015/16 verhindert, wird bekannt, daß im weniger massiv verteidigten Frankfurt am Main eben dieser Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung wieder eingetreten ist. Abgesagte Feste und Karnevalszüge, harte Anti-Terror-Auflagen vom Lkw-Verbot bis zur festungsartigen Einmauerung mit Betonbarrikaden, weisen den Weg in den permanenten Ausnahmezustand.

Ethnische Fragmentierung der Sicherheitskräfte

Einschränken soll sich die einheimische Bevölkerung; Präventionsversuche wie der Appell der NRW-Polizei, Asylbewerber vom Straßenkarneval fernzuhalten, führen zuverlässig zum erbitterten Widerstand der Asyl-Lobby und zum raschen Einknicken der Behörden.

Kein Wunder, daß die Polizei eher frustrierte Beamte verliert, als neue Bewerber anlockt. Politisch gewolltes Auffüllen ihrer Reihen mit Kräften "mit Migrationshintergrund" bei gleichzeitiger Absenkung der Einstellungskriterien birgt wiederum die Gefahr der ethnischen Fragmentierung auch der Sicherheitskräfte.

Razzien zeigen haarsträubende Zustände

Manifest wird der Kontrollverlust gerade dort, wo die Behörden Stärke demonstrieren wollen, um die Bürger zu beruhigen, die den um sich greifenden Kontrollverlust sehr wohl spüren. Die Razzien in Hessen und Berlin gegen islamistische Terrornetzwerke haben haarsträubende

Zustände ans Tageslicht gebracht:

Der unter Einsatz von mehr als tausend Beamten verhaftete tunesische Hauptverdächtige hatte sich früher schon zehn Jahre lang in Deutschland aufgehalten, beging zwischenzeitlich offenkundig einen schweren Terroranschlag in seiner Heimat, betätigte sich seit 2015 im Zuge der unkontrollierten Illegalen-Ströme als Anwerber und Schleuser für den IS, war zwischenzeitlich in Haft und wieder freigekommen. Wie zwei zeitgleich in Berlin verhaftete Terrorverdächtige ging der Tunesier in einschlägig bekannten Salafisten-Moscheen ein und aus, die zwar immer wieder mal durchsucht, aber nie geschlossen und verboten worden sind.

Parallelgesellschaften als Rückzugsraum

Importierte Parallelgesellschaften dienen Islam-Terroristen als Rückzugsraum und Rekrutierungsumfeld. Den Behörden sind fast 600 islamistische "Gefährder" bekannt, sie können sie aber mangels Personal nicht lückenlos überwachen, vom Dunkelfeld der zwischenzeitlich unerkannt eingereisten potentiellen Zeitbomben ganz zu schweigen.

Unfähig, sie und ihr Unterstützerumfeld wieder aus dem Land zu weisen, verlängert die Politik ihr Versagen mit hilflosen Alibimaßnahmen wie der "elektronischen Fußfessel" für "Gefährder". Eine solche hat bekanntlich letzten Sommer einen islamischen Terroristen in Frankreich nicht daran gehindert, einen Priester während der Messe rituell zu massakrieren; sie wird auch hierzulande keinen zum "Märtyrertod" entschlossenen Dschihadisten aufhalten.

Lösung besteht nicht in "mehr Stellen"

Wie um die selbstzufriedenen politischen Gesundheitslügen zu strafen, schlägt auch die Generalbundesanwaltschaft Alarm und ruft nach Verstärkung aus den Ländern, weil ihr die Islam-Terrorverfahren über den Kopf wachsen.

Die Lösung lautet nicht - wie grüne Schreibtischtäter stereotyp suggerieren - "mehr Stellen". Die Lösung lautet: Illegale Einwanderer nicht mehr ins Land lassen, die bereits hereingekommenen wieder hinausbefördern, die Kontrolle über die Grenzen wiederherstellen, bevor die Kontrolle im ganzen Land verlorenght. Entweder das, oder Deutschland findet sich in ein paar Jahren auch in der "Failed state-Statistik".<<

19.02.2017

BRD: Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Februar 2017:

>>Tschetschenen in Deutschland: Migration als Waffe?

Tausende Tschetschenen reisen illegal nach Deutschland ein. Viele neigen zur Gewalt und lassen sich kaum integrieren. Moskau zieht daraus seinen Vorteil.

Die Moschee in der Perleberger Straße im Berliner Stadtteil Moabit ist geschlossen. Sie sorgte für Aufsehen, weil Anis Amri, der Attentäter von Berlin, dort verkehrte. Jetzt ist der Moscheeverein "Fussilet 33" verboten. Amri war Tunesier, doch der Verein war vor allem ein Treffpunkt radikalislamischer Tschetschenen aus Berlin und Brandenburg.

Der frühere Vereinspräsident Ismet D. steht in Berlin vor Gericht. Er soll die syrische Terrorgruppe Junud asch Scham, in der viele Tschetschenen kämpfen, unterstützt haben, indem er tschetschenische Kämpfer aus Deutschland nach Syrien begleitete und Flugtickets für sie bezahlte.

Junge Tschetschenen schließen sich seit Jahren der salafistischen Szene in Deutschland an. Manche kommen schon als militante Islamisten an, andere werden hier radikalisiert. Besonders groß sind die Probleme in den östlichen Bundesländern. In Berlin gehören Tschetschenen seit Jahren zu den islamistischen Gefährdern, in Brandenburg gibt es nach Angaben des Innenministeriums zwischen 80 und 90 radikale Islamisten, die meisten sind Tschetschenen.

Sie zu beobachten bindet eine hohe Zahl von Polizisten und Verfassungsschützern. Früher galten Islamisten aus der russischen Teilrepublik im Nordkaukasus den deutschen Sicherheitsbehörden als wenig besorgniserregend. Das "Kaukasische Emirat", in dem sie sich organisierten, betrachtete Deutschland als Rückzugs- und Ruheraum. Das hat sich in den vergan-

genen Jahren geändert, spätestens seit die Organisation sich dem IS unterstellt hat.

Der Druck, Deutschland wieder zu verlassen, ist gering

Die Zahl tschetschenischer Islamisten nimmt auch deswegen zu, weil immer mehr Tschetschenen nach Deutschland kommen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion haben die Tschetschenen zwei verheerende Kriege mit der russischen Zentralmacht geführt: Den ersten von 1994 bis 1996 haben sie gewonnen, den zweiten, ab 1999 schon unter Putin, dann verloren. In den vergangenen fünf Jahren reisten jedes Jahr Tausende Bewohner der russischen Teilrepublik nach Deutschland, das geschah in Wellen. Seit 2012 haben fast 36.000 Tschetschenen Asyl beantragt. Die meisten von ihnen sind ohne gültigen Paß und ohne Visum eingereist.

Im vergangenen Jahr stellten mehr als 12.200 Menschen aus der Russischen Föderation einen Asylantrag in Deutschland. Davon waren nach eigenen Angaben 9.850 Tschetschenen, mehr als 80 Prozent. Es war die größte Einreisewelle aus Rußland seit 2013. In diesem Jahr hatten sogar knapp 15.500 Russen Asyl in Deutschland beantragt.

Mehr als 13.600 von ihnen, rund 90 Prozent, waren damals Tschetschenen. Gewährt wird ihnen Asyl nur selten. Von allen Asylbewerbern aus Rußland wurden im vergangenen Jahr insgesamt 5,2 Prozent als asylberechtigt oder als Flüchtlinge anerkannt, bei den Tschetschenen betrug die Schutzquote sogar nur 4,3 Prozent.

Eigentlich dürfte sich der größte Teil der Tschetschenen also gar nicht mehr hier aufhalten. Doch der Druck, Deutschland wieder zu verlassen, ist gering. Die Tschetschenen reisen in der Regel aus ihrer Heimat nach Weißrußland und stellen dann an der polnischen Grenze einen Asylantrag. Da aber die Unterbringung für Asylbewerber in Polen schlechter ist und die finanziellen Leistungen weit geringer sind, reisen sie weiter nach Deutschland. Hier werden sie dann in Erstaufnahmelagern untergebracht und nach sechs Monaten auf die Kommunen in einzelnen Bundesländern verteilt.

Rückschiebungen können häufig nicht stattfinden

Nach dem Dublin-Abkommen müßte die ganz große Mehrheit der Tschetschenen, die in Deutschland Asyl beantragt, eigentlich nach Polen zurückgebracht werden. Denn in diesem EU-Land haben sie zuerst Asyl beantragt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Bamf, bearbeitet die Asylanträge der Tschetschenen deswegen erst einmal nicht. Doch kaum ein Tschetschene wird tatsächlich nach Polen zurückgebracht.

Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben des Bundesinnenministeriums von Januar bis Oktober nur 560 Personen nach Polen zurückgeschoben, wie der Fachbegriff heißt. Da Familien nicht auseinandergerissen werden, gibt es schnell einen Grund, warum eine Rückschiebung nicht stattfinden kann - mal fehlt ein Familienmitglied, mal ist eines krank, oft ist eine Frau schwanger oder gerade ein Kind geboren worden.

In Brandenburg, das im vergangenen Jahr rund 2.300 tschetschenische Asylbewerber registriert hat, wurden 2016 nur 22 Familien mit 99 Personen nach Polen zurückgeschoben, wie das Innenministerium in Potsdam mitteilt. Zudem seien die nach Polen gebrachten Personen oft nach wenigen Wochen wieder zurück in Deutschland. Drehtüreffekt nennt man das. Brandenburg wünscht sich daher, daß das Dublin-Abkommen für die Tschetschenen ausgesetzt wird. Dann könnten die Asylanträge gleich in der Erstaufnahmeeinrichtung bearbeitet und abgelehnte Asylbewerber von dort nach Rußland abgeschoben werden.

Dem Bund aber ist daran gelegen, die Dublin-Regeln wieder zur Geltung zu bringen - daher will er für die Tschetschenen keine Ausnahme machen. Eine Abschiebung in die Heimat, also nach Rußland, findet aber noch seltener statt als die Rückschiebung nach Polen. Im vergangenen Jahr wurden 110 Tschetschenen nach Rußland abgeschoben. Das ist rund ein Prozent derer, die im gleichen Jahr gekommen sind.

Tschetschenische Männer gelten als besonders gewaltbereit

Die Tschetschenen gelten den Behörden als eine besonders schwierige Gruppe. Die tschetschenischen Gefährder, also Leute, von denen die Polizei annimmt, daß sie Terroranschläge ausführen könnten, sind dabei nur eine ganz kleine, wenn auch besonders gefährliche Fraktion. Andere Probleme wiegen ebenso schwer: In den Erstaufnahmeeinrichtungen gelten die tschetschenischen Männer als besonders gewaltbereit. Immer wieder kommt es zu Prügeleien oder Messerstechereien zwischen Tschetschenen einerseits und Syrern oder Afrikanern, etwa aus Kamerun oder Tschad, andererseits. "Treffen die Tschetschenen auf Nordafrikaner, ist der Ärger schon programmiert", heißt es im Brandenburger Innenministerium.

Der Hang zur Gewalt hat mit der Kriegermentalität, dem Ehrenkodex und dem ausgeprägten Machogehabe der Tschetschenen zu tun. Zudem bleiben die Clan-Strukturen, in denen sich die Tschetschenen organisieren, auch außerhalb der Heimat erhalten. Das bekommen auch die Asylunterkünfte zu spüren. Mitunter reisen Gruppen von Tschetschenen von außen zu den Aufnahmelagern, um Rache zu nehmen an jenen, die ihre Landsleute beleidigt oder angegriffen haben sollen.

In Brandenburg hat das dazu geführt, daß die Tschetschenen aus dem Erstaufnahmelager Eichenhüttenstadt in eine eigene Außenstelle überführt wurden, in der sie nicht mehr mit anderen Asylbewerbern untergebracht sind. Ein Problem bleibt auch in dem neuen Heim, daß tschetschenische Männer ihre Frauen oder Kinder verprügeln. Auch Fälle von Gefährdung des Kindeswohls kommen immer wieder vor, etwa weil Mütter ihre Kleinkinder über Stunden unbeaufsichtigt lassen.

Warum verlassen so viele Tschetschenen ihre Heimat?

In der organisierten Kriminalität in Deutschland spielen Tschetschenen seit Jahren eine große Rolle. Bei Schutzgelderpressung, Raub und der Verteidigung von Geschäftsbezirken gegen andere kriminelle Banden sind sie stark vertreten, oft agieren sie auch im Auftrag anderer ethnischer Clans. Im November fand eine Razzia gegen sechzehn Tschetschenen in mehreren sächsischen Städten, aber auch in Thüringen und Rheinland-Pfalz statt; ihnen wird die Gründung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Warum verlassen so viele Tschetschenen ihre Heimat und kommen nach Deutschland? Als Grund gilt meist, daß der heutige Herrscher in Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, mit eiserner Hand regiert. Kadyrow hat seinen Verwandten und Getreuen die einträglichsten Posten in der Republik verschafft, gegen Gegner geht er rücksichtslos vor. Rechtsstaatliche Verhältnisse gibt es in Tschetschenien nicht, Kadyrows bewaffnete Einheiten machen ungestraft, was ihnen paßt. So läuft das allerdings schon seit Jahren.

Wie kommt es also, daß es immer neue Ausreisewellen gibt? Bei der ersten großen Welle von 2012 und 2013 spielten Gerüchte eine Rolle, daß Tschetschenen in Deutschland ein Begrüßungsgeld, ein Haus oder ein Grundstück erhielten. Unklar ist allerdings, wer die Gerüchte streute und warum es in der rigide kontrollierten Republik zugelassen wurde, daß sie sich verbreiteten. Ungewiß ist zudem, ob die Tschetschenen, die nach Deutschland kamen, das mit den Geschenken in Deutschland wirklich glaubten.

Nach Einschätzung mancher Sicherheitsbehörden waren die nahenden Olympischen Winterspiele in Sotschi ein Grund dafür, daß Rußland viele Ausreisen zuließ, um auf diese Weise unzufriedene Elemente loszuwerden. Damals reagierten die deutschen Behörden auf verschiedene Weise. Das Bamf startete eine Aufklärungskampagne in Tschetschenien, die den Gerüchten widersprach. Die Bundespolizei und das Bundesamt für Verfassungsschutz führten Gespräche mit ihren russischen Partnerinstitutionen, in denen sie das Problem der Massenzuwanderung thematisierten.

Tatsächlich kam es 2014 zu einem Rückgang: Statt mehr als 15.000 wurden nur noch gut 5.500 Asylanträge aus Rußland registriert. 2015 setzte allerdings eine neue Reisewelle ein, die 2016 ihren Höhepunkt erreichte. Hatte sie damit zu tun, daß die Tschetschenen sahen, daß

Deutschland nun Muslime in großer Zahl aufnehmen? In Sicherheitskreisen heißt es, bei Hunderten Tschetschenen, die 2016 einreisten, lasse es sich nachweisen, daß sie 2013 schon einmal nach Deutschland gekommen seien.

Es lohnt sich für Moskau, die Tschetschenenkarte zu spielen

Eine Erklärung für die Reisewellen, die dort außerdem gegeben wird, lautet: Rußland hatte kein Interesse, diesen Zustrom illegaler Migranten nach Deutschland zu stoppen. Die Russen wollten den Deutschen vielmehr zeigen, daß sie ein Problem schaffen und es auch wieder abschaffen könnten. In der Flüchtlingsfrage, die Deutschland so tief spaltet, trugen sie so dazu bei, daß die dadurch entstandenen Probleme sich noch verstärkten.

Deshalb lohnt es sich für Moskau, die Tschetschenenkarte zu spielen. Bei Verhandlungen mit den Russen, in denen die deutsche Seite darauf drang, den Zustrom von Tschetschenen zu unterbinden, ließ die russische Seite unter anderem wissen, daß es sich bei den Tschetschenen gar nicht um solche aus der russischen Kaukasusrepublik, sondern um Tschetschenen aus Kasachstan handele.

Das aber trifft nicht zu - zumal die Tschetschenen in Kasachstan, wohin sie während des Zweiten Weltkriegs von Stalin deportiert worden waren, gerade noch 0,2 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Als Beispiel für das Vorgehen der Russen wird auch auf die Flüchtlinge verwiesen, die 2015 über die sogenannte Polarroute nach Finnland und Norwegen gelangten. Sie durchquerten ein Gebiet, das zuvor als Sperrzone gegolten hatte. Erst als die Regierungen in Helsinki und Oslo mit Moskau verhandelten, wurde die Route wieder dicht gemacht.

Migration als Waffe? Beweisen läßt sich das kaum. Die Bundespolizei teilt auf Anfrage mit, daß ihr "keinerlei Hinweise" vorliegen, daß die Reisewellen aus Tschetschenien gesteuert werden. Sicher ist: Die Reisen von Tausenden Tschetschenen über Weißrußland nach Polen bleiben den russischen Behörden und Nachrichtendiensten nicht verborgen. Der russische Geheimdienst FSB hat vor wenigen Tagen erstmals seit 1995 wieder Kontrollen an der Grenze zu Weißrußland eingeführt.

Ob dadurch weniger Tschetschenen nach Deutschland kommen werden, ist allerdings völlig unklar. Die Erfahrungen mit Rußland in der Frage der illegalen Migration faßt ein Fachmann in der Regierung so zusammen: "Was den Deutschen Probleme bereitet, das ist für die Russen ein Trumpf im Ärmel."<<

09.03.2017

BRD: Das Internetportal "heise online" berichtet am 9. März 2017 (x1.068/...): >>Fukushima sechs Jahre nach dem AKW-Gau: "Die Regierung verrät die Opfer"

Vor 6 Jahren verursachten Erdbeben und Tsunami einen Gau im Atomkraftwerk Fukushima. Noch immer weiß niemand, wo genau sich der geschmolzene Brennstoff befindet. Trotzdem drängt der Staat immer mehr Anwohner zur Rückkehr. Kritiker warnen vor Risiken.

Von Lars Nicolaysen

Die Kirschbäume haben sie stehen lassen. Als Japaner hänge man an ihnen, erzählt ein Mitarbeiter des japanischen Atomkonzerns Tepco lächelnd. Etwas bizarr ist dieser Hinweis auf die Bäume, während im Hintergrund die havarierten Reaktoren der Atomruine Fukushima Daiichi in den Himmel ragen.

Sechs Jahre sind vergangen, seit an jenem 11. März 2011 ein schweres Erdbeben und ein gewaltiger Tsunami den Nordosten des Inselreiches heimsuchten. 18.500 Menschen starben damals in den Fluten. Zum Sinnbild der Katastrophe aber wurde der Gau im Atomkraftwerk Fukushima, auch wenn dadurch niemand direkt ums Leben kam. Noch heute lassen grotesk verbogene Stahlstreben und geborstene Betonplatten das Chaos erahnen, das hier damals herrschte.

Und doch hat sich in den vergangenen Jahren einiges hier getan. In erstaunlich großen Gebieten der Anlage brauchen die täglich 6.000 hier arbeitenden Männer laut Tepco keine aufwen-

digen Schutzanzüge mit Vollgesichtsmaske mehr zu tragen, da die Strahlenwerte deutlich gesunken seien. Die Lage sei "stabil", wie es Manager Shunji Uchida ausdrückt. Doch die größten Herausforderungen stehen noch bevor.

Rund 1.500 abgebrannte Brennstäbe liegen noch in den zerstörten Reaktoren 1, 2 und 3. Nächstes Jahr will Tepco mit der Bergung im Reaktor 3 beginnen. Bis 2022 sollen dann alle Brennstäbe aus den Meilern entfernt und an einem sichereren Ort gelagert werden.

Geschmolzene Brennstäbe

Noch immer weiß niemand genau, wo sich der geschmolzene Brennstoff befindet. Ein kürzlich in den Reaktor 2 geschickter skorpionförmige Roboter drang wegen Trümmern nicht so nahe zum Kern vor wie erhofft. Wegen der extremen Strahlung von bis zu 650 Sievert pro Stunde, bei der ein Mensch innerhalb weniger Minuten sterben würde, ging er kaputt.

Tepco muß wissen, wo sich der Brennstoff in jedem der drei Reaktoren befindet, um herauszufinden, was die beste und sicherste Methode ist, ihn herauszuholen. Obwohl der Roboter-einsatz bislang nicht den erhofften Erfolg brachte, halten Tepco und die Regierung an ihrem Plan fest, in diesem Sommer die grundsätzliche Vorgehensweise zum Herausholen des Brennstoffs festzulegen und dann 2021 anzufangen.

Rückkehr

Doch trotz dieser und anderer großer Probleme wie der Entsorgung der riesigen Mengen an verstrahltem Wasser sollen nach dem Willen der Regierung die früheren Bewohner einiger umliegender Gebiete zurückkehren. Durch die großflächigen Dekontaminierungsarbeiten der vergangenen Jahre sei es angeblich wieder sicher, dort zu leben.

Der Staat und Tepco wollten auf diese Weise die hohen Entschädigungen an die Betroffenen einsparen, beklagen Kritiker. "Die japanische Regierung verrät die Opfer der Katastrophe und stellt Konzerninteressen über das Wohl der Menschen", beklagt Susanne Neubronner, Atomexpertin bei der Umweltschutzorganisation Greenpeace.

Weiter hohe Strahlenbelastung

So ist laut Greenpeace die von ihr in umliegenden Wäldern der Gemeinde Iitate gemessene Strahlung vergleichbar mit dem derzeitigen Strahlenniveau innerhalb der 30-Kilometer-Sperrzone von Tschernobyl. Trotzdem solle die Evakuierungsverfügung für einen Großteil von Iitate zum 31. März aufgehoben werden. Ein Jahr später fallen die Kompensationszahlungen für die ehemals 6.000 Bewohner weg. Zuvor war auch schon die Sperrung anderer Gemeinden aufgehoben worden.

Noch in diesem Monat wird zudem denjenigen, die "freiwillig" aus Gebieten flohen, die nicht zur Evakuierungszone erklärt worden waren, die Wohnzuschüsse gestrichen. Das trifft vor allem viele Frauen mit Kindern. Sie seien "Opfer der staatlichen Atompolitik", beklagt eine der betroffenen Mütter. Sie hätten auch angesichts von Berichten über zunehmende Fälle von Schilddrüsenkrebs unter Kindern weiterhin Angst.

Bislang sind denn auch nur wenige frühere Anwohner bereit, der Aufforderung des Staates zu folgen. Gerade mal gut zehn Prozent der wegen des Gaus evakuierten Menschen aus fünf Gemeinden der Präfektur Fukushima sind inzwischen in ihre früheren Häuser zurückgekehrt.<<

10.03.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 10. März 2017 (x892/...): >>>Volk, Vaterland, Vertreter, Versprecher ...

Auch in den letzten Wochen fielen uns Sätze auf: weil sie so bezeichnend, provozierend, tref-fend, typisch, dumm, entlarvend, belustigend, intelligent, nachdenklich oder anregend sind. Wir haben wiederum völlig willkürlich eine ganz kleine Blütenlese dieser Sätze zu-sammengestellt. Ab und an verdichtet sich eben etwas in einem einzigen Satz, in einem ganz kurzen Textabschnitt.

"Viele meiner deutschen Mitmenschen sind mir einfach ein Rätsel. Ein Buch mit sieben Sie-

geln. Und sie scheinen in einer komplett anderen Welt und Wirklichkeit zu leben als ich. Mein Land wird mir immer fremder." (Unbekannt)

"Es ist möglich, daß der Deutsche noch einmal von der Weltbühne verschwindet; denn er hat alle Eigenschaften, sich den Himmel zu erwerben, aber keine einzige, sich auf Erden zu behaupten, und alle Nationen hassen ihn wie die Bösen den Guten. Wenn es ihnen aber wirklich einmal gelingt, ihn zu verdrängen, wird ein Zustand entstehen, in dem sie ihn wieder mit den Nägeln aus dem Grabe kratzen möchten." (Friedrich Hebbel, Tagebücher, 4.1.1860)

"Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft: wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit." (Orwell, 1984, S. 308).

"Die Faulheit ist das letzte Gut, das uns vom Paradies geblieben ist." August Wilhelm Schlegel

"Schon gemerkt? So gut wie alle Flüchtlinge sind 17 Jahre alt." (Unbekannt)

"Es ist wichtig, sich immer daran zu erinnern, daß Sozialismus nur ein Kosename ist. Wie der gemütliche Schorsch eigentlich ein ungemütlicher Georg ist. Denn der Verzicht auf Gewalt bei den 'Sozialisten' bedeutet nur, daß sie in ihrer Strategie und Taktik wesentlich subtiler geworden sind. Die menschenfeindlichen kommunistischen Ziele werden (statt mit Gewalt) mit massenpsychologischen und anderen Tricks verfolgt und umgesetzt." (Adorján F. Kovács am 06.02. im Portal "Freie Welt")

"Vor Jahren sagte ich: Gott schütze Franziskus, wenn er nicht weiß, was er tut. Wenn er es aber weiß, dann schütze Gott uns in der Kirche! - Heute sage ich: er weiß, was er tut." (ein irischer Passionist)

"Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst." (Friedrich Ebert (SPD), Präsident der Weimarer Republik von 1919 bis 1925, laut Wikiquote)

"Deutsch-Österreich muß mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Sie gehören zu uns, und wir gehören zu ihnen." (derselbe)

"Diejenigen, denen wir die große Ehre erweisen, bei uns einreisen zu dürfen, sollten dieses Land unterstützen und seine Menschen und Werte lieben." (Donald Trump in seiner ersten Kongreßrede)

"Wie in einem defekten Fahrstuhl gefangen, zuckeln sie immer zwischen dem 33. und 45. Stockwerk hin und her. ... "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben", warnte Michail Gorbatschow 1989 die DDR-Führung, die die Zeichen der Zeit nicht sehen wollte und längst überfällige Reformen ihres verkrusteten Staatssozialismus verweigerte. Die Ergebnisse sind bekannt.

Damals ging es nur um einige Jahre, die die ostdeutschen Genossen den Reformern im Kreml hinterher hinkten. Heute geht es um jene, die 70 Jahre zurückgeblieben sind und trotzdem an den Schaltstellen der Macht kleben, in Politik und Medien den Ton angeben. Längerfristig haben sie keine Zukunft, dazu mangelt es ihnen zu sehr an Lebensfreude, Neugier und Selbstreflexion. Doch bis sie endlich abtreten, können sie mit ihrer zwanghaften und böartigen NS-Fixierung die Zukunft der gesamten Gesellschaft beeinträchtigen." (Oliver Zimski auf der "Achse des Guten" - achgut.com - über die Deutschen des 21. Jahrhunderts)

"Gott sei Dank, et hät jeklapp!" (Sr. Isa Vermehren auf die Frage, was sie Jesus sagen würde, wenn sie ihm nach ihrem Tod begegnen würde)

"Am Rande: Was könnte es für den Konstrukteur einer Raumsonde, die in 500 Millionen Kilometern Entfernung zur Erde auf einem kurzperiodischen Kometen landet, Plausibleres und Naheliegenderes geben, als den Vorschriften eines frommen Beduinen aus dem 7. Jahrhundert zu folgen?" (Michael Klonovsky 05.03.2017)

"Ein Protestant wird zustimmen, wenn man über den Papst sagt, ein Mann allein könne doch

nicht behaupten, recht zu haben. - Ein moderner Katholik und ein Protestant werden zustimmen, wenn man über Erzbischof Lefebvre (der die katholische Tradition verteidigte) sagt, ein Mann allein könne doch nicht gegen Papst und Kirche recht haben. - Beide aber werden empört reagieren, wenn man über Luther (der eine neue Kirche und einen neuen Glauben gründete) sagt, ein Mann allein könne doch nicht gegen Papst und Kirche recht haben: das nennen sie in dem Fall dann "Mannesmut". (unbekannt)

"Deutschland, Deutschland, langsam verzweifle ich an Dir. Du machst mich wund und krank." (Martin E. Renner auf "jouwatch")

"Die Lage des Haustieres zieht die des Schlachttiers nach." (Ernst Jünger, Waldgang, 1951, Kapitel 11)

"Wenn alle Institutionen zweifelhaft oder sogar anrühlich werden und man selbst in den Kirchen nicht etwa für die Verfolgten, sondern für die Verfolger öffentlich beten hört, dann geht die sittliche Verantwortung auf den Einzelnen über oder, besser gesagt, auf den noch ungebrochenen Einzelnen." (Ernst Jünger, Waldgang, 1951, Kapitel 30)

"Es ist ein Netzwerk der Guten, das dieses Land prägt und es stark macht." (Gauck beim Abschiedsbesuch der Stuttgarter Nachrichten)

"Unser Parlament und die Regierung bestimmen die Politik. Eine Direktwahl des Bundespräsidenten würde den Eindruck erwecken, daß es da noch eine letzte Instanz gibt, die autorisiert ist, notfalls das zu korrigieren, was die Regierung möglicherweise falsch gemacht hat." (Gauck in der Stuttgarter Zeitung)

"Wenn das mit der Kötterasse jetzt amtlich ist, bezahlen wir Ureinwohner in Zukunft nur die Hundesteuer statt der Einkommenssteuer und allen anderen Abgaben?" (Kommentar auf einem politischen Blog)

"Denn jedes Volk bildet eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen.

In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax, in Redewendungen und bildhaften Ausdrücken offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur ihren höchsten künstlerischen Ausdruck verschafft.

Aber auch in den anderen Künsten wie der Malerei und der Musik, sowie in Wissenschaft, Recht und religiösem Leben prägt sich die seelische Eigentümlichkeit eines Volkes in einer besonderen Form und eigenem Stil deutlich aus." (Internetfund)

"Sicherheit ist kein Wert an sich, weshalb Bundeskanzlerin und Bundespräsident von Leibwächtern umgeben sind, nicht aber der einfache Düsseldorfer. Der bezahlt sie nur." (Kommentar nach dem Axtanschlag im Düsseldorfer Hauptbahnhof)<<

12.03.2017

BRD: Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtet am 12. März 2017:

>>Bürgerkrieg in Europa: Die Luntten lodern an allen Enden

Besorgniserregend sind die Zustände in Europa schon länger. In den letzten Wochen und Tagen verschärft sich die Situation zusehends. Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, bis Europa länderübergreifend von bürgerkriegsähnlichen Zuständen überzogen wird. Wer die Augen nicht verschließt und ideologisch nicht verblendet ist, kann die Gründe dafür erkennen und sie vor allem benennen

Während die Parteien links der Mitte und den von ihnen bezahlten Vorfeldorganisationen immer noch einem Faschismus hinterherjagen, verwandelt sich Europa in ein Flammenmeer. Die Antwort darauf kommt prompt: Demonstrieren gegen Rechts, gegen Rassismus und für Weltoffenheit. Daß genau diese Weltoffenheit gerade dafür sorgt, daß alles aus der Bahn läuft, sieht der dumme Antifant nicht.

Eigentlich sollte man sich gemütlich zurücklehnen und der Dinge harren die da kommen. Mit einem Lächeln auf den Lippen aus der Ferne beobachten und ein süffisantes "Hoppala" von den Lippen lassen, wenn der Araber zur Machete greift und dem Bahnhofsklatscher die Rübe abhackt. Das tun wir nur deshalb nicht, weil wir keine Unmenschen sind. Nur der Gedanke dazu blitzt kurz auf, aber Gedanken sind frei - sind noch frei.

Die Migrantenaufstände vor ein paar Jahren (Frankreich, Großbritannien, Schweden ...) waren der Beginn der Misere. Das war sozusagen die Probe aufs Exempel. Negative Auswirkungen hatte das keine auf die Migration - nur auf die autochthone Bevölkerung, denn die schranken-, ufer-, grenzenlose Zuwanderung wurde in Europa noch stärker vorangetrieben. Europa wurde mittels Migrationswaffe noch zusätzlich millionenfach mit kulturfremden muslimischen Fachkräften geflutet.

Das Resultat waren immer mehr Angriffe und Übergriffe auf die Ureinwohner. Daß die Behörden in manchen Regionen nur mehr Zaungäste sind, wird die Krieger und Eroberer - denn nichts anderes sind diese Horden wildgewordenener Menschen, arabischer und afrikanischer Abstammung - noch mehr anfeuern. Es gibt schließlich Niemanden, der diesem Wahnsinn ein Ende bereiten kann. 70 Jahre ohne Kriegserfahrung - außer aus der Flimmerkiste - Flowerpower der 68er-Idioten und die kulturmarxistische Umerziehung der Einheimischen, lassen diese leicht zum Opfer der Barbaren werden.

Und ja, ich habe schon auch ein klein wenig Schadenfreude. Denn diese Europäische Union, welche sich dauernd mit ihrem Friedensnobelpreis rühmt, wird im Laufe dieses europäischen Gesamtbürgerkrieges sang- und klanglos untergehen. Wenn die Brüsseler und Straßburger Tempel brennen, wird mich das zu einem Freudentanz veranlassen. Die EU wird sich aber mit aller Macht und Kraft gegen ihren Untergang wehren. Das verlangt das System der EU noch ab. Aber so wie es in der Natur auch ist, wird auf der "Asche" der EU, neues Leben erblühen. Das soll heißen: Es gibt ein Leben danach.

Aber kommen wir zurück zum Thema und bringen wir es auf den Punkt. Seit 2015 herrscht praktisch Ausnahmezustand in Europa. Dieser wurde zwar nicht ausgerufen, aber es liegt auf der Hand, daß die Migrationskrise im westlichen Teil Europas, das öffentliche Leben stark beeinträchtigt. Terroranschläge in Frankreich, Spanien, Großbritannien und dann 2016 auch in Deutschland.

Wobei man speziell von seiten der Mainstreampresse von Amokläufern sprach, obwohl nach kurzer Zeit eigentlich klar war, daß die Täter Gotteskrieger und im Namen des Islam handelten. Klar gibt es sogar jetzt noch Idioten, welche glauben, der Islam sei die Religion des Friedens. Warum man dazu Macheten, Äxte oder überhaupt Waffen braucht, dabei "Allahu Akbar" rufen muß, erschließt sich mir nicht.

Dann kam es in Frankreich wieder zu Aufständen durch Ausländerhorden, die diesmal nicht nur in Paris wüteten sondern in vielen Städten der Nation das öffentliche Leben lahmlegten. Und Frankreich ist wirklich ihm Ausnahmezustand, nicht nur sprichwörtlich sondern faktisch. Die Grande Nation ist innenpolitisch so sehr mit dieser Situation beschäftigt und gefordert, daß sie außenpolitisch zu einem Zwerg verkümmert. Wirtschaftlich ist Frankreich dem Kollaps so nahe wie noch nie. Frankreich könnte der Grund für den Zusammenbruch der Europäischen Union werden.

In Skandinavien, insbesondere in Schweden, gibt es über 50 No-go-Zonen, in welchen ausländische Banden das Sagen haben. Rettungskräfte fahren nur mit Polizeischutz zu ihren Einsätzen. Schweden wird auch eines der ersten Länder im Bürgerkrieg sein. Schuld daran ist die besonders liberale Einwanderungspolitik. Also wir haben Frankreich und Schweden, beide Länder praktisch jetzt schon verloren.

Neben diesen bekannten Fronten, die uns jetzt schon in Westeuropa massiv zusetzen, wird eine neue Front aufgebaut - und wir wissen, spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg: zu viele

Fronten bedeuten den Untergang. Und diese Front ist wieder eine muslimische, nämlich die türkische Front. Die deutsche, die österreichische und auch die niederländische Regierung haben es satt, daß Erdogan auf nicht türkischen Boden, also in der Diaspora schamlos Wahlkampf betreibt. Das paßt Erdogan nicht, das paßt seinen Regierungsmitgliedern nicht, welche wieder ausreisen mußten oder nicht auftreten durften und das paßt den Erdogan-Verehrern nicht, die es zu Hunderttausenden in Deutschland und Niederlanden gibt. Kurzum: ein weiteres Bürgerkriegspotential.

Daß das nicht übertrieben ist, auf das kommt man, wenn man Eins und Eins zusammenzählt. Wir wissen wie die Moscheen und türkischen Vereine von Extremismus verseucht sind, wir wissen wie der Islam in seiner politischen Form, eben der Islamismus, in jeden Winkel unserer Gesellschaft vordringt und eine Parallelgesellschaft etablieren will. Und an vorderster Front sind immer die Türken, welche fordern und aufbegehren. Also es ist nicht unbegründet, wenn ich behaupte, daß die Luntten des Bürgerkriegs an allen Ecken lodern.

Das Auslöffeln der Suppe ist kaum noch möglich, weil der Koch andauernd nachschöpft und wir bis zum Verrecken schlucken müssen. Wir müssen schlucken, was uns unsere Regierungen einbrockten. Es ist nur leider zu spät, um den Politikern die Suppe zu versalzen. ...<<

13.03.2017

BRD: Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 13. März 2017: >>Merkel und die Flüchtlingspolitik - Stoff für einen Untersuchungsausschuß

Ein heute erscheinendes Buch läßt die deutsche Flüchtlingspolitik vom Herbst 2015 in völlig neuem Licht erscheinen. Es wirft Fragen auf, deren Antworten die Regierung schuldig ist. Um so mehr, als die Folgen der damaligen Entscheidung immer deutlicher zu spüren sind

Es war ein langes Wochenende. Eingangs erklärte der Bundesrat unter Federführung der Grünen die Maghrebstaaten zu nicht sicheren Herkunftsländern, während nach Afghanistan abgeschoben werden darf. Man reibt sich die Augen: Nach Tunesien, Algerien und Marokko reisen Deutsche als Touristen und Migranten zum Kurzbesuch zur Familie. Am Hindukusch steht nach wie vor eine schwer bewaffnete internationale Besatzungstruppe, es kommt immer wieder zu Attentaten mit vielen Toten. Komplett paradox ist das.

Dann liest man von Axt- und Messerattacken in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, von einem evakuierten Einkaufszentrum in Essen. Ogottogott, denkt man jedesmal, da wird doch nicht wieder ein islamistischer Hintergrund existieren und eine Verbindung zu Menschen, die mit dem Flüchtlingsstrom gekommen sind. Das Muster kommt einem bekannt vor: Archaische Waffen, öffentliche Plätze, wahllose Opfer: Berlin, Würzburg und Ansbach sind die Chiffren, die dafür stehen. Die Meldungen machen Angst und befördern Fremdenfeindlichkeit.

Alles aus den Fugen

Deutschland hat sich massiv verändert. Der Alltag ist ein anderer geworden. Die Nachrichten sind häßlich, die Politik agiert absurd. Es hat nur ein Motiv, die Abschiebungen nach Afghanistan trotz der Lage im Lande aufrecht zu erhalten:

Der Bevölkerung zu signalisieren, "Wir meinen das ernst mit der Rückführung". Und abschrecken soll es obendrein. Oder: vor allem.

Logisch ist es nicht, in den Maghreb nicht abzuschieben, nach Afghanistan aber schon. Logisch ist gar nichts mehr in der Politik, alles ist schepps und schief, inkonsistent, aus den Fugen. Das erweist sich auch bei einem Wahlkampfauftritt von Torsten Albig am vergangenen Freitag in Ratzeburg. Der schleswig-holsteinische SPD-Ministerpräsident sträubt sich bislang gegen die Abschiebungen an den Hindukusch. "Nichts ist sicher in Afghanistan", sagte er in Anlehnung an Margot Käßmann.

40 Milliarden Euro für die Flüchtlingshilfe

Damit hat er im Prinzip recht. Aber auch er verheddert sich in den Widersprüchen der Flüchtlingspolitik. Er erzählt zum einen die ergreifende Geschichte von einem Sahnetorten zaubernen afghanischen Konditor-Lehrling, den der Meister nicht gehen lassen möchte, der aber abgeschoben werden soll. Und er erzählt von den miserablen Zuständen an den Schulen im Lande, weshalb seine Regierung stolze zehn Millionen Euro Soforthilfe aufgewandt habe, um die Schultoiletten zu sanieren. Weil die Klos so eklig seien, daß die Kinder "es sich lieber verkneifen, in der Schule auf die Toilette zu gehen". Er habe schon als Oberbürgermeister von Kiel immer nach dem Prinzip gehandelt: Bevor er einen Euro in Asphalt investiere, investiere er zuerst in Schulen.

Was er nicht sagt: Die Prioritäten von Straßen und Schulen haben sich noch einmal verschoben. Auch in Schleswig-Holstein. Den 10 Millionen Euro für die stinkenden Schulklos stehen im Jahr 2016 insgesamt 783,7 Millionen gegenüber, die Schleswig-Holstein für die Unterbringung und Versorgung der Migrantinnen und Flüchtlinge ausgegeben hat.

Bundesweit sind es für das Jahr 2016 mehr als 40 Milliarden Euro, 22 Milliarden Bundesmittel, 20 Milliarden aus Landesmitteln. Man muß dazu sagen: Da wird manches verrechnet, aber es sind auch nur die ganz direkten Kosten. Man ist also mit den 40 Milliarden Euro auf der eher konservativ-sicheren Seite einer Kalkulation.

Atemberaubende Neuigkeiten

Auslöser dieser Folgekosten sind die Monate der politischen Kapitulation im Herbst 2015. Das war die Phase, in der knapp eine Million Menschen auf einmal kamen. Die Phase der politischen Kapitulation, in der die Kanzlerin sagte, es liege nicht in ihrer Macht, wie viele Menschen noch zu uns kommen.

Inzwischen hat sich der Zustrom aufgrund der Maßnahmen anderer Länder normalisiert. Innenminister Thomas de Maizière hat für 2016 etwa 280.000 neue Asylbewerber gezählt. Das liegt in etwa im Korridor der Obergrenze, die die CSU immer gefordert hat.

Also bleibt als Ausgangspunkt immer und immer wieder: Die Phase des Kontrollverlustes. Über diese Phase hat der Journalist Robin Alexander das Buch "Die Getriebenen" geschrieben, das heute in Berlin offiziell vorgestellt wurde. Seine Recherche offenbart atemberaubende Neuigkeiten. Laut Alexander wollte die Regierung nur eine Woche nach der Grenzöffnung am 4. September die Grenzen wieder schließen.

Es wurden Polizeieinheiten an die Grenzen verlegt. Doch es fand sich keiner, der den vorliegenden Befehl verantwortet hätte. Im Kanzleramt fürchtete man die schrecklichen Bilder, die entstanden wären. Also ließ man es bleiben.

Vor einer Woche hat die *Welt am Sonntag* die Erkenntnisse ihres Korrespondenten Alexander bereits vorab veröffentlicht. Heute stellte der FDP-Vorsitzende Christian Lindner das Buch in Berlin vor. Lindner sprach davon, es mit "atemloser Spannung" gelesen zu haben. Die FDP habe die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin von Anfang an kritisiert, die Kritik wäre noch härter ausgefallen, wenn er das Buch vorher gekannt hätte.

Die Kanzlerin, das belegten die Recherchen der entscheidenden 180 Tage von der Grenzöffnung bis zum Türkeiideal, habe "aktionistisch" und "opportunistisch" gehandelt. Die Darstellungen überstiegen "die schlimmsten Befürchtungen" in der Darstellung der Vorgänge im Kanzleramt.

Eine Stellungnahme der Bundesregierung zu den Vorwürfen ist bislang nicht bekannt. Bis auf die *Welt am Sonntag* und einer kleinen Randnotiz in einer *Stern*-Geschichte hat kein auflagenstarkes Medium die Recherchen von Alexander aufgegriffen oder weiterverfolgt. Statt dessen berichtete am Sonntag ausführlich die britische *Sunday Times*. Dabei müßte das Buch eigentlich einen Untersuchungsausschuß nach sich ziehen. Eine Schlüsselfigur, Dieter Romann, Präsident des Bundespolizeipräsidiums, müßte in den Zeugenstand. Der vorbereitete Befehl der Grenzschießung müßte auf den Tisch kommen.

Die Flüchtlingskrise im Herbst 2015 ist der gravierendste politische Vorgang seit der Wiedervereinigung. Daran werden dieses Land und dieser Kontinent noch lange laborieren. Politisch, gesellschaftlich, ökonomisch. Robin Alexanders Recherchen werfen daher enorme Fragen auf. Es sind schon Untersuchungsausschüsse aus ungleich unbedeutenderen Anlässen initiiert worden. Wenn die Opposition aus Linken und Grünen in diesem Fall von ihrem schärfsten Schwert keinen Gebrauch macht, aber bei kleineren Anlässen nach einem Untersuchungsausschuß ruft, dann versagt sie in ihrer parlamentarischen Rolle. Und sie macht sich verdächtig, daß sie in dieser Frage die ganze Wahrheit gar nicht wissen will.<<

16.03.2017

BRD: Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtet am 16. März 2017 (x893/...): >>"Von wegen Terrorismus: Das ist eine Invasion mit einem klaren Eroberungsplan" - Eine Ex-Dschihadistin über den Islam

Isik Ablä: "Der Islam ist keine Religion des Friedens. Es ist idiotisch, daß der Westen das nicht erkennen will."

(New York) Sie hat einen langen Weg hinter sich: von der Vorbereitung zur Selbstmordattentäterin bis zum Einsatz ihres Lebens, um die Strategien des Dschihad, dem sie angehörte, zu enthüllen. Die Rede ist von Isik Ablä, einer früheren Muslimin, die sich zu Christus bekehrte.

Islamische Einwanderung "nicht unterschätzen"

Sie lebte in der Türkei bis sie vor ihrem zweiten Mann, der so gewalttätig war wie ihr erster, in die USA flüchtete. Der *Christian Post* enthüllte sie die Pläne, wie die Islamisten den Westen erobern wollen. Ablä warnt davor, die Gefahren der islamischen Masseneinwanderung nach Europa zu unterschätzen. Die Bedrohung durch islamistische Attentate lasse sich mit einer nennenswerten muslimischen Minderheit in einem Land nicht kontrollieren. Selbstmordattentäter seien wie verirrte Kugeln. Es sei unmöglich vorherzusagen, wo sie einschlagen werden.

Es gehe aber nicht nur um die offenkundige Gewalt im Islam. Dahinter stehe eine "subtilere und weit gefährlichere" Bedrohung: "Es gibt im Islam eine Erziehung zum Dschihad. Es gibt ein Volk des Dschihad, ein Mediensystem des Dschihad und ein Wirtschaftssystem des Dschihad", so Ablä.

Es gebe inzwischen, dank der Einwanderung, bereits "verschiedene Formen von Dschihad, die sich in der westlichen Welt festgesetzt haben". Als sie noch eine fanatische Muslimin war, habe sie auch an den Dschihad geglaubt, an den "physischen Dschihad", einen "ganz konkreten, gewalttätigen Dschihad", denn wie der Koran lehre, sei die physische Gewalt notwendig, und die höchste Form dieser Gewalt sei das Töten.

Laut Koran gebe es "keine höhere und reinere Form des Dschihad als das Töten von Ungläubigen". Dieses Morden habe daher einen "reinigenden, rituellen, ja sakralen Charakter". Dieses Element könne in seiner ganzen Bedeutung gar nicht genug überschätzt werden.

Der "andere Dschihad": die Einschleusung

Der Dschihad sei aber nicht nur das.

"Ich war Teil eines anderen Dschihad. Das war ein erzieherischer Dschihad, den ich durch meinen ersten Mann erlebte, weil seine Familie den Dschihad unterstützte."

Dabei ging es um die "Finanzierung von Stipendien, um Studenten an die renommiertesten Universitäten der westlichen Welt zu schicken. Über diesen Bildungsdschihad wird die Ausbildung in Harvard, das Studium in Princeton, in Yale finanziert."

"Ein verzweigtes Netz sammelt das Geld, um ausgewählten jungen Männern einen Lebenslauf zu schaffen, der sie in die höchsten Positionen führen soll."

Das gelte für die islamischen Staaten, aber ebenso für die westlichen Staaten. Der Westen

suche "treue Verbündete" in der islamischen Welt, deren Aufstieg er dort fördert. Idealerweise stützt er sich dabei auf Personen, die im Westen ausgebildet wurden. Gleichzeitig suchen heute Regierungs- und Oppositionsparteien des Westens nach Muslimen als Aushängeschilder, denen sie zu Blitzkarrieren verhelfen. Auf diese durchschaubaren und berechenbaren westlichen Denkmuster zielen die Bildungsdжихадisten. Die mit westlicher Hilfe eingeschleusten Dжихадisten "haben die Aufgabe, die westliche Welt zu islamisieren. Das ist eine Form von ideologischem Islam, dem ich angehört habe", so Abla.

Die Flucht, der Selbstmordversuch, die Bekehrung

Im Alter von 12 Jahren schloß Isik Abla ihr Koranstudium ab. In dem Alter "habe ich davon geträumt, für Allah zu sterben und so eine Heldin und Märtyrerin zu werden". Ihre Altersgenossen, ob Burschen oder Mädchen, hätten genauso gedacht. Im Grunde sei das "im Denken eines jeden Muslims verankert", so Abla.

Zur Flucht führte sie nicht die Ablehnung des Islams, sondern die unerträglich gewordene Gewalt, die ihr Mann gegen sie ausgeübte. Nach ihrer Flucht in die USA fand sie Arbeit. Ihr Arbeitgeber, ein gläubiger Christ, erzählte ihr von Jesus. Diese Welt kannte sie aber nicht und sträubte sich dagegen. Sie befand sich damals in einem großen Tief, war allein, verzweifelt und wollte sich umbringen.

"Als ich Selbstmord begehen wollte, zeigte sich mir Jesus plötzlich auf wundersame Weise und hat mein Leben völlig verändert."

Die zur Christin gewordene Abla hat heute eine neue Mission. Es ist nicht mehr Dжихад. Ihre Mission sieht sie darin, das im Westen verbreitete Image vom Islam als einer "friedlichen Religion" zu korrigieren und das wahre Wesen des Islams zu enthüllen.

"Der Islam ist nicht Frieden"

"Der Islam ist nicht Frieden. Der Islam ist keine Religion des Friedens. Das ist ein Betrug. Es ist mir schleierhaft, wie der Westen das nicht verstehen kann. Ich würde sagen, das ist naiv, aber diese Naivität ist gefährlich, denn in Wirklichkeit ist es idiotisch, nicht begreifen zu wollen, daß der Islam nichts mit Frieden zu tun hat."

Gewiß, so Abla, der Schein könne trügen:

"Ich war selbst eine von ihnen. Ich erschien sogar modern. Das ist die besorgniserregendste Seite des heutigen Islams, daß seine Vertreter sehr modern wirken können. Sie können sogar sehr westlich auftreten, wie ich es tat. Wenn ich aber den Auftrag erhalten hätte, im Namen Allahs zu töten, hätte ich es getan und mich in die erste Reihe gestellt."

Abla empfindet heute weder Zorn noch Haß auf ihre eigene Vergangenheit. Sie treibt nicht Vergeltung an. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die Muslime, als Menschen ausgestattet mit Herz und Verstand, den Frieden begreifen und sich danach sehnen können. Deshalb sieht sie ihre zweite große Aufgabe in der Evangelisierung der Muslime.

Sie will den Menschen "guten Willens" unter ihnen dabei helfen, ihrem Herz und ihrem Verstand zu folgen, um sich aus den Fängen des Islams zu befreien. Zu diesem Zweck gestaltet sie heute eine eigene Fernseh- und Radiosendung, die auf türkisch, arabisch, Urdu, Farsi und englisch ausgestrahlt wird. Sie erreicht damit ein Einzugsgebiet von fast 400 Millionen Menschen.

"Ich verschweige die Wahrheit nicht"

"Ich evangelisiere", sagt Abla, "das heißt, ich verschweige die Wahrheit nicht." Ihr Appell an die Muslime: "Finde Deinen Daseinszweck und Deine Identität im wahren Gott. Wenn Du siehst, daß der Islam tötet und daß die Muslime töten, dann stell Dir diese Frage, schau Dich um und frage Dich: Ist das Gott? Kann das Gott sein? Kann das Gott wollen? Kann das Dein Schöpfer wollen?"

Aus demselben Grund wendet sich Abla entschieden gegen den westlichen Relativismus, den sie als "falsche Antwort" auf den Islam sieht. Im relativistischen oder synkretistischen Denken

sieht sie den "Antichrist" am Werk, der sich einen "humanitären Mantel umhängt": "Wenn wir in Jesus Christus sind und das Wort Gottes kennen, dann wissen wir, daß es nur einen Namen gibt, und daß Sein Name Jesus, der Messias ist." Gleichmaßen an Muslime, Relativisten und Synkretisten gewandt, sagt Isik Abila in ihrer Sendung:

"Du mußt wissen, wem Du dienst und zu welchem Zweck. Ohne Jesus, den Christus weißt Du weder, wer Du bist noch wozu Du bist."<<

18.03.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 18. März 2017 (x892/...): >>AfD für Katholiken nicht wählbar

Die Deutsche Bischofskonferenz hat die AfD offiziell für nicht wählbar erklärt. Diese Erklärung ist in mehrfacher Hinsicht eine grobe Zumutung, auch wenn man selbst kein AfD-Befürworter oder -Wähler sein sollte. Wir fanden einen ebenso kurzen wie zutreffenden Kommentar vom heutigen Tage, den wir (wie immer bei solchen Gelegenheiten) mit unserer Frage begleiten möchten: "Ist es erlaubt, dem Bischof Steuern zu zahlen?"

Die Deutsche Bischofskonferenz hat die AfD offiziell als für Katholiken nicht wählbar erklärt. Strenggenommen haben die Bischöfe, da sie ja keinem politischen Verein vorstehen, statuiert, daß jenes Christentum, wie sie es verstehen, nicht mit der AfD und ihren Mitgliedern zusammenpaßt. Was die AfD übrigens von NSDAP und SED unterscheidet, aber noch herrscht sie ja nicht. Und schließlich ist nur der Papst ein Pontifex, nicht aber die Bischöfe, die dürfen nach dem - übrigens von mir stammenden und von mir präferierten - Motto handeln: Laßt uns Mauern über Gräben bauen!

Linkspartei, Piraten und Grüne hingegen passen zu jenem Christentum der Zöllner, wie es von der deutschen katholischen Kirche verstanden wird. Am meisten aber tut dies sowieso der Islam, wie zuletzt die Chefkleriker Marx und Bedford-Strohm zu Jerusalem demonstriert haben, als sie ihre Kreuze ablegten, um in der al-Aqsa-Moschee jenem einzigen Gott ihre Aufwartung zu machen, der niemals einen Sohn gezeugt hat.<<

21.03.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 21. März 2017: >>Nur "rechtsradikal"

Nicht als Rassist, aber als Rechtsradikaler muß sich der Osteuropa-Historiker Jörg Baberowski weiterhin von linken Studenten beschimpfen lassen. Zu diesem "Kompromiß" kam das Landgericht Köln in seinem Urteil. Der Professor von der Berliner Humboldt-Uni hatte geklagt, nachdem ihn der Asta der Universität Bremen verunglimpft hatte.

Weil er als "provokant wahrgenommen" werde und der Schutz von Meinungsäußerungen das allerhöchste Gut sei, müsse er sich also das "Attribut" rechtsradikal weiter gefallen lassen. Baberowski war in der Vergangenheit ein vehementer Kritiker der Masseneinwanderung.

Kritiker der Masseneinwanderung

Unter anderem sagte er: "Das Deutschland, das wir kennen, wird durch die Masseneinwanderung verschwinden. Es ist das Deutschland, das auf einem christlichen Wertefundament beruht. All das, was uns lieb und teuer war, womit wir unserem Leben bislang einen Halt gegeben haben, muß sich ändern, weil Menschen aus einem anderen Kulturkreis kommen und auch andere Vorstellungen davon haben, wie wir leben sollen."

Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig. Sowohl Baberowski als auch der Bremer Asta können Einspruch dagegen einlegen. Ansonsten gab das Gericht Baberowski in weiten Teilen recht. Das betrifft nicht nur den Rassismusbefehl, sondern auch sinnentstellende beziehungsweise gefälschte Zitate, die der Asta von ihm verbreitete.

Wiederholt hatten in der Vergangenheit linksradikale Studentengruppen Auftritte und Vorlesungen Baberowskis verhindert, zuletzt an der Uni Bremen, wo der Wissenschaftler auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung über "Räume der Gewalt" referieren sollte.

"Ich habe meinem Vater unrecht getan"

An seiner Berliner Uni störte eine linke Studentengruppe wiederholt seine Vorlesungen. Dort zirkulierten auch Texte, die zwar seinen Namen trugen, aber nicht von ihm verfaßt waren. Dabei kennt Baberowski das linksextreme Milieu aus eigener Erfahrung. Als Schüler war er Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW), der maoistisch geprägt war. Später distanzierte er sich davon und sagte: "Ich habe meinem Vater unrecht getan" - weil er moralisch über ihn und dessen Vergangenheit während des Dritten Reichs geurteilt hatte.<<

22.03.2017

BRD: Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 22. März 2017: >>Gott will Blut sehen

Gewalt gehört zum Islam, sie ist im Koran angelegt und wurde von Mohammed vorgelebt. Das sagt der Islamwissenschaftler Hamed Abdel-Samad im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer.

Hamed Abdel-Samad wendet sich entschieden gegen die Entschuldigung, islamistische Gewalt habe nichts mit dem Islam zu tun, sondern sie bedeute einen Mißbrauch der Religion. Im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer und der politischen Philosophin Katja Gentinetta sagt er:

"Es ist kein Mißbrauch der Religion, sondern ein Gebrauch. Denn die Religion schreit förmlich danach, gebraucht zu werden für Gewalt, weil es ein Bestandteil der Religion ist." "25 Tötungsbefehle gibt es im Koran, direkte Tötungsbefehle, wo Gott den Tod sehen will. Gott will Blut sehen." Und: "Mohammed war ein Krieger, lebte von Kriegsbeute."

Islam und Islamkritik

Auftrag aus dem Koran

Der Koran ist für Gläubige ein Auftrag, eine Handlungsanleitung, die Gewaltanwendung ausdrücklich vorsieht:

"Das Buch hat eine ungeheure Macht. Der Koran wird von der Mehrheit der Muslime als die letzte direkte Botschaft Gottes für den Menschen betrachtet, mit einem politischen Auftrag, mit einem juristischen Manifest, mit einer Verfassung, wie die Menschen leben sollten. Wenn Gott zum letzten Mal spricht, dann hat das eine Macht. Viele Muslime, vor allem Islamisten, legen das so aus, daß sie diesen politischen Auftrag Gottes notfalls auch mit Gewalt in die Welt tragen müssen."

Hamed Abdel-Samad

Geboren 1972 in Kairo, war Hamed Abdel-Samad in Ägypten Mitglied der radikalislamischen Muslimbruderschaft. Mit der Auswanderung nach Deutschland kam der Sinneswandel. Heute gehört Abdel-Samad zu den resolutesten Kritikern des Islamismus wie des Islams.

Abdel Samad fügt an:

"(Den) Auftrag, Gottes Wort in die Tat umzusetzen – das haben nicht moderne Islamisten erfunden. Das steht im Koran, das hat Mohammed so vorgelebt, das haben seine Nachfolger so gelebt."

Freiluftgefängnisse

Wenn der Auftrag Gottes gemäß dem Koran vollzogen wird, führt das zu Unfreiheit in muslimischen Ländern.

"Die Religion insgesamt und ganz besonders der Islam neigt dazu, sich einzumischen in die privaten Angelegenheiten des Menschen. Wenn man diese Einmischung nicht unterbricht, dann kann aus diesem System ein Unterdrückungssystem entstehen." "Überall in der islamischen Welt, wo der Islam die Hauptrolle in der Gesetzgebung spielt, haben wir Freiluftgefängnisse."

Verdammung der Ungläubigen

Die Unterdrückung von Nichtmuslimen ist im Koran angelegt:

"Die Aufteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige, die Verdammung von Ungläubigen,

das ist im Koran, das ist die islamische Geschichte seit dem Beginn."

"Der Islam geht davon aus, daß die Muslime eine erhobene Gruppe sind, die über der Menschheit steht. Es steht so im Koran. Es steht: Ihr seid die beste Gemeinschaft, die für die Menschheit je hervorgebracht wurde."

"Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen."

Die Folgen für das Zusammenleben:

"Hier beginnt das Faschistoide: daß man diese Ungläubigen verflucht, dämonisiert und ihre Existenzberechtigung in Frage stellt."

"Wenn Ungläubige als schmutzig oder als Schweine oder Affen gelten, wie es im Koran steht, dann fällt es einem Gläubigen schwer, mit diesen Ungläubigen einen normalen Umgang zu haben."

Geburtsfehler des Islams

"Der Islamismus ist nur eine konsequente Umsetzung dessen, was im Koran steht. Die Haltung gegenüber Ungläubigen, die Haltung gegenüber Gewalt – das ist eine Umsetzung des politischen Auftrags des Islams. Der Islam ist mit diesem politischen Auftrag geboren. Es gibt einen Geburtsfehler des Islams, nämlich die Vermischung von Glaube, Politik, Wirtschaft und Gesetzgebung, und zwar seit der ersten Stunde."

Reformer haben Angst

Eine islamische Reform ist laut Abdel-Samad nicht in Sicht:

"Reform würde bedeuten, daß wir uns öffnen sollten, dem Westen gegenüber, vom Westen lernen sollten. Aber das würde aus islamistischer Sicht Selbstaufgabe bedeuten. Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen. Und wenn wir das nicht tun, durch Frieden oder durch gute Zusammenarbeit, dann geht der Plan Gottes nicht auf."

"Die Konsequenz muß sein, die Gewaltpassagen im Koran für ungültig zu erklären, zu sagen, sie spielen heute keine Rolle mehr für unsere Welt. ...<<

23.03.2017

Israel: "SPIEGEL ONLINE" berichtet am 23. März 2017: >>Zukunft des Menschen "Wir werden Götter sein"

Wann erreicht der Mensch die nächste Evolutionsstufe? Sehr bald, glaubt der Historiker Yuval Noah Harari. Dank neuer Technologien wird der gottgleiche Homo Deus den Homo sapiens verdrängen.

Von *Guido Mingels*

Es gibt keinen besseren Ort, um mit Yuval Noah Harari über sein neues Buch zu sprechen, als diesen hier, im Silicon Valley, wo angeblich die Zukunft erfunden wird. Vor kurzem hat Mark Zuckerberg, Facebook-Chef und Tech-Visionär, in einem langen Manifest sein Weltbild umrissen, und es trug unverkennbar die Züge von Hararis letztem Buch "Eine kurze Geschichte der Menschheit". Das Werk wurde 2014 zum Weltbestseller und hat den jungen israelischen Historiker berühmt gemacht. Harari, der an Jerusalems Hebräischer Universität lehrt, zeichnete darin die Erfolgsgeschichte des Menschen seit seinen evolutionären Ursprüngen bis in die Gegenwart nach.

Zuckerberg hat Hararis neues Buch vermutlich noch nicht gelesen, denn in "Homo Deus - Eine Geschichte von Morgen" entwirft der Autor ein düsteres Bild des 21. Jahrhunderts, in dem gerade die idealistischen Träume zur technischen Optimierung der Gesellschaft, an denen im Silicon Valley gearbeitet wird, schließlich zur Erschaffung eines neuen "Übermenschen" und zum möglichen Ende des Homo sapiens führen.

Harari befindet sich auf Vortragstour für sein Buch in den USA. Mit seinem auffällig großen, spärlich behaarten Kopf und der schwächlichen Statur sieht der Mann selbst ein wenig aus wie eine künftige Evolutionsstufe des Menschen, eine mit noch größerem Gehirn. Zum Interview hat er in das Privathaus eines Freundes in Palo Alto geladen, bei dem er Gastrecht genießt,

sein ungeheuer charmanter Ehemann und Assistent Itzik serviert Nüßchen und Cappuccino, mehrere Katzen des Hausherrn streunen im Wohnzimmer herum.

SPIEGEL: Herr Harari, Ihr neues Buch, "Homo Deus", ist ein Monster.

Harari: In welchem Sinne?

SPIEGEL: Erstens die Länge, 500 Seiten. Zweitens die historische Spannweite, es betrachtet die Menschheitsgeschichte seit der Steinzeit bis in die Zukunft. Drittens die monströsen Thesen und Begriffe. Manches liest man mit Grauen.

Harari: Das war durchaus Absicht. Wenn Sie keinerlei Beunruhigung verspürt hätten, wäre irgend etwas schiefgelaufen.

SPIEGEL: Sie sagen, daß der Mensch sich im 21. Jahrhundert neuen Zielen zuwenden kann, weil er seine drei größten Feinde in den Griff bekommen hat, nämlich Krieg, Krankheiten und Hunger.

Harari: So sehe ich das.

SPIEGEL: Aber das ist, mit Verlaub, ein recht grob geschnittes Bild, wenn man sich die Nachrichtenlage anschaut. Was ist mit Syrien? Jemen, Sudan? Was ist mit Malaria oder Krebs? Was ist mit dem Merksatz der Uno, daß heute noch immer einer von neun Menschen Hunger leidet?

Harari: Ich sage nicht, daß wir all diese Probleme komplett überwunden hätten. Ich sage bloß, daß Gewalt, Krankheit und Hunger für Jahrtausende omnipräsente Probleme der gesamten Menschheit waren. So gut wie niemand, der vor 300, vor 3000 oder vor 30.000 Jahren gelebt hat, wäre auf die Idee gekommen zu erwarten, daß das nächste Jahr ohne Krieg, Epidemien oder Hunger vorbeigehen könnte.

Heute ist genau das für den größten Teil der Menschheit selbstverständlich. Zum ersten Mal in der Geschichte sterben mehr Menschen, weil sie zu viel essen, nicht, weil sie zu wenig essen. 2010 starben drei Millionen Menschen an den Folgen von Übergewicht - das sind mehr als durch Hunger, Kriege, Gewaltverbrechen und Terrorismus zusammen. Für einen Amerikaner oder Europäer der Gegenwart ist Coca-Cola die größere Bedrohung als al-Qaida.

SPIEGEL: Guter Satz! Sie haben ein Talent für solche Catch-Phrasen. An einer anderen Stelle bezeichnen Sie den Terrorismus, dessen Gefahr Sie für überschätzt halten, als "Fliege im Porzellanladen".

Harari: Eine Fliege kann keinen Porzellanladen zerstören, sie bringt nicht einmal eine Tasse ins Wanken. Was tut sie also? Sie sucht sich einen Elefanten, fliegt in dessen Ohr, macht ihn verrückt, bis der Elefant vor Wut schäumt und das Porzellan kaputt schlägt. Das haben wir in den vergangenen 20 Jahren erlebt. Niemals hätte al-Qaida den Irak von allein destabilisieren können, also haben sie die Amerikaner in Rage gebracht, und die haben dann den Irak zerstört, in dessen Ruinen wiederum neue Terrorgruppen erblühen konnten.

SPIEGEL: Funktioniert die Metapher auch für Europas Umgang mit dem Terror?

Harari: Dem europäischen Projekt und der EU ist es seit 1945 gelungen, einem Kontinent, der über Jahrhunderte fast pausenlos in schreckliche Kriege verwickelt war, dauerhaften Frieden zu bringen. Und jetzt, 2017, zweifeln plötzlich viele der 500 Millionen Bürger Europas an dieser so erfolgreichen Union, und weshalb? Weil ein paar Terroristen ein paar Hundert Menschen umgebracht haben. Das ist die Fliege im Ohr. Und es trampeln gerade ein paar ziemlich gefährliche Elefanten durch Europas Demokratien, wie wir wissen.

SPIEGEL: Sie befinden sich auf Lesetour in den USA, dem Land, in dem seit ein paar Wochen der dickste Elefant umgeht.

Harari: Donald Trump steht für mich in erster Linie für die Krise der großen liberalen Vision des 20. Jahrhunderts. Das ist das Modell der freien Gesellschaft, der globalen Wirtschaft und der offenen Grenzen. Das hat in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts auch sehr gut funktioniert. Aber so wie jedes politische Modell der Geschichte muß sich auch der Libera-

lismus einer veränderten Realität anpassen, oder er verschwindet.

Ich glaube, die Wähler in den USA und anderswo spüren derzeit durchaus mit Recht, daß das politische System nicht mehr funktioniert. Die Politik ist nicht mehr in der Lage, sinngebende Visionen für die Gesellschaft anzubieten.

SPIEGEL: Von Helmut Schmidt, einem ehemaligen deutschen Kanzler, ist der Satz überliefert: Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.

Harari: Der Mensch braucht Visionen. Er braucht eine sinnvolle Vorstellung der Welt, in der er lebt und leben wird, er braucht eine große gesellschaftliche Erzählung, in der er eine Rolle spielen kann. Im 20. Jahrhundert war der Stahlarbeiter aus Pennsylvania oder aus dem Ruhrpott das Zentrum des gesellschaftlichen Diskurses.

In allen Zukunftsvisionen, egal ob liberal oder kommunistisch oder faschistisch, hatte der Arbeiter eine zentrale Rolle. Heute ist er weg von der Bildfläche. Die einzigen großen Entwürfe kommen aus dem Silicon Valley, und die sind voll grandioser Begriffe wie " Künstliche Intelligenz", " Big Data", "Virtuelle Realität" und "Algorithmus" - aber kein Wort vom Arbeiter. Das Einzige, was der Arbeiter noch hat, ist sein Stimmrecht.

SPIEGEL: Woher rührt denn dieser Mangel an sinngebenden Entwürfen für unsere Zukunft? Geht es uns zu gut, fehlt der Wille zur Veränderung?

"Für einen Amerikaner oder Europäer der Gegenwart ist Coca-Cola die größere Bedrohung als al-Qaida."

Harari: Das spielt auch eine Rolle. Aber der Hauptgrund liegt in der zunehmenden Unübersichtlichkeit. Die Welt verändert sich in einem immer höheren Tempo, und die Menschen sehen, daß sie nicht mehr gefragt werden, wohin es denn gehen soll. Die größte Veränderung der letzten 20 Jahre war das Internet - aber niemand hat je darüber abgestimmt. Um das Internet zu etablieren, mußten weitreichende Entscheidungen gefällt werden, die die Privatsphäre betreffen, die Arbeitswelt, die Souveränität von Staaten.

All das wurde außerhalb der Politik entschieden. Und das ist erst der Anfang. Wir werden immer mehr Innovationen erleben, die unser Leben verändern, unsere Beziehungen, unsere Jobs, sogar unsere Körper. Aber nichts davon wird vom demokratischen Souverän beschlos- sen. Also wählen die Leute jemanden wie Trump, um dem System, Pardon, einen Tritt in den Hintern zu geben.

SPIEGEL: Aber diese Leute haben ja erst recht keine Rezepte.

Harari: Natürlich nicht. Niemand hat ein Rezept, weil alles zu schnell geht. Wir wissen heute nicht mehr, was wir unseren Kindern in der Schule beibringen sollen, um sie auf die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte vorzubereiten. Wir haben keine Ahnung, wie die Gesellschaft und die Arbeitswelt von 2050 aussehen werden. Wir irren auf kurze Sicht im Weltnebel herum. Das ist ein historisches Novum.

SPIEGEL: Warum denn das? Schon zu früheren Zeiten konnte man sich doch nicht sicher sein, was die Zukunft bringt.

Harari: Aber sie war doch wesentlich besser einzuschätzen als heute. Angenommen, wir schrieben jetzt das Jahr 1017, nicht 2017, und Sie wären ein Bauer irgendwo in Europa, der sich fragt, wie seine Welt im Jahr 1050 aussehen wird.

SPIEGEL: Wenn ich ein erwachsener Bauer im Jahr 1017 bin, dann bin ich im Jahr 1050 wahrscheinlich tot.

Harari: Das ist schon mal der erste wichtige Punkt. Der Bauer kann davon ausgehen, daß sich seine Lebenserwartung von knapp 40 Jahren kaum erhöhen wird.

SPIEGEL: Vielleicht kommen die Wikinger vorbei und erschlagen meine Familie.

Harari: Oder die Mongolen. Oder die Pest bricht aus. Sie wissen es nicht. Aber ein paar grundlegende Dinge sind doch recht sicher für die nächsten 30 oder 40 Jahre: Sie können davon ausgehen, daß auch im Jahr 1050 die meisten Menschen von der Landwirtschaft leben

werden und daß es eine gute Idee ist, daß Sie Ihren Kindern beibringen, wie man Getreide anpflanzt. Sie können sicher sein, daß die Welt im Jahr 1050 noch immer patriarchal organisiert sein wird. Sie können sich sicher sein, daß die Körper Ihrer Kinder gleich aufgebaut sein werden wie Ihr eigener.

SPIEGEL: Und das ist heute anders?

Harari: Heute fehlen uns solche grundlegenden Gewißheiten. Wir wissen nicht, womit wir im Jahr 2050 unseren Lebensunterhalt verdienen werden. Wir wissen nicht, wie sich unsere sozialen Geschlechter und die Familienstrukturen entwickeln werden. Wir wissen nicht, wie hoch die Lebenserwartung sein wird, vielleicht 150 Jahre, wir wissen nicht einmal, wie der menschliche Körper beschaffen sein wird.

SPIEGEL: Lassen Sie uns über den Homo Deus sprechen, den gottgleichen Menschen. Wann wird es so weit sein?

Harari: Es geht eher um Jahrzehnte als um Jahrhunderte. Es hat ja längst begonnen.

SPIEGEL: Was meinen Sie mit dem Begriff Homo Deus?

Harari: Ganz wörtlich: einen Menschen, der Fähigkeiten erlangt, die in traditionellen Vorstellungen Göttern vorbehalten sind. Manches davon haben wir längst erreicht, insofern müßte schon der heutige Mensch seinen Vorfahren wie ein Gott vorkommen. Für den größten Teil der Geschichte erwarteten die Menschen von ihren Göttern Lösungen für praktische Probleme. Man war krank, man betete zu Gott.

Es fiel kein Regen, und die Ernte war bedroht, man betete zu Gott. Heute haben die Wissenschaft und der technische Fortschritt für die meisten dieser Probleme Lösungen gefunden, die viel besser sind als die unzuverlässigen Götter. Die Konzepte, die wir im 21. Jahrhundert noch mit Religionen verbinden - das Jenseits etwa oder die moralischen "Werte" - sind nur Überreste des Göttlichen.

Durch die ganze Geschichte hindurch haben die Religionen ihr Angebot angepaßt, in einer steten Fluchtbewegung vor dem Fortschritt. Sobald sie merkten, daß ihre Hilfe am Krankenbett oder in der Landwirtschaft nicht mehr gefragt war, nahmen die Religionen neue Fantasieleistungen in ihr Angebot auf, die von der Wissenschaft noch nicht abgedeckt wurden, eben das "Leben nach dem Tod".

SPIEGEL: Die zentrale Fähigkeit des biblischen Schöpfergottes ist aber die Erschaffung von Leben.

Harari: Daran arbeitet der Mensch gerade. Ich glaube, daß die wichtigsten Produkte der Ökonomie des 21. Jahrhunderts nicht mehr Autos, Textilien und Eßwaren sein werden, sondern Körper und Gehirn und Bewußtsein, also künstliches Leben. Und es gibt drei Wege, wie sich der Mensch zum Homo Deus "upgraden" kann: erstens Bio-Engineering, zweitens Cyborgs, drittens anorganisches Leben. Wenn das gelingt, werden wir Götter sein.

SPIEGEL: Der Reihe nach, bitte!

Harari: Biotechnologie bleibt auf den Bereich des organischen Lebens beschränkt, das ist wie Evolution im Turbomodus. Seit vier Milliarden Jahren bastelt die natürliche Selektion an lebenden Körpern herum, und es gibt keinen Grund zur Annahme, daß Homo sapiens die letzte Stufe ist. Doch die Bioingenieure in den USA oder in China, die schon ziemlich gut darin sind, Gencodes im Labor umzuschreiben, werden nicht die Geduld haben, darauf zu warten.

Der heutige Mensch baut Raumschiffe und Computer, während sein Vorfahr vor 200.000 Jahren gerade mal ein paar Steinbeile zustande brachte - und doch unterscheiden wir uns vom Homo erectus nur durch winzige Veränderungen in der DNA. Wenn wir solche Mutationen willentlich herbeiführen können, welche grandiosen neuen Fähigkeiten könnten wir damit in kurzer Zeit erlangen? Und welchen gewaltigen Schaden könnten wir anrichten?

SPIEGEL: Zweitens...

Harari: Der zweite Weg ist radikaler und kombiniert organisches Leben mit nicht organischen

Apparaten, etwa bionischen Augen, Ohren, Gliedmaßen. Klingt wie Science-Fiction, ist aber bereits Wirklichkeit. Schon heute können gelähmte Patienten mittels der Kraft ihrer Gedanken bionische Gliedmaßen bewegen. Man kann heute einen Helm kaufen, der die elektrischen Signale im Gehirn liest und so als Fernbedienung im Haushalt dient. Man muß nur noch daran denken, das Licht einzuschalten, und schon brennt es.

SPIEGEL: Das gibt es wirklich?

Harari: Online erhältlich für ein paar Hundert Dollar.

SPIEGEL: Und drittens?

Harari: Der dritte Weg läßt den Bereich des Organischen komplett hinter sich, um vollkommen nicht organische Lebewesen zu erschaffen. Intelligente Software ersetzt neuronale Netzwerke. Manche Wissenschaftler sprechen davon, daß man dereinst das menschliche Bewußtsein auf einen Computer laden kann, daß man ein Gehirn nachbauen kann.

Ob das je möglich sein wird, ist eine offene Frage, ich bezweifle es. Klar ist jedoch, daß das Leben damit Formen annehmen könnte, die wir uns selbst in unseren wildesten Träumen nicht vorstellen können, denn auch unsere wildesten Träume sind noch das Produkt organischer Chemie.

SPIEGEL: Sie benutzen auch den Begriff des "Übermenschen" für die nächste Evolutionsstufe des Homo sapiens. Das sollten Sie einem deutschen Publikum erklären.

Harari: Ich rede von "superhumans".

SPIEGEL: Die deutsche Übersetzung nennt das "Übermensch".

Harari: Ich weiß, daß das ein belasteter Begriff ist in Deutschland, und der Vergleich taugt auch nur aufgrund der Kontraste. Während Hitler und die Nazis vor 80 Jahren den Übermenschen durch selektive Fortpflanzung und "ethnische Säuberungen" züchten wollten, verfolgt die Wissenschaft der Gegenwart ein verwandtes Ziel mit wesentlich effizienteren Mitteln, eben mit Gen-Engineering oder Schnittstellen zwischen Computer und Gehirn.

Diese Supermenschen hätten physische und kognitive Fähigkeiten, die unseren heutigen weit überlegen wären. Besseres Gedächtnis, höhere Intelligenz, stärkere, widerstandsfähigere Körper.

Vielleicht bewegen wir uns auf eine Zukunft zu, in der ein kleiner Teil der Menschheit gottähnliche Fähigkeiten erlangt, während die allermeisten Menschen zurückbleiben. Und so, wie das 19. Jahrhundert und die Industrialisierung eine neue Klasse geschaffen haben, die urbane Arbeiterklasse, könnten das 21. Jahrhundert und die Digitalisierung ebenfalls zur Geburt einer neuen Klasse führen: der Klasse der Nutzlosen. Sie haben keine politische Macht mehr und keinen wirtschaftlichen Wert. Und das halte ich für eine der größten Gefahren der nahen Zukunft.

SPIEGEL: Jetzt kommen wir zum dunkelsten Teil Ihres Buches.

Harari: Erneut, das ist nicht Science-Fiction, sondern hat längst begonnen. Besonders gut läßt sich das beim Militär beobachten. Technische Entwicklungen im militärischen Bereich sind denjenigen der zivilen Wirtschaft oft ein paar Jahre oder Jahrzehnte voraus. Im 20. Jahrhundert waren die Armeen von Massen von rekrutierten Soldaten abhängig, nahezu jeder Bürger hatte einen militärischen Wert.

Schon heute aber sind die allermeisten Menschen militärisch zu nichts mehr zu gebrauchen. Die höchstentwickelten Armeen verlassen sich auf eine kleine Zahl hoch entwickelter Superkrieger, wie die mit Hightech ausgerüsteten amerikanischen Spezialeinheiten. Generäle setzen heute lieber Drohnen und Cyberkrieg-Computerwürmer ein als menschliches Kanonenfutter.

SPIEGEL: Was ja begrüßenswert ist.

Harari: Richtig, aber was, wenn sich dasselbe innerhalb von 20 oder 30 Jahren in der zivilen Wirtschaft wiederholt? Die Automatisierung hat bereits viele Jobs gekostet, das wird weitergehen. Wozu braucht es Textilarbeiter, wenn es 3-D-Drucker gibt? Es ist durchaus wahr-

scheinlich, daß Algorithmen und Roboter nicht nur Industriebjobs übernehmen, sondern auch Dienstleistungsberufe. Wozu Taxi- oder Lastwagenfahrer, wenn es selbstfahrende Autos billiger und sicherer machen? Zu den bedrohten Arten gehören auch Reisekaufleute, Börsenhändler und Bankangestellte, auch Lehrer und Ärzte sind nicht sicher.

SPIEGEL: Bislang hat jede bahnbrechende Technologie der Geschichte immer auch neue Jobs geschaffen.

Harari: Ich zweifle daran, daß sich ein arbeitsloser 50-jähriger Lastwagenfahrer mühelos zum Virtual-Reality-Designer umschulen lassen wird. Das horrende Tempo der Entwicklung ist ein Problem. Technische Innovationen früherer Zeiten wie der Buchdruck oder die Dampfmaschine verbreiteten sich nur sehr langsam, Gesellschaft und Politik hatten Zeit, sich den neuen Realitäten anzupassen.

SPIEGEL: Ein Konzept gegen das Ende der Arbeit und die drohende ökonomische Nutzlosigkeit der Massen wird bereits erprobt: das universelle Grundeinkommen. Was halten Sie davon?

Harari: Es ist gut, daß mit solchen Dingen jetzt experimentiert wird. Das Konzept des universellen Basiseinkommens hat allerdings große Schwierigkeiten. Ein Problem ist, daß es seinen Empfängern keinerlei Sinngehalt bietet, keinen Daseinszweck. Wir schufteten nicht nur für Geld, sondern ziehen auch Lebenssinn aus unserer Arbeit. Da gibt es allerdings vielleicht Alternativen. Eine Idee ist, daß Menschen ohne Arbeit künftig ihre Zeit vermehrt mit Computerspielen verbringen.

SPIEGEL: Sie scherzen.

Harari: Keineswegs. Intelligente Computerspiele und virtuelle Welten werden immer elaborierter, sie könnten durchaus zum befriedigenden Lebensinhalt werden. Es gibt schon heute Menschen, die ziehen ihren Lebenssinn zu einem beträchtlichen Teil aus Fußballspielen, warum sollten also nicht auch Computerspiele zur Ersatzreligion taugen? Apropos Religion: Auch religiöse Glaubenssysteme, die den Menschen während Tausenden Jahren als Quellen von Sinn und Bedeutung dienten, funktionieren sehr ähnlich wie Computerspiele.

SPIEGEL: Ein kühner Vergleich.

Harari: Eine Religion erläßt bestimmte Spielregeln für die Wirklichkeit, für den Alltag ihrer Anhänger. Ein Christ geht mit diesen Regeln durchs Leben und kann dabei Punkte gewinnen. Wenn er betet, kriegt er Punkte, wenn er sündigt, werden ihm Punkte abgezogen. Und wenn sein Punktestand am Ende des Lebens nicht unter null liegt, dann erreicht er nach seinem Tod den nächsthöheren Level.

SPIEGEL: Wäre Homo Deus wirklich eine neue Spezies oder bloß eine verbesserte Version des Homo sapiens?

"Das 21. Jahrhundert könnte zur Geburt einer neuen sozialen Klasse führen: der Klasse der Nutzlosen."

Harari: Das ist eine Frage der Definition. Die Supermenschen, die in den nächsten hundert Jahren entstehen, werden sich vermutlich stärker von uns heutigen Menschen unterscheiden als wir vom Neandertaler oder vom Schimpansen. Insofern wäre es aus biologischer Perspektive korrekt, von einer neuen Spezies zu sprechen.

SPIEGEL: Was geschieht dann mit dem Homo sapiens? Würden wir verschwinden, aussterben? Beseitigt werden?

Harari: Falsch ist diese apokalyptische Hollywoodvorstellung von irgendwelchen martialischen Robotern, die die Macht ergreifen und alle Menschen umbringen. Viel eher werden wir Schritt für Schritt und in einer für die meisten Menschen unmerklichen Weise mit unseren eigenen Erfindungen verschmelzen, mit Computern, mit dem Internet aller Dinge, mit weltumspannenden Datenströmen.

Viele Leute empfinden ja schon heute ihr Mobiltelefon als Teil ihrer selbst, von dem sie sich

kaum noch trennen können. Viele Leute verbringen schon heute mehr Zeit damit, ihre Persönlichkeit auf Facebook zu gestalten als in der Wirklichkeit. Irgendwann werden diese Optimierungen uns so weit verändert haben, daß es nicht mehr sinnvoll ist, dieses Lebewesen Homo sapiens zu nennen.

SPIEGEL: Und diejenigen, die nicht mitmachen wollen oder können bei dieser Entwicklung, werden sie neben den Supermenschen weiter existieren, so wie ja der Schimpanse auch weiterlebte, als der Homo sapiens die Überholspur wählte?

Harari: Möglich. Vielleicht werden Homo Deus und Homo sapiens gleichzeitig leben. Das wäre eine Art biologisches Kastensystem, in dem die untere Kaste eine andere Spezies ist. Die Vorstellung mag man schrecklich finden, aber so ungewöhnlich ist das nicht. Vor etwa 200.000 bis 100.000 Jahren lebten verschiedene Menschenarten gleichzeitig auf der Erde, Neandertaler, Homo erectus, Homo denisova, Homo sapiens. Bis nur noch eine übrig blieb.

SPIEGEL: Vielleicht enden wir im Zoo, als Zeitvertreib für unsere Nachfolgerspezies. Komm, wir gehen Menschen gucken.

Harari: Das ist unwahrscheinlich und klingt wie ein böser Scherz, aber es führt uns zur vielleicht dringendsten ethischen Frage für die Gegenwart. Wer wissen will, wie es sein wird, wenn wir einmal nicht mehr die dominante Spezies auf dem Planeten sein sollten, muß nur unseren eigenen heutigen Umgang mit anderen, minderkomplexen Tieren betrachten, mit Schweinen, Rindern oder Hühnern.

Milliarden empfindungs- und leidensfähige Lebewesen leben und sterben in den Fabriken unserer Agrarindustrie. In meinen Augen ist das eines der größten Verbrechen in der Geschichte. Es wäre schön, wenn der Gedanke, daß wir selbst dereinst der Willkür einer höheren Lebensform unterworfen sein könnten, dazu führen würde, unseren eigenen Umgang mit sogenannten Nutztieren zu überdenken.

SPIEGEL: Wir vermuten, Sie sind Vegetarier?

Harari: Ich bin Veganer. Beinahe. Auf den Kuchen meiner Mutter, der Butter enthält, möchte ich nicht verzichten.

SPIEGEL: Trotzdem ziemlich anstrengend.

Harari: Das Leben ist anstrengend. Ich bin außerdem schwul und Israeli, auch das kann anstrengend sein. Es hat mein Weltbild insofern geprägt, als ich nichts für selbstverständlich erachte. Es ist eine Identität, von der man überzeugt sein, für die man kämpfen muß.

SPIEGEL: Ein Vorwurf, der man der "Big History-Denkschule" und Ihnen machen kann, ist, daß Sie mit Ihren Argumenten einen so enorm weiten Fokus wählen, daß Sie die wahren Probleme und Widersprüche der Gegenwart überhaupt nicht mehr erkennen. Wie verteidigen Sie sich?

Harari: Ich bekenne mich schuldig. Die Art der Geschichtsforschung, wie ich sie betreibe, kann die Analyse aktueller Probleme nicht ersetzen. Wer sich mit konkreten heutigen Mißständen wie dem Syrienkrieg oder der Schwulenfeindlichkeit in Rußland auseinandersetzen will, muß andere Fachleute fragen.

Doch wir müssen auch das große Bild im Blick haben, nicht nur die Details des Tages. Ich möchte aber betonen, daß die Szenarien, die ich entwerfe, besser als Möglichkeiten denn als Prognosen begriffen werden. Es ist wichtig, sich klarzumachen, daß solche Entwicklungen möglich sind. Das heißt nicht, daß es so weit kommen muß. Noch - noch! - liegt die Zukunft in unseren Händen.

SPIEGEL: Herr Harari, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.<<

26.03.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 26. März 2017 (x892/...): >>**Europas wahre Größe - ein Bekenntnis**

Großbritannien verläßt "Europa". In den Niederlanden und anderswo soll es ähnliche Absetz-

bewegungen geben. Eine seltsame Vorstellung: wozu gehören diese Länder denn dann, wenn sie Europa verlassen? Bilden sie einen neuen Kontinent? Eine neue Zivilisation? - Sogenannte "rechte" Gruppen reklamieren "Europa", seine Geschichte, seine Zivilisation für sich. Ist das dann das wahre Europa? Ein Europa mit Zukunft?

Ja. Ich liebe dieses Europa. Aber es ist nicht das Europa der "EU", nicht das Europa der "Rechten", sondern jenes Europa, das zutiefst in der Wahrheit des christlichen Glaubens verwurzelt ist, dessen Wurzeln seine Identität geformt haben. Das strahlende Licht dieses Europas ist das Licht der Welt, ist Jesus Christus.

Das Europa, das ich liebe, ist ein Europa der Völker, jener Völker, welche "Gedanken Gottes" sind und deren Kultur um so schöner ist, als sie durch den Einfluß des Christentums veredelt, geadelt worden ist. Ja: es ist offensichtlich, was diese Kultur leisten kann und daß sie sich verteidigen muß. Europas Identität, seine Kultur, seine Traditionen und Leistungen sind wertvolle Güter. Allein: das genügt nicht.

In meinem Europa gibt es schöne junge Menschen, es gibt wunderbare junge Frauen, junge Familien. Aber nicht nur.

Mein Europa ist das Europa der Jungen und der Alten, der Häßlichen und der Schönen, der Kranken und der Gesunden, der geistig Behinderten und der Genies. Es ist das Europa der ganz normalen Männer und Frauen, die eine so reiche gemeinsame Vergangenheit haben. Auch wenn ihnen das heutzutage kaum noch bewußt ist: sie sind unausweichlich von dem Gedanken geprägt, daß eine Zivilisation sich danach bemißt, wie sie mit ihren Schwachen, mit den Schwächsten, mit den Kleinsten umgeht. Hat sie das vergessen? Ja. Und die Machtbesessenheit und das moralfreie Tun des Möglichen läßt sie noch viel tiefer sinken.

Mein Europa ist das Europa der Menschenwürde aller Menschen in den Augen Gottes, eine Würde, die dem Menschen aus seiner unsterblichen Seele kommt, aus dem Anruf Gottes, ein Kind Gottes zu werden und ewig mit ihm zu leben.

Mein Europa, das ist jenes Europa, das sich aufgemacht hat, dieses Evangelium bis an die Grenzen der Erde zu verkünden, denn diese Wahrheit ist allgemein gültig, sie gilt für jedes menschliche Wesen in den Wäldern des Nordens und in den Steppen Asiens, in der Sahara ebenso wie in den Bergen und Ebenen Patagoniens, in Jerusalem, Athen oder Rom.

Mein Europa hat sich an die Eroberung der Welt gemacht. Aber es hat auch versorgt, ernährt, geholfen, bekehrt. Es hat die Welt einem Heidentum entrissen, das tönernen Götzenbilder verehrte und Menschenopfer darbrachte, damit es regnen oder damit die Sonne scheinen sollte. Europa hat den Wert der menschlichen Person aufscheinen lassen, und dieser Wert kommt nicht von der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft oder einer gemeinsamen Kultur, sondern von seiner Einzigartigkeit, Unersetzlichkeit, von Leib und Seele, die zur Gotteserkenntnis fähig und zum ewigen Heil berufen sind.

Mein Europa läßt deshalb jedem Einzelnen, jedem Volk, jeder Kultur die Eigenart, mit der Gott sie ausgezeichnet hat, es veredelt sie im Hinblick auf ihr irdisches und, vor allem, ihr himmlisches Ziel. Das ist die Aufgabe Europas in der Geschichte.

Mein Europa kennt den Wert und den Sinn des aufgeopferten Leidens, die Größe der hingegenommenen Schwäche und des Gehorsams gegen Gottes Gesetz; es kennt das Licht des Erbarmens und des Mitleids.

Mein Europa vergöttert eben nicht die Jugend und die Kraft. Mein Europa ist leidenschaftlich auf der Suche nach der Wahrheit. Und wenn es diese Wahrheit gefunden (oder wiedergefunden) hat, dann fällt es auf die Knie und betet an: so wie die Hirten in Bethlehem.

In meinem Europa ist die schönste aller Zusammenkünfte nicht ein Lagerfeuer irgendwo auf einer Waldlichtung in Erwartung des Sonnenaufgangs. Die schönste aller Begegnungen findet vor dem Altar statt, in der großartigsten Kathedrale wie in der bescheidensten Bambuskapelle im Busch, ganz zu schweigen von einem solchen heimlichen Zusammentreffen im Gefängnis

oder Lager eines totalitären Staates. Die schönste aller Zusammenkünfte ist die Anbetung des gekreuzigten Christus, erneuert durch die Hand des Priesters, ist das Gedächtnis seiner Auferstehung, die uns den Himmel geöffnet hat.

Jener Jesus Christus, der sein Blut vergossen hat - für mich, für viele, für die ungeborenen Kinder und für die Könige, für einfache Leute und auch für die, welche sich für eine Herrenrasse halten. Für die Weißen, die Schwarzen, die Gelben, die Latinos, die Maghrebener. Das, bitte, ist die einzige wirkliche Begründung und Grundlage für eine universelle Menschheitsfamilie.

In meinem Europa leistet das fromme Rosenkranzgebet des kleinen schwarzen Mädchens irgendwo in einer winzigen Kapelle oder am Ufer irgendeines Flusses, davon bin ich überzeugt, mehr für Frieden und Gerechtigkeit als irgendwelche Werke, die vorgeben, ohne oder gegen Christus gleiches vollbringen zu wollen oder zu können.

In meinem Europa, das so bedrückend traurig in den Händen seiner gottlosen oder götzendienerischen Feinde zu sein scheint, kommt die Antwort nicht von Parteiprogrammen, nicht von Absichtserklärungen, nicht von Ideologien, Umerziehungen oder Lagerfeuern nach Schulungstagungen an abgelegenen Orten, sondern einzig und allein vom Taufwasser, das aus dem Atheisten von gestern (oder aus dem Heiden, dem bekehrten Moslem ...) meinen Freund, meinen Bruder macht.

In meinem Europa gibt es auch keine (in gewissen Kreisen übliche) Verehrung, gar Glorifizierung für den "rechten" Schriftsteller Dominique Venner, der 2013 im Alter von 78 Jahren vor dem Altar in Notre-Dame de Paris sakrilegisch Selbstmord beging, an einem Ort, wo Christus sich nach wie vor für die Sünder opfert.

Mein Europa hat ein kleines jüdisches Mädchen aus Nazareth als Mutter, Schutzherrin und Vorbild. Gestern, am 25. März, haben wir mit der Kirche ihr "Ja" gefeiert, ihr Ja zu Gott aus ihrer freien und liebenden Entscheidung heraus, seine bescheidene Dienerin zu sein, bereit zu sein, das Wort Gottes zu empfangen. Die unbefleckte Jungfrau, deren keuscher Schoß jenen trug, den selbst das Universum nicht fassen kann.

Das ist die wahre Größe Europas, die Sonne, die über Europa leuchtet, so viel mehr als jener Stern, der nur ein blasser Abglanz der Macht und der Güte des Schöpfers ist.

Maria, die Sternenbekränzte, die Siegerin über allen Hochmut von Institutionen und Ideologien - und zwar deshalb, weil sie Gottes Wort hörte und bewahrte.

Mein Europa.<<

30.03.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. März 2017: >>"Deutschland ist ein failed state"

Bassam Tibi äußert sich im Interview mit der PAZ zur deutschen Asylpolitik

Der aus Syrien stammende Nahostspezialist Bassam Tibi (72) lebt seit 1962 vorwiegend in Deutschland und den USA und war als Professor für internationale Beziehungen und Berater mehrerer Regierungen tätig. Von 2005 bis 2016 war er, wie er selbst sagt, in Deutschland wegen seiner "unbequemen Gedanken" einer "Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung" zum Opfer gefallen.

Erst zum Höhepunkt der Asylkrise ist es dem Autor des Buches "Europa ohne Identität", der in den 1990er Jahren die Begriffe des "Euroislam" und der "Leitkultur" geprägt hatte, gelungen, als Mahner auf die öffentliche Bühne zurückzukehren. ...

PAZ: Was bedeutet "Euroislam"?

Bassam Tibi: Der Begriff Euroislam ist ein politisches Konzept, nachdem die Kinder von in Europa geborenen und sozialisierten muslimischen Migrantinnen mit Hilfe des Bildungssystems und der Medien europäische Wertevorstellungen in ihr Verständnis vom Islam übernehmen sollen. In einigen Ländern, wie Schweden und Holland, fand dieses Islamverständnis viel In-

teresse, leider nicht in Deutschland.

In Deutschland gilt nach dem Gebot der verfassungsmäßigen Religionsfreiheit der Kopftuchislam nach den Vorgaben der Scharia. Nur ein einziger Islamlehrstuhl in Deutschland, nämlich der von Münster mit Professor Khorchide, ist mit einem islamischen Reformtheologen besetzt, und auch seine Absetzung wird von den konservativen Islamverbänden vehement gefordert. Dieser organisierte deutsche Islam wird von den Wahhabiten und der Muslimbruderschaft aus Saudi-Arabien und der türkischen DITIB, dem verlängerten Arm von Erdogans AKP, beherrscht. Wenn muslimische Migranten nicht integriert werden, bilden sich Parallelgesellschaften wie in den Banlieux in Frankreich, und diese sind die erste Vorstufe zu einem Bürgerkrieg.

PAZ: Kann man Zuwanderung begrenzen oder eindämmen?

Tibi: Zunächst einmal: Zuwanderung ist keine Naturkatastrophe. Ich mache einen Unterschied zwischen Einwanderung, die aus demographischen Gründen gebraucht wird, und der unkontrollierten Zuwanderung, mit der wir es jetzt in Europa zu tun haben. Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein "failed state", ein gescheiterter Staat, wie Deutschland.

Wenn zwischen September und Dezember 2015 Hunderttausende bis zu einer Million Zuwanderer nach Deutschland eingereist sind, ohne daß man weiß, woher diese Menschen kommen, und die Regierung das auch noch zugibt, dann muß man von einem gescheiterten Staat sprechen.

Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung. Leider wird eine sachliche Debatte hierüber durch Gesinnungsterror verhindert. Merkels Deutschland hat im Zeitraum 2015/2016 Millionen Menschen im Rahmen einer Willkommenskultur ohne eine klare Bestimmung in sein Territorium unkontrolliert hineingelassen.

Die Regierung hat kein Konzept für den Umgang mit diesen Menschen beziehungsweise wie sie in das bestehende Gemeinwesen eingegliedert werden können. Die USA, Kanada und Australien sind klassische Einwanderungsländer, wo es solche Konzepte gibt, Deutschland ist dagegen das größte Zuwanderungsland der Welt geworden, weil es statistisch gesehen mehr Migranten als selbst die USA aufnimmt.

Alleine die Stadt Hamburg nimmt pro Jahr die Hälfte der Zahl an Zuwanderern (35.000) auf, wie die USA in einem Jahr als gewollte Einwanderer (70.000) aufnimmt, aber die USA sind mehr als viermal so groß wie Deutschland. Allerdings ist in den USA die illegale Zuwanderung über Mexiko, die statistisch nicht erfaßt werden kann, sehr viel größer.

PAZ: Haben wir als reiche Europäer nicht auch eine moralische Pflicht, Menschen aus ärmeren Ländern zu helfen?

Tibi: Gesellschaftlich ist es neben der Differenzierung zwischen Ein- und Zuwanderung erforderlich, auch zwischen humanitärer Politik und Einwanderungspolitik zu unterscheiden. Es ist unbestreitbar, daß politisch Verfolgte ein Recht auf Asyl haben - dieses Recht ist aber ein individuelles und kein Gruppenrecht. Eine politische Verfolgung verleiht dem Antragsteller zudem keinen Dauerstatus, ist also keine Einwanderung. Denn das Asylrecht berechtigt nur zu einem zeitlich begrenzten Aufenthalt. Zuwanderung ist chaotisch.

Einwanderung erfolgt dagegen erstens nach Bedarf der Aufnahmegesellschaft und zweitens mit dem Ziel, die eingewanderte Person auf Dauer zum individuellen Mitglied des Gemeinwesens zu machen. Ein Bürger-Status als Citoyen muß durch Arbeit erworben werden und kann nicht geschenkt werden, so wie Gesinnungsethiker dies tun, wenn sie Flüchtlinge, die nicht einmal die Landessprache sprechen, zu "neuen Bürgern" hochstufen.

PAZ: Zurzeit versucht die EU nach dem Muster des Türkei-Flüchtlingsdeals einen solchen auch mit Libyen zu machen. Was halten Sie davon?

Tibi: Neben der inzwischen einigermaßen geregelten Balkanroute ist die Mittelmeerroute von

Libyen aus heute der zentralste Weg für Millionen Armutsflüchtlinge aus Afrika nach Europa. Diese Mittelmeerroute kann man nur in den Griff bekommen, wenn die staatliche Ordnung in Libyen wiederhergestellt ist. Aber kein EU-Politiker hat darauf eine Antwort. Libyen ist nur noch ein nomineller Staat und es gibt dort keine staatlich funktionierende Ordnung mehr. Es gibt nicht einmal ein libysches Volk, wie es etwa ein syrisches oder ägyptisches gibt.

Zirka 125 schwer bewaffnete islamistische oder afrikanische Milizen kontrollieren das Land und die Fluchtrouten. Die Milizen lassen sich von außen nicht entwaffnen, das heißt USA oder EU können den intern bedingten Staatszerfall nicht beseitigen. Statt ihre Grenzen zu schützen, betreibt die EU mit Frontex-Schiffen nicht nur Seerettung im Mittelmeer, sondern dient dem Transport der Geretteten nach Europa.

Die EU-Frontex-Schiffe sind so zu einem "kostenlosen Taxi-Unternehmen" geworden, das den Schleusern Beihilfe zu ihrer Arbeit leistet. Europa hat nicht nur kein Konzept zum Umgang mit dieser illegalen Migration von Armutsflüchtlingen, die EU bietet auch der organisierten Kriminalität von Islamisten und afrikanischen Kriminellen, in deren Rahmen das Schmuggelgeschäft mit den Flüchtlingen lukrativ betrieben wird, ihre Beihilfe an.

PAZ: Halten Sie eine Obergrenze für Zuwanderer für sinnvoll?

Tibi: Innerhalb der Union gibt es den Konflikt um die Zahl der Zuwanderung zwischen Bundeskanzlerin Merkel und CSU-Chef Seehofer. Seehofer möchte eine Begrenzung der Zuwanderung auf 200.000 und Angela Merkel behauptet, daß im Grundgesetz keine Zahlen stehen. Dieser Konflikt ist lächerlich, in keiner Verfassung stehen Zahlen oder Prozente, aber kein Staat auf der Erde kann unbegrenzt Fremde aufnehmen.

Die Grenze ist die Integrierbarkeit der Zuwanderer, niemand wird behaupten, auch von Merkel hört man "Wir schaffen das" nicht mehr, daß Deutschland diese Massen, die es aufgenommen hat und verwaltet, sinnvoll integrieren kann. Das Schlimme ist nicht, Millionen Menschen unvorbereitet aufzunehmen, sondern ihnen außer Unterbringung, Alimentierung und Sprachkursen nichts anzubieten. Eine Integration in eine Bürgeridentität findet nicht statt.

PAZ: Wie ist die Lage in Ihrer Heimat Syrien?

Tibi: Als ich Syrien 1962 verlassen habe, hatte das Land dreieinhalb Millionen Einwohner, heute sind es über 30 Millionen, zwölf Million davon sind auf der Flucht, die meisten im eigenen Lande. Ich bin selbst Syrer und Humanist. Weltweit gab es im letzten Jahr 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Verpflichtung, Menschen zu helfen, hat Grenzen. Politik und Moral sind auseinanderzuhalten. Ich war im letzten Jahr in Ägypten und habe dort mit Bettlern gesprochen. Diese wußten von der Einladungskultur Deutschlands. Diese Menschen sind nicht verfolgt und sie verhungern nicht, aber dennoch will die Hälfte von ihnen weg, am liebsten nach Deutschland.

Auch im Senegal habe ich gearbeitet, dort will auch die Hälfte der Menschen nach Europa gehen. Diese Armutsflüchtlinge aufzunehmen hat mit Humanität nichts zu tun. Islamisten, die in ihren eigenen islamischen Ländern verfolgt werden, sollte kein Asylrecht in Deutschland gewährt werden.

Sie sind ein Risiko nicht nur für ihre Herkunftsländer, sondern auch für uns. Man muß klar sagen, daß Sicherheitspolitik der humanitären Politik gleichrangig sein muß, wenn der Rechtsstaat keine Selbstverleugnung betreiben will. Europa würde bei der Aufnahme von 65 Million Flüchtlingen aus Nahost und Afrika nicht mehr als zivilisatorische Entität existieren. Diese Tatsache muß man frei aussprechen dürfen.

PAZ: Sie gelten auch als der Schöpfer des Begriffes der "Leitkultur", was verstehen Sie darunter?

Tibi: Als ein Mensch nichteuropäischer Herkunft sehe ich europäische Identität deshalb positiv, weil sie einen inklusiven Rahmen bietet, der eine Verbindung zwischen den ethnischen Einheimischen und den Neuankömmlingen in einer Wertegemeinschaft ermöglicht. Ich nenne

diesen Rahmen Europäische Leitkultur; eine Option, die nicht nur Islamisten, sondern auch Linksgrüne vehement ablehnen.

Nicht nur Flüchtlinge und Islamismus bedeuten eine Gefahr. Eine große Gefahr für Europa stammt aus dem Inneren dieses Kontinents selbst, nämlich aus dem postmodernen, kulturrelativistischen Nihilismus, der jeden Wertebezug als Rahmen für Identität verleugnet. Dieser Verlust an Identität betrifft vor allem Laizität und säkulare Demokratie. Viele Zuwanderer bringen eine Weltanschauung mit, die beides verleugnet. Wenn Deutschland seine eigene Identität und ein vorhandenes Gemeinwesen verleugnet, dann ist die Folge zwangsläufig eine Unfähigkeit zur Integration. Zuwanderer, die sich ausgegrenzt fühlen, werden eine Identitätsalternative suchen und diese wird oft der Scharia-Kopftuch-Islam sein.

PAZ: Wieso kommt es zu dieser seltsamen Allianz von Linksgrünen und Islamisten?

Tibi: Die nihilistischen Linksgrünen sind ein Bündnis mit den Diaspora-Islamisten eingegangen, die zwar Zuflucht in Europa suchen und finden, zugleich aber den Kontinent islamisieren wollen. Es mag seltsam erscheinen, wie linksgrüne Kulturnihilisten mit Islamisten, die ja eigentlich religiöse Absolutisten sind, ein Bündnis eingehen können. Zum Bestand der europäischen Identität und seiner kulturübergreifenden Leitkultur gehören säkulare Demokratie, Laizität und Bürgerschaft als wesentliche Säulen des Gemeinwesens. Wenn man diese Idee von Europa abweist, bleibt nichts übrig.

Die Linksgrünen mißbrauchen die Flüchtlinge als Ersatzproletariat, um mit ihnen Politik zu machen. Die heutige linksgrüne Ablehnung Europas ist nicht neu; die Abweisung der westlichen Zivilisation als ein Herrschaftszentrum mit all den Übeln von Kolonialismus und Faschismus reicht weit zurück, das weiß ich als ein alter Linker der 1960er Jahre. Max Horkheimer, mein Lehrer in Frankfurt, der als Jude die NS-Zeit in den USA überlebt hatte, hat uns trotz aller Übel, die von Europa ausgingen, klar die positiven Seiten der europäisch-westlichen Werte aufgezeigt, die universell galten und von den alten Linken vertreten wurden, zu denen auch ich gehörte.

Heutige Linksgrüne sind hingegen auch wertemäßig antieuropäisch und antiwestlich eingestellt. Westliche Werte werden synonym mit weißer Hautfarbe gleichgesetzt, so daß deren Verteidigung als "Rassismus" gilt. Die aus der islamischen Zuwanderung notwendig entstehenden "unversöhnlichen Parallelgesellschaften" sind für die Linken ein Segen, den sie als Multikulturalismus bezeichnen. Der linksgrüne Diskurs dominiert die öffentliche Meinung in Europa. Wer nicht mitmacht, wird in die rechtspopulistische Schmutzlecke gestellt.

Als muslimischer Migrant fällt es mir schwer, diesen europäischen Selbsthaß nachzuvollziehen. Max Horkheimer forderte uns damals auf, die westlich-europäische freie Welt als "Insel der Freiheit in einem Ozean der Gewaltherrschaft" zu verteidigen, und zwar nicht nur gegen den Faschismus Hitler'scher Prägung, sondern auch gegen den linken Totalitarismus Stalin'scher und Lenin'scher Provenienz.

Ich bin dem Vermächtnis Max Horkheimers treu geblieben. Zu diesen bekannten Feinden Europas kommt heute aber noch ein dritter Feind hinzu: der Islamismus. Wer, wie ich, vor dem totalitären Islamismus warnt, wird von Linksgrünen mit den Vorwürfen "Rassismus" und "Islamophobie" eingedeckt. Ich weiß nicht, ob Europa die linksgrüne Selbstverleugnung überleben wird, ich hoffe aber, daß ich die Islamisierung Europas nicht mehr erlebe.<<

06.04.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 6. April 2017: >>**Ein Programm zum Bürgerkrieg**

Freitagsgebet in der Sultan-Selim-Moschee in Mannheim: Wieviel Judenhaß steckt im gewöhnlichen Islam?

Anderthalb Jahre nach der Eskalation der Flüchtlingskrise erscheinen immer mehr Bücher, die Hintergründe und Folgen der Ereignisse ausleuchten. Robin Alexander landete gerade mit

seinem Buch "Die Getriebenen" den politischen Bestseller des Jahres. Es gelingt ihm in diesem Buch, den dramatischen Ablauf der Grenzöffnung im September 2015 minutiös nachzuerzählen und dabei Motive und Versagen der politisch Verantwortlichen freizulegen.

Jetzt erregt ein weiteres Buch Aufsehen: "Inside Islam". Hier hat sich der *ARD*-Journalist Constantin Schreiber zum Freitagsgebet in 13 Moscheen begeben, um herauszufinden, was dort gläubigen Moslems auf arabisch oder türkisch tatsächlich gepredigt wird. Schreiber resümiert besorgt, die Imame predigten gegen die Integrationsbemühungen des deutschen Staates an. Gleichzeitig Muslim und Demokrat zu sein schlosse sich aus. Und es werde teilweise "sehr offen gegen Jesiden, Armenier und Juden gehetzt", so Schreiber.

"Schule ohne Rassismus" mobbt jüdischen Schüler

Ein aktueller Zwischenfall an einer Berliner Gemeinschaftsschule bestätigt, welches massive Problem der unter arabischen und türkischen Jugendlichen grassierende Antisemitismus darstellt. Eine jüdische Familie sah nach wiederholten verbalen und körperlichen Attacken auf ihren 14jährigen Sohn keine andere Wahl, als ihr Kind von der Schule zu nehmen. Drei Viertel der Schüler an dieser Einrichtung, die sich im Projekt "Schule ohne Rassismus" engagiert, haben Migrationshintergrund.

Daß Antisemitismus in aller Regel heute nicht mehr "aus der Mitte der deutschen Gesellschaft", sondern aus muslimischen Einwanderermilieus kommt, stellt linke Politiker und Journalisten vor ein Dilemma. Einige Medien, so beispielsweise *Spiegel Online*, verschwiegen in ihren Berichten zum Vorfall kurzerhand den ethnisch-religiösen Hintergrund der Täter.

Gefährlich ist der Aufruf zum Haß auf Andersgläubige

Aber so kommen wir nicht weiter. Die Fakten müssen auf den Tisch. Einiges, was Constantin Schreiber in "Inside Islam" ausgräbt, klingt alarmistisch. Daß Christen vergessen haben, sich als Gläubige der Mission verpflichtet zu sehen, ist ein Problem der Christen, nicht der Moslems. Daß in Predigten zur Glaubensstrenge aufgerufen wird, wünschte man sich auch mehr von Pfarrern. Gefährlich ist aber der Aufruf zum Haß auf Andersgläubige und den Staat.

Hier haben wir in Deutschland vor einem halben Jahrtausend im Dreißigjährigen Krieg blutig lernen müssen, religiöse Konflikte durch Säkularisierung, Verfassungen und Rechtsstaatlichkeit zu neutralisieren. Mit dem konfessionellen Gegensatz unter Christen zu leben hat Jahrhunderte gebraucht. Unkontrollierte Einwanderung von Moslems macht Integration zu einer irgendwann schlicht quantitativ nicht mehr beherrschbaren Aufgabe und ist damit ein Programm zum Bürgerkrieg. Das sollte die Politik endlich beherzigen.<<

13.04.2017

BRD: Prof. Dr. Günter Buchholz veröffentlicht am 13. April 2017 die sogenannte "Frankfurter Erklärung" über die islamische Expansion (x994/...): >>1.400 Jahre islamische Expansion, islamischer Imperialismus und islamischer Sklavenhandel

"Nach knapp 470 Jahren islamischer Expansion durch das Schwert (632 n. Chr. bis 1099 n. Chr.) beginnen zwei Jahrhunderte der christlichen Kreuzzüge. Nachher geht der Jihad ungebrochen weiter - bis heute." ...

"Rund 60 Millionen Christen wurden während der Eroberungszüge durch den Jihad vernichtet. Die Hälfte der glorreichen Hinduzivilisation wurde ausradiert; 80 Millionen Hindus wurden umgebracht. Der Jihad zerstörte den ganzen Buddhismus entlang der Seidenstraße. Zirka 10 Millionen Buddhisten kamen um. Die Bezwingung des Buddhismus ist das praktische Resultat von Pazifismus.

In der Zeit seiner Existenz hat der Islam mehr als 1 Mio. Europäer versklavt und verkauft, mehr als 2 Millionen kamen dabei zu Tode. Islamische Sklavenhändler verkauften bis zu 12 Millionen Afrikaner gen Westen (Nord und Südamerika) und weitere 18 Millionen verschleppten sie in die islamischen Kernlande. Auf einen Sklaven kamen dabei im Durchschnitt 3 Verluste (Tote!). Was die Zahl afrikanischer Opfer des Islam auf bis zu 120 Millionen an-

schwelen läßt. In Afrika fielen demnach während der letzten 1.400 Jahren über 120 Millionen Christen und Animisten dem Jihad zum Opfer.

Ungefähr 270 Millionen Ungläubige starben während der letzten 1.400 Jahren für den Ruhm des politischen Islam ..." ...

Literatur: Egon Flaig: Weltgeschichte der Sklaverei, 2. Aufl., Verlag C. H. Beck / beck'sche Reihe 1.884 / München 2011, ISBN 978 3 406 584503

Hans-Peter Raddatz: Von Allah zum Terror? - Der Djihad und die Deformierung des Westens, Herbig-Verlag, 2. Aufl. 2002, ISBN 3-7766-2289-X<<

20.04.2017

BRD: "ZEIT ONLINE" berichtet am 20. April 2017: >>Bundeswehr: Kaputte Truppe

Die Bundeswehr kann nur 30 bis 70 Prozent ihrer Waffensysteme einsetzen, der Rest ist defekt und wartet auf Reparatur. Wir zeigen, was noch fährt, fliegt und schwimmt.

Die Bundeswehr hat viele Panzer, Flugzeuge, Hubschrauber und Schiffe. Doch nur ein kleiner Teil davon ist einsatzfähig. Mehr als ein Dutzend Auslandseinsätze verschleißten das Material, den Werkstätten fehlen das Personal oder auch die Ersatzteile, weil - wie beim Eurofighter - zwar neue Waffen gekauft, aber nie genug Nachschubteile dafür bestellt wurden. 30 bis 70 Prozent der Waffensysteme der Bundeswehr stehen daher kaputt herum.

Ob das Transportflugzeug A400M oder der Schützenpanzer Puma - immer wieder sorgen defekte Waffen der Bundeswehr für Schlagzeilen. ZEIT ONLINE hatte 2014 schon einmal gezeigt, wie hoch die Ausfälle beim Material insgesamt sind.

Damals hatte das Verteidigungsministerium dem Bundestag versprochen, künftig regelmäßig über den "Klarstand" zu informieren, also über die Waffen, die wirklich eingesetzt und für die Ausbildung genutzt werden können. Einmal im Jahr meldet nun der Generalinspekteur der Bundeswehr die "materielle Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme". ZEIT ONLINE liegt die aktuelle Version der Liste vor. Hier eine Übersicht über die wichtigsten Waffensysteme und ihren Zustand:

GTK Boxer

Heer

Voll einsatzfähig: **102** von 142 (72 %)

2014: 70 von 70 (100 %)

SPz Puma

Heer

Voll einsatzfähig: **23** von 48 (48 %)

Leopard 2

Heer

Voll einsatzfähig: **132** von 167 (79 %)

2014: 232 von 232 (100 %)

Panzerhaubitze 2000

Heer

Voll einsatzfähig: **41** von 61 (67 %)

2014: 76 von 76 (100 %)

KHS Tiger

Heer

Voll einsatzfähig: **12** von 27 (44 %)

2014: 10 von 10 (100 %)

NH-90

Heer

Voll einsatzfähig: **9** von 29 (31 %)

2014: 2 von 8 (25 %)

Patriot

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **6** von 10 (60 %)

2014: 7 von 12 (58 %)

C-160 Transall

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **18** von 29 (62 %)

2014: 21 von 43 (49 %)

A400M

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **1** von 3 (33 %)

Tornado

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **28** von 74 (38 %)

2014: 36 von 66 (55 %)

Eurofighter

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **41** von 79 (52 %)

2014: 8 von 42 (19 %)

CH-53

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **18** von 42 (43 %)

2014: 7 von 16 (44 %)

U-Boot 212 A

Marine

Voll einsatzfähig: **2** von 4 (50 %)

2014: 1 von 1 (100 %)

Mk 88 Sea Lynx

Marine

Voll einsatzfähig: **5** von 18 (28 %)

2014: 0 von 18 (0 %)

Mk 41 Sea King

Marine

Voll einsatzfähig: **4** von 14 (29 %)

2014: 3 von 15 (20 %)

Fregatten

Marine

Voll einsatzfähig: **7** von 7 (100 %)

2014: 7 von 8 (88 %)

Korvette K 130

Marine

Voll einsatzfähig: **3** von 4 (75 %)

2014: 2 von 2 (100 %)

Stand: November 2016. Quelle: Bundeswehr

Die aktuelle Meldung für 2016 zeigt, daß die Lage ein klein wenig besser geworden ist. Vom gepanzerten Truppentransporter Boxer sind zum Beispiel inzwischen sehr viel mehr Fahrzeuge einsatzfähig und auch die Marinehubschrauber fliegen wieder.

3,2 Milliarden für Reparaturen pro Jahr

Der Bericht des Generalinspektors zeigt aber auch, daß das grundsätzliche Problem noch immer nicht behoben ist. Obwohl die Bundeswehr 2017 nun 3,2 Milliarden Euro für die Instandsetzung einplant, stehen viele Waffen weiterhin herum, weil sie schneller kaputt gehen als ursprünglich geplant wurde und weil die Reparatur zu lange dauert. Denn um Geld zu sparen, werden neue Panzer oder Flugzeuge vom Verteidigungsministerium gern ohne ausreichende Instandsetzungseinrichtungen bestellt.

Oder die Waffen sind bereits so alt, daß es für sie gar keine Ersatzteile mehr gibt. Der Hubschrauber Sea King beispielsweise kann nur noch durch "unkonventionelle Ersatzteilgewinnung" repariert werden, wie es im Bericht des Generalinspektors heißt. Was bedeutet, daß die Bundeswehr ihre Flotte nur noch am Leben erhalten kann, indem sie in anderen Ländern ausgemusterte Hubschrauber dieses Typs kauft und ausschlachtet.

Die Bundeswehr versucht einiges, um diesen Zustand zu verändern. Das zeige langsam Wirkung, heißt es in dem Bericht. Dort steht aber auch: "Sprunghafte Verbesserungen der materiellen Einsatzbereitschaft sind allerdings nicht zu erwarten."

Nachtrag zum besseren Verständnis der Zahlen: Die Bundeswehr gibt für jedes Waffensystem drei Werte an, den Gesamtbestand der existierenden Waffensysteme, den Verfügungsbestand und die Zahl der einsatzbereiten Systeme. Wir haben nur die letzten beiden Kategorien dargestellt und aus den monatlichen Angaben einen Durchschnittswert für das gesamte Jahr gebildet.

So taucht beispielsweise das U-Boot, das Ende 2016 neu in Dienst gestellt wurde, darin noch nicht auf. Die Marine listet es zwar im Gesamtbestand, aber es steht ihr noch nicht für Einsätze zur Verfügung. Der Gesamtbestand ist bei jedem System noch viel höher, aber die Fahrzeuge sind beispielsweise zur Erprobung beim Hersteller oder lagern in einem Depot. Daher haben wir diese Zahl nicht gezeigt.<<

21.04.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. April 2017 (x887/...): >>>Das Ende der Täuschungen

Erdogans Osmanen fordern uns heraus - Deutschland reagiert ratlos

Beschwichtigungen sollen das Resultat des Türkei-Referendums relativieren. Doch es hilft nichts mehr, die Wahrheit ist zu hart.

Das Ergebnis des türkischen Referendums stellt die deutsche Politik und Öffentlichkeit vor eine dramatische Frage: Wie verhält man sich, wenn einem ein Konflikt aufgedrängt wird, den man nicht wollte?

63 Prozent der türkischen Wähler in Deutschland haben Erdogans autoritäres Regime bei dessen Machtergreifung unterstützt. Alle Beschwichtigungen können das nicht verwischen, auch nicht der Hinweis, daß nur die Hälfte der in Deutschland wahlberechtigten Türken überhaupt zu den Urnen gegangen sei. Niemand weiß, wie die Nichtwähler abgestimmt hätten.

Überdies darf nicht vergessen werden, daß mehr als ein Viertel der türkischen Staatsangehörigen in Deutschland zu Minderheiten wie den Kurden, Aleviten oder (assyrischen, aramäischen, armenischen) Christen zählt, von denen aus Gründen der kulturellen Selbsterhaltung so gut wie niemand hinter Erdogan stehen dürfte. Auf die ethnischen, sunnitischen Türken fokussiert ergibt sich daher beinahe das Bild einer antidemokratischen Einheitsfront ohne wesentliche Opposition.

Darauf muß Deutschland reagieren - aber wie? Zunächst dadurch, daß es sich endlich von Täuschungen nicht mehr blenden läßt und sich von seinen Selbsttäuschungen befreit. Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad schreibt: "Kein Mensch kann mir nun erzählen, daß die Integration nicht gescheitert ist." Er verweist darauf, daß es nicht die benachteiligten oder arbeitslosen Türken gewesen seien, die in Deutschland Propaganda für Erdogan gemacht hätten, sondern "jene Krawatten-Türken, die gute Berufe haben und perfekt Deutsch sprechen" sowie

"jene grinsenden Kopftuch-Muslimas, die uns verkaufen wollen, daß das Kopftuch ein Zeichen ihrer Emanzipation sei".

Diese Kräfte führen Erdogans Krieg gegen Europa, gegen Deutschland, die Demokratie und die Kultur des Abendlandes in unseren eigenen Grenzen. Dennoch genießen ihre Organisationen staatliche Unterstützung - durch viel Geld und öffentliche Anerkennung.

Den Doppelpaß mißbrauchen sie, um ihren Einfluß auf die deutsche Politik systematisch auszubauen. Die Doppelstaatlichkeit, die ihnen großzügig angeboten wird, ist keine Brücke der Integration, sondern ein Brückenkopf, den wir freiwillig unseren Feinden zuweisen, die uns von dort noch erfolgreicher bedrängen können. Wer diese Analyse für übertrieben, gar hysterisch hält, der höre einem Erdogan nur zu und beachte, wie viel er schon umgesetzt hat von seinen scheinbar nur lächerlichen, effekthascherischen Sprüchen.

Natürlich sind die EU-Beihilfen für das Neosmanische Reich sofort einzustellen, ist die Bundeswehr von dort wegzuverlegen. Auch muß, bei Wahrung des Asylrechts, verhindert werden, daß Erdogan seine Kritiker millionenfach ins (deutsche) Ausland drängt, um zu Hause noch freiere Bahn zu haben. Ob die deutsche Politik zu alledem willens und imstande ist, steht tragischerweise dahin.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 21. April 2017 (x887/...): >>"Koranisierung" der Sprache

Für den türkischen Staatspräsidenten Erdogan sind verbale Entgleisungen ein Mittel der Politik

Obwohl der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seit 2003 an der Regierung beteiligt ist, haben viele offenbar erst jetzt durch seine verbalen Entgleisungen sein wahres Gesicht erkannt. Viele Analysten waren sich bisher nicht sicher, ob Erdogan nur ein konservativer Muslim ist oder bereits ein Vertreter des fundamentalen Islam. Zumindest in der Rhetorik ist er in der Endphase des Wahlkampfes dem Haß-Vokabular der Dschihadisten des Islamischen Staats (IS) sehr nahe gekommen.

Bei einem Wahlkampfauftritt in Ankara bezeichnete er die EU als "Kreuzritter-Allianz". Damit spielte er auf eine Audienz der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten bei Papst Franziskus in Rom an. Anlaß war der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Erdogan beschuldigte weiter "europäische Parlamentarier und Anführer", sich vor der Volksabstimmung über das von ihm angestrebte Präsidialsystem auf die Seite seiner Gegner geschlagen zu haben. "So Gott will, wird das türkische Volk, werden 80 Millionen den Anführern des Westens die größte Lektion erteilen."

Mit dieser Formulierung ahmt Erdogan die vom IS stubsmäßig betriebene "Koranisierung" der Sprache nach. "Eine Lektion erteilen" wollen auch die Terroristen des IS in vielen Internetvideos ihren Feinden. Nur bei diesen Lektionen gehören Erdogan und seine Türken selbst zu den Lektionsempfängern. Weiter sagte Erdogan: "Wartet auf den Frühling, und alle Terrorgruppen, PKK, YPG, IS, FETÖ, werden sehr nette Überraschungen erleben."

Interessant ist, daß zunächst die beiden kurdischen genannt werden, danach erst folgen der IS und die Gülen-Bewegung (FETÖ). Bei der Wortwahl fällt auf, daß sowohl der IS als auch allgemein die Salafisten immer wieder ihren Gegnern "nette Überraschungen bereiten" wollen. Auch hier ist Erdogan also ganz auf das koranisierende Vokabular der IS-Terroristen und ihrer Unterstützer oder das eines Osama Bin Laden aufgesprungen. Denn auch im Koran ist an verschiedenen Stellen von "netten Überraschungen" als Bestrafung von Ungläubigen die Rede. Offenbar will Erdogan dies auch gar nicht mehr verbergen, wie er das noch vor einiger Zeit getan hat.

Erdogan setzt seine verbalen Provokationen bewußt ein, wie der Italiener Silvio Berlusconi oder der verstorbene venezolanische Präsident Hugo Chávez. Wie diese irritiert er hin und wieder mit absurden Äußerungen, wie beispielsweise mit der Behauptung, Muslime hätten

"Amerika entdeckt". Im Jahre 2014 sagte er zum Thema Frauen und Gerechtigkeit: "Man kann Frauen und Männer nicht gleichstellen. Es läuft der Natur zuwider." Gleichberechtigung sei ebenfalls "gegen die Natur". Auch das waren keine unglücklichen Ausrutscher, sondern gezielt als Mittel der Politik eingesetzte Tabubrüche. In Zusammenhang mit dem Verfassungsreferendum setzte er diese sogar noch zielgerichteter ein.

Der türkischstämmige Kabarettist Serdar Somuncu wirft Erdogan vor, bewußt zu provozieren, damit die Situation eskaliert und er dann als Ordnungsstifter gerufen wird. Ähnlich hätte es auch mit dem stümperhaften Putsch vom Juli vergangenen Jahres gewesen sein können. Vielleicht hat Erdogan ihn bewußt provoziert, um sich durch die lang vorbereitete Niederschlagung als starker Mann zu profilieren.<<

24.04.2017

BRD: "SPIEGEL ONLINE" berichtet am 24. April 2017: >>AfD-Parteitag in Köln: Jagdszenen am Rhein - Kolumne

Demokratie und Feigheit Jagdszenen am Rhein

Wo ist eigentlich der Bundespräsident, wenn man ihn braucht? In Köln wurden AfD-Delegierte von der Antifa drangsaliert und bedroht - und die politische Klasse in Deutschland scheint das völlig in Ordnung zu finden.

Eine Kolumne von *Jan Fleischhauer*

Gibt es im Schloß Bellevue einen Fernseher? Hat der Bundespräsident die Straßenszenen vor dem AfD-Parteitag aus Köln gesehen? Oder bekommt er die Nachrichten erst mit dem offiziellen Pressespiegel seines Amtes vorgelegt?

Ich habe auf ein Wort des Bundespräsidenten gewartet. Ihm liege die Verteidigung der Demokratie besonders am Herzen, hat Frank-Walter Steinmeier zur Amtseinführung gesagt. Wir müßten nicht nur über Demokratie reden, wir müßten wieder für sie streiten. "Demokratie ist die Staatsform der Mutigen", sagte er, deshalb dürfe man von ihm erwarten, daß er parteiisch sein werde, parteiisch für die Sache der Demokratie.

Eine Partei, die in elf Landtage eingezogen ist, zum Teil mit zweistelligen Ergebnissen, hält in einer deutschen Großstadt einen Bundesparteitag ab. Schon vor dem Termin wird das Hotel, in dem der Parteitag stattfinden soll, bedroht, um eine Stornierung der Buchung zu erreichen. Die Mitarbeiter erhalten Todesnachrichten; der Direktor verläßt das Hotel nicht mehr, weil die Polizei ihm sagt, daß sie andernfalls nicht für seine Sicherheit garantieren könne.

Zum Auftakt des Parteitags können Delegierte nur unter Polizeischutz den Tagungsort erreichen. Stahlgitter und Wasserwerfer sind aufgefahren, um die Veranstaltung zu schützen. Wo die Beamten nicht schnell genug sind, werden Delegierte nicht nur beschimpft, sondern auch körperlich attackiert. Auch Journalisten müssen mit Schikanen rechnen, wenn sie sich nicht sofort als solche zu erkennen geben.

"Bist du Nazi?" - "Journalist." - "Weis dich aus!" Der Dialog stammt nicht von einer Pegida-Demo, die für das Dunkeldeutschland symbolisch geworden ist, sondern vom Rand der Proteste, die nach Auskunft der Veranstalter ein offenes, tolerantes, buntes Köln zeigten. Berichtet hat ihn Miriam Hollstein, die für die "Bild am Sonntag" akkreditiert war. Es ist ein kleiner Ausschnitt dessen, was sich am Wochenende in Köln zugetragen hat, aber ein vielsagender.

Bin ich der Einzige, der es verstörend findet, wenn eine Partei in Deutschland nur noch unter Polizeischutz ihr Programm debattieren kann, und niemand in der politischen Elite des Landes daran etwas auszusetzen hat? In den Berichten zum AfD-Parteitag in Köln wurde nahezu einhellig gelobt, wie friedlich die Stimmung auf den Protestveranstaltungen geblieben sei. Man kann auch sagen: Die demokratische Öffentlichkeit ist bescheiden geworden. Wenn sich die Antifa anmeldet, um ihr Verständnis von Toleranz zu demonstrieren, gilt es schon als Erfolg, wenn anschließend nicht die halbe Stadt brennt.

Es sei eine "Provokation", daß die AfD ausgerechnet Köln als Versammlungsort gewählt ha-

be, hat die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker erklärt. Auch die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft benutzte das Wort. "Es ist eine Provokation. Aber sie haben die falsche Stadt und das falsche Bundesland ausgesucht", war ihr Kommentar anlässlich des traurigen Umstands, daß es 4.000 Polizisten brauchte, um 516 AfD-Delegierten die freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Kraft meinte mit dem Satz nicht die Demonstranten, die die im Einsatz befindlichen Polizeibeamten als Faschistenbeschützer beschimpften, sondern die Delegierten, die von ihrer Versammlungsfreiheit Gebrauch machten.

Eine Provokation? Wo hätte sich die AfD denn statt dessen versammeln sollen, um ihr Programm für die Bundestagswahl zu beraten: in Duisburg, in Essen? Oder besser nirgendwo in NRW, weil ein AfD-Parteitag das Wir-Gefühl stört, das die SPD im Wahlkampf plakatiert? Aber was wäre dann nach Meinung der Ministerpräsidentin ein geeigneter Ort gewesen: die Hallig Hooge?

Mir fallen tausend Dinge ein, was ich an der AfD auszusetzen habe. Mit Leuten wie Alexander Gauland an der Spitze ist die Partei auf dem Weg in die Einöde der politischen Randzone. Spätestens nach dem Parteitag in Köln ist klar, daß man in der AfD alles sagen darf, ohne daß es Konsequenzen hat: Man kann in dieser Partei Reinhard Heydrich für einen ordentlichen Mann halten und Anders Breivik für jemanden, der aus Verzweiflung zum Massenmörder wurde. Gauland ist der Letzte, der den Willen und die Courage hat, solchen Irrsinn abzustellen.

Aber die AfD ist keine verbotene Partei. Bislang ist sie noch nicht mal ein Fall für den Verfassungsschutz. Ich kenne außerdem eine Reihe von Politikern, von denen ich mir wünschen würde, sie hielten den Mund, ohne daß ich auf die Idee käme zu verlangen, daß man sie am Reden hindert. Ich finde auch die Positionen der Linkspartei unangenehm. Dennoch würde ich das Gleiche schreiben, wenn rechtsradikale Hooligans versuchten, einen Parteitag der Linken zu unterbinden.

Das ist ein reizvolles Gedankenspiel: Glauben wir, daß die politische Klasse in Deutschland stumm bliebe, wenn rechte Horden Abgeordnete der Linken auf dem Weg zum Parteitag drangsalieren würden? Meine Vermutung ist: eher nicht.

Der Bundespräsident bricht diese Woche zu einer großen Deutschlandreise auf, um, wie sollte es anders sein, die Demokratie zu stärken. Die erste Etappe ist Bayern, das ist natürlich eine untadelige Wahl. Aber vielleicht könnte Steinmeier auch einen Halt in Köln einlegen, um den Demokratiebewahrern dort zu sagen, daß jedenfalls nicht viel Mut dazugehört, wenn man mit 10.000 Gleichgesinnten gegen 500 Andersdenkende antritt.

Mutig ist es, gegen die Mehrheit zu stehen. Leider wird beides in Deutschland oft verwechselt. Das ist, wenn man so will, unsere Tragik.<<

26.04.2017

BRD: "ZEIT ONLINE" berichtet am 26. April 2017: >>Rechtspopulismus: Und wenn die AfD Recht hat?

Auch wenn die AfD gerade mit sich selbst befaßt ist - sie wird nicht einfach verschwinden. Der Erfolg der Partei hat mehr mit uns zu tun, als wir glauben.

Von Jana Hensel

Das kleine Erdbeben ist in Erinnerung geblieben. Es fand im Sommer 2011 statt und wurde von Frank Schirrmacher, dem damaligen Herausgeber der FAZ, ausgelöst. Für das Erdbeben reichte ein einziger Satz. Er lautete: "Ich beginne zu glauben, daß die Linke recht hat."

Damals ging es noch nicht um die Flüchtlingskrise. Es ging auch noch nicht um die Griechenland- oder Eurokrise, die folgten wenig später, nein, damals war die sogenannte Bankenkrise das Thema. Eine Krise, zu deren Lösung die betroffenen Staaten milliardenschwere Rettungspakete schnürten, um den drohenden Bankrott globaler Bankhäuser zu verhindern. Staatliches Geld, Steuergeld, Geld des kleinen Mannes und der kleinen Frau.

Schirmmacher kam das wie ein Ausverkauf des Neoliberalismus und jener Werte vor, die dieser Neoliberalismus lange gepriesen hatte: "Freiheit, Autonomie, Selbstbestimmung bei gleichzeitiger Zählung des Staates und seiner Allmacht." Deshalb wechselte er einmal gedanklich die Seiten und schaute sich die Gegenwart aus der Perspektive jener an, die politische Gegner waren, die anders dachten als er und seine Leute. Die Linken.

Jana Hensel

Die Schriftstellerin und Publizistin wurde 2002 mit dem Buch *Zonenkinder* bekannt. Im Herbst erscheint ihr erster Roman.

Heute, einige Krisen später, soll einmal dasselbe versucht werden, in umgekehrter Richtung. Die Perspektive soll gewechselt werden, auch um Selbsttäuschungen auf die Schliche zu kommen. Die AfD sitzt in elf Länderparlamenten. Auch wenn ihre Umfragewerte im Moment sinken, ist eine Sorge vor der Bundestagswahl berechtigt. Werden die Vorhersagen uns erneut täuschen? Werden, auch wenn die AfD sich gerade auf ihrem Parteitag einstweilen zerlegt hat, am Ende mehr Leute AfD gewählt haben, als viele progressive Deutsche es heute glauben, so wie man sich schon bei Trump getäuscht hatte?

Vielleicht hilft es zu fragen: Wo hat die AfD recht? Gibt es gute Gründe für den Aufstieg der AfD, den zeitweisen Aufstieg von Pegida? Gründe, die ihre Anhänger und Wähler zu Pegida und AfD trieben. Gründe, die man kennen sollte.

Unsere Scham

Sich zu fragen, wo die AfD recht hat: Warum fällt das eigentlich so schwer? Es ist eine Sache, sich als Konservativer für die Länge eines Gedankenexperiments auf die Seite der Linken zu schlagen. Aber es scheint eine völlig andere zu sein, die Perspektive von AfD- und Pegida-Anhängern einzunehmen. Wer das tut, setzt sich dem Vorwurf aus zu verharmlosen. Als verbreiteten die Rechtspopulisten eine Aura, gegen die man sich nicht wehren könne; als gäbe es keine rationalen Gegenargumente; als würden sie jeden, der sich ihnen nähert, willenlos in ihren Bann ziehen.

In der AfD gibt es Menschen wie den Thüringer Björn Höcke, der in einer Diktion hetzt, wie es zuletzt im Nationalsozialismus üblich war. Auf Pegida-Demos in Dresden und auf manchen AfD-Demos in Thüringen wurde ein Haß auf Flüchtlinge und alles Fremde, Andere, Nichtdeutsche laut, der an finsterste Zeiten erinnerte.

Davon versucht man, sich zu distanzieren, da versucht man, Abstand zu halten. Dafür stellt man die AfD lieber in immer neuen Schreckensbildern dar, statt sich zu fragen, ob etwas von dem stimmen könnte, was sie sagt. Viele glauben, man dürfe mit denen nicht mal reden. Überhaupt sind viele froh, daß die AfD und Pegida im Osten erfolgreicher sind als im Westen. Aber der Osten ist nicht nur eine Himmelsrichtung, er ist eine Haltung. Er steht für eine Erfahrung.

Wenn man einen ersten Grund nennen soll, warum es die AfD und Pegida gibt: "Wir Demokraten" versuchen, die neuen Rechten von "uns" fernzuhalten. Sie haben sich in dem Niemandsland unserer Ambivalenz eingerichtet, sie profitieren davon, daß wir die Auseinandersetzung scheuen. Unser schlechtes Gewissen ist ihre Heimat.

Unsere Ängste

Seit dem Mauerfall erleben wir einen Epochenwandel: Ende des Kalten Krieges, Neoliberalismus, Europäische Union, der 11. September, Globalisierung, Digitalisierung, Einführung des Euro, die neuen Kriege, der Terror. Das sind abstrakte Schlagworte, die man benutzt, ohne noch viel über sie nachzudenken. Wir haben verstanden, daß sie unsere Gegenwart prägen, vergessen aber oft, daß sich hinter jedem dieser Worte schwer zu überschauende Veränderungswelten verbergen.

Denn die große Geschichte greift wie ein Räderwerk in die kleine, die in jedem Einzelnen von uns stattfindet. Auch hier sind die Dinge in Bewegung geraten. Erwerbsarbeit ist mittlerweile

so prekär geworden, daß ältere Generationen nicht mehr verstehen, wenn einige Jüngere das als einen Vorteil, eine Herausforderung, einen Lebensstil gar betrachten. Alles ist immer im Wandel. Womöglich sind deshalb auch Familienverhältnisse prekär geworden, immer öfter emotionale Vereinbarungen auf Zeit, äußerlich mehr oder weniger feste Arrangements, denen man, wenn ihre Zeit abgelaufen ist, durch Patchworkmodelle innerlich eine Kontinuität zu geben versucht, geben muß.

Dramatische Appelle

Seit 1989 ist kein Stein auf dem anderen geblieben. Im Osten nicht und auch im Westen nicht. Diese Veränderungen haben Ängste und Verunsicherungen ausgelöst, nicht nur bei jenen, die AfD wählen.

Man muß sich einmal ein paar wenige Buchtitel in Erinnerung rufen, die in den vergangenen Jahren auf den Bestsellerlisten zu finden waren. 2002: Meinhard Miegel, *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*. 2007: Hans-Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?* 2008: Heinz Bude, *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. Im selben Jahr: Michael Winterhoff, *Warum unsere Kinder Tyrannen werden*. 2010: Kirsten Heisig, *Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Straftäter*. Auch 2010: Stéphane Hessel, *Empört euch!* 2012: Heinz Buschkowsky, *Neukölln ist überall*. Und im selben Jahr: Manfred Spitzer, *Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen*.

Die Autoren dieser Bücher stammen aus allen Berufen und politischen Lagern, ein jeder ist auf seine Art Experte auf seinem Gebiet. Keinem kann man vorwerfen, AfD oder Pegida herbeigeschrieben oder das auch nur intendiert zu haben.

Seit ein paar Jahren jedoch mischen sich immer mehr andere Bücher darunter. Allesamt ebenfalls Bestseller. Es begann im Jahr 2010 mit Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab*, ging 2014 weiter mit Akif Pirinccis *Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer* und Udo Ulfkottes 2015 erschienenem Buch *Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken*.

Der Graben zwischen den zuerst und den zuletzt Genannten ist breit. Dennoch ist er mit einem, sagen wir, laienhaften Auge nur schwer zu erkennen: Während die einen unsere demokratischen Werte verteidigen, wollen die anderen sie abschaffen. Mit Überhöhung, Zuspitzung und dramatischen Appellen aber arbeiten sie alle.

Warnen oder übertreiben?

Die Spiegel-Journalistin Melanie Amann beschreibt in ihrem gerade erschienenen Buch *Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD* folgende Begebenheit: Im Oktober 2015 steht Björn Höcke auf dem Magdeburger Marktplatz und rechnet den Leuten vor, daß "jeden Tag 10.000 bis 12.000 Asylsuchende nach Deutschland" kommen. Daß das "15 Großstädte von der Größe Magdeburgs in einem Jahr" seien. Daß damit "unsere über Jahrhunderte gewachsene Vertrauens- und Solidargemeinschaft" in Gefahr sei und daß er, "wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen", einen "Bürgerkrieg" prognostiziere.

15 Großstädte, in einem Jahr? Eine vollends unrealistische Zahl. Höckes Hochrechnung war unseriös. Er hat übertrieben. Aber haben das jene Autoren, die aus sicher gut gemeinten Gründen warnen, daß unsere Kinder zu Tyrannen werden könnten, daß die Digitalisierung Demenz auslöst und damit uns und unsere Kinder um den Verstand bringt, nicht auch getan?

Ein zweiter Grund für den Aufstieg von AfD und Pegida ist also, daß die Veränderung unserer Gesellschaft in den vergangenen 25 Jahren dauerhaft mit dramatischen Appellen, Krisenszenarien und einer stets zugespitzten Rhetorik beschrieben wurde.

Alle Seiten betreiben Geschäfte mit Ängsten, nicht nur die AfD. Man kann sich in Untergangsszenarien verlieren, man kann Angst bekommen, daß hier irgend etwas nicht stimmt. Verlieren nicht auch jene, die nicht zu den AfD-Anhängern gehören, manchmal den Mut? Be-

fällt sie nicht ebenfalls manchmal Zukunftsangst?

Früher war alles besser

Es gehört zu den großen, oft geäußerten Mißverständnissen, daß die Rechtspopulisten sich den sozialen Problemen nicht widmen würden. Sie tun es auf ihre Art. Die AfD gründete sich im Jahr 2013 als Reaktion auf die Rettungspolitik der EU während der Bankenkrise, also aus einem ganz ähnlichen Unwohlsein heraus wie jenem, das Frank Schirrmacher in seinem Text beschrieb. Pegida nahm erst in der sogenannten Flüchtlingskrise wirklich Fahrt auf.

Gänzlich unterschiedliche Milieus fanden sich in der AfD und unter ihren Sympathisanten zusammen, und bis heute ringen sie innerhalb und außerhalb der Partei miteinander. Marktliberale Eurogegner, wütende Modernisierungsverlierer, verängstigte Mittelschichtler und anti-liberale Wohlstandsbürger.

Ein geniales Rezept

Kein Wunder, daß weder AfD noch Pegida ihrer heterogenen Anhängerschaft kohärente sozial- und wirtschaftspolitische Antworten anbieten, sie betreiben Identitätspolitik im streng nationalen Sinne. Und sie haben ein fast schon genial einfaches Rezept für die ganz verschiedenartige Wut und Verunsicherung ihrer Anhänger gefunden. Es lautet: Früher war alles besser.

Früher, das war, als Wohlstand in Westdeutschland wohlfahrtsstaatlich organisiert war und ständig wuchs. Als Männer arbeiteten und Frauen zu Hause blieben; sich um Kinder kümmerten. Und auch, als Migranten in Westdeutschland noch Gastarbeiter hießen und in der DDR Vertragsarbeiter. Die Idee war dieselbe: Irgendwann sollten alle in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Der westdeutsche AfD-Frontmann Alexander Gauland streite für ein Land, das an jenes Deutschland von vor 30 Jahren erinnere, schreibt auch Melanie Amann in ihrem Buch: "Mit mehr Ordnung, mehr Ruhe, mehr Stabilität. Keine sperrangelweit offenen Grenzen, keine EU-Diktate aus Brüssel, keine Globalisierung, keine *Political Correctness*."

Die Ostdeutsche Frauke Petry schwärmte in ihrer letzten Neujahrsansprache: "Es gab einmal eine Bundesrepublik ohne islamischen Terror und ohne explodierende Gewalt. Ein Gestern, in dem es undenkbar war, daß Frauen und Mädchen massenhaft sexuell belästigt und vergewaltigt wurden. Es gab ein Gestern, als die wenigsten Menschen Angst hatten, ihre Meinung offen zu äußern, ein Gestern, in dem es keine staatlich finanzierte Gesinnungskontrolle im Internet gab, ein Gestern, in dem kein systematischer staatlicher Rechtsbruch stattfand. Ich weiß, daß es viele Menschen gibt, die sich nach diesem friedlichen Gestern zurücksehnen."

Die erste Ost-West-Partei

Hört man Frauke Petry und Alexander Gauland zu, lösen sich die Gegensätze zwischen Jung und Alt, Frau und Mann, Ost und West, Reich und Arm wie in Luft auf. Es geht nur noch um ein warmes, weiches, besseres Gestern.

Das wäre ein dritter Grund für den Erfolg der AfD. Sie konnte sich etablieren, weil ihr gelang, woran die anderen bisher gescheitert sind: Sie vereint Ostalgie und Westalgie. Sie ist die erste wirkliche Ost-West-Partei; sie nimmt das alte Kohlsche Versprechen von den blühenden Landschaften noch einmal auf und macht es zu einer nostalgischen Zukunftsvorstellung.

Pegida dient ihr dabei als eine Art außerparlamentarischer Vorbote, Pegida versieht die AfD mit dem, was den anderen Parteien fehlt: *street credibility*.

Ich bin ein Verlierer, Baby

Frank Schirrmachers Text erschien, wie gesagt, im Sommer 2011. Die AfD gründete sich wiederum im April 2013. Und im Jahr dazwischen tanzten die jungen Menschen in den Clubs dieses Landes nach der Musik einer genauso jungen Band aus Chemnitz. Die Band heißt Kraftklub und ihr Album *Mit K* landete noch in der Woche des Erscheinens auf Platz eins der Charts. Eine ihrer Hymnen trägt den Titel *Karl-Marx-Stadt*, und der Refrain, von dem man

sich vorstellen kann, daß die jungen Menschen ihn auf den Konzerten laut mitsangen, geht so: "Ich komm aus Karl-Marx-Stadt, bin ein Verlierer, Baby, original Ostler."

Sogar die *Tagesthemen*, die in den Wochen zuvor viel über die Entdeckung des NSU berichtet hatten, stellten die fünf Musiker vor, obwohl das Lied wie folgt weitergeht:

"Ich steh auf keiner Gästeliste, ich bin nicht mal cool in einer Stadt, die voll mit Nazis ist, Rentnern und Hools. Ich cruise Banane essend im Trabant um den Karl-Marx-Kopf, die Straßen menschenleer und das Essen ohne Farbstoff. Diskriminiert, nicht motiviert, von der Decke tropft das Wasser, nix funktioniert. Und so wohnen wir in Sachsen auf modernden Matratzen, immer gut drauf, auch ohne Kohle in den Taschen."

Auch im Westen feierte man Kraftklub als Sound einer neuen Generation. Vielleicht, weil man damals Hoffnung hatte, dieses verdammte Verlierergefühl, das seit dem Mauerfall an den Ostdeutschen klebt, ließe sich einfach wegtanzen. Doch Kraftklub blieb nichts als eine Anekdote, ein Zeichen, daß man sich die Großzügigkeit nahm, geflissentlich zu übersehen, was im Osten wirklich geschah. Eines von vielen Zeichen. Ein paar Jahre später sandte der Osten ein ganz anderes Signal seiner Kraft. Pegida versammelte sich montags.

Unsere Lebenslügen

Wer wissen will, ob etwas von dem stimmt, was die Rechten sagen, der muß in den Osten schauen. Denn auch wenn die AfD eine bundesweit erfolgreiche Partei ist, ihr Popularitätssprung im Osten ist augenscheinlich. Der Historiker Philipp Ther ist ein Westdeutscher, der sich mit dem Osten wirklich auskennt. Ther leitet das Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität in Wien; er hat vor drei Jahren ein Buch veröffentlicht, das den Titel *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent* trägt und die erste Geschichte des Neoliberalismus in Europa ist.

Seine Beobachtung: Nach 1989 setzte sich überall in Osteuropa eine neoliberale Wirtschaftsordnung durch. Sie war durch Deregulierung, Privatisierung, Sozialstaatsabbau und die Akzeptanz gesellschaftlicher Ungleichheit gekennzeichnet. Der Staat zog sich aus immer mehr Verantwortungsfeldern zurück; so, hoffte man, würde man denselben Wohlstand erreichen wie in Westeuropa. Das ging schief. Aber nicht nur das, auch die Hoffnung des Westens erwies sich als trügerisch, daß nach dem Fall des Eisernen Vorhangs alles beim Alten bleiben würde. Die Einführung von Hartz IV ist das große Monument dieses Umbruchs. Ther nennt sie deshalb eine Kotransformation Westdeutschlands.

Das Spannendste an Thers Buch ist, daß er Ostdeutschland wie selbstverständlich zu Osteuropa zählt. In keinem anderen Land sei die Wirtschaft so stark zusammengebrochen wie im Osten nach Währungsunion und Wiedervereinigung, sie verlor 27 Prozent gegenüber dem Wert von vor 1989. Nur in Bosnien und Herzegowina findet man ähnliche Zahlen - allerdings nach dem Jugoslawienkrieg. In jedem anderen Land hätte "eine derartige Katastrophe massenhafte Proteste und die Abwahl der Regierung" nach sich gezogen, schreibt Ther. Statt dessen stimmten die Ostdeutschen mit den Füßen ab und zogen nach Westen. Junge, Schlaue, Frauen.

"Das erzeugt Protestpotential"

Auch deshalb plädiert Ther in Bezug auf die AfD für einen Perspektivwechsel: "Das Wählerverhalten der Ostdeutschen liegt im osteuropäischen Schnitt und ist gar kein überraschendes Phänomen. Die sozialen Verwerfungen treffen im Osten breitere Schichten, selbst jene, die Arbeit haben, haben eher ungute Perspektiven. Sie werden schlecht bezahlt oder oft nur befristet beschäftigt. Das erzeugt ein Protestpotential." In Polen regiert die nationalkonservative PiS, in Ungarn der autoritäre Viktor Orbán mit seiner rechten Fidesz, in der Slowakei sitzen Nationalisten mit in der Regierung und in Tschechien wirtschaftsliberale Populisten.

Das ist ein weiterer, nunmehr vierter Grund für den Erfolg der Rechtspopulisten: Der Osten ist nach dem Mauerfall zu einem Raum geworden, in dem sich alle Faktoren noch einmal radikalisierten. Der Großteil der Menschen lebt in weniger Wohlstand als diejenigen im Westen.

Diese Verwerfungen finden ihren Ausdruck in radikaleren politischen Ansichten. Im Protest gegen die etablierten Parteien artikuliert sich das Gefühl, zu schwach für neue Herausforderungen und nochmalige Veränderungen zu sein. Aber diese Schwäche ist keine irrationale Angst, sondern sie ist für nennenswerte Teile der Gesellschaft Realität.

Unsere Ungerechtigkeit

Wenn man also sagt, der Osten ist keine Himmelsrichtung, sondern er steht für eine Erfahrung, dann ist es die des sich nicht einstellenden Wohlstands.

Echter Wohlstand ist für viele Ostdeutsche nach dem Mauerfall eine Fiktion geblieben, den vieler Westdeutscher jedenfalls werden sie nie erreichen: Weniger als zehn der 500 reichsten Deutschen leben in den neuen Bundesländern; laut Statistischem Bundesamt verfügte ein westdeutscher Haushalt im Jahr 2013 über ein Nettovermögen von durchschnittlich 140.300 Euro, der Wert im Osten lag bei 61.200 Euro.

Ostdeutsche verdienen nicht nur weniger, sie besitzen auch weniger Immobilien, Aktien, Lebensversicherungen und Sparguthaben. Dieses Wohlstandsgefälle wird sich in den nächsten Generationen fortsetzen: Westdeutsche Akademikerkinder erben größere Summen, Ostdeutsche und Kinder von Arbeitern, kleinen Angestellten oder Arbeitslosen im Normalfall kaum etwas.

Es betrifft auch den Westen

Wenn die Rechtspopulisten im Osten, in diesem geschwächten Raum, leichter Fuß fassen können, kann der Rest des Landes das zwar ignorieren, aber nur so lange, bis das Phänomen auch dorthin schwappt. Auch in Westdeutschland gibt es strukturschwache Regionen, gibt es eine Mittelschicht, die Angst vor dem Absturz hat.

Wohlstand durch Arbeit, Aufstieg durch Bildung, das war über Jahrzehnte ein milieuübergreifendes Narrativ, eine identitätsstiftende Erzählung, eine beinahe religiöse Formel. Eigentlich in beiden deutschen Ländern. Aber diese Erzählung glauben heute viele nicht mehr. Erkannt haben das längst eigentlich alle Parteien, wirklich reagiert hat darauf aber nur die AfD.

Die Rechtspopulisten, und das ist ein weiterer, fünfter Grund für ihren Erfolg, haben dieses Vakuum zum Kern ihrer Botschaft gemacht. Sie sprechen für jene, die das Gefühl haben, mit ihnen und für sie spreche niemand mehr. Im Moment scheint diese Symbolpolitik zu genügen. Im Moment reichen zwei einfache neue Feindbilder: die Eliten und die Fremden, die Flüchtlinge, die Anderen.

Unsere Zukunft

Warum kümmert sich die Politik nicht mehr um Fragen der gerechten Verteilung von Wohlstand und Vermögen? Warum ist in Ostdeutschland ein Raum entstanden, in dem sich alle Faktoren radikalieren können? Die AfD hat mit ihren Antworten nicht recht, aber mit manchen ihrer Fragen. Und sie spricht in Wahrheit zu jenen, die sie nicht wählen.

Auch deshalb schert sie sich nicht viel um ein Programm, scheint sich in ihren eigenen Strömungen zu verlieren und immer wieder selbst zu zerlegen. Sie sammelt mit teils rassistischen Parolen den Protest von der Straße auf und trägt ihn in die Gesellschaft, in die Medien und in die Parlamente, sie nimmt eine Kommunikation wieder auf, die lange brachgelegen hat. Sie widmet sich dabei nicht der Frage, wer wir eigentlich sein wollen, aber vielleicht muß sie das aus ihrer Sicht auch nicht.

Die AfD hat keine Lösungen, aber sie zeigt Probleme auf. Wenn man daran etwas Positives finden will: Immerhin macht es Politik lebendiger. Nun ist es an uns, über uns, unser Land und unsere Zukunft anders nachzudenken. Gerade weil die bisherigen Antworten nicht mehr allen genügen.<<

28.04.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...): >>"**Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein**"

von *Eva Herman*

Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. Der Rechtsanwalt und studierte Türkeiwissenschaftler ist Chef der liberaldemokratischen Partei und sitzt im russischen Parlament. Die Sichtweise der Russen, die Schirinowski hier vertritt, steht im konträren Widerspruch zu den Aussagen der deutschen Politiker und Medien. Um so interessanter ist es, diesen selten zu findenden Aussagen zuzuhören.

Gleich vorweg: Am Ende des Interviews stellte Schirinowski fest, daß man von russischer Seite aus bereit sei, die berühmte Frage der "deutschen Ostgebiete" zusammen mit Deutschland zu lösen. Vogt dazu: "Damit stellt sich Wladimir Schirinowski in eine über 70-jährige Tradition sowjetisch/russischer Politik. Schon Stalin hatte 1952 mit seiner berühmten Stalinnote die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und Nichteintritt in die NATO angeboten.

Nikita Chruschtschow wiederholte ein solches Angebot 1955, Andropow in den 80er Jahren und bei der deutschen Wiedervereinigung kam im Sommer 1990 ein neues Angebot über die Rückgabe des sowjetischen Teils Ostpreußens mit Königsberg von Gorbatschow."

Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Michail Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten.

Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau beknetet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden."

Zu den derzeit aktuellen Themen traf Schirinowski ebenfalls klare Aussagen, wie man sie in westlichen Medien nur zu selten hört. Zum Thema einer angeblichen Annexion der Krim von seiten Rußlands stellte der russische Politiker wörtlich klar:

"Die Krim ist russische Erde, sie gehörte immer zum russischen Reich oder der Sowjetunion. Und die absolute Mehrheit der Krimbewohner kehrte mit Vergnügen in die Struktur Rußlands zurück. Es gibt keine Annexion. Wir haben kein fremdes Land erobert. Ab dem Moment der illegitimen Teilung der UdSSR haben sie immer ihre Unabhängigkeit für sich reklamiert und haben stets die Rückkehr nach Rußland gefordert. Das ging über 26 Jahre. Es gab keine bewaffneten Auseinandersetzungen während des Anschlusses der Krim. Und jetzt überhaupt: Es herrscht eine vollkommene Feststimmung. Alle sind zufrieden, und das alles sind die Wünsche der Krimbewohner und der Bewohner unseres Landes."

Michael Vogt sprach die aktuelle Lage in der Ukraine an. Die Antworten Schirinowskis klingen ähnlich gegensätzlich zum deutschen Massenmedien-Einheitsbrei, wie es schon zur Krim-Thematik und zu den deutschen Ostgebieten der Fall ist. Es sind Antworten, die wir dort niemals zu lesen bekommen würden: "Meine persönliche Meinung: Die ganze Ukraine sollte

zurückkehren und Teil Rußlands werden. Ein Gouvernement, wie es zu Zeiten des Zaren war. Wenn die Ukrainer das nicht wollen, dann wird das Land, wie in Afrika, zu einer Art Somalia: Krieg, innere Fehden, Provokation, nichts Gutes, weder für Rußland, noch für Europa." Unheilvolle Worte Schirinowskis folgten zur derzeitigen Lage Europas:

"Zwischen den bekannten deutschen Repräsentanten wird darüber gesprochen, daß es ein Szenario gibt, nach dem ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland auf dem Territorium der Ukraine - und zwar wegen der Ukraine - stattfinden soll. Es gibt einen solchen Plan. Der Krieg sollte schon im Sommer 2016 anfangen, er hat nicht angefangen. Jetzt planen sie ihn für den Sommer 2017."

Schirinowski verurteilte die NATO-Osterweiterung, vor allem in den baltischen Ländern. Sie stelle eine immense Gefahr für den Frieden in Europa, ganz speziell für Deutschland, dar: "Wir haben Deutschland gebeten, aus der NATO auszutreten. Und es würde ein großes Deutschland sein, ohne Besatzungstruppen, das demokratischste in Europa. Aber, nein! Und die DDR wurde hineingezogen, und sie alle zusammen sind jetzt in der NATO. Die deutschen Soldaten sind schon im Baltikum! Doch warum machen sie das?"

Dieser Krieg wird der letzte sein. Alles wird vernichtet. Ganz Europa wird vernichtet. Man sollte darüber nachdenken. Amerika ist weit weg. Und wir haben noch hinter dem Ural genug Territorium. Und was bleibt von Europa nach dem Krieg?"

Schirinowski erläuterte die seit nahezu 200 Jahren verursachten Störungen der russisch-deutschen Beziehungen durch Großbritannien, die USA und Frankreich. Ihnen sei die russisch-deutsche Allianz ein Dorn im Auge, die zu friedvoller Macht führen und ihnen deshalb gefährlich werden könnte. Und so würden seit 200 Jahren Konflikte und Störungen produziert:

"Man soll damit Schluß machen. Deutschland ist doch eine kluge Nation. Es ist an der Zeit, sich endlich aus der Falle zu befreien, in die Deutschland seit fast 200 Jahren getrieben wurde und endlich mit Rußland zusammenzuarbeiten. Wir mischen uns nicht ein in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. In erster Linie sollte es aufhören, ein besetztes Land zu sein und immer nach Washington zu fahren und um Erlaubnis nachzufragen. Es soll vollständig selbstständig sein, und ich bin sicher, daß die meisten Deutschen für ein Bündnis mit Rußland sein werden anstatt für das Bündnis mit Amerika."

Falls es dazu käme, daß das deutsche Volk Rußland um Hilfe bäte, wie würde Rußland entscheiden, fragte der Journalist schließlich. Die Antwort Schirinowskis dürfte so manchem Hoffnung und Trost geben: "Hilfe für Deutschland? Und Europa? Wir leisten jede Hilfe. ... Es ist die Bestimmung Rußlands, in kritischen Momenten Hilfe zu leisten bei der militärischen Lösung jedes Problems, jeder Frage."

Schirinowski beendete das Interview mit der bereits zu Anfang erwähnten Thematik der deutschen Ostgebiete: "Wir haben den Deutschen die östlichen Gebiete weggenommen und den Polen gegeben. Aus welchem Grunde befinden sich heute die Polen auf dem deutschen Territorium? Man kann alles Deutschland wiedergeben. Dabei können wir helfen. Beim deutschen Hafen Memel, Klaipeda, wir können dabei helfen, für Deutschland das ganze Preußen wieder herzustellen. Keiner hilft, nur wir!"<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. April 2017 (x887/...):

>>**Billionen-Dispo für die Eurozone**

Wegen offener Forderungen: Deutsche Berufstätige profitieren nicht vom Exportüberschuß Die Schulden, die andere Euro-Notenbanken bei der Bundesbank angehäuft haben, nähern sich der 1.000-Milliarden-Euro-Grenze. Das Geld wird nicht verzinst. Daß es je zurückkehrt, ist zumindest nicht sicher. Echte Werte als Sicherheit gibt es nicht. Anlagevermögen, welches andere Länder mit großem Exportüberschuß wie das Ölland Norwegen für ihre Überschüsse erwerben, kauft Deutschland für das Geld auch nicht.

Im Schatten von Griechenland-Rettung und Euro-Rettungsfonds haben die Deutschen ein weiteres Haftungsrisiko übernommen, das bislang nur wenig beachtet wird. Die Deutsche Bundesbank wies in ihrem Monatsbericht für den März mit mehr als 829 Milliarden Euro ein neues Allzeithoch beim sogenannten Target2-Saldo aus. Hinter dem hohen Milliardenbetrag verbergen sich offene Ansprüche der Bundesbank im Rahmen des gemeinsamen Verrechnungssystems der Euro-Zentralbanken, über das unter anderem die Exporte abgewickelt werden.

Liefert ein deutscher Maschinenbauer beispielsweise Waren nach Italien, überweist der Käufer dort das Geld über seine Hausbank nach Deutschland. Hier sorgt die Bundesbank dafür, daß der deutsche Lieferant auf seinem Konto eine Gutschrift für seine Ware erhält.

Eigentlich müßte die italienische Notenbank der Bundesbank die Summe erstatten. Doch insbesondere seit Ausbruch der Euro-Krise ist keineswegs sicher, daß die Italiener der Bundesbank den fälligen Betrag anschließend auch zeitnah erstatten. Erstaunlicherweise sind im Zuge der europäischen Währungsunion nämlich keine Fristen vereinbart worden, bis zu denen die Zentralbanken für einen Ausgleich zu sorgen haben.

Im Gegensatz dazu besteht für die Regionalbanken des Federal Reserve Systems in den USA die Pflicht, regelmäßig für eine Glattstellung ihrer Verbindlichkeiten im Verrechnungssystem zu sorgen. Im Falle des Eurosystems fehlt allerdings nicht nur eine Zahlungsfrist. Die Forderungen werden zudem auch nur mit dem Leitzins der Europäischen Zentralbank verzinst. Da dieser derzeit bei Null liegt, besteht für säumige Zentralbanken auch von dieser Seite kein Anreiz für eine zügige Glattstellung.

Auf dem Papier als Echtzeitverrechnungssystem zwischen den Euro-Zentralbanken konzipiert, hat sich Target2 so zu einem Dispokredit für ganze Volkswirtschaften entwickeln können. Als Resultat geht die Bundesbank zumindest für einen Teil der deutschen Exporte in die Eurozone als Kreditgeber in Vorleistung. Quasi zwangsweise stellt sie einen Kreditrahmen zur Verfügung, der sich inzwischen langsam der 1.000-Milliarden-Euro-Marke nähert.

Somit finanzieren die Deutschen die Bezahlung für die von ihnen hergestellten und exportierten Waren selbst, ohne sicher sein zu können, den Betrag jemals wiederzusehen. Möglicherweise liegt hier auch eine Ursache dafür, daß die Deutschen in ihrer Lohnentwicklung nur wenig sehen von Deutschlands Rang als "Exportweltmeister". Sie bezahlen einen Gutteil ihrer Ausfuhrerlöse quasi selbst.

Schlimmer noch: Auch wenn ein reicher Grieche seine Milliarden nach Deutschland schafft, müssen die Deutschen das Geld per Bundesbank nach Griechenland erstatten: Wohlhabende Käufer aus den Euro-Südländern treiben hierzulande mit dem Geld nicht nur die Preise für Immobilien mit in die Höhe, sondern auch die Verbindlichkeiten ihrer Zentralbanken gegenüber der Bundesbank.

In letzter Zeit werden auch die Wertpapierkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) als weitere Triebkraft hinter dem rasanten Anstieg der Salden genannt. Grenzüberschreitende Anleihenverkäufe werden dabei direkt über das Target2-Zahlungssystem abgewickelt.

Um die Südländer vor der Pleite zu bewahren, kauft die EZB deren Staatsschulden von Investoren aus Euro-Krisenstaaten, die bisher die Staatsanleihen ihrer Länder als Anlage gehalten hatten.

Diese "herausgekauften" Anleger überweisen offenbar ihre Erlöse aus dem EZB-Kaufprogramm dann gern in den "sicheren Hafen" Deutschland.

Der Gesamtmix dieser Faktoren spiegelt sich immer stärker im Zahlungssystem der Eurozone wider. Allein die Verbindlichkeiten der Banca d'Italia, des größten Schuldners im Verrechnungssystem, sind bis März auf über 419 Milliarden Euro gestiegen. Binnen eines Monats war dies ein Zuwachs von mehr als 33 Milliarden Euro. Auch die Verbindlichkeiten der spanischen Zentralbank kletterten im März auf gut 374 Milliarden Euro. Die Notenbanken Griechenlands und Portugals stehen im Target2-System ebenfalls mit beachtlichen Beträgen in der

Kreide. Erhebliche Forderungen haben wiederum die Zentralbanken der Niederlande, Finnlands und Luxemburgs in ihren Büchern stehen. Mit ganz großem Abstand hat sich allerdings die Bundesbank zum größten Kreditgeber in der Euro-Zone entwickelt.

Angesichts der Regelbrüche im Zuge der bisherigen "Euro-Rettung" kann zumindest bezweifelt werden, daß diese ausstehenden Rechnungen jemals beglichen werden. Daher werden Experten langsam nervös. Bislang fordern aber nur einzelne Ökonomen und Politiker Änderungen beim Target-System oder eine Risikovorsorge.

Der Volkswirt Thomas Mayer bezeichnete es in einem Beitrag für die "Wirtschaftswoche" als denkbar, daß die Bundesbank Druck ausübt, "indem sie beispielsweise ihre Mitgliedschaft bei Target2 einfriert und den Interbankenzahlungsverkehr separat in einem System abwickelt, das zum Ausgleich der Salden zwingt".

Eine andere Möglichkeit wäre es, sich Sachwerte etwa in Form von Gold oder Staatsbesitz der Schuldnerländer übertragen zu lassen. Norwegen hat mit seinen Ölexporterlösen einen gewaltigen Staatsfonds aufgebaut. Warum tut dies nicht auch Deutschland mit Hilfe seiner Ausfuhrüberschüsse?

Die Goldreserven der Bundesbank etwa gehen auf die deutschen Exporterfolge der frühen Nachkriegsjahrzehnte zurück. Damals wurden die Exportüberschüsse im goldgedeckten Weltwährungssystem mit dem Edelmetall ausgeglichen - wobei zurzeit umstritten ist, ob dieses Gold wirklich vollständig vorhanden ist.

Heute indes ist die einzige Währung, welche die Deutschen für den gewaltigen Erlös ihrer Ausfuhren verlangen - Vertrauen. Vertrauen, das die Deutschen selbst gegenüber ihren Schuldnern aufbringen sollen. Dieses Vertrauen könnte auf Sand gebaut sein. Dann hätten die Deutschen für nahezu 1.000 Milliarden Euro quasi umsonst gearbeitet.<<

01.05.2017

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "The European" berichtet am 1. Mai 2017: >>ARD bezeichnet Weidel als "Nazi-Schlampe"

Kaum ist der nur mit großem Polizeiaufgebot möglich gewesene AfD-Parteitag vorüber, da versuchen ARD und ZDF erneut, alles in den Dreck zu ziehen, was mit der AfD zusammenhängt. Und die Methoden werden immer übler. Zuerst schlug "Monitor" zu, bevor "Extra 3" dann einen neuen Tiefpunkt der Hetze erreichte.

Nachdem viele gehofft hatten, die Alternative für Deutschland würde sich auf ihrem Parteitag am letzten Wochenende selbst zerlegen, verlief dieser dann aber letztlich doch recht gut. Die AfD wählte Alexander Gauland und Alice Weidel zum Spitzenteam für den Bundestagswahlkampf, und in der Demoskopie geht es wieder etwas nach oben. Nun ziehen die hegemonialen Mainstream-Medien erneut alle Register, um die Partei niederzuschreiben und schlechtzureden. Ein weiterer, trauriger Tiefpunkt wurde hierbei in der ARD erreicht.

Zuerst fing es bei "Monitor" an, dann ging es bei "Extra 3" direkt weiter: Hetze ohne Ende und das auf teilweise aller übelste Art. Ausdrücke wie "braune Suppe", "rechts", "Fremdenfeindlichkeit" fielen in Variationen immer und immer wieder.

Hier einige weitere Zitate: *"Ich würde auch nicht vor die Tür gehen, wenn ich weiß, daß der Meuthen da rumläuft", "brauner Rauch stieg auf", "Endsieg", "Rechtsradikale von der AfD", "es hat sich sehr viel geändert, zum Beispiel hat sich schon lange keiner mehr in seinen Bunker verkrochen und seinen Schäferhund vergiftet", "Sie sprechen die Partei mit dem Herzen an und wie ist das, wenn immer nur ein Arsch antwortet?", "es herrscht blanker Haß in der Partei", "bei Alice Weidel ist rechts kein Platz mehr frei" (soll heißen: weiter rechts geht es nicht mehr), "die AfD ist wie ein Teller Chicken Wings, da gibt es auch viele Flügel, aber solange alle braun sind, ist das in Ordnung".*

Alexander Gauland, der Grandseigneur der Partei, wurde als "brauner Hetzer" und "senil" tituliert. Und dann der Höhepunkt: Dr. Alice Weidel, seit langem Mitglied des Bundesvorstandes

der AfD, wurde als "Nazi-Schlampe" bezeichnet.

Ich hatte den Eindruck, das hört gar nicht mehr auf. Gefühlt ging das in beiden Sendungen zusammen mindestens 20 bis 30 Minuten, alleine bei "Extra 3" tatsächlich gestoppt über 13 Minuten non stop nur gegen die AfD, siehe ab Minute 23:22, und anschließend kam dann gleich Marine Le Pen auch noch dran.

Stigmatisierung und Diffamierung durch Konditionierung

Die Masche ist klar. Gewisse Kräfte in der Gesellschaft haben es durch jahrzehntelange Indoktrination geschafft, bestimmte Ausdrücke wie zum Beispiel "rechts" vollkommen zu diskreditieren. "Rechts" klingt inzwischen für die meisten negativ, was völlig ungewöhnlich ist, hat dieses Wort doch ursprünglich eine sehr positive Bedeutung von "den rechten Weg finden", "rechtschaffen", "Rechtsstaat", "Recht und Ordnung" usw. "Rechts" ist eigentlich eng verwandt mit "richtig" im Gegensatz zu "links", das an linkisch (ungeschickt, plump), an "falsch" im Sinne von hintertrieben erinnert usw.

Der Stigmatisierungs- und Diffamierungs-Trick funktioniert wie folgt: Man arbeitet zunächst daran, einen Ausdruck, hier "rechts" über Jahrzehnte hin extrem negativ zu konnotieren, am besten mit schrecklichen Bildern - die meisten denken bei "rechts" heute an Hitler und den Holocaust, also die allerschlimmsten Verbrechen. Sie denken nicht an Freiheitsliebe, was in Wahrheit viel mehr mit rechts zu tun hat. Und diese negativen Assoziation werden immer und immer wieder heraufbeschworen.

Die Steigerung von "rechts" ist zunächst "rechtsgerichtet", dann "rechtsradikal" und der Superlativ der Stigmatisierung ist schließlich "Rassist" oder "Nazi". Schafft man es, jemanden als Rassist oder Nazi abzustempeln, ist er verloren. Kein Mensch hört ihm dann noch unvoreingenommen zu. Ja, so kann man Leute regelrecht zerstören.

Und genau das ist von den Akteuren, die so operieren, auch gewollt. Denn schafft man es, ein Etikett "Nazi" auf eine Flasche Wein, hier die AfD zu kleben, so wollen 80 bis 90 Prozent diesen Wein nicht mehr trinken, weigern sich strikt, die Flasche zu öffnen und auch nur einen Schluck zu probieren, egal wie der Wein in der Flasche tatsächlich schmeckt. Ihnen reicht der Anblick des Etiketts, das in ihnen ein Übelkeits-Empfinden und Angst-Gefühle evoziert, um diese auf den Wein in der Flasche zu übertragen. Sie sind dann absolut unfähig, sich davon nochmal zu lösen. Die Übertragung und Kopplung ist wie bei Pawlows Hund kaum rückgängig zu machen.

Das Etikett ist dann erfolgreich verpaßt. Die Assoziationen laufen unterhalb der Bewußtseins-Ebene: *rechts - rechtsradikal - braun - braune Suppe - eklig - Nazi - AfD - widerwärtige Partei - nicht wählbar - muß bekämpft werden - muß vernichtet werden - mit allen Mitteln - Hitler hat man damals nicht gekriegt, leider! - aber jetzt! - die sind fällig - wenn wir die jetzt leiden lassen und fertig machen, richtig fertig, dann können wir vielleicht die nie gesühnte Schuld von damals doch noch abtragen ...*

Es ging niemals wirklich um Höcke

Was gestern auffiel und das scheint mir sehr aufschlußreich zu sein: Nachdem Höcke sich selbst aus dem Schußfeld genommen hat, indem der dem Parteitag vollkommen fern blieb - das Maritim-Hotel hatte ihm wohl sogar Hausverbot erteilt -, schoß man nun gegen andere: Meuthen, Gauland und auch Weidel. Alle wurden niedergemacht. Alle!

Das ist ein Beleg für die Vermutung: Es geht und ging in Wahrheit niemals um Höcke. Wenn der weg wäre, würde man sich sofort den nächsten aussuchen und dann den gezielt abschießen. Dann den übernächsten und überübernächsten und immer so weiter. Sollten die AfD-ler auf diesen Trick reinfallen, dann müssen sie wohl damit rechnen, daß dies niemals aufhören wird. Denn sobald deren zahlreichen Feinde merken, daß sie mit dieser Strategie Erfolg haben, die eine völlig gängige Kriegsführungs-Praxis darstellt - immer einen am Rand abzuschießen und wenn der gefallen ist, den nächsten -, dann werden sie damit immer weiterma-

chen. Und das wird niemals enden.

Einzig sinnvolle Gegenstrategie: Geschlossenheit

Wenn die AfD gut beraten ist, dann sollte sie also nicht auf all die Schlaumeier hören, die von strategischem Denken meist so viel Ahnung haben wie eine Kuh von der Käseherstellung und die meinen, wenn man Höcke und einige andere opfere, dann werde das aufhören, dann wäre man plötzlich ganz lieb zur AfD, die Diffamierungen hörten dann auf, man würde dann endlich fair berichten und die "bürgerliche Mitte" wählte dann plötzlich in Scharen die AfD. Gegen dieses gezielte Abschießen Einzelner am Rande, welcher sich dadurch natürlich immer weiter verschiebt, wird es nur eine sinnvolle Gegenstrategie geben: alles abprallen lassen. Absolute Geschlossenheit.

Man sollte sich innerhalb der Partei klar machen: die am Rand gehören dazu und schützen die anderen. Also müssen diese ihnen Rückendeckung geben, auch wenn sie eine andere Position haben als jene. Das gehört nun mal zu einer Partei dazu, die ein gewisses Spektrum abdecken will. Und wenn die AfD eine Volkspartei werden oder sein will - das Zeug dazu hat sie allemal -, dann muß sie genau das aushalten.

Wichtig wird sein, daß alle eine gemeinsame Basis haben und bei aller Unterschiedlichkeit für den gemeinsamen Erfolg kämpfen. Die sachlichen und auch menschlichen Differenzen gilt es auszuhalten und auf faire Art und Weise auszutragen. Nach außen aber wird nur Geschlossenheit helfen können gegen diese massiven Diffamierungen und böartigen, niveaulosen Attacken unterhalb sämtlicher Gürtellinien.

Ausblick

Die Gegner dieser Partei, die auf absehbare Zeit viel mächtiger sind und nicht nur die Medien vollkommen unter ihrer Kontrolle haben, werden alles versuchen, die AfD auseinander zu dividieren. Dabei werden sie insbesondere immer wieder versuchen, einzelne Leute rauszuschießen. Läßt die AfD sich darauf ein, wird das niemals aufhören. Denn hat der Gegner erstmal Blut geleckt, wird er das immer weiter treiben. Jetzt sind schon Meuthen und Weidel dran. Wer hätte das vor einigen Wochen oder Monaten gedacht?

Vielleicht ein kleiner Trost für die AfD und ihre Anhänger: Auf lange Sicht setzt sich die Wahrheit fast immer durch. Manchmal dauert es nur schrecklich lange. Das antidemokratische, faschistoide Parteien-Kartell wird sich auf Dauer nicht durchsetzen. Die Leute sind zwar meist ein bißchen blöd, die meisten aber nicht völlig. Immer mehr werden merken, was hier abläuft. Die Parole der AfD könnte also lauten: durchhalten und strategisch denken. Das wird ein langer Kampf, der aber durchaus zu gewinnen ist.<<

11.05.2017

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Mai 2017: >>Merkel besichtigt Zuwanderer: "Gut Ding will Weile haben."

Die Kanzlerin geht auf Tuchfühlung mit dem Volk - wie sie es definiert. Am Mittwochvormittag besuchte Angela Merkel eine Einrichtung in Stralsund, in der Migranten Sprachkurse erhalten. Ein denkwürdiger Auftritt ...

Aufregung im Integrationsprojekt Grünhufe in Stralsund: Am Mittwochvormittag steht die Open-Border-Kanzlerin plötzlich persönlich vor der Tür!

"Hast Du da Gel drin?" fragt Merkel einen irritierten Jungen vor dem Eingangsbereich. "Ja, Gel", erwidert der Bub der kinderlosen Kanzlerin, die mit einer Armlänge Abstand dessen Schopf betastet. Wieder was dazugelernt!

Das Mimen von Herzlichkeit und Wärme sind für Merkel bekanntlich Herkulesaufgaben. Gewohnt verkrampft geht es also drinnen weiter. Bei Kaffee und Kuchen erkundigt sich die CDU-Frau über den Kenntnisstand der deutschen Sprache. "Deutsch ist keine einfache Fremdsprache, das wissen wir", gesteht sie aus eigener Erfahrung sprechend. "Aber wenn man übt, wird es schon was."

Merkel verpaßt es nicht, den Anwesenden noch besonders wichtige Tips für das Leben in der deutschen Gesellschaft mitzuteilen. So erklärt sie u.a. endlich den Unterschied zwischen einem Bürgermeister und einem "Ooobürgermeister".

"Wir haben ein Sprichwort", plaudert sie mit dem Charisma eines erstarrten Komiker-Leichnams auf einer Bühne stehend. "Ich weiß nicht, ob Sie das verstehen, aber einige verstehen es." Gut zu wissen. Nach einer kurzen Kunstpause geht es weiter: "Gut - Ding - will - Weile - haben." Sie erläutert: "Das heißt, es dauert 'ne Weile. Und, ähm, danach kann man sagen, wird es dann aber irgendwann auch was."

Besser wär's... Wegen des Ausmaßes von Ausländerkriminalität, hat das Bundeskriminalamt in seinem diesjährigen Kriminalstatistikbericht schon eigens die neue Unterkategorie "Zuwanderer" geschaffen (konkret gemeint: "tatverdächtige Personen mit Aufenthaltsstatus 'Asylbewerber', 'Duldung', 'Kontingentflüchtling/Bürgerkriegsflüchtling' und unerlaubt").

Von solchen Belanglosigkeiten ließ sich Merkel aber nicht den Vormittag vermiesen. Nach der Stippvisite gab es noch ausreichend Gelegenheit für Selfies. Falls der Familiennachzug nicht schnell genug in Schwung kommt? ...

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern im September letzten Jahres zog die AfD an der CDU vorbei. Die Parteichefin erklärte danach, nicht von ihrer Flüchtlingspolitik abweichen zu wollen. Nach dem angenehmen Vormittag im Haus Grünhufe dürfte sie sich erst Recht fragen: Warum auch?<<

12.05.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Mai 2017 (x887/...): >>Die Zeit der Wahrheit

Ausgerechnet der "Europäer" Macron wird das EU-Gebälk zum Zittern bringen

Das Aufatmen in Berlin wird nicht lange anhalten. Macron muß die Deutschen mit maßlosen Forderungen konfrontieren.

Das gesamte politische Establishment in Paris wie in Berlin und bei der EU hat sich parteiübergreifend hinter den siegreichen Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron gestellt. Das macht eine grundlegende Veränderung in der politischen Landschaft Europas sichtbar.

Hier wurde die Zerstörung des seit dem Weltkrieg geltenden politischen Koordinatensystems offenkundig. Das alte Trio Konservativ-Liberal-Sozialdemokratisch verschwindet.

Daher trug die "Macron-Begeisterung" der Etablierten denn auch sichtlich Züge der Verzweiflung. Sie erschien wie das letzte Aufbäumen eines Kartells, das bislang alles unter sich aufteilen konnte und nun erleben muß, wie neue Kräfte und Konstellationen mit Wucht in die Gefilde der bislang sicher geglaubten Macht eindringen. Es ist noch mal "gut gegangen", aber für wie lange noch?

Macrons Präsidentschaft steckt von Beginn an zwischen Baum und Borke. Und er wird seine deutschen Partner in eine ähnlich prekäre Lage manövrieren - ja, aus Selbsterhaltungstrieb sogar manövrieren müssen.

Der Neue im Elysée hat "Reformen" angekündigt, die im Vergleich zu jenen Gerhard Schröders bestenfalls als homöopathisch zu bezeichnen sind. Doch selbst dafür schlug ihm schon am Tag nach der Wahl der erbitterte Widerstand einer radikalen Linken entgegen, die sich nach den fast 20 Prozent ihres Kandidaten beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zu Recht stark fühlt.

Als Zuckerstück für die reformunwilligen Franzosen betreibt Macron die Vergemeinschaftung der Schulden der EU-Staaten und fordert ein EU-Finanzministerium sowie eine gemeinsame EU-Arbeitslosenversicherung. Das heißt: Vor allem die Deutschen sollen dafür zahlen, daß in Frankreich mit seiner 35-Stunden-Woche, seinem Sozialstaat, seiner Schuldenpolitik und seiner vergleichsweise weniger wettbewerbsfähigen Wirtschaft möglichst wenig verändert werden muß.

Die derart zur Kasse gebetenen Deutschen werden ihre Politik bald fragen, warum sie die Last der Hartz-Reformen ertragen und dem Wegschmelzen ihrer Ersparnisse zugunsten der Staatskasse per Nullzins zugesehen haben, wenn die Früchte ihrer Entbehrungen nun über den Rhein getragen werden. Der Appell an ihre "europäische Solidarität" muß da wie Hohn klingen, der Hinweis, sie profitierten ja in Wahrheit am meisten, wie eine dreiste Lüge.

Die Politik der Einheitswährung und der sinnlosen "Umverteilung" in Europa, die erst zu dem heftigen Aufeinanderprallen der so unterschiedlichen Volkswirtschaften geführt hat, ächzt immer vernehmlicher unter den eigenen Widersprüchen. Der "Europäer" Macron könnte es sein, der das morsche Gebälk an seine Belastungsgrenze führt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>**Rückkehr der Seuchen**

Asylsucher schleppen häufig Antibiotika-resistente Krankheitserreger ein

In letzter Zeit häufen sich die Meldungen über gefährliche "Superbakterien" sowie "Killerkeime". Und tatsächlich besteht hier eine Bedrohung - sogar in doppelter Hinsicht. Zum einen, weil nun längst überwunden geglaubte Seuchen zurückkehren, zum anderen wegen der zunehmenden Resistenz der Erreger.

Vermeintlich "mittelalterliche" Krankheiten wie Pest oder Lepra starben nie völlig aus. Die Bakterien überlebten in vielen entlegenen Regionen der Welt und sorgten dort permanent für weitere Infektionen. Im Falle des "Schwarzen Todes" resultierte dies daraus, daß immerhin 200 Säugetier- und 80 Floh-Arten Träger des Pest-Bazillus (*Yersinia pestis*) sind. Das blieb lange ein lokales Problem, bis sich dann durch Globalisierung, Tourismus sowie Migrationsbewegungen neue und bessere Ausbreitungsmöglichkeiten ergaben.

So grassiert die Pest derzeit in Madagaskar und könnte von dort aus schnell per Linienflugzeug nach Europa gelangen. Ebenso präsent ist der "Schwarze Tod" in Zentralafrika, Südost- und Mittelasien sowie einigen westlichen Bundesstaaten der USA, wo regelmäßig Menschen erkranken, darunter auch Urlauber.

Die aktuell größte Gefahr geht aber von den Asylsuchern und Bürgerkriegsflüchtlingen aus, die in Massen nach Europa strömen. In Deutschland werden die Neuankömmlinge zwar grundsätzlich bei der Erstaufnahme auf meldepflichtige Krankheiten untersucht, aber zahlreiche tauchen vor ihrer Registrierung ab. Obwohl sie nun allerlei ansteckende Leiden behandeln müssen, die bisher bloß in ihren Lehrbüchern vorkamen, spielen manche Mediziner das Problem auf ignorante Weise herunter. Man verfüge doch hierzulande über ein hervorragendes Gesundheitssystem und hochwirksame Medikamente, argumentieren sie.

Dabei könnte sich zumindest letzteres sehr bald ändern, denn die Asylsucher bringen nicht nur altbekannte Keime mit, sondern auch erst kürzlich entdeckte Mikroben wie Carbapenem-resistente Enterobakterien (CRE). Gegen die hilft teilweise nicht ein einziges der derzeit verfügbaren Antibiotika, und sie sind zudem noch leicht von Mensch zu Mensch übertragbar. Einige dieser Superkeime stammen aus den Abwässern asiatischer Pharmafabriken, wie kürzlich durch Recherchen deutscher Medien aufgedeckt wurde. Andere wiederum finden sich vor allem in Nordafrika und auf dem Balkan.

Solche Erreger lauern dann im Organismus der Asylbewerber, die auf diesem Wege nach Deutschland gelangen. Das zeigen unter anderem Untersuchungen des Instituts für Medizinische Mikrobiologie der Universität Frankfurt am Main. In 61 Prozent der analysierten Proben von Asylsuchern aus Somalia, Syrien und Afghanistan entdeckten die Wissenschaftler multi-resistente Bakterien - eine Quote, die sehr viel höher liegt als bei Menschen, "die schon länger hier leben."

Hauptursache für das häufige Vorkommen solcher Keime bei Zuwanderern ist die falsche medizinische Behandlung im Herkunftsland. Oft werden dort nämlich billige, aber ungeeignete Antibiotika verabreicht, oder man bricht die Behandlung zu zeitig ab. Die Einschleppung mul-

tiresistenter Erreger könnte zu einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes führen, wenn auch so lebensgefährliche Mikroben wie das Pestbakterium immun gegen Antibiotika werden würden.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>**Schluß mit Muhammad!**

China verbietet muslimische Namen in Unruheprovinz Xinjiang

Die chinesischen Behörden haben eine Liste mit zwei Dutzend muslimischen Vornamen mit einer separatistischen und extremistischen Nebenbedeutung aufgestellt, die ab sofort nicht mehr vergeben werden dürfen. Darunter sind Namen wie Muhammad, Arafat und Dschihad, aber auch Islam, Koran, Mekka, Imam, Saddam, Haddsch und Medina gehören dazu. Grund ist der Kampf gegen Extremismus. Betroffen sind vor allem Einwohner des westlichen Gebietes Xinjiang, in dem überwiegend Muslime leben, und wo es in der Vergangenheit vermehrt zu terroristischen Übergriffen gekommen war.

Namen sind im Orient immer von religiöser Bedeutung. Wer zum Islam übertreten will, benötigt einen neuen islamischen Namen. Das Verbot der am meisten bekannten muslimischen Namen soll den "religiösen Eifer" in der Unruheprovinz bremsen.

China hatte in den vergangenen Monaten bereits mehrere Erlasse gegen die muslimische Minderheit umgesetzt: So dürfen Frauen, die einen Gesichtsschleier tragen, keine Bahnhöfe und Flughäfen mehr betreten. Männer mit langen Bärten dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen. Selbst religiöse Beerdigungs- und Hochzeitszeremonien und Hinweise auf muslimische Symbole wie Stern oder Halbmond sind den Uiguren von der Kommunistischen Partei verboten worden.

"Menschen mit verbotenen muslimischen Namen werden in Zukunft keine Anmeldung mehr am Wohnsitz bekommen", sagte ein Polizeibeamter. Kinder ohne Anmeldung bekommen keinen Zugang zur Ausbildung, zum Gesundheits- und Sozialschutz, so der Beamte. In Xinjiang leben mehrheitlich turksprachige Uiguren (60 Prozent) und nur 40 Prozent ethnische Chinesen. Viele Uiguren und Menschenrechtsorganisationen klagen über staatliche Unterdrückung. Andererseits galt für die Uiguren das "Ein Kind Gesetz" lange Zeit nicht.

In Xinjiang kämpfen islamistische Radikale für den unabhängigen Staat "Östliches Turkestan". Seit 1990 starben Hunderte Menschen bei terroristischen Anschlägen wegen Xinjians Konfrontation mit Peking. Der schlimmste Anschlag fand vor zwei Jahren in einem buddhistischen Schrein in Bangkok in Thailand statt.

Die chinesische Regierung betrachtet Xinjiang als eine Brutstätte des islamischen Extremismus, der Gewalt und separatistischer Bestrebungen. Zugewanderte Chinesen aus dem Kernland, die sich auch äußerlich stark von den Uiguren unterscheiden, pflegen zudem einen ausgeprägten Rassismus. Viele Uiguren machen die staatlichen Beschränkungen der Religion und der Meinungsfreiheit für die Spannungen in der Region verantwortlich.

Die Regierung hat in Gesetzen 15 religiöse Verhaltensweisen aufgelistet, die angeblich die säkulare Ordnung stören. Eltern werden verpflichtet, ihre Kinder künftig an staatlichen Schulen anzumelden, islamische Schulen sind nicht mehr erlaubt. Und Zugang zu den Moscheen erhalten Muslime erst ab dem 18. Lebensjahr.

Die durch Terror gekennzeichnete weltweite islamische Wiedergeburt hat längst auch das größte Land der Erde erfaßt. Die kommunistische Partei versucht jedoch, das Übel des Terrors mit den Methoden der Kulturrevolution auszumerzen. Ob das gut geht, darf bezweifelt werden. Der IS, der längst auch in China seine Netze hat, hat bereits angekündigt, daß in "China bald ein Blutstrom strömen wird".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>**Wir sind selbst schuld**

von *Eva Herman*

Es sieht leider nicht danach aus, als ob die Politiker der EU und Deutschlands die Einwanderungskatastrophe, die derzeit Europa heimsucht, je in den Griff bekommen werden. Es ist gar nicht möglich, wenn sie so weitermachen. Wir sprechen mittlerweile von möglicherweise hunderten Millionen Menschen, die bereits auf gepackten Koffern sitzen. Wie es aussieht, scheint dieses Szenario offenbar einkalkuliert zu werden. Was das bedeuten würde, weiß jeder von uns. Zwar wiederholt die deutsche Kanzlerin seit dem EU-Gipfel im Dezember 2016 gebetsmühlenartig das inzwischen nur noch propagandistisch wirkende Mantra: Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen, doch handeln tut sie nicht danach, außer ein paar Millionen Fördergeldern, die in die afrikanischen Länder gepumpt werden für den Aufbau einiger Flüchtlingscamps und weiterer Maßnahmen. Schrecklich zynisch!

"Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen", sagt also Merkel jetzt. Das wäre tatsächlich der richtige Weg. Denn seien wir ehrlich: Haben wir uns nicht längst mehr als genug versündigt gegen die heutigen Fluchtländer, durch NATO-Angriffskriege und finanzwirtschaftliche Ausbeutung?

Gib einem Hungernden nicht einen Fisch. Schenk ihm deine Angel. So lautet ein Sprichwort, das eine erfrischende Überlebenslogik enthält. Nehmen wir den afrikanischen Kontinent, der derzeit schwer beladen ist. Die von globalistischer Gier geleiteten Regierungen und Machtkartelle haben den Kontinent ausgeplündert, er blutet aus:

Die Rohstoffe, die seine Erde birgt, gehören ihnen, die Völker Afrikas darben vor sich hin - die Bevölkerung explodiert. Hungersnöte, soweit das Auge reicht: Not, Elend, Schmerzen, Todesqualen, Millionen sind es, Kinder, Alte, Frauen und Männer - während der zivilisierte Europäer des Abends im Polstersessel, mit dem Rotweinglas in der Hand, den Hungernden in Afrika großzügig 20 Euro spendet.

So sprachen die Vereinten Nationen jetzt, angesichts der Hungersnot in Somalia, von der größten humanitären Krise nach dem Zweiten Weltkrieg. Etwa sechs Millionen Menschen brauchen dort dringend Lebensmittel. Doch auch im Südsudan, Nigeria und im Jemen, der durch eine vom Westen unterstützte Militärintervention inzwischen nahezu brachliegt, verschärfen sich die Hungerkrisen stetig.

Und so beklagen sich die Vereinten Nationen darüber, daß in vielen Flüchtlingslagern die Nahrungsmittelhilfe sogar gekürzt werden mußte. Wie bitte? Gekürzt? Warum denn das? Weil das Geld nicht ausreicht? Genau so sieht es aus. Es trifft die Ärmsten der Armen, denen letztlich doch nichts anderes übrig bleibt, als zu fliehen. So, wie es im Frühjahr 2015 geschah, als die winzige Überlebenssumme für Flüchtlinge von etwas über 30 Dollar im Monat auf unter die Hälfte gekürzt wurde: zum Sterben zu viel, doch zum Leben zu wenig. Millionen traten den Weg nach Europa an, und die Verantwortlichen wußten es genau.

Die Welt steht nun vor der größten humanitären Katastrophe seit 1945. Mit diesem dramatischen Appell hatte sich der Nothilfe Koordinator der Vereinten Nationen, Stephen O'Brien, vergangene Woche an die internationale Gemeinschaft gewandt. Rund 20 Millionen Menschen in den vier Krisenstaaten Somalia, Südsudan, Nigeria und Jemen drohe der Hungertod. Die UN benötigen bis Mitte dieses Jahres 4,4 Milliarden Dollar, um das Schlimmste zu verhindern.

Ansonsten werden die Menschen dort schlicht und einfach den Hungertod sterben. So heißt es ganz offiziell. Wir wiederholen: 4,4 Milliarden Euro! Wir merken uns diesen Betrag, mit dem laut den UN das Leben von zirka 20 Millionen Menschen gerettet werden könnte.

Und nun schalten wir um nach Deutschland. Hier lesen wir Anfang des Jahres 2017 in der Presse, Deutschland habe 2016 bislang etwa 22 Milliarden Euro für die Bewältigung der sogenannten Flüchtlingskrise ausgegeben. Doch dabei werde es natürlich nicht bleiben. Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Asylsucher würden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 sogar knapp

50 Milliarden Euro kosten. Pro Jahr, versteht sich.

Bernd Raffelhüschen, Professor für Finanzwissenschaft und Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, rechnet gar mit 75 Milliarden pro Jahr. Das alles bei nur einer Million Immigranten (was ja längst um mindestens das Doppelte überschritten ist).

Der Finanzwissenschaftler hat berechnet, "daß eine Million Flüchtlinge den deutschen Staat per saldo und auf die Dauer 450 Milliarden Euro kosten würden, also 450.000 Euro pro Kopf". Bei seiner Rechnung unterstellt er, daß sie nach sechs Jahren so integriert sein würden, "wie es die bislang schon in Deutschland anwesenden Altmigranten im Durchschnitt sind". Somit ergeben sich 75 Milliarden Euro pro Jahr - bei nur einer Million Asylsuchern. Im Vergleich zu den Gesamtausgaben des Haushaltsplanes 2015 von 299,1 Milliarden Euro ist das ein Viertel aller Staatsausgaben - 25,07 Prozent.

Wir sollten jedoch gleich realistisch rechnen, denn, wie erwähnt, sind seit 2015 nicht eine Million, sondern inzwischen, offiziell, mindestens zwei Millionen Einwanderer nach Deutschland gekommen. Die Dunkelziffer indes dürfte weitaus höher liegen, alleine die hohe Zahl der Illegalen fällt bei all den Statistiken unter den Tisch. Zentral erhoben werden schließlich nur die gestellten Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Dunkelziffer der eingewanderten Sozialbetrüger, die bis zu zwölf Mal unter jeweils anderer Identität in unterschiedlichen Gemeinden Deutschlands sich haben Sozialbeiträge auszahlen lassen, rechnen wir hier jetzt auch nicht mit ein.

Viele andere Kosten, die in den hier vorliegenden Statistiken nicht mit aufgeführt werden, die beispielsweise mit der extrem hohen Kriminalitätsrate in Zusammenhang stehen, lassen wir ebenfalls außer Acht. Wir multiplizieren die von Raffelhüschen errechneten 75 Milliarden Euro pro Jahr mit zwei (Millionen Asylsucher). Das macht mindestens 150 Milliarden Euro pro Jahr, die Deutschland aufbringen muß für die sogenannte Flüchtlingskrise.

Nun schauen wir noch einmal zurück zu dem jüngst von den Vereinten Nationen veröffentlichten Hilferuf: Die UN benötigen bis Mitte 2017 ganze 4,4 Milliarden Dollar, um das Schlimmste zu verhindern. "Ansonsten werden 20 Millionen Menschen dort schlicht und einfach den Hungertod sterben." Doch, so die "Tagesschau", "das nötige Geld kommt nicht zusammen". Im laufenden Jahr haben die UN gerade mal sieben Prozent der geforderten Spenden erhalten.

"In einer Verteilstation in einem entlegenen Dorf in Somaliland kam es zu Tumulten unter den hungrigen und durstigen Menschen. Weil sie wußten, daß die Reissäcke nicht für alle ausreichen werden. Weil viele von ihnen ein krankes, manche sogar ein sterbendes Kind in den Armen hielten." Im Jemen warnen Hilfsorganisationen vor einer Katastrophe "biblischen Ausmaßes". Diese drohe spätestens, sollte Saudi-Arabien mit Hilfe der USA die Hafenstadt Hudaida erobern.

Was machen wir hier nur? Wo sind Verstand, Logik und Herz geblieben? Können Sie eigentlich noch ruhig schlafen?<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>**Liebet eure Feinde - aber bitte nicht die AfD**

Mit unversöhnlichem Haß reagieren die Kirchenoberen auf die neue Partei, dabei findet sie gerade unter Christen viele Anhänger

Der evangelische Kirchentag in Berlin und Wittenberg vom 24. bis 28. Mai ist keine Ausnahme: Die Vertreter der AfD werden weitgehend ausgegrenzt, die Partei als unchristlich verdammt. Nichts könnte falscher sein.

Jeder Event, jedes Festival hat seinen Star. Der Deutsche Evangelische Kirchentag auch. 2003, beim ökumenischen Großtreffen in Berlin, war es der Dalai Lama. In diesem Jahr, wieder in der Bundeshauptstadt und mitten im Luther-Gedenken, wird Barack Obama der Publi-

kumsmagnet sein. Der ehemalige US-Präsident, Mitglied der United Church of Christ, will am 25. Mai am Brandenburger Tor mit Bundeskanzlerin Angela Merkel diskutieren. Das eher profane Thema: "Engagiert Demokratie gestalten - Zuhause und in der Welt Verantwortung übernehmen."

Das kommt längst nicht bei allen gut an. "Reine Politshow", sagt der ZDF-Moderator und evangelikale Bestsellerautor Peter Hahne: "Warum spricht Obama nicht mit jungen Christen über Jesus, Glauben, Bibel, Luther?" Die Antwort, das weiß der ehemalige EKD-Synodale Hahne nur zu gut, liegt auf der Hand: Weil sich in der zerklüfteten Kirche der Reformation weithin Sprachlosigkeit in Glaubensdingen ausgebreitet hat. Politik sticht Theologie aus.

Wie sagte der damalige Ratsvorsitzende Manfred Kock 1998 auf der Synode im westfälischen Münster: "Wir trauen der christlichen Botschaft nicht zu, die Ohren und Herzen der Zeitgenossen zu erreichen und stürzen uns deshalb auf die aktuellen Fragen, von denen in der Öffentlichkeit die Rede ist." Es sei ein Irrglaube anzunehmen, die Kirche würde dadurch mehr Aufmerksamkeit erreichen.

Das sieht, von eher liberaler Warte her, Friedrich Wilhelm Graf ähnlich. Graf ist emeritierter evangelischer Theologieprofessor. Er hat über Jahrzehnte das öffentliche Gebaren von "Gottes Bodenpersonal" verfolgt. Seine Beobachtungen faßte er in einem Katalog von "Kardinal-Untugenden" protestantischer und auch katholischer Amtsträger zusammen. Graf rügte den "autoritären, oft auch besserwisserischen Habitus, mit dem manche Bischöfe in den öffentlichen politischen Streit intervenieren".

Als sein schmales Bändchen "Kirchendämmerung" 2011 erschien, war noch nicht von der AfD die Rede. Doch läßt sich mit Grafs Befund haargenau die Selbstherrlichkeit belegen, mit der Repräsentanten der Amtskirchen der noch relativ jungen Partei begeben.

Zum 36. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin und Wittenberg, einem Großereignis im Luther-Jahr unter dem etwas schlichten Motto "Du siehst mich", bei dem etablierte Parteien in Gruppenstärke Schau laufen, hat man halbherzig und erst nach einigen verbalen Verrenkungen eine (!) AfD-Vertreterin zu einem Streitgespräch mit dem Berliner Bischof Markus Dröge eingeladen: Anette Schultner, Sprecherin der Bundesvereinigung "Christen in der AfD".

Selbst gegen diese Mini-Vertretung regte sich Widerstand. Die Kirchentagsleitung wurde massenhaft mit Petitionen eingedeckt, die Zulassung wieder zurückzunehmen. Immerhin: Es bleibt dabei. Die Dame wird es freilich nicht leicht haben. Der geplante Disput ist Teil des, man staune, Schwerpunktprogramms "Reiz und Risiko von Verschwörungstheorien" und "Wiederkehr des völkischen Denkens".

Wie immer man zu dieser kleinen Lösung stehen mag: Die Protestanten machen etwas, was die katholischen Geschwister, genauer: die Leitung des 100. Deutschen Katholikentages 2016 in Leipzig abgelehnt hatte. Der kategorische Ausschluß der AfD von den Podien dieses Laientreffens wurde in der öffentlichen Wahrnehmung zur eigentlichen Botschaft aus der Messestadt an der Pleiße. Es hatte durchaus Warnungen vor einer "Ausschließeritis" gegeben. Durchgesetzt hat sich aber dann das (was für ein martialisches Wort) Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).

Dabei war man, und das gilt für beide Konfessionen, stets stolz auf die "gesellschaftlichen Labore", wie die großen Christentreffen genannt wurden. Es konnten neue, auch unbequeme, radikale Positionen diskutiert werden. In Leipzig hingegen blieben die Menschen mit der politisch korrekten Gesinnung unter sich. Das ging selbst dem Chef der Katholischen Nachrichten-Agentur, Ludwig Ring-Eifel gegen den Strich. Zweifelnd fragte er in seinem Kommentar "Ob das eine freie Gesellschaft weiterbringt?"

Der schroffe Umgang der ZdK-Spitze mit der AfD hat einen sachlichen Diskurs über die Flüchtlingsfrage verhindert. Beide Seiten verhedderten sich in Polemik. Von AfD-Seite wurde

die Kirche als "Asylindustrieverband", der das Gespräch mit der Partei wegen der Angst vor "Geschäftsschädigung" ablehne, geschmäht. Die Bischofskonferenz antwortete: "Gequatsche". Und während des jüngsten Bundesparteitages der AfD in Köln lud die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) zu Veranstaltungen unter dem anzüglichlichen Motto "Unser Kreuz hat keine Haken" ein. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" kommentierte: "Kirchen sind weder Verfassungsschutz noch politische Parteien noch öffentliche Hygieneanstalten."

Das begreift die Basis besser als die Spitze: Es geht ein Riß durch die Kirchen. Die Herde folgt nicht unbedingt ihren Hirten. 15 Prozent der Katholiken würden der AfD ihre Stimme geben, hat das Erfurter Meinungsforschungsinstitut Insa herausgefunden. Am Umgang mit dem Asylproblem scheiden sich die Geister.

Vielen als konservativ bezeichneten Christen stößt bitter auf, daß Kirchenleiter, was die Aufnahme von Asylbewerbern und Zuwanderern angeht, keinen Unterschied zwischen den Religionen und Konfessionen machen. "Sind wir schon soweit, daß wir aus Gründen der Politischen Korrektheit die Mahnung des Apostels Paulus vergessen haben?", meldete sich im Internet ein katholischer Philosophieprofessor zu Wort. "Helft zuerst Euren Brüdern", lautet die Forderung des Apostels.

Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry, eine Protestantin, hat Anfang des Jahres in einem Streitgespräch mit dem rheinischen Präses Manfred Rakowski den Kirchen vorgehalten: "Wer für unsere Situation das Gleichnis vom barmherzigen Samariter heranzieht, vergewaltigt biblisches Wissen." Der Kirche gehe das Bewußtsein dafür verloren, daß Barmherzigkeit und Toleranz gegenüber Fremden nur möglich seien, wenn der Rechtsstaat funktioniere, also kein "Staatsversagen" vorliege.

Die EKD schwingt die Keule gegen jeden, der Barmherzigkeit anders buchstabiert als die Apologeten einer naiven "Willkommenskultur". In Einzelfällen mag das berechtigt sein. Wenn allerdings Kritik an der Zuwanderung und der Ruf nach einer "Willkommenskultur für einheimischen Nachwuchs" pauschal als unchristlich verdammt werden, überdehnt die Kirche das von ihr reklamierte gesellschaftliche Wächteramt.

Vor dem Kirchentag in Berlin und in der Lutherstadt Wittenberg lohnt sich ein Blick auf die politische Szene in Sachsen-Anhalt. Gottfried Backhaus ist Landtagsabgeordneter und Gründungsmitglied der "Christen in der AfD". Die Kirchen, sagt er, agierten wie rot-grüne Arbeitskreise, sie grenzten Andersdenkende in ihren Gemeinden aus: "Man will gar nicht reden. Mir ist fast die Zeit zu schade, immer und immer wieder den Austausch zu suchen." Dabei ist seine Partei diejenige, die in jüngster Zeit "klare Kante" in ethischen Fragen gezeigt hat.

Man muß sie ja nicht mögen, aber man sollte nicht darüber hinweg sehen: Entschiedener als andere, etwa SPD, Grüne und FDP, die selbstverständlich bei Kirchentagen gern gesehen sind, hat sich die AfD klar für den Lebensschutz eingesetzt. Sie bekennt sich zur Ehe als einer Verbindung von Mann und Frau, offen für Kinder. Sie tritt der - von der EKD gepflegten - modernistischen Gender-Ideologie, für die vor Jahren im hessischen Gelnhausen ein eigenes Studienzentrum eingerichtet worden war, entgegen.

Zum Christentreffen in Berlin und Wittenberg hat die von Bischof Dröge geleitete Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz ein besonderes Event geplant: eine "Trauung für alle". Auf der Facebookseite des Kirchentages beschrieb eine Teilnehmerin ihre Erwartungen: "Ich freue mich besonders auf die Trauung homosexueller Paare." Ein anderer Forumsteilnehmer konterte kurz und knapp: "Abscheulich, was dieser 'Kirchentag' hier veranstaltet." <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>Inquisition

Erschütterndes hat sich im französischen Illkirch, Standort des unter Terrorverdacht stehenden Bundeswehroffiziers Franco A., ereignet, wurden in der Kaserne doch "Hinweise auf rechtes

und völkisches Gedankengut" gefunden, wie die Bundeswehr mitteilte. Konkret geht es um ein Gewehrgehäuse, in das ein Hakenkreuz eingeritzt ist.

So etwas zu tun, ist zweifellos dumm und geschmacklos, aber nicht unbedingt ein Hinweis auf eine rechtsextremistische Gesinnung. Außerdem entdeckten die Ermittler in einer Toilette eine Kritzelei, die "H ... H" heißen könnte. Und das kann selbstverständlich für nichts anderes als für "Heil Hitler" stehen. Oder auch nicht, denn die Ermittler mußten zugeben, daß es auch "H ... J" heißen könnte. Ganz schlimm ist aber, daß in einigen Räumen "Devotionalien der Wehrmacht" wie die gerahmte Abbildung eines Wehrmachtsoldaten in einem Aufenthaltsraum zu finden waren.

Letzteres hat sogleich Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf den Plan gerufen. Die will jetzt das Traditionsverständnis in der Bundeswehr überprüfen. Bei einem Besuch in Illkirch erklärte sie, die Wehrmacht dürfe "in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr" sein. Einzige Ausnahme seien "einige herausragende Einzeltaten im Widerstand". Ansonsten habe die Wehrmacht "nichts mit der Bundeswehr gemein". Daß sie dafür aus den Reihen der Bundeswehr keinen Widerspruch erntet, versteht sich von selbst.

Was aber mag ihr Amtsvorgänger und Kabinettskollege Thomas de Maizière davon halten? Immerhin war dessen Vater Generalstabsoffizier eben dieser Wehrmacht und später mit zehntausenden anderen ehemaligen Wehrmachtsoldaten am Aufbau der Bundeswehr beteiligt, in der er sogar zum Generalinspekteur aufstieg. Und das ganz ohne jegliche Widerstandsmeriten.

Es ist eine für uns Deutsche schmerzliche historische Tatsache, daß die Wehrmacht auch ein Instrument des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges war. Dementsprechend war ein Teil ihrer Angehörigen an Verbrechen beteiligt.

Die allermeisten Soldaten haben jedoch in tadelloser Haltung ihren Dienst versehen und ritterlich gekämpft. Ein Pauschalurteil über nicht weniger als 19 Millionen Menschen, die in der Wehrmacht gedient haben, verbietet sich.

Wie gut, daß sich die Ministerin bei ihrem Gesinnungs-Feldzug auf gehorsame Inquisitoren wie Generalmajor Bernd Schütt, Kommandeur der 10. Panzerdivision, verlassen kann. Angehörige seiner Division berichten aus verschiedenen Standorten übereinstimmend, daß auf seinen Befehl Ende vergangener Woche sämtliche Kasernenräume durchsucht, "verdächtige" Materialien fotografiert, dokumentiert und die Soldaten, denen solche Materialien zugeordnet werden konnten, erfaßt wurden.

In der Wehrmacht gab es die Funktion des "Nationalsozialistischen Führungsoffiziers", der für die weltanschauliche Zuverlässigkeit der Truppe zu sorgen hatte. Darüber, wie diese Funktion in der Bundeswehr heißen soll, ist noch nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Aber offensichtlich haben die Wehrmacht und die Bundeswehr eben doch mehr gemein, als die Chef-Inquisitorin von der Leyen glaubt.<<

18.05.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Mai 2017: >>Energiewende durch die Hintertür

EU sagt der Braunkohle den Kampf an - Berliner Senat will den Ausstieg bis Ende des Jahres

Die Landesregierungen in Potsdam und Dresden wollten der Braunkohlewirtschaft in der Lausitz eigentlich noch eine längere Perspektive geben. Eine neue EU-Regelung macht nun allerdings einen vorzeitigen Ausstieg immer wahrscheinlicher.

Bereits am 9. Mai hat der Berliner Senat den Entwurf für eine Novelle des Berliner Energiewendegesetzes beschlossen. Nach dem Willen der rot-rot-grünen Koalition soll in der deutschen Hauptstadt bereits bis Ende dieses Jahres der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung erfolgen. Bis 2030 will der Senat zudem auch auf Steinkohle als Energieträger verzichten.

Bislang nutzen sechs Berliner Kraftwerke Kohle zur Erzeugung von Strom oder zur Fernwärmeversorgung.

Eine andere Entwicklung könnte für die Braunkohletagebaue in der Lausitz noch stärkere Folgen haben. Ende April hat die EU gegen die Stimmen Deutschlands, Polens und Tschechiens eine Verschärfung der Emissionswerte von Kraftwerken auf den Weg gebracht. Bis 2021 müssen die EU-Mitgliedsstaaten nun die strengeren Grenzwerte für Stickoxide, Schwefeldioxid, Feinstaub und Quecksilber in nationales Recht umsetzen. Das Bundesumweltministerium begrüßte zwar den Großteil des Beschlusses, auf Ablehnung stößt allerdings die neue Obergrenze von 175 Gramm Stickoxid pro Kubikmeter für Braunkohlekraftwerke, die als "nicht sachgerecht" bezeichnet wird.

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) kritisiert die Verschärfung der Grenzwerte im Ton deutlich schärfer. Der Bundesregierung warf Tillich fehlendes Engagement zur Verhinderung der Neuregelung vor und warnte vor einem Braunkohleausstieg durch die Hintertür.

Gegenüber dem Sender MDR sagte Tillich, daß Sachsen gegenüber der Bundesregierung deutlich gemacht habe, "daß nicht nur die Braunkohleförderländer, sondern auch die deutsche Industrie diese Werte beim Stand der Technik weltweit durch keines der Kohlekraftwerke einhalten kann und dies eine Belastung der Kohleverstromung bedeuten würde".

Aus Sicht des sächsischen Ministerpräsidenten könnten die Betreiber der Kohlekraftwerke in der Lausitz nun zu einer Stilllegung bis 2030 gezwungen sein. Der genannte Zeitrahmen hat einen ganz konkreten Hintergrund. Zum einen kommen auf die Kraftwerksbetreiber beträchtliche Kosten zu, wenn sie ältere Anlagen mit Katalysatoren nachrüsten müssen. Eine Sonderregelung sieht wiederum vor, daß Kraftwerke als Ausnahme behandelt werden, wenn sie bis zum Jahr 2030 stillgelegt werden. Beide Faktoren könnten den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung tatsächlich beschleunigen.

Die Verschärfung der Grenzwerte droht allerdings nicht nur für die Tagebaue im Nordosten Sachsens Folgen zu haben. Laut einer Untersuchung des Institute for Energy Economics and Financial Analysis werden die verschärften EU-Grenzwerte dazu führen, daß das bereits 1981 in Betrieb genommenen brandenburgische Kohlekraftwerk Jänschwalde nach 2021 wahrscheinlich keine wirtschaftliche Zukunft mehr hat.

Der Betreiber des Kraftwerks, die Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG), hatte erst im März ein neues Revierkonzept vorgelegt, das ohnehin bereits von deutlicher Skepsis geprägt war. Im Papier enthalten war ein Verzicht auf eine Erweiterung des Tagebaus Jänschwalde und auch die Erklärung, vorerst keine neuen Tagebaue erschließen zu wollen. Erst in zirka drei Jahren will die LEAG über ein weiteres Vorgehen entscheiden, wenn mehr Klarheit über die weiteren Rahmenbedingungen herrscht. Mit dieser Entwicklung ist fraglich, ob die Braunkohleverstromung in der Lausitz als "Brückentechnologie" tatsächlich noch eine jahrzehntelange Perspektive hat.

Dessen ungeachtet hat Brandenburgs Landesregierung vor kurzem ein politisches Signal gesetzt. Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) erklärte am 10. Mai, die Landesregierung wolle an der Braunkohle festhalten. Gerber kündigte zudem an, noch bis zum Herbst eine Energiestrategie bis zum Jahr 2030 vorzulegen, in der die Braunkohle eine zentrale Rolle spielen soll.

Tatsächlich hätte ein baldiges Aus für die Kohleverstromung weitreichende Folgen: Mehrere Zehntausend Arbeitsplätze und Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung hängen in Brandenburg und Sachsen direkt und indirekt von der Braunkohle ab. Trotz des Ausbaus der Erneuerbaren Energien wird zudem auch immer noch gut ein Viertel des Stroms in Deutschland über den Energieträger Braunkohle erzeugt. Damit nicht genug. Deutschlands Kohlekraftwerke leisten mit ihrer Grundlastfähigkeit bislang einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicher-

heit. Im Gegensatz zu den Windenergie- und Photovoltaikanlagen liefern sie nämlich mit konstanter Zuverlässigkeit Strom und sorgen für eine Frequenzstabilität im Stromnetz.

Der Bundesverband Braunkohle hat zudem auf Prognosen hingewiesen, wonach in den nächsten drei Jahrzehnten noch einmal mit einem deutlichen Anstieg der Stromnachfrage zu rechnen sein soll.<<

26.05.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Mai 2017 (x887/...): >>**Stoff für ein Erdbeben**

Die Steuer- und Abgabenbelastung der Deutschen ist ein Skandal

Steuerzahler werden mit den weltweit zweithöchsten Sätzen geschröpft, Sparer enteignet. Wo bleibt die Entrüstung der Bürger?

Die Frage nach möglichen Steuerentlastungen hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gegenüber der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" mit einer denkwürdigen Einlassung gekontert: Die Menschen sollten wissen, "daß Geld nicht alles ist". Aus diesen Worten spricht eine Herablassung gegenüber den Bürgern und Steuerzahlern, die (zumal in einem Wahljahr) nur jemand öffentlich preiszugeben wagt, der sich sehr, sehr sicher fühlt in seiner Macht.

Schäuble meint, es sich leisten zu können. Die Schulz-Euphorie ist jäh verebbt, die AfD dümpelt dahin und die Deutschen scharen sich laut Umfragen wieder um Kanzlerin Merkel. Der Sieg der Union in vier Monaten scheint so gut wie ausgemacht zu sein.

Die bemerkenswert stümperhaft vorgetragenen Steuervorstellungen der SPD tun ein Übriges: Dort geht es in der Tendenz sogar um noch höhere Belastungen der Bürger, obwohl Deutschland schon heute weltweiter Spitzenreiter bei der Steuer- und Abgabenbelastung ist, der nur noch vom kleinen Belgien übertrumpft wird.

Doch wie es derzeit aussieht, bleibt dieser Skandal bei den Bundestagswahlen im September ungestraft. Dabei bildet die Statistik selbst nur einen Teil der tatsächlichen Summen ab, die der Staat den Deutschen abknöpft. Er geht ihnen auch direkt an die Ersparnisse. Die DZ Bank schätzt, daß den Bürgern der Bundesrepublik seit 2010 satte 436 Milliarden Euro an Zinseinnahmen entgangen sind, wenn man die Zinssätze der Jahre 1998 bis 2008 zum Vergleich nimmt.

Die Ersparnisse lagern größtenteils in Renten- oder Lebensversicherungen, deren Träger das Geld laut Gesetz hauptsächlich in Staatsanleihen anlegen müssen. Es ist also der Staat, der seinen Bürgern per Euro-Nullzinspolitik die Zinsen vorenthält und sie auf diese Weise mittels Geldentwertung Schritt für Schritt enteignet.

Wo das viele Geld bleibt? Offensichtlich versandet ein Gutteil in einem ineffizienten, aufgeblähten Apparat. Es sind vor allem die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, welche die Deutschen überdurchschnittlich stark schröpfen. Sie kosten deutlich mehr als in den skandinavischen Ländern, die mit viel weniger Geld ein vorbildliches Sozialsystem finanziert bekommen.

Dann kostet die Asylflut vermutlich schon mehr als die Verteidigung. Und schließlich geht die Bundesrepublik immer weiter steigende Garantien für reformunwillige, klamme Euro-Südstaaten ein. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) hat erst dieser Tage wieder gefordert, noch mehr deutsche Milliarden ins bankrotte Griechenland zu pumpen.

All das sollte bei den Wahlbürgern eigentlich ein politisches Erdbeben auslösen. Schäubles offene Arroganz deutet jedoch darauf hin, daß dies niemand in Berlin befürchtet.<<

01.06.2017

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 1. Juni 2017 (x1.000/...): >>**Wie die 68er-Bewegung die Schlüsselpositionen im Staat besetzte**

... Nach der russischen Oktoberrevolution 1917 versuchten die Kräfte hinter ihrem Anführer

Lenin, den Kommunismus weltweit zu verbreiten. In Deutschland scheiterten Versuche, eine offene Revolution loszutreten am mangelnden Interesse der Bevölkerung. Weil in Deutschland eine Machtergreifung der Kommunisten mittels Revolution - wie 1917 in Rußland - nicht möglich war, mußte eine andere Strategie zum Zuge kommen. In seinem Buch "Rot-Grüne Lebenslügen" beschrieb Torsten Mann, wie die Kommunisten in Deutschland den Weg der Langzeit-Unterwanderung gingen.

Umgesetzt wurde diese durch die 68er-Bewegung, die Schlüsselpositionen im Staat besetzte. Man prägte seit den 50er Jahren gezielt Studenten mit den Lehren der marxistischen "Frankfurter Schule". Die "Frankfurter Schule" wurde 1923 als "Institut für Marxismus" gegründet und später umbenannt in "Institut für Sozialforschung". Das Leitmotiv hieß: "Kritisieren bis zur Zersetzung". Das meint, die Ablehnung und Zersetzung jeder bestehenden Ordnung. Ziel war die traditionelle Familie aufzulösen und zu ersetzen durch: andere Lebensgemeinschaften, Feminismus, schrankenlosen Sex und antiautoritäre Erziehung.

Der Kampf galt der bürgerlichen Moral, den christlichen Werten und jeglicher Autorität. Durch die Propaganda der "Frankfurter Schule" entstand eine rebellierende Studentenbewegung - die 68er-Bewegung, - die sich auf die etablierten Parteien verteilte, ohne ihre marxistische Gesinnung offen zur Schau zu tragen.

Die 68er vollzogen demnach den von Wortführer Rudi Dutschke geforderten "Langen Marsch durch die Institutionen" - das heißt, anstelle einer schnellen Revolution besetzten sie in vielen Schritten über lange Zeit hinweg die Schlüsselpositionen im Staat: vor allem im Bildungswesen, in der Justiz und in den Medien. So begann man von innen her schrittweise das umzusetzen, was auf revolutionärem Wege nicht gelang.<<

05.06.2017

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 5. Juni 2017 (x1.064):

>>**Deutschland - ein besetztes Land**

Merkels Deutschland, Merkels Europa - ein lauer deutscher Sommerabend und eine spontane Diskussion an einem Stammtisch in Köln-Ehrenfeld.

von *Werner Rügemer*

Ich ging an diesem lauen Abend durch die Straßen meines Stadtteils, in dem ich schon lange wohne. Als ich an einer der zahlreichen Szenekneipen vorbeikam, die hier seit einigen Jahren sich immer zahlreicher ausbreiten und viel jugendliches Publikum anziehen, viele Studenten, junge Medienleute, auch ein hier geachteter Witzemacher wie Jan Böhmermann wohnt um die Ecke - als ich also an einer dieser Kneipen vorbeikam, sah ich unsere Bundeskanzlerin auf dem üblichen großen TV-Bildschirm. Sie hielt tapfer einen gläsernen, dicken, halbleeren Ein-Liter-Bierkrug in die Höhe und lächelte.

Sie guckte in einer Mischung zwischen frech und unsicher und schien Zustimmung zu erwarten. Sie saß in einem Bierzelt im Münchner Vorort Trudering, in einer Veranstaltung ihrer bayerischen Schwesterpartei CSU, so wurde erklärt. Da ich mich unter anderem für die heute wichtigen Formen des Populismus interessiere, besonders der Variante der angeblich christlichen deutschen Regierungschefin, blieb ich stehen und beugte mich durchs offene Fenster, um die Merkel besser mitzukriegen. Sie hatte jetzt den Bierkrug nicht mehr in der Hand und deklamierte an einem Pult ins Mikrofon: "Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen."

Eine Gruppe junger Frauen und Männer saß in der Nähe des Fensters um einen runden Tisch. Einer erkannte mich und rief - wir hatten schon ein paarmal kurz diskutiert, in meiner Stammkneipe in der Nachbarstraße: "He, komm doch rein! Du kennst dich doch aus! Die Merkel erzählt doch Unsinn! Das ist doch die mächtigste Arschkriecherin Europas, stimmt's oder hab ich recht?"

Ich setzte mich zu den jungen Leuten, die mir freundlich einen Stuhl beizogen. "Mächtigste

Arschkriecherin Europas? Wie kommt Ihr darauf?" fragte ich. Eine junge Frau warf sofort ein: "Das hat der Jörg gesagt. Ich finde aber, daß die Merkel recht hat. Wir Europäer müssen uns endlich von den Amis selbständig machen, jedenfalls wenn sie von diesem Trump regiert werden."

Ich ergriff gern die Gelegenheit und begann der aufmerksamen Runde meine angesammelten Kenntnisse in meiner rein sachlichen Weise auszubreiten. Ich begann damit etwas zwinkernd oberlehrerhaft, was aber scheinbar nicht schlecht ankam: "Ihr wißt ja, daß Deutschland Mitglied der NATO und der wichtigste Freund der USA in Europa ist, oder?" Alle nickten ungeduldig. "Ok", fuhr ich fort, "dann wißt Ihr auch, daß die USA in Deutschland mehr militärische Stützpunkte betreiben als in jedem anderen Staat der Welt."

Da blickten sie ungläubig. "Also dann ratet mal, wieviel und was für Militärstützpunkte die USA in Deutschland betreiben", gab ich in die Runde. Sie blickten sich fragend an. "Ja, in Ramstein", antwortete einer, der türkisch aussah, "da haben die einen Flugplatz und ein großes Krankenhaus. Ich glaube, das liegt in der Eifel. Truppen- und Materialtransporte nach Afghanistan, in den Irak und so weiter." "Und Drohnen-Station", rief ein anderer. Ich fragte nach: "Und was haben wir da noch?" Da gebe es vielleicht noch ein paar Standorte, die nach dem letzten Krieg hier eingerichtet wurden und noch nicht abgezogen sind, wurde vermutet.

"Um es kurz zu machen", erklärte ich, "die USA haben in Deutschland ungefähr zwei Dutzend Militärstandorte. Da hat die Bundesregierung nichts zu sagen. Die werden laufend modernisiert. Dazu gehört die Lagerung von Atomsprengköpfen. Dazu gehören auch ganz neue Standorte wie AFRICOM bei Stuttgart, von wo aus Afrika überwacht wird und Drohnen gelenkt werden. Dazu gehören europäische Kommandozentralen für das US-Militär und auch für die NATO. Dazu gehört der Rüstungskonzern General Dynamics, der in Kaiserslautern produziert und dessen Produkte nicht der deutschen Exportkontrolle unterliegen, und so weiter."

Ich brach die Aufzählung ab. Eine junge Frau fragte zögernd: "Dann sind wir ja ein besetztes Land, wenn das stimmt? Wieso sagt die Merkel nichts dazu?" Da fühlte sich der junge Mann bestätigt, der mich gerufen hatte: "Genau, sag ich's doch: Die Merkel ist die mächtigste Arschkriecherin Europas, die Amis haben kein Land so im Griff wie Deutschland. Ich sage nur: Edward Snowden! NSA! Merkel-Handy!"

Der laue Sommerabend in der offenen Kneipe wurde noch lang, da wurde noch einiges an Fritz Kola, Wasser, Rosé und auch ein bißchen Kölsch getrunken. Eine freundliche junge Frau mit dunklen lockigen Haaren bediente uns. Wie sich rausstellte, hatten doch alle irgendwas gehört, jeder und jede erzählte was: Die schon von Obama angeordnete Aufrüstung der europäischen NATO-Staaten und der Aufmarsch an der russischen Grenze. Die CIA-Folterungen in osteuropäischen Gefängnissen, jedenfalls vor ein paar Jahren.

Die US-Militärstadt Bondsteel im Kosovo. Die vielen neuen NATO-Mitglieder in Osteuropa und auf dem Balkan. Aus einem jungen Mann mit kleinen Eisenringen an beiden Ohrläppchen, der bisher nichts gesagt hatte, brach es plötzlich heraus: Die USA hätten den von Merkel geförderten Anwärter auf das Präsidentenamt in der Ukraine, den Boxer Klitschko - den hätten die USA einfach beiseitegeschoben und ihren eigenen Favoriten durchgeboxt! Und diese Frau, diese Abteilungsleiterin aus dem amerikanischen Außenministerium hätte doch "Fuck Europe!" gerufen!

Eine junge Frau, die an der Kölner Uni Politik studiert - mit kurzem Blick auf mich fügte sie das hinzu -, warf die Frage auf: Bricht denn unsere Bundeskanzlerin nicht das Grundgesetz und ihren Amtseid? Sie läßt doch zu, daß die von US-Präsidenten ohne Gerichtsverfahren angeordneten Drohnen-Tötungen über eine deutsche Relaisstation geleitet werden! Ein junger Mann, eifriger Verfasser von Wikipedia-Einträgen, behauptete:

Deutschlands und Europas Bürger und Regierungen und Unternehmen und öffentliche Einrichtungen werden nicht nur von US-Geheimdiensten ausgespäht, sondern auch von den US-

Internetgiganten Google, Facebook, Microsoft, Uber und so weiter. Ein stiller Teilnehmer der Runde, der als einziger Kölsch trank, fügte plötzlich hinzu: "Und die müssen ihre Daten auch dem US-Heimatschutz-Ministerium zur Verfügung stellen, das habe ich irgendwo gelesen."

Die Runde redete sich immer tiefer hinein. Es drohte chaotisch zu werden. Der Abend war leicht und lau, die Fenster standen offen. Von den Tischen auf der Straße schwirrten gedämpfte Gesprächsfetzen herein. Einzelgänger, Gruppen und Paare schlenderten vorbei. Es war friedlich. Unvermeidlich wurde der Kampf gegen den Terrorismus gestreift und daß die USA seit Jahrzehnten islamistische Terrorgruppen ausbilden. Der Zwischenruf "Aber Putin ist doch auch böse" blieb freundlich ohne Resonanz, ich wunderte mich.

Nach Mitternacht waren noch ganz neue Stichworte aufgetaucht. Einer meinte: McKinsey sitzt im Verteidigungsministerium, in den Jobcentern, und McKinsey berät das Migrationssamt, wie Flüchtlinge möglichst schnell und kostengünstig abgeschoben werden. Eine andere Teilnehmerin unseres Stammtisches glaubte sich zu erinnern, irgendwo im Internet aufgeschnappt zu haben: In der Commerzbank, bei Daimler und jetzt auch in VW sitzen Beamte des FBI mitten in den Vorstandsbüros und müssen an das US-Justizministerium melden, was ihnen auffällt. Ich konnte mir gar nicht alles merken, was da noch alles durcheinander erzählt wurde.

Der Stammtisch, der durch Merkels Bierzelt-Auftritt zustande gekommen war, kam zu dem Beschluß: Da ist noch einiges zu klären! Der Agitator, der mich gerufen hatte, trank im Aufstehen sein Glas aus und wiederholte: "Die Merkel ist die mächtigste Arschkriecherin Europas, das ist doch wohl klar, oder?" Ich machte der Runde den Vorschlag, über eine mehr sachliche Kennzeichnung der deutschen Bundeskanzlerin nachzudenken, zum Beispiel "populistisches Vasallentum". Das schien nicht so gut anzukommen. Aber man war sowieso schon im Aufbruch.

Wir waren schon alle aufgestanden, wir waren fast die letzten Gäste. Der Pächter hatte draußen die Stühle und Tische verkettet, damit sie nicht geklaut werden - da kam die junge Griechin zu unserem Tisch, die uns den Abend über bedient hatte. Sie hatte ihre Schicht beendet und ihre Schürze abgelegt. Sie sprudelte los, als würde sie eine vorbereitete Wahlkampfrede halten. "Ich habe ja mitgekriegt, was Ihr da die ganze Zeit diskutiert habt.

Merkel will Europa stärken. Scheiße dieses starke Europa! Ich bin ausgewandert, weil ich in Griechenland nach dem Studium keine Arbeit gefunden habe. Bei uns regieren die Oligarchen, der Internationale Währungsfonds und die Deutsche Bank! In Slowenien, in Kroatien, im Kosovo sieht es noch schlimmer aus. Reiche Oligarchen und Investoren, Auswanderung, Verarmung. Das ist euer Merkel-Europa. Das solltet Ihr auch mal bedenken!"

Die Runde blickte sich etwas müde, aber interessiert an. "Wann treffen wir uns das nächste Mal?" fragte einer. "Wann sind denn deine Schichten?" fragte die Politikstudentin die griechische Bedienung.

Josef Foscaphoth: Überwachtes Deutschland. Göttingen 2012 Christoph Franceschini u.a.: Spionage unter Freunden, Berlin 2017 Werner Rügemer: Der Blackrock-Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2016 Werner Rügemer: Ratingagenturen. Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart, Bielfeld 2012 Werner Rügemer: Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder, Köln 2017

Werner Rügemer

Werner Rügemer, interventionistischer Philosoph, ist Mitbegründer von "aktion gegen arbeit-sunrecht" und "Gemeingut in Bürgerinnenhand". Zuletzt erschien von ihm "Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder aus Politik und Wirtschaft, Geschichte und Kultur". ...<<

07.06.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 7. Juni 2017: >>Perfider Ramadan-Rummel

Polizisten sollen Moslems, die wegen ihrer grotesken Fastenbräuche noch reizbarer sind als sonst, in dieser Zeit erst recht mit Samthandschuhen anfassen, Schülerinnen, die zum politisch korrekten Flüchtlingsverstehen und -bewundern in eine Asylunterkunft beordert werden, mögen sich doch bitte gerade jetzt den Korangläubigen zuliebe islamkonform verhüllen, Lehrer und Arbeitgeber sollen Rücksicht auf von Fasten-Exzessen geschwächte Schüler und Mitarbeiter nehmen - hört man den Polit- und Mediengouvernanten so zu, scheint der islamische Fastenmonat Ramadan längst das wichtigste Ereignis im deutschen Festkalender geworden zu sein.

Vom politischen Aufgalopp mit Ramadan-Grußbotschaften und alljährlichem Wettlauf um den wirksamsten Medientermin beim "Fastenbrechen-Besuch" ganz zu schweigen. Vielleicht wüßte es die immer noch christliche Bevölkerungsmehrheit im Lande ja auch zu schätzen, wenn ihre politischen Repräsentanten außer der allweihnachtlichen Volkspädagogik auch mal Grußbotschaften zu Ostern und Pfingsten senden und sich vorbildgebend in einer Kirche blicken ließen - aber da denken die nicht mal dran.

Islamisierung ist kein Hirngespinnst

Der Tanz um das goldene Kalb einer intoleranten Minderheit belegt vor allem eines: Islamisierung ist kein Hirngespinnst, sondern im vollen Gange, und die Meinungsführer im Lande haben ihre Selbst-Islamisierung bereits so verinnerlicht, daß sie sie gar nicht mehr wahrnehmen. Für die angestammte Bevölkerung ist es eine Zumutung, sich unablässig mit den archaischen Selbstaussgrenzungsbräuchen eines eingewanderten vormodernen Kults auseinandersetzen zu müssen.

Wer meint, er müsse im 21. Jahrhundert in Mitteleuropa unsinnige Religionsvorschriften wortwörtlich befolgen, selbst wenn sie der eigenen Gesundheit schaden, verdient weniger Rücksicht als Mitleid. Der allgegenwärtige Ramadan-Rummel ist Gift für die Integration und bestärkt fanatische Moslems in ihrem Auserwähltheits-Wahn: Für sie sind die Toleranz- und Rücksichtsappelle keine höfliche Geste, sondern ein weiterer Schritt zur selbstverständlich erwarteten Unterwerfung.

Die neuen Herren nur nicht provozieren

Statt den eigenen Bürgern Anpassung an islamische Rituale zu predigen, täten Medien und Politik besser daran, sie vor erhöhter Terrorgefahr und Gewaltbedrohung im Ramadan zu warnen. Für Dschihadisten gilt der Kampf gegen Ungläubige im moslemischen Fastenmonat als besonders verdienstvoll; kaum zufällig häufen sich im islambeglückten Europa in dieser Zeit alljährlich die Anschläge. Und der Anblick Ungläubiger, die ihre Bräuche nicht befolgen, ist für Islam-Besessene im Ramadan bekanntlich erst recht unerträglich. Da sitzen Fäuste und Wurfgeschosse, Messer oder auch der Nothammer dann schon mal besonders locker.

Aber solche Warnungen wären ja das Eingeständnis, mit dem Hereinlassen dieser Heerschaaren einen fatalen Fehler begangen und ohne Not die eigenen Bürger gefährdet zu haben. Lieber also schiebt man denen prophylaktisch den schwarzen Peter zu und ermahnt sie, die neuen Herren nur ja nicht zu provozieren. Das macht die scheinbar so weltoffenen und verständnisvollen Aufrufe der Ramadan-Versteher zu einem perfiden und zynischen Selbstrechtfertigungs-Manöver.<<

14.06.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 14. Juni 2017 (x892/...): >>Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt

Buchbesprechung Josef Kraus:

Gleich vorab: der Mann weiß, wovon er spricht, und das sagt er seit langem schon laut und deutlich nicht nur in einer großen Zahl von Artikeln, in Talk-Shows und in Büchern. Josef

Kraus ist kein Schreibtisch-Pädagoge, sondern ein Mann der Praxis, den es von Pult, Lehrzimmer und Verbandsarbeit an die Front außerhalb der Schule getrieben hat. Und er bringt so manchen Pädagogik-Apparatschik mächtig ins Schwitzen: jetzt wieder mit seinem neuen Buch.

Wer ihn auf dem 9. Civitas-Kongreß im vergangenen Jahr in Bonn erlebt hat, der weiß, wie punktgenau und kompetent Kraus seine Argumente, seine Analysen und Warnungen anbringt. Und so wird die Lektüre von "Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt" dann auch zu einem eher bedrückenden Erlebnis, zu einer Pädagogik-Tour der im Endeffekt depressiven Art, weil sie einem jegliche Illusion über das Bestehende nimmt.

Deutschland hatte ein weltweit angesehenes, effektives Bildungssystem, in dem jeder nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten optimal gefördert wurde. Derart geförderte Begabungen waren letztlich auch zum Vorteil für den fördernden Staat, konnte er doch so auf bestens ausgebildete Kräfte zurückgreifen.

Die höchst beeindruckenden Leistungen Deutschlands auf allen Gebieten, die enorm hohe Zahl an Nobelpreisen in den verschiedensten Disziplinen, die Wissenschaftler anderer Nationen, die weltweit eifrig deutsch als führende Wissenschaftssprache büffelten: all das ist so lange her, so lange her - genauer gesagt: es war in der "Kaiserzeit", vor allem unter dem aus durchsichtigsten Motiven von den Gegnern bzw. Konkurrenten geschmähten Wilhelm II. Es war ein Erbe, von dem noch weit über 60 Jahre später gezehrt werden konnte.

"Und was Eltern jetzt wissen müssen" ist der zweite Teil des Buchtitels. Was mit den Kindern und Jugendlichen im Schulsystem der BRD heute geschieht, wie katastrophal die Zustände sind, das zeigt Kraus detailliert, sauber belegt und messerscharf analysiert. Wer immer noch glaubt, das Schulsystem der BRD sei zumindest in einigen Ländern der BRD noch leistungsfähig, der wird sehr schnell und durchaus unsanft auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt, und der Aufprall wird nicht schmerzfreier, wenn man weiß, daß es anderswo in Europa und der Welt noch weitaus schlimmer ist.

Jahrzehnte sozialistischer Menschenversuche auch und vor allem an den Schulen, die Orientierung des BRD-Schulsystems an unterlegenen Ausbildungsgängen wie z.B. dem Bachelor (was eigentlich Abiturient bedeutet), dem Master, das Abitur schon fast als Rechtsanspruch und notfalls auf dem Gnadenweg: wer all das als Grund für den deutlich sichtbaren Niedergang unserer Bildung sieht, der wird hier bestätigt. Wer das immer noch nicht sieht, braucht dieses Buch (ebenso wie die anderen Veröffentlichungen von Josef Kraus) dringend als Einordnung auf die Realität.

Daß die Kritik nicht um der Kritik Willen, nicht um des bloßen Aufzeigens von argen Mißständen stattfindet, zeigt ein Aufsatz in der sehr empfehlenswerten Zeitschrift "Mut" (Ausgabe April 2017), in dem Kraus unter dem Titel "Europa zwischen Leitkultur oder Kultur light" seine weite Sicht über unsere Kultur und deren Gefährdung darlegt - es ist ja nicht nur das Schulsystem, das in unserem Europa immer mehr darniederliegt.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um das Überleben dieser unserer wunderbaren und großen Kultur. Wenn dafür nicht mehr in der Schule die Grundlage gelegt wird, dann ist diese Kultur verloren. Und da sieht es - eben! - ziemlich übel aus. Und doch: das Schlußkapitel heißt "Was Eltern trotz allem tun können", und es zeigt, daß "trotz allem" noch gehandelt werden kann. Wir dürfen "denen" das Feld nicht überlassen. Nirgendwo.

Josef Kraus: Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt und was Eltern jetzt wissen müssen. 267 S.; München (Herbig) 2017 ...<<

17.06.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 17. Juni 2017: >>**Der Gefahr ins Auge sehen**

von *Hans-Jürgen Irmer*

In Deutschland hat nie eine Diskussion darüber stattgefunden, daß wir von Menschen, die aus vielen Gründen nach Deutschland kommen, erwarten müssen, daß sie sich an deutsche Gesetze, Normen und Werte halten, die aus der Aufklärung herrühren und konstitutiv für unser friedliches Zusammenleben sind. Als Friedrich Merz vor 17 Jahren von der Notwendigkeit der Leitkultur sprach, hagelte es Kritik aus der Welt der "Political Correctness".

Während andere Länder klar definieren, was sie von Zuwanderern verlangen - Sprachbeherrschung, Gesetzestreue, Integrationsbereitschaft (wem das zu beschwerlich ist, hat jederzeit das Recht, wieder zu gehen) -, haben wir in Deutschland aus falsch verstandener Toleranz nicht diesen notwendigen Mut besessen, sondern der Intoleranz den Weg ebenso geebnet wie der Entwicklung von Parallelgesellschaften, No-go-Areas, und der Segregation Vorschub geleistet.

Zeichen gelungener Integration?

Ist es Integration, wenn in Neuss in einem Bad nur noch Hühnchen und keine Bockwurst mehr angeboten wird, wenn in Kassel in einem Kindergarten keine Weihnachtslieder mehr gesungen werden, wenn in Hannover zweieinhalb Jahre akzeptiert wird, daß eine Schülerin vollverschleiert im Unterricht erscheint, wenn in Berlin eine Lehrerin keine christliche Kreuzkette tragen darf, wenn in Freiburg muslimische Frauen in einem Damenbad keine männlichen Bademeister akzeptieren, wenn in Mannheim eine muslimische Pflegerin sich weigert, männliche Patienten zu waschen, wenn in Berlin muslimische Eltern gegen einen homosexuellen Erzieher demonstrieren, wenn in Hessen eine Muslima als Rechtsreferendarin sich weigert, vor Gericht das Kopftuch abzulegen?

Gehört es auch zur Integration, eine Teilnahme an Klassenfahrten zu verweigern, gegen Koedukation im Sport- und Schwimmunterricht zu kämpfen, zu versuchen, islamische Kindergärten und Schulen zu errichten, einen islamischen Wohlfahrtsverband aufzubauen, bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht mit einer kritiklosen Verherrlichung Mohameds einzuführen? Gehören erste muslimische Listen bei Kommunalwahlen dazu, Zuckerfest statt Weihnachtsfest?

Islamisierung fester Bestandteil des Islam

Einzelfälle? Nein! Nur ein kleiner Auszug aus der Lebenswirklichkeit. Rund sechzig Prozent der Deutschen haben Sorge wegen einer zunehmenden Islamisierung. Zu Recht: 1970 lebten etwa 300.000 Muslime in Deutschland, im Jahr 2000 ca. drei Millionen, heute etwa sechs bis sieben Millionen. Und im Jahre 2025 und 2040?

Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi weist darauf hin, daß die Islamisierung der Welt ein fester Bestandteil islamischer Weltanschauung ist. Was machen unsere christlichen Volkskirchen? Bischof Reinhard Marx und der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm verzichten bei einem Besuch auf dem Tempelberg mit einem muslimischen Scheich auf das Tragen ihrer Amtskreuze. Ein fatales Signal.

Ziel ist die Weltherrschaft

Was macht parteiübergreifend die Politik in Deutschland? Sie denkt von Wahltermin zu Wahltermin und befaßt sich nicht vertiefend mit dem Problem einer Religion, die als Ziel die Weltherrschaft hat. Der Islamrat für Europa hat 1980 in London beschlossen: "Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

In der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1990 haben 45 islamische Staaten darauf verwiesen, daß die Menschenrechte immer unter dem Vorbehalt der islamischen Rechtsordnung der Scharia stehen, denn diese sei Allahs Gebot und damit bindend - und nicht der von Menschenhand formulierte Grundsatz der UN-Menschenrechtskonvention.

Koran unvereinbar mit dem Grundgesetz

Wann fordert der Westen die islamischen Staaten auf, sich von diesen Beschlüssen zu distan-

zieren? Warum fordert die europäische Staatengemeinschaft nicht täglich, die Verfolgung der Christen in praktisch allen islamischen Staaten endlich zu beenden? Wann demonstrieren die Muslime hier lautstark gegen islamistische Terroranschläge, so wie es geschieht, wenn es um Proteste gegen harmlose Mohammed-Karikaturen geht? Wann endlich gibt es die Aufklärung im Islam, die klarstellen muß, daß die rund 200 Stellen im Koran, die zum Kampf gegen die "Ungläubigen" und deren Vernichtung aufrufen, nur im Kontext der damaligen Zeit zu sehen sind und heute keine Bedeutung mehr haben?

Solange dies nicht geschieht, muß man den Koran als unvereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnen. Die Wahrscheinlichkeit eines aufgeklärten Reformislams ist allerdings gering, wenn man weiß, was der türkische Präsident Erdogan diesbezüglich gesagt hat:

"Es gibt keinen moderaten oder nichtmoderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich." Oder der ehemalige Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Bardakoglu:

"Es steht außerhalb jeder Erörterung, daß das, was im Koran steht, gilt."

Minderheit darf keine Mehrheit werden

Etwas mehr Nachdenklichkeit in Deutschland wäre daher angebracht, zumal wenn man weiß, daß Takija, also die bewußte Täuschung des "Ungläubigen", fester Bestandteil muslimischer Politik ist. Wie antwortete doch der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Nadeem Elyas, auf die Frage, ob der säkulare Rechtsstaat die unumstößliche Grundlage sei? "Ja, solange Muslime in der Minderheit sind."

Damit aus der Minderheit keine Mehrheit wird, dürfen wir unsere eigene Identität ebensowenig aufgeben wie unsere Werte und unsere Leitkultur auf der Basis des Grundgesetzes. Wenn Muslime heute bewußt Islam mit Friedfertigkeit statt Unterdrückung übersetzen, dann wollen wir das gerne glauben, wenn in allen 57 islamischen Staaten Religion und Politik getrennt sind, der Dschihad und die Scharia genauso aufgegeben werden wie der Anspruch auf Vorrherrschaft und religiöse Überlegenheit, wenn es Geschlechtergleichheit und Glaubensfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und freie Wahlen gibt. Aber keinen Moment früher.

Hans-Jürgen Irmer ist CDU-Abgeordneter im Hessischen Landtag.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 17. Juni 2017 (x892/...): >>**Ostdeutsche Bischöfe gegen Wahl der AfD**

Wie sehr die deutschen Bischöfe inzwischen zu Propagandisten des linken deutschen Mainstreams und Teil des Establishments geworden sind, zeigt eine soeben veröffentlichte sogenannte "sozialethische Expertise" im Auftrag der Bischöfe der östlichen Bundesländer. Wir wollen als Civitas Institut nicht die AfD verteidigen oder zu deren Wahl aufrufen, aber was die deutschen Bischöfe in den letzten Monaten in Bezug zur AfD von sich gegeben haben, ist nicht nur extrem ungerecht, sondern schlicht linksideologisches dummes Geschwätz.

Wenn sich die Bischöfe bereits anmaßen, in den Wahlkampf einzugreifen, und die Frage stellen, ob ein Katholik eine bestimmte Partei wählen darf, dann müßte man dies auch in Bezug auf die postkommunistische "Linke", die radikalsozialistischen "Grünen" oder die linkssozialistische SPD sowie die CDU tun.

Doch davon keine Spur. Die deutschen Bischöfe arbeiten mit Spitzenvertretern dieser radikal antikatholischen Parteien, die die katholische Soziallehre und das Naturrecht seit Jahrzehnten auf den Kopf stellen und die schlimmsten menschen- und gottesfeindlichen Gesetze erlassen haben, einträchtig zusammen. Wie sollte es auch anders sein. Längst gehören diese Bischöfe - von Gott ernannte Hirten für ihre Gläubigen, die sie mehr und mehr verraten - zum Establishment.

Was das Establishment ist, sagt der Sohn des namhaften Publizisten Joachim Fest, Nicolaus Fest, der in diesem Jahr als Kandidat der AfD für den Bundestag kandidiert in einem Interview mit Katrin Krips-Schmidt für "Die Tagespost" am heutigen Samstag:

"Establishment bezeichnet längst keine soziale Klasse mehr, sondern eine moralische, näm-

lich die der Verkommenheit - also Leute, die auf Kosten der Gemeinschaft rücksichtslos ihre eigenen Interessen durchsetzen, sowie ihre Claqueure und Herolde. Konkret: Viele Banker und Manager, für deren Fehlentscheidungen der Steuerzahler aufkommen mußte; dann die EU-Nomenklatura mit ihrer skandalösen Selbstversorgung, sowie die Vertreter parasitärer Wirtschaftszweige, wie Windenergie und Sozialdienste; schließlich die meisten Journalisten. Und es gehören auch alle diejenigen dazu, die Politik vor allem dazu nutzen, um höchstdotierte Jobs zu ergattern - bei der Bahn, bei Mercedes, VW, den Energieunternehmen und Lobbyverbänden. Da gibt es viele Beispiele. Ob auch Kirchenvertreter dazugehören, muß jeder selbst entscheiden."

Das Interview mit Nicolaus Fest ist übrigens lesenswert, wenn es auch einen stark propagandistischen Anstrich hat. Es ist leider derzeit nicht online verfügbar.

Zur Verteidigung des katholischen Glaubens, der katholischen Soziallehre und des Naturrechts können wir Laien uns schon lange nicht mehr auf unsere Bischöfe verlassen. Im Gegenteil: sie gehören zu denen, die diese Grundlagen unseres Staates und des Grundgesetzes mit-helfen zu zerstören. Es wird Zeit, daß wir diese Aufgaben selbst in die Hand nehmen, um Christus in Staat und Gesellschaft zu verteidigen.<<

21.06.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 21. Juni 2017 (x892/...): >>"Gast? Gastgeber? Mir reicht's jetzt!"

Niemand wird sagen können, er habe nichts gewußt. Die Verhältnisse sind nur allzu offensichtlich, und zwar für jeden - auch für den, der sich das Hirn von Presse und TV weichspülen läßt. In diesem Sinne übernehmen wir einen weiteren Beitrag "aus fremder Feder":

Vor zehn Jahren machte ich den ersten Versuch, einen Roman zu schreiben. Er hatte einen schockierenden Einstieg, schöne Szenen in der Mitte und erst ein trauriges und dann ein sehr überraschendes Ende. Im Schreiben noch recht ungeübt, fehlten mir im Mittelteil irgendwann etwa zweihundert Seiten Handlung, und ich hatte ein wichtige Lektion gelernt: Eine gute Idee allein macht noch keinen Roman.

Meine größte Furcht allerdings bestand darin, daß auch andere Autoren auf meine brillante Idee verfallen könnten. Und so kam es. Es sind Michel Houellebecq und Boualem Sansal. Ja, auch mein Roman spielt in einer fernen Zukunft, in der Europa einer faschistisch-religiösen Diktatur unterworfen ist.

Nur soviel: Die Protagonistin ist eine privilegierte junge Frau, die sogar Abitur machen darf, obwohl das nur sehr wenigen Mädchen in ihrem Land möglich ist. Ihr Vater ist Arzt, er verdient gut, nicht zuletzt, weil er Beamter der Regierung ist und bei den öffentlichen Hinrichtungen den Tod feststellen und zu amputierende Gliedmaßen betäuben darf. Die Protagonistin und ihre Freundin stolpern eines Tages über ein Geheimnis: Die Welt, in der sie leben, war nicht immer so, wie sie ist.

Aber wie war sie vorher? Und wie kam es dazu, daß in der islamischen Republik Almany, in der sie leben, keine Frau mehr unverhüllt auf die Straße darf, Mädchen mit vierzehn verheiratet und im St. Pauli-Stadion Menschen per Schwertstreich geköpft werden?

Nun, das schilderte ich anhand der auf dem Dachboden aufgestöberten Tagebücher der Urgroßmutter. Die Muslime im Land wurden immer mehr, die Christen immer weniger, Israel verschwand aus dem Nahen Osten und die überlebenden Juden nach dem letzten ungläubigen Land der Welt, das Amerika heißt. Es kam zu immer mehr und immer grausameren Terroranschlägen, bis schließlich ein klerikalfaschistischer Umsturz á la Iran 1979 passierte.

Bessere Autoren und die Realität haben mich eingeholt

Nicht nur bessere Autoren haben mich inzwischen eingeholt, sondern auch in vielerlei Hinsicht die Realität. Vor zehn Jahren wurde ich noch von anderen Autoren und Publizisten als paranoid hingestellt. In der Regel waren das Zeitgenossen, die nicht ihr ganzes Berufsleben in

muslimischen Communities verbracht hatten, so wie ich. Inzwischen aber wagt man sogar, meine Bedenken zu teilen: "Wir islamisieren uns schleichend", schreibt Rainer Haubrich in der "Welt".

Inzwischen geschehen täglich Ungeheuerlichkeiten, für die meine blühende Phantasie einfach nicht ausgereicht hätte: Warum kam ich nicht auf die grandiose Idee, eine von allen guten Geistern verlassene Regierung könnte Millionen - Millionen! - von Menschen aus dem islamischen Kulturkreis einladen, sich in Europa niederzulassen und ihre Großfamilien, nicht selten bestehend aus mehreren Ehefrauen und fünfzehn Kindern, mitzubringen?

Und daß von den Ehefrauen auch welche minderjährig und Verwandte ersten Grades sein könnten, was aber völlig in Ordnung ist, wie Ahmet Toprak auf "ZEIT ONLINE" bereits beschrieben hat ("Was für Kinderehen spricht"). Daß in der amerikanischen Teen-Vogue die Hirne verblödeter junger Frauen damit noch einige Grade weiter vernebelt werden könnten, weil sich man dort neuerdings nicht mehr über Lippenstifte, sondern über die Segnungen der Scharia ausschurbelt.

Daß sich Tausende - Tausende! - von amerikanischen Frauen unter der Oberhoheit einer islamischen Populistin dazu hergeben würden, unter Bildern von mit den Stars-and-Stripes verschleierten Weibern gegen ihren Präsidenten zu demonstrieren? Ehrlich, das hat nicht mal Donald Trump verdient. Oder daß man Schülerinnen des Schiller-Gymnasiums in Bautzen bei einem Besuch im Asylbewerberheim allen Ernstes dazu auffordern würde, dort nicht in schulterfreien Tops und Miniröcken zu erscheinen? Schließlich seien sie dort ja "nur zu Gast". Ich war in diesem Leben auch schon das eine oder andere Mal zu Gast, und daher kann ich unumwunden folgenden Sachverhalt feststellen:

Wenn ich als steuerzahlende Staatsbürgerin in ein staatlich finanziertes Asylbewerberheim gehe, dann bin ich dort nicht der Gast, sondern die Gastgeberin; diejenige, die Unterkunft, Kleidung, Ausbildung, Freizeitgestaltung, medizinische Versorgung und den Zahnersatz mitbezahlt. Das Grundgesetz garantiert mir, daß ich meinen eigenen Beruf und den Ehepartner wählen kann, daß ich ein Recht auf freie Ausübung meiner Sexualität und auf Unversehrtheit in der Öffentlichkeit habe und daß ich mich kleiden kann, wie es mir verdammt noch mal paßt. Das hat jeder zu akzeptieren, ohne Wenn und Aber, und wenn er oder sie hundertmal mein Gast ist.

Zum ersten Mal sehe ich mich auf der Rolltreppe um

Dabei spielt es möglicherweise schon bald keine Rolle mehr, welche Rechte das Grundgesetz den Frauen in diesem Land garantiert. Die Sicherheit für Frauen ist aus dem öffentlichen Raum verschwunden.

Keine Großveranstaltung mehr, wo nicht Hundertschaften von Polizisten notgeile und eventuell bewaffnete Männerhorden in Schach halten müssen, doppelt enthemmt durch Drogen, Alkohol und die Tatsache, daß die Familie, der Vater, der Onkel und der Imam Tausende von Kilometern weit weg sind und ihnen all das nicht verbieten können.

Es geschehen Tag für Tag für Tag sexuelle Gewaltverbrechen, angefangen bei Beleidigungen und Belästigungen, über Vergewaltigungen und Körperverletzungen bis hin zu Morden. Zum ersten Mal in meinem Leben sehe ich mich jedes Mal um, wenn ich auf der Rolltreppe stehe, wenn ich Treppen hinunter gehe, dicht an einer befahrenen Straße oder auf dem Bahnsteig stehe. Ich sehe mich um, ob eventuell jemand hinter mir steht, der vorhat, mich zu verletzen oder der meinen Totschlag billigend in Kauf nimmt. Und ich habe zum ersten Mal seit etwa zwanzig Jahren wieder richtig Angst vor sexuellen Übergriffen.

Wie gesagt, ich war lange in muslimischen Communities zuhause. Wenn Sie wissen wollen, was man dort über die dekadente westliche Zivilisation denkt, will ich es gern verraten: Die Männer sind schwanzlose, ehrlose Weicheier. Die Frauen sind alle Huren, jeder darf sie haben. Wenn, wie Behördenmitarbeiterinnen schon berichtet haben, Asylbewerber vor ihnen

im Amtszimmer zu masturbieren beginnen, dann, weil sie davon ausgehen, daß das völlig in Ordnung ist und daß sie das auch dürfen. Deutsche Frauen wollen das so, daß hat Cousin Ali schon vor einem halben Jahr nach Jalalabad durchgesimst.

Und die deutsche rückgratlose Ranschmeißerei an den Islam, das Einknicken vor Imamen und Religionsbehörden und das vorauseilende Schweinefleischverbot in Kindergärten sind für Muslime ein Witz. Sie lachen über unsere Schwäche, unsere Blödheit und unsere Naivität. Wir erfüllen jedes Vorurteil, daß sie über ungläubige Dhimmis wie uns haben.

Und glauben Sie mir, sie haben eine Menge davon. Falls Sie es noch nicht wußten: Dafür sorgt man schon in den Moscheen in der Heimat, und Propagandafilme, die im Nahen Osten produziert werden, prägen das Bild des verderbten Kontinents der moralisch verkommenen Ungläubigen. In jedem Staat der Welt, in dem ein steter Zuwachs des muslimischen Bevölkerungsanteils nachzuweisen ist, bis dieser die Mehrheit darstellt, herrscht früher oder später der Islam und die auf ihm fußende Gesetzgebung, die Scharia.

Das ist eine historische und demographische Tatsache. Wenn wir es vor lauter Toleranzbesoffenheit nicht mehr schaffen, uns auf unsere Werte zu besinnen und diese mit aller Stärke zu verteidigen, sind die Freiheit des Individuums, die Demokratie, die Aufklärung und der Säkularismus irgendwann nur noch eine Fußnote der europäischen Geschichte.<<

26.06.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Juni 2017 (x892/...): >>So sollen unsere Kinder und Enkel verdorben werden

Sie dringen nur selten in die Öffentlichkeit, und noch seltener finden sie die Beachtung, die sie unbedingt finden müssen: die Pläne der rotgrünen (und manchmal auch schwarzen) Kinderverderber, die sich in unseren Kindertagesstätten ("Kitas") und Schulen an unseren Kindern und Enkeln vergreifen. Überall in der BRD. Hier ein (relativ "frühes") Beispiel aus jenem tiefroten Hamburg, das in jeder Hinsicht darunter leidet, immer wieder falsch zu wählen:

Mit welchen Inhalten Kinder konfrontiert werden (sollen), wie systematisch die natürliche kindliche Scham abgebaut wird, wie widerstrebende Kinder zum "Mitmachen" gebracht werden und, nicht zuletzt, wie man besorgte Eltern am besten runterbügelt, das alles und noch viel mehr findet sich in dieser offiziellen Broschüre.

Es ist dies die "Dokumentation einer Fachtagung" zum Thema frühkindliche Sexualerziehung aus dem Jahr 2005 (!!! - so lange und länger geht das schon!). Mit offiziellen Grußworten und kompletten Anleitungen. ...

Und es ist an den Eltern, nicht weiter blind ihre Kinder solchen Verderbern anzuvertrauen, sondern mutig, geschlossen und zahlreich dagegen vorzugehen und diejenigen zu unterstützen, die das bereits tun. Die richtige Schulwahl für ihre Kinder ist eine der wichtigsten Aufgaben der Eltern - sie in erster Linie sind verantwortlich für deren seelisches und körperliches Wohl!

Übrigens - in diesem Zusammenhang: wo waren Sie am 25. Juni, als in Wiesbaden genau dagegen demonstriert wurde, daß unsere Kinder solches in den "Kitas", an den Schulen erleben müssen bzw. sollen? Sie waren dabei? Gut! Sie waren nicht dabei? Nein? Na, dann aber das nächste Mal. Es geht um alles!<<

28.06.2017

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Juni 2017: >>Fünf vor Bürgerkrieg - Ist das jetzt Alltag?

Eine langweilige Routinesituation für die Duisburger Polizei: "Guten Tag, Führerschein und Fahrzeugpapiere, bitte." Antwort des Verkehrsteilnehmers: "Nö." Polizei: "Och, bitte!" Antwort: "Noch mal nein!" Das Ende vom Lied? Sie ahnen es ...

Aus einer einfachen Verkehrskontrolle wird ein Großeinsatz. Rund 50 Beamte müssen am vergangenen Sonntag wegen einer solchen Lappalie anrücken - und stehen plötzlich 250 Men-

schen, die Polizei nennt sie "Störer", gegenüber. Die sind mit der Verhaftung des 49-jährigen Mannes nicht so richtig einverstanden. Die Polizisten allerdings wollen das deutliche "Nein" des renitenten Falschparkers auch nur ungern hinnehmen und ringen ihn zu Boden, bevor sie ihn mitnehmen.

Diese Aktion gestaltet sich - wegen des 250-köpfigen Protestkomitees, zu dem auch der Sohn des Verdächtigen, Murat K., gehört - mehr als schwierig, aber die Beamten bleiben stur, wollen auch in dieser Lage partout nicht von der gefährlichen Rechtsdurchsetzung absehen. Unterschiedliche Versionen zum Tathergang kursieren, unstrittig ist, daß mehrere Personen versucht haben, die Beamten von der Verhaftung des Betroffenen abzuhalten, dann daraus ein Handgemenge entstand, woraufhin die Polizeibeamten Pfefferspray einsetzten.

Der Bericht auf *Focus Online* über den Vorgang trägt den Titel "250 Anwohner gegen 50 Beamte - harmlose Verkehrskontrolle eskaliert" und stimmt nachdenklich: Während ein Polizeisprecher erklärt, daß sich der Festgenommene gegenüber der Polizei "von Anfang an aggressiv" verhalten und ein weiterer 37-Jähriger die Arbeit der Polizei trotz mehrfacher Warnung behindert und die Szene mit seinem Handy gefilmt habe, sehen Zeugen das forsche Durchgreifen der Beamten äußerst kritisch. Der einzige Zeuge, den *Focus* zitieren wollte und der das ganze Geschubse und Gerangel beobachtet hat, ist zufällig ein Journalist namens Ali Osman Yayla. Den zitiert der *Focus* lang und breit als neutralen Beobachter. ...

Das von Yayla gefilmte Video ist mittlerweile von der *Bild-Zeitung* veröffentlicht worden: Laut Yayla habe es entgegen anderer Behauptungen keinerlei Veranlassung für das gewaltsame Einschreiten der Polizei gegeben: "Meiner Meinung nach hätte die Eskalation vermieden werden können, wenn die Polizei nicht so brutal gegen den Autofahrer vorgegangen wäre", so der Zeuge.

Auf der Webseite *derwesten.de* wird die Schwester des Verhafteten mit folgender Bemerkung zitiert: "Der Polizist war böse. Er hat vollkommen übertrieben und unnötig mit dem Pfefferspray rumgesprüht." Ob das so stimmt? Was wäre gewesen, wenn der Mann einfach seine Papiere überreicht hätte, wie das in Deutschland Brauch ist, wenn einen der Schutzmann darum bittet? Ach, Papperlapapp! Die Polizei muß in dieser Zeit endlich das Gebot der Stunde kapieren: Nett fragen, ja. Durchgreifen? Klares Nein.

Gegenüber der Staatsanwaltschaft hatte der 49-Jährige überdies angegeben, daß die Polizei ihm bei der Verhaftung mehrfach gegen den Kopf getreten habe - was allerdings auf den Videos einer ganz in der Nähe befindlichen Überwachungskamera nicht zu sehen sein soll.

Das Klagelied des Verhafteten in Verbindung mit der Aussage des Herrn Yayla zeigt jedenfalls Wirkung. Nun soll doch tatsächlich die Polizei vor den Kadi, wegen "übermäßiger Gewaltanwendung". Wie man hört, sollen rund 250 Zeugen bereitstehen, um ihre Aussage gegen die Beamten zu machen. Die Staatsanwaltschaft Duisburg hat bereits ein Verfahren gegen die betroffenen Beamten wegen Körperverletzung eingeleitet.

Wir merken uns also für die Zukunft: In Deutschland dürfen Recht und Gesetz nicht mehr unterschiedslos durchgesetzt werden. Der Schutzmann darf den Schwarzparker beziehungsweise den Schwarzfahrer freundlich ansprechen, ihn um die Papiere oder das Ticket bitten, muß ein deutliches Nein eines Verdächtigen dann aber als Antwort hinnehmen. Der Rechtsstaat basiert also ab sofort auf Freiwilligkeit. Ist die nicht gegeben, hat der Polizist halt Pech. Anfassen geht gar nicht und die gewaltsame Durchsetzung von Regeln ist nur noch dann akzeptabel, wenn es sich bei den Betroffenen um Bio-Deutsche handelt, von denen keinerlei Widerstand und auch keine Anzeige wegen Rassismus zu erwarten ist. Korrekt?

Die logische Folge wird sein, daß es unsere "Bullen" - aus Angst vor arbeitsrechtlichen Konsequenzen - in Zukunft einfach ganz bleiben lassen. Pech fürs Dorf, wie der Volksmund sagt. Ein ganz ähnlich gelagerter Fall von antideutscher Schnullipulli-Rechtsbeugung ereignete sich übrigens gestern in der Münchner S-Bahn. Auch hier sahen sich die Fahrkartenkontrolleure

gezwungen, einen Schwarzfahrer - unpassenderweise ein Mann mit dunkler Hautfarbe - aus dem Zugabteil zu entfernen. Da dies - aus nicht näher bekannten Gründen - nur mit erheblichem Kraftaufwand möglich war, wurde die Szene etwas unschön.

Zum Glück war auch hier eine Journalistin der *Huffington Post* zugegen (Natalija Miletic), die die ganze Situation filmte und danach ebenfalls von unnötiger und brutaler Gewaltanwendung durch das Bahn-Personal berichten konnte. Auf *Facebook* schreibt sie dazu: ... Rassismus! Rassismus! Rassismus!

Auch die Herren vom Sicherheitsdienst werden sich - wie im oben genannten Fall - bald vor Gericht verantworten und erklären müssen, warum sie überhaupt an diesem Tag ihrer Arbeit nachgehen wollten und ob sie den Mann nicht einfach - ob seiner mißlichen Lage - hätten laufen lassen können. Der Vorwurf lautet auf schwere Körperverletzung, wie erneut der *Focus* berichtet. In dem Bericht des Online-Magazins heißt es außerdem: "Im Netz machten daraufhin unter anderem Rassismusrwürfe gegen den Sicherheitsdienst die Runde." Was zu erwarten war. ...

Womöglich stehen überhaupt große Umschulungen bei Polizei und Sicherheitsdiensten an. Einen möglichen Titel für die Sensibilisierungskurse hat Heiko Maas ja bereits vor einiger Zeit - nur in etwas anderem Zusammenhang - vorgegeben: Nein heißt Nein!

Was Ihnen COMPACT zum Fall in Duisburg nicht vorenthalten will, ist ein kurzes Stimmungsbild aus den Leser-Kommentaren. In den Kommentarspalten geht es nämlich derzeit hoch her.

Hier die besten (weil repräsentativsten) zum Fall von Duisburg:

- Wie demotivierend für die Polizei ... Weiter so, kann ich da nur sagen ... irgendwann hat der Mob der Straße die Oberhand. Die Beamten können einem nur Leid tun.

Genau so muß es passieren. Die beteiligten Polizisten identifizieren und hart bestrafen. Wie können die es wagen, einfach so eine Verkehrskontrolle durchzuführen, wenn der zu Kontrollierende dazu gerade keine Lust hat. Außerdem haben doch 250 weitere Personen unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß man hier keine Polizei und schon gar keine Kontrollen oder Gesetze Deutschlands haben möchte. ... Ich glaube, es hackt. Justiz und Politik sollen sich gefälligst endlich hinter unsere ausführenden Organe stellen. Mir geht diese lasche Umgangsform gegen sich gegen unsere Gesetze stellenden Migrationsbürger, die meinen, sich hier alles herausnehmen zu können, gewaltig auf die Nerven. ...

Liebe Polizisten: Haltet durch. Ewig geht es bei Politik und Justiz so nicht weiter. Die deutschen Bürger brauchen Euch!

- Weigerung, sich auszuweisen, wüste Beschimpfungen und Provokationen des "Falschparkers" - und der Staatsanwalt ermittelt gegen die Polizei - warum steht der Staat nicht hinter seinen Beamten, bei Aussage gegen Aussage ohne Beweise steht man doch hinter den Gesetzeshütern und nicht hinter Gesetzesbrechern?

- Ich weiß, wir leben nicht in den USA oder Kanada. Da wird nicht lange gefackelt in solchen Situationen. Aber hier steht ja jeder Polizeibeamte/in bei jedem Einsatz mit einem Bein im Gefängnis. Haben wir schön den Linken und Grünen zu verdanken.

- Jeden Polizeibeamten kann man nur noch bedauern. Tagtäglich müssen die Beamten den Kopf für eine absolut verfehlte Politik hinhalten. Zum Dank werden sie noch strafrechtlich verfolgt, wenn sie mal etwas härter vorgehen müssen, um bestehende Gesetze durchzusetzen. Weshalb hat sich denn der kontrollierte Mann eigentlich nicht ausweisen wollen? Wird die Staatsanwaltschaft in diese Richtung auch aktiv, oder fällt das unter geringfügiges Delikt?

- Es gab eine Zeit, da reichte ein Schutzmann, hundert Randalierer zur Ordnung zu rufen. Der Respekt ist lange verfallen. Nun soll die Polizei das Land stabilisieren, das die Politik mutwillig zerstört hat. 250 gegen 50 ist das neue Verhältnis von Anarchisten gegenüber der Ordnung. Die nicht akzeptierte Ordnung wird aggressiv attackiert und schlägt dann doppelt aggressiv

zurück.

Man soll ja die Hoheit behalten über den sozialen Konflikt. Die bürgerliche Gesellschaft endet im neuen sozialen Chaos der Buntheit von Staatsgegnern, die bis in die Politik reicht. Ich wundere mich über den Idealismus der jungen Polizisten. Ich hätte lange aufgegeben: Ihr wollt Chaos: dann lebt mit dem Chaos.<<

30.06.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 30. Juni 2017 (x892/...): >>"Ehe" im Bundestag 30.06.2017: Abschied in Rekordgeschwindigkeit

Da soll doch noch jemand sagen, in der BRD werde nicht schnell und zielorientiert gearbeitet ... Innerhalb kürzester Zeit hat sich heute das BRD-Parlament aus Wertvorstellungen verabschiedet, die immer Grundlage des Zusammenlebens waren. Spätere Zeiten werden den heutigen Tag als denjenigen benennen, an dem der Bruch mit dem Naturrecht, dem BRD-Grundgesetz und unserer bisherigen Zivilisation vollzogen wurde.

Wir wollen unsererseits an dieser Stelle auf den erstaunlichen Zeitplan aufmerksam machen, der viel über die ganze Angelegenheit aussagt:

Heute morgen um **8.00 Uhr** wurde der Punkt der gleichgeschlechtlichen "Ehe" auf die Tagesordnung gesetzt.

Um **8.05** wurde das Gesetz den Abgeordneten bekanntgemacht bzw. vorgestellt.

Die Abstimmung begann um **8.59** Uhr.

Um **9.03** war der Gesetzesvorschlag "durch". 393 Abgeordnete stimmten dafür, 224 dagegen und 6 enthielten sich der Stimme.

In der Presse findet sich, die Vorsitzende der "CDU und Kanzlerin der BRD Frau Dr. rer. nat. Angela Merkel habe gegen das Gesetz gestimmt, gegen das sie den immer angekündigten Widerstand aufgegeben hat. ... Besonders wichtig zu wissen: Generalsekretär Peter Tauber stimmte mit ja zur Abschaffung der Ehe!

... Nicht abgegebene Stimmen aus der Union: Peter Beyer, Marlene Mortler, Volker Mosblech, Matthäus Strebl, Oswin Veith.

Enthaltungen aus der Union: Uda Heller, Silke Launert, Albert Weiler, Elisabeth Winkelmeier-Becker. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Juni 2017: >>**Kein Respekt**

Wie der Islam freie Gesellschaften unterwandert

Ein erstaunliches Buch einer Muslimin, die 1981 als Siebenjährige mit ihren Eltern aus Skopje/Mazedonien kam, sich hier integrierte, alle Freiheiten unserer Rechtsordnung zu nutzen lernte, sich zum Urfeminismus bekannte und nun gegen ihre Glaubensschwestern nicht nur zu Felde zieht, sondern sie als "Gefahr" bezeichnet. Der Titel "Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen" weckt Neugier und hält, was er verspricht, wenn auch manches etwas übertrieben idealistisch klingt.

Unter einem "Hidschab" total verschleierte Musliminnen bezeichnet sie provokativ als "gesichtslose Stoffsäcke". Das Buch ist übersichtlich gegliedert und beginnt mit "Lektionen in gelebtem Islam". Hier schildert die Autorin familiäre Probleme, wie sie sich vom Islam emanzipierte, vor ihrer Mutter in ein "Frauenhaus" flüchtete und sich der CDU anschloß.

Im Kapitel "Die muslimische Frau - immer nur ein Opfer?" bezeichnet sie diese als "Täterinnen", denn diese erziehen die Kinder: "Mütter erziehen die Jungs zu Prinzen und Machos, die Mädchen zu ergebenen Dienerinnen der Männer. Die Frauen sind die größten Unterdrücker der Töchter. Die Hand einer muslimischen Mutter fliegt schnell!" Während die Mädchen zur Keuschheit verdammt seien, dürften die Jungen ihre Triebe ausleben. "Nichtmuslimische Frauen sind Freiwild."

Dann wirft die Autorin einen Blick "Zurück in die Vergangenheit". "Wo immer der Islam Ge-

setz wird, wo immer der politische Islam die Macht ergreift, hält die Verhüllung der Frauen Einzug." Das war in Kairo so, in Bagdad, in Kabul, in Teheran. "Jüngstes Beispiel eines solchen Backlashs ist die Türkei." Hier erlebten wir direkt, wie eine ehemals säkulare Gesellschaft Schritt für Schritt konsequent islamisiert wird: "Kopftuch und Vollverschleierung sind die Leichentücher der freien Gesellschaft." Die Islamisierung übertrug sich auf europäische Großstädte wie Den Haag, London, Madrid, Paris oder Berlin.

"Wir haben den Kampf gegen den Hidschab schon fast verloren. Weil wir als Gesellschaft so tolerant sind." Noch konkreter: "Verschleierung bedeutet Islamismus, Salafismus, Fundamentalismus, Scharia und Dschihadismus. Sie bedeutet Geschlechter-Apartheid und Demokratiefeindlichkeit. Wieso das die deutschen liberalen Kulturrelativisten nicht sehen wollen, ist mir schleierhaft."

Nach dem Kapitel "Falsche Feministinnen" widmet Ramadani sich der "Gewalttätigen Religion" und beschreibt "den Glauben als Grundlage für den islamistischen Terror". Ihre Meinung: "Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." In einem historischen Rückblick erörtert sie die Frage, woher Rückständigkeit und Gewaltneigung bei Muslimen kommen. Nur das Alevitentum könne "ein friedlicher EU-Islam" sein. Erörtert wird auch das Problem, wie das "Scharia-Recht" langsam das "deutsche Rechtswesen" unterwandert, "Parallelgesellschaften" wie "Paralleljustizen" entstehen. Der Islam vertrete die Einstellung: "Ungläubigen schuldet kein Muslim Respekt" und "Deutsche Männer sind Weicheier".

Interessant ist auch der Blick auf die "Tabus der Muslimfunktionäre", die "nicht nach den Fehlern ihrer Glaubensbrüder" stöberten, eher die Radikalisierung aktiv förderten. Das letzte Kapitel heißt "Aus Fehlern lernen". Die Autorin fordert die Politik auf, Alternativen anzubieten. "Wir müssen den Willigen helfen, sich aus ihrer Unmündigkeit zu befreien - und die Unwilligen des Landes verweisen."

Ihr Fazit: "Einen diesen Staat und diese Gesellschaft ablehnenden, radikalen, vorgestrigen, unmodernen Islam brauchen wir nicht. Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." Als Vorbild propagiert sie Kanada und fordert, die "Deutsche Islam Konferenz" aufzulösen, für gescheitert zu erklären. Um "die radikalislamischen Einflüsterer und Haßprediger in den hiesigen Moscheen kontrollieren zu können, müssen wir per Gesetz festlegen, daß dort in deutscher Sprache gepredigt wird".

Zana Ramadani: *"Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen"*, Europaverlag, Berlin 2017, ... 262 Seiten ... <<

Juni 2017

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Juni 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/60-62): >>>Die Deutschland-Abschaffer

_ von Martin Müller-Mertens

Der Haß auf das eigene Volk gehört zur politischen DNA der Grünen. Ihre Ziele: Mehr Einwanderung, mehr Einbürgerungen und freie Bahn für Migrantengewalt.

Claudia Roth ist die Oma der Antideutschen. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut." Die gescheiterte Kulturstudentin und langjährige Managerin der Anarcho-Kultband Ton, Steine, Scherben hat nie durch intellektuelle Ausarbeitungen von sich reden gemacht, aber zielsicher und oft tränenreich den Zeitgeist an der Schnittstelle von Prosecco-Autonomien und Bionade-Bourgeoisie getroffen: Ein Herz für afrikanische Flüchtlinge, hoch die internationale Solidarität und ihr Evergreen "Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!" So rotiert sie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünenposten zum nächsten.

Haß 1989, Pleite 1990

... Mit "Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter" zogen die Grünen im Herbst 1990 in den Wahlkampf für den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Ihr Anliegen: Statt über

die ungeliebte Wiedervereinigung wollte die Partei über Umweltzerstörung und sauren Regen sprechen. Doch die demonstrativ zur Schau gestellte Gleichgültigkeit über das Ende der Teilung verfehlte in Westdeutschland mit nur 4,8 Prozent ihr Ziel. Dagegen konnte die ostdeutsche Partnerorganisation Bündnis 90 - die Deutschen votierten 1990 einmalig in zwei getrennten Wahlgebieten - von mageren 2,9 Prozent bei den Volkskammerwahlen im März auf 6,1 Prozent zulegen. Die erst drei Jahre später in den Grünen aufgegangene Bürgerbewegung hatte die Wetter-Parole nicht übernommen.

Wohl kaum ein Thema löst bei den Grünen eine solche Mischung aus emotionalem Haß und pseudointellektueller Verachtung aus wie das eigene Land. Dabei markiert die Wiedervereinigung keineswegs den Beginn, sondern einen ersten Höhepunkt antideutscher Ausbrüche.

"Für einen Gutteil der Westlinken war die deutsche Teilung die gerechte Strafe für Nationalsozialismus und Krieg und zugleich eine Vorkehrung gegen eine Wiederkehr der Gespenster der Vergangenheit", schrieb Ralf Fücks, 1989 bis 1990 einer von drei Grünen-Vorsitzenden und an der Vorbereitung des Wetter-Wahlkampfes unmittelbar beteiligt. Hinzu kamen äußerst eigennützige Überlegungen. "Die politische und kulturelle Dominanz der Toskana-Linken war in Gefahr."

Die Furcht vor einem erwachenden deutschen Nationalismus mochte 1990 einer zumindest subjektiv empfundenen Rationalität entsprechen. Tatsächlich erwies sich weder die vergrößerte Bonner noch die spätere Berliner Republik als das herbeihalluzinierte Vierte Reich. Statt den eigenen Irrweg zu korrigieren, steigerten die Grünen - wie praktisch die gesamte politische Linke - ihr Antideutschtum jedoch zu einem pathologischen Haß.

Insbesondere der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir - im Falle einer Regierungsbeteiligung vermutlich Vizekanzler - tat sich wiederholt mit rüden Ausbrüchen hervor. Seinen 2009 im Berliner Tagesspiegel wiedergegebenen Satz "In zwanzig Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin, und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt", bestätigte der heute 51-Jährige mittlerweile, will ihn jedoch ironisch gemeint haben. Die Worte "Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!" verharmlost Özdemir auch im Rückblick als unspektakulär.

Das Staatsbürgerschaftsmärchen

Die Strategie der Grünen hat sich dabei über die Jahrzehnte kaum verändert: Die eigenen Wünsche werden gebetsmühlenartig als Realitäten halluziniert, um anschließend die angeblich notwendigen Konsequenzen anzumahnen. "Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht", behauptete Claudia Roth, damals Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, im November 2004. Rund sechs Wochen vorher hatte sie mit der Erkenntnis brilliert: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut".

Im Zentrum der Multikulti-Forderungen stand dabei lange das Staatsangehörigkeitsrecht. Bis zum Jahr 2000 basierte es - mehrfach angepaßt - auf dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 und sah die Abstammung als entscheidendes Kriterium vor.

Im Gegensatz dazu forderten die Grünen nach ihrer Regierungsbeteiligung 1998 die automatische Einbürgerung von in Deutschland geborenen Ausländerkindern. "Wer hier geboren wurde, sollte Deutscher sein", faßte Jürgen Trittin, unter Rot-Grün Bundesumweltminister, noch 2016 in einem Gastbeitrag für den Spiegel zusammen und behauptete: "Deutschland schloß zu den europäischen Standards eines republikanischen Staatsbürgerschaftsrechts auf."

Dabei müßte Trittin wissen, daß dieses zentrale Argument schlicht falsch ist. "Es gibt EU-weit keinen einzigen Fall, wo diese Bestimmung (das Geburtsprinzip)bedingungslos zur Geltung kommt", räumt selbst die migrationsfreundliche Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen ein. Mehr noch: "In neun Staaten (Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Malta,

Polen, Schweden, der Slowakei und Zypern) wird das Territorialprinzip weder in allgemeiner Form noch als fördernder Faktor zum Staatsbürgerschaftserwerb herangezogen."

Köln? Nicht so schlimm

Das Bild des Ausländers als edlem Bereicherer darf dabei durch nichts gestört werden. So deuteten die Grünen die Belästigungssorgie durch Flüchtlinge und Migrantenbanden in der Kölner Silvesternacht 2015/16 routiniert zu einem Fall gewöhnlicher sexistischer Männergewalt um. "Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger", fabulierte der Hamburger Partei-Vize Michael Gwosdz auf Facebook. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth war ebenfalls umgehend zur Stelle, um das Wüten des Sexmobs zu relativieren. "Es gibt auch im Karneval oder auf dem Oktoberfest immer wieder sexualisierte Gewalt gegen Frauen", verkündete sie am 8. Januar 2016 in der Welt.

Statt um die belästigten Frauen sorgten sich auch die Grünen in der Domstadt nun vor allem um den vermeintlich guten Ruf der an den Rhein geströmten Asylanten. "Es ist hingegen unerheblich, welche Herkunft die Täter haben. ... Daher treten wir all denjenigen entgegen, die nun diese Übergriffe zur Hetze gegen hier lebende Flüchtlinge mißbrauchen wollen", hieß es in einer Erklärung der Kölner Ratsfraktion vom 5. Januar 2016.

"Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger."

Michael Gwosdz

Selbst die - seit der Asyllawine vielfach bekannt gewordenen - Kinderehen möchten die Grünen nicht pauschal ablehnen. Zwar gab sich die Partei in der Debatte - womöglich aufgrund der eigenen Vergangenheit mit Pädophilen - vergleichsweise einsilbig. Eine Presseerklärung aus der Bundestagsfraktion im September 2016 machte jedoch deutlich: "Das Problem von Kinderehen läßt sich bei näherer Betrachtung kaum durch einen Federstrich des Gesetzgebers lösen. ... Die Aufhebung einer Ehe auf Antrag eines Dritten oder des Jugendamtes gegen den tatsächlichen Willen der verheirateten Jugendlichen wäre allerdings ein schwerer Eingriff in deren Persönlichkeitsrechte." <<

07.07.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Juli 2017 (x887/...): >>Ein angemessener Trauerakt?

Die Flagge der EU paßte besser zu Kohls Sarg als die deutsche Helmut Kohl gilt zwar vielen als "Kanzler der Einheit", aber das Streben des selbsternannten politischen Enkels Konrad Adenauers galt weniger dem deutschen Nationalstaat als der heutigen EU.

Von daher war es passend, daß im vormittäglichen Teil der Trauerfeierlichkeiten die Flagge der EU seinen Holzsarg schmückte. Am Nachmittag zierte dann zwar doch noch die Bundesdienstflagge den Sarg. Aber der entsprechende Teil der Feier fand wenigstens nicht im ostelbischen Berlin, sondern im westrheinischen Speyer statt.

Im Kaiser- und Mariendom zu Speyer liegt zwar nicht der Frankenherrscher Karl der Große begraben, der gemeinsame Kaiser von Deutschen und Franzosen, aber doch diverse andere Kaiser des (ersten) Heiligen Römischen Reiches, das stärker als das von Berlin aus regierte (zweite) Deutsche Reich einen universellen abendländischen Anspruch hatte, wie ihn auch die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaften teilten.

In die Amtszeit Kohls fiel zwar die deutsche Vereinigung, aber niemand wird behaupten wollen, daß er langfristig daraufhingearbeitet hätte. Noch 1987 meinte er: "Die Lösung der deutschen Frage steht nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte." Zwei Jahre später gab es dann das Angebot aus dem Kreml. Kohl selber hat in anderem Zusammenhang von der "Gnade der späten Geburt" gesprochen.

Kohl wurde die Gnade zuteil, daß dieses Angebot in seine Kanzlerzeit fiel. Der studierte Historiker erkannte die Gunst der Stunde, und bei der Qualität des politischen Führungsperso-

nals der Bundesrepublik müssen die Deutschen dankbar sein, daß er sie nicht nur erkannte, sondern auch darauf verzichtete, sie bewußt auszuschlagen. Vielmehr griff er beherzt zu, was sich für ihn machtpolitisch in diversen gewonnenen Bundestagswahlen auszahlte.

Nicht unterschlagen werden sollte, daß Kohl – hier ganz in der Tradition Adenauers – dem Kreml den Verzicht auf Mitteldeutschland dadurch zusätzlich erschwerte, daß er dessen Integration in den Westen forderte. Zum Glück für die Deutschen blieb Michail Gorbatschow trotzdem bei seinem Angebot. Kohls Forderung auf die Westbindung hatte wenigstens den Vorteil, daß damit die USA für die Vereinigung gewonnen waren, denn deren Imperium wuchs dadurch um Deutschlands Mitte.

Bei allen unbestreitbaren Verdiensten um die deutsche Einheit sollte man nie vergessen, daß in Kohls Regierungszeit auch der widerstandslose Verzicht auf Ostdeutschland sowie die Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht fielen, dieses "Versailles ohne Krieg".

Zur Verteidigung Kohls wird zwar darauf verwiesen, daß, abgesehen davon, daß Deutschland am meisten vom Euro profitiere, Frankreichs Präsident François Mitterrand auf den Verzicht der Deutschen auf ihre D-Mark als Preis für die französische Zustimmung zur deutschen Vereinigung bestanden habe. Doch was hätte Paris angesichts des Einverständnisses Washingtons und Moskaus ausrichten können?<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schreibt am 7. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>>**Jeder Migrant ein Flüchtling?**

In der Zeit des Nationalsozialismus flohen viele Regimegegner und Juden aus Deutschland. Oft hatten sie Probleme, in sicheren Ländern Aufnahme zu finden. Aus diesem guten Grund heißt es im Grundgesetz: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht".

Asylrecht bedeutet in der ganzen Welt, daß ein Staat Verfolgte nach seinen Regeln Aufnahme gewähren kann, aber nicht, daß jeder, der behauptet, verfolgt zu sein, ins Land kommen darf und dort versorgt wird. Flüchtlingsschutz bedeutet, daß jeder, der im Nachbarland Opfer von Krieg oder Naturkatastrophen wird, befristet aufgenommen wird, aber nicht, daß man sich weltweit ein Land aussuchen kann, in dem man Zugang zu den Sozialsystemen erhält.

Die deutsche Abweichung von diesem globalen Standard hat seit 2015 zur Einwanderung von etwa 1,5 Millionen Menschen in den deutschen Sozialstaat geführt. Allein 2017 betragen die Kosten dafür über 50 Milliarden Euro. Aussicht auf Integration in Arbeitsmarkt und soziales Leben gibt es nur für wenige. Wegen eines falschen Verständnisses von Humanität und Asylrecht schafft sich unser Land ab. Wir müssen einsehen: nicht jeder Migrant ist ein Flüchtling und verdient Schutz.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Juli 2017: >>>**Der große Einwanderungsbetrug**

Merkel und Co. reden kurz vor den Wahlen über vermehrte Abschiebung und den Kampf gegen kriminelle Asylbewerber. Warum? Sie wollen der Bevölkerung mal wieder weismachen, die Regierung hätte alles im Griff. Doch jüngste Zahlen zeigen klipp und klar: Merkel und Co. betrügen dreist weiter!

Vollmundige Ankündigungen sind bei unseren Politikern gang und gäbe, wenn es um die Flüchtlingspolitik geht:

- Bundeskanzlerin Merkel forderte Ende letzten Jahres eine "nationale Kraftanstrengung", um abgewiesene Asylbewerber schnell zurückzubringen.
- Innenminister Marco Minniti (Italien) erklärte ebenso wortreich anfangs dieses Jahres: "Wir werden Abschiebungen systematisch steigern und damit eine klare Botschaft an alle senden, die nach Europa wollen."
- Ministerpräsident Stefan Löfven (Schweden) versprach, "die Möglichkeiten zu verbessern, Abschiebungen durchzusetzen."

Die Beteuerungen sind verständlich. Denn gut die Hälfte der in der Zeit der offenen Grenzen

nach Europa geströmten Migranten werden voraussichtlich nicht als Flüchtlinge anerkannt, schreibt 'Die Welt' am 20. Juni und fährt fort: "Doch das ist ein großer Selbstbetrug."

Immer weniger Abschiebungen trotz immer mehr Ausreisepflichtigen

Diesen "Selbstbetrug" hat nun die Europäische Stabilitätsinitiative (ESI) nachgewiesen. Ihre Zahlen zeigen den ganzen Betrug:

- Italien: 2014 wurden 3.495 abgewiesene Asylbewerber in ihre Herkunftsländer zurückgebracht. 2015 waren es nur noch 2.760. Und 2016 3.670. So viel zur "klaren Botschaft", die der italienische Innenminister angekündigt hatte.

- Schweden: 2014 wurden 1.285 abgewiesene Asylbewerber zurückgebracht, 2016 waren es mit 1.765 etwas mehr, "obwohl sich in der gleichen Zeit die Anzahl der Ausreisepflichtigen dramatisch erhöhte", schreibt 'Die Welt'.

- Deutschland: Das Gleiche gilt für unser Land: 2014 wurden 6.105 abgewiesene Asylbewerber zurückgebracht. 2015 dann nur noch 5.303 Rückschaffungen. 2016 dann wieder etwas mehr: 7.541, obwohl sie im gleichen Zeitraum um ein Drittel gestiegen waren. Abschiebungen gelingen eigentlich nur in Balkanstaaten. Von den 25.375 im Jahr 2016 aus Deutschland Abgeschobenen wurden lediglich 7.541 in Nicht-Balkanländer gebracht.

"EU-Länder sind überhaupt nicht in der Lage, eine große Anzahl von Leuten ohne Aufenthaltsrechte in ihre Herkunftsländer zurückzubringen", erklärt die ESI ohne Wenn und Aber und verbannt damit die vollmundigen Ankündigen von Merkel & Co. ins Reich der Volksverdummung.

Die Zukunft sieht noch schlechter aus!

Ist Besserung in Sicht? Denkste! Im Gegenteil: Die Asylbewerber, über deren Verfahren in diesem sowie in den nächsten Jahren entschieden wird, stammen viel weniger aus den kooperationswilligen Balkanstaaten, bei denen Rückführungen gut funktionieren, sondern großmehrheitlich aus afrikanischen und asiatischen Ländern, die bei Abschiebungen überhaupt nicht kooperieren.

Ein Beispiel gefällig? Nigeria ist das Land, aus dem im Augenblick die meisten Menschen nach Europa strömen. 521 Nigerianer wurden im vergangenen Jahr als Flüchtlinge anerkannt. 4.198 erhielten einen temporären Schutzstatus. 13.823 Asylanträge wurden abgelehnt. Abgeschoben wurden im gleichen Jahr aber nur 120 Nigerianer, berichtet 'Die Welt' weiter. Mit anderen Worten: Wer es aus Nigeria nach Europa schafft, kann de facto hierbleiben - auch wenn er Europa verlassen müßte. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Juli 2017: >>Die Goldene Hoftrompete für den Monat Juni geht an: DIE WELT

"Massenmedien haben die Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren und Entscheidungsträgern die öffentliche Meinung kundzutun. Darüber hinaus wirken sie durch Kontrolle und Kritik an der Meinungsbildung mit", schreibt die Bundeszentrale für politische Bildung.

Schöne Worte! Denn von "Kontrolle" und "Kritik" ist in unseren Medien kaum etwas zu lesen - vor allem nicht, wenn es um die Politik der Bundesregierung geht.

Um die Medien an ihre eigentliche Aufgabe zu erinnern, verleiht der Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten monatlich an besonders regierungsfreundliche Medien, Verbände oder sonstige Meinungsbildner die "Goldene Hoftrompete für besonders willfährige Regierungsberichterstattung".

Dieses Mal geht die Goldene Hoftrompete an Ulf Poschardt, Chefredakteur 'Die Welt', für seinen Artikel "Angela Merkel ist endlich da, wo sie stets sein wollte" (Die Welt, 29.5.17). Denn was Diederich Heßling für Kaiser Wilhelm, das ist Ulf Poschardt für die Bundeskanzlerin. Wie der "Untertan" in der legendären Verfilmung von Heinrich Manns Roman rennt er mit allzeit bereitem Enthusiasmus neben der Kutsche der angebeteten Herrscherin her, schwenkt unverdrossen seinen Hut und schreit "Hurra!" Und das schon seit vielen Jahren - Ulf

Poschardt ist ein echter Wiederholungstäter.

Mit dieser Jubelarie feiert er Angela Merkel als "inoffizielle Führerin der freien Welt" und "Ikone des Westens". Vor Merkels "Aura" verblassen glatt amerikanisch-russisch-britische Leichtgewichte wie Donald Trump, Wladimir Putin und Theresa May. Damit schießt er den Vogel ab. Angela Merkel als "archimedischer Punkt der liberalen Demokratie", um den "Politpopstars" wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der kanadische Premier Justin Trudeau sich balzend drängeln? Eine Hoftrompete allein reicht da gar nicht.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schreibt am 7. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>>**Denk ich an Deutschland in der Nacht ...**

"... dann bin ich um den Schlaf gebracht". So seufzte Heinrich Heine vor über 150 Jahren aus Paris in einem Brief an die geliebte Mutter im fernen Düsseldorf. Ich würde meiner Mutter heute schreiben: "... dann höre ich, wie Merkel lacht!" Heine mußte aus Deutschland fliehen, weil er Fürsten, Adel und Kirche kritisierte. Er wollte Demokratie und Gerechtigkeit. Ich würde am liebsten aus Deutschland fliehen, weil eine Frau zwar Fünfjahrespläne erfüllen gelernt hat, aber Deutschland gerade abgeschafft hat.

Wider besseres Wissen (?) ließ sie zu ...

daß ein ewig mißmutiger Schwabe den ewigen Schuldenmachern in Griechenland seit Jahren Milliarden Euros auf den Ouzo-Tisch schob und gerade wieder schiebt. Was sollte Merkel auch groß dazu sagen? Von Geld hat sie schon immer nie Ahnung gehabt; im Osten gab's nur "Alu", im Westen kassierte sie "plötzlich und unerwartet", ohne je einen Finger zu rühren, Staatsknete wie Lotto. Was also wird sie schon groß gedacht haben? Mir doch egal!

Wider besseres Wissen (?) ließ sie zu ...

daß unter frenetischem Jubel von Rot und Grün "endlich" die Kernkraftwerke in Deutschland abschalten mußten. Natürlich wußte sie, daß in Fukushima kein einziger Mensch durch irgend etwas "Verseuchtes" zu Tode gekommen war. Und sagte trotzdem "Ausstieg". Und so blechen die Deutschen heute immer mehr Millionen für eine Sonne, die trotz Klimaerwärmung nicht genug scheint. Für Windräder, die trotz Wind stillstehen, weil die Stromleitungen fehlen. Und damit wir nicht erfrieren, kaufen wir den teuren Atomstrom beim Nachbarn - verbrennen wieder Kohle - säen, ernten und verbrennen Raps und Mais für teuren "Bio-Sprit". Was Merkel in der Staatskarosse denkt: Mir doch egal!

Wider besseres Wissen (?)

öffnete sie im September 2015 angeblich "alternativlos" Deutschlands Grenzen, breitete die molligen Ärmchen aus: Kommt her zu mir, die ihr müßig und mit leerem Magen seid - ich will euch erquicken! Die Plüsch-Teddys flogen, Muttchen machte Selfies für's globale Fotoalbum. Germoney, for ever! Als es nach nur sechs Monaten schon eine Million war (und immer mehr wurden), muckte sie trotzig im kleinen Kreis: Mir doch egal!

Deutsche Grenz-Gesetze? Gebrochen. EU-Einreise-Gesetze? Gebrochen. Ihren Amtseid? Gebrochen. Und seitdem arbeiten die Deutschen für "Flüchtlinge", die keine sind. Und Merkel kaut seelenruhig weiter Fingernägel... Und Politiker von Schwarz über Rot bis Grün hämmern denen, die schon länger hier leben, weiter ein, daß sie ja kuschen sollen. Sonst kommen die Mainstream-Medien mit dem Nazi-Pranger.

Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann höre ich, wie Merkel lacht ...<<

14.07.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 14. Juli 2017 (x892/...): >>>"Was alles mit Linkssein nicht zu tun hat"

"Was alles mit Linkssein nichts zu tun hat:

Haß.

Hetze.

Gewalt.

Indymedia.
Steinewerfen.
Autos anzünden.
Molotow-Cocktails.
Molotow.
Lenin.
Stalin.
Beria.
Jeschow.
Jagoda.
Die Oktoberrevolution.
Die Tschistka.
Der Holodomor.
Robespierre.
Guillotine.
Vendee.
Der Realsozialismus.
Der Nationalsozialismus.
Die DDR.
Honecker.
Ceaurescu.
Die Stasi.
Mao.
Die Kulturrevolution.
Der Große Sprung nach vorn.
Die Roten Khmer.
Killing fields, Venezuela.
Kuba.
Che Guevara.
Kim I. bis III. und evtl. IV.
Die RAF.
Unterdrückung des Geistes.
Unterdrückung der Meinungsfreiheit.
Unterdrückung der Wirtschaftsfreiheit.
Unterdrückung der Eigeninitiative.
Unterdrückung überhaupt.
Der Kampf gegen rechts, sofern "Kampf".
(Michael Klonovsky 14.07.2017) ...<<

19.07.2017

BRD: Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krahl schreibt am 19. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>>Die NGO-Schlepper!

In Afrika und dem Nahen Osten sind etwa 65 % der Bevölkerung jünger als 30 Jahre. Sie hungern nicht, haben aber kaum Aussicht auf Wohlstand und Status. In Deutschland lebt die zweitälteste Bevölkerung der Welt in hohem Wohlstand.

Sollen der Wohlstand und der mit ihm zusammenhängende Frieden erhalten werden, muß die Einwanderung der jungen, nach Wohlstand und Status gierenden Männer aus Afrika und dem Nahen Osten verhindert werden.

Das genaue Gegenteil passiert: Europäische Marineschiffe und staatlich unterstützte Nichtregierungsorganisationen greifen die illegalen Migranten unmittelbar vor der afrikanischen Kü-

ste auf und schleppen sie nach Italien. Einmal in der EU, schlagen sie sich im deutschen Sozialstaat durch, wenn sie nicht gleich direkt per Flugzeug dahin "verteilt" werden. Wer einmal da ist, bleibt: die Anerkennungsquote von Nigerianern liegt, als Beispiel, bei 3 %, die Abschiebequote der 97 % Abgewiesenen ebenso.

Wie es anders geht, zeigt Australien. Wen die australische Küstenwache aufgreift, rettet sie - und bringt ihn anschließend in Camps außerhalb Australiens. Niemand, der versucht, illegal nach Australien zu kommen, wird als Asylant oder Flüchtling anerkannt: No way! Das Ergebnis: es gibt keine illegale Einwanderung mehr über das Meer. Und in Europa? Da rechnet man für dieses Jahr mit bis zu 400.000 Migranten aus Afrika. Damit wäre die Katastrophe vom Herbst 2015 zurück. Aus demselben Grund wie damals: weil die Politiker die Grenzen öffnen, statt sie zu schützen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. Juli 2017: >>**Muslime frohlocken: Kommt jetzt die Vielweiberei?**

Rasch noch vor den Sommerferien von Mutti Merkel aus wahltaktischen Gründen im Schnellverfahren durchgewinkt, schlägt die Einführung der "Ehe für alle" auch im Ausland hohe Wellen. Giuseppe Garcia, Medienbeauftragter des Bistums Chur (Schweiz), spricht im eidgenössischen 'BLICK' Klartext.

"Ehe für alle ist Ehe für keinen", erklärt Garcia in einem Gastbeitrag des Schweizer 'BLICK' und wirft dem deutschen Staat absolute Beliebigkeit vor. Und er geht noch einen Schritt weiter:

Wenn der Staat die Ehe zwischen Männern und Männern, Frauen und Frauen sowie zwischen allen anderen von linker Seite postulierten Sexualformen anerkennt, welche Argumente will er dann gegen die Vielehe, die Ehe von einem Mann und vielen Frauen anbringen?

"Wenn es tatsächlich so ist, daß in Zukunft 'Ehe für alle' gilt, dann auch für drei Männer und drei Frauen. Auch sehr behaarte Männer mit der Befähigung, mehrere Ehefrauen zu pflegen und mit ihnen diverse Kinder zu zeugen, dürfen nicht länger diskriminiert werden. Und es darf ihnen, sollte die eine oder andere Gemahlin noch im Ausland verweilen, der Familiennachzug nicht verwehrt werden", erklärt Garcia weiter.

Es stellt sich damit die Frage, ob die "Ehe für alle" nicht ein weiterer Schritt nicht nur in Richtung Auflösung der traditionellen Familie, sondern auch ein weiterer Schritt in Richtung Islamisierung unseres Landes ist. Aus gut unterrichteten Quellen ist jedenfalls bekannt, daß islamische Kreise in Deutschland die "Ehe für alle" begrüßen, weil sie ein weiterer Schritt in Richtung Anerkennung der Vielweiberei und der Scharia ist.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schreibt am 19. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Blau, die Farbe fürs Herz**

Was ist der Unterschied zwischen CDU-Merkel und SPD-Schulz? SIE hat keinen Bart! ER kaut keine Fingernägel. Soweit man weiß.

Zwischen FDP-Lindner und dem GRÜNEN Özi? Der Christian hat die Haare schöner. Hat ja auch mindestens 10.000 Euro gekostet; der Knick in Cem's Pupille wäre wohl teurer.

CSU-Seehofer und die SED-LINKE Wagenknecht? Er kann besser Merklin-Eisenbahn. Aber Sarah ist eindeutig hübscher geschminkt. Jedenfalls besser als Honecker.

Ansonsten? Wie unterscheiden sich die sechs Parteien, die Deutschland im Griff haben? Natürlich, durch die Farben: Merkel-Schwarz, Schulz-Rot, Honecker-Rot, Geld-Gelb, Regenbogen-GRÜN, Weißbläulich. Ansonsten? So, wie ZK-Berlin und MAINSTREAM befehlen. Deutschland muß weg!

Gut, bei der CDU nur jene, die immer noch von HEIMAT schwafeln. Bei der SPD, wer noch von LEITKULTUR murmelt. Bei der FDP alle, die mal liberal-national dachten. Bei den GRÜNEN nur die SCHWEINEDEUTSCHEN, also fast alle. Bei den SED-LINKEN die Kapitalistenschweine, also alle. Und bei der CSU? Nur jene obstinaten Bayern, die mal Franz-

Josef Strauß bis zum absoluten Gipfel nachkraxelten.

Was also bleibt den Deutschland-Deppen? Die immer noch nicht ausgetauscht sind? Die immer noch ausharren im Land der Dichter und Denker? Des Schwarzen Goldes, der Grünen Wälder? Wen sollen sie wählen am 24. September? N o c h dürfen sie ja so frei sein in der Kabine...

Also wen sollen die wählen, die schon länger hier leben?

Blau! Die Farbe, die das Herz wieder beruhigt. Wenn es um Deutschland geht. Die Farbe der AfD ist Blau ...<<

21.07.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juli 2017 (x887/...): >>Ein "Mordsweib"?

Ungesund und fatal ist die Beziehung der Deutschen zu ihrer Kanzlerin

Ihr lieben Deutschen, was fasziniert euch an dieser Frau? Das Äußere kann es eher nicht sein, aber das ist geschenkt. Sicher, man kennt sich. Man hat sich aneinander gewöhnt. Aber diese bedingungslose Hingabe? Ihr seid ihr verfallen. Es ist eine mörderische Beziehung. Diese Frau nimmt Euch aus. Sie tut Euch nicht gut. Sie fährt mit Euch Schlitten und noch dazu voll gegen die Wand. Es ist ein Rätsel.

"Angela Merkel wird immer beliebter", freut sich die "Zeit". Die Wochenzeitung präsentiert eine Infas-Umfrage, nach der sich 36 Prozent der Wähler für die Kanzlerin "richtig begeistern". Infas-Chef Menno Smid staunt: "Wir haben die Intensität einer affektiven Haltung gemessen. Eine solche Messung ist gegenüber kurzfristigen Themeneinflüssen erfahrungsgemäß robust." Sprich: Dies ist mehr als eine Schwärmerei. Heiß und innig sind die Gefühle für die Angebetete.

"Frau Merkel, Sie sind ein Mordsweib", begeisterte sich einer ihrer zahllosen Fans jüngst in Essen. Die Kanzlerin sprach in der dortigen Philharmonie über "Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert". Um Deutschland ging es ihr dabei weniger. Als Weltkanzlerin präsentierte sich die lila Beblazerte an diesem Abend. Sie wolle Wohlstand für alle und das rund um den Globus. Kaum einer ihrer Sätze endete ohne Beifall.

Zur Fragerunde erhob sich ein Mann, der sich als Unternehmer und Vater von vier Kindern vorstellte. Sie nehme zwar oft Bezug auf Ludwig Erhard, erklärte dieser kritische Denker, aber ob ihr denn nicht bewußt sei, daß dieser sich nur für den Wohlstand in Deutschland verantwortlich gesehen habe. Erhard habe sicher nicht geglaubt, daß Deutschland berufen sei, auch zum Beispiel für den Wohlstand in Afrika zu sorgen.

Leider folgte kein Moment der Klarheit im Publikum. Der Mann wurde ausgebuht. Merkels Antwort enthielt dann unter anderem einen Verweis auf das Römische Reich. Der antiken Großmacht sei es immer gut gegangen, wenn sie statt auf Abschottung auf Ausgleich mit den Nachbarn gesetzt hätte. Einen Multi-Kulti-Exzeß namens Völkerwanderung erwähnte sie nicht: "Zahllos wie die Funken des Ätnas", so der Zeitzeuge Ammianus Marcellinus, strömten die germanischen "Flüchtlinge" im vierten Jahrhundert nach Christus ins Reich. Auch aus christlicher Nächstenliebe waren sie hereingelassen worden. Sie brachten Gewalt, Chaos und Niedergang.

Der Althistoriker Alexander Demandt hat mit "Das Ende der alten Ordnung" einen lesenswerten Aufsatz darüber geschrieben. Aber zurück zur Magna Mater, zur großen Mutter: Muttis Sicht auf die Geschichte ist ebenso zweckorientiert wie vieles andere. Fakten stören da nur. Und sie kann es sich leisten. "Eine Mutter kann nicht abgewählt werden", hat der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz schon vor einigen Jahren im Hinblick auf die Wahlerfolge Merkels festgestellt. Er attestierte den Deutschen eine Sehnsucht nach Mütterlichkeit.

Sein Kollege Tilman Moser spricht vom "regressiv eingerastetem Vertrauen". Mit kindlichem Urvertrauen begegnen die Deutschen ihrer Angela Merkel. Sie werden bitter enttäuscht wer-

den.<<

22.07.2017

BRD: Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtet am 22. Juli 2017 (x953/...):

>>**Lügen die Medien?**

Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung.

von *Jens Wernicke*

Ein neues Buch aus dem Rubikon-Umfeld geht der Frage nach: Lügen die Medien? Zu Wort kommen die Journalisten Walter van Rossum, David Goeßmann, Ulrich Teusch, Volker Bräutigam, Ulrich Tilgner, Stephan Hebel, Werner Rügemer und Eckart Spoo. Die Wissenschaftler Noam Chomsky, Daniele Ganser, Rainer Mausfeld, Uwe Krüger, Jörg Becker, Michael Walter, Erich Schmidt-Eenboom, Klaus-Jürgen Bruder und Kurt Gritsch. Sowie mit Maren Müller, Hektor Haarkötter, Sabine Schiffer, Gert Hautsch, Rainer Butenschön, Markus Fiedler und Daniela Dahn wichtige Stimmen aus der Zivilgesellschaft.

Die Mehrheit der Bürger vertraut den Medien nicht mehr. Der Begriff der Lügenpresse geistert durchs Land. Viele haben erkannt: Eine von Konzerninteressen, Hochglanzwerbung und politischer Agitation à la "Deutschland geht es so gut wie nie zuvor" (Angela Merkel) geprägte "Berichterstattung" hat mit ihrer sozialen Realität nichts mehr gemein. Eine "Kernschmelze des Vertrauens" (Edelman Trust Barometer 2017) findet statt.

SPD-Urgestein und Herausgeber der *NachDenkSeiten* Albrecht Müller kritisiert die Medien daher als "Kampfpresse". Nach seinen Worten sind die Medien zu Sprachrohren der Mächtigen verkommen und stehen Gewehr bei Fuß, wenn es etwa um die Legitimation von Sozialabbau geht.

Andere Medienkritiker werfen den Medien sogar Propaganda vor und verweisen auf eine Berichterstattung, die kein Problem damit hat, entgegen journalistischer Standards mit Lügen den Weg in eine Politik zu ebnen, für die Kriege und das Anstacheln von Feindseligkeiten selbstverständlich geworden sind.

Fest steht: Die Einseitigkeit und Parteilichkeit vieler Medien ist kaum mehr zu ertragen. Wenn selbst führende Politiker inzwischen eine "erstaunliche Homogenität" (Frank-Walter Steinmeier) und mangelnde Meinungsvielfalt der Presse beklagen, wird deutlich: Wir befinden uns in einer tiefgreifenden Krise, die nicht länger hinzunehmen ist.

Doch warum? Was sind die Probleme und Ursachen? Und ist ein ehrlicher und ausgewogener Journalismus überhaupt noch denk- und vorstellbar?

Der Medienmainstream beantwortet diese Fragen üblicherweise mit Aussagen wie "Wir sind nicht gesteuert, Fehler passieren jedem einmal," oder verortet die Krisenursachen mit der Behauptung "Das ist doch alles Verschwörungstheorie!", beim Publikum selbst.

Eine umfassende und vielstimmige Medienkritik tut daher not. Eine Kritik, die den Bürgern die "intellektuellen Waffen" (Pierre Bourdieu) an die Hand gibt, derlei Ausflüchte und Entmündigungsversuche als das zu erkennen, was sie sind. Eine Medienkritik, die für die Bürger Partei ergreift und sich bewußt ist, daß "die Propaganda für die Demokratie (dasselbe ist) wie der Knüppel für einen totalitären Staat" (Noam Chomsky).

Jens Wernicke hat mit zahlreichen Medienexperten über die verschiedenen Facetten der Krise gesprochen und sucht nach Lösungen und Auswegen. Das Resultat ist ein unverzichtbares Kompendium der Medienkritik.

Buchtitel: "*Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung*". *Das Medienkritik-Kompendium ...* Westend-Verlag ...<<

26.07.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. Juli 2017: >>**Unqualifiziert und radikal!**

Horch, was kommt denn von draußen rein?

Noch nie kamen so viele Zuwanderer nach Deutschland wie im Jahr 2015 und 2016. Woher kommen sie? Was wollen sie? Und wer muß sich wem anpassen?

"Horch, was kommt denn von draußen rein? Hollahi, hollaho! Wird wohl mein feins Liebchen sein...", heißt es in einem alten Volkslied. Der vor kurzem erschienene Migrationsbericht des BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) zeigt jedoch, daß es sich bei den eingereisten Asylsuchenden nicht um ein "feins Liebchen" handelt!

Im Gegenteil:

Zwar erklärt das BAMF, daß 2015 offiziell (die Dunkelziffer ist weit größer) "nur" 890.000 Flüchtlinge eingereist sind.

Insgesamt wurden 2015 in Deutschland jedoch 2,14 Millionen Zuzüge registriert. Die wichtigsten Herkunftsländer dabei: Syrien und Rumänien.

Diese enormen Zahlen verändern unser Land. Das ist im Alltag immer deutlicher spürbar. Und da 85 Prozent der Asylbewerber in Deutschland bleiben möchten und 80 Prozent sich sogar die deutsche Staatsangehörigkeit wünschen, muß die Frage erlaubt sein: Wen lassen wir hier ins Land - und was kommt dann? Und vor allem: Wer und wie viel Hunderttausende und Millionen werden durch den damit möglichen Familiennachzug nochmals nach Deutschland einreisen?

Jung und ungebildet

Laut BAMF sind 62 Prozent der Asylbewerber beruflich nicht qualifiziert, ein Viertel hat sogar gar keine oder nur eine Schulbildung von weniger als vier Jahren. Besonders bei Flüchtlingen aus dem Irak und Syrien sind die Qualifikationen sogar noch schlechter. Dabei sind sie normalerweise männlich und jünger als 35 Jahre. 25,4 Prozent haben nur schlechte oder gar keine Deutschkenntnisse.

Diese Zahlen lassen wenig Hoffnung auf eine erfolgreiche Zukunft bei uns zu. Und was macht das mit dem "Einwanderungsland Deutschland"?

Deutschlands Zukunft

Die genannten Zahlen stammen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie von Universitäten. Man muß dort also wissen, was Angela Merkels Politik für unser Land bedeutet und wohin dieser Weg führt.

Wenn wir diese Politik nicht schnell korrigieren, steht uns eine düstere Zukunft bevor. Wir müssen heute handeln, um Deutschlands Zukunft zu sichern!

Integration und Religion

Für Migranten läßt sich allgemein zeigen, daß sich sozial schwache Schichten auch nach Generationen noch viel stärker der Heimatkultur zugehörig fühlen.

Wenn man wissen möchte, was uns in den nächsten Jahren blüht, lohnt sich ein Blick auf die Türken in Deutschland. Sie leben oft seit Generationen hier und gelten als strahlendes Beispiel für Integration. Doch ein Blick auf die Zahlen zeigt die Wirklichkeit.

So stimmen 57 Prozent der befragten Türken der ersten Generation in Deutschland der Aussage "Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe" zu. 25 Prozent rechtfertigen sogar Gewalt im Namen des Islam. Und die zweite und dritte Generation schätzen sich sogar als noch religiöser ein als ihre Eltern. Sie gelten zwar als besser integriert, legen aber deutlich weniger Wert auf eine Anpassung an die deutsche Kultur.

Türken in Deutschland ...

67 % aller Türkeistämmigen sehen sich als sehr religiös.

73 % aller Türkeistämmigen wollen, daß Bücher und Filme, die Religionen angreifen und die Gefühle tief religiöser Menschen verletzen, verboten werden.

76 % aller Türkeistämmigen finden, daß eine Bedingung für gute Integration ist, wenn man selbstbewußt zu seiner eigenen Kultur bzw. Herkunft steht.

Saudi-Arabien finanziert deutsche Salafistenszene

Laut Verfassungsschutz unterstützen mehrere religiöse Organisationen aus Saudi-Arabien, Kuwait und Katar die deutsche Salafistenszene. Ziel ist die Verbreitung des fundamentalistischen Islams. Daß Salafisten Gewalt nicht abgeneigt sind, ist jedem bekannt. Mit der ungestraften Finanzierung von radikalen Predigern und Moscheen, die Ausgangspunkt und Kontaktzentren für Terroristen sind, wird die Sicherheit der deutschen Bevölkerung riskiert. Wieso unternimmt die Bundesregierung nichts gegen diese Finanzierung aus Saudi-Arabien? Sind für Frau Merkel und Co. die Wirtschaftsinteressen wichtiger als die Sicherheit der eigenen Bevölkerung?<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krahl schreibt am 26. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Fake-Politik

Was sind die wirklich wichtigen Themen, die unser Land bewegen und unsere Zukunft entscheiden? Zuwanderung, islamischer Terrorismus, Währung, Energie, Familie, Finanzierung der Sozialsysteme! In all diesen Bereichen hat die etablierte Politik versagt.

Um davon abzulenken, propagiert sie Fake-Themen und schüchert die Bevölkerung mit angeblichen Gefahren ein: Klimawandel, Rußland, Trump. Und jeden, der sich lieber um die wirklich wichtigen Dinge kümmert statt um die Fake-Themen, beschimpft sie als "Rechtspopulisten". Das anzusprechen, was unser Land prägt, wird zu einem Akt des Mutes, denn die relevanten Themen sind alle tabuisiert: sie sind "politisch inkorrekt".

Kein Land kann sich einen Kampf gegen die Wirklichkeit leisten. Kein wirkliches Problem wird durch Wegschauen gelöst. Entweder gelingt es, offen über das zu streiten, was wichtig ist - oder in allen wichtigen Themen werden die gewinnen, denen es nicht um das Wohl Deutschlands, sondern seine Zerstörung geht.<<

28.07.2017

BRD: Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtet am 28. Juli 2017 (x1.076/...): >>Was ist wahr - die Photosynthese oder die Geschichte vom Klimakiller CO2?

Das beweist die Photosynthesereaktion in den Pflanzen. Sie beschreibt, wie die Pflanzen mit Hilfe von Sonnenlicht die zum Leben nötige Energie in den Pflanzenzellen gewinnen:

Aus Kohlendioxid CO₂ + Wasser + Sonnenenergie wird Zucker + Sauerstoff

Das CO₂ wird durch die Blätter aus der Luft aufgenommen, die Sonnenenergie ebenfalls durch die Blätter, das Wasser kommt über die Wurzeln in die Zellen. Bei der Produktion von Zucker aus CO₂ und Wasser (Energiespeicher für Sonnenenergie) in den Pflanzenzellen wird Sauerstoff frei, der über die Blätter an die Atmosphäre geht. Der Zucker (und seine Folgeprodukte Stärke, Zellulose ...) liefert die Energie für alle Lebensvorgänge und zum Wachsen der Pflanze, für Samen usw.

Der Mensch lebt vom Umkehrprozeß der Photosynthese:

Zucker + Sauerstoff reagieren zu Wasser + CO₂ + Energie

Der Mensch nimmt den von den Pflanzen erzeugten Energiespeicher Zucker auf über den Magen und den Sauerstoff über die Lunge. Bei der Reaktion von Zucker und Sauerstoff in der menschlichen Zelle wird Energie frei zur Erhaltung aller Lebensvorgänge. Als Reaktionsprodukte entstehen Wasser und CO₂, die über die Lunge ausgeschieden werden. Diese biologischen Reaktionen in den Zellen setzen immer die Anwesenheit von Reaktionsbeschleunigern (Enzymen) voraus. Auch die Verrottung abgestorbener Pflanzen ist ein Umkehrprozeß der Photosynthese.

Fazit:

Ohne CO₂ gibt es keine Pflanzen auf der Erde, ohne Pflanzen gibt es keinen Sauerstoff in der Luft, den die Pflanzen in Milliarden Jahren bei der Photosynthese erzeugt haben. Den Sauerstoff, der bei der Photosynthese durch Abspaltung vom H₂O erzeugt wird, brauchen die Tiere

zum Leben ebenso wie die Menschen.

Daß CO2 keine merkbare Klimaerwärmung bewirken kann, ist in dem Aufsatz "Der Einfluß der Wolken auf das Klima" beschrieben (www.adew.eu/Berichte/Klima).

Der von Politik und Medien mit riesigen Geldmitteln geführte Kampf gegen Kohlendioxid ist purer Irrsinn und wird als Argument für die Globalisierung benutzt. In der BRD, in Politik, Medien und Teilen der Wirtschaft hält man die oben beschriebenen Naturgesetze für nicht zutreffend, da es hier viele Profiteure des CO2-Wahns gibt. Ohne CO2-Wahn wäre eine kräftig sprudelnde Geldquelle für diese Leute in Instituten, Industrie, Landwirtschaft, Banken usw. verstopft.<<

31.07.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 31. Juli 2017: >>"Viel Zeit bleibt Deutschland nicht mehr"

Bürgerliche Reformpartei oder Rechtsaußen-Truppe? Der AfD-Bundestagskandidat Marc Jongen, der den Medien als der "Denker" der Partei gilt, mahnt zu einem haarscharfen Kurs jenseits der Anbiederung, aber diesseits übertriebener Widerstandsrhetorik.

Herr Dr. Jongen, die AfD ist 2013 als bürgerlich-konservative Alternative der Mitte gestartet, heute gilt sie dagegen als populistische Rechtspartei. Ist diese Beschreibung eine Verleumdung der Medien oder trifft sie zu?

Marc Jongen: Mit der AfD hat sich politischer Widerstand gegen den Ausverkauf Deutschlands durch unsere moralisch und geistig korrupten Eliten formiert. Das war 2013 schon so "populistisch" wie heute - dieser Begriff wurde auch schon der Lucke-AfD angeheftet, ebenso wie der Begriff "rechts". Daß der Ausverkauf Deutschlands mehr Dimensionen hat als nur die monetäre, das war bereits bei Gründung der Partei für viele sichtbar. Insofern sind inzwischen nur Themen explizit gemacht worden, die von Anfang an im Widerstandspotential der AfD angelegt waren.

Verneinen Sie, daß die Partei sich verändert hat?

Jongen: Nein, mir ist nur die Allerweltsdiagnose "Rechtsruck" dafür zu simpel und zu denunziatorisch. Wenn man den Mainstream-Medien und dem politischen Gegner Glauben schenkte, müßten die Funktionäre der AfD längst in SA-Uniformen durch die Straßen marschieren und "Sieg Heil!" brüllen, so oft wurde der Partei bereits ein "weiterer Rechtsruck" angedichtet. Das Ganze ist ein sehr durchschaubares - und sehr schmutziges - Mittel des politischen Kampfes hierzulande: Wo die Argumente des Gegners gefährlich werden, weil sie zu sehr ins Schwarze treffen, dort stellt man von Argumentieren auf Diffamieren um. Und mit nichts diffamiert es sich in Deutschland bekanntlich besser als mit der Nazi-Keule.

"Es gilt 'rechts' von 'rechtsradikal' zu befreien"

Also alles Verleumdung der Medien?

Jongen: Eine gründliche und ehrliche Analyse ergibt doch, daß der thematische Hauptschwenk, den die AfD vollzogen hat, nämlich vom Euro-Thema hin zum Migrationsthema, ganz wesentlich mit der Veränderung der politischen Großwetterlage zu tun hat. Als im Sommer 2015 die Migrationskrise dank Angela Merkels Rechtsbrüchen mit voller Wucht über uns hereinbrach, wollte auf Wahlveranstaltungen der AfD kein Mensch mehr etwas über die Finanz- und Währungskrise hören. Wenn Sie einen Rohrbruch haben, zugleich aber der Dachstuhl brennt, dann werden Sie auch alle Kräfte auf den Brand als das weitaus größere Problem konzentrieren.

Nun wird das aber als Verschiebung der AfD nach rechts wahrgenommen. Was bedeutet das für ihre strategische Positionierung auf dem Schachbrett der Politik?

Jongen: Langfristig ist der Begriff "rechts" zu rehabilitieren und von der Gleichsetzung mit "rechtsradikal" zu befreien, wie sie der "Kampf gegen Rechts" perfiderweise suggeriert. Dazu muß die linke Diskurshegemonie aber erst gebrochen werden. Und im politischen Kampf be-

deutet Überhastung zumeist, das Gegenteil des Beabsichtigten zu erreichen.

Abgesehen davon habe ich nicht den Eindruck, daß unser Wahlprogramm besonders "rechts" wäre. Nach den politischen Maßstäben, die bis vor wenigen Jahren noch allgemein gegolten haben, ist es viel eher als klassisch bürgerlich und grundvernünftig zu bezeichnen. Am "revolutionärsten" ist noch unsere Forderung nach mehr Volksabstimmungen, aber auch hier dient uns die stocknüchterne bürgerliche Schweiz als Vorbild. Der Eindruck der Rechtslastigkeit entspringt einer optischen Täuschung: Wenn eine CDU-geführte Regierung Politik nach der linksradikalen Parole "No borders, no nations" macht, dann geraten Verfassungstreue, Grenzschutz und politische Vernunft eben unter den Verdacht des "Rechtsextremen".

"Da die Politik irrsinnig ist, müssen wir drastisch sein"

Ihren Ruf, nach rechts gewandert zu sein, verdankt die AfD allerdings kaum einer anspruchsvollen konservativen Argumentation - Stichwort: "Diskurshehe brechen" -, sondern politischen Provokationen. Ist das eine kluge Strategie?

Jongen: Wie gesagt hat die AfD ihre Schwerpunktsetzung und ihre Rhetorik den veränderten politischen Verhältnissen angepaßt. Da diese Verhältnisse nur noch als irrsinnig zu bezeichnen sind, müssen auch die Worte, die sie anprangern, drastisch sein. Das war und ist eine politische Notwendigkeit. Ich verhehle allerdings nicht, daß ich angesichts mancher unbedachten Äußerung von Parteifreunden in letzter Zeit öfter den Kopf geschüttelt habe.

Einige scheinen es für einen besonders klugen Schachzug zu halten, exakt dem Klischee zu entsprechen, das der politische Gegner auf uns projiziert. Ich bin nicht gegen gezielte Provokationen, aber diese sollten intelligent und entwaffnend sein, nicht die üblichen Beiß- und Abwehrreflexe auslösen. Damit machen wir es dem Gegner zu einfach und verspielen völlig unnötig Sympathien.

Sie sprachen ja einmal von der mangelnden "Thymosspannung" in Deutschland, die die AfD wieder heben solle. Thymos bezeichnet bei Platon neben Logos und Eros eine der drei Motivationen des Menschen; wobei Thymos die Gemütslage ist. Allerdings ist die AfD anders als zu Beginn heute kaum mehr Ausdruck einer spontanen Unzufriedenheit - also einer Thymoshebung - in der Mitte der Gesellschaft, sondern Vertreterin der grundsätzlichen Unzufriedenheit lediglich einer konservativen oder rechten Minderheit. Spielt diese Veränderung eine Rolle?

Jongen: Man sollte politische Momentaufnahmen nicht als Endzustände fehlinterpretieren. Nach monatelangem Aufschwung geht die AfD derzeit durch eine sehr schwierige Phase. Die regierenden Altparteien und die geballte Macht der staatstragenden Medien haben sich verschworen, um uns totzutreten. Unsere Etablierung als feste politische Größe in Deutschland wollen sie mit allen Mitteln verhindern, solange sie noch eine Chance dazu sehen. Daher verbreiten sie das Narrativ, wir verträten nur ein paar Radikale und Abgehängte. Umfragen zeigen aber, daß die Mehrheit im Volk in vielen Belangen im Grunde den AfD-Positionen zuneigt.

Unsere politische Aufgabe wird in nächster Zeit hauptsächlich darin bestehen, dieser noch zweifelnden, schweigenden Mehrheit klarzumachen, daß wir es sind, die in Wahrheit ihre Interessen vertreten. Wenn dieser Funke überspringt, dann können unsere Zustimmungswerte rasch wieder sehr stark ansteigen. Dann kann auch, um auf Ihre Frage nach dem Thymos zu antworten, das weit verbreitete diffuse Unbehagen im Volk in eine neue Aufbruchsstimmung umschlagen. Eine AfD als Volkspartei wird die Zuversicht vermitteln, daß ein grundsätzlicher Wandel möglich ist.

"Mit dem Populismus darf man es nicht zu weit treiben"

Apropos Volk: Anfangs wehrte sich die Partei gegen den Begriff Populismus. Heute verwendet ihn etwa Parteivize Alexander Gauland selbst, um die AfD zu beschreiben. Was bedeutet dieses Bekenntnis zum Populismus?

Jongen: Wie Sie selbst schon andeuten, kommt Populismus von "Volk". Ebenso wie der Begriff Demokratie. In diesem Sinn ist es nicht ehrenrührig, Populist zu sein. Die sogenannten Populisten sind oft nur die besseren Demokraten, weil sie Volkes Wille noch ernst nehmen. Es ist schon ein groteskes Schauspiel, wie diejenigen, die mit Eifer an der Entmachtung des Volkes als politisches Subjekt und langfristig auch an seiner Abschaffung als ethnische Größe arbeiten, die AfD des Populismus beschuldigen.

Darin verrät sich eine große Geringschätzung des Volkes, das von denselben Leuten, allesamt gute "Demokraten", ja auch gerne als "Pack" oder "Pöbel" beschimpft wird. Allerdings darf man es mit dem Bekenntnis zum Populismus auch nicht zu weit treiben. Dazu behält der Begriff trotz allem zu viele negative Konnotationen. In keiner Partei in Deutschland geht es wohl weniger populistisch zu als in den Fachausschüssen der AfD. Dort wird mit viel Sachverstand und Herzblut um die richtige Position gerungen. "Und uns nennen sie Populisten ...", habe ich in solchen Fachausschuß-Sitzungen schon des öfteren gedacht.

Wenn die AfD durchaus auch ein anspruchsvoller "Debattierclub" ist, warum verlassen dann immer mehr Bürgerliche die Partei, und warum verteidigen immer mehr bürgerliche Sympathisanten die AfD öffentlich nicht mehr?

Jongen: Ganz so stimmt das nicht. Mit Nicolaus Fest und Erika Steinbach haben sich in letzter Zeit zwei dezidiert bürgerliche und sehr angesehene Persönlichkeiten zur AfD bekannt - der eine als aktives Mitglied, die andere als Unterstützerin. Richtig ist aber, daß sich viele unserer insgeheimen Sympathisanten momentan nicht trauen, ihre Sympathien offen zu bekunden. Dazu ist das Meinungsklima zu verhetzt, die möglichen Repressalien sind zu bedrohlich. Manche mag auch das ungeschickte Auftreten einiger AfD-Funktionäre verschreckt haben, ich wage aber die These, daß dies kaum eine Rolle spielte, wenn es nicht im Hallraum der feindseligen Medien ins Zehn- und Hundertfache verstärkt würde.

Warten wir bitte ab, was nach der Bundestagswahl geschieht, wenn die AfD sich als politische Größe weiter etabliert hat und etwa der De-facto-Boycott der öffentlich-rechtlichen Talkshows gegen die AfD nicht länger durchzuhalten ist. Ich prophezeie einen Dominoeffekt im bürgerlichen Lager zu unseren Gunsten.

Aber nur eine AfD, die auf die Mitte zielt - indem sie auf den konservativen Teil der Wähler dort einwirkt -, ist gefährlich. Eine Partei, die wie derzeit nur das Segment der Konservativen und Rechten binden kann, ist dagegen keine Bedrohung, weil alle anderen Parteien zusammen sie isolieren und am Rand verhungern lassen können.

Jongen: Da sehe ich schon Handlungsbedarf, aber keinen Grund zur Panik. Als einzige Oppositionspartei im Land, die wir sind, müssen wir offenkundig zwei Extreme vermeiden: Erstens uns den Altparteien zu sehr anzubiedern und damit unseren widerständigen Stachel zu verlieren. Zweitens aber auch, die Widerstandsrhetorik derart zu übertreiben, daß wir es den anderen unmöglich machen, mit uns zusammenzuarbeiten. Zwar ist mit dem aktuellen Führungspersonal in CDU und FDP, geschweige denn in der SPD, keinerlei Kooperation möglich, und die Parole "Merkel muß weg!" gilt ohne Einschränkung.

Aber wir dürfen bei aller berechtigten Polemik nicht vergessen, daß auch die CDU - gerade die CDU - wandlungsfähig ist, und sollten uns schon jetzt für den Tag rüsten, da ihre komatöse bürgerliche Seele wieder aufwacht. Inzwischen gilt es, das sogenannte Overton Window - also den Bereich des politisch Sag- und Durchsetzbaren - mit großer Beharrlichkeit in unsere Richtung zu verschieben. Das schafft man nicht mit möglichst radikalen Parolen, sondern indem man die für uns Empfänglichen einen Schritt außerhalb des Bereichs abholt, wo sie momentan noch stehen.

"Viel Zeit bleibt Deutschland nicht mehr"

Die Frage allerdings, ob die AfD mit der CDU koalieren soll oder nicht, steht doch gar nicht zur Debatte - und zwar von seiten der CDU. Dennoch ergeht sich die AfD in einem internen

Streit über diese Frage. Lebt sie nicht mehr in der Realität?

Jongen: Diesen Streit zur Unzeit halte ich auch für unglücklich. Man sollte diese Fragen dann behandeln, wenn sie aktuell werden. Vielleicht hilft ein Blick über die Grenze: In Österreich ist die FPÖ trotz oder gerade wegen ihrer Isolierung durch alle anderen Parteien über die Jahre hinweg immer stärker geworden. Übrigens auch trotz aller Diffamierung als "Rechtsaußen". Im letzten Jahr hätte sie um ein Haar den Bundespräsidenten gestellt, und heute ist sie stärkste Partei in den Umfragen.

Ganz soviel Zeit bleibt uns in Deutschland wohl nicht mehr, aber die politischen Realitäten sind anzuerkennen, und diese weisen uns ohne Wenn und Aber die Oppositionsrolle zu. Um so schneller werden wir stark genug zum Regieren sein, je einiger wir sind und je weniger wir der Versuchung erliegen, die bösen Diffamierungsspiele, die unsere mächtigen Gegner mit uns spielen, parteiintern zu wiederholen.

Dr. Marc Jongen ist Bundestagskandidat und mit Ralf Özkara gleichberechtigter Landesvorsitzender der AfD in Baden-Württemberg.<<

02.08.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. August 2017: >>**Milliardengeschäft Asylindustrie**

Die Asyl-Masseneinwanderung ist ein Milliardengeschäft.

Für die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Asyl-Immigranten sind allein im Bundeshaushalt 21,6 Milliarden Euro für 2016 und 21,3 Milliarden im laufenden Jahr veranschlagt. Die Länder planen mit zusammengenommen 19,8 Milliarden Euro für 2016 und 15,6 Milliarden für 2017.

Abzüglich der Ausgleichszahlungen des Bundes zur Entlastung der Länder und Kommunen ergibt sich die stolze Summe von 62,2 Milliarden Euro für zwei Jahre.

Die kumulierten Kosten werden für das nächste Jahrzehnt von einigen Wirtschaftsinstituten auf bis zu 55 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

Die tatsächlichen Asylkosten liegen noch höher. Die Ausgaben der Kommunen werden von den Ländern nicht vollständig übernommen. Rund 700.000 Asyl-Immigranten sind nach Abschluß ihrer Verfahren bereits im Hartz-IV-System gelandet; Hunderttausende werden noch folgen. Der Familiennachzug wird die Zahl der Transferempfänger zusätzlich hochtreiben. Folgekosten wie höherer Aufwand für Polizei, Justiz, Infrastruktur, Wohnungsbau und Verwaltung sind in der Rechnung noch gar nicht enthalten.

Die direkten Zahlungen an Asylbewerber sind nur ein kleiner Teil dieser Ausgaben. Der Löwenanteil geht an ein Netzwerk von Asylprofiteuren: Unterkunftsbetreiber, Sozialdienste, Betreuer, Caterer, Sicherheitspersonal, Rechtsanwälte, Dolmetscher, Bauunternehmen, Handwerker, Lieferanten von Material und Einrichtung usw.

Das Geld, das den Bürgern dafür entzogen wird, fehlt an anderer Stelle.

Von einem "Konjunkturreffekt" kann also keine Rede sein. Vielerorts landen teuer angeschaffte Betten und anderes Inventar bereits wieder auf dem Müll.

Besonders lukrativ ist das Geschäft mit "unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen" (UMF): Zwischen 3.000 und 5.000 Euro monatlich kostet jeder Einzelne Städte und Kommunen - auch wenn er sich wegen der besseren Bleibeperspektive nur so ausgibt. Das sind bis zu 60.000 Euro jährlich, ein Vielfaches der Leistungen für einen Hartz-IV-Empfänger. Für 2016 schätzt der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) die Gesamtausgaben allein für UMF auf 2,7 Milliarden Euro.

Das Netzwerk

Die großen Wohlfahrtsverbände - DRK, Caritas, Diakonie, AWO - sind zugleich Lobbyisten in eigener Sache: Über ihre politischen Beziehungen - ein Drittel aller Mitglieder des Bundestags hatte 2012 zugleich eine Leitungsfunktion bei Diakonie oder Caritas - und mit Öffent-

lichkeitskampagnen "gegen Rassismus" üben sie Druck auf Politik und Gesellschaft aus, damit ihre lukrative Klientel weiter wächst und nicht durch Abschiebungen oder restriktivere Asylpolitik kleiner wird.

Caritas und Diakonie sind der weltweit größte private Arbeitgeberverbund mit 1,5 Millionen Beschäftigten und 45 Milliarden Euro Jahresumsatz. Als Hauptprofiteure der Asylkrise haben sie ihre Position noch weiter ausgebaut. Weit über 90 Prozent ihres Budgets sind staatliche Mittel oder kommen aus den Sozialversicherungen, nur etwa fünf Prozent aus der Kirchensteuer, der Rest aus Spenden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. August 2017: >>>Die NGO-Schlepper

Eine "Situation wie 2015" solle sich nicht wiederholen, versprechen Bundeskanzlerin Angela Merkel und die CDU in ihrem Bundestags-Wahlprogramm. In der Tat: Statt in endlosen Kolonnen über die "Balkanroute" kommen die illegalen Einwanderer jetzt, gut verborgen vor den Augen der Öffentlichkeit, auf dem Seeweg über das Mittelmeer. Rund hunderttausend sind in diesem Jahr schon in Italien angekommen, Millionen sitzen in Nordafrika bereits auf gepackten Koffern.

Sogenannte "Nichtregierungsorganisationen" (NGOs) haben daran entscheidenden Anteil:

Rund 40 Prozent der Migranten sind auf ihren Schiffen in italienische Häfen gebracht worden. Unter dem humanitären Vorwand der "Rettung" Schiffbrüchiger hat sich eine gut geölte Migrations-Maschinerie etabliert, bei der kriminelle Banden im gesetzlosen Libyen und professionell ausgerüstete Moral-Unternehmen Hand in Hand arbeiten.

Reihenweise werden illegale Einwanderer in Libyen von lokalen Schleusern auf einfache Schlauchboote gepfercht und ein paar Kilometer auf See an den Rand der libyschen Hoheitsgewässer verfrachtet, wo sie von den humanitären Schleusern übernommen und in abgeschirmten italienischen Häfen auf EU-Gebiet gebracht werden. Von dort verteilen die italienischen Behörden sie in abgeschiedene Übergangslager, wo sie nur darauf warten, ins gelobte Merkel-Land weiterzuziehen.

Fährverkehr mit "Wassertaxis"

Ein regelrechter Fährverkehr: Die NGO-Flotte hat sich seit 2014 vervielfacht und operiert nicht mehr vor der italienischen, sondern direkt vor der libyschen Küste. "Wie Taxis" würden die "Retter" von den durch ihre Schleuser gut instruierten Migranten gerufen, berichtet die EU-Grenzschutzagentur "Frontex" und spricht von "möglicher Komplizenschaft".

Das ist noch zurückhaltend formuliert. Faktisch besorgen die vermeintlichen "Retter" das Geschäft der organisierten Schlepperbanden. Die Abholung der menschlichen Fracht vor der libyschen Haustür reduziert ihren Aufwand enorm und macht das Geschäft noch profitabler. Die NGO-Schiffe unterlaufen zudem alle Bemühungen der libyschen Küstenwache, aufgegriffene Migranten zurück ans Festland zu bringen.

Mitunter liefern sie sich mit dem Küstenschutz regelrechte Wettfahrten, um den Illegalen ihr Ticket nach Europa zu sichern. Die deutsche Organisation "Sea-Watch" setzt sogar ein - von der Evangelischen Kirche gesponsertes - Suchflugzeug ein und entwickelt eine Smartphone-App für noch bessere Vernetzung.

Mit der "Rettungsgarantie" - außer den NGOs ist ja auch noch die europäische Mission "Sophia" und die italienische Marine da - können die Kriminellen zudem noch mehr Migrationswillige anlocken, ihr Glück zu versuchen. Die Toten, die im Mittelmeer ertrunken sind, weil sie doch nicht rechtzeitig aufgegriffen wurden - fast 2.400 allein in diesem Jahr - gehen auch auf das Konto derer, die sie anlocken.

Und das sind nicht nur die angeblichen "Retter", die ganz offen erklären, daß es ihnen in Wahrheit darum geht, unbegrenzte Einwanderung zu ermöglichen.

Sondern auch die Politik von Bundeskanzlerin und Bundesregierung, die von einer Begren-

zung der Asyleinwanderung nichts wissen will, mit großzügigen Sozialleistungen lockt und kaum einen abgelehnten Asylbewerber je zurückschickt.

... und die verantwortlichen Politiker schauen zu

Die EU und die europäischen Regierungen spielen ein doppeltes Spiel: Sie geben vor, gegen Schlepper und Schleuser zu kämpfen, aber EU-Marineeinheiten, die schiffbrüchige Migranten aufnehmen, schaffen diese ebenfalls auf EU-Gebiet. Immerhin sind sie angewiesen, die Schlepperboote zu zerstören - aber die sind leicht ersetzbar.

Gegen die NGO-Schiffe, die mit den Schleusern kooperieren und ihnen ihre Boote sogar zurückbringen, schreitet bislang aber keine europäische Regierung ein. Von EU-Seite werden die selbst ernannten "Retter", die ihre Aktivitäten noch laufend ausweiten, sogar ausdrücklich gelobt. Der Beschluß, die Lieferung von Schlauchbooten und Bootsmotoren nach Libyen zu verbieten, ist ein Witz - typische EU-Symbolpolitik zur Einlullung der Bevölkerung.

Doch die Lage spitzt sich zu. In Italien sind die Lager voll, an die hunderttausend Illegale drängen sich dort. In der Bevölkerung wächst der Unmut und setzt die Regierung unter Druck. Sie droht, die Häfen zu schließen, die Illegalen mit Visa auszustatten und nach Deutschland weiterzuschicken. Österreich will gegen die absehbare neue Migrationswelle seine Grenze nach Italien militärisch sichern.

Italien will eine Verteilung der Illegalen auf die übrigen EU-Staaten erzwingen. Die Kanzlerin hat schon Zusagen gemacht, SPD-Kanzlerkandidat Schulz findet das sowieso gut. Beide wollen die osteuropäischen Staaten, die sich weigern, Migranten aufzunehmen, die sie nicht eingeladen haben, über die EU zum Mitmachen zwingen. Die Spaltung Europas vertieft sich.

Die Alternative: Die Mittelmeerroute schließen

Von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kommen, wie von seinem österreichischen Amtskollegen, zwar kritische Worte zu den NGOs, aber keine Taten. Die italienische Justiz ermittelt gegen mehrere Organisationen, denen sie vorwirft, sich sogar von den libyschen Kriminellen bezahlen zu lassen. Die deutsche Justiz läßt sie im Stich. Dabei sind deutsche Organisationen unter den humanitären Schleusern am stärksten vertreten, ihre Schiffe - derzeit sechs - sind das größte Kontingent.

Um die Fortsetzung der Asylkrise zu vermeiden, müssen die Seewege für illegale Migration geschlossen und aufgegriffene Illegale ausnahmslos zurückgeschickt werden.

Wenn Australien das auf dem weiten Pazifik schafft, sollte die EU auf dem überschaubaren Mittelmeer das auch können.

Weil kein Migrant die Passage nach Australien mehr wagt, ist in diesem Jahr auch kein einziger ertrunken.

In Österreich wird diese Lösung offen diskutiert. In Deutschland tritt dafür nur die AfD ein. Wer den Wahnsinn und das Sterben auf dem Mittelmeer beenden will, hat bei der Wahl im September eine Alternative.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. August 2017: >>Afghane darf bleiben - "sonst bringe ich Deutsche um"!

Asylbewerber, die nicht zurück nach Afghanistan wollen, sondern es vorziehen, in Absurdistan zu bleiben, sollten sich diesen Zauberspruch merken: "In einem Monat bin ich wieder da. Und dann bringe ich Deutsche um!"

So drohte der Afghane Asef N. vor zwei Monaten in Nürnberg, als ihn Polizisten in Abschiebehaft nahmen. Für Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) war die Sache klar: Wer sich so äußere, habe jegliche Aussicht auf Duldung verspielt.

Nicht in Absurdistan!

Offensichtlich weil Asef N. Deutsche umbringen wollte, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einem neuen Asylverfahren zugestimmt. Damit ist eine Abschiebung von Asef N. auf Sankt Nimmerlein vertagt.

Der Fall des Afghanen hatte bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Asef N. war (und ist) illegal im Land. Polizisten holten den 21-Jährigen aus einer Nürnberger Schule, um ihn der Abschiebung zuzuführen. Vor der Schule rotteten sich linke Chaoten und Mitschüler zusammen und versuchten, die Abschiebung mit Gewalt zu verhindern. Die Polizei setzte Hunde ein.

In der Asylindustrie fand Asef N. einen findigen Advokaten.

Der schaffte es, daß der Fall neu aufgerollt werden muß. Die absurde Begründung für das neue Asylverfahren: Durch die Berichte in den Medien habe der Afghane einen höheren Bekanntheitsgrad erlangt. Dieser setze ihn der Gefahr aus, in seinem Heimatland durch radikale Islamisten verfolgt zu werden.

Ein Freibrief geradezu für Asylbewerber und ihre Unterstützer, durch öffentlichkeitswirksame Randalen den Bekanntheitsgrad in die Höhe zu treiben, um der Abschiebung zu entgehen!

Wo bitte genau gehts nach Absurdistan?

Folgen Sie der Ausschilderung nach Nürnberg, alte Südkaserne. Das ist der Sitz des BAMF.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schreibt am 2. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Merkel kam, sah und säuselte: Kommet her, die ihr müßig und geladen seid, ich will euch erquicken ... Endlich, Germoney. Gelobtes Land! Es regnete kein Manna wie einst auf die Israeliten, aber Euro-Taler. Und so meldeten die Smartphones ins fernste Afrika: Hier ist gut sein, hier laßt uns Hütten beklaun. Und Frauen: Fast alle blond, fast alle halb nackt, alles Ungläubige, alles Fleisch. Die Männer? Schwul und schlapp ...

Merkel konnte ja nicht wissen, daß von den anderthalb Millionen höchstens zehn Prozent aus dem Krieg kamen. Das hat ihr kein Klops im Kanzleramt gesagt. Wäre ja auch eh immer auf "Mir doch egal" rausgelaufen. Und überhaupt, was kümmert's Honeckers Musterschülerin, wenn das Pack heult: "Wir schaffen das nicht!?" Pack heult immer. Früher sogar nach Freiheit und Bananen ...

Merkel konnte nicht wissen, daß man eine 1.000 Kilometer kurze deutsche Grenze genauso schließen kann wie eine 6.000 Kilometer lange in China vor 1.000 Jahren. So konnte sie auch nicht wissen, daß mit den "Flüchtlings" jede Menge Knackis, notgeile Bengel und Böcke kamen, die sich wie in "Allahs 7. Himmel" fühlen mußten, als sie die vielen "Jungfrauen" in den prallen Blusen und platzengen Jeans sahen. Die von GRÜNEN/ROTEN Gender/Innen längst auf Weibisch dressierten "Memmen" waren/sind sowieso Luft für wahre Moslem-Männer. Wenn die Weicheier Glück haben ...

Und so schreien jeden Tag "Frauen" von 8 bis 80 um Hilfe, ohne gehört zu werden. Oder lassen es - nicht selten mit der Machete an der Kehle - stumm über sich ergehen. Um dann von einer Dame namens "Justitia" zynisch gemessert zu werden, warum sie gar nicht ... oder nicht laut genug geschrien haben ... Und so sammeln Mutchens-Söhnchen Freisprüche und Bewährungen wie deutsche Landser einst Orden im Krieg.

"Allgemeine Verunsicherung?" War nur eine Band in den Achtzigern. Heute? Allgemeine Wahlen. Noch frei ...<<

04.08.2017

BRD: Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtet am 4. August 2017: >>Sure 2 Vers 106

Ein zentrales Instrument zum Verstehen des Korans

Der Koran ist nicht selbsterklärend. Vieles muß hinterfragt, interpretiert und erläutert werden. Viele Aussagen im Text lassen sich andernfalls in keinen logischen Zusammenhang bringen. Ein zentrales Instrument zum Verstehen des Korans ist die Abrogation.

Von Prof. em. Dr. Kees Versteegh, Universität Nijmegen, Niederlande

"Wenn wir einen Vers (aus dem Wortlaut der Offenbarung) tilgen oder in Vergessenheit gera-

ten lassen, bringen wir (dafür) einen besseren oder einen, der ihm gleich ist. Weißt du denn nicht, daß Gott zu allem die Macht hat?"

Dieser Vers beinhaltet den wichtigsten Hinweis im Koran auf das Prinzip der Abrogation. Dieses Prinzip heißt auf Arabisch "naskh" und bedeutet wörtlich: Tilgung, Ersetzung. Es beschreibt Gottes Entscheidung, eine Regel durch eine neue abzulösen.

Die Botschaft des Islams im Ganzen, so kann man sagen, abrogiert alle früheren Offenbarungen Gottes an andere Gemeinschaften. Muslime glauben, daß das Christentum und das Judentum wahrhaftige Religionen repräsentierten, dennoch seien sie durch eine bessere - nämlich den Islam - ersetzt worden. Somit stellt der Islam für Muslime die letzte Offenbarung Gottes an die Menschheit dar.

Das Prinzip der Abrogation findet aber auch innerhalb des Korans Anwendung. Gemäß dem eingangs zitierten Vers, gebietet Gott den Gläubigen manchmal, etwas zu tun, und dann offenbart er zu einem späteren Zeitpunkt ein neues Gebot, das dieses frühere aufhebt.

Das Prinzip der Abrogation stellte die Theologen vor ein Problem. Sie konnten nicht glauben, daß sich der göttliche Wille ändern sollte. Deshalb argumentierten sie, Abrogation solle nicht auf die Verse selbst angewendet werden, sondern nur auf deren Inhalt.

Für Rechtsgelehrte war das Problem weniger drängend, da sie mit der Verfahrensweise vertraut waren, daß sich Regelungen auch ändern können. Für das islamische Recht wurde die Abrogation zu einem wesentlichen Bestandteil. Für Korankommentatoren wurde ihr Studium unverzichtbar. Wenn zwei unterschiedliche Regeln nebeneinander existierten, war es zwingend erforderlich zu wissen, in welcher chronologischen Reihenfolge sie offenbart wurden. Jeder offenkundige Widerspruch konnte dann so aufgelöst werden, daß eine Regel die ältere ist und durch die neuere ersetzt wurde.

Ein Beispiel: Anfänglich teilte Mohammed den Gläubigen mit, Gott wolle, daß sie sich beim Gemeinschaftsgebet in Richtung Jerusalem aufstellten. Nach der Auswanderung nach Medina aber brachte Mohammed eine Offenbarung (Sure 2 Verse 142 bis 143), wonach sich die Gläubigen beim Gebet in Richtung Mekka wenden sollten.

In Sure 2 Vers 184 heißt es, man dürfe eine Verletzung der Fasten-Pflicht kompensieren, indem man für jeden Tag, an dem man das Fasten gebrochen hat, einen armen Menschen speist. Der nachfolgende Vers 185 erwähnt diese Möglichkeit nicht mehr. Er wird daher von einigen Korankommentatoren als Abrogation des vorherigen Verses verstanden. Ihnen zufolge wurde die Möglichkeiten der Kompensation getilgt.

Ein weiteres Beispiel: Zu Beginn von Sure 9 wird ein zeitlicher Aufschub im Kampf gegen die Ungläubigen bekannt gegeben. Nach Ablauf der Frist soll der Kampf wieder aufgenommen werden.

Korankommentatoren vertraten die Ansicht, nach Ablauf dieses Aufschubs seien alle existierenden Verträge mit den Ungläubigen annulliert. Mithin seien alle früheren Verse abrogiert, die von Versöhnung und Waffenruhe zwischen Muslimen und Nichtmuslimen sprechen.

Dieser Interpretation folgen allerdings nicht alle Korankommentatoren. Wie die meisten anderen Forderungen, die auf Basis einer Abrogation erhoben wurden, wurde auch diese Gegenstand von Diskussionen.

Die Diskussionen dauern bis heute an und werden inzwischen im Internet fortgeführt. Auf der einen Seite stehen die Hardliner, die behaupten, alle Verse, die Gewaltlosigkeit predigten, seien abrogiert, und allen Muslimen obliege es, den Dschihad gegen die Ungläubigen zu führen. Auf der anderen Seiten stehen die Gemäßigten, die diese Abrogation ablehnen und betonen, die Botschaft des Islams sei eine der friedlichen Koexistenz.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 4. August 2017: >>Über den Gipfeln ist Ruh‘.

Das verstörende Werk des Gelehrten Rolf Peter Sieferle

Thomas Schmid

Die liberale Diskursmaschine funktioniert nicht immer gut. Zuweilen wird sie sogar unversehens zu einer Diskursverhinderungsmaschine. Anders als manche Verschwörungsgläubige annehmen, steht dahinter aber keine Absicht, kein Plan. Es auch ist keine Machenschaft. Vielmehr sind Bequemlichkeit, Opportunismus, Herdentrieb und der feste Wille am Werk, keinesfalls in gedankliche Sphären vorzudringen, in denen es ungemütlich werden könnte. Lange schon gibt es einen liberalen und linken Konformismus, eine scheinbar heile Welt derer, die sich auf der aufgeklärten Seite des Ufers wähnen. Ein besonders absurdes und blamables Beispiel dafür hat dieses Milieu in den vergangenen Wochen und Monaten im Umgang mit einem Buch des 1949 geborenen Historikers, Soziologen und Philosophen Rolf Peter Sieferle geliefert.

Wenige Monate nach seinem Suizid im September 2016 kam unter dem Titel "Finis Germania" eine nachgelassene Schrift Sieferles auf den Markt. Sie erschien im Verlag Antaios von Götz Kubitschek, einem der Ideengeber der zumindest rechtsnationalistischen "Identitären Bewegung".

In der Tat, die keine hundert Seiten lange Schrift paßt ins Programm des Verlages. Kaum jemand hätte das Buch beachtet - wäre es nicht dank eines Jurors auf eine Bestenliste für Sachbücher gekommen und wäre es nicht auch noch auf der Bestsellerliste des "Spiegel" aufgetaucht. Schnell setzten in den Feuilletons Aufgeregtheit und Empörung ein, ein Distanzierungswettrennen begann. Dem Autor, einem größeren Publikum bislang gar nicht bekannt, wurde Rechtsradikalismus und Antisemitismus bescheinigt.

Unmittelbar nach Sieferles Tod hatte Gustav Seibt in der "Süddeutschen Zeitung" den Verstorbenen noch als einen großen Wissenschaftler, als fast alleinigen Erfinder eines neuen Fachgebiets, der "Naturgeschichte der Gesellschaften", gepriesen und geschrieben: "Sieferle war ein unerschrockener, immer rationaler Denker, der sich auch dann nicht aus der Ruhe bringen ließ, wenn er apokalyptische Möglichkeiten erwog. Konservativ war allenfalls sein Bewußtsein für natürliche Grenzen." Und er verglich ihn, den Autor eines Gutachtens für die Bundesregierung, mit den Humboldts, die einst den preußischen Staat berieten.

Als nun "Finis Germania" erschienen war, sah es Seibt auf einmal anders. Aus dem großen Autor war nun "ein zunächst einmal ernsthafter Wissenschaftler" geworden, dem von Seibt ein "erschreckender und bestürzender Absturz" bescheinigt wurde. Ein derart toxisches Buch habe auf einer Besten- oder Bestsellerliste nichts verloren. Das begründete Seibt unter anderem so:

Das Buch sei "eine Störung des öffentlichen Gesprächs, die nicht ungefährlich ist, vor allem, weil das Buch natürlich in die Hände von Leuten fallen kann, die gar nicht theoriebildend zu denken imstande sind". Wo kämen wir in unserer Gesellschaft hin, wenn unliebsame Bücher in die Hände von denkunfähigen Menschen fielen?

Die liberale Öffentlichkeit war sich schnell einig: Rolf Peter Sieferle ist in der Welt des Geistes fortan eine Persona non grata. Und er wurde zum Verzweifelten, zum klinischen Fall erklärt. Ein Autor der FAZ mutmaßte, eine Krebserkrankung und die drohende Erblindung habe ihn in den Tod getrieben. Dabei gab es, wie Freunde von Sieferle versichern, weder eine schwere Augenerkrankung noch einen lebensbedrohlichen Krebs.

Wer war Rolf Peter Sieferle? Fest steht, daß er 1968 für kurze Zeit dem Vorstand des "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS) in Heidelberg angehörte und daß er zuletzt einigen Ansichten der AfD nahestand. Sein Werk spiegelt diese unterschiedlichen Positionen. "Finis Germania" etwa ist eine lockere Ansammlung von Skizzen, Glossen und Aufzeichnungen. Das schmale Buch enthält etliche prägnante Aphorismen, etwa über das hohe Tempo, in dem Erzeugnisse des technischen Fortschritts veralten und zu Schrott werden. Oder Sarkastisches über den Zivilisationsmüll, der die Strände der Welt bedeckt.

Der Mensch, sagt Sieferle, könne doch stolz darauf sein, daß selbst an den entferntesten Ge-

staden der Welt die Spuren seiner Werke zu finden sind: "Jede Plastikflasche ein Liebesgruß unserer Mitbürger." Der Ton des Buches ist düster, angestrengt übt sich der Autor in Zynismus. Eine europäische Endzeitstimmung weht durch die Seiten. Deutschland, wie der Westen insgesamt, verfügte "über keine normativen Reserven im Sinne von Gemeinwohlorientierung mehr", es werde vielmehr "das Programm des atomistisch-individualistischen Universalismus bis in die letzte Konsequenz hinein verfolgt".

Bis zum äußersten reizt den Autor der hochtönende Moralismus der Fortschrittlichen, die ständig von Verantwortung reden, tatsächlich aber an der Zerstörung herkömmlicher Bindungen arbeiteten. Etwas pathetisch und schwül heißt es: "Die Auflösung der Familie schneidet das Individuum von seinen Ahnen, von der Geisterwelt, vom Absoluten ab.

Es verbleibt ein Elementarteilchen in einem endlosen kalten und finsternen Raum." Im Verfolg ihrer Emanzipationsinteressen untergruben die atomistischen Individuen schließlich alle Ordnung, es beginne der Kampf aller gegen alle: "Der Naturzustand steht am Ende, nicht am Anfang der bürgerlichen Gesellschaft. Nachdem das Aas des Leviathan verzehrt ist, gehen sich die Würmer an den Kragen."

Das klingt nach Untergang des Abendlandes und dem altbekannten geistesaristokratischen Degout gegenüber dem Pöbel, der nur auf Lust aus sei. In der Tat, diese "Nachtgedanken", wie Rüdiger Safranski das Buch genannt hat, stehen in kulturpessimistischer Tradition. Zum Skandal wurden sie aber, weil der Autor die These vertritt, die anhaltende bundesdeutsche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und vor allem mit dem Holocaust sei nicht ehrlich. Sie betreibe kein aufrichtiges Gedenken, sondern funktionalisiere den Holocaust für heutige Zwecke.

Die Sakralisierung von Auschwitz sei ein "Versuch, innerhalb einer vollständig relativistischen Welt ein negatives Absolutum zu installieren, von dem neue Gewißheiten ausgehen können". Doch dabei bleibt Sieferle nicht stehen. Es fallen elende Sätze wie "Du sollst keinen Holocaust neben mir haben", und es ist von "den ominösen sechs Millionen" ermordeter Juden die Rede.

Sieferle ist hier nicht weit von der rechtsradikalen Argumentationsfigur entfernt, die zu Nurnoch-Tätern stigmatisierten Deutschen seien die eigentlichen Opfer. Dennoch: Der Autor verkleinert Auschwitz nicht. Und er war auch kein Antisemit, wie es ihm die stellvertretende Chefredakteurin des "Spiegel" vorwarf. Aber er näherte sich in diesen Aufzeichnungen trüben und von Ressentiments getriebenen Verschwörungsvermutungen.

Lohnt es, sich über einen solchen Autor Gedanken zu machen? Es lohnt. Denn Sieferle war vielleicht ein Außenseiter, aber kein Outcast. Über lange Jahre hinweg galt er als ein weithin anerkannter Autor. Die Verlage, in denen seine Bücher erschienen, lesen sich wie ein Gotha des bundesdeutschen Verlagswesens: Ullstein, C.H. Beck, Suhrkamp, Propyläen, S. Fischer, Luchterhand, Böhlau. Er war einer der ersten von der Linken kommender Autor, der den Widerspruch zwischen linkem und liberalem Fortschrittsstreben und der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellte.

Er schrieb über den unterirdischen Wald, also die Steinkohlevorräte der Welt, und arbeitete sich dazu tief in die Einzelheiten der geologischen Forschung ein. Er zeichnete die lange Geschichte der Fortschrittsfeinde und Zivilisationskritiker nach und legte ihre Motive und ihre guten wie schlechten Argumente frei. Sieferle befaßte sich mit dem Problem des Bevölkerungswachstums, in dem klassische Ökonomen eine Gefahr für den Wohlstand der Nationen sahen und von dessen weltweiter Dimension er befürchtete, sie werde den europäischen Sozialstaat zerstören.

Er lehrte an den Universitäten von Mannheim und St. Gallen, wo er einen Didaktik-Preis für die beste Lehre erhielt. Als einziger Historiker wurde er eingeladen, eine Expertise für das Transformationsgutachten des "Wissenschaftlichen Beirats der deutschen Bundesregierung"

zu schreiben. Er gab der Expertise den Titel "Lehren aus der Vergangenheit". Seine Bücher wurden regelmäßig in den Feuilletons der großen Zeitungen besprochen, mal respektvoll, mal polemisch, mal hymnisch lobend (so etwa von Franziska Augstein, die Siefertles Buch "Rückblick auf die Natur" pries, "weil jede Seite des stilistisch hervorragenden, inhaltlich kühnen Essays die Lektüre lohnt").

Ist endloses Wachstum möglich? Was kostet es? Zerstört es am Ende die Lebensgrundlagen? Kann man dem großen Rad in die Speichen greifen? Diese Fragen trieben Siefertle um. Kein Wunder, daß ein Autor, der in der industriellen Gegenwart so etwas wie einen Tanz auf dem Vulkan sah, kein stürmischer Optimist war, sondern eher ein Skeptiker, ein Zweifler und auch ein Pessimist. Für den, wie ein Freund weiß, "das Glas Wasser immer halb leer, nie halb voll war".

Rolf Peter Siefertle hat mindestens zwei Bücher hinterlassen. Das eine harret noch der Veröffentlichung: die mehr als 600 Seiten lange Studie "Krieg und Zivilisation. Eine europäische Geschichte". Das andere ist erschienen: "Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Masseneinwanderung und Sozialstaat". Alles empört sich über das bekanntere "Finis Germania" - über dieses Buch aber redet niemand. Dabei lohnt es die Auseinandersetzung. Denn es ist eines der ganz wenigen ernst zu nehmenden deutschsprachigen Bücher, die sich radikal gegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik wenden und den Deutschen vorwerfen, mit ihrer "Willkommenskultur" das Gemeinwesen letztlich zu ruinieren.

Das Buch ist eine scharfsinnige Begründung der These, daß wir es eben doch *nicht* schaffen könnten. Seine Argumente sollte man nicht tabuisieren, sondern diskutieren. Siefertle spitzt in dieser Schrift viele seiner Argumente aus früheren Büchern zu. Das wirft zudem die Frage auf, ob in dem Weg vom frühen "linken" zum späten "rechten" Siefertle eine gewisse Folgerichtigkeit zu erkennen ist.

"Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt." So kommentierte Katrin Göring-Eckardt, heute Spitzenkandidatin der Grünen, im November 2015 hocheifrig den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland. Solchen Unsinn würde selbst sie heute nicht mehr äußern. Und doch ist diese Denkfigur noch immer symptomatisch für die fahrlässige Blauäugigkeit und Unverantwortlichkeit vieler derer, die in den Flüchtlingen ausschließlich eine Bereicherung Deutschlands sehen.

Die glauben, Flüchtlinge würden unser demographisches Problem lösen. Die hoffen, die Flüchtlinge würden den deutschen Facharbeiter-Gap schließen, würden - so Daimler-Chef Zetsche - ein neues Wirtschaftswunder in Gang setzen. Und die der Überzeugung sind, Flüchtlinge würden das Land vielfältiger und toleranter machen.

Gegen diese Litanei geht Siefertle in "Das Migrationsproblem" mit großer Schärfe, aber fundiert und mit guten Argumenten vor. Er sagt, die Massenmigration sei kein Armuts-, sondern ein Wohlstandsphänomen: "Da die Differenz im Lebensstandard zwischen den Regionen der Welt seit 1990 abgenommen hat, bedeutet dies, daß immer mehr Menschen in die Lage versetzt werden, sich zu informieren und eine Entscheidung für die Migration zu treffen. Es ist also die Zunahme des relativen Wohlstands (und nicht die Armut), die in den letzten Jahren eine Massenmigration eingeleitet hat."

Doch es kämen nicht Qualifizierte, wie Deutschland sie dringend bräuchte, sondern vorwiegend Unqualifizierte. Die Mehrheit von ihnen werde dann langfristig vom ohnehin schon überdehnten Sozialstaat ausgehalten. Zudem erlebten die meisten Migranten zwar einen materiellen Aufstieg, sozial jedoch einen Abstieg. Darauf würden sie mit Abschottung und Rückzug in die ihnen vertrauten Familien- oder gar Clanstrukturen antworten. Deutschland werde, so Siefertle, durch Masseneinwanderung nicht vielfältiger, sondern amorph. Nicht friedlicher, sondern gewalttätiger. Nicht moderner, sondern archaischer und roher.

Wie man in fast jeder deutschen Großstadt beobachten kann, sind das alles Hinweise auf reale

Probleme, die eine auf den Erhalt der republikanischen Ordnung verpflichtete Einwanderungspolitik mit aller nur denkbaren Kraft angehen muß. In der Analyse scharf, macht Rolf Peter Sieferle jedoch keine Vorschläge, wie diese Fragen zu lösen seien. Das liegt nicht daran, daß er sich in der bequemen Rolle des Kritikers eingerichtet hätte, den man nach Lösungen besser nicht fragt. Es liegt an einem gedanklichen Dilemma.

Eigentlich müßte Sieferle in der Konsequenz seiner Argumentation die totale Abschottung Deutschlands und aller anderen Staaten Europas gegenüber Einwanderern fordern (was er an der einen und anderen Stelle auch erwägt). Dafür gäbe es ein starkes Argument: Wer den Sozialstaat - der so etwas wie der grundlegende deutsche Gesellschaftsvertrag ist - beliebig ausweitet, der zerstört ihn. Es kann keinen universellen Sozialstaat geben.

Denn der Sozialstaat ist historisch an eine Formation gebunden, die die Migrationsfreunde gerne verabschieden würden: "Der Wohlfahrtsstaat beruht im Kern auf Solidarität und Vertrauen innerhalb eines politisch begrenzten, genau definierten Raums, nämlich des Nationalstaats." Dieser folge dem "Prinzip der Genossenschaft, er ist also ein Club mit definierter Mitgliedschaft". Und seine Fülle macht ihn attraktiv für Nicht-Mitglieder, die auf dem Trittbrett mitfahren wollen. Das aber würde den Sozialstaat sprengen: "*No borders, no welfare.*"

Doch anders als viele, die heute *nur* von Obergrenze und Grenzschießung sprechen, ist Sieferle zu klug, um darin eine realistische Perspektive zu sehen. Er sagt, der Sozialstaat, ohne den Deutschland als Republik vielleicht nicht überleben kann, sei im Grunde ein Anachronismus: "Dem National-Staat entsprach die National-Ökonomie, und der Sozialstaat war deren fürsorgliche Ausgestaltung." Das alles sei aber mit der Globalisierung wohl unwiderruflich dahin.

Der Sozialstaat stehe auf verlorenem Posten, Grenzen seien fortan porös, weniger Einzahler stünden mehr Nutznießer gegenüber. Es könnte diese Befürchtung sein, die Sieferles Denken ins Tragische, Ausweglose, Kulturpessimistische getrieben hat. Letztlich sind es für ihn keineswegs nur die Migranten, die zu Deutschlands Ruin führen werden. Sie beschleunigen nur einen Prozeß, der ohnehin im Gang sei: den Prozeß der Dekadenz im Namen eines die Welt umarmenden Universalismus. Die Demokratie, die Volksherrschaft, brauche ein Korrektiv, um nicht in die Ochlokratie, die Herrschaft des Pöbels, umzuschlagen. Das aber sei dank einer pflichtvergessenen politischen Klasse offenbar längst geschehen.

Dann wird es böse und trüb. Die Epoche, in der man an den immerwährenden Fortschritt glauben konnte, sei seit den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts vorbei - aber noch immer tanze die Mehrheit um das Goldene Kalb des Konsums und verkomme immer mehr: "Der betreute Mensch wird im Zuge dieser Entwicklung immer weicher und unselbstständiger. Die Jungen werden zu Mädchen erzogen. Die Menschen werden empfindlicher, allergischer, veganer. Sie leben schutzlos in einer immer gefährlicher werdenden Welt."

Alles Vertrauen dahin, keine Verlässlichkeit mehr. Der Stil wandert nicht mehr, wie es früher war und noch immer gut wäre, von oben nach unten, sondern von unten nach oben: Allgegenwart des Lärms, Vernichtung der Stille, keine reflexive, sondern eine expressive, vulgäre Kultur. Im Zuge des dionysischen *prole drift* wird das Unter- zum Oberhemd und das Tattoo Pflicht - ein lustvoller Trip in den Untergang.

Und vollends verabscheuenswert ist für Sieferle der angeblich hemmungslose Universalismus, also die zur "fundamentalistischen Ideologie" erstarrte Überzeugung, im Grunde seien alle Menschen gleich und es gelte, diese Gleichheit weltweit zu verwirklichen. Sie ist für ihn der Krebs, der die Substanz Deutschlands zerfrißt. Im Namen globaler Verantwortung greife die vollkommene Verantwortungslosigkeit um sich. Die trunkenen Universalisten öffnen die Grenzen und "heißen die Invasorenstämme willkommen", die Deutschland in eine multitribale Gesellschaft verwandeln, in der die "Barbaren" den Ton angeben.

Das ist ziemlich nah am Wahn. Trotz aller gewaltiger Probleme, die die Einwanderung auf-

wirft, ist Deutschland nach wie vor unverkennbar ein gut eingerichtetes und gut verwaltetes Land, um das wir vielerorts in der Welt beneidet werden. Und das in den Fluten der Migration nicht unterzugehen droht. Man soll sich über die Kapriolen des Genderismus durchaus echauffieren - aber man kann nicht ernsthaft bestreiten, daß es ein Fortschritt ist, wenn Frauen heute mehr Rechte und Chancen haben als früher.

Trotz Dieselskandal und Aushöhlung des Parlamentarismus - von Chaos, Regellosigkeit, Anarchie, gebrochenem Landfrieden und Staatsversagen keine Spur. Wie konnte Sieferle das alles beiseite wischen? Vermutlich hat er sich, wie viele andere glühende Merkel-Feinde auch, in Rage gedacht. Und alle Vorsicht fahren lassen. Zwar geht er, dafür ist er zu klug, nicht so weit, der Bundesregierung und dem ihre Flüchtlingspolitik unterstützenden intellektuellen Milieu zu unterstellen, sie arbeiteten bewußt und planvoll an der "Umvolkung" und letztlich Vernichtung Deutschlands.

Aber immer wieder scheint in seiner Schrift der Verschwörungsgedanke durch. Etwa wenn er schreibt: "Das einst recht homogene Volk *soll* sich in einen Stamm unter Stämmen verwandeln." Wo etwas sein *soll*, da muß es Planer, Drahtzieher und eine Absicht geben. Und die Deutschen, so Sieferle, seien selbstvergessen genug, daran auch noch mitzuwirken: "Deutsch sein heißt, an seiner Auflösung zu arbeiten."

Rolf Peter Sieferle hat sich in Rage gedacht, und er hat versucht, sich dabei abzuhärten. Es fehle heute - schrieb er, aus Max Webers "Politik als Beruf" zitierend - "die geschulte Fähigkeit des Blickes in die Realitäten des Lebens, und die Fähigkeit, sie zu ertragen und ihnen innerlich gewachsen zu sein". Ein wenig klingt das wie zu sich selbst gesprochen. Sieferle hat sich die heroische Geste, das Ausharren auf verlorenem Posten, den Blick in den vermeintlichen Abgrund und zuletzt auch eine zynische Verächtlichkeit sowie Ausflüge in das Reich enthemmter Schimpfworte (Hunnen, Gesinnungsdeppen, Horden, Barbareengebiete) offenbar regelrecht antrainiert.

Er hat sich den antiuniversalistischen Furor wie einen Panzer angeschnallt. Und so kam es, daß in seinen letzten Schriften alle Versuche, die Menschen unterschiedlicher Nationen und Erdteile zusammenzubringen und übernationale Strukturen des Austauschs und der Verständigung über Kulturgrenzen hinweg zu schaffen, nicht einmal der Erwähnung wert waren. Empathie und Mitgefühl, das ist aus den Zeilen Sieferles immer wieder herauszuhören, sind nicht wertvoll, sondern verweichlichte Schwäche.

Es gibt eine warme und eine eiskalte konservative Politik des Bewahrens. Für erstere steht exemplarisch Edmund Burke, schon 1790 der erste große Kritiker der Französischen Revolution. Er war nicht der britische Reaktionär, als der er bis heute karikiert wird. Er fürchtete die Gewalt, die Umstürze freisetzen können, und wollte daher lieber das bewährte Alte erhalten und es behutsam verbessern.

Und obschon ein Konservativer, war er in seinen politischen Optionen immer auch von Mitgefühl geleitet. Er sah das Leid der landlosen Armen, und es ließ ihn nicht kalt. Er sah, daß es gute Gründe für die Kolonisten in Amerika gab, sich gegen London aufzulehnen, und war deswegen - auch um der Einheit der Nation wegen - bereit, ihren Forderungen weitgehend nachzugeben.

Der Konservatismus, für den sich Rolf Peter Sieferle entschied, war dagegen ein Konservatismus des kühnsten Kopfes und des Selbstverbots von Empathie. Er hatte am Ende wohl ein tragisches Weltbild, jedoch nicht in dem Sinne der Einsicht, daß es - wie etwa in der Migrationsfrage - bei vielen Problemen keine einfachen oder gar keine Lösungen gibt, man aber gut daran tut, sich nach Kräften um deren Milderung zu bemühen.

Sieferle hat sich mit seinem analytischen Werkzeug vielmehr einen elitären, man kann sagen: einen Herrenmenschen-Konservatismus zusammengezimmert. Eine kleine Schar von Erleuchteten gegen den Pöbel, die Deppen, die Verführten, die dummen Arglosen. Sieferle war nicht

mehr weit von der Konservativen Revolution entfernt, über deren führende Köpfe er 1995 ein kritisches, aber auch um Verstehen bemühtes Buch veröffentlicht hatte.

Da saß er nun in seinem Turm und schmähte die Welt. Hinter seiner vorgeblichen Kälte vibrierte vermutlich eine geradezu kindliche Verletztheit darüber, daß die Welt partout nicht bereit war, sich auf seine Erkenntnisse, die er für zwingend hielt, auszurichten.

Gegen nichts richtete sich Siefertles Zorn heftiger als gegen den Universalismus. Er hält ihn durch und durch für verlogen. Einer eigentümlichen Emanzipationsdynamik folgend, sollen alle Menschen - überall auf der Welt - gleich sein. Und zugleich Besondere sein. Das aber gehe nicht, so Siefertle. Denn der Universalismus - siehe die heutige Alltagskultur - zerstöre alles Besondere.

Er will die hohle Weltgesellschaft und auf dem Weg dahin den partikularen Nationalstaat zerstören. Er will alles für alle und zerstört damit den Motor der Differenz. Diese Gedanken hat Siefertle schon 1994 in seinem langen Essay "Epochenwechsel" entwickelt. Sein "Absturz" (Seibt) ist also keineswegs neueren Datums, schon in den 90er-Jahren war er mit dem linksliberalen Narrativ vollkommen über Kreuz.

Aus diesen Jahren, und nicht aus seinen letzten Lebensjahren oder -monaten, stammt übrigens auch "Finis Germania", das gewissermaßen die zugespitzten Nacht- und Nebengedanken zu "Epochenwechsel" enthält. Keinem der Empörten ist offensichtlich aufgefallen, daß es in "Finis Germania" mehrere Stellen gibt, denen die Entstehungszeit zumindest wesentlicher Teile der Schrift eindeutig zu entnehmen ist - etwa wenn er von dem 50 Jahre zurückliegenden Ende des Zweiten Weltkriegs spricht.

Es ist mehr als eine Pointe, daß sich hier der Bogen zu dem Linken schließt, der Siefertle einmal gewesen war. Mit 16 Jahren studierte er die Werke von Karl Marx, mit 19 Jahren gehörte er dem SDS an. Früh löste sich Siefertle, der unter Freunden "Pit" genannt wurde, von der Linken, ging auf kritische, keineswegs polemische, oft aber ironische Distanz und blieb fortan konsequent ein Beobachter des politischen Geschehens. Im Studentenwohnheim traf er auf die späteren Ethnologen Fritz Kramer und Hans Peter Duerr ("Der Mythos vom Zivilisationsprozeß"). Man war stolz darauf, 300 Seiten Lektüre am Tag zu bewältigen.

Wie viele für Theorie empfängliche 68er stand auch Siefertle zumindest mit einem Bein in der Tradition des deutschen Idealismus und seiner Marxschen Wende. Die *ganze* Welt, mußte es sein. Die Theorie mußte rückstandslos aufgehen, und es sprach gegen die Wirklichkeit, wenn sie der Idee nicht gerecht wurde. Obwohl später an Universitäten bestellt, war er im Grunde ein Privat-, ein wenig auch ein Stubengelehrter.

Die ihn kannten, beschreiben ihn als Einzelgänger, aber als geselligen Einzelgänger: Freunde, Gespräche, Austausch. Ein "anhänglicher Freund" sei er gewesen, der sich über jeden Kontakt freute, selten aber selbst die Initiative ergriff. Um seine Gedanken zu sammeln, ging er täglich zwei bis drei Stunden zügig spazieren, schnell, nicht entspannt, bergauf, bergab.

Der Rest des Tages: Lektüre, Lektüre, Schreiben. Selbst im hellsten Sommer saß er, wie ein Freund sagt, bei zugezogenen Vorhängen im abgedunkelten Zimmer lesend und schreibend unter einer Stehlampe. Ganz das alte Heidelberg. Siefertle sprach fließend Latein: Einmal habe er, erinnert sich ein anderer Freund, in Rom mit einem Priester auf Lateinisch über sakrale Kunst parliert.

So entsteht das Bild eines genialischen Gelehrten, der es in der Stille seines Studierzimmers mit der ganzen Welt aufnehmen will. Einer über dem Rest der Welt, einer auch gegen den Rest der Welt. Das umfangreiche Werk Siefertles, der eine klare, oft funkelnde Prosa schrieb, durchzieht ein gedankliches Bemühen, den Stein der Weisen, die rettende Formel zu finden. Marx war da ein großes Vorbild. Als sich Siefertle von ihm ab- und der Erforschung der Naturgeschichte der Gesellschaften zuwandte, kreiste sein Denken fortan um ein großes Problem, das heute wie eine Riesenlast auf den Schultern der Menschheit liegt.

Sieferle fragte: Ist *langfristig* und *nachhaltig* eine Fortentwicklung und Ausbreitung der Industriegesellschaften möglich, die mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält und zugleich die Ressourcen des Planeten nicht auf suizidale Weise aufzehrt? Eine größere Frage kann man sich kaum stellen. Die Titanenaufgabe, sie zu beantworten, kann heute allenfalls noch ein großes, interdisziplinär zusammengesetztes Forschungsteam mit Aussicht auf Gelingen angehen. Sieferle dagegen, hierin noch ganz 19. Jahrhundert, hat es im Alleingang versucht. Und mußte sich damit wohl zwangsweise etwas von jener Hybris zulegen, die am Ende seines Lebens Züge von Menschenfeindlichkeit annahm.

Obwohl er genau wußte, daß man Geschichte nicht als Ideengeschichte schreiben kann, neigte er doch genau dazu. Die Evolution der Ideen überlagert bei ihm die Ereignisse, schiebt sie beiseite. Natürlich war ihm bewußt, er schrieb ja auch darüber, daß Geschichte nicht Plan, sondern Ereignis ist: nie berechenbar, immer chaotisch, wirr, disruptiv.

Und doch konnte er der Versuchung nicht widerstehen, einer der Geschichte innewohnenden, vorbestimmten Logik nachzuspüren. Das schmälerte seine Neugier auf Zufälle, es verwehrte ihn dem Zugang zum Pragmatismus. Ein Kritiker hat ihm einmal "Vermittlungsunfähigkeit" vorgeworfen. In seinem Furor gegen den humanistischen Universalismus wird das besonders deutlich.

Rolf Peter Sieferle versteht dessen Anspruch als Programm, als Handlungsanweisung, als Strategie: Alle Menschen sind gleich, und der Universalismus setzt das durch, zu hundert Prozent. Dieser Universalismus ist ein Herrscher, der sich die Welt unterwerfen will: Sieg oder Niederlage. Es gibt aber auch einen anderen, wenn man will: einen real existierenden Menschen kompatiblen Universalismus. Der ist kein zu exekutierendes Programm, sondern eine Ahnung, ein Gefühl, ein Impuls, eine Einsicht, ein Wollen, ein Mitgefühl. Das sichere, keineswegs spinnerte Gefühl, daß alle Menschen etwas verbindet.

Dieser Universalismus dekretiert nicht, daß alle Menschen gleich sind, er hält nur extreme Formen von Ungleichheit für unerträglich. Und meint, es sei unsere Aufgabe, das zu mildern. Er verwirft nicht die partikularistische Nächstenliebe, die dem eigenen Umfeld gilt, zugunsten der universalistischen Fernstenliebe, von der er weiß, daß sie eine Schimäre bleiben muß. Er hält nur ganz entschieden dafür, daß es möglich und im Namen des Humanismus geboten ist, den Zeiger ein klein wenig von der Nächstenliebe weg zur Fernstenliebe hin zu verschieben. Viele kleine Akte dieser Art machen die Welt zu einem besseren Ort. Für diese Methode hatte Sieferle, der verspätete Universalgelehrte, keinen Sinn.

Im Blick auf die Theoretiker des 18. und 19. Jahrhunderts, die den radikalen Verzicht auf Armenhilfe forderten, weil diese zu Bevölkerungswachstum und zum Ruin der Gesellschaft führen würde, schrieb Sieferle 1990: "Diese Position war nicht ohne ein Pathos realistischer Härte, sie war von einer kristallinen Schärfe, die sich ihrer szientistischen Differenzierung verdankte. ... In gewisser Weise entthob sie sich damit überkommener moralischer Bedenken; sie stellte Gesellschaft und Ökonomie als mechanisches Regelsystem dar, von inneren Gesetzen beherrscht, ohne Zwang zur Begründung und Bewertung."

Als Sieferle mehr als 20 Jahre später das Mitleid gegenüber Migranten zum Grundübel der Zeit erklärte, legte er sich eben diese "Position realistischer Härte" zu, die von "kristallener Schärfe" ist und die ihn "überkommener moralischen Bedenken" entthob. Sieferles geistiger Weg war auch ein Weg geistiger Selbstabhärtung. Dabei kam ihm sein Hang zur Verächtlichkeit gegenüber der modernen Massenkultur zupaß, in der er eine infantile "Verschnullerung" der Gesellschaft sah. Er war kein Apokalyptiker. Aber die Schärfe seines Denkens trieb ihn in eine fundamentale politische Ausweglosigkeit, die auch der Verzweiflung nahe war.

Eine Selbsttötung adelt nicht, macht den Toten nicht zum Heros. Sie stellt sein Leben aber auch nicht gänzlich in den Schatten des Suizids, sie kontaminiert das Werk des Autors nicht. Sieferle hat es verdient, nicht nur von seinem Ende her, nicht nur als "Verirrter" gewürdigt zu

werden. Er hat wichtige Bücher geschrieben, die bleiben werden. Er ist nicht "abgestürzt", sein gedanklicher Weg beweist aber, daß es keine sicheren Orte des Denkens gibt. Daß ein konsequent Forschender an Abgründe geraten und auf unauflösbare Dilemmata zuschlittern kann.

Sieferle ist auf ein gerne beschwiegenes Dilemma gestoßen, auf eine Aporie der westlichen Industrie-, Einwanderungs- und Spaßgesellschaften: Der Fortschritt ist offensichtlich unaufhaltsam. Es könnte zum Crash, zur Selbstzerstörung kommen. Daher darf man der Frage nicht ausweichen, ob Wachstum und Stabilität wirklich kompatibel sind. Wie Universelles und Partikulares sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern zusammengehen können. Wie wir Deutschland öffnen und doch bewahren können.

Zur Person: Thomas Schmid nahm in seinen Zwanzigern an der Studentenbewegung in Frankfurt teil, was ihn später gegenüber Heilslehren mißtrauisch machte. Und ihn die Bürgerfreiheit schätzen lehrte. Lektor, freier Autor, Journalist. Zuletzt in Berlin Chefredakteur und dann Herausgeber der "Welt-Gruppe". In diesem Blog veröffentlicht er regelmäßig Kommentare, Essays, Besprechungen neuer, älterer und sehr alter Bücher, Nachrufe und nicht zuletzt Beobachtungen über den gemeinen Alltag.<<

08.08.2017

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "The European" berichtet am 8. August 2017: >>Wir springen mit offenen Augen über die Scharia-Klippe!

Von *Dirk Förger*

69 % der Muslime weltweit wollen die Scharia als Rechtssystem. In den Herkunftsländern unserer Flüchtlinge sind es sogar 91 % (Irak) oder 99 % (Afghanistan). Als Folge davon befürworten 40 % der Muslime einen Mord oder die Todesstrafe für Islam-Aussteiger.

Anläßlich ständiger Messer-Attacken in Deutschland, des Falles Anis Amri, islamistischer Gewalt-Orgien weltweit, diktatorischer Zustände in der Türkei und vieler anderer Ereignisse: einige Gedanken zum Islam. Dabei ist es mein Ziel, aus wertkonservativer Sicht eine Diskussion anzuregen.

Sicherlich sind manche meiner Überlegungen sehr provokativ. Hin und wieder fällt es mir auch schwer, kühl und sachlich zu bleiben. Aber wenn ich mich über bestialische Massaker, Kinder-Bomber in Manchester oder Aufrufe zur Judenvernichtung nicht mehr aufregen darf - wann denn dann noch? Wie kann aufgrund der aktuellen Fakten überhaupt jemand auf die Idee kommen, daß der Islam eine friedfertige Religion sein könnte? Die Realität spricht doch mit tausendfachem Mord dagegen! Lassen sich die Deutschen am Ende gar wie einfältige Schafe zur Schlachtbank (respektive zum Schächten) führen?

Was mich und andere wahnsinnig macht, ist dieses völlige Ignorieren aktueller Ereignisse und Realitäten, aber auch von Geschichte. Dieser unerträglich provinzielle Scheuklappenblick in Deutschland, der Fakten in der Welt nicht wahr haben möchte. Arthur Neville Chamberlain hätte an diesem Appeasement gegenüber dem Islam (bei gleichzeitiger Verteufelung aller Islam-Kritiker) seine wahre Freude gehabt. Bei mir bleibt Fassungslosigkeit angesichts einer Republik voller Lemminge, die mit offenen Augen über die Scharia-Klippe springen.

O.k., die Zuwanderer können sich immerhin mit jahrelanger islamistischer Gehirnwäsche herausreden. Aber wer erklärt mir die paradoxe Idiotie meiner Landsleute: Diejenigen, die vor einer totalitären, faschistischen Religion warnen, werden selbst als Faschisten beschimpft und zwar von linken Faschisten, die ihrerseits faschistische Methoden anwenden, um andere als Faschisten auszugrenzen.

Dieser Satz funktioniert übrigens auch (leicht abgewandelt) für den Begriff Populismus: Linke, Grüne und Merkel-Populisten, die Kritiker populistisch als Populisten bezeichnen, wenden populistische Methoden an, um Andersdenkende als Populisten auszugrenzen.

Dabei wurde zuletzt vielfach über das "Postfaktische" geschimpft. Aber wie steht es tatsäch-

lich mit den Fakten? Da wird zum Beispiel laufend ungeprüft behauptet: Die meisten Muslime seien "friedlich".

Darauf könnte ich antworten, daß es am Ende häufig völlig irrelevant ist, was die Mehrheit will. Oft genug setzt sich doch die radikale, brutale, zu allem entschlossene Bevölkerungsgruppe durch. Dafür gibt es weltweit Dutzende Beispiele. Gerade und insbesondere in muslimischen Ländern!

Ich könnte aber auch fragen: Woher wissen wir, daß die meisten Muslime wirklich "friedlich" sind - oder zumindest Einstellungen haben, die annäherungsweise unseren Wertvorstellungen nahe kommen?

Und wenn dem so ist: Gilt das weltweit? Für Europa? Nur für Deutschland?

Oder lediglich für die nette muslimische Familie von nebenan?

Auf welchen belastbaren Untersuchungen (nicht Gefühlen oder Wunschträumen) basiert die Annahme des "friedlichen" Islam? Interessanterweise gibt es dazu kaum Fakten im deutschsprachigen Internet. Ich mußte außerhalb Deutschlands nach Quellen (PEW, Global Terrorism Index, BBC, The Independent, u.a.) suchen.

Dort ergab sich dann ein ganz anderes, erschreckendes Bild - obwohl man natürlich auch hier die Allgemeingültigkeit hinterfragen muß! Aber immerhin sind es Zahlen und nicht nur Gefühle. Sie basieren unter anderem auf einer Umfrage, die in 38 Ländern die Meinung von rund 1,2 Milliarden Muslimen untersucht hat:

- Danach wollen 69 % der Muslime weltweit die Scharia als Rechtssystem. In den Herkunftsländern unserer Flüchtlinge sind es sogar 91 % (Irak) oder 99 % (Afghanistan).

- Als Folge davon befürworten 40 %, also rund eine halbe Milliarde (!) Muslime, einen Mord oder die Todesstrafe für Islam-Aussteiger. In Afghanistan sind es 79 %, in Ägypten sogar 86 %, im Irak immerhin noch 42 %.

- Außerdem fordern 16 % der türkischen Muslime die Steinigung von Ehebrecherinnen, 56 % der Nigerianer, jeweils 82 % der Pakistaner und Ägypter.

- 13 % der US-Muslime befürworten Bomben-Selbstmord-Attentäter, ebenso 13 % in Deutschland (wie viel Tausend sind das noch mal?), 24 % in Großbritannien, 29 % in der Türkei, 35 % in Frankreich, 59 % in Ägypten und 75 % der Bewohner des Gaza-Streifens. Da fühlt man sich als Israeli doch so richtig sicher...

- 2015 waren 21 % der Syrer für eine Unterstützung von ISIS.

- In den ersten 13 Tagen des diesjährigen Ramadans gab es weltweit 73 Anschläge mit 809 Toten.

- In Deutschland ist die Zahl der angezeigten Messerstraftaten in den letzten vier Jahren um 600 (!) Prozent in die Höhe geschneit - von rund 550 im Jahr 2013 auf fast 4.000 im Jahr 2016. In diesem Jahr sind wir auf bestem Wege, diese Marke zu übertreffen...

- 40 Jahre Multikulti in Schweden bedeuten: 300 Prozent mehr Gewaltverbrechen, rund 1.500 Prozent mehr Vergewaltigungen.

- Letztes Jahr gab es allein in NRW rund 75.000 Polizeieinsätze in und vor Flüchtlingsheimen. Das bedeutet hochgerechnet 300.000 Polizeieinsätze in ganz Deutschland.

- Laut "Einzelfall-Map", die nur ein Bruchteil der (belegten) Migrantinnen- und Flüchtlingskriminalität in Deutschland wiedergibt, gab es 2016 durch unsere zugewanderten "Facharbeiter": 1.785 sexuelle Übergriffe, 210 Vergewaltigungen, 5.423 Raubüberfälle, 1.308 Bedrohungen, 2.971 Körperverletzungen, 119 Brandstiftungen, 331 Morde, usw.

Und nur zur Erinnerung selbst in ihrer "friedlichsten" Form bedeutet Scharia:

- Keine Religionsfreiheit
- Keine Meinungsfreiheit
- Keine Gedankenfreiheit
- Keine künstlerische Freiheit

- Keine Pressefreiheit
- Keine Demokratie
- Keine Gleichberechtigung für Frauen (sie dürfen geschlagen werden)
- Nicht-Muslime sind bestenfalls Bürger zweiter Klasse
- usw.

In der weltweiten Realität heißt Scharia aber: Prügelstrafe, Hände abhacken, Steinigung, Aufhängen von Menschen an Kränen als Massenunterhaltung und noch wesentlich mehr Greuel-taten. Offensichtlich sind viele Deutsche, darunter nicht wenige Politiker, noch nicht einmal postfaktisch. Denn dieses Adjektiv würde rein sprachlich voraussetzen, daß sich diese Men-schen vorher schon einmal mit den Fakten des Islam beschäftigt hätten. Islam-Flüsterer unter sich: Nach jedem Mord, nach jedem Massaker, nach jeder Vergewaltigung höre ich immer nur die gleichen hohlen Beileidsbekundungen. Machen sich diese Politiker denn keine Sorgen um die Zukunft ihrer eigenen Kinder?

Andererseits: Die Kanzlerin hat keine Kinder, um die sie sich Sorgen machen müßte. Sie denkt ausschließlich an ihren eigenen Machterhalt also an die nächste Wahl. Und ihre Adlaten mucken deshalb nicht auf, weil sie ihre Pöstchen nicht verlieren wollen. Schließlich winkt ihnen unter anderem eine ungerechtfertigt hohe Altersversorgung. Offensichtlich ist ihnen die Zukunft des Deutschen Volkes (im Gegensatz zur eigenen) völlig egal. Genauso wie das Schicksal der Opfer, die nach jedem der immer schneller aufeinanderfolgenden "Einzelfälle" rasch vergessen werden.

Liebe Terror-Nihilisten: Was ist, wenn die Islam-Gegner letztlich Recht haben, ihr aber nicht? Zieht ihr das überhaupt in Betracht? Oder habt ihr die Gott-gleiche (sorry: Allah-gleiche) Allmachtsphantasie, die Zukunft vorhersagen zu können? Also ich schaue lieber auf die Ge-schichte des Islams, seine aktuellen Taten und was er uns für die Zukunft androht. Das sind für mich die Fakten - und nicht utopische Wunschträume.

Liebe linke und grüne Freunde: Könnte es sein, daß diejenigen, die vor dem Islam warnen, gar keine "Nazis" sind? Zumindest nicht alle? Sondern schlicht die Wahrheit, also das Faktische, aussprechen? Wann kapieren Weltverbesserer in ihren Wahnvorstellungen endlich, daß wir uns keine Multikulti-Volkstanz-Gruppen ins Land holen zumindest nicht nur? Da metzeln Islamisten europaweit Dutzende von Menschen nieder, weltweit sind es sogar Tausende. Rea-litätsverweigerer warnen aber lediglich vor Deutschen, die eine berechtigte Angst vor diesen Killern haben?

Aber selbst wenn es ein Video gäbe, auf dem Mohammed persönlich einen Attentäter beauf-tragen würde, wäre das für die Träumer in Deutschland wahrscheinlich immer noch ein "ver-rückter Einzeltäter", der mit dem Islam nichts zu tun hat. Und wenn am Ende der letzte Linke von einem Islamisten getötet wurde, wird man wohl noch von Ferne das Echo seiner Stimme hören: "Die Rechten waren's!"

Auf alle, die anders denken als Claudia Roth, Heiko Maas und Angela Merkel, darf mit dem Holzhammer eingeschlagen werden. Das sind alles Rechtspopulisten oder sogar Nazis. Aber beim Islam soll genau differenziert werden? Warum eigentlich? Zeigen Anhänger des Islam nicht mit ihren andauernden Massenmorden, die selbst vor Kindern nicht Halt machen, wie blutig ernst es ihnen ist? Natürlich sind nicht alle Muslime Terroristen, aber die meisten Ter-roristen sind nun mal Muslime. Oder kann sich jemand daran erinnern, wann ein Hindu, Buddhist oder Jude das letzte Mal als Selbstmordattentäter in Deutschland in Erscheinung getreten ist?

Eigentlich müßten Grüne und Linke täglich gegen Islamisten demonstrieren. Vor allem, wenn sie wirklich ein erneutes Jahrhundertverbrechen wie den Holocaust verhindern wollen. Denn wer fordert denn rund um die Welt am lautesten die Vernichtung der Juden? Und gerade diese Religion wird von Protestlern verteidigt? Noch dazu in Deutschland?

Und in Zeitungen lese ich schwachsinnige Überschriften wie: "Rock-am-Ring-Gäste setzen bewegendes Zeichen gegen den Terror". O.k., sie haben diszipliniert gekuschelt, sind zu Kreuze (bzw. zum Halbmond) und dann in ihre Zelte gekrochen. Aber ein bewegendes Zeichen wäre für mich gewesen, wenn die 90.000 am Nürburgring wenigstens einmal einen Protestmarsch gegen diese islamistischen Kultur-Zerstörer organisiert hätten!

Denn es ist höchste Zeit: Gerade wird in Nordafrika und im vorderen Orient der Rest der dort lebenden Christen durch den Islam vertrieben und ermordet. Wie Shisha-umnebelt muß ein Gehirn sein, um dies nicht wahr zu nehmen? Noch mal, weil ich es einfach nicht fassen kann: Selbst in Deutschland vergeht kein Tag, an dem nicht über eine Vergewaltigung, einen Mord, eine No-Go-Area, ein Messer-Attentat, andere "Einzeltaten" unserer zugewanderten "Gäste" berichtet wird. Und sogenannte Intellektuelle protestieren als Reaktion auf diesen Terror allen Ernstes am laufenden Band (nur) gegen "Nazis"? Wie "postfaktisch" kann man denn noch sein?

Es macht nur noch wütend: Nach jedem Anschlag beten Bessermenschen und Politiker immer wieder die gleiche Litanei herunter. Etwa das Märchen vom "Einzeltäter", der angeblich nichts mit dem Islam zu tun hat - selbst wenn er bei seinen Morden noch so laut "Allahu akbar" brüllt. Oder daß die Attentate der Islamisten lediglich "den Rechtsradikalen in die Hände spielen". Sind etwa "Rechte" am ständigen Terror des Islam und den Straftaten der Zuwanderer schuld? Und ist wirklich jeder, der sich über terroristische Killer und die dahinter stehende Religion aufregt, gleich ein "Nazi"?

Die Absurdität wird noch klarer, wenn wir dieses Szenario einfach einmal umdrehen: Man stelle sich vor, Nazis würden in diesem Jahr rund um den Globus Tausende von Menschen massakrieren. Würden Grüne und Linke dann auch für mehr "Weltoffenheit" gegenüber Nationalsozialisten demonstrieren? Würden sie ebenfalls argumentieren, daß aus einer "überwiegend friedlichen Mehrheit lediglich eine radikale Minderheit ..." diese Taten begangen hätte? "Einzelfälle" sozusagen? Und als Reaktion würde dann gegen Muslime demonstriert, weil die Taten der Nazis dem Islam "in die Hände spielen" könnten?

Liebe Grüne, Kirchentags-Besucher und andere Bessermenschen: Wann stellt Ihr Euch endlich einmal gegen die wirklichen Mörder? Wie viele Menschen wollt ihr noch auf dem Altar Eurer beschränkten linken Utopien opfern? Wäre es nicht ein Treppenwitz der Geschichte, wenn die Anhänger von PEGIDA in 50 Jahren als die "Stauffenbergs" (richtiger wäre wohl "Elsers") unserer Zeit bezeichnet würden? Weil diese Demonstranten eine religiöse Diktatur verhindern wollten, als es noch möglich war? Ich weiß, ganz provokant!

Daher nur kurz zur Klarstellung: Schon häufig habe ich sehr deutlich gemacht, daß ich keinerlei Sympathien für Extremisten jedweder Herkunft habe, weder von "rechts" noch von "links" (falls diese Kategorien heute überhaupt noch greifen). Deshalb bin ich aus einer ganzen Reihe von Gründen sowohl gegen die AfD als auch gegen die LINKE. Dies liegt an vielen politischen Aussagen sowie dem Personal BEIDER Parteien. Und jemand wie Lutz Bachmann ist für mich ohnehin völlig indiskutabel. Allerdings bezieht sich meine Ablehnung totalitärer Strukturen nicht nur auf Parteien, sondern eben auch auf Religionen - oder auf Denkrichtungen, die sich als solche bezeichnen.

Insofern kann jeder gegen die AfD, PEGIDA und andere Islamisierung-Gegner demonstrieren. Gegen tatsächliche Neonazis sollte man es sogar! Aber: Haben AfD und PEGIDA immer Unrecht, wenn sie vor dem Islam warnen? Es gibt den Aphorismus: "Die Wahrheit wird nicht deshalb zur Unwahrheit, bloß weil ein Idiot sie sagt!" Und Voltaire wird (wohl fälschlicherweise) das Zitat zugeschrieben: "Du bist anderer Meinung als ich und ich werde Dein Recht dazu bis in den Tod verteidigen." Diesen Kern unserer Meinungsfreiheit sehe ich bei der Diskussion um den Islam gefährdet!

Als Negativ-Beispiel sei an die Proteste kürzlich in Köln erinnert. Dort demonstrierten naive

Domstädter "gegen Rechts" und "für Weltoffenheit". Am Ende bewiesen die Protestler jedoch vor allem eines: Intoleranz gegenüber allen, die sich der links-grünen Indoktrination nicht unterwarfen! Steigbügelhalter einer eher totalitären Denkweise die sie eigentlich zu bekämpfen vorgaben. Gnadenlose Ausgrenzer mit einer "politisch korrekten", aber beschränkten Welt-sicht. Wenige Wochen später folgten gerade einmal ein paar Dutzend Muslime dem Aufruf, als es darum ging, gegen Gewalt im Islam zu demonstrieren. Beschämend und entlarvend! Insbesondere, wenn man an die Heerscharen von Jubel-Türken denkt, die vor Jahresfrist ihrem Diktator in der Rheinmetropole zujubelten.

Haben bei den letzten Wahlen nicht zwei Drittel aller teilnehmenden Türken in Deutschland für eine Diktatur gestimmt? (Wenn man Kurden und Christen abzieht, sieht die Zahl noch düsterer aus.) Ein Beweis dafür, wie krachend die demokratische Integration in Deutschland doch gescheitert ist! Wir haben es in Jahrzehnten nicht wirklich geschafft, diese Menschen in unsere Demokratie zu integrieren, ihnen Humanität und Menschenrechte beizubringen. Und jetzt soll das bei Menschen funktionieren, die obwohl auf der Flucht davor immer noch an eine totalitäre Ideologie glauben, die sich "Religion" nennt?

Zugegebenermaßen stellt sich mir hier die "Gretchenfrage". Da mir natürlich bewußt ist, was in Artikel 4 des Grundgesetzes steht - und ich noch dazu Klosterschüler war. Dort wurden mir christliche Werte beigebracht. Gleichzeitig hatte ich immer ein großes Problem mit der Kirche als Institution. Zynisch betrachtet: Handelt es sich dabei nicht um ein künstliches Konstrukt, das dazu geschaffen wurde, um alten Männern zur Macht zu verhelfen (bzw. sie dort zu halten)? Wurden nicht auch bei uns die fundamentalen Menschenrechte gegen enormen Widerstand nicht zuletzt der Kirche durchgesetzt?

Warum soll ich dann Respekt vor einer anderen Glaubensrichtung haben, die sich mittlerweile auf einen Stand vor ihrem eigenen Mittelalter zurück entwickelt hat (wenn ich an die großen Gelehrten des Islam wie Avicenna oder Averroes denke)? Was ist der Unterschied zwischen einer Religion und einer gefährlichen, menschenverachtenden Sekte? Lediglich die Zahl der Mitglieder? Kann man den Islam nicht auch als eine fehl geleitete Ideologie begreifen?

Ist am Ende nicht jede Religion eine Ideologie also ein System von Normen, das Gruppen zur Rechtfertigung und Bewertung eigener und fremder Handlungen verwenden? Wenn ich jetzt annehme, daß mein System (basierend auf christlicher Erziehung und den Menschenrechten) besser ist: Warum soll ich die Normen einer Religion bzw. Ideologie tolerieren, die sich anschickt, meine Welt und meine Werte zu vernichten?

Ist der Islam heute nicht mindestens so gefährlich, wie der Nationalsozialismus es in den 1920er Jahren war? Schließlich beschreiben Anhänger des Islam ständig, wie sie uns assimilieren oder ausrotten wollen, noch deutlicher als es in "Mein Kampf" der Fall war. Mehr noch: Sie beweisen es unaufhörlich mit tausendfachem Mord. Habe ich dann nicht sogar die Pflicht als Demokrat, mich dagegen zu wehren?

Denn was tut die Politik? Unser Außenminister-Darsteller Sigmar Gabriel machte sich in der Türkei zum Kasper, indem er dem dortigen Diktator mitteilte, daß die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei. Du sozialdemokratische Geistesgröße: Meinst Du etwa, der wußte das nicht? Was muß Erdogan denn noch tun, bis einige deutsche Politiker endlich merken, daß sie am Nasenring vorgeführt werden?

Ganz zu schweigen von der grünen Politiker-Mischpoke und ich benutze hier ausdrücklich das hebräische Wort für diese Unterstützer antijüdischer Umtriebe. Offensichtlich fühlen sich Roth & Co. ausländischen Terroristen und Völkermord-Befürwortern näher als ihren Landsleuten. Ach, ich vergaß: Sie habe ja gar keine Landsleute. Denn das würde voraussetzen, daß sie Deutschland als ihr Vaterland anerkennen würden. Noch weiter treiben es natürlich die Hurra-Pazifisten auf dem Kirchentag: Dort ist ein Deutscher schon ein "Nazi", wenn er deutsche Eltern und Großeltern hat.

Irgendwie erinnern mich die aktuellen Diskussionen an die Friedensmärsche Anfang der 1980er Jahre. Damals wurden Menschen mit einem berechtigten Anliegen (dem Wunsch nach Frieden) als nützliche Idioten Moskaus mißbraucht. Wir hatten seinerzeit als RCDS darauf hingewiesen und wurden von linksorientierten Fachschaften deshalb als "Nazis" beschimpft und ausgegrenzt. Mittlerweile ist umfassend belegt, daß wir Recht hatten. Jetzt fordern wieder Menschen, die selbst keinerlei Toleranz für eine andere Meinung haben, Toleranz für eine völlig intolerante Religion. Damit passen sie natürlich wunderbar zum Islam!

Aber genauso wie es mir im säkularisierten Staat gestattet sein muß, die katholische Kirche zu kritisieren, sollte mir das beim Islam ebenfalls erlaubt sein. Oder hat diese Religion in Deutschland etwa Sonderrechte? Offen gibt sich der Islam doch nur, solange er in der Minderheit ist - um am Ende seine eigentlichen Ziele zu erreichen. Oder kann mir irgend jemand einen islamischen Staat nennen, in dem nicht zumindest die Menschen- und Frauenrechte mit Füßen getreten werden? Eine eher rhetorische Frage. Denn die Realität (z.B. nach "CIA Factbook" oder Peter Hammonds "Slavery, Terrorism and Islam") sieht doch weltweit zumeist folgendermaßen aus:

Solange die muslimische Bevölkerung in einem Land unter 2 % bleibt, wird sie sich zum größten Teil als friedliebende Minderheit präsentieren. Bei 2 % bis 5 % beginnt sie, sich von anderen ethnischen Minderheiten durch Einforderung von Sonderrechten zu unterscheiden. Ab 5 % übt der Islam im Verhältnis zu seinem Prozentsatz in der Bevölkerung einen überproportionalen Einfluß auf die Gesellschaft aus.

Zum Beispiel wird auf die Einführung von Halal-Nahrung gedrängt. Wenn Muslime 10 % der Bevölkerung entsprechen, greifen sie zu gesetzlosen Mitteln, um ihre Beschwerden zu untermauern. In Paris brennen schon ganze Stadtteile. Jede Muslim-kritische Aktion beleidigt den Islam und führt zu Drohungen, Aufständen und Schlimmerem.

Nach dem Erreichen von 20 % sind Miliz-Formationen, sporadische Tötungen und die Verbrennung christlicher Kirchen und jüdischer Synagogen zu erwarten. Bei 40 % erlebt das Land weitverbreitete Massaker, laufende Terrorangriffe und Milizkriegsführung. Ab 60 % werden ungehindert Nichtgläubigen aller anderen Religionen verfolgt (einschließlich nichtkonformer Muslime). Es kommt zu sporadischen ethnischen Säuberungen und die Scharia wird als Waffe eingesetzt.

Bei über 80 % Muslime sind tägliche Einschüchterungen und gewalttätiger Dschihad verbreitet. Es kommt zu größeren ethnischen Säuberungen und sogar Völkermord. Sind nahezu 100 % erreicht, sollte eigentlich Frieden herrschen, denn dann ist (fast) jeder ein Muslim. Leider wird der Frieden nie erreicht, da in diesen Staaten dann die radikalsten Muslime die weniger radikalen Glaubensbrüder einschüchtern und töten.

Warum demonstrieren in Deutschland dann so viele FÜR mehr Toleranz und nicht GEGEN Auswüchse einer mörderischen Religion und deren Intoleranz? Demonstranten fordern damit letztlich Verständnis und Offenheit für ein System, das ständig Menschen umbringt. Deutschland ist außerdem das einzige Land der Welt, in dem sich die Einwohner den Zuwanderern anzupassen und ihre eigene Kultur aufzugeben haben, statt umgekehrt. Und wenn ich hierzulande als Warner vor dem Islam auftrete, hätte ich wahrscheinlich als Cassandra im alten Troja einen leichteren Stand gehabt.

Aber wie blind muß der deutsche Michel sein, um nicht zu sehen, wie der Islam und die Zuwanderung schon jetzt die Gesellschaft negativ verändert haben. Wie unsere Freiheit immer mehr beschnitten und Unfrieden gesät wird. Dazu reicht doch schon ein Blick auf die Überschriften der Tageszeitung DIE WELT eines einzigen Tages (31.7.17):

- Messerstecher Ahmad A.: "In unseren Akten taucht der Name nicht auf"
- Gefährliches Asyl: Die Kultur der Duldung zermürbt unser Land
- Attacke in Supermarkt: Das Regal mit den Messern ist jetzt leergeräumt

- Islamistischer Terror: "Ich mache euch fertig."
- Nach Messerattacke: "Wenn es um Sicherheit geht, steht der Senat auf der Bremse"
- Verfassungsschutz: Herrmann kritisiert steigende Enthemmung bei Gewalt
- Nach Hamburg-Attentat: Bosbach fordert Paßpflicht für Asylbewerber
- Ausreisepflichtige: Abschiebungen scheitern vermehrt an Widerstand der Migranten
- Terrorbekämpfung: CSU verheißt bayerische Sicherheit für den Rest der Republik
- Grüne über Migration: "Flüchtlinge werden nicht weniger, nur weil wir wegschauen"
- Flüchtlinge: Dann laßt uns doch eine Luftbrücke nach Afrika einrichten
- Sinfonie der Gewalt: 76 Stunden im Hamburger G20-Chaos
- World Trade Center: Weshalb die Türme einstürzten

Und sogar aus den Reihen der Träumer:

- Hamburg und Konstanz: Sehr nachdenkliche Töne von Dunja Hayali

Bei den Linken käme sicher keiner auf die Idee, daß rechtsradikale Taten nichts mit der Nazi-Ideologie zu tun haben könnten. Warum nehmen sie dann aber sakrosankt an, daß die Morde der Islamisten nichts mit dem Islam zu tun hätten? Die Realität ist doch: Der Islam greift ständig den Westen an. Wir befinden uns im Krieg. Und jeder der sehen will, kann das (wenn schon nicht in deutschen Medien) tausendfach im Internet verfolgen. Aber der Deutsche schaut sich lieber Katzen- und Pornovideos an. Vielleicht hat der Islam ja Recht, daß wir uns mit unserer Ignoranz selbst zu Grunde richten werden?

Apropos Internet und Medien: In Talkshows profilieren sich Sprecher islamischer Organisationen gerne als Vertreter eines friedlichen, toleranten Islams. Deshalb ein paar (zugegebenermaßen sehr vereinfachte) Begrifflichkeiten, die über die angeblich friedlichen Absichten des Islam nachdenken lassen:

"Islam" heißt nicht "Frieden", sondern "Unterwerfung"!

Schon Mohammed lehrte: "Kampf ist Täuschung". Lüge und Betrug sind anerkannte Bestandteile des Dschihad. Was ist demzufolge von der aktuellen "Friedfertigkeit" des Islam in Deutschland zu halten? Und waren zuletzt nicht (angeblich) gut integrierte Schläfer die schlimmsten Terroristen?

Der arabische Begriff "Haus des Krieges" bezeichnet alle Gebiete der Welt, in denen der Islam noch nicht Staatsreligion ist. Synonym kann man auch den Begriff "Gebiet des Unglaubens" gebrauchen. Nach traditioneller islamischer Auffassung kann es keinen Frieden mit diesem "Gebiet des Unglaubens" geben, sondern nur eine zeitlich begrenzter "Waffenstillstand". Der Dschihad gegen die Ungläubigen ist deshalb eben NICHT das Werk einiger durchgeknallter "Einzeltäter", sondern sogar heilige Pflicht für die Gesamtheit der Muslime. usw.

Wer also spitzfindig zwischen Islam und islamistisch unterscheidet, liebe Exegeten: Ein konsequent islamischer Staat ist IMMER islamistisch! Und wer sagt, daß es bei uns keine Islamisierung gebe, sollte sich einmal die Fakten betrachten etwa die Zunahme der Muslime und Moscheen in Deutschland innerhalb der letzten 50 Jahre.

Zusätzlich verstärkt durch die laufend sinkende Zahl der christlichen Kirchen. Außerdem können die Islamisierungs-Leugner offensichtlich kein Deutsch. Denn bei der Islamisierung handelt es sich um einen Prozeß und nicht um eine Momentaufnahme. Daher ist es völlig irrelevant, ob die Muslime in Deutschland NOCH in der Minderheit sind. Und nein, wir sind nicht erst dann islamisiert, wenn Frauen in Deutschland gesteinigt werden - um es sehr zuge-spitzt zu formulieren.

Apropos: Eine Steinigung kennt der Deutsche eigentlich nur aus Filmen wie "Das Leben des Brian", in dem eine Hinrichtung offenbar eine lustige Sache ist. Ähnlich niedlich und folkloristisch scheint auch das Bild des Islam bei vielen Landsleuten zu sein. Sie wollen gar nicht anders, als an Märchen aus 1001 Nacht zu glauben. Nur, wer diese Märchen historisch-realistisch betrachtet, gewinnt ein anderes, blutiges Bild.

Denn was steckt denn beispielsweise hinter den Eunuchen, die auch in musikalischen Werken wie Mozarts "Entführung aus dem Serail" nur als niedliche Männlein dargestellt werden: Millionen Sklaven, bei denen einfach die Geschlechtsteile abgeschnitten wurden - worauf der größte Teil jämmerlich verblutet ist. Und da wir gerade bei Leibeigenen sind: Selbst heute gibt es in islamischen Staaten noch Sklaverei. Liebe Träumer, sind euch solche Fakten bekannt?

Um zu wissen, wohin wir gehen, müssen wir wissen, woher wir kommen: Vieles läßt mich momentan an Gespräche mit meinen Großeltern zurück denken: Wer wollte, konnte schon im Nazi-Reich erfahren, was mit den Juden und anderen "unerwünschten" Personen geschah. Warum zum Beispiel der Rauch aus der nahen "Irrenanstalt" so "komisch" roch. Aber viele wollten sich einfach nicht der Realität stellen. Das gilt auch heute wieder! Denn wer die Flüchtlingsströme aus Krisengebieten im Moment nicht als Gefahr ansieht, sollte sich einmal das Buch "Massenmigration als Waffe" ("Weapons of Mass Migration", Cornell University) durchlesen.

Die letzten Jahre haben gezeigt: Islamistische Mörder können heute immer und überall zuschlagen. Unsere Gesellschaft hat sich schon jetzt merklich verändert. Es herrscht ein Klima der Angst, wie die "Rock am Ring-Unterbrechung" und die Panik in Turin gezeigt haben. Selbst die Multikulti-Gesellschaft muß ihren "Karneval der Kulturen" unter massivem Polizeischutz feiern.

Mich persönlich stört es einfach, wenn ich mittlerweile noch nicht einmal mehr einen Rucksack zum Open-Air-Konzert mitnehmen kann: Eine Beschneidung meiner Freiheit in jedem Sektor des Lebens. Als weiteres Beispiel könnte ich diesen immer größer werdenden Irrsinn an den Flughäfen aufzählen. Alleine damit stehen mir diese Religions-Fanatiker doch das wertvollste, was ich besitze: meine Lebenszeit!

Mittlerweile ist selbst in Deutschland nachgewiesen, daß wir uns Mörderbanden ins Haus geholt haben. Oder wie soll ich es anders nennen, wenn sich "Flüchtlinge" selbst als ehemalige Taliban-Kämpfer outen? Und von verschiedenen Attentätern wissen wir inzwischen sicher, daß sie mit den Zuwanderern nach Europa gekommen sind. Ich behaupte, da sind noch viel mehr Killer drunter. Oder ist die umgekehrte Annahme nach den bisherigen Erfahrungen etwa wahrscheinlicher?

Ist nicht die Ermordung des 17jährigen Niklas in Godesberg ein Fanal und ein Beispiel, was uns auch im Rest von Deutschland bald bevorstehen könnte? Aus dem einstmals mondänen Diplomaten-Ort ist innerhalb weniger Jahre eine zweifelhafte Heimat geworden: Am und um den Bahnhof lungern nachts "südländischen Gestalten" herum - und das Messer sitzt locker. Am Moltkeplatz hilft eher die türkische und arabische als die deutsche Sprache weiter. Natürlich gibt es im Restaurant nebenan keinen Alkohol mehr, schließlich bestimmen andere Kulturen schon längst, was in Deutschland erlaubt ist und was nicht. Würstchen-Verbote in Kindergärten lassen grüßen.

Ein weiteres Beispiel unter vielen für die Veränderung unserer Gesellschaft: Neulich wurden Besitzer von Metzgereien in Köln von Muslimen angepöbeln und bedroht, nur weil Deko-Schweine aus Pappe im Schaufenster standen. Gilt das Bilder-Verbot des Islam jetzt schon für Borstenvieh? Warum nicht gleich die Geschäfte kennzeichnen? Ich würde gelbe Ringelschwänzchen vorschlagen ...

Mir ist klar, daß ich sicher mit folgender Äußerung nicht den Preis für Nächstenliebe gewinnen werde. Aber als Einwohner eines Landes, in dem mir zumindest laut Grundgesetz die freie Meinungsäußerung gestattet ist, muß ich auch sagen dürfen: Nein, ich möchte diese Menschen nicht hier haben! Ich will zumindest keine Personen in Deutschland, die sich nicht eindeutig für unsere Demokratie aussprechen, unsere Art zu leben und unsere Grundwerte. Ich brauche keine Betrüger, die ihre Papiere "verlieren", ihr Handy aber nicht. Ich will in meiner

Heimat keine Menschen, die Frauen verprügeln, Christen und Juden angreifen, uns Deutsche als "Opfer" sehen.

(Letzteres gilt übrigens nicht nur für Zuwanderer, sondern natürlich auch für linke und rechte Schläger, "die schon immer hier waren".)

Es könnte alles so einfach sein, gälte der gesunde Menschenverstand inzwischen nicht als politisch unkorrekt. Das sagt zumindest Klaus-Jürgen Gadamers. Oder anders ausgedrückt: Möglicherweise bin ich gar nicht islamophob, ich denke bloß selbst. ...<<

09.08.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. August 2017: >>Mehr Patriotismus wagen!

Deutschland ist ein großartiges Land. Warum tun wir uns so schwer damit, stolz auf dieses Land zu sein? Kaum ein Volk hat das schlechte Gewissen wegen seiner eigenen Identität so verinnerlicht wie die Deutschen. Die perfektionierte Selbstverleugnung und der ängstliche Eifer, bloß nicht "typisch deutsch" daherzukommen, wirken auf andere genau so: typisch deutsch. Und das macht uns in der Welt nicht beliebter, sondern läßt das Mißtrauen wieder wachsen.

Für einen Italiener oder Briten, einen Franzosen oder Polen ist Stolz auf das eigene Land eine Selbstverständlichkeit. Es ist die Grundlage eines Zusammengehörigkeitsgefühls, über das man nicht erst diskutieren muß.

Sie stehen zu ihrem Land, mit allen historischen Höhen und Tiefen, und sind gerade deswegen gute Europäer, weil sie ihren festen Platz kennen.

Die Sehnsucht, den eigenen Staat und die eigene Identität in einem nebulösen europäischen Superstaat auflösen zu wollen und nur noch "gute Europäer" zu sein, ist eine deutsche Besonderheit. Sie kommt den Nachbarn verdächtig vor - mit gutem Grund. Denn sie alle verfolgen ihre eigenen nationalen Interessen, wenn sie sich auf die europäische und internationale Bühne begeben.

Je mehr die seltsamen deutschen Politiker beteuern, nur dem europäischen Gedanken, den Menschenrechten und dem Weltfrieden zu dienen und dabei keine eigenen Interessen im Sinn zu haben, desto argwöhnischer unterstellt man ihnen, einen Geheimplan zur Weltherrschaft in der Schublade zu haben.

Denn der Nationalstaat ist alles andere als überholt. Politik ist auch im globalen 21. Jahrhundert Staatenpolitik. Die Staaten sind die handelnden Figuren auf der politischen Bühne, auch wenn sie sich - als EU oder UNO, als afrikanische, nordamerikanische, asiatische oder eurasische Organisationen - zu überregionalen Staatenbündnissen zusammenschließen.

Denn nur die Staaten haben völkerrechtliche Legitimität und nur im Nationalstaat kann es auch Demokratie und Sozialstaat geben.

Ohne Nationalstaat kein Staatsvolk, ohne Staatsvolk keine demokratische Legitimation und Willensbildung und keine soziale Solidarität.

Wenn die Kanzlerin behauptet, jeder gehöre zum Volk, und die SPD auch noch jedem Immigranten das Wahlrecht nachwerfen will, legen sie die Axt an die Wurzeln der Demokratie.

Nationalstolz ist normal und kein Verbrechen

Wir Deutschen haben keinen Grund, unseren Staat und das, was Generationen aufgebaut haben, leichtfertig an alle Welt zu verschenken und zu verschleudern. Fast ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es höchste Zeit, die deutschen Nationalneurosen zu überwinden.

Auch die Deutschen haben eine Geschichte, auf die sie stolz sein können, ohne die finsternen Jahre des Nationalsozialismus und seine Verbrechen dabei auszublenden. Die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung, die in der Aufklärung wurzelt, die Reformen und Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts, das Hambacher Fest und die Märzrevolution von 1848 hervorge-

bracht hat, die Republik von 1919, der Widerstand gegen Hitler und gegen die kommunistische "DDR-Diktatur" bis zur friedlichen Revolution und zum Mauerfall 1989 bieten Anknüpfungspunkte genug, um selbstbewußt in die Zukunft zu gehen.

Der "German Genius", dem ein britischer Historiker unlängst ein respektvolles Standardwerk gewidmet hat, wird in der Welt ebenso geschätzt wie deutsche Tüchtigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz, eine der Grundlagen des weltweiten Erfolgs unserer Industrieprodukte und damit unseres Wohlstands.

"Typisch deutsch" ist in weiten Teilen der Welt noch immer ein Ausdruck der Anerkennung. Wir sollten uns nicht selbst schlechter machen, als andere uns sehen und endlich mehr Patriotismus wagen.

Verspielen wir nicht unser Erbe!

Erinnert sich noch jemand an das "Sommermärchen" 2006? Deutschland als Austragungsort der Fußball-WM in einem fröhlichen Meer von Schwarz-Rot-Gold, die Welt zu Gast bei Freunden, Erleichterung im europäischen Ausland: Die Deutschen sind endlich normal geworden und haben ein entspanntes, positives Verhältnis zu ihrem Land und ihren Nationalsymbolen gefunden.

Das war gerade mal ein halbes Jahr nach Angela Merkels erster Wahl zur Bundeskanzlerin. Nach zwölf Merkel-Jahren hat sich das Bild dramatisch geändert. Die Szene, wie die Parteichefin nach ihrem dritten Wahlerfolg 2013 ihrem linkischen damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe am Wahlabend ein Deutschlandfähnchen entwindet und es verärgert von der Bühne wirft, steht dafür als Symbol: Deutschland ist zur Abwicklung freigegeben.

Mit einer Mischung aus ungläubigem Staunen, verhaltenem Entsetzen und da und dort auch heimlicher Schadenfreude beobachtet die Welt seit Jahren, wie Deutschlands politische Klasse das eigene Land und seine Stärken demontiert:

- wie sie den Wohlstand und das Volksvermögen der eigenen Bürger verpfändet, um gescheiterte Krisenstaaten in der Euro-Währungsunion zu halten und sich dafür auch noch als "Unterdrücker" beschimpfen läßt;
- wie sie mit einer irrationalen "Energiewende" die sichere deutsche Energieversorgung zerschlägt, Bürgern und Industrie unerträglich hohe Energiekosten aufbürdet und die europäischen Stromnetze bis an die Belastungsgrenze strapaziert;
- wie sie noch eine "Mobilitätswende" obendrauf setzen will und im Griff grün-linker Öko-Ideologen einen Vernichtungsfeldzug gegen den Dieselmotor und damit gegen die eigene Automobilindustrie führt;
- wie sie die Kontrolle über die eigenen Grenzen aufgegeben hat, millionenfache Einwandererströme eingeladen hat und andere EU-Staaten moralisch erpressen will, sich an der Aufnahme dieser Ströme zu beteiligen.

Dieser Moralimperialismus hat Deutschland politisch isoliert und einen tiefen Keil zwischen die europäischen Staaten getrieben. Noch 2013 bewunderte der damalige Londoner Bürgermeister Boris Johnson Deutschland als Vorbild für Europa. Inzwischen ist Großbritannien wegen der Berliner Asylpolitik aus der EU ausgetreten, Austrittsbefürworter Johnson ist Außenminister, und der britische Politologe Anthony Gledhill schüttelt den Kopf über den "gefühlsgeliteten Hippie-Staat" Deutschland, der alle Regeln bricht.

Mit ihrer "Willkommenskultur" hätten die Deutschen "ihr Gehirn verloren".

Im Norden und Osten der EU formiert sich erbitterter Widerstand gegen die Merkel-Politik, weil Dänemark das Land der Dänen, und Polen das Land der Polen bleiben soll. Damit wir als Deutsche die Achtung der Welt nicht vollends verlieren, müssen wir diesen Sonderweg aufgeben, uns zur eigenen Identität bekennen und zu einem gesunden Patriotismus zurückfinden.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schreibt am 9. August 2017 in der Wochen-

zeitung "Deutschland-Kurier": >>**Die Wahlen im September sind entschieden.** Wenn die Meinungsforscher recht haben. Und die haben immer recht. Fragen ja nur die Meinung ab, die sie hören wollen. Gut, manchmal kommt ein Brexack dazwischen. Oder ein Drecksack mit Fönwelle.

Aber sonst? Felix FPÖ konnte den GRÜNEN-Präsidenten nicht verbellen. Die holländischen Tulipane haben nur links Kleinholz gemacht. Und die Guillotine-Gallier lavierten ihre Marine nicht mal an einem "Monsieur Null Ouvert" vorbei in den Präsidentenpalast.

Jetzt also die Germanen!! Merkel zum Ersten - zum Zweiten - zum Dritten - und zum ...Vierten! And the Michel goes to... Angela!

Wenn also klar ist, wie die "Deutschland-Auktion" ausgeht - wer das Land der Kapitalisten und Kaputtmacher die nächsten vier Jahr weiter in den Schlaf lullen darf - warum noch wählen gehen? Weil es unsere demokratische Pflicht ist? Ist es nicht. Nur unser Recht! Pflicht war es bei der "Deutschen Demokratischen" SED. Weil die Völker die Signale hören sollten: 97,8 Prozent der Werktätigen wollen Sozialismus. So etwas schaffen heute nur noch die Sozis im kleinen Kreis, wenns um den Kanzlerkandidaten geht. Dann sogar zu 100 Prozent.

Wohin das führt, sehen wir: SPD im Keller. SED-LINKE, GRÜNE noch tiefer. FDP etwas nach oben geföhnt. CSU drehhofert sich ins "Aus". Also wieder Angela v. Watschel, Reichsverweser/in von Kohls Gnaden! Und alles bleibt, wie es war: Grenzen als Hülle, Moslems die Fülle. Und nie mehr Not, für immer Rot. Und Rotkäppchen, klar, Rot kann man eines Tages nur noch Blau ertragen.

Die AfD ist blau, farblich! Alternative für Deutschland. In Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen, Brandenburg ist sie es schon. In Bayern, Baden Württemberg, Rheinland-Pfalz auch. In NRW, wo es was bringen würde, holt derzeit nur ein Bergmann und Ex-SPD-Genosse richtig Stimmen. "Richtig"? Um die 20 Prozent. Bis jetzt nur in Essen.

Also doch: Wählen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. August 2017: >>**Die Goldene Hof-trompete für den Monat Juli geht an: Die ARD**

Spötter meinen schon länger, daß die "ARD-Tagesschau" sich von der "Aktuellen Kamera" des "DDR-Fernsehens" vor allem dadurch unterscheidet, daß Letztere die Zuschauer doppelt so lange gelangweilt hat. Dafür gibts heute Propaganda-Lautsprecher wie die Merkel-Verehrerin Sabine Rau aus dem rot-grünen WDR-Stall.

Da erklärt der Europäische Gerichtshof (EuGH) die EU-Asylregeln des Dublin-III-Abkommens weiterhin für gültig - und was kommentiert "Expertin" Sabine Rau in der "Tagesschau"? Die Bundeskanzlerin habe ja bereits "konkrete Maßnahmen eingeleitet" - im CDU-Wahlprogramm stehe doch schon der Satz, "was 2015 passiert ist, darf sich nicht wiederholen".

"Passiert" ist, daß die Kanzlerin das Recht gebrochen hat und bis heute bricht. So wie die Versprechen in ihren Wahlprogrammen übrigens. Frau Rau juckt so was nicht. Zum Lobe Merckels legt sie sogar noch die steile Behauptung drauf, an der "deutsch-ungarischen Grenze" gebe es jetzt ja "stärkere Kontrollen". So viel geballte und geographische Medienkompetenz muß uns schon acht Milliarden Euro Zwangsgebühren jährlich wert sein.

Die Anfrage eines aufmerksamen Rechtsanwalts, wo diese "ungarisch-deutsche Grenze" denn verlaufe, blieb übrigens unbeantwortet. Die "Tagesschau" hat das peinliche Video auch eilig gelöscht. Macht nichts: Das Internet vergißt nichts, wir auch nicht. Das ARD-Hauptstadtstudio steht zu dem grotesken Auftritt seiner Mitgründerin und zeigt den Kommentar - zumindest bis Redaktionsschluß - weiter auf seinem Blog. Die "Goldene Hoftrompete" haben sie sich damit redlich verdient.<<

10.08.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 10. August 2017 (x892/...): >>**Erscheinungsformen des Sozialismus**

Buchbesprechung Igor R. Schafarewitsch: Der Todestrieb in der Geschichte.

"Demographisch, demokratisch, kulturell, moralisch und ökonomisch zehrt der Westen heute von der Vergangenheit. Und lebt auf Kosten der Zukunft. So ist das im Sozialismus." So beginnt der Text auf der Rückseite eines Buches, das wir unbedingt und ohne Einschränkung empfehlen wollen.

Es ist ja eine leicht nachweisbare Tatsache, daß der Sozialismus, wo immer er ausbrach, letztlich gescheitert ist. Das wäre gut, wenn er nicht nach den jeweiligen Zusammenbrüchen immer wieder Ruinen, Trümmer und Wüsteneien hinterlassen hätte, und das auch in Ländern, die alle Voraussetzungen für blühendes Leben haben: denken wir an die DDR, denken wir aktuell an das gerade zusammenbrechende, an Erdöl reiche Venezuela. Und ein weiteres Übel kommt hinzu.

Wenn in einem wissenschaftlichen Labor ein Experiment 142 mal scheitert, wird der leitende Wissenschaftler irgendwann zu dem Schluß kommen, daß an dem Experiment etwas nicht in Ordnung ist. Er wird es abbrechen, wenn der Schaden so unermesslich groß zu werden droht.

Nicht so im Sozialismus. Die unzähligen gescheiterten Versuche entmutigen die jeweiligen Adepten des Menschenversuchs "Sozialismus" keineswegs, und unvergessen ist der ungehörte Ausspruch eines solchen Adepten im höheren Lehramt, der nach 1989 und den vermuteten Scheitern des Sozialismus in der DDR lächelnd fragte, welcher Sozialismus denn da gescheitert sei.

Und, ja: der eine oder andere fragt sich inzwischen wohl doch, ob denn die BRD von heute nicht doch eher eine DDR mit Bananen, Videorekordern, Reisefreiheit und etwas bequemeren Autos sei.

Der 1923 geborene russische Mathematiker und Philosoph Igor Rostislawowitsch Schafarewitsch hat 1975 auf französisch das Buch veröffentlicht (englisch und deutsch erschien es 1980), über das wir hier reden. Erst nach dem Ende der Sowjetunion konnte es auf russisch erscheinen.

Es handelt sich um eine fundierte und bestens belegte Studie über die Grundzüge der tödlichen sozialistische Ideologie, die im Laufe der Geschichte, so Schafarewitsch, nicht isoliert in der Neuzeit auftauchen, sondern als fester Bestandteil der Menschheitsgeschichte schon seit der europäischen Antike wie auch in anderen, außereuropäischen Kulturen. Schafarewitsch macht das an leicht nachvollziehbaren Kriterien fest: es ist der die Geschichte durchziehende Kampf gegen Privateigentum, Tradition, Familie und Religion.

Daß dieser zerstörerische Kampf gegen die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft heute zumindest in Europa in ein entscheidendes Stadium eingetreten ist, läßt sich an allseits bekannten Beispielen ganz einfach nachweisen.

Der historische Teil seiner Studien ist höchst informativ - und daß auch Heilige solchen Anwendungen teilweise unterliegen können, zeigt nur, daß Heiligkeit nicht zwangsweise mit (politischer) Unfehlbarkeit einhergehen muß.

Das Glanzstück aber ist unserer Ansicht nach der dritte Teil, die Analyse, in der Schafarewitsch mit mathematischer Genauigkeit und Gründlichkeit (uns sind keine linken, gar revolutionären Mathematiker bekannt, das liegt anscheinend in der Natur der Sache) dem Sozialismus auf den Grund geht, Konturen, Betrachtungsweisen, "Verwirklichungen" untersucht, Sozialismus und Individualität als Gegensätze erläutert und letztlich, am Schluß, gegen das Ziel des Sozialismus immunisiert. Und zwar nachhaltig.

Das wichtige Buch war, wen wundert es, lange vergriffen. Dem Lichtschlag-Verlag sei für die Neuauflage gedankt, die Lektüre wird (gerade in diesen Vorwahl-Zeiten!!) unbedingt empfohlen.

Igor R. Schafarewitsch: Der Todestrieb in der Geschichte. Erscheinungsformen des Sozialismus. Lichtschlag Edition Klassiker, Grevenbroich 2016, 469 S. ...<<

12.08.2017

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 12. August 2017: >>Wenn die AfD klingt wie die antiimperialistischen Linken

In der Schlange vor dem "Halber 85" vertreibt man sich die Zeit mit Gesprächen übers Wetter. Der Himmel über Magdeburg ist grau, es nieselt. Und einige Leute wissen genau, warum: "Es werden Schwermetalle in die Luft geblasen. Von Flugzeugen aus. Dadurch bilden sich Wolken. Und dadurch werden wir lethargisch. Es gibt ja in Deutschland keine Männer mehr." Aber wer macht das? Wissendes, mitleidiges Lächeln: "Wer wohl? Die, die man nicht nennen darf. Sagen wir: Amerikaner." Willkommen in der Welt der Teilnehmer des "AfD-Rußland-Kongresses".

Geladen hat die AfD-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt. Gekommen sind mindestens 250 Menschen, der Saal ist bis auf den letzten Platz besetzt. Die meisten entsprechen dem Klischee: Männer in dem, was man euphemistisch "besten Alter" nennt. Es sind aber auch viele junge Männer dabei. Kaum Frauen. Viele Teilnehmer sind Rußlanddeutsche.

Moderatorin Katrin Ziske vom "Compact Magazin für Souveränität" begrüßt sie auf Russisch. Die AfD ist die einzige Partei, die gezielt die Rußlanddeutschen anspricht, mit eigenen russischsprachigen Medien, über Interviews im russischen Staatssender "RT Deutsch", und seit Kurzem mit einer "Interessengemeinschaft der Rußlanddeutschen in der AfD".

Deren Vorsitzender Waldemar Birkle, der in Kasachstan geboren wurde und sich in seinem Pforzheimer Wahlkreis um ein Direktmandat für den Bundestag bemüht, vergleicht in seiner Rede die Rolle der Aussiedler für die AfD mit der angeblich bestimmenden Rolle der Türken in der SPD. Freilich würden die Rußlanddeutschen wie die Russen, aber anders als die Türken, noch die deutschen Tugenden verkörpern, die heute aber hierzulande als spießig belächelt würden.

Durch die Umerziehung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg seien sie zu einem Volk ohne Geschichte geworden, so Birkle - oder mit nur einer Geschichte, der Nazigeschichte. "Wer aber die eigene glorreiche Geschichte nicht kennt, kann darauf nicht stolz sein." Diese Geschichtslosigkeit diene den "Strippenziehern hinter dem großen Teich". Für diese amerikanischen Strippenzieher habe Rußland "zwei Probleme: Bodenschätze und einen gesunden Patriotismus", der nicht zulasse, daß Fremde sie ausbeuten. Rußland werde heute von den Amerikanern für alles verantwortlich gemacht, wie früher Deutschland. Schon darum gehörten diese beiden Völker zusammen.

Rabiate Antiamerikanismus und Fremdenhaß

In der Tat wäre es ehrlicher gewesen, den Rußland-Kongreß einen "Antiamerika-Kongreß" zu nennen - oder wie es Robert Farle ausdrückt, jahrelanger Funktionär der moskautreuen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Nordrhein-Westfalen, heute Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD in Sachsen-Anhalt: einen Kongreß "gegen den Versuch des US-Imperialismus, Europa zu unterjochen". Das Vokabular jedenfalls mußte Farle beim Parteienwechsel nicht ändern.

Schließt man die Augen (denn die Teilnehmer wären jünger und weiblicher, die Männer behaarter und mit einer Neigung zu Lederjacken und Jeans), könnte man sich tatsächlich auf einem Kongreß der Außerparlamentarischen Opposition Ende der 1960er Jahre oder der antiimperialistischen Linken heute wähen.

Hans-Jörg Müller etwa, Bundesvorsitzender des AfD-Mittelstandsforums, wettet gegen die "Neoliberalen und Neocons um Jeffrey Sachs", die nach dem Ende der Sowjetunion Rußlands Industrie im geopolitischen Auftrag der USA zerstört hätten. Seit hundert Jahren sei es Politik der USA, Deutschland und Rußland gegeneinander zu hetzen, um die amerikanische Herr-

schaft über Europa aufrechtzuerhalten, das habe der Geostratege George Friedman zugegeben. Und Condoleezza Rice, Beraterin von George W. Bush, habe empfohlen, Krisen in Europa zu provozieren, um einen sich abzeichnenden deutsch-russischen Block zu zerstören.

An diesem Punkt wird die Illusion, man befinde sich auf einer linken Veranstaltung, jäh zerstört, als mein Nachbar unter allgemeinem Lachen in den Saal hineinruft: "Nicht alle Neger sind blöd!" Tatsächlich verbindet ein Mann wie Müller, der als Vertreter diverser deutscher Firmen - darunter VW - in Rußland gearbeitet hat und regelmäßig nach Moskau fährt, um mit der russischen Industrie- und Handelskammer einen "Meinungsaustausch" zu pflegen und dortigen Medien Interviews zu geben, einen rabiaten Antiamerikanismus mit einem ebenso rabiaten Fremdenhaß.

731 Konzerne der "US-Finanzindustrie", so Müller in einer Rede am 13. August 2016, würden die Welt beherrschen und alle europäischen Politiker kontrollieren. Sieben Milliarden Menschen würden zu "Arbeits- und Konsumsklaven" dieser Finanzkonzerne gemacht. Der von der Europäischen Union eingeleitete "Bevölkerungsaustausch" durch Masseneinwanderung und der "kommende Bürgerkrieg" in Deutschland dienen dem Ziel der "Gleichschaltung der Welt" im Interesse dieser Finanzmagnaten: "Wenn von Moral gesäuselt wird, geht es immer nur um Macht und Geld."

Man mag all diese Verschwörungstheorien abtun als überzogene Rhetorik, die wenig zu tun habe mit der realen Politik der AfD. Als jedoch André Poggenburg, Landesvorsitzender der AfD, Fraktionsvorsitzender im Landtag und Mitglied des Bundesvorstands gefragt wird, wie man denn politisch unabhängig handeln könne, da Deutschland eine "Kolonie" sei, weist er die Unterstellung nicht etwa zurück, sondern erklärt:

"Wir verlieren die Frage der Souveränität nicht aus den Augen. Wir sind für den Abzug der US-Truppen aus Deutschland. Und in einer nur von den USA geführten Nato wollen wir als Deutsche nicht bleiben. Zurzeit gibt es nur noch einen, der den Ton angibt, und drum herum nur Vasallen. Wir haben das als AfD ganz fest im Auge."

Der Kampf um die Stimmen der Rußlanddeutschen

Früher wählten die Rußlanddeutschen in Berlin die CDU, jetzt könnte sogar die AfD hoch im Kurs stehen. Grund ist offenbar auch mangelndes Vertrauen in Merkels Flüchtlingspolitik.

Damit geht der Kongreß in die Mittagspause. Es gibt, passenderweise, Soljanka. Nach der Pause ist Algis Klimaitis angekündigt. Der Sohn eines litauischen Paramilitärs und Nazi-Sympathisanten, der unter deutscher Führung an Judenpogromen beteiligt war, meint, Vertreter der satanistischen und okkulten Eliten wollten über ein "Programm der Rassenvermischung" die Beseitigung der Nationen, Religionen und Familie bewerkstelligen, mittels einer gezielten Masseninvasion von Muslimen.

Wenn für Müller die Bösewichter Sachs und Friedman heißen, sind es für Klimaitis "Adorno-Wiesengrund", Max Horkheimer und Ernst Bloch. Daß alle Genannten jüdische Wurzeln haben, ist natürlich kein Zufall. Gemessen an solchen Haß-Exegesen wirkt die Vorstellung einer Ruhigstellung der Deutschen per Schwermetalle in den Flugzeugkondensstreifen beinahe harmlos.<<

13.08.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 13. August 2017: >>**Planwirtschaft läßt grüßen**

Erich Honecker hätte am "Dieselgipfel" seine helle Freude gehabt: Die Autohersteller müssen antreten, um sich von der Politik sagen zu lassen, unter welchen Bedingungen sie weiter Autos bauen dürfen - und welche. Daß man nur ein weiteres überschaubares Lösegeld an die Umverteilungspolitiker bezahlen muß und Massenenteignungen der Kunden durch Fahrverbote noch mal abgewendet werden konnten, feiern sie schon als Erfolg.

Nach der faktenfreien Panik, mit der zuletzt Atomausstieg und "Energiewende" inszeniert und

übers Knie gebrochen wurden, offenbart die geschürte Hysterie um Feinstaub und Dieselemissionen ein weiteres Mal den bedenklichen Geisteszustand der tonangebenden Kräfte in einem Land, das immer noch zu den führenden Industrienationen der Welt zählt.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Phantomproblem

Die Zutaten sind skrupellose Öko-Lobbyisten und bornierte Sektierer in Politik und Medien, die bedenkenlos den industriellen Kern demontieren; eine opportunistische Regierungspartei, die vom Fürsprecher ökonomischer Vernunft und unternehmerischer Freiheit zum Handlanger ideologiegetriebener Wirtschaftshasser und Technikfeinde geworden ist; hasenfüßige Fachleute und Konzernlenker, die sich in ihrer Subventionsmentalität weiter an die Politik klammern und vor dem grün-linken Zeitgeist einen Kotau nach dem anderen vollführen, statt seinen Zumutungen energisch und rational zu widersprechen.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Produkt dieser Konstellation. Nüchtern betrachtet ist er ein Phantomproblem: Die Luft in Deutschland ist rein wie nie zuvor in einem Industrieland, die Autoabgase schadstoffärmer denn je, allein die vor allem bei Dieselaggregaten anfallenden Stickoxid-Emissionen sind im letzten Vierteljahrhundert um 70 Prozent gesunken.

Trotz aller Erfolge mißbrauchen Lobbyisten mit Öko-Etikett und die von ihnen getriebene Politik ihre gewachsene Macht, um die Autoindustrie mit immer schärferen Grenzwerten zu treiben, die längst jedes vernünftige Maß hinter sich gelassen haben. Die zulässige Stickoxid-Belastung im Straßenverkehr ist inzwischen zwanzigmal niedriger als am Arbeitsplatz.

Die Autos, die die Kunden kaufen wollen und mit denen die Industrie Geld verdienen kann, können diese Anforderungen objektiv kaum erfüllen. Die Hersteller haben sich trotzdem auf das Spiel eingelassen und das Nicht-Machbare versprochen. Mit dem Hintergedanken, sich mit Trickereien aus der Affäre zu ziehen, und in der Hoffnung, die Politik werde sie schon decken, um die Kuh nicht zu schlachten, an der die wichtigste Wertschöpfungskette im Lande hängt.

Auf dem Weg in die automobilen Planwirtschaft

Diese Strategie ist an der Gnadenlosigkeit der Öko-Lobbyisten und Grün-Ideologen und an der Unterwürfigkeit der Politik gegenüber ihrer medialen Deutungsmacht grandios gescheitert. Denn bei der Panikmache mit absurden Grenzwerten und aus fiktiven Annahmen errechneten Horrorstatistiken über "Feinstaub- und "Dieseltote", die in letzter Konsequenz jedes Fahrzeug zur mörderischen Dreckschleuder stempeln, geht es längst nicht mehr um vorge-schobene hehre Ziele wie Luftreinhaltung und öffentliche Gesundheit.

Mit der massiven Kampagne gegen den Dieselantrieb ist Deutschland auf Siebenmeilenstiefeln auf dem Weg in die automobilen Planwirtschaft. Nicht nur ein vermeintlich "umweltschädlicher" Antrieb soll verdrängt und aus dem Verkehr gezogen werden, die individuelle Mobilität und damit ein wesentliches Stück Bürgerfreiheit selbst steht zur Disposition. Die Bürger sollen umerzogen und gezwungen werden, bestimmte Fahrzeuge zu kaufen und andere nicht, und die Hersteller sollen ebenfalls ans Gängelband gelegt werden und ihr Angebot an ideologischen und politischen Vorgaben ausrichten.

Dem gelernten "DDR-Bürger" mag das seltsam bekannt vorkommen. Der "Trabant" der grünen Planwirtschaft ist das Elektroauto. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen bleibt es ein Prestigespielzeug für Wohlhabende, das noch dazu von der Allgemeinheit zwangssubventioniert werden muß. In Flexibilität, Reichweite und individueller Bewegungsfreiheit ist der E-Antrieb dem Verbrennungsmotor unterlegen und wird es auf absehbare Zeit auch bleiben.

China ist kein Vorbild

Man mag den Furor belächeln, mit dem von Lehrern, Politologen und Studienabbrechern dominierte Grünen-Parteitage Totalverbote für Verbrennungsmotoren fordern oder der Sozialpädagoge Cem Özdemir der Autoindustrie erklären will, wie das Auto der Zukunft aussehen soll, und Bundeskanzlerin Merkel noch vor kurzem das Planziel von einer Million Elektroau-

tos in ein paar Jahren ausgegeben hat.

Der rasante Vormarsch des Ungeists der sozialistischen Planwirtschaft in Politik und Öffentlichkeit sollte indes ebenso entschiedenen Widerspruch wecken wie die Begeisterung, mit der die Propagandisten der Elektromobilität die kommunistische Einparteiendiktatur China als Vorbild preisen. Peking geht es um handfeste wirtschaftliche Interessen: Ein Drittel der Wertschöpfung beim Bau eines Elektroautos findet in der Akkuproduktion statt. Und da hat das Reich der Mitte gegenüber den europäischen Motorenherstellern die Nase vorn.

Wie der Autoantrieb der Zukunft aussehen könnte, wird nicht in Politbüros und staatlichen Planungskommissionen entschieden, sondern im von dirigistischen Bevormundern möglichst ungehinderten freien Spiel von Markt und Forschergeist. Kaiser Wilhelm II. glaubte noch, die Zukunft gehöre dem Pferd; er war aber klug genug, nicht alles andere verbieten zu wollen. Planwirtschaft bedeutet schlechtere Versorgung zu höheren Preisen, das können die Nachwendedeutschen gerade an der "Energiewende" lernen. Diesem Fehlgriff auch noch eine verordnete "Mobilitätswende" folgen zu lassen, könnte Deutschland das industrielle Rückgrat brechen.<<

16.08.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. August 2017: >>Merkels Flüchtlinge!

Es war das übliche Beschwichtigungsritual: Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im Frühjahr die Kriminalstatistik für das Jahr 2016 vorstellte, besänftigten die Berliner Schalmeibläser: Alles nicht so schlimm, die Gesamtzahl der Straftaten (rd. 6,3 Millionen) habe sich im Vergleich zum Vorjahr nicht erhöht. Tatsächlich aber dürfte keine Kriminalstatistik so brisant sein wie die aktuelle.

- 100 Prozent mehr Morde
- 130 Prozent mehr Gruppenvergewaltigungen
- 93 Prozent mehr Körperverletzungen

Fakt ist: Die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer stieg 2016 um 52,7 Prozent auf 174.438 Asylbewerber, sogenannte (nicht anerkannte) Flüchtlinge und Personen mit unerlaubtem Aufenthalt stellten damit 8,6 Prozent aller rund 2 Millionen Tatverdächtigen (2015: 5,7 Prozent). Tendenz stark steigend!

Im Einzelnen: Bei Taschendiebstählen betrug der Zuwanderer-Anteil 35 Prozent, bei Ladendiebstählen waren es 16,8 Prozent aller Tatverdächtigen, bei Raubdelikten 14,3 Prozent, bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung sowie gefährlicher und schwerer Körperverletzung je 14,9 Prozent.

Die wahre Brisanz der Statistik offenbart sich jedoch erst beim Lesen des Kleingedruckten (Deliktzunahmen):

- In der Rubrik "Mord" stieg die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber um 100 Prozent!
- Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung waren 120 Prozent mehr Asylbewerber tatverdächtig!
- Noch extremer der Anstieg beim Delikt "Gruppenvergewaltigung": plus 130 Prozent!
- Gefährliche und schwere Körperverletzung nahmen um 93 Prozent zu.

Vollends deutlich wird die Aussagekraft dieser Zahlen aber erst, wenn man sie unter Berücksichtigung des jeweiligen Bevölkerungsanteils ins Verhältnis zur Zahl der deutschen Tatverdächtigen setzt. Dann ergibt sich folgendes Bild:

- Asylbewerber waren 2016 in Bezug auf die Gesamtkriminalität (alle Straftaten) mehr als 600 Prozent auffälliger als Deutsche. Wobei unter "kriminellen Deutschen" auch solche mit Migrationshintergrund und Doppelpaß erfaßt sind.
- Bei der Gewaltdelinquenz waren "Flüchtlinge" sogar 1.400 Prozent auffälliger als Deutsche
- also 14-mal so oft!

Aber "Flüchtlinge" waren auch doppelt so kriminell wie alle anderen Ausländer:

Unter 100.000 Deutschen waren 1.913 Tatverdächtige, unter 100.000 Ausländern 6.847 Tatverdächtige und unter 100.000 "Flüchtlingen" 13.930 Tatverdächtige - Verstöße gegen das Ausländerrecht nicht mitgerechnet.

Die offizielle Statistik dürfte nur die Spitze eines Eisberges sein. Der maßgebliche Begriff "Tatverdächtiger" ist nämlich dahingehend definiert, daß es sich um polizeilich gründlich ermittelte Tatbeteiligte handelt, die der Justiz zur Anklageerhebung übergeben werden können. Die Fälle werden also polizeilich als gelöst ad acta gelegt.

In der Statistik schon gar nicht enthalten sind die vielen "Einzelfälle", wie sie tagtäglich in fast jedem Polizeibericht und in Fahndungsaufrufen vorkommen: "Gesucht wird / tatverdächtig ist ... ein Mann mit dunkler Hautfarbe, dunklem Teint, südländischem Aussehen usw." Da kann man nur ahnen, woher der Nafri-Wind weht.

In der Statistik ebenfalls nicht erfaßt: In vielen Städten wie z.B. Lübeck ist der Drogenhandel inzwischen fest in der Hand von "Flüchtlingen".

Bei nüchterner Analyse wird klar: Der extreme Anstieg der Straftaten von "Flüchtlingen" läßt sich nicht damit erklären, daß die Zahl der Asylbewerber 2016 um "nur" 25 Prozent angestiegen ist. Die alarmierende Zunahme von - um im Bilde zu bleiben - "Verbrechen mit Migrationshintergrund" offenbart nach Auffassung von Kriminologen vielmehr eine zunehmende Brutalität, Gewaltbereitschaft und Habgier unserer "Gäste".

Dazu eine aktuelle einmonatige Momentaufnahme: Allein zwischen dem 12. Juni und dem 10. Juli stellte die Bundespolizei 6.125 Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht, 4.546 unerlaubte Einreisen und 812 Drogendelikte fest. Außerdem wurden in diesem Zeitraum 782 Haftbefehle vollstreckt. In dem Bericht heißt es: "Allein schon diese Ergebnisse sprechen für einen Mehrwert der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen". Der Innenminister soll Weisung erteilt haben, den Bericht nicht zu veröffentlichen. Offenbar, weil die Bundesregierung vor der Wahl eine Debatte über neue Grenzkontrollen vermeiden will.

Schmunzelnd zeigt sich Kanzlerin Merkel mit Pustemund und Knautschgesicht auf den CDU-Wahlkampfmotiven. Umhüllt von den Nationalfarben Schwarz, Rot und Gold blickt die Kanzlerin auf ihrer zentralen Broschüre versonnen nach links unten, in Richtung des CDU-Mottos: "Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben". Die Botschaft der 20 Millionen Euro teuren Kampagne: "Weiter so!"<<

Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schreibt am 16. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Verfolgung von Christen und Andersgläubigen - auch in Deutschland

Seit vielen Jahren sehe ich mit großer Sorge die zunehmende Verfolgung von Christen und anderen religiösen Minderheiten. Mittlerweile beziffert die Hilfsorganisation "Open Doors" die Anzahl der Christen unter Verfolgungsdruck auf weltweit 200 Millionen Menschen. Die Anzahl hat sich in den vergangenen Jahren verdoppelt.

Der Zustand der Religionsfreiheit gilt als ein deutlicher Indikator für die allgemeine Menschenrechtslage in einem Staat. Wo es Religionsfreiheit gibt, sind in der Regel auch andere zentrale Freiheitsrechte weniger in Gefahr. Jedoch werden viele Christen und zahlreiche weitere religiöse Minderheiten wie die Jeziden und die Bahai, die Tibeter in China und auch Muslime in Indien systematisch diskriminiert, verfolgt und ermordet. Die Anzahl der Christen ist jedoch weltweit besonders häufig von Unterdrückung und Verfolgung betroffen.

Der Weltverfolgungsindex zeigt, daß es insbesondere in muslimischen Ländern zur systematischen Unterdrückung, Diskriminierung und Verfolgung kommt.

Woher resultiert die enorme Gewalt gegen Christen in muslimischen Ländern und die Einschränkung der Glaubensfreiheit? Beides resultiert aus dem islamischen Recht, der Scharia.

Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam als Willenserklärung der Mitgliedsstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz stellt alle ihre Artikel, auch den zur Glaubensfreiheit, unter den Vorbehalt der Scharia.

In dieser steht die Apostasie, damit ist der Abfall vom Islam gemeint, unter Todesstrafe. Die Praktizierung des eigenen Glaubens - außer dem Islam - sei es privat oder im öffentlichen Bereich, ist verboten. Bereits geäußerte Kritik am Islam kann dazu führen, daß man verhaftet oder gar getötet wird. Die Verfolgung ist spürbar, wenn Christen ihren Glauben praktizieren, wenn sie sich nicht den religiösen muslimischen Ritualen wie dem Fasten des Ramadan unterwerfen.

Der Bau von Kirchen ist vielerorts beinahe unmöglich, es kommt vielmehr zu Enteignungen und Zerstörung jahrhundertealter Heiligtümer.

Christliche Geistliche schweben in Lebensgefahr, wenn sie als solche durch ihre Kleidung erkennbar sind. Predigten dürfen nur an bestimmten Tagen abgehalten werden.

Für Deutschland müssen wir darüber hinaus mit großer Sorge erkennen, daß als Folge der großen Migrationsbewegungen global beobachtete Defizite religiöser Toleranz inzwischen auch verstärkt bei uns spürbar sind. So sind vor allem in den letzten Jahren Menschen aus Gesellschaften nach Europa und Deutschland gekommen, in denen sie ohne religiöse Toleranz aufgewachsen sind.

Wir erleben in Folge die Zunahme antisemitischer Strömungen und unverhohlener Aggressivität gegenüber Christen und Jeziden in deutschen Asylunterkünften. Berichte über Spannungen zwischen verschiedenen religiösen Gruppen, selbst zwischen unterschiedlichen muslimischen Glaubensrichtungen wie Sunniten und Schiiten zeigen uns, daß dieses religiöse Konfliktpotential in Deutschland angekommen ist und uns vor erhebliche Herausforderungen stellt.

Verkennen dürfen wir dabei nicht, daß es auch bei uns in Deutschland islamistische Versuche gibt, Religion als politisches Vehikel zu mißbrauchen, z.B. das Tragen ausgrenzender Kleidung wie Kopftuch, Burka oder Niquab als religiös zu begründen, obwohl religiöse islamische Führer dies als reine traditionelle Kleidung bewerten.

Gerade aufgrund der Entwicklungen, die Christen vielerorts erdulden müssen, müssen wir in Deutschland wachsam sein und Intoleranz zu Lasten unserer Rechts- und Wertvorstellungen nicht nur klar widersprechen, sondern auch konsequent unterbinden. Leider geschieht das fahrlässig nicht.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schreibt am 16. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>War eine kurze Überfahrt ... Ihre Leiber glänzen in der Sonne ... Ihre Boote machen längsseits fest ... Und schon ist die Party im Gange ...

Achim Reichel, "Aloha He", verballhornt. Der Hit beschreibt in etwa, was sich derzeit im Mittelmeer abspielt. Hundertfach am Tag. Tausendfach im Monat. Bis jetzt 93.000 "glänzende Leiber. Nicht 1910 vor Sansibar". Jetzt, 2017 vor Libyen: Afrikaner auf dem Weg zu "Mama Afrika" in Alemania.

Das Schrecklichste kommt am Anfang: In Libyen warten nicht 400.000, sondern 1 Million auf die deutschen Wasser-Taxen. "Rettungsschiffe", von "Jugendlichen" in Berlin oder greisen Milliardären wie Soros bezahlt. Radar, Funk, GPS, Halal-Snacks - alles an Bord. Schwimmwesten zuhauf an Deck. Der "Skandal": Die Italiener haben jetzt die deutsche "Juventa" (Jugend Rettet) in Lampedusa an die Ankerkette gelegt, beschlagnahmt.

Der blaue NGO-Pott hatte wie "SOS Mediterranee", "Seewatch", "Ärzte ohne Grenzen" nicht selten "in 48 Stunden 11.000 Afrikaner" aus den "tosenden" Fluten "gerettet" ("Sagt Muttchen, s'ist Ali!" ...). Dramatische Fotos von schreienden, jungen Frauen, das Haar in Draidhairstreifen, millimetergenau und teuer aufs Köpfchen geflochten. Natürlich sagen die Schranzen-Schreiber nicht, daß über 95 Prozent der "Flüchtlinge" junge Männer sind. Daß die

Seelenfänger fette "Heuer" kassieren - aus den Klingelbeuteln der Kirchen. Aus den schwarzen Schatullen von Gewerkschaften und Parteien. 500.000 Euro für Juventa ... 1,5 Millionen für Seewatch ... 3.276 für Ärzte ohne Grenzen ...

4 Millionen für SOS Mediterranee. 13 Millionen monatlich. Sie schreiben auch nicht, daß ihre Wasser-Taxen per GPS, Smartphone und Blinkzeichen von den Schleppern "gerufen", geleitet werden. Daß die Sklavenhändler in Libyen jährlich 31 Milliarden Dollar mit der Ware Mensch machen ...

Und natürlich schreiben sie nicht, daß in Lampedusa, in ganz Italien das "Boot" restlos voll ist. Sie sagen auch nicht, daß See- und Menschenrecht vorschreiben, Schiffbrüchige auf schnellstem Weg an Land zu bringen.

Das wäre Libyen, gerade mal 12 Meilen (21 km) nah. Die Retter "retten" lieber quer durch das schäumende Mittelmeer ins 300 km ferne Italien. Denn von da geht's mit kurzem Zwischenstopp unter Palmen direkt weiter zu "Mama Afrika".

Freilich, die Kanzlerin machte übellaunig mit "Deutschlands First Mann" Urlaub im schönen Tirol. Aber der 24. September ist nah. Danach kann "Mama Afrika" wieder machen, was sie jetzt noch vor dem Wahl-Pack verbergen muß - ein freundliches Welcome-Gesicht. Danach beginnt ihr nächster 4-Jahres-Plan: "Wir schaffen das". Und Deutschland ab ...<<

17.08.2017

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. August 2017: >>**Scheinflüchtlinge machen weiter Urlaub im Herkunftsland! Abkassiert wird in Deutschland!**

Ausländerbehörden in Baden-Württemberg haben rund 100 Asylanten erfaßt, die seit 2014 teilweise mehr als einmal in ihre Herkunftsländer reisten und nach der Rückkehr ins Sozialamt Deutschland ihren Schutzstatus als Asylbewerber behalten durften.

Auf Anfrage der AfD-Fraktion, hat das baden-württembergische Innenministerium nun erstmals Zahlen über die Urlaubs-Asylanten vorgelegt: Die kommunalen Ausländerbehörden haben seit 2014 rund 100 Fälle erfaßt. Es sei aber von einer "gewissen Dunkelziffer auszugehen", glaubt Amtschef Julian Würtenberger (CDU). Zielländer waren nach Angaben eines Sprechers etwa Syrien und der Irak. Das berichtetet am Donnerstag unter anderem der *Mannheimer Morgen*.

Der AfD-Landtagsabgeordnete Anton spricht von "unglaublichen und unhaltbaren Zuständen". Daß Reisen in ein "Verfolgerland" nicht dazu führen, daß die Asylberechtigung in Deutschland nach der Rückkehr erlischt, sei empörend.

Die Anerkennung als Asylberechtigter erlösche nur, "wenn sich der Ausländer freiwillig in seinem Heimatstaat niedergelassen hat", erklärt Amtschef Würtenberger die EU-Asyl-Richtlinie. Davon könne ausgegangen werden, wenn er sich dort dauerhaft aufhält. "Reisen in den Verfolgerstaat sind damit kein Erlöschensgrund, können aber nach einer Einzelfallprüfung zur Aberkennung des Schutzstatus führen."

Der Mann aus der Merkel-Partei fügt hinzu: "Wenn anerkannte Schutzberechtigte trotz einer Verfolgung oder Bedrohung zu Urlaubszwecken wieder in ihr Heimatland reisen, stellt sich zu Recht die Frage nach der Schutzbedürftigkeit dieser Ausländer."

Skepsis auch bei CDU-Innenpolitiker Thomas Blenke: "Für mich ist das völlig unverständlich. Wenn man in einem Land Urlaub machen kann, ist man wohl kaum verfolgt", zitiert ihn der *Mannheimer Morgen*.

Pläne des Landesinnenministeriums, die Kriterien für sogenannte Schutzbedürftigkeit zu lockern, seien schon Ende letzten Jahres an Bundesinnenminister Thomas De Maizière gescheitert. Das europäische Recht habe Vorrang.

Ein Berliner Jobcenter hatte im September 2016 die Vermutung bestätigt, daß anerkannte Asylanten in ihren Heimatländern Urlaub machen. Bei den bereisten Herkunftsländern hande-

le es sich u.a. um Syrien, Libanon und Afghanistan. Aus datenschutzrechtlichen Gründen dürfe das Jobcenter das Reiseziel jedoch nicht den Asylbehörden melden, hieß es damals. Nach damaliger Aussage des Innenministeriums wolle man das aber ändern. ...<<

Herbert Ludwig berichtet am 17. August 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer-wordpress.com" über die systematische Verharmlosung des Islam (x965/...): >>**Gezielte Verharmlosung des Islam**

Täglich erleben wir, daß der Islam von den politischen Blockparteien des Bundestages und ihren willfährigen Propagandamedien verharmlost wird. Er wird als eine Religion wie jede andere dargestellt, ähnlich gelagert wie das Christentum. Es liege quasi nur an unserer Überzeugungsarbeit, daß alle Muslime unsere westliche Gesellschafts- und Lebensform übernehmen. Bis zu 4,7 Millionen sollen gegenwärtig in Deutschland leben, so daß es für die Frau mit dem angeblich weltweiten Herzen, die die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt, offenkundig ist, *"daß der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört."*

Die Kanzlerin, schrieb der Münchner Merkur, *"verwies vor Vertretern verschiedener Glaubensrichtungen auf die weltweiten Gewalttaten im Namen einer Religion - zu oft leider im Namen des Islams. Doch jede Ausgrenzung von Muslimen in Deutschland, jeder Generalverdacht verbiete sich, sagte Merkel. Die allermeisten Muslime seien rechtschaffene und verfassungstreue Bürgerinnen und Bürger."* Also alles bestens.

Der altgediente Dukaten-Schäuble, auch von der CDU, der vor einem Jahr die Deutschen vor Abschottung gewarnt hatte, da diese das sei, *"was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe,"* denn für uns seien *"Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt"*, setzte vor kurzem erneut noch eins drauf. Er sieht das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland als Chance für die Bundesrepublik. *"Wir können von ihnen auch lernen"*, sagte er im Deutschlandfunk. Im Islam würden *"sehr viele menschliche Werte sehr stark verwirklicht"*.

Damit meine er *"auch die Toleranz"*. Die Aussage, der Islam sei *"ein Teil Deutschlands geworden"*, sei *"eine nüchterne Sachverhaltsfeststellung"*. *"Wer sie bestreitet, bestreitet die Wirklichkeit und ist deswegen kein tauglicher Politiker"*, sagte Schäuble.

Wie man sieht, arbeitet er mit dem Schüren von absurder Angst, mit Täuschung und Verdrehung - ein echter Demagoge. Ob der Islam zu Deutschland gehört oder durch die dem Volk aufgezwungene Einwanderung faktisch ein Teil Deutschlands geworden ist, das ist ein großer Unterschied.

Die SPD stellt in seltsamer Realitätsferne fest: *"'Den politischen Islam' gibt es nicht. Was es gibt, sind Parteien, die sich auf den Islam berufen. Dazu zählen beispielsweise Ableger der sunnitischen Muslimbruderschaft oder die Schiiten-Parteien im Irak. Einige dieser Parteien messen religiösen Grundsätzen einen höheren Wert zu als individuellen Freiheitsrechten. Die meisten von ihnen befürworten demokratische Prinzipien. ... Der Islam ist eine Religion wie das Judentum oder das Christentum und kann wie jede Religion politisch instrumentalisiert werden."*

Das Grundmuster des Islam

Gehen wir den Dingen auf den Grund. Fundamentale Lehre des Islam ist, wie auch der renommierte Islamwissenschaftler Tilman Nagel darlegt, daß alles, was existiert und was in jedem Augenblick geschieht, unmittelbar durch Allah geschaffen wird.

Das bedeutet: *"Jeder Mensch wird durch Allah im Mutterleib gebildet und kommt folglich als Muslim zur Welt. Nur negative Einflüsse bewirken, daß ein Neugeborenes später zu einem Juden, Christen oder gar zu einem Atheisten wird."*

Allah hat dem Satan gestattet, die Menschen zum Ungehorsam zu verführen, so daß viele in Widerspruch zur Daseinsordnung Allahs geraten. *"Tut der Mensch einen Schritt, dann nicht dank seiner eigenen körperlichen Beschaffenheit, seiner eigenen Kraft und seinem eigenen*

Entschluß, sondern allein deshalb, weil Allah in eben diesem Augenblick in ihm alle Voraussetzungen für diesen Schritt schafft; nur dem äußeren Anschein nach ist der Mensch der Akteur."

Neben Allah gibt es keine unabhängig wirkende Macht. Alles, was im Diesseits erscheint, ist in jedem Augenblick unmittelbar von Allah abhängig und wird durch ihn genau so und nicht anders festgelegt.

Daher besteht eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen dem allmächtigen Allah und seinen total von ihm abhängigen Kreaturen, die sich ihm unverwandt verehrend und anbetend hinzugeben haben. Dies kommt in dem arabischen Wort "Islam" zum Ausdruck, das ein Verbalsubstantiv zu dem arabischen Verb *aslama ist* und wörtlich das "Sich-Ergeben" (in den Willen Gottes), "Sich-Unterwerfen" (unter Gott), "Sich-Hingeben" oder "Sich-Preisgeben" (an Gott) bedeutet.

Indem der Muslim bekennt: "Es gibt keinen Gott außer Allah", bezeugt er, daß es keine eigenständige Kraft neben Allah gibt und vermeidet streng jegliche "Beigesellung". Diese sei die schlimmste Verfehlung, die der Mensch begehen kann.

Der Mensch ist in das überwältigende Kraftfeld Allahs eingegliedert, aus dem er sich nicht lösen kann, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Der Wille Allahs ist ihm unausweichliches Gesetz, demgegenüber dem Menschen keine Selbständigkeit und Freiheit zukommen. Allah hat keinen Sohn, der als Vermittler die Kluft zum Vater überbrücken könnte. Er thront alleine in ferner Transzendenz und erwartet absolute Unterwerfung, unbedingten Gehorsam von seinen Geschöpfen, denen sein Tun unerforschlich ist.

Daher heißt es in der 19. Sure: *"Keiner in den Himmeln und auf Erden darf sich dem Erbarmer anders nahen denn als Sklave."* Und auf die wahren Gläubigen wird mit den Worten hingewiesen: *"Du siehst sie sich verneigen und niederwerfen, Huld begehrend von Allah und Wohlgefallen. Ihre Merkzeichen auf ihren Angesichtern (der Staub) sind die Spur der Niederwerfung"* (Sure 48). Allah gegenüber gibt es nur Sklaven, die sich vor ihm niederwerfen. Der einsam im Jenseits Thronende schaut nur auf die Rücken seiner im irdischen Staub liegenden untertänigen Geschöpfe und Befehlsempfänger herab.

Die totale Daseinsordnung

Da in der Welt alles nach Allahs Willen abläuft und auch das menschliche Dasein vollkommen durch Allah bestimmt ist, gibt es für den Muslim keine Grenze zwischen Religion und Gesellschaft, zwischen sakralen Handlungen und profanem Alltag. Es kann für ihn nur eine alle Regungen des Menschen umfassende einheitliche Daseinsordnung geben, in der sich Allahs Wille manifestiert.

Die Einzelheiten können im Koran, der unmittelbaren Rede Allahs, die er durch seinen auserwählten Gesandten Mohammed der Menschheit übermittelt, nachgelesen und sowohl daraus, als auch aus dem Hadith, den Überlieferungen vom göttlich inspirierten Reden und Handeln Mohammeds, abgeleitet werden.

"Das Resultat ist die Scharia - der nach islamischer Vorstellung immer und ausnahmslos alles zu unterwerfen ist: die Herrschaft und das Gemeinwesen, die Gesellschaft sowie das Denken, Reden und Tun des Einzelnen. Schließlich unterliegt das gesamte Diesseits sowieso dem fortwährenden Bestimmen und Schaffen Allahs. Der Geltungsbereich der Scharia wird entsprechend als unbegrenzt aufgefaßt."

Die Scharia, das islamische (göttliche) Recht, will erreichen, *"daß die religiösen Verpflichtungen des Einzelnen gegenüber Gott erfüllt werden und alle Beziehungen des Einzelnen zu seinen Mitmenschen - Vermögensrecht, Familien- und Erbrecht, Strafrecht unter anderem - stets diesem Gesetz entsprechen. ... Der Mensch hat das islamische Recht mit seinen Bestimmungen und Widersprüchen kritiklos zu akzeptieren. Das Forschen nach der Bedeutung und inneren Logik der göttlichen Gesetze ist nur zulässig, soweit Gott selbst den Weg dazu weist."*

Somit ist die religiöse Wertung aller Lebensverhältnisse die Grundtendenz der Scharia."

Daraus ergibt sich zwingend, daß es für den Islam grundsätzlich keine von Menschen gemachte Rechts- und Gesellschaftsordnung geben kann, die mit dem göttlichen Recht der Scharia nicht in völligem Einklang steht. Es kann für ihn kein von Menschen gemachtes Recht geben. Das wäre Empörung gegen Allah und größte Ketzerei.

Dabei ist der in der FAZ z.B. geschilderte Streit darüber, ob die Demokratie mit dem Islam vereinbar ist, ein Scheingefecht. Demokratie wird dort formal als ein Verfahren kollektiver Willensbildung behandelt, das ja auch im Quasi-Gottesstaat des Iran z.B. angewandt wird. Entscheidend für den Islam ist es, daß die Beschlüsse mit der Scharia übereinstimmen, daß sie Ausführung des göttlichen Willens sind.

Der Islam ist daher von seinen Fundamenten her eine durch und durch politische Religion, die auf die totale Gestaltung auch der weltlichen Lebensbereiche Anspruch erhebt. Wenn daher die SPD behauptet, es gebe keinen politischen Islam, er werde nur, wie das mit jeder Religion möglich sei, politisch instrumentalisiert, ist das entweder disqualifizierende Unkenntnis oder bewußte Lüge und Täuschung der Bevölkerung.

Entscheidend für Europa ist demgegenüber, daß die demokratischen Verfahren auf der freien, aus eigener Erkenntnis sich selbst bestimmenden Individualität beruhen. Das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen kennzeichnet die gesamte europäische Entwicklung, durchpulst die Kultur Europas. Und auf diese Entwicklung hat das Christentum maßgeblichen Einfluß gehabt.

In der göttlichen Trinität des Christentums steht im Gegensatz zum Islam der "Sohn" dem "Vater" als ein eigenes, freies Wesen gegenüber, das weiß, was dieser will und tut und mit dem es in der Erkenntnis verbunden ist. *"Denn der Vater hat den Sohn zum Freunde und zeigt ihm alles, was er selber tut", sagt Christus nach Joh. 5, 20.*

Entsprechend will Christus das Verhältnis der Menschen zu ihm gestalten. *"Ich nenne euch nicht mehr Knechte (Sklaven); denn der Knecht weiß nicht, was sein Herr tut. Euch habe ich Freunde genannt; denn alles, was ich von meinem Vater gehört habe, das habe ich euch zu erkennen gegeben" (Joh. 15, 15). "Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen" (Joh. 8, 32).*

Freiheit bedeutet auch Freiheit und Unabhängigkeit von Gott. Die moralischen Gebote Gottes sind nach christlicher Auffassung nicht zwingend. Ob der Mensch in der göttlichen Ordnung leben will oder nicht, ist seiner Einsicht und freien Entscheidung anheim gegeben.

Daher erhebt Christus auch nicht den Anspruch, daß die göttlichen Gesetze unmittelbare Gültigkeit für das gesellschaftliche und staatliche Leben haben, denn das würde die Freiheit des Menschen aufheben. Das irdische Recht ist menschliches Recht, und ob göttliche Moralität in dieses einfließt, ist in die Freiheit des Menschen gestellt. In der gesellschaftlichen Gestaltung gehören deshalb Staat und Religion getrennten Lebensbereichen an.

Zwischen dem völlig unfrei der religiösen Totalität der islamischen Lebensgestaltung hingebenen Muslim und dem nach Freiheit strebenden Menschen Europas besteht der denkbar größte Gegensatz. Wie soll der Islam zu Deutschland gehören? Es wird offensichtlich alles getan, diesen fundamentalen Gegensatz zu vertuschen.

Reformversuche des Islam

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts drängte sich der islamischen Welt immer mehr auf, daß die europäische Zivilisation der eigenen überlegen war. Und man mußte sich fragen, wie die Deutungshoheit der Scharia-Gelehrten, ja der Islam selbst vor einer Kultur bestehen konnten, in der Welt und Gott klar getrennt sind und aus der eine alles Leben verändernde Naturwissenschaft und Technik hervorging. Doch alle Überlegungen führten praktisch zu nichts, da für eine islamische Aufklärung und Säkularisierung prinzipiell keine Möglichkeit besteht.

Denn wie dargelegt, *"gehört es zu den Grundlagen des Islams, daß Allah niemals ruht, und*

das 'Reich Gottes', das die christliche Tradition erst am Ende der Zeit erwarte, existiere bereits: Es ist das fortwährend durch Allah geschaffen werdende Diesseits. Einen von Menschen in eigener Verantwortung zu gestaltenden Daseinsbereich gibt es nicht."

Daher gab es im 19. Jahrhundert wieder gegenläufige Bewegungen, *"die die Kernbotschaft des Islam von allen Trübungen befreien sollten. 'Es gibt keinen Gott außer Allah' - insbesondere dieser Satz sollte nicht mehr beeinträchtigt werden durch die 'Beigesellungen', die ... um sich gegriffen hätten."*

Dies sah man besonders in den komplizierten Verfahren der Scharia-Gelehrten, mit denen diese die Scharia-Normen herleiteten. Man müsse sich wieder streng an den Koran und den Hadith halten, wurde gefordert.

Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann erst so recht die intellektuelle Auseinandersetzung mit Europa, wie Tilman Nagel weiter schildert, *"und nun wurden diese Reformideen wieder aktuell."*

Einer ihrer wichtigsten Vertreter war der Ägypter Muhammad Abduh (1849-1905), der von 1899-1905 das Amt des einflußreichen Großmufti von Ägypten bekleidete. Er verarbeitete die Reformideen zu einem Gedankengebäude, *"das bis heute die politisch-religiösen Machtansprüche des Islam prägt."*

Er stellte den Islam *"als eine rationale Religion dar, die zu modernen Entwicklungen wie Wissenschaften und Technik keinesfalls im Widerspruch stehen müsse. ..."* Der Islam sei *"kein Hindernis für moderne Entwicklung, Technologie und Wissenschaft. Abduh war davon überzeugt, daß der Islam sogar die besten Voraussetzungen für Modernität besäße - Traditionalisten und Orthodoxie, vor allem in der konservativen al-Azhar-Universität, vermittelten seiner Auffassung nach eine veraltete und teilweise falsche Version des Islam."*

Da der Islam die Daseinsordnung des Verstandes sei und nur der Verstand nach Allahs Willen den Menschen zum Menschen mache, sei er die Religion, die für die gereifte Menschheit bestimmt sei. Andere Religionen wie das Christentum paßten lediglich zu vorausgehenden Entwicklungsstadien.

Dies scheine nur in der Moderne noch anders zu sein, da der Islam, so Muhammad Abduh, über Jahrhunderte wie ein Arzt gehandelt, der die Leiden seiner Patienten, z.B. des Christentums, behandelt und sich dabei angesteckt habe. *"Er habe den Christen im Mittelalter die rationale Naturforschung vermittelt, sei aber mit dem Bazillus der 'Beigesellung' infiziert worden. Er habe Menschen als Mittler zwischen Mensch und Allah akzeptiert."*

"Ein von solchen Beimengungen befreiter, reformierter Islam ist für Muhammad Abduh nicht nur die Grundlage für einen Wiederaufstieg der islamischen Welt; er sei die Religion und Daseinsordnung für die ganze gereifte Menschheit, eine Daseinsordnung, in der Religionsausübung und Alltagsleben gerade nicht voneinander getrennt sind. Das bedeute, daß der Islam als die künftige Menschheitsreligion die uneingeschränkte Herrschaft der Scharia etablieren müsse, die die weltlichen Gesetze einer freiheitlich-demokratischen Ordnung restlos zu ersetzen habe. ..."

Muhammad Abduhs Gedanken wurden stilbildend für die Auseinandersetzungen der Muslime mit der westlichen Zivilisation, aber auch für die Hoffnung auf eine zukunftsfähige Gestaltung islamischer Gesellschaften und Staaten. Bis heute werden diese Vorstellungen vielfältig variiert; sie liegen Strömungen des Islams zugrunde, die man als gemäßigt bzw. liberal charakterisiert, aber auch solchen, die sich den Kampf mit der Waffe auf die Fahnen geschrieben haben."

Es ging also Muhammad Abduh darum, den Islam mit der modernen Naturwissenschaft und Technik des Westens in Einklang zu bringen, nicht aber für dessen freiheitliche Lebensgestaltung. An diesem Sachverhalt müssen alle Illusionen eines liberalen Euro-Islam und alle Lügen von im Islam vorbildhaft verwirklichter Toleranz zerschellen. Dabei ist die grundsätzlich im

Islam verankerte Gewalt gegen die "Ungläubigen" und der daraus legitimierte Terrorismus hier noch nicht einmal ins Auge gefaßt. ... Aus dem vorstehend Geschilderten ergibt sich in klarer Konsequenz, daß alle Muslime, die hier am Islam festhalten, nicht integrierbar sind.

Täuschung und Wirklichkeit

Wenn daher der Bundesinnenminister de Maizière (Spötter sagen "de Misère") kürzlich schwärmte, *"der Islam, wenn er ein aufgeklärter, europäischer und der Demokratie zugewandter Islam ist, ist auch Kitt der Gesellschaft"*, dann ist das eine substanzlose Illusion oder eben arglistige Täuschung derjenigen, "die schon länger hier leben". Und wenn der Dukaten-Schäuble im Islam angeblich vorbildhaft für uns neben vielen menschlichen Werten auch die Toleranz verwirklicht sieht und die Mutter aller Gläubigen behauptet, die allermeisten Muslime seien verfassungstreue Bürger, kann das ebenfalls nur als Verharmlosung und vorsätzliche Täuschung bezeichnet werden.

Eine Ende 2007 erschienene wissenschaftliche Studie über die Muslime in Deutschland, die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben war, kam zu dem Ergebnis, das die Islamwissenschaftlerin Christine Schirmacher so zusammenfaßte:

46,7 % stimmen "eher" oder "völlig zu", daß 'die Befolgung der Gebote meiner Religion ... für mich wichtiger (ist) als Demokratie', was ungefähr den Ergebnissen früherer Umfragen entspricht, daß rund die Hälfte der muslimischen Bevölkerung in Deutschland den Koran und die Demokratie für unvereinbar hält. 33,6 % befürworten die Todesstrafe."

Die Studie selbst hält in einem ersten Resümee fest: *"Fundamentale Orientierungen, die eine enge religiöse Bindung, hohe Alltagsrelevanz der Religion, starke Ausrichtung an religiösen Regeln und Ritualen verbinden mit einer Tendenz, Muslime, die dem nicht folgen, auszugrenzen sowie den Islam pauschal auf- und westliche, christlich geprägte Kulturen abzuwerten, zeigen eine enorme Verbreitung. In der (muslimischen) Allgemeinbevölkerung sind etwa 40 % einem solchen Orientierungsmuster zuzuordnen."*

Auch eine Befragungen türkischstämmiger Einwanderer, der mit über 3 Millionen größten Gruppe der Muslime, über Integration und Religiosität, die das Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Universität Münster 2016 vorgelegt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß *"der Aussage 'Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe', 47 Prozent der Befragten zustimmen. 50 Prozent bejahen "stark" oder "eher" die Einstellung "Es gibt nur eine wahre Religion". 36 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, daß nur der Islam in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit zu lösen."*

"Der Aussage "Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben", stimmen laut der Emnid-Umfrage 32 Prozent der Befragten "stark" oder "eher" zu. Auch wenn vorausgesetzt werde, daß vielen Befragten nähere Kenntnisse der soziokulturellen Bedingungen des siebten Jahrhunderts fehlen: Ein Drittel der türkischen Migranten hegt demnach eine Sehnsucht nach einer archaisch islamisch geprägten Gesellschaft."

Die Strategie der Täuschung

Es kann also keine Rede davon sein, daß *"die allermeisten Muslime verfassungstreue Bürger"* seien, wenn etwa die Hälfte die Scharia über die deutschen Gesetze, also auch über die Verfassung stellt. Von der anderen Hälfte ist nur ein geringer Teil wirklich voll integriert, aber auch nur dadurch, daß sie sich vom Islam innerlich emanzipiert haben und in die europäische individualistische, freiheitliche Kultur eingetaucht sind. Der größte Teil der anderen Hälfte sind die Lauen, die mit ihrer ererbten Religion still vor sich hinleben, aber z.T. sicher jederzeit für den wahren Islam erwärmt, erhitzt, fanatisiert werden können.

Die meisten Gläubigen haben den Koran und den Hadith kaum oder gar nicht selbst gelesen, sondern deren Inhalte letztlich von den Imamen und Scharia-Gelehrten empfangen. Das religiöse Leben des Islam ist ganz auf Autoritäten gebaut: von Allah, zu Mohammed, zu den Ka-

lifen, Imamen, Schriftgelehrten und den Clan- und Familienoberhäuptern. Natürlich halten die Imame ihre Schäfchen dazu an, sich in der Fremde, solange sie dort in der Minderheit sind, den Gesetzen notgedrungen äußerlich anzupassen. Ein ehemaliger Professor für islamische Geschichte an der Universität Kairo weist eindringlich darauf hin:

"Sind Muslime wie in Europa (noch) in der Minderheit, ist es Dschihad-Strategie, den Islam als friedlich und harmlos zu präsentieren, um so Türen zu öffnen und politischen Einfluß zu gewinnen. Mohammeds Aussage 'Kampf ist Täuschung' ist in der ganzen islamischen Welt bekannt. ... Der Islam lehrt, daß Lüge, Betrug und Täuschung existentielle Werkzeuge des Dschihad sind, nach dem Grundsatz: 'Der Zweck heiligt die Mittel'.

'Gläubige, die sich in einem nichtmuslimischen Land in einer unterlegenen Situation, in der Minderheit befinden, sollen den Leuten des Buches (Juden und Christen) vergeben und geduldig mit ihnen sein, wenn diese Allah oder seinen Propheten auf irgendeine Art beleidigen. Die Gläubigen sollen die Leute des Buches anlügen, um ihr Leben und ihre Religion zu schützen.' (Ibn Taymiyah 1263-1328) *Ein muslimisches Sprichwort sagt: Wenn du die Hand deines Feindes nicht abhacken kannst, dann küsse sie."*

Vor diesem Hintergrund wird die Rolle islamischer Organisationen wie des "Zentralrats der Muslime in Deutschland", der "Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB)" oder des "Verbandes der Islamischen Kulturzentren" durchsichtig.

Der Islam bietet in der Minderheit nie sein wahres Bild. *"Das Wesen einer Religion und Ideologie wird nicht dort glaubhaft erkennbar, wo sich dieser 'Glaube' in der Minderheit befindet, sondern da, wo diese Glaubensweise das Sagen hat."*

Der Islam ist in 25 Ländern Staatsreligion (Wikipedia). Diese "islamischen Republiken" werden teilweise oder überwiegend nach Prinzipien des Islam regiert, und in der Gesetzgebung findet in Teilen oder als Ganzes die Scharia Anwendung. Es ist weltweit kein islamischer Staat bekannt, in dem freie, umfassende Religionsausübung für andere Religionen gewährleistet ist. Im Gegenteil: Weltweit werden ca. 100 Millionen Christen ihres Glaubens wegen verfolgt, insbesondere in islamischen Staaten.

Wenn die Grenzen Deutschlands für alle unaufhörlich heranströmenden Immigranten ohne Obergrenze weiter geöffnet bleiben und die Geburtenrate der überwiegend islamischen Immigranten so hoch bleibt, wie sie in ihren Herkunftsländern ist - bei weiterhin niedriger Geburtenrate der Deutschen - werden in absehbarer Zukunft die Muslime die Mehrheit in Deutschland bilden.

Bayerische Politiker prognostizierten 2015 unter dem Eindruck der 1,5 Millionen Eindringlinge bis zum Jahr 2020 unter Einbeziehung des Familiennachzuges sogar rund 20 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund in der Bundesrepublik. Es geht zwar jetzt etwas langsamer, aber ein Anschwellen des stetigen Zustromes wird bereits wieder erwartet. Immerhin haben bereits 35,9 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren in Deutschland Migrationshintergrund.

Es ist ganz klar, daß die Muslime mit wachsendem Anteil an der Gesamtbevölkerung und erst recht in der Mehrheit ganz andere Ansprüche an die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens stellen werden - unter Berufung auf die Demokratie. Unter welchen, gelinde gesagt, Schwierigkeiten die deutsche Minderheit dann zu leben hat, mag sich jeder selber ausmalen. Wer als Politiker solche prognostischen Überlegungen nicht anstellt, handelt unverantwortlich.

Es ist schier ausgeschlossen, daß die Regierung und die großen Parteien mit ihren wissenschaftlichen Apparaten den wahren Islam nicht genau kennen und diese Entwicklung nicht auch voraussehen würden. Alles deutet daher darauf hin, daß sie - man muß es so bezeichnen - mit ungeheurer krimineller Energie die Bevölkerung permanent bewußt täuschen, um Unruhen und Widerstand zu vermeiden.

Sie sind offensichtlich Komplizen der UNO- und EU-Vorgaben, Millionen und Abermillionen

asiatischer und afrikanischer Migranten nach Deutschland und Europa mit der Intention einwandern zu lassen, die europäischen Völker und ihre homogenen Staaten zu Gunsten eines angestrebten Weltstaates aufzulösen. Das ist das übergeordnete Ziel, zu dem offenbar auch der Islam seine zersetzende Rolle zu spielen hat.<<

20.08.2017

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. August 2017:

>>**Zwischen Marx und Mohammed**

Von Gastautor *Stefan Allgaier*

Eines ist uns erspart geblieben: Daß gleichzeitig zum linksradikalen Höllensturm während des G20-Gipfels in Hamburg die Schläfer des Islamischen Staates (IS) in anderen Städten zuschlugen. Die Polizei, die aus allen Bundesländern Kräfte an die Elbe abgeordnet hatte, wäre kalt erwischt worden. Die schwarzen Fahnen, die in der Hansestadt geschwenkt wurden, waren die der Anarchisten - nicht die des IS.

Noch trennt ein Graben wesentliche Teile der Revoluzzer von den Dschihadisten. Die theoretische Avantgarde der Krawallanten, die sogenannte Interventionistische Linke, fühlt sich zwar den Terroristen verbunden - aber nicht denen des IS, sondern denen der kurdischen PKK und seines Ablegers YPG in Syrien, die zumindest derzeit an vorderster Front gegen die salafistischen Kopfab-Milizen kämpfen und im Nordwesten des Landes ihren eigenen Protostaat, Rojava genannt, proklamiert haben.

Die nützlichen Idioten

Immerhin gab es im Vorfeld der hanseatischen Feuernächte einen Schnupperkurs für Islamliebhaber: "Im Panoramaraum der Hamburger Katholischen Akademie haben sich am Freitag (30.6.2017) mehr als 100 Jugendliche katholischer, evangelischer und muslimischer Glaubensrichtungen zu einem bemerkenswerten Dialog eingefunden. Eingeladen hatte die christlichen und muslimischen Jugendlichen neben der Schura Hamburg der Fachrat Islamische Studien, die katholische Akademie, das Zentrum für Mission und Ökumene, die Junge Islam Konferenz und das Jugendforum St. Georg/Borgfelde.

Unter dem Motto "G20: Was tust Du für Deine Welt? - Hamburger Jugend macht's vor!" wurden Inputs gegeben, Diskussionen angeregt und ein Workshop für konkrete Ideen durchgeführt", berichtete das Islam-Portal *dunia.de*.

Der IS hofft jedenfalls auf den Schulteranschlag mit den Roten und proklamierte schon 2015 in seiner Kampfschrift "Black Flags from Rome - Armed Gangs & Missiles": "Es ist höchst wahrscheinlich, daß es zu Bündnissen zwischen Muslimen und linken Aktivisten kommen wird. ... Ein Teil wird realisieren, daß ... der bewaffnete Kampf die Alternative ist." Die nützlichen Idioten für diese Strategie finden sich in der hiesigen Friedensbewegung. Im November 2015 organisierten Pax Christi und die Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK in Frankfurt eine Veranstaltung unter dem Titel "Islamischer Staat - vernichten oder diplomatisch anerkennen?".

Kurz nach den mörderischen Anschlägen in Paris mit 130 Toten und dem Abschluß eines russischen Passagierflugzeuges durch den IS empfahl DFG-VK-Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer einen Schmusekurs: "Wir müssen mit dem IS verhandeln. Das wird schwierig, aber es wird gehen."

Drei Wochen später, Mitte Dezember 2015, verwüsteten Antifa-Horden die Leipziger Südvorstadt. Selbst Leipzigs OB Burkhard Jung (SPD), der bisher im "Kampf gegen Rechts" die Linksradikalen als Bündnispartner begrüßt hatte, war über den "offenen Straßenterror" entsetzt. "Diese Gewalt von Anarchisten und sogenannten Autonomen ist schockierend", erklärte der Oberbürgermeister. "Hier waren Kriminelle am Werk, die vor nichts zurückschrecken." Pikant: Eine der Antifa-Demonstrationen fand unter der Überschrift "Nieder mit dem Baath-Regime in Syrien!" statt und bewegte sich damit auf der Linie der Dschihadisten.

Unterstützung für die Mudschaheddin gibt es auch von der linken Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz, die der fundamentalmuslimischen Opposition gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Baschar al-Assad parlamentarischen Flankenschutz gewährt. Ihr Projekt nennt sich Adopt a Revolution und unterhält gute Beziehungen zum Syrischen Nationalrat, der eng mit der Freien Syrischen Armee (FSA) verbunden ist und fortwährend ein militärisches Eingreifen der NATO fordert. Die FSA wiederum gilt im Westen als moderat, hat aber an den Fronten des Bürgerkrieges immer wieder militärisch mit dem IS und dem al-Qaida-Ableger al-Nusra-Front kooperiert.

Das Anbandeln zwischen Islamismus und Linksradikalismus ist kein neues Phänomen. In den Nachwehen der Roten Armee Fraktion entstand 1992 die linksterroristische Gruppierung Antimperialistische Zellen (AIZ). Bis 1996 verübten die AIZ neun Brand- und Sprengstoffanschläge, so gegen ein GSG-9-Mitglied (1993, Solingen), die Geschäftsstelle der CDU Düsseldorf (1994), den CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Breuer (1995, Siegen) sowie das Konsulat von Peru (1995, Düsseldorf). Die einzigen bekannten AIZ-Mitglieder Bernhard Falk und Michael Steinau wurden im Februar 1996 verhaftet und später wegen Mordversuchs verurteilt. Die AIZ erfreute sich an der "islamischen Vorstellung von einem einfachen und gerechten Leben".

Zudem empfahl sie die Scharia als kulturelles Erbe für eine Entwicklung einer egalitären Gesellschaft und den Koran als Werk mit "allgemeinen humanistischen und ethisch-moralischen Prinzipien". Während der 13- beziehungsweise 9-jährigen Haft orientierte sich Steinau - so die linke Wochenzeitung Jungle World - am ebenfalls einsitzenden Neonazi Kay Diesner, während sich Falk nach der Haftentlassung 2008 im Raum Dortmund in salafistischen Kreisen herumtrieb und in einem Pamphlet mit Terror gegen die US-Basis Ramstein drohte. Zudem betreut er laut Verfassungsschutz und LKA Islamisten im Knast, wobei der Begriff Gefangenenerlöschung gefallen sein soll.

Falk ist kein Einzelfall. Der Dschihadisten-Aussteiger Irfan Peci nennt in einem Beitrag des Bayerischen Rundfunks vom März 2017 weitere Beispiele. So hat der IS-Terrorist und frühere Rapper Denis Cuspert aka Deso Dogg geäußert, daß er früher mit linksmilitanten Freiheitsbewegungen sympathisierte. Sein Weggefährte, der österreichische Terrorist Mohamed Mahmud, soll laut Terrorexperte Thomas Schmidinger in der SPÖ-nahen Aktion kritischer Schüler_innen gewesen sein. Über die antiimperialistische Linke und den Antiamerikanismus habe er zum Dschihad gefunden.

Dschihadisten und Linksradikale treffen sich auf halbem Weg in der Kapitalismuskritik. Al-Qaida-Chef Osama Bin Laden soll eifriger Leser des roten Starintellektuellen Noam Chomsky gewesen sein. Und wie Al Gore sorgte sich auch der Saudi um den Klimawandel: "Aber die Verschwendung der Energie ... wird zu Chaos, Schande und Niederlage führen."

Öko ist bei den Gotteskriegern ohnedies ein Muß. So weist das 2015 erschienene IS-eBook Hijrah to the Islamic State die Terroristen an, zum Schutz der Umwelt ein Solarladegerät mit in den heiligen Krieg zu nehmen. Auch in der Militärstrategie gibt es Parallelen zwischen Mudschaheddin und Linksrevolutionären.

Der Weggefährte Bin Ladens, Abu Musab al-Suri, bezieht sich in seinem Buch *The Global Islamic Resistance Call* (2005) auf Mao Tse Tung, Che Guevara, den vietnamesischen General Giap und Fidel Castro. Sein Kalkül: Als Reaktion auf islamistischen Terror entsteht eine rechtsreaktionäre Gegenbewegung, welche die Konfrontation mit den Dschihadisten sucht und dadurch Europa destabilisiert. ...<<

22.08.2017

BRD: Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 22. August 2017: >>Amts-

gericht Hakenkreuz-Urteil gegen Stürzenberger

Der vom Verfassungsschutz als islamfeindlich eingestufte Politiker und Blog-Schreiber Michael Stürzenberger ist jetzt vom Münchner Amtsgericht zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Der Münchner hatte im Sommer vergangenen Jahres in sozialen Netzwerken einen Text veröffentlicht, mit dem er laut Anklageschrift den Islam als faschistische Ideologie bezeichnete und dies als Tatsache darstellte.

Am Ende seiner Ausführungen war ein Bild zu sehen, das einen Mann mit einer Hakenkreuz-Armbinde zeigt. Das Gericht sah in den Veröffentlichungen eine Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungen in Tateinheit mit dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und verurteilte Stürzenberger zu einer Haftstrafe auf Bewährung. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.<<

23.08.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. August 2017: >>Gehört Merkel hinter Gitter?

"Wer vor Gericht oder vor einer anderen zur Abnahme von Eiden zuständigen Stelle falsch schwört, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft." So steht es in Paragraph 154, Absatz 1, des Strafgesetzbuches (StGB). Dreimal hat Angela Merkel (CDU) im Deutschen Bundestag die Hand zum Kanzler-Eid gehoben, hat vor dem deutschen Volk feierlich geschworen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Das Ergebnis ihrer Politik ist sattsam bekannt. Daher stellt sich die Frage: Gehört Merkel ins Gefängnis? ...

Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: "**Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid.**"

HÖRT, HÖRT!

Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.

Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er ihr offenbar nicht "verboten":

- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigenden Stromrechnung ablesen.

Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zugunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt.

Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?

Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! - feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."

Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar.

Ist der Kanzler-Eid also nur eine hohle Phrase? Hätte Merkel ebenso gut auf das CDU-Wahlprogramm oder die Speisekarte eines Berliner Promi-Restaurants schwören können?

LEIDER JA!

Denn der strafbewehrte Meineid betreffe nur falsche Zeugenaussagen vor Gerichten oder Untersuchungsausschüssen.

So sehen es die überwiegende Mehrheit der Verfassungsjuristen und auch der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages. Nach dieser Auslegung ist der Kanzler-Eid lediglich ein feierliches Versprechen, im Sinne einer politischen Beteuerung. Also: Wie versprochen, so gebrochen! ...<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schreibt am 23. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Heute Ceuta, morgen Ihr Haus!**

In der spanischen Exklave Ceuta gelang mehr als 200 jungen afrikanischen Männern ein "gelungener Grenzübertritt" ('Welt'). Der 'Spiegel' schrieb von einem "erfolgreichen Massenansturm". Tatsächlich haben die Eindringlinge den spanischen Grenzposten gestürmt, dabei einem Polizisten, der nicht rechtzeitig zur Seite springen konnte, das Bein gebrochen und sind anschließend unter Siegesgebrüll durch den Ort gezogen.

Die spanische Regierung hat nicht etwa sofort Polizeiverstärkung geschickt, um die Illegalen wieder aus dem Land zu werfen; nein, die jungen Afrikaner haben es geschafft: sie dürfen bleiben und werden rundum versorgt. Während bislang Grenzverletzungen durch ein Überklettern des Zaunes verübt wurden, wird nun ganz offen und ungeniert die Grenzstation durchschritten: legal, illegal, schießegal.

Die Eindringlinge wissen ganz genau: Europa ist so unglaublich schwach, daß es die Gesetzesbrecher belohnt. Sie bekommen, was sie wollen, wenn sie nur das Gesetz brechen. Heute Einlaß nach Spanien und Versorgung - und morgen? Ihr Haus, Ihre Frau, Ihr Vermögen?

Ein offener Angriff auf eine Grenzstation und ein gewaltsames Eindringen ins Land war früher auch hier und ist heute im Rest der Welt ein kriegerischer Akt, der notfalls militärisch abgewehrt werden muß. Im spätdekadenten Westeuropa ist es die Berechtigung zur Teilhabe am Sozialsystem.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 23. August 2017: >>**Goldreserven wieder zur Hälfte in Deutschland**

Die Bundesbank hat einen Teil der deutschen Goldreserven vorzeitig aus dem Ausland zurückgeholt. "50,6 Prozent der deutschen Goldreserven lagern nun in Deutschland", teilte die Bundesbank am Mittwoch mit. Dieses Ziel hätte bis spätestens 2020 erreicht werden sollen.

"Das gesamte Lagerstellenkonzept wurde damit insgesamt rund drei Jahre vor dem geplanten Termin abgeschlossen", sagte Bundesbankvorstand Carl-Ludwig Thiele. Seit 2013 wurden dazu rund 300 Tonnen Gold aus New York und etwa 374 Tonnen Gold aus Paris nach Frankfurt am Main gebracht.

Die deutschen Goldreserven belaufen sich auf 3.378 Tonnen. Davon lagern nun 1.710 Tonnen in Frankfurt, 1.236 Tonnen bei der Federal Reserve Bank in New York und 432 Tonnen bei der Bank of England in London. Die Banque de France bewahrt kein deutsches Gold mehr auf. Wie die Bundesbank weiter mitteilte, hätten Experten die Echtheit sowie Feingehalt und Gewicht der Goldbarren beim Erhalt kontrolliert. Eine aktualisierte Goldbarrenliste solle im Frühjahr 2018 veröffentlicht werden.<<

25.08.2017

BRD: Die österreichische Tageszeitung "Der Standard" berichtet am 25. August 2017: >>**IS-**

Terror als "False Flag": Aufregung um österreichische Ministeriumsmitarbeiterin

Monika Donner, umstrittene Vertragsbedienstete des Verteidigungsministeriums, sorgt mit neuem Buch für heftige Kritik

In der rechten Szene hat sich Monika Donner bereits einen Ruf erarbeitet. Sie gibt etwa dem Rechtsaußen-Magazin "Info-Direkt" Interviews (wo sie als regelmäßige (Gast-)Autorin geführt wird) oder trat bei Veranstaltungen der rechtsextremen "Partei des Volkes" auf - um "zwischen rechts und links zu vermitteln", wie Donner sagt. Dabei verweist sie immer wieder auf ihren Arbeitgeber: Das österreichische Verteidigungsministerium. Auf der Autorenhomepage bei ihrem Verlag nennt sich die Autorin etwa "studierte Juristin, strategische Analytikerin sowie Ministerialrätin im österreichischen Verteidigungsministerium". Außerdem gibt Donner an, eine "psychosoziale Nebentätigkeit beim Heerespsychologischen Dienst" auszuüben.

Der Job im Verteidigungsministerium bringt Donner Glaubwürdigkeit in der Szene: "Klarerweise verleiht der Hinweis, daß Donner in einem österreichischen Ministerium arbeitet, das ihre Umtriebe offenkundig toleriert, ihren Aussagen eine höhere Autorität - hätte sie diesen Job nicht, müßte sie schließlich als die Obskurantin auftreten, die sie ist", sagt etwa der Politikwissenschaftler Bernhard Weidinger vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) zum STANDARD.

"Warum Deutschland sterben soll"

Im Herbst dürfte Donner für neue Aufmerksamkeit sorgen. In "Krieg, Terror, Weltherrschaft" will Donner analysieren "warum Deutschland sterben soll" - so der Untertitel des Buches. In dessen Beschreibung, die nun veröffentlicht wurde, wird etwa von einer "anglo-amerikanischen Globalisierungsclique, die die Weltherrschaft anstrebt", gesprochen. "Adolf Hitler hatte also im Großen und Ganzen Recht, als er sagt: 'Es ist eine kleine wurzellose internationale Clique, die die Völker gegeneinander hetzt', heißt es.

Zwar wird angegeben, daß die "Kriegstreiberclique nicht nur geschweige denn aus Juden" bestand sowie "niemand den germanischen Geist der Freiheit mehr gequält hat als Hitler", die Novemberpogrome 1938 werden gleich darauf als vom NS-Regime "inszeniertes und konzertiertes Ereignis" bezeichnet, das der "anglo-amerikanischen Globalisierungsclique" diene. Außerdem fällt der Satz, daß Hitler "und sein Regime eine Schande für die Grundidee des Nationalsozialismus" gewesen seien.

"Die Grundidee des Nationalsozialismus war selbstverständlich die Herstellung der Vorherrschaft der "arischen Rasse" im Weltmaßstab. Wie dieser Idee Schande angetan werden kann, ist nicht nachvollziehbar, es sei denn, man hängt einem wohlwollenden falschen Bild des Nationalsozialismus an, das die erwähnte Grundidee leugnet", erklärt der Historiker Bernhard Weidinger vom DÖW. Donners Thesen seien "zweifellos revisionistisch", da sie "die Deutschen von Aggressoren zu Opfern macht", so Weidinger weiter.

"Deutsche Reich fiel Globalisierungsclique zum Opfer"

Donner sieht das naturgemäß anders. Als Wurzeln des Nationalsozialismus bezeichnet sie in E-Mails an den STANDARD den "Nationalsozialen Verein", der 1896 von einem evangelischen Pfarrer gegründet und 1903 wieder aufgelöst worden war und etwa mit dem Antisemitismus der Nationalsozialisten nichts zu tun hatte. Unter Historikern ist der Einfluß des Nationalsozialen Vereins auf die NSDAP jedoch äußerst umstritten.

Donner gibt an, das NS-Regime "schärfstens zu verurteilen". Ihr sei wichtig, daß "das Deutsche Reich im 1. Weltkrieg nachweislich der Globalisierungsclique zum Opfer gefallen" sei, im Zweiten Weltkrieg wurde dann "nicht das deutsche Volk, sondern das verbrecherische NS-Regime nach Hitlers Putsch anläßlich des Reichstagsbrands zum Täter". "Historiker, die diese Basics nicht verstehen können oder wollen, sollten den Beruf wechseln - Schmiernippelwart bei der Royal Navy bietet sich an", so Donner.

Aber Donner beschäftigt sich auch mit der aktuellen politischen Lage. In einem YouTube-Interview mit dem Blog "Quer-denken.tv" bezeichnet die Ministerialrätin die Anschläge des IS in Paris vom November 2015 als "False Flag-Operation". "13. November mittags wurde der Befehl an den französischen Flugzeugträger De Gaulle gegeben, Richtung Naher Osten auszulaufen. Acht Stunden später war der Anschlag", sagt Donner. Im Gespräch mit dem STANDARD sagt Donner, man müsse fragen, wem der Anschlag genutzt habe: "Cui Bono". Sie gibt an, "gewissenhaft recherchiert" und ihre Hypothesen "bestens belegt" zu haben. Der erste Band von "Krieg, Terror, Weltherrschaft" soll über 2.200 Fußnoten aufweisen.

Öllinger: "Völlig wahnsinnig"

Der grüne Abgeordnete Karl Öllinger beschäftigt sich bereits seit Längerem mit Donner. Er bezeichnet ihre Thesen zum Attentat im Pariser Bataclan oder zu den Anschlägen des 11. September (laut Donner ebenfalls False-Flag) als "völlig wahnsinnig". Öllinger fragte vergangenen Herbst im Verteidigungsministerium, ob Donner dienstrechtliche Konsequenzen drohen. Laut der parlamentarischen Anfragebeantwortungen seien "hinsichtlich allfälliger strafrechtlich relevanter Verdachtsmomente Erhebungen durchgeführt und die Sachverhalte der jeweils zuständigen Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gebracht" worden. Der STANDARD hatte über die Vorwürfe berichtet.

Bisher habe jedoch noch kein Verfahren zu einer strafrechtlichen Anklage geführt. Auch jetzt gibt das Verteidigungsministerium an, "den Inhalt und die Zusammenhänge genau zu untersuchen" und bei "Vorliegen einer strafrechtlich relevanten Handlung unverzüglich die erforderlichen rechtlichen Maßnahmen von seiten des Ministeriums zu setzen". Festzuhalten sei aber, daß "die in den beiden Buchdarstellungen angeführten Inhaltsbeschreibungen sich nicht mit der Ansicht des Ministeriums decken", so ein Sprecher zum STANDARD.

"Weiß, was sie gerade noch sagen darf"

Für Öllinger ist Donner "juristisch sehr bewandt, daher weiß sie immer, was sie gerade noch sagen darf." Ihn beunruhigt die Reaktion des Verteidigungsministeriums. "Man hat alles abgetan und läßt nicht erkennen, daß hier etwas passiert", so Öllinger, der von Donner in einem Blogbeitrag als "Rechtsextremer oder Psychopath" bezeichnet worden ist. Öllinger verweist etwa auf das Beamten-Dienstrechtsgesetz, das besagt, daß "das Vertrauen der Allgemeinheit in die sachliche Wahrnehmung von dienstlichen Aufgaben erhalten" bleiben müsse.

Donner selbst sieht sich als "mitte-links gesinnter Mensch". Sie wähle aber "grundsätzlich schon lange nicht mehr". Sie erlangte 2009 Aufmerksamkeit, als sie vor dem Verfassungsgerichtshof (VfGH) den OP-Zwang an Transsexuellen kippte. Donner, die als Anton Justl geboren wurde, war bis 2002 Hauptmann beim Bundesheer. 2015 heiratete sie ihre Ehefrau in England. "Meine Frau und ich können herzlich darüber lachen, daß wir ausgerechnet hier in Österreich von eigenartigen Zeitgenossen als 'rechts' eingestuft werden", sagt Donner. Kritiker wie Öllinger sagen, daß Donner ihre Transsexualität einsetzt, um Vorwürfe des Rechtsextremismus abzuwehren.<<

30.08.2017

BRD: Die Zeitschrift "Stern" berichtet am 30. August 2017: >>Bundesanwaltschaft weist 1.000 Strafanzeigen gegen Merkel wegen "Hochverrats" ab

Seit dem Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 sind bei der Bundesanwaltschaft mehr als 1.000 Strafanzeigen wegen "Hochverrats" gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel eingegangen. Daran sollen AfD-Anhänger maßgeblich beteiligt sein.

Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind nach einem Zeitungsbericht seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 mehr als 1.000 Strafanzeigen gegen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wegen Hochverrats eingegangen. "Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", sagte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mann-

heimer Morgen".

Angela Merkel offenbar von vielen AfD-Anhängern angezeigt

Ein größerer Teil der Anzeigen stammt dem Bericht zufolge aus dem Kreis von AfD-Anhängern. Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. Die Behörde muß alle Strafanzeigen prüfen.

Erst am vergangenen Dienstag hatten AfD-Anhänger gegen die Bundeskanzlerin mobilisiert. Bei einem Wahlkampfauftritt in Bitterfeld-Wolfen (Sachsen-Anhalt), wo die AfD mit 22 von 87 Sitzen im Landesparlament vertreten ist, wurde Angela Merkel mit Buhrufen und Pfiffen empfangen. Der Lärm riß auch während ihrer Rede nicht ab. Als Merkel versprach, die Steuern nach einer Wiederwahl nicht erhöhen zu wollen, ertönte ein Sprechchor, der ihr "Lügner, Lügner" und bis zum Ende ihrer Rede "Hau(t) ab" entgegen rief. Beim Thema Flüchtlinge und Fluchtursachen waren Beifall und Buhrufe zu hören.<<

01.09.2017

BRD: Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtet am 1. September 2017: >>Hochverrat im Kanzleramt? Weidel: "Merkel müßte vor Gericht"

Scharfe Töne im Wahlkampf: AfD-Spitzenkandidatin Weidel geht Merkel persönlich an. Sie ruft dazu auf, sich mit "Rechtsbrüchen der Kanzlerin" auseinanderzusetzen. Nach ihrer Amtszeit, fordert Weidel, gehöre Merkel "vor ein ordentliches Gericht".

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl verschärft die rechtspopulistische AfD erneut ihren Tonfall: AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel erhob schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

"Wir müssen uns mit den Rechtsbrüchen der Kanzlerin auseinandersetzen. Angela Merkel müßte nach ihrer Amtszeit vor ein ordentliches Gericht gestellt werden", forderte sie in einem Interview der "Passauer Neuen Presse".

Illegales Handeln erkennt die AfD-Politikerin dabei vor allem in Politikfeldern, die zu den Kernthemen ihrer eigenen Partei gehören: "In der Euro-Rettungspolitik und in der Flüchtlingskrise hat sie gegen geltendes deutsches und europäisches Recht verstoßen. Dafür sollte sie sich vor einem Richter verantworten müssen."

Die Partei hatte zuvor bereits erklärt, sie wolle sich nach ihrem erwarteten Einzug in den Bundestag für einen "Untersuchungsausschuß Merkel" stark machen. Die Idee, juristisch gegen politische Entscheidungen der Kanzlerin vorzugehen, ist in der AfD nicht neu. Der Bundesvorstand der Partei hatte bereits im Oktober 2015 wegen "Einschleusung von Ausländern" erfolglos Strafanzeige gegen Merkel gestellt.

Tausende Strafanzeigen gegen Merkel

Mit ihren Ansichten stehen Weidel und die Parteiführung der AfD offenbar nicht alleine da: Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 einem Zeitungsbericht zufolge tatsächlich bereits mehr als 1.000 Strafanzeigen eingegangen, in denen der CDU-Politikerin Hochverrat vorgeworfen wird.

"Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", erklärte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen". Ein größerer Teil der Anzeigen stammt dem Bericht zufolge aus dem Kreis von AfD-Anhängern.

Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. "Hochverrat" begeht laut Paragraph 81 im Strafgesetzbuch jemand, "der es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern". Nach den Grundsätzen des Rechtsstaats ist die Karlsruher Behörde verpflichtet, alle eingehenden Strafanzeigen zu prüfen.<<

03.09.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. September 2017:

>>**Großmoschee in Sulzbach**

Der saarländische Ort droht zur Salafistenhochburg zu werden

Die alte Post im saarländischen Sulzbach soll zur größten salafistischen Moschee in Deutschlands Südwesten umgebaut werden. Der geplante Umbau, den der Stadtrat und die zuständige Baubehörde bereits durchgewinkt haben, erregt jetzt die Gemüter im sonst eher beschaulichen kleinsten der bundesdeutschen Flächenstaaten. Träger der geplanten Moschee ist nämlich die Islamische Gemeinde Saar (IGS), die bereits in Saarbrückens Stadtteil Burbach und für die arabischen Medizinstudenten in Homburg zwei arabischsprachige Moscheen betreibt, die in der Vergangenheit öfters wegen Haßpredigten für Aufsehen gesorgt haben.

So hatte ein Gastprediger aus Jordanien 2016 in der IGS-Moschee in Burbach Folgendes gepredigt: "Der Prophet hat uns die Eroberung von Konstantinopel prophezeit, dieses wurde 800 Jahre nach ihm erobert. Wir werden Rom erobern, wie es der Prophet uns prophezeit hat, mit Zustimmung derer oder zum Trotz." Die Predigt wurde auf der Webseite des "Middle East Media Research Institute" (Memri), einer Organisation, die islamische Medien beobachtet mit dem Ziel, islamistische Positionen zu dokumentieren, festgehalten. Rom ist für Islamisten ein Symbol für "den Westen" und zudem als Hauptstadt der Katholiken ein besonderes Feindbild für den radikalen Islam.

800 Quadratmeter Fläche stehen im alten Postgebäude in Sulzbach für das islamische Zentrum zur Verfügung, das 200 Besuchern Platz bieten soll. 600.000 Euro veranschlagt die muslimische Gemeinde für den Umbau. Woher das Geld kommt, sagt sie nicht.

Daß die alte Post überhaupt in den Besitz des zwielichtigen Trägervereins kommen konnte, liegt am Bürgermeister der Stadt, Michael Adam. Der Christdemokrat hatte vom Vorkaufrecht der Stadt keinen Gebrauch gemacht. Das werfen immer mehr besorgte Bürger ihrem Bürgermeister nun vor. Dieses gilt um so mehr, als es in Sulzbach ohnehin schon seit Langem eine stadtbekannt salafistische Szene gibt.

Der CDU-Bürgermeister erhält jedoch Rückendeckung vom SPD-Stadtverbandsvorsitzenden Dieter Heckmann, der ein naives Islamverständnis hat und von einem toleranten, friedlichen Miteinander träumt. Diesen Traum trennen leider Welten von den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes. Selbst die dem linken Spektrum zugeordnete "Aktion 3. Welt Saar" hatte vor der IGS gewarnt und in einer spektakulären Stellungnahme nach dem "Charlie Hebdotatentat" 2015 klargestellt, daß es zwar moderate Muslime gibt, aber der Islam nicht moderat ist.

Seitdem in Sulzbach ein ägyptischer Gastimam konservativ denkende Muslime über die Landesgrenzen des Saarlandes hinaus anzieht, fürchten viele Sulzbacher, daß der Postumbau diese Attraktivität noch steigern wird. Abgesehen vom Umbau der alten Post in eine Moschee und ein Islamzentrum plant die 2010 gegründete IGS auch noch, die bereits seit den 1970er Jahren bestehende Moschee in Brefeld, einem rund zur Hälfte von Türkischstämmigen bewohnten Stadtteil Sulzbachs, zum Salafismus zu bekehren.

Die etwa 60 Mitglieder der IGS werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Allerdings heißt es im letzten Lagebericht der Behörde, daß die Sulzbacher Salafisten nicht missionarisch unterwegs seien.<<

05.09.2017

BRD: Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtet am 5. September 2017 (x893/...): >>**Gender - Was steckt dahinter?**

Eine Hintergrundanalyse und ein Warnruf mit Blick auf die bevorstehenden Bundestags- und Nationalratswahlen

Von *Wolfram Schrems*

Im Vorfeld der Bundestagswahlen in Deutschland und der Nationalratswahlen in Österreich

werden alle möglichen Fragen behandelt, sehr viele davon eher nachrangig. Von vitalem Interesse muß nämlich die Zukunft des Volkes selbst sein, von dem ja gemäß Verfassung (zumindest in Österreich) das Recht ausgeht. Diese Zukunft wird durch vieles gefährdet, am meisten durch den allgegenwärtigen Gender-Wahn. Dieser wird ohne viel Aufsehen massiv im Volk oktroyiert. Es ist daher Zeit für eine Hintergrundanalyse und einen Warnruf. Anlaß dafür ist eine einschlägige Buchpublikation

Gender - Was steckt dahinter?

In einer hochaktuellen Publikation dieses Titels aus dem Jahr 2015 analysiert der studierte Volkswirt, Publizist und Leiter der Aktion "Kinder in Gefahr" Mathias von Gersdorff (Frankfurt am Main) die ideologischen Grundlagen einer Wahnideologie, die vom gesunden Menschenverstand zwar als wahnsinnig empfunden, von den politischen Machthabern aber aus sinnstren Gründen den Menschen oktroyiert wird.

Nun ist es zwar so, daß sich in den letzten Jahren einige der Grundlagen und Quellen der Gender-Ideologie herumgesprochen haben, etwa durch die Publikationen von Gabriele Kuby, Birgit Kelle u.a., daß diese Ideologie aber im politischen und gesellschaftlichen Maßstab weiter erstarkt. Der Widerstand gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie etwa in der Schule ist noch zu schwach. Die Eltern scheinen nicht recht zu begreifen, was hier mit ihren Kindern angestellt wird.

Daher in Kürze einige wichtige Aspekte der Ideologie, wie sie im Buch kenntnisreich ausgeführt werden.

Kinder als Vehikel der Revolution - eine Forderung seit Karl Marx

Die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts zeichnen sich durch einen massiven Zugriff auf die Kinder aus. Die Zerschlagung der Familie und die Verstaatlichung der Kinder sind hier Mittel, den totalen Staat zu errichten. Es scheint wenig im Bewußtsein der Zeitgenossen verankert zu sein, daß das infame *Kommunistische Manifest* (1848) den Entzug der Kinder und deren staatliche Erziehung fordert.

Tritt man einige Schritte zurück und blickt auf unsere Situation in Österreich und Deutschland, wird man feststellen müssen, daß Zielvorgaben des Manifests bereits umgesetzt worden sind:

In Deutschland stürmt bereits die Polizei die Häuser von Eltern, die sich weigern, ihre Kinder den perversen Sexualerziehungsplänen an den Schulen auszusetzen. Es wird von Haftstrafen und Kindesentzug berichtet. Das sind Mittel einer Diktatur. Im "freiesten Staat auf deutschem Boden", wohlgebet.

In Österreich scheint man noch nicht so weit zu sein. Wie rezente Ereignisse in Vorarlberg zeigen, hat die Indoktrinierung der Kinder aber schon massiv begonnen. Vermutlich soll dieses Thema vor den Nationalratswahlen aber unter der Decke gehalten werden.

Hier sind wir aber schon beim Kern des Themas:

Gender-ideologische "Sexualpädagogik der Vielfalt" - Gehirnwäsche

Von Gersdorff zitiert Stefan Timmermanns, Professor für Sexualpädagogik und Diversität in der Sozialen Arbeit an der *Frankfurt University of Applied Sciences*, Mitautor des Buches *Sexualpädagogik der Vielfalt: Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper und Präventionen für Schule und Jugendarbeit*, im Wortlaut:

"Ein solcher Perspektivenwechsel (drastische Veränderung der Sprache, als "Reform" betitelt) muß zusätzlich mit einer Relativierung der Kategorien sexueller Orientierung sowie der Kategorien der Geschlechter einhergehen. Denn die scheinbare Eindeutigkeit konstruierter Systeme, die die Menschen entweder in 'Männer' oder 'Frauen' bzw. 'Hetero- oder Homosexuelle' einteilen, ist die Grundlage eines binären, biologistischen, essentialistischen, fundamentalistischen und totalitären Denkens, das die Welt nur in Polaritäten wahrnehmen will und kann. ... In letzter Konsequenz läuft diese Perspektive auf eine moralische Unterscheidung in 'Gut'

und 'Böse' hinaus".

Damit ist die Katze aus dem Sack: Die Protagonisten der "Vielfalt" werfen den Vertretern und Bekennern der Wirklichkeit "totalitäres Denken" vor, während sie selbst fieberhaft nach dem Muster von Orwells 1984 an einem alptraumhaften Totalitarismus, in dem es keine Wahrheit mehr gibt, arbeiten.

Dieser Alptraum stammt aus den Eingeweiden der "Frankfurter Schule" um Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Herbert Marcuse. Dort wurde ganz offen die Revolution propagiert. Wohin diese geführt hat, kann man heute gleichsam überall sehen. Denn das "Ziel eines revolutionären Umwandlungsprozesses müsse (nach Herbert Marcuse) sein, sämtliche Schranken des sexuellen Triebes niederzureißen". Das ist zwar aufgrund der Restbestände christlicher Moral und natürlichen Hausverstandes nicht vollständig gelungen, aber weit genug, um die Familie an den Rand der Auflösung und viel Seelenqual, menschliche Katastrophen, Scheidungsweisen und Abtreibungselend in die Gesellschaft zu bringen.

Die Familie ist das besondere Haßobjekt dieser Ideologen:

"Das Kernanliegen Marcuses wie auch der Gender-Ideologen ist ja gerade, die menschliche Sexualität von allen 'repressiven Strukturen', wie sie von ihnen bezeichnet werden, zu befreien. Dazu gehören für sie die monogame Ehe, aber auch alle Konzepte, die in irgendeiner Form die Sexualität einengen könnten. Im Endeffekt gehört dazu auch das Geschlecht".

Marcuse griff für diese Ideen übrigens auf Sigmund Freud und dessen pseudowissenschaftliche Psychoanalyse zurück.

Anfang der 1970er Jahre wurde "der Psychologe und Professor für Sozialpädagogik Helmut Kentler, Begründer der 'neoemanzipatorischen Sexforschung' und ehemaliger Präsident der 'Deutschen Gesellschaft für Sozialforschung' zur Schlüsselfigur bei der Einführung der Schulsexuallerziehung:

"Für ihn sollte die Sexualerziehung ganz im Dienst der Revolution stehen".

Gender, Gnosis, Leibfeindlichkeit und Buddhismus

Eine äußerst interessante Beobachtung im Zusammenhang mit der Geisteshaltung der Genderideologie ist deren Verwandtschaft mit gnostischen Ideen, die ihrerseits mit dem Buddhismus verwandt sind. Dem Menschen, der von der Erlösung des ganzen Menschen durch Jesus Christus, Leib und Seele, nichts weiß, müssen sich diese Gedanken förmlich aufdrängen. Sie sind daher kulturübergreifend.

Von Gersdorff zitiert die ungarischstämmige Literaturwissenschaftlerin Irisz Sipos, die in der (konservativ-protestantischen) *Offensive Junger Christen* tätig ist und diese Angelegenheit brillant auf den Punkt bringt:

"Mit einem gigantischen Überbau aus religiösen Praktiken und Dogmen, aus philosophischen Systemen und technischen Experimenten versuchen Menschen in unterschiedlichen Kulturen, die leidige Leiblichkeit zu überwinden, wegzudiskutieren oder wenigstens zu instrumentalisieren. Heidnische Kulte streben durch Trancezustände nach der entleiblichten Schau der Geisterwelt. Der Buddhismus lehrt die Überwindung von Körperlichkeit und Individualität durch Askese und meditative Versenkung und sieht im Nirwana, der Auflösung aller Verschiedenheit, das Ziel des Seins".

Es wird sodann eine "Einführung in den Buddhismus" eines buddhistischen Autors zitiert, gemäß dem der Körper "das Objekt der Verneinung" ist, denn er "existiert nicht (!)".

Hier zeigt das Heidentum seine ganze Vernunftlosigkeit und Absurdität (die man beim Zusammenschustern von Dignitatis humanae des II. Vaticanums offenbar nicht im Blick hatte - wo ist denn hier bloß die "menschliche Würde"?).

Das widerspricht völlig dem Realismus der katholischen Auffassung vom Leib, der durch Schöpfung, Erlösung und Heiligung eine im Heidentum unbekanntere Würde erhält. Mit dem Zusammenbruch der kirchlichen Lehrverkündigung verpufft dieses Wissen natürlich, damit

auch die genannte Würde. Man sieht daher, wie der Siegeszug falscher Religionen im Westen "die Akzeptanz der Kernidee von Gender in der Gesellschaft erhöht bzw. die Widerstände dagegen geschwächt hat".

Gender-Pädagogik gegen Kindeswohl - Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft

Die "dekonstruktive Pädagogik" soll "emanzipatorisch" sein. Was auch immer damit genau gemeint sein soll, eines ist klar:

"In Wahrheit geht es hier um die Zerstörung der menschlichen Persönlichkeit und um nichts anderes".

Gegen die "Dekonstruktion" des kindlichen Seelenlebens wehren sich in Deutschland Elterninitiativen, die bei ihren Kundgebungen in Stuttgart und Wiesbaden ("Demo für alle") Tausende Teilnehmer auf die Straße bringen konnten - und das unter der Drohung staatlich geförderter "Antifa-Terroristen". Mathias von Gersdorff beweist durch seine regelmäßige, exponierte Teilnahme an den Kundgebungen, daß er nicht nur ein Mann der Theorie ist.

Auch in Österreich formiert sich Widerstand ("Initiative wertvolle Sexualerziehung" und "Marsch für die Familie").

Nicht wenige Stimmen aus der Gesellschaft warnen - trotz erheblichen Konformitätsdrucks seitens Politik und "Antifa-Straßengewalt" - vor einer lügenhaften Ideologie, die den Menschen nur unglücklich machen kann und die - das wird viel zu wenig bedacht - in ihrem Kern totalitär ist. Sie ist unduldsam, aggressiv und freiheitsfeindlich. Sie richtet sich vor allem gegen die Kinder, deren seelische Bedürfnisse sie bewußt verletzt und sie selbst zu politisch-ideologisch und revolutionären Zwecken mißbraucht und vernutzt.

Von daher ist es kein Wunder, daß es auch so wenig gesellschaftlichen Widerstand gegen die sexuellen Übergriffe fälschlich so genannter "Flüchtlinge" auf Kinder (und alle anderen Menschen) gibt. Was nicht verteidigt wird, gilt offenbar nicht als schutzwürdig.

Alle diese Sachverhalte müssen öffentlich beleuchtet und diskutiert werden. Die wahlwerbenden Gruppen müssen das thematisieren. Es kann nicht sein, daß der Genderwahn als schick-salhaft demütig hingenommen wird.

Kirchlicher Widerstand

Von Gersdorff trug kirchliche Stimmen zusammen, die sich kritisch mit dem Genderwahn auseinandersetzen.

So warnte Papst Benedikt XVI. in seiner Weihnachtsansprache an die Römische Kurie vom 21. Dezember 2012 vor der Gender-Ideologie:

"Das Geschlecht ist nach dieser Philosophie nicht mehr eine Vorgabe der Natur, die der Mensch annehmen und persönlich mit Sinn erfüllen muß, sondern es ist eine soziale Rolle, über die man selbst entscheidet, während bisher die Gesellschaft darüber entschieden habe. Die tiefe Unwahrheit dieser Theorie und der in ihr liegenden anthropologischen Revolution ist offenkundig".

Von Gersdorff nennt Bischofskonferenzen (Spanien, Portugal, Slowakei, Polen) und einzelne Bischöfe (Vitus Huonder von Chur, die Bischöfe der Kirchenregion Triveneto und der Toskana), die sich ähnlich äußern.

Auch Papst Franziskus wird zitiert (Gender sei "ein ideologischer Angriff, der Versuch einer ideologischen Kolonisierung einer familienfeindlichen Doktrin"). Bei Franziskus bleibt nur leides alles immer im Vagen und kann schon morgen revidiert werden.

Auch sonst ist der Widerstand der kirchlichen Strukturen und Apparate im deutschen Sprachraum nicht besonders massiv, in der Diözese Feldkirch/Österreich ist man sogar in die Schulsexualerziehung verwickelt. Das ist wohl kein Einzelfall.

Resümee

Von Gersdorffs Buch ist flüssig und klar geschrieben. Die Gedankengänge sind nachvollziehbar, die Zitate gut belegt. Eine ausführliche Literaturliste regt zu weiteren Studien an.

Dem Buch ist große Verbreitung zu wünschen. Möge es dazu beitragen, einem Wahn Einhalt zu gebieten, damit sich die Familien, die Kinder und die gesamte Gesellschaft gedeihlich entwickeln können.

Vor allem die politischen Entscheidungsträger sollen das beherzigen, vor den Wahlen und danach auch.

Mögen es aber vor allem diejenigen beherzigen, denen als Eltern, Lehrer, Katechisten und Priester das Wohl der Kinder in besonderer Weise anvertraut ist!

Mathias von Gersdorff, Gender - Was steckt dahinter?, Media Maria Verlag, Illertissen 2015
Wolfram Schrems, Theologe, Philosoph, Katechist<<

06.09.2017

BRD: Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krahl schreibt am 6. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Das Özoguz-Paradox

"In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht", schrieb Kurt Tucholsky. Und der politisch-mediale Komplex bestätigt es.

Der AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland erklärte, daß er die "Integrationsbeauftragte der Bundesregierung", Aydan Özoguz (SPD), am liebsten "in Anatolien entsorgen" wolle. Grund dafür ist Özoguz Postulat: "Eine spezifisch deutsche Kultur ist jenseits der Sprache nicht feststellbar." Özoguz behauptet übrigens noch anderes. So trat sie den Bestrebungen zum Verbot von Kinderehen entgegen, findet es aber völlig in Ordnung, wenn angeblich politisch Verfolgte in ihren Heimatländern Urlaub machen. Sie agiert insgesamt weniger als Integrations- denn als Islamisierungsbeauftragte.

Statt sich mit dieser furchtbaren Frau auseinanderzusetzen, fielen Politiker und ihre Hofberichterstatter über Gauland her, weil er "entsorgen" gesagt hatte. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs etwa nannte Gauland einen "widerlichen senilen Hetzer". Kahrs wünschte sich allerdings unlängst selbst "Merkel zu entsorgen".

Da wunderte sich dann auch die liberale 'NZZ' aus Zürich: "Wenn eine Person, die den Staat repräsentieren sollte, die eigene Kultur verneint, dann ist es verständlich, wenn man sie sich nicht als Ministerin wünscht." Daß es in Deutschland anders ist, hat, so die Schweizer, einen einfachen Grund: "Die deutsche Selbstaufgabe. Das ist das deutsche Paradox: die penetrante Selbstverleugnung bei gleichzeitiger Anerkennung der anderen." Und das wird auch ein Alexander Gauland noch sagen dürfen!<<

10.09.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 10. September 2017: >>Vertagter Ansturm

Der Wahltermin rückt näher - Zeit, die Deutschen darauf vorzubereiten, was danach auf sie zukommt. Wer sich vom Wahlkampfgeplänkel und den inszenierten Nichtigkeiten nicht ablenken läßt, kann es sich an den Fingern einer Hand ablesen: Die nächste Einwanderungswelle rollt schon auf uns zu. Natürlich erst nach der Wahl, wenn die Kanzlerin wieder fest im Sattel sitzt.

Während in den letzten Bundesländern die Sommerferien zu Ende gehen und die Steuerzahler wieder an ihre Arbeitsstellen zurückkehren, platzte die Meldung dazwischen, daß bis 2018 mehr als 390.000 Syrer das Recht haben werden, ihre Familien nach Deutschland nachzuholen. Tapfer verkündet der Bundesinnenminister, er sei für eine weitere Aussetzung des Familiennachzugs.

Die nächste Million kann die Koffer packen

Weder die Kanzlerin selbst noch ihre potentiellen Koalitionspartner wollen sich darauf festlegen. Das offiziell ausgegebene Beruhigungs-Placebo, man rechne maximal mit einem Familienmitglied pro Antragsberechtigtem, ist dürftig: Die Kleinstfamilie ist weder in Syrien noch

sonstwo in der arabisch-orientalischen Welt das vorherrschende Modell.

Die nächste Million kann also schon einmal die Koffer packen. Handelte es sich bei den bislang Aufgenommenen tatsächlich um "Kriegsflüchtlinge", sollte man eher eine Rückkehrwelle erwarten: Schließlich wird in Syrien der "Islamische Staat" gerade verdrängt, in weiten Landesteilen herrscht schon Frieden, der Wiederaufbau könnte beginnen. Doch weder in Berlin noch in Brüssel unterscheidet man noch zwischen echten Flüchtlingen, denen vorübergehender Schutz zu gewähren ist, und dauerhafter Einwanderung.

Die Ergebnisse des EU-Gipfels in Paris Ende August lassen nichts Gutes ahnen. Während die Kanzlerin Abkommen mit afrikanischen Staaten zur Eindämmung der illegalen Migration nach Vorbild des mißlungenen "Türkei-Deals" in Aussicht stellt, spricht sie bereits davon, legale Einwanderungsmöglichkeiten für Afrikaner zu schaffen. Es sei falsch, "nur zu sagen, Illegalität geht nicht, und gar nichts anzubieten", sagt sie.

Die illegale Einwanderung wird weitergehen

Warum eigentlich? Die "legalen Migrationswege" werden sich jedenfalls ebenso als Seifenblase erweisen wie die vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron aus dem Hut gezogene Prüfung von Asylanträgen auf dem afrikanischen Kontinent. Wer dort keinen legalen Freifahrtschein ergattert, wird sein Glück weiter auf den illegalen Routen über das Mittelmeer versuchen, solange weder Deutschland noch Europa daran denken, ihre Grenzen wirksam zu schließen.

Danach sieht es nicht aus. Das mußte eben erst Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán erfahren, der der EU maliziös eine Rechnung schickte, sich mit 400 Millionen Euro wenigstens zur Hälfte an den Kosten des ungarischen Grenzzauns zu beteiligen, der im vergangenen Jahr die Balkan-Route für illegale Migranten weitgehend geschlossen hat. Damit habe Ungarn schließlich die europäische Aufgabe der Sicherung der EU-Außengrenzen wahrgenommen, argumentiert der in Brüssel Unbeliebte.

Wer sich nicht am Migranten-Umverteilungskarussell beteilige, bekomme auch kein Geld, wurde Orbán von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker abgefertigt. Keine Rede auch davon, die von der EU-Seenotrettungsmission "Sophia" aufgegriffenen illegalen Migranten an die afrikanische Küste zurückzubringen, statt sie wunschgemäß nach Europa weiterzutransportieren. Deutsche Marineeinheiten und selbsternannte "Aktivisten" nehmen so den Schleusern und Schleppern einen Großteil der Arbeit ab.

Solange diese Aktivitäten andauern, werden auch die Maßnahmen der italienischen Regierung gegen die "Wassertaxi-Dienste" sogenannter "Nichtregierungsorganisationen" den Migrantenstrom allenfalls vorübergehend dämpfen.

Die Schmutzarbeit erledigen andere

Aus Sicht der Bundesregierung sind die Absprachen Italiens mit libyschen Machthabern zur Blockade illegaler Überfahrten nach Europa zu Wahlkampfzeiten freilich komfortabel: Die Schmutzarbeit erledigen wieder mal die anderen. Die Rechnung dafür dürfte ebenfalls spätestens nach dem Wahltag kommen: dann nämlich, wenn Rom seine aus allen Nähten platzen den Aufnahmelager leeren muß und von den übrigen Europäern, sprich vor allem Deutschland, die "solidarische" Übernahme Hunderttausender illegal eingewanderter Afrikaner erwartet, um Platz für Neuankömmlinge zu schaffen.

Zur Vorbereitung der deutschen Öffentlichkeit auf die nächste "alternativlose" Einwanderungswelle geben Medien, Wirtschaft und Lobbyisten schon jetzt fleißig Flankenschutz. Ein Bericht der Bundesregierung prophezeit wieder einmal dramatischen "Fachkräftemangel" für die nahe Zukunft, und das Institut der Deutschen Wirtschaft pocht wie bestellt auf "stärker arbeitsmarktorientierte Zuwanderung".

Die Menschen lassen sich Sand in die Augen streuen

Wer berechtigten Zweifel hat, daß unkontrollierte illegale Einwanderung dafür die Lösung

sein könnte, und sich noch an eine Mitte August veröffentlichte Berechnung erinnert, daß 59 Prozent der "Flüchtlinge" keinen Schulabschluß und sogar 80 Prozent keinen Berufsabschluß vorweisen können, wird von DIW und Bamf termingerecht belehrt, daß zwei Drittel der erwachsenen "Flüchtlinge" plötzlich doch eine Schule abgeschlossen hätten - nach "eigenen Angaben" allerdings.

Und "Migrationsforscher" verlangen mehr und schnellere Einbürgerungen "zur Rettung der Demokratie", damit auch alle gleich mitwählen können. Neue Wähler kann man sich so vielleicht backen, von den real existierenden Problemen löst das nicht ein einziges. Wer sich mit vollen Schaufeln Sand in die Augen streuen läßt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er nach der Wahl der Gelackmeierte ist.<<

13.09.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 13. September 2017: >>"Deutsche fühlen sich frei"

Deutschland ist so frei wie lange nicht mehr. Das geht aus dem am Dienstag in Berlin vorgestellten Freiheitsindex 2017 hervor. Demnach haben sowohl die gesellschaftliche und mediale Wertschätzung der Freiheit als auch das subjektive Freiheitsempfinden der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen.

So stufen gut 50 Prozent der Bevölkerung ihr gegenwärtiges Leben selbst als "sehr frei" ein. Und 63 Prozent sind der Ansicht, daß sie ihre Meinung in Deutschland gänzlich frei äußern können - sechs Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Der Gesamtwert des Index stieg von 0,33 auf 2,7 Punkte (auf einer Skala von -50 bis +50) und damit auf den höchsten Stand seit 2011.

Populismus "deutlich auf dem Rückzug"

Es sei erkennbar, daß die Bürger ihre Freiheit heute vornehmlich durch Terrorismus und Extremismus bedroht sähen, erklärte Ulrike Ackermann, Leiterin des John-Stuart-Mill-Instituts, das den Freiheitsindex alljährlich veröffentlicht. Demnach wünsche sich ein Großteil der Bevölkerung sogar ein stärkeres Eingreifen des Staates, um "die Freiheit vor den Feinden der Freiheit ganz offensiv" zu verteidigen. Der "Persönlichkeitsschutz als hoher Freiheitswert" trete "hinter die Bekämpfung von Terrorismus zurück".

Die Forscher stellten außerdem fest, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung weiterhin großes Mißtrauen gegenüber den "Eliten" aus Politik, Wirtschaft und Medien hegt. Entsprechend seien etwa 39 Prozent der Bürger der Meinung, Politiker hätten keine Ahnung von ihrer Arbeit ("Das könnte ich besser").

43 Prozent unterstellten sogar, Politiker handelten nur im eigenen oder im Interesse anderer Mächte, nicht aber zum Wohle der Bevölkerung. Und 33 Prozent verträten die Ansicht, "daß Deutschland auf eine ganz große Krise zusteuert", die ohne eine grundlegende Veränderung des politischen Systems nicht überwunden werden könne.

Das John-Stuart-Mill-Institut sieht in den Zahlen dennoch eine "deutliche Trendwende" gegen den "populistischen Zeitgeist". Es seien zwar immer noch "populistische Elemente" in der Mitte der Gesellschaft vorhanden. Seinen Höhepunkt habe der Populismus jedoch inzwischen überschritten, das Ansehen demokratischer Institutionen in der Öffentlichkeit nehme wieder zu. Sichtbar werde dies vor allem in einer verstärkten politischen und gesellschaftlichen Isolation der AfD, in der inzwischen 74 Prozent der Deutschen keine normale demokratische Partei mehr sähen. Zu "Alarmismus und Hysterie" bestehe daher "kein Anlaß".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. September 2017: >>"Die Ehe für alle ist verfassungswidrig!"

Hedwig von Beverfoerde (54) kämpft seit vielen Jahren für Familie und den Schutz von Kindern vor Sexualisierung und der Gender-Ideologie. Sie ist Sprecherin des Aktionsbündnisses für Ehe & Familie - DEMO FÜR ALLE (www.demofueralle.de). Im Interview mit dem

Deutschland-KURIER erklärt sie ihre Initiative.

Deutschland-KURIER: Gemeinsam mit der Petitionsplattform CitizenGO Deutschland fahren Sie seit einigen Tagen mit dem "Bus der Meinungsfreiheit" durch Deutschland. Was steckt dahinter?

Hedwig von Beverfoerde: Der erste orangefarbene "Bus der Meinungsfreiheit" fuhr vor einem halben Jahr durch Spanien. Dieser erste Bus war eine Reaktion von "Hazte Oír" - einer Unterorganisation von CitizenGO - auf eine Plakatkampagne der spanischen LGBT-Bewegung, die den Slogan "Mädchen haben einen Penis / Jungs haben eine Vagina" auf riesige Plakatwände hatte drucken lassen. Als "Hazte Oír" diese ideologische Verdrehung biologischer Fakten mit eigenen Großplakaten richtigstellen wollte, wurden ihnen diese verweigert.

"Wir zeigen Flagge für Ehe und Familie und für die Meinungsfreiheit."

So entstand die Idee mit dem Bus als mobiles Plakat. Der Protest der LGBTs, Sachbeschädigung inklusive, ließ nicht lange auf sich warten. Nur unter massivem Polizeischutz konnte der Bus durch Spanien fahren. Wenig später gab es dann orangefarbene Busse in den USA, Kolumbien, Mexiko und Chile. Jetzt fahren wir in Deutschland, demnächst folgen Italien und Frankreich. Inzwischen ist daraus eine weltweite Kampagne für die Meinungsfreiheit geworden.

Deutschland-KURIER: Und warum jetzt in Deutschland?

Hedwig von Beverfoerde: Obwohl uns das Grundgesetz in Artikel 5 die freie Meinungsäußerung garantiert, sieht die Realität anders aus. Wer in Deutschland friedlich für die Wahrung der Elternrechte und gegen eine Sexualisierung der Kinder in Schule und KiTa demonstriert, muß mit massiven Störaktionen linksextremer Antifa-Aktivisten rechnen. Seit wir uns als DEMO FÜR ALLE erfolgreich gegen die Gender-Ideologie zur Wehr setzen, werden wir diffamiert und öffentlich angepöbelt, bis hin zu tätlichen Angriffen.

"Der Wesenskern der Ehe ist ihr Potential zur Weitergabe des Lebens."

Uns reicht es jetzt! 10 Tage lang fahren wir mit einer Gruppe junger Leute durch Deutschland und machen Station in zehn Städten. Damit zeigen wir Flagge für Ehe und Familie und für die Meinungsfreiheit.

Deutschland-KURIER: Auf Ihrem Bus findet sich u.a. die Forderung: Ehe bleibt Ehe. Was hat es damit auf sich?

Hedwig von Beverfoerde: Am 30. Juni 2017 hat der Deutsche Bundestag in einem unwürdigen Hauruck-Verfahren das Ehe-Öffnungsgesetz beschlossen. Dazu war er nicht berechtigt. Denn laut Grundgesetz und ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist die Ehe der Lebensbund zwischen einem Mann und einer Frau, und nichts anderes. Damit ist dieses Gesetz - das Angela Merkel im TV-Duell als "befriedende Lösung" bezeichnete, wohl wissend, daß das Grundgesetz etwas anderes darunter versteht - verfassungswidrig!

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Der Wesenskern der Ehe ist ihr Potential zur Weitergabe des Lebens. Dieses Potential hat aber nur die Verbindung von Mann und Frau. Selbstverständlich sind auch andere Lebensgemeinschaften möglich, aber diese sind eben keine Ehe und werden auch nie eine Ehe sein.

Deutschland-KURIER: Was wollen Sie ganz konkret mit der Bus-Tour erreichen?

Hedwig von Beverfoerde: Mit dem "Bus der Meinungsfreiheit" fordern wir, daß das Ehe-Öffnungsgesetz so schnell wie möglich vor das Bundesverfassungsgericht kommt. Der einfachste und schnellste Weg wäre eine Normenkontrollklage durch die Bayerische Staatsregierung. Denn ab dem 1. Oktober können die ersten Homo-Ehen geschlossen und damit auch Kinder adoptiert werden. Damit wird den Kindern das natürliche Recht auf Vater und Mutter genommen. Die Zeit drängt also! Mehr als 62.000 Bürger haben bereits unsere Petition "Ehe-Öffnung kippen - Bayern voran!" unterzeichnet. Wir fordern ein rasches Handeln, bevor Fakten geschaffen werden, die sich nicht mehr zurücknehmen lassen.

Am Ende unserer über 2.000 km langen Bus-Tour werden wir vor dem Bundeskanzleramt auf der Abschlußkundgebung um 15 Uhr noch einmal deutlich Position beziehen: für Ehe bleibt Ehe, für die Zweigeschlechtlichkeit und gegen Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder in Schule und KiTa. Wir wollen dort Angela Merkel den Protest der mehr als 220.000 Bürger übergeben, die unsere Petition "Ehe bleibt Ehe" gegen die Öffnung der Ehe unterschrieben haben. ...<<

17.09.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. September 2017: >>Dschihad erobert die Gefängnisse

Radikale Moslems rekrutieren in deutschen Haftanstalten immer mehr neue Anhänger

Das Bundeskriminalamt gibt Berlins Justizvollzugsbeamten in einem Leitfaden nun Hinweise zum Umgang mit radikalen Moslems. Die Aktion enthüllt: Inhaftierte Dschihadisten werden zunehmend zu einem Sicherheitsproblem in den Gefängnissen der Hauptstadt.

In ganz Deutschland werden Vollzugsbeamte mittlerweile im Umgang mit radikal-islamischen Häftlingen geschult. Als Warnsignale für eine Radikalisierung gelten Symbole von Terrorgruppen ebenso wie bestimmte Gesten, Bekleidung, Barttracht oder Namensänderungen. Laut einem Bericht der Zeitung "BZ" ist Mitarbeitern des Berliner Strafvollzugs nun eine als Verschlusssache deklarierte Ausarbeitung des Bundeskriminalamtes (BKA) ausgehändigt worden, die eine Reihe von Hinweisen zu radikalen Moslems liefert.

Sensibilisiert werden die Beamten darin, Veränderungen wahrzunehmen, die auf eine Radikalisierung von Gefangenen hindeuten. Berlin ist mit seinen mehr als 40 inhaftierten radikalen Muslimen nicht allein betroffen. Insgesamt sitzen deutschlandweit derzeit etwa 300 Personen, die die Behörden dieser Gruppe zuordnen, hinter Gefängnismauern.

Neben Berlin werden auch aus Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen zweistellige Zahlen von inhaftierten radikalen Moslems gemeldet. Die Zahl könnte schon bald rapide steigen. Generalbundesanwalt Peter Frank äußerte im August in einem Interview mit dem Berliner "Tagesspiegel", er rechne allein 2017 mit 500 bis 600 Prozessen gegen Terror-Beschuldigte. Im Vorjahr seien knapp 240 neue Verfahren gegen radikale Moslems eröffnet worden, wobei es sich bei mehr als 80 Prozent um Fälle "aus dem Phänomenbereich des islamistischen Terrorismus" gehandelt habe.

Auch vom Bundeskriminalamt kommen alarmierende Zahlen. Die Behörde ermittelt mittlerweile gegen mehr als 400 Personen wegen des Verdachts, sie seien Mitglieder von Dschihad-Gruppen gewesen, bevor sie als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind.

Schon die derzeit in Haft sitzenden radikalen Moslems stellen die Behörden vor Probleme. Die verstärkte Beobachtung der Gefangenen erfordert Vollzugspersonal, das nicht nur in Berlin oftmals knapp ist. Eine andere Sicherheitsmaßnahme droht wiederum eine verhängnisvolle Langzeitwirkung zu entfalten. Bundesweit ist es mittlerweile üblich, radikale Moslems voneinander getrennt unterzubringen. Laut einer Auskunft des Berliner Senats soll damit einer "gegenseitigen Bestärkung in der radikalen Gesinnung" entgegengewirkt werden.

Längst haben Terrorgruppen wie der Islamische Staat allerdings erkannt, welches Rekrutierungspotential auch ganz gewöhnliche Kriminelle darstellen. Hinter vielen Gefängnismauern ist damit ein besonders brisanter Mix zustande gekommen: Der Fanatismus von radikalen Moslems in Kombination mit der kriminellen Energie von Drogendealern, Schlägern und Intensivtätern. Forscher am Londoner King's College haben sich systematisch mit diesem Phänomen beschäftigt und im vergangenen Jahr eine Studie veröffentlicht.

Die Auswertung der Werdegänge von Dschihadisten läßt demnach darauf schließen, daß sich mehr als ein Viertel von ihnen während eines Gefängnisaufenthalts radikalisiert hat. Untersucht hatten die Wissenschaftler die Fälle von 79 radikalen Moslems in mehreren europäischen Ländern. Bei mindestens 27 Prozent der Untersuchten ist von einer Radikalisierung

während der Haft auszugehen. 57 Prozent der Untersuchten waren vor ihrer Radikalisierung bereits inhaftiert gewesen.

Zu befürchten ist, daß sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren noch massiv verstärkt. Die deutsche Justiz bislang hat sehr unterschiedliche Signale ausgesendet, wenn es um die Abschiebung von Terrorverdächtigen ging. Erst im August billigte das Bundesverwaltungsgericht in zwei Grundsatzentscheidungen die Abschiebung von Terrorverdächtigen aus Deutschland. Grundlage der Entscheidung war der Paragraph 58a des Aufenthaltsgesetzes. Diese bislang kaum angewendete Regelung erlaubt eine Abschiebung auf Grundlage einer auf "Tatsachen gestützten Prognose zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr".

Das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main entschied dagegen im Juli, daß ein terrorverdächtiger Tunesier nicht abgeschoben werden darf. Der Mann war bei einer Razzia in der radikalen Moslemszene festgenommen worden und steht sogar im Verdacht, im Auftrag des Islamischen Staates einen Anschlag in Deutschland vorbereitet zu haben.

Das Gericht begründete seine Entscheidung mit Zweifeln, ob den Tunesier in seinem Heimatland ein hinreichender Schutz vor der Todesstrafe erwarte. Diese Entscheidung dürfte nicht nur für Tunesien Bedeutung haben, sondern vermutlich auch im Hinblick auf viele andere Herkunftsländer von radikalen Moslems. Verschärfend kommt hinzu, daß das Potential von gewaltbereiten Dschihadisten in ganz Europa inzwischen riesige Ausmaße angenommen hat. Der Antiterror Koordinator der EU, Gilles de Kerchove, sprach gegenüber der spanischen Tageszeitung "El Mundo" unlängst davon, in Europa lebten mittlerweile mehr als 50.000 Dschihadisten.<<

19.09.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 19. September 2017: >>"Merkels Zuwanderungspolitik wird Deutschland zerstören"

Der Wirtschaftswissenschaftler Max Otte hat Angela Merkels Bundesregierung vorgeworfen, Deutschland zu ruinieren. Am CDU-Parteiprogramm habe er nichts auszusetzen, die gelebte Praxis sei jedoch "grausam", sagte Otte dem Internetportal *wallstreet:online*.

"Niemand hätte ich gedacht, daß eine CDU-Regierung unser Land dermaßen schädigen könnte." Merkel reiße Deutschland "sehenden Auges in den Strudel". Die Einwanderungspolitik habe ihn als CDU-Mitglied bewogen, dieses Mal sein Kreuz bei der AfD zu machen.

"Die Zuwanderung, wie sie jetzt betrieben wird, ist katastrophal. Sie wird unser Land zerstören", kritisierte Otte. Bereits jetzt gäbe es sogenannte No-go-Areas und einen ersten Fall, in dem ein Moslem in Deutschland mehrere Frauen haben dürfe. Hinzu kämen mehr als 1.000 registrierte Kinderehen.

Otte befürchtet Nachteile wegen Outing

Am 11. September hatte Otte auf dem Kurznachrichtendienst Twitter angekündigt, bei der Bundestagswahl am 24. September AfD zu wählen. "Mein Outing wird mir viele Nachteile und Anfeindungen bringen, aber ich halte es für meine staatsbürgerliche Pflicht", rechtfertigte der Wirtschaftswissenschaftler seine Entscheidung.

Er vermute, künftig von vielen Medien nicht mehr eingeladen zu werden und auf "schwarze Listen" zu kommen. "Das sind Zustände wie 1933. Menschen, die sich für die AfD outen, haben nichts zu lachen."

In der Partei gäbe es "vielleicht" einzelne Menschen mit antisemitischen Ansichten, sie sei aber demokratischer als die CDU. "Denn bei der AfD wird noch im Diskurs über Inhalte gerungen", ergänzte Otte.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krahe schreibt am 19. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>"Die Maske fällt

Die AfD hat Aufwind. Dazu muß man nicht einmal die Umfragewerte kennen, die medialen Hetzkampagnen zeigen es zweifelsfrei an.

Da sagt Alexander Gauland, er möchte die Islamisierungsbeauftragte Özoguz "entsorgen", so wie zuvor schon SPD-Politiker Merkel "rückstandslos entsorgen" wollten - und der politisch-mediale Komplex läuft mit Schaum vor dem Mund durchs Land. Der 'Spiegel' erfindet gesundheitliche Probleme der AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel, die 'Welt' präsentiert eine vier Jahre alte private E-Mail, deren Urheberschaft ungeklärt ist und versucht daraus einen Skandal zu machen. In TV-Talkshows stehen AfD-Politiker generell allen anderen Studiogästen, dem handverlesenen Publikum und den jede Fairneß vermissenden Moderatoren gegenüber. Sie dürfen nicht ausreden und werden durchweg unsachlich angegriffen.

Die Medienkaste läßt die Maske fallen. Kein objektiver Journalismus mehr, sondern Propagandakrieg. Mit Lügen und ohne jeden Anstand. Da darf bei der 'Welt' die Ehefrau von Christian Lindner über ihre "Stylingtipps" für den Gatten schreiben und anschließend die gefakte Weidel-E-Mail veröffentlichen - und niemanden scheint es zu stören. Der Chefredakteur, der weiland Interviews frei erfand, gab die Marschroute vor: "Merkel ist die Führerin der freien Welt". Derlei gab es in Europa letztmalig im Rumänien des Nicolae Ceausescu. Wobei der immerhin nur das "Genie der Karpaten" war.

Und doch nützt es nichts, denn die Wähler lassen sich nicht beirren. Die Angriffe verpuffen. Die Umfragewerte steigen. Es wird spannend am 24. September.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schreibt am 19. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Merkels Monumentum Ancyranum**

Der römische Kaiser Augustus schrieb nach fast 40 Jahren in seinem Rechenschaftsbericht Monumentum Ancyranum: Ich habe ein rotes Rom übernommen und ein weißes hinterlassen. Marmor statt Ziegel eben!! Zwölf Jahre Merkel? Zwölf Jahre auf die Zwölf: Sie hat Deutschland übernommen und Germoney daraus gemacht.

Merkels "Monumentum Ancyranum": Sie hat Deutschlands Grenzen abgeschafft. Jeder darf rein, keiner muß mehr raus. Allein in den letzten zwei Jahren kamen 1,5 Millionen zu Fuß. Die nächsten "bis zu" 1,5 Millionen wurden gerade mit Macrönchen ganz süß eingeladen. Demnächst erst mal 3 Millionen von Erdowahn. Dann Afrika! In Libyen haben schon 3,5 Millionen die Reisetickets bezahlt. Sind ja erst 10 Millionen insgesamt da in Germoney ...

Paßt doch alles, "Bio-Deutsche" sind eh nur jene, die schon länger hier leben. Und die haben nicht mal eine "spezifische Kultur", keine eigene Identität. Merkels türkische Staatssekretärin Özoguz hat's geprüft!! Eine GRÜNE Vizepräsidentin des Bundestages "weiß" sogar, daß "Schweine-Deutschland" nach dem Krieg von Türken wieder aufgebaut wurde, nicht von Trümmerfrauen und Kriegsheimkehrern.

Merkels Bilanz ansonsten: Die Kriminalität stieg allein in den letzten beiden Jahren um 54,8 bis 76,3 Prozent. Die Hauseinbrüche sind in den letzten zehn Jahren von 108.000 auf 151.000 explodiert. In deutschen Gefängnissen wird längst über 50 Prozent türkisch, kurdisch, arabisch, afghanisch, irakisch gesprochen.

Aber Merkel hat (dank SPD-Schröder) die Arbeitslosigkeit auf 3,9 Prozent halbiert. Und Merkel haben es über 350.000 zu danken, daß sie sogar zwei bis drei Jobs haben. Reicht zwar trotzdem oft nicht für die Miete, aber Deutschland hat keine Armut mehr. Nur ein paar Tausend Rentner, die Mülltonnen nach Essen durchwühlen oder Pfandflaschen sammeln. Irgendwoher muß die "Kanzlerin" ja die 30 Milliarden für ihre südländischen Dauer-Gäste hernehmen.

Jedenfalls hat Deutschland endlich wieder ein freundliches Gesicht, in dem Merkel mit rund 25.000 Euro monatlich "leben kann". Daß England und Amerika wieder Angst vor Deutschland haben, diesmal vor dem teutonischen Tugend-Terror, liegt nur an Brexäcken und alten, weißen Männern. Gut, daß es bald keine Deutschen mehr gibt. Dann klappt's auch wieder mit

den Nachbarn ...<<

21.09.2017

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 21. September 2017 (x1.000/...): >>Alarmierende Meinungszensur in Deutschland

"Wenn du wissen willst, wer dich beherrscht, mußt du nur herausfinden, wen du nicht kritisieren darfst." so Voltaire. Gleiches ist auch heute noch gültig, besonders für Medienschaffende.

...

In Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit verankert: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Die unzensurierte Meinungs- und Pressefreiheit ist ein wesentliches Merkmal und Grundpfeiler der Demokratie. Entsprechend alarmierend sind die zahlreichen Fälle, die belegen, daß die unzensurierte Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland bereits in ganz erheblichem Maße verloren gegangen ist. Klagemauer TV hat für Sie dazu einige Beispiele recherchiert: Eva Herman: Eva Herman arbeitete als Moderatorin und Tagesschausprecherin fast 20 Jahre für den Bayerischen Rundfunk, die ARD und den NDR und galt als beliebteste Moderatorin Deutschlands.

In ihrem im September 2006 erschienenen Buch "Das Eva-Prinzip" sprach sie sich dann u.a. dafür aus, daß Familie und Mutterschaft für Glück und Zufriedenheit einer Frau wichtiger sind als berufliche Karriere und vollständige Unabhängigkeit. Dies löste zeitweise eine breite Debatte über Geschlechterrollen aus und führte 2007 zur Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten. Matthias Matussek: Matthias Matussek war Sonderkorrespondent aus Ost-Berlin, wofür er 1991 mit dem Egon-Erwin-Kisch-Preis für die besondere Qualität seiner Reportagen ausgezeichnet wurde.

Von 1992 bis 2004 war er Leiter der Büros des Spiegel-Nachrichtenmagazins in New York, Rio de Janeiro und London und leitete daraufhin drei Jahre lang das Kulturreportage des Spiegels. 2013 wechselte er zum Axel Springer Verlag. Ein einziger Kommentar auf Facebook zu den Terroranschlägen in Paris 2015, den er am Schluß mit einem Smiley versehen hatte, kostete ihn die Kolumnisten-Stelle bei der Tageszeitung "Die Welt". Er schrieb: "Ich schätze mal, der Terror von Paris wird auch unsere Debatten über offene Grenzen und eine Viertelmillion unregistrierter junger islamischer Männer im Land in eine ganz neue frische Richtung bewegen."

Frieder Wagner: Der mit dem Grimme-Preis ausgezeichnete Journalist und Filmemacher Frieder Wagner hatte mit seinen Filmen "Der Arzt und die Kinder von Basra" und "Deadly Dust - Todesstaub" gegen ein Tabu verstoßen. Er durchbrach das Schweigen der Medien über die Folgen der hochgiftigen Uranmunition, die von den USA und Großbritannien seit bald zwei Jahrzehnten eingesetzt wird. Zwar wurde er mit dem Europäischen Fernsehpreis 2014 ausgezeichnet, weil er aber als "anti-amerikanisch" abgestempelt worden war, fand er in Deutschland keinen Verleiher, der den Film zeigen wollte. Von den Medien wird er ebenfalls gemieden und bekommt keine Aufträge mehr.

Gerhard Wisnewski: Gerhard Wisnewski war Bestsellerautor beim Knauer-Verlag. Vor fast einem Jahrzehnt schrieb er den jährlich neu erscheinenden Langzeitbestseller "Verheimlicht, Vertuscht, Vergessen", von dem jährlich knapp 100.000 Exemplare verkauft worden waren und der immer an der Spitze der Spiegel-Bestsellerliste gelandet war. Als die Ausgabe für das Jahr 2016 bereits fertig zur Druckvorlage war, wurde die Zusammenarbeit vom Knauer-Verlag abrupt beendet. Laut Wisnewski habe der Knauer-Verlag Anstoß an seinen Äußerungen zur Flüchtlingskrise genommen. So ging es in der Ausgabe 2016 mehrheitlich um "die wahren

Hintergründe der Flüchtlingskrise."

Weitere Beispiele finden Sie in den eingeblendeten Sendungen. Sobald Meinungen geäußert werden, die von der sogenannten "politisch-korrekten offiziellen" Meinung abweichen und eine zu große Öffentlichkeitswirkung erreicht wird, haben Veröffentlichungen oder nur schon Äußerungen dramatische Konsequenzen. Der Arbeitsplatz wird gekündigt, die Karriere ruiniert, Veröffentlichungen werden blockiert und diffamiert.

Es stellt sich unwillkürlich die Frage: Wo ist die im Grundgesetz verankerte unzensurierte Meinungsfreiheit in Deutschland geblieben? Mit einem Zitat von Voltaire schalten wir jetzt in das Studio Karlsruhe, um von dort über einen aktuellen Fall von Meinungszensur zu berichten: "Wenn du wissen willst, wer dich beherrscht, mußt du nur herausfinden, wen du nicht kritisieren darfst."<<

22.09.2017

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 22. September 2017: >>Flüchtlingskrise 2015 Gutachten sieht unklare Rechtsgrundlage für Grenzöffnung

Von Robin Alexander

Geschah die Grenzöffnung ohne rechtliche Grundlage?

Im September 2015 entschied Angela Merkel, die Grenzen nach Deutschland zu öffnen. Ein Gutachten der wissenschaftlichen Dienste des Bundestages zweifelt nun die rechtliche Grundlage für diesen Schritt an.

Bis jetzt ist die Rechtsgrundlage, auf der die Einreise von Asylsuchenden im Herbst 2015 genehmigt wurde, nicht geklärt.

- Das haben Juristen der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages festgestellt.

- Eigentlich hätten die aus dem sicheren Drittstaat Österreich kommenden Flüchtlinge abgewiesen werden müssen.

Warum das wichtig ist:

Das Gutachten ist brisant, weil FDP und AfD angekündigt haben, nach einem möglichen Einzug in den Bundestag einen Untersuchungsausschuß zur Flüchtlingspolitik Merkels einzusetzen.

Wenige Tage vor der Bundestagswahl sorgt ein Gutachten zur Flüchtlingskrise für Aufregung. Ausgerechnet die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages stellen darin die Frage, ob das Parlament im Herbst 2015 nicht über den Massenzug hätte abstimmen müssen. Die Juristen des Parlaments stellen fest, daß die Bundesregierung bis heute nicht erklärt hat, auf welcher Rechtsgrundlage sie damals entschied. Das Gutachten liegt der WELT vor.

Unter Verweis auf "Wesentlichkeitslehre" und das "Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip" sei der Gesetzgeber verpflichtet, "in grundlegenden normativen Bereichen ... alle wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen", argumentieren die Juristen. Die Frage, ob die Massenaufnahme der Flüchtlinge eine "wesentliche" Entscheidung war, beantworten die zur strikten Neutralität verpflichteten Wissenschaftler nicht explizit.

Statt dessen verweisen sie auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Familiennachzug: Demnach "... obliegt es der Entscheidung der Legislative ... ob und bei welchem Anteil Nichtdeutscher an der Gesamtbevölkerung die Zuwanderung von Ausländern ins Bundesgebiet begrenzt wird". Also hätte das Parlament sehr wohl entscheiden müssen.

Lesen Sie hier Details aus dem Gutachten

Dies aber ist nie geschehen. Tatsächlich war die als "Grenzöffnung" empfundene Massenaufnahme von Flüchtlingen am 4. September 2015 von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nur nach Rücksprache mit einzelnen Ministern erfolgt. Auch nachträglich stimmte das Parlament nie darüber ab.

Das Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste führt weiter aus, daß die Bundesregierung bisher keine Angaben über die rechtliche Grundlage ihrer Entscheidung gemacht habe. Eigent-

lich hätten die aus dem sicheren Drittstaat Österreich kommenden Flüchtlinge an der Grenze abgewiesen werden müssen.

Eine Ausnahme von dieser "Pflicht zur Einreiseverweigerung" sei bei "Vorliegen einer entsprechenden Anordnung des Bundesministeriums des Inneren" möglich. Eine solche Anordnung gab es jedoch nicht. Auch das sogenannte Selbsteintrittsrecht, mit dem Deutschland Asylbewerber aufnehmen kann, die eigentlich in anderen Ländern bleiben müssen, ist nie von der Bundesregierung offiziell in Anspruch genommen worden.

Das Gutachten ist brisant, weil sowohl die FDP als auch die AfD angekündigt haben, nach einem möglichen Einzug in den Bundestag einen Untersuchungsausschuß zur Flüchtlingspolitik Merkels einzusetzen.

Doch auch die Linke dringt auf Aufklärung. Die Abgeordnete Sevim Dagdelen, auf deren Auftrag das Gutachten zurückgeht, kommentiert: "Die Kanzlerin sollte aus Respekt vor dem Bundestag dazu Stellung nehmen." Es sei richtig gewesen, 2015 "Menschen zu helfen". Das Gutachten zeige aber, wie bedenkenlos Merkel und ihr Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) damals vorgegangen seien und so am Ende die AfD gestärkt hätten. "Leider haben sie weder den Bundestag noch die Nachbarländer in den Entscheidungsprozeß einbezogen."

BAMF hat Probleme bei Kontrolle von 85.000 Asylanträgen

Die groß angekündigte Überprüfung Tausender Flüchtlinge, die sich möglicherweise ihren Aufenthalt erschlichen haben, entpuppt sich nach einem "Spiegel-Bericht" als Reinfall. Probleme gibt es bei rund 85.000 Asylanträgen.<<

25.09.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 25. September 2017: >>"Die deutsche Nachkriegs-Demokratie hat ihre Unschuld verloren"

BERLIN. Der Schock sitzt tief. Die AfD hat den Sprung in den Bundestag geschafft – und das stärker als FDP, Linkspartei und Grüne. Vertreter der anderen Parteien sind entsetzt. Auch Stimmen aus Medien, Religion und Kultur sind besorgt. Die JF präsentiert eine (kleine) Auswahl, sie kann in den Kommentaren gern ergänzt werden.

Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland:

"Das Maß der Unterstützung für eine junge rechtspopulistische Partei ist ein Weckruf für alle, denen das friedliche und solidarische Miteinander in einem weltoffenen Deutschland am Herzen liegt." Ausgrenzende und haßerfüllte Stimmen dürften nicht das Leben in Deutschland vergiften.

Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland:

"Leider sind unsere Befürchtungen wahr geworden: Eine Partei, die rechtsextremes Gedankengut in ihre Reihen duldet und gegen Minderheiten in unserem Land hetzt, ist jetzt nicht nur in fast allen Länderparlamenten, sondern auch im Bundestag vertreten. Ich erwarte von unseren demokratischen Kräften, daß sie das wahre Gesicht der AfD enthüllen und die leeren, populistischen Versprechen der Partei entlarven. Ein Ziel sollte alle demokratischen Parteien vereinen: Den Wählern zu verdeutlichen, daß die AfD keine Alternative ist, damit sie dort landet, wo sie hingehört – unter der Fünf-Prozent-Hürde!"

Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland:

"Ich werde mein Land und mein Volk gegen die Antidemokraten und Rassisten verteidigen."

Elmar Tehvesen, stellvertretender Chefredakteur des ZDF:

"Für diese Demokratie ist die AfD eine ernsthafte Gefahr, weil sie den Begriff 'Volkswille' zur Waffe macht. Wer anderer Ethnie, Religion, anderer Partei oder nur anderer Meinung ist, kann zum Volksfeind erklärt werden. In diesem Sinne ist die AfD durch und durch autoritär und damit gefährlich für Parlamentarismus und Pluralismus in unserer Gesellschaft."

Katrin Göring-Eckardt, Spitzenkandidatin der Grünen:

"Es werden wieder Nazis im Bundestag sitzen. Für uns gilt: Wir werden keinen einzigen An-

griff auf die Demokratie stehen lassen."

Martin Schulz, SPD-Chef:

"Mit der AfD zieht erstmals eine rechtsextreme Partei in den Deutschen Bundestag ein. Wir haben die Aufgabe, in Zeiten, in denen der plumpe Rassismus in Fraktionsstärke in den Bundestag einzieht, starke Oppositionsarbeit zu leisten."

Ulf Poschardt, Chefredakteur der *Welt*:

"De facto hat die Union die Macher der AfD mit angestiftet, auf dem weiten leeren Feld des politischen Marktes, irgendwo zwischen erzkonservativen und nationalpatriotischen Werten, selbstbewußt ihr Lager aufzuschlagen. Dort thront künftig die AfD in Prozentsichtweite zur SPD und ist deutlich stärker als die Grünen. Die trübe Suppe aus wütenden Spießbürgern und aggressiven Rechtsextremisten mußte sich für dieses Ergebnis nicht einmal richtig anstrengen. Es wurde ihr geschenkt."

Katja Kipping, Vorsitzende der Linkspartei:

"Zum 1. Mal seit 45 werden heute Nazis in Fraktionsstärke in den Reichstag einziehen. Verweisen wir sie auf die hinteren Plätze."

Grüne Jugend:

"Nazis sitzen ab jetzt im Bundestag. Das erfordert antifaschistischen Widerstand. Ein guter Tag um politisch aktiv zu werden!"

Andreas Petzold, Herausgeber des *Stern*:

"Mehr als 13 Prozent aller Wähler haben sich von den rechtsextremen Parolen der AfD-Spitzenkandidaten Alice Weidel und Alexander Gauland nicht abschrecken lassen. Nein, sie haben demokratiefeindliche Überzeugungen demokratisch abgesegnet. Die deutsche Nachkriegs-Demokratie hat damit, wenn man so will, ihre Unschuld verloren. Humanität, Toleranz, Freiheit und die Überwindung des Nationalismus ist von mehr als fünf Millionen deutschen Wählern zur Disposition gestellt worden. Das Ziel der AfD ist schließlich die Restauration des völkischen Gedankens, einer reinen Volksgemeinschaft, abgeschottet in einem gut bewachten Nationalstaat, in dem nur das demokratisch sein soll, was die sogenannte Alternative für Deutschland als richtig empfindet."<<

27.09.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. September 2017: >>**Nächster Schritt zur Schuldenunion**

Seit über sieben Jahren versuchen die Euro-Staaten ihre politische Ideologie einer gemeinsamen Währung gegen die Gesetze der Wirtschaftswissenschaften aufrechtzuerhalten.

Die Illusion einer gemeinsamen Währung trotz stark abweichender Wettbewerbsfähigkeiten in den Volkswirtschaften der Euro-Zone ist jedoch bereits seit Mai 2010 gescheitert, als die Maastricht-Kriterien erstmals gebrochen und Griechenland aus der Patsche geholfen wurde. Seither sind zunächst mit dem EFSF und später mit dem ESM immer neue Haftungs- und Schuldenvergemeinschaftungsmodelle geschaffen worden. Gebracht hat es nichts.

Die griechischen Staatsschulden sind höher als je zuvor. In Griechenland, Spanien und Italien ist die Arbeitslosigkeit und besonders die Jugendarbeitslosigkeit trotz der EZB-Geldschwemme weiter auf Rekordniveau.

Bezahlen durften das Spiel mit dem Feuer bisher vor allem deutsche Sparer, die Milliardenverluste durch die Niedrigzinspolitik zu verzeichnen haben. Einmal auf dem Holzweg droht nun der Turbo eingelegt zu werden. US-Ökonom Barry Eichengreen fordert nun einen europäischen Solidaritätszuschlag, um kontinuierlich Geld aus den Geber- in die Nehmerländer zu transferieren. Zwar soll nach seinen Vorstellungen Geld nur in Krisenzeiten von einer politisch unabhängigen Institution vergeben werden.

Aber die Euro-Krise ist inzwischen seit sieben Jahren der Normalzustand und was man von politisch unabhängigen Institutionen halten kann, wenn es zum Schwur kommt, erleben wir

seit Jahren schon am Beispiel der EZB.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krahe schreibt am 27. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Bis zum bitteren Ende**

Die CDU erregt nur noch Mitleid. Sie hat bei der Bundestagswahl am Sonntag dramatisch verloren. Und doch erklären die Unionsvertreter unisono, was für einen großartigen Wahlerfolg sie erreicht haben.

Na dann! Auf viele weitere solche "Erfolge", liebe Christdemokraten. Wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit - das wußten schon die alten Griechen. Die CDU betreibt mittlerweile eine Politik, wie sie Claudia Roth wünscht. Niemand hat je CDU gewählt für offene Grenzen, unbegrenzte Einwanderung, "Ehe für alle", Verpfändung deutscher Sparanlagen zugunsten der Kreditaufnahme der südlichen EU-Länder oder einer zur Deindustrialisierung führenden Energiepolitik.

Noch mögen einige Wähler aus alter Anhänglichkeit bei der CDU ihr Kreuz machen, andere von SPD und Grünen zur inhaltlich ohnehin identischen Kanzlerpartei wechseln, wieder andere sich von der Anti-AfD-Propaganda des Staatsfernsehens einlullen lassen - aber das hält den Exodus der bürgerlichen Wähler am Ende nicht auf.

Die Union hat Merkel ertragen, weil sie Posten und Prozente brachte. Spätestens seit Sonntag muß jedem Unionsfunktionär klar sein:

Die Prozente purzeln und die Posten wandern zu AfD und FDP.

Was kommt nun - die verzweifelte Palastrevolte oder der Gang in die verdiente Bedeutungslosigkeit?<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schreibt am 27. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**"Wenn ich mir was wünschen dürfte, käme ich in Verlegenheit ..."**

Marlene Dietrich singt den legendären Song von Friedrich Holländer seit 87 Jahren. Jeden Tag. Auf YouTube! Rauchig, melancholisch, Marlene eben!

Sie kam mir spontan in den Sinn, als David Bendels, der Chefredakteur vom Deutschland-KURIER, mich bat, mal aufzuschreiben, was ich mir für die nächsten vier Jahre für Deutschland wünsche ... So schreibe ich, während die "Mutter aller Schlachten" um die Demokratie in Deutschland noch tobt ...

Ich habe Marlenes Lied leicht verändert: "Man hat uns nicht gefragt ..., ob wir so leben wollen oder lieber nicht ... Meine Frau geht schon lange nicht mehr "allein, durch eine große Stadt" ... Und ich weiß, daß "SIE" (Merkel) mich nicht "lieb hat", nie lieb hatte ... Aber "ich warte und ich warte trotzdem ..."

- Ich warte darauf, daß ich endlich wieder HEIMAT sagen kann, ohne von einem Präsidenten "Dunkeldeutscher" genannt zu werden ...

- Ich warte darauf, daß ich endlich wieder Schwarz-Rot-Gold flattern lassen kann, ohne von einer Bundestagsvizepräsidentin Schweinedeutscher genannt zu werden ...

- Ich warte darauf, daß ich endlich wieder Deutschland sagen kann, ohne von einer türkischen "Integrationsbeauftragten" belehrt zu werden, daß es außer der Sprache nichts, nichts "Deutsches" gibt ...

Nein, liebe Marlene Dietrich, wenn ich mir was wünschen dürfte ... käme ich überhaupt nicht in Verlegenheit ... "eine schlimme oder gute Zeit?" Ich wünsche mir endlich wieder eine gute Zeit für Deutschland:

- Daß unsere Kinder nicht mehr in der Schule Gender- oder Schwulen-Sex mit sechs lernen müssen ... Daß weder Türken noch andere Moslems sie quälen und schlagen, weil sie Christen sind ...

- Daß unsere Töchter und Frauen wieder unbehelligt Bikini, Mini oder Jeans tragen dürfen, mit 17 oder 70 Jahre jung.

- Daß sie im Park allein joggen können, ohne von "Südländern" oder "Männern" mit "dunklerem Teint" vergewaltigt zu werden ...

Und ich wünsche mir, daß Deutschlands Grenzen wieder Grenzen werden ... Daß nur noch Flüchtlinge hereindürfen, keine Heerscharen von Sozialfällen. Ich wünsche mir, daß alle Verbrecher-Migranten in kürzester Zeit abgeschoben werden, auch wenn ihr Anwalt strampelt oder "strickt" ...

Ich wünsche mir, daß kein Rentner mehr in der Mülltonne nach Essen suchen muß, während der Türken-Tyrann Millionen kassiert und die "Flüchtlinge" Milliarden ...

Und daß der sauberste Diesel der Welt weiter unbehelligt dieseln kann ... Daß wir den umweltfreundlichsten UND preiswertesten Strom der Welt wieder in die Steckdose lassen ...

Daß unsere Kühe weiter furzen dürfen ... Ich wünsche mir meinen Negerkuß zurück, meinen Mohrenkopf, mein Zigeunerschnitzel. Und die Kreuze auf den Kirchen von Lid'l.

Liebe Marlene, ich hätte noch viele Wünsche ... Aber Gott sei Dank gibt es ja jetzt die neue Partei im Reichstag. Die wird auf Deutschland aufpassen!!<<

29.09.2017

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 29. September 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Obrigkeitshörigkeit und den Untertanengeist der Deutschen (x964/...): >>Die deutsche Obrigkeitshörigkeit und ihr Ursprung

"Ein Deutscher ist mit Vergnügen alles, nur nicht er selber."

Jean Paul (1763-1825)

Obrigkeitshörigkeit und Untertanengeist der Deutschen ziehen sich durch die neuere Geschichte. Das ist vielfältig beschrieben worden. Carl Friedrich von Weizsäcker wird die treffende Charakterisierung zugeschrieben, der typische Deutsche sei absolut obrigkeitshörig, ein typischer Befehlsempfänger und des eigenen Denkens entwöhnt; er sei zwar ein Held vor dem Feind, aber im bürgerlichen Leben kennzeichne ihn ein totaler Mangel an Zivilcourage.

Letzteres beklagte selbst Bismarck mit den Worten: *"Mut auf dem Schlachtfelde ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, daß es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt."*

Heinrich Mann beschrieb in seinem Roman "Der Untertan" eindrucksvoll den Typus des Mitläufers und Konformisten, der total an die von oben vorgegebenen gesellschaftlichen Normen, Meinungen und Erwartungen angepaßt ist.

Die Frage nach den Ursachen

Die Ursache der besonderen deutschen Untertanengesinnung wird vielfach in einer verbreiteten autoritären Erziehung in Elternhaus und Schule gesehen, die sich in dem auf Befehl und Gehorsam beruhenden preußischen Militär gleichsam fortsetzte. Max Weber sieht eine zentrale Ursache im Protestantismus, der den Staat als göttliche Einrichtung absolut gesetzt und den Obrigkeitsstaat legitimiert habe. Das Luthertum sei für den Untertanengeist und die Obrigkeitshörigkeit der Deutschen verantwortlich.

Allgemein meint man, daß diese gläubig-gehorsame Seelenhaltung gegenüber der Obrigkeit über Generationen hinweg schließlich so verinnerlicht worden sei, daß es in der Regel keiner äußeren Gewalt mehr bedürfe, um sie aufrecht zu erhalten.

Aber woher ist die autoritäre Erziehung gekommen? Die Änderung in der Erziehung nach 1945 hat den Untertanengeist nicht zum Verschwinden gebracht. Den Militarismus haben die Franzosen viel stärker ausgebildet, ohne daß er bei ihnen zu einem solch ausgeprägten Untertanengeist geführt hätte. Und der Protestantismus ist zunächst als Freiheitsimpuls aus dem Innern einzelner Individualitäten gegen den seelischen Imperialismus einer religiösen Obrigkeit aufgestiegen; die Legitimierung des Obrigkeitsstaates hat da eher einen partiellen Rückfall bedeutet.

Die Obrigkeitshörigkeit ist durch äußere Bedingungen und Umstände nicht zu erklären, sie ist

ein inneres Phänomen der Deutschen, eine innere Schwäche, der man daher auch nicht durch äußere Maßnahmen beikommen kann. Dies hat auch der scharfsichtige Heinrich Heine so gesehen:

"Der Deutsche gleicht dem Sklaven, der seinem Herrn gehorcht ohne Fessel, ohne Peitsche, durch das bloße Wort, ja durch einen Blick. Die Knechtschaft ist in ihm selbst, in seiner Seele; schlimmer als die materielle Sklaverei ist die spiritualisierte. Man muß die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts."

Die Frage ist, wodurch diese seelische Knechtschaft entsteht, und wie sie zu überwinden ist. Auch von innen wird *man* allerdings die Deutschen nicht befreien können, wie Heine meint. Das kann nur jeder Deutsche selbst tun. Denn sie hängt ja mit einer Schwäche der Individualität, des Ichs zusammen, das sich nur selbst ergreifen und verändern kann. Wie kommt diese Schwäche zustande? Dazu müssen wir uns zuvor eine zentrale positive Veranlagung der Deutschen vergegenwärtigen, die auch kulturgeschichtlich konstatiert und vielfach beschrieben worden ist.

Das höhere Ich

Der spanische Diplomat und Kulturphilosoph Salvador de Madariaga hat treffend auf ein wesentliches Charakteristikum der Deutschen aufmerksam gemacht, das in der deutschen Sprache zum Ausdruck kommt:

"Das Hauptmerkmal der deutschen Sprache ... ist wohl das Vorherrschen des Wortes werden. ... Dieses Merkmal verleiht der Sprache eine Art von ständiger Bewegung, eine Qualität des Fließens, ... welche der tiefste Wesenszug des deutschen Lebens ist. ... Was für England und Frankreich nur ein Gedanke unter vielen ist und für Spanien überhaupt kein Gedanke, ist für Deutschland geradezu der Wesenskern allen Denkens, so daß eben beide, die Sprache und das Denken, in Deutschland das Fließen eines Stromes annehmen."

In diesem Empfinden des ständigen Werdens kommt die besondere Veranlagung des Deutschen nach unaufhörlicher Entwicklung seines eigenen Wesens zum Ausdruck, seines innersten Ichs. Das Ich ist in seinem Grunde nichts Fertiges, sondern ein Werdendes, sich Entwickelndes. Damit unterscheidet es sich von dem, was wir gewöhnlich im Alltag als "Ich" bezeichnen, das ein Beharrendes ist, das immer bleiben will, wie es ist.

Dieses erscheint gleichsam als ein verzerrtes Spiegelbild des wahren, höheren Ichs, das selbst nicht unmittelbar in das Alltagsbewußtseins eintritt, sondern sozusagen im Hintergrund schwebt. Aber sein Einfluß ist spürbar und beobachtbar.

Wir messen die Zustände um uns und das Handeln der anderen Menschen mehr oder weniger unbewußt ständig daran, wie es eigentlich sein sollte. Und wir merken, daß wir auch selbst mit unserem Verhalten, unserem Tun und unseren Fähigkeiten vielfach nicht zufrieden sind. Wir genügen nicht unseren eigenen Idealen und moralischen Ansprüchen. Wir bleiben zumeist hinter ihnen zurück.

Dies festzustellen, ist aber nur möglich, wenn es eine höhere Instanz in uns gibt, die das, was wir gewöhnlich Ich nennen, beurteilt und am eigenen höheren Maßstab mißt - das höhere Ich. Friedrich Schiller schrieb in seinen "Ästhetischen Briefen":

"Jeder individuelle Mensch, kann man sagen, trägt, der Anlage und Bestimmung nach, einen reinen idealistischen Menschen in sich, mit dessen unveränderlicher Einheit in allen seinen Abwechslungen übereinzustimmen die große Aufgabe seines Daseins ist".

Er verwies dabei auf seinen Freund, den Philosophen Johann Gottlieb Fichte, der ebenfalls das empirische, also das gewöhnlich erfahrbare Ich, von einem reinen, idealen Ich unterscheidet. Dieses ist für ihn das *"erste Prinzip aller Bewegung, alles Lebens, aller Tat und Begebenheit"*, das dem intelligenten, bewußten Ich logisch vorangeht. Beide stimmen selten überein, sie aber zur vollkommenen Übereinstimmung zu bringen, sei die ständige Aufgabe und Bestimmung des Menschen.

Doch dazu reiche der bloße Wille nicht aus. Wir müßten uns allein und gemeinsam in einem ständigen Prozeß des Lernens und der Selbsterziehung die Fähigkeiten dafür erwerben, um die Widerstände und Hindernisse der Sinneswelt zu überwinden. Und diesen ganzen Prozeß des Erwerbs vielfältiger Fähigkeiten mache letztlich das aus, was wir "Kultur" nennen.

Die deutschen Dichter haben diesen vielfach unbewußten Prozeß literarisch beschrieben, in Dramen oder Entwicklungsromanen, in denen, wie z.B. in Goethes "Wilhelm Meisters Lehrjahre", *"die geistig-seelische Entwicklung einer Hauptfigur in ihrer Auseinandersetzung mit sich selbst und mit der Umwelt dargestellt wird,"* die ihre *"Erlebnisse und Erfahrungen reflektierend verarbeitet und (ihrer) Persönlichkeit einverleibt."* (Wikipedia)

Es geht im Grunde immer um die Auseinandersetzung zwischen dem in seinen Eigenheiten beharrenden niederen Ego und dem höheren Ich, das eine Änderung, ein partielles Absterben des Niederen verlangt, damit der Mensch nicht stehen bleibt, sondern sich im Werdestrom weiterentwickelt.

Goethe faßte dies schließlich in die Worte zusammen: *"Und solange du dies nicht hast / Dieses Stirb und Werde, / Bist du nur ein trüber Gast / Auf der dunklen Erde."*

Und Friedrich Rückert sah das höhere Ich als etwas an, das wie ein Zukunftsbild vor jedem schwebt, dessen Realisierung er entgegenstrebt und dichtete: *"Vor jedem steht ein Bild des, was er werden soll: / Solang er das nicht ist, ist nicht sein Friede voll. / Was er geworden ist, genüget nie dem Mann; / O wohl ihm, wenn er stets nur werden will und kann."*

Der Herrscher in uns

Im Gegensatz zum gewöhnlichen Ego tritt das höhere Ich also nicht von selbst ins Bewußtsein. Es muß gesucht, ins Auge gefaßt und willentlich hervorgebracht werden. Das Ich ist seinem Wesen nach ein Agens, ein Auto-mobil, d.h. ein Selbst-Beweger. Ein Ich, das von außen geschoben oder gezogen werden müßte, ist noch keins. Es ist nur insofern, als es sich von innen heraus selber aktiv im Denken ergreift, in Bewegung setzt und sich selbst bestimmt. Darin liegt aber auch der Grund dafür, daß das höhere Ich immer nur von verhältnismäßig wenigen bewußt angestrebt und zu realisieren gesucht wurde und wird.

Die Philosophen des deutschen Idealismus, insbesondere Fichte, haben einen sehr anspruchsvollen gedanklichen Weg dazu aufgezeigt. Rudolf Steiner wies auf einen einfacheren, unmittelbar lebenspraktischen Weg hin, den er als elementaren Bestandteil einer höheren Erkenntnisschulung beschrieb.

Er empfiehlt, sich täglich Augenblicke innerer Ruhe zu verschaffen, in denen man sich eine kurze Zeit aus seinem täglichen Leben zurückzieht und all seine Freuden, Leiden, Sorgen, Erfahrungen und Taten vor seiner Seele vorbeiziehen läßt, aber so, daß man sie von einem höheren Gesichtspunkt aus betrachtet, als ob man sie nicht selbst, sondern ein anderer erlebt oder getan hätte. Man soll in diesen Zeiten die Kraft suchen, sich selbst wie ein Fremder gegenüberzustehen. Dann ist man nicht mehr so eng mit den eigenen Erlebnissen verwoben, und sie zeigen sich in einem neuen Licht. Das Wesentliche beginnt sich von dem Unwesentlichen zu sondern.

Man zieht sich dadurch aus der emotionalen Egozentrik des niederen Ichs allmählich heraus, so daß sich immer mehr höhere Gesichtspunkte für die Beurteilung der Dinge einstellen können. Dabei kommt alles darauf an, *"daß man energisch, mit innerer Wahrheit und rückhaltloser Aufrichtigkeit sich selbst, mit all seinen Handlungen und Taten, als ein völlig Fremder gegenüber stehen kann."*

Das bedeutet, daß das höhere Ich mehr und mehr Einfluß auf das Alltags-Ego geltend machen kann. *"Denn jeder Mensch trägt neben seinem - wir wollen ihn so nennen - Alltagsmenschen in seinem Innern noch einen höheren Menschen. Dieser höhere Mensch bleibt so lange verborgen, bis er geweckt wird. Und jeder kann diesen höheren Menschen nur selbst in sich erwecken."*

Dieses in den ausgesonderten Augenblicken der inneren Ruhe gewonnene "höhere Leben" wird nach und nach seinen Einfluß auch auf das gewöhnliche Alltagsleben ausüben. Man wird ruhiger werden, mehr Sicherheit in seinen Handlungen gewinnen und nicht mehr leicht aus der Fassung gebracht werden können. Man ärgert sich nicht mehr über alle möglichen Dinge, und andere hören auf, einem Befürchtungen zu machen.

Man wird sich immer mehr innerlich selbst lenken und weniger von den Umständen und äußeren Einflüssen gelenkt werden. So fängt man an, *"sein Lebensschiff einen sicheren, festen Gang zu führen innerhalb der Wogen des Lebens. Während es vorher von diesen Wogen hin und her geschlagen worden ist."*

Das höhere Ich ist in einem fortwährenden Drängen nach Entwicklung begriffen, das sich gegen alle Widerstände und Niederlagen im Gewissen, in Sehnsüchten, Träumen und Idealen bemerkbar zu machen sucht. Dadurch daß man sich regelmäßig kurze Zeiten der beschriebenen inneren Ruhe verschafft, wird dem höheren Menschen in uns eine gesetzmäßige Entwicklung ermöglicht, in deren Verlauf er über das Alltags-Ich immer mehr die Oberhand gewinnt und dieses allmählich in Übereinstimmung mit sich bringen kann.

"Dieser "höhere Mensch" wird dann der "innere Herrscher", der mit sicherer Hand die Verhältnisse des äußeren Menschen führt. Solange der äußere Mensch die Oberhand und Leitung hat, ist dieser "innere" sein Sklave und kann daher seine Kräfte nicht entfalten. Hängt es von etwas anderem als von mir ab, ob ich mich ärgere oder nicht, so bin ich nicht Herr meiner selbst, oder - noch besser gesagt -: ich habe den "Herrscher in mir" noch nicht gefunden."

Es kommt also darauf an, den Herrscher in mir, das heißt die Herrschaft des höheren Ich über das niedere zur Entwicklung zu bringen.

Die Suche außen

Darin, daß die Ich-Entwicklung der inneren Anstrengung und Aktivität des Ichs selbst bedarf, liegt aber nun die Ursache, warum sie von vielen, ja den meisten Deutschen nur schwach angestrebt wird. Aber die Sehnsucht nach dem Höheren lebt in jedem, wenn auch noch so verborgen; und kann er es in seinem Inneren nicht finden, so scheint es ihm statt dessen von außen in der hohen Obrigkeit bequem entgegenzukommen. *"Die innere Herrschaft des Ichs im einzelnen Menschen verwandelt sich in die äußere Herrschaft des Staates über ihn."*

Der Mensch bleibt im Alltags-Ich stecken, das an die äußeren Verhältnisse gebunden ist, und empfängt gehorsam die Anordnungen der staatlichen Herrschaft, der es sich wie selbstverständlich unterwirft. Und wer als Funktionsträger, als Beamter in den Machtapparat aufsteigt, wird selbst zu einem Teil dieses höheren Pseudo-Ichs, der einerseits nach unten über den einzelnen Menschen als seinen Untertan stolz gebietet und andererseits den Vorgesetzten über ihm in treuer Pflichterfüllung ergeben ist.

Hier liegt der eigentliche Ursprung der deutschen Obrigkeitshörigkeit, des ausgeprägten Untertanengeistes, die so verhängnisvoll gewirkt haben und bis in die unmittelbare Gegenwart wirken. Denn es ist prinzipiell kein Unterschied zwischen der Obrigkeit eines pompösen, hohlen "Gottesgnadentums", eines aufgeblähten Usurpators oder der durch scheindemokratische Wahlen erhobenen egomanischen Parteienkaste, die heute mit denselben überkommenen Machtstrukturen ihre Herrschaft ausübt.

Sie werden noch durch die modernen psychologischen Mechanismen einer vielseitigen medialen Bewußtseinsindustrie unterstützt, welche täglich die Herrschaft dieser Clique von Oligarchen propagandistisch absichert und die eingeschläferten Untertanen immer wieder zu deren Wiederwahl an die Urnen führt, in denen ihre Hoffnungen stets neu begraben werden.

Nur aus dem Erleben der inneren, in sich selbst gegründeten Unabhängigkeit des höheren Selbst kann die Empörung gegen jede Form von Fremdbestimmung wachsen, die den Menschen nicht als freies, sich selbst bestimmendes Ich, als Subjekt, sondern als Objekt eines fremden Willens behandelt und zum folgsamen Untertanen macht.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 29. September 2017 (x1.000/...): >>Experten warnen vor WHO-Sexualerziehung

... Dr. Maurice Berger, Kinderpsychiater und emeritierter Professor (d.h. im Ruhestand) der Universität Lyon, hat als Sprecher einer Gruppe von 20 medizinischen Fachleuten im Juni 2017 einen Alarmruf in Form einer Petition an die französische Gesellschaft abgegeben. Darin warnt er eindrücklich vor den verheerenden Folgen für Kinder der in Texten der WHO und der IPPF propagierten Sexualaufklärung ab Vorschulalter. (Die IPPF - International Planned Parenthood Federation - ist ein internationaler Verband für Familienplanung.)

Berger ruft zum Widerstand in der Bevölkerung auf. Relevant für die Schweiz ist dieser Hilferuf, weil sich die Berner Stiftung "Sexuelle Gesundheit Schweiz" (SGS) zum Ziel gesetzt hat, dieselben WHO-Standards für Sexualaufklärung in der gesamten Schweiz einzuführen. Ebenso beruft sich SGS auf die umstrittene "Deklaration der sexuellen Rechte" der IPPF. Die Stiftung SGS wird jährlich vom Bundesamt für Gesundheit mit Millionenbeiträgen unterstützt.

Die Vorgaben der WHO werden in Frankreich von den Petitionären massiv kritisiert: Die Gruppe, bestehend aus Ärzten, Psychiatern, klinischen Psychologen und Traumaspezialisten warnt ausdrücklich vor der Behauptung, kleine Kinder hätten eine Sexualität, welche mit Hilfe einer entsprechenden "Sexualerziehung" durch Erwachsene physisch und psychisch geweckt, quasi aktiviert werden müßte.

Die Mediziner warnen weiter vor den gravierenden Risiken einer solchen "Sexualerziehung" und vor den postulierten (sprich geforderten) "sexuellen Rechten", welche die Kinder traumatisieren würden.

In dramatischen Worten warnt der Kinderpsychiater Dr. Maurice Berger in einem Video vor diesem kinderschädigenden Paradigmenwechsel (sprich Wechsel einer grundsätzlichen Denkweise) in der Sexualaufklärung. Erwachsene sollen Kinder jünger als 15 Jahre auf keinen Fall in Sachen "Sexualität" und "sexueller Lust" "erziehen". Auch die anderen Petitionäre warnen ausdrücklich davor, daß Erwachsene mit Kindern über Sexualität sprechen, wenn das Bedürfnis dazu nicht vom Kind kommt.

Das Eindringen in die Psyche des Kindes bekomme eine inzestuöse Tonalität (das meint Werbung für Inzest): Der Erwachsene bringe mit seinen Gedanken zur Geschlechtlichkeit das Kind durcheinander, womit er von der Rolle des Aufklärers in die Rolle des Verführers rutsche. Auch sei es wichtig und notwendig, die Wünsche von gewissen Erwachsenen und Lobbygruppen, welche diese Programme erstellt haben, wie auch die Herkunft dieser "sexuellen Rechte" und dieser sog. Sexualerziehung", zu hinterfragen!

Vorwurf: Pädophilie und Totalitarismus! Ariane Bilheran ist promovierte Psychologin und weitgereiste Fachbuchautorin. In ihrem Buch "Der Schwindel der sexuellen Rechte: Oder das Gesetz des Pädophilen im Dienste des weltweiten Totalitarismus" kommt sie zum Schluß, daß bei der Erstellung der WHO-Standards und der "Deklaration der sexuellen Rechte" der IPPF international bestens vernetzte Pädophilennetzwerke mitgewirkt haben müssen. So sagt sie, daß die Pädophilie gerade darin bestehe, das Kind zu sexualisieren, und man sehe doch klar, daß das mit diesen Programmen systematisch gemacht werde.

Minutiös analysiert und kommentiert Bilheran in ihrem Buch (nur auf Französisch erhältlich) die einzelnen Textpassagen der internationalen Standards der WHO und kommt dabei zum Schluß, daß damit der Weg freigemacht werden soll, zukünftig den gesetzlichen Schutz der Minderjährigen und Kinder abzuschaffen. Auch mit dem vorgeschobenen Argument des Kinderschutzes durch Aufklärung hätten diese Inhalte nichts zu tun, hält sie fest, und fügt an: "Sondern es geht dabei nur darum, die Prävention als perversen Vorwand zu benutzen, um Ideologien und pädophiles Verhalten auszudrücken".

Auf Anfrage von "Schutzinitiative aktuell" kritisiert Bilheran an den WHO-Standards zudem, daß weder anerkannte medizinische Fachpersonen (z.B. Kinderpsychiater und Therapeuten)

noch anerkannte Rechtsexperten vorgängig konsultiert worden seien. Es habe keine kontradiktorischen (das meint kontroversen) Debatten zwischen Experten gegeben und auch das Volk sei ausgeschlossen worden. Das sei ein totalitäres Vorgehen. Die Implementierung (sprich Umsetzung) dieser WHO-Standards sei eine konzertierte internationale Aktion und Bilheran mahnt ausdrücklich: "... die totalitäre Dimension des Geschehens zu erfassen. Ansonsten riskiere man, nicht richtig darauf reagieren zu können".<<

30.09.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 2017: >>Volk außer Kontrolle

Wie die Deutschen ihre Angst verloren haben, wen das besonders erschrecken muß, und wie uns die Amis Gewaltenteilung lehren

Die Ereignisse überschlugen sich. "Es" ist passiert, in Berlin laufen sie voller Schrecken durcheinander. "Spiegel-Schreiber" Jakob Augstein faßt die hechelnde Panik in Worte: "Nazis im Bundestag"! Wer hat das getan? Wer hat die gewählt? Der frühere "Focus-Chef" Helmut Markwort verriet schon vor der Wahl, er kenne persönlich niemanden, der AfD wähle und auch niemanden, der einen kenne, der die Blauen ankreuzen wolle.

Helmut Markwort ist ein besonnener Mann, typischer FDP-Anhänger, also nicht so leicht aus der Ruhe zu bringen. Daher dürfte ihn das Ereignis vom 24. September längst nicht dermaßen aus der Fassung bringen wie die Augsteins der Republik. Allerdings gibt Markworts Zitat Auskunft darüber, wie weit sich die sogenannte "Informationselite" der Republik von einem nicht gerade kleinen Teil des Volks entfernt hat - kennt nicht mal einen, der einen kennt, als wohnten sie auf verschiedenen Kontinenten.

Was den "Spiegel-Autor" zutiefst irritieren muß, ist die absehbare Erfahrung, daß er seine scheppernde Attacke ins Leere reitet. Es ist nicht lange her, da hätte er mit dem Schwingen der Nazikeule unter AfD-Anhängern Angst und Schrecken verbreitet. Jahrzehntelang zuckten die Deutschen zusammen, wenn sie einer in die Nähe der Hitlerei rückte.

Ephraim Kishon hat dieses deutsche Spiel schon vor Jahrzehnten entlarvt: Wer unter Deutschen eine Debatte "gewinnen" wolle, der müsse nur zum rechten Zeitpunkt mit möglichst empört tuendem Augenaufschlag "Hitler!" rufen, und schon sei der Gegendiskutant erledigt. Dieses deutsche Spiel hat so prächtig funktioniert, daß immer mehr Leute mitspielen wollten. Zum Schluß "hitlerte" es bei jeder noch so banalen Gelegenheit: Das Nennen gewisser Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik, das Zitieren einer unfriedlichen Koran-Sure, der Hinweis auf gesetzliche Regelungen zur Grenzkontrolle oder Ähnliches reichte schon, damit einem die braune Trumpfkarte vor die Nase geknallt wurde.

Der AfD hatte man die Karte jahrelang um die Ohren gehauen. Alle spielten mit: die etablierten Parteien und die Staats- und Konzernmedien, die Kirchen und Gewerkschaften, Scharen von "Promis" und wer nicht alles. Eigentlich hätten die alternativen Unruhestifter längst mau-setot sein müssen. Sind sie aber nicht, im Gegenteil, wie wir seit Sonntag schwarz auf weiß haben. Die Nazikeule hat so oft zugeschlagen, daß sie ihre Wirkung verlor. Sie schreckt nicht mehr, sie nervt höchstens noch.

So wie Anfang der Woche. Da hat AfD-Spitzenkandidat Gauland die spitze Frage gestellt, was der Spruch, Israels Sicherheit und Existenzrecht seien Teil der deutschen Staatsräson, in der Praxis eigentlich wert sei. Ob die Deutschen sich überhaupt bereitfänden, in den Krieg zu ziehen, wenn der (latent gefährdete) Judenstaat Ziel einer militärischen Aggression würde. Er habe da seine Zweifel. Und die hat er wohl zu Recht.

Doch Volker Beck, Grüner und Chef der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe im alten Bundestag, quasselte sofort etwas von "NPD" und "antisemitisch". Dabei hatte Gauland nur wissen wollen, ob die hochtrabende Zusage an Israel ein ernstes Beistandsversprechen darstellt oder bloßes Geschwätz - und damit offensichtlich den wunden Punkt der Schwätzer ge-

troffen. Also holten die Getroffenen ihre Nazikeule heraus, erzielten damit allerdings keinerlei nennenswerte Wirkung. Schon wieder daneben!

Dieser Kontrollverlust ist das eigentlich Schockierende. Man hatte sich daran gewöhnt, die Deutschen mit Hilfe ihrer Angst und ihres schlechten Gewissens beliebig durch die Manege treiben zu können. Doch irgendwann ist es halt allzu durchschaubar geworden. Wenn die Leute den Budenzauber aber erst einmal durchblickt haben, können die Gaukler einpacken.

Merkels Kanzleramtsminister Peter Altmaier hatte kurz vor der Wahl ja noch mal alles gegeben und die AfD-geneigten Bürger aufgefordert, gar nicht erst zur Wahl zu gehen. Die Botschaft: Wer nicht für uns ist, der ist nicht bloß gegen uns, der sollte am besten gar nicht mehr dabei sein bei der Demokratie.

In den Altmaier-Worten paarten sich Verzweiflung und Arroganz in beispielhafter Weise. Wir bekamen einen tiefen Einblick in das, was man das "Demokratieverständnis" der Mächtigen nennen könnte, welches nach dem Grundsatz zu funktionieren scheint: Demokratie ist, wenn wir die Macht behalten.

Für einen bestimmten Teil des deutschen Volkes hört sich das in etwa so an wie: Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben. Das kennt dieser bestimmte Teil noch von irgendwoher, was den besonderen Wahlerfolg der Populisten in dessen Heimatregionen erklärbar macht.

Wie tief das Mißverständnis der Mächtigen der deutschen Republik in Sachen Demokratie schon reicht, läßt sich auch an den Kommentaren zur Entwicklung in den USA ablesen. Mit diebischer Freude verfolgen Deutschlands Tonangeber in den Medien, wie US-Präsident Donald Trump gegen ein rebellisches Parlament anrennen muß. Wie ihn die Volksvertreter zu Verhandlungen und Kompromissen nötigen und ihren Präsidenten auch gerne mal komplett auflaufen lassen.

"Trump im Kongreß gescheitert" jubeln deutsche Redaktionen auf und deuten das als Schwäche des US-Präsidenten, von der sich die Stärke und der Rückhalt unserer Kanzlerin so wohltuend abhebe, was doch der Beweis dafür sei, daß unsere Demokratie derzeit viel besser funktioniert als die der Amis. Haha!

Die gleiche Begeisterung löst es aus, wenn der ungeliebte Trump von einem hohen Gericht in die Schranken gewiesen wird. Seht ihr: Er kann es nicht! Wir dagegen ...

Die US-Amerikaner nennen das, was sie da treiben, "checks and balances", zu Deutsch: Überprüfung und Ausgleich. Wir Deutsche enttarnen das natürlich als Beschönigung, die lediglich übertünchen soll, wie's da drüben drunter und drüber geht.

Was die teutonischen Besserdemokraten leider übersehen, ist, daß es sich bei dem Treiben in Übersee um nichts anderes handelt als um praktizierte Gewaltenteilung. Genauso haben es sich die Schöpfer der modernen Demokratie nämlich gedacht: Daß das Parlament aus gewählten Volksvertretern die Regierung streng kontrolliert und daß die Gerichte beide Organe, Regierung wie Volksvertretung, genau im Auge behalten, damit alles, was sie treiben, im Rahmen der Gesetze bleibt.

Doch wie funktionierte das im Deutschland der vergangenen Jahre? Das Parlament "kontrolliert" die Regierung? Es läuft genau umgekehrt: In der größten Regierungsfraktion etwa schwang ein getreuer Gefolgsmann der Kanzlerin namens Volker Kauder die Rute über folgsame Fraktionssoldaten, die in untertäniger Treue strammstanden vor ihrer Herrin.

So hob die Kanzlerin mit einem Fingerschnippen die Gesetze zur Grenzkontrolle und Einreise auf - doch weder im Parlament noch sonstwo regte sich hörbarer Widerstand, höchstens auf der Straße. Über die Bürger, die dort zu protestieren wagten, rollte jedoch die "vierte Gewalt" in Gestalt der "unabhängigen" Staatsmedien hinweg, um die Hitler-Karte zu zücken.

Gegen dieses Gespinnst einer alles überspannenden Allmacht kam nichts und niemand auf. Gewaltenteilung? "Checks and balances"? Nichts dergleichen.

Aus diesem Machtgefühl scheint die Kanzlerin noch immer ihre Ruhe zu schöpfen. Wenn man sieht, mit welcher Selbstverständlichkeit sie im Amt verharrt, kann man den Eindruck bekommen: Im Grunde ihres Herzens zweifelt Merkel nach zwölf Jahren an der Regierung daran, daß das sogenannte Volk überhaupt noch das moralische Recht hat, über ihre Kanzlerschaft abzustimmen.<<

Die schweizerische Tageszeitung "Tagblatt" berichtet am 30. September 2017: >>**Thilo Sarrazin: "Merkel hat nichts verstanden"**

Thilo Sarrazin gehört zu den umstrittensten Figuren Deutschlands. Der Ökonom erklärt, warum selbst in linken Städten 10 Prozent AfD wählen und warum er in Berlin nachts nicht mehr U-Bahn fährt.

Interview: Jürg Ackermann

Jürg Ackermann: Thilo Sarrazin, Sie sind seit 44 Jahren SPD-Mitglied. Haben Sie Ihre Partei gewählt oder die AfD?

Thilo Sarrazin: Die Wahl ist geheim. Daran halte ich mich aus Prinzip.

Jürg Ackermann: Wenn Sie uns nicht sagen, wen Sie bevorzugen: Was ist Ihre wichtigste Erkenntnis aus den Wahlen?

Thilo Sarrazin: Deutschland war bisher das einzige Land in Europa, das keine nationalkonservative oder rechtspopulistische Partei hatte. Diese Sonderstellung ist jetzt Geschichte. Die AfD ist überall: Selbst in links regierten Städten wie Hamburg, Bremen und Berlin hat sie zwischen 8 und 12 Prozent der Stimmen erhalten. Und in Bayern und vor allem im Osten ist sie noch stärker. Die AfD ist gekommen, um zu bleiben.

Jürg Ackermann: Was macht Sie so sicher? Seit Sonntag ist kein Tag vergangen, an dem es bei der AfD nicht gekracht hätte.

Thilo Sarrazin: In neuen Parteien tummeln sich Chaoten und Egozentriker. Das ist normal. Auch die Grünen haben solche Phasen durchlebt. Frau Petrys Auftritt am Montag und ihr späterer Parteiaustritt sprechen Bände. In allen etablierten Parteien wäre das so nicht möglich gewesen, weil es nicht den Regeln des sozialen Umgangs entspricht. Ich bin gespannt, wie die AfD künftig mit den rechtsextremen Tendenzen umgeht, welche Elemente sie wieder abstößt. Aber das interessiert die AfD-Wähler nur begrenzt.

Jürg Ackermann: Warum?

Thilo Sarrazin: Viele haben nicht darum AfD gewählt, weil sie das Programm der Partei in allen Belangen gut finden, sondern weil sie mit den Antworten nicht zufrieden sind, die die etablierten Parteien auf drängende Probleme geben.

Jürg Ackermann: Überschüsse beim Staat, steigende Einkommen, kaum Arbeitslosigkeit. Deutschland geht es so gut wie nie zuvor. Warum wählen trotzdem viele eine Protestpartei wie die AfD?

Thilo Sarrazin: Das ist überhaupt kein Widerspruch. Natürlich stimmt es, daß es den meisten wirtschaftlich gut geht, daß selbst Hartz-IV-Empfänger vernünftig leben können, aber die Einwanderung oder die steigende Kriminalität sehen sie trotzdem. Deutschland marschiert zwar an der Spitze des technischen Fortschritts mit, wir wissen aber nicht, ob das immer so weitergeht und ob der Wohlstand nicht doch eines Tages gefährdet ist. Und dann gab es vor der Wahl verschiedene Übergriffe und Vergewaltigungen durch Flüchtlinge. Das schafft ein Gefühl der Verunsicherung.

Jürg Ackermann: Damit wären wir bei Ihrem Lieblingsthema, der Zuwanderung, die für alles Schlechte in Deutschland verantwortlich sein soll. Das ist eine sehr einfache These.

Thilo Sarrazin: Nein, Sie müssen die Fakten sehen. Bald schon wird Deutschland jährlich 50 Milliarden für Flüchtlinge und ihren Familiennachzug ausgeben. Der kleine Mann weiß: Diese Gelder müssen irgendwo herkommen. Er hat Angst, daß das den Staat ärmer macht und daß das eines Tages auch ihn betreffen wird, weil sein Lebensstandard zumindest teilweise von

staatlichen Leistungen abhängt.

Dazu kommt die verstärkte Konkurrenz am unteren Ende des Arbeitsmarkts. Zudem sind die 1,5 Millionen Menschen, die seit 2015 zu uns kamen, zumeist Moslems. Sie sind oft schlecht ausgebildet und vor allem junge Männer um die 20. Im Berliner Jugendknast sind mittlerweile 80 Prozent der Essensausgaben halal, also moslemisch. Das sagt alles über die relative Kriminalitätsverteilung.

Jürg Ackermann: Aber es ist doch absurd, daß die AfD in Bundesländern wie Sachsen am stärksten ist, wo es mit einem Anteil von 4 Prozent kaum Ausländer gibt.

Thilo Sarrazin: Diese Frage geht von einem falschen Ansatz aus. Nehmen wir Sachsen. Ich war vor der Wahl ein paar Mal dort. Es gab auch dort in den letzten Monaten mehr Einbrüche und Vergewaltigungen. Das wirkt besonders bedrohlich, wenn man es vorher so nicht kannte. Und dann gibt es auch die Leute, die nach Berlin fahren und sich sagen, ich will nicht, daß es bei uns jemals solche Zustände gibt.

Jürg Ackermann: Sie wohnen selber in Berlin.

Thilo Sarrazin: Ich persönlich fahre nachts nicht mehr mit der U-Bahn, auch tagsüber meide ich in Berlin gewisse Strecken. Das hat mir die Polizei so geraten. Und das läuft neben der Angst vor Attentaten. Da muß man sich nicht wundern, daß die SPD am Sonntag das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit einfuhr und die CDU derart viele Wählerprozente verlor.

Jürg Ackermann: Die CDU wird an der Macht bleiben. Was erwarten Sie von der wahrscheinlichen Jamaika-Koalition?

Thilo Sarrazin: Der Erfolg der AfD wird im Parteienspektrum auch langfristige Folgen haben. Die rechte Mitte mit CDU und FDP hat ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit verloren, wenn sich die AfD um die 15 Prozent einpendelt. Was das heißt, werden wir bald sehen. Merkel muß zusammen mit den Grünen eine Regierung bilden, die bei Einwanderungsfragen viel weiter links steht als die SPD. Und diese Position muß sie mit der CSU in Einklang bringen, die eine Obergrenze für Einwanderer fordert. Ein schwieriges, ein sehr schwieriges Unterfangen. Weil niemand Neuwahlen will, wird man sich aber wohl trotzdem dazu durchringen.

Jürg Ackermann: Sie sagen, kein Kanzler hinterlasse ein so verheerenderes Erbe wie Merkel. Sie übertreiben maßlos.

Thilo Sarrazin: Nein. Merkel sagt, daß sie nicht erkennen könne, was sie falsch gemacht habe. Sie will nicht verstehen, daß weder der Nahverkehr noch die Digitalisierung die Menschen in erster Linie beschäftigt. Dafür sind die Landkreise oder der Weltmarkt und die Wissenschaft zuständig. Merkel tut so, als ob sie nicht verstanden hätte, was zu den Kernzuständigkeiten einer Zentralregierung gehört. Nämlich darüber zu entscheiden, wer ins Land kommen darf und wer sich hier aufhalten kann. Merkel hat nicht die Deutschen oder das deutsche Volk im Blick, sie verfolgt einen internationalistischen und universalistischen Politikansatz. Das kann man gut oder schlecht finden. Aber viele finden das nicht gut.

Jürg Ackermann: 87 Prozent der Menschen in Deutschland haben nicht AfD gewählt. Diese extremen Positionen sind doch niemals mehrheitsfähig.

Thilo Sarrazin: Man kann sich die Dinge immer schönreden. Die Wahlanalysen haben gezeigt, daß 50 Prozent der Bürger die Themen für wichtig halten, welche die AfD nach vorne stellt. Ich gehe davon aus, daß das Wählerpotential der AfD, wenn sie keine rechtsradikalen Elemente hätte, bei bis zu 30 Prozent liegt, ähnlich der SVP in der Schweiz, dem Front National in Frankreich oder der norwegischen Fortschrittspartei. Jetzt kann man wie Merkel sagen, das macht doch nichts. Wir sind die Mehrheit und regieren weiter, als wäre nichts passiert. Ich finde das jedoch verheerend. Die SPD hat erkannt, daß ihr damit der Untergang droht. Darum geht sie in die Opposition.

Jürg Ackermann: Aber nochmals: Vielen Deutschen ist es noch nie so gut gegangen wie jetzt -

auch dank Merkel.

Thilo Sarrazin: Deutschland hat in der Wirtschaft keine wirklichen Probleme. Das ist in der Tat positiv. Das sollte der Regierung die Zeit und die Kraft geben, sich wichtigen Dingen zu widmen wie etwa der Demographie, der Art der Einwanderung, der kulturellen Überfremdung. Was sollen wir mit Einwanderern tun, wenn sie hier sind? Wie geht es weiter mit Afrika? Damit müßte sie sich befassen, doch Angela Merkel flüchtet sich in ideologische Leerformeln.

Jürg Ackermann: Sie schreiben, Europa schaffe es nicht, seine Außengrenzen zu schützen. Die Zahl der Flüchtlinge ist durch das Eingreifen Italiens im Sommer jedoch stark zurückgegangen. Offenbar kann es Europa doch.

Thilo Sarrazin: Italien hat die Warlords in Libyen bestochen. Europa hat auch gar keine Alternative dazu, weil sich die Bevölkerungsgewichte massiv verschieben werden. In Afrika und in den islamischen Ländern Asiens wächst die Bevölkerung wegen des starken Geburtenüberschusses jede Woche um eine Million Menschen. Zum Vergleich: In Europa gibt es jedes Jahr fünf Millionen Geburten. Diese Zahlen zeigen, daß eine Einwanderungsrate, die arme Länder im Süden wirksam entlastet, für uns gar nicht verkraftbar wäre. Darum ist es so wichtig, daß wir die Einwanderung kontrollieren.

Jürg Ackermann: Europa schrumpft, weil die Geburtenraten nicht hoch genug sind. Wir sind auf Einwanderung angewiesen.

Thilo Sarrazin: Nur eine Einwanderung von Qualifizierten, die wir selber steuern, leistet einen wirtschaftlichen Lösungsbeitrag. So wie das Länder wie Singapur, Australien oder Kanada tun. Viele Studien zeigen, daß fast alle Afrikaner, die nach Europa kommen, auch hier bleiben, weil es keine Rückführungsabkommen gibt, die funktionieren. Staaten wie Nigeria oder Eritrea sind auf Devisen aus Europa angewiesen. Darum schicken sie junge Männer hierher.

Jürg Ackermann: Nach Deutschland wandern aber kaum Afrikaner ein, sondern Menschen aus Syrien oder Afghanistan, die vor einem Krieg flüchten.

Thilo Sarrazin: Das wissen wir überhaupt nicht. Viele Einwanderer kamen ohne Pässe. Das waren längst nicht alles Syrer, sondern auch viele Nordafrikaner. Eine zuverlässige Identifizierung ist oft nicht möglich. Zudem sind nicht alle Syrer oder Afghanen Flüchtlinge, es gibt auch dort Gebiete ohne Krieg - und fast immer kommen sie aus sicheren Herkunftsländern wie der Türkei oder Jordanien. Bei über 90 Prozent besteht das Wanderungsmotiv in den besseren Lebensverhältnissen.

Jürg Ackermann: Wollen Sie Länder wie Jordanien oder Türkei mit dem Flüchtlingsproblem allein lassen?

Thilo Sarrazin: Natürlich müssen wir helfen. Dafür haben wir auch die UNHCR, die Flüchtlingsorganisation der UNO, die solche Lager betreut. Wir müssen dafür sorgen, daß es hier genug Geld gibt.

Jürg Ackermann: Würden Sie als junger Eritreer oder Nigerianer auch so denken?

Thilo Sarrazin: Ich verstehe jeden Flüchtling, jeden individuellen Grund für Flucht: Wenn junge Menschen in einem Staat ohne Perspektiven leben und von einem Land hören, in dem aus ihrer Sicht Milch und Honig fließt. Das können wir ihnen doch auch überhaupt nicht vorwerfen. Wir können nur uns vorwerfen, daß wir diese Leute anlocken und damit die Probleme nicht lösen, die in den Herkunftsländern gelöst werden müßten. Wenn sich in einem Land etwas zum Besseren ändern soll, dann dürfen diejenigen, die das wollen, es nicht verlassen.

Jürg Ackermann: Sie sagen, die schwarzafrikanischen Länder seien selber schuld, daß es so schlecht läuft. Aber sie haben mit ihrer Kolonial-Vergangenheit und der vom Westen dominierten, globalisierten Ökonomie die viel schlechteren Startbedingungen.

Thilo Sarrazin: Die Schweiz, Deutschland oder Schweden sind darum reich, weil die Menschen dort die Länder dazu gemacht haben. Weshalb gibt es in Afrika keine Textilindustrie, keinen leichten Maschinenbau, kaum Weiterverarbeitung bei Nahrungsmitteln? Wenn die Menschen gebildet sind, die Regierung nicht korrupt ist und ein gewisser Fleiß herrscht, kann jedes Land in Afrika irgendwann in europäische Verhältnisse aufsteigen.

Aber das hören viele nicht gerne. Heute ist Afrika überhaupt nicht eingebunden in die internationale Arbeitsteilung, in die Wertschöpfung. Wenn der Kontinent auf den Mond verschoben würde, würde es in der Weltwirtschaft gar nicht weiter auffallen. Und genau darum braucht es die jungen Afrikaner, die zu uns kommen, vor Ort.

Jürg Ackermann: Neben Afrika sprechen Sie auch den südeuropäischen Ländern die Fähigkeit ab, auf den Märkten wirklich konkurrenzfähig zu sein.

Thilo Sarrazin: Das ist in erster Linie das Problem mit dem Euro. Frankreich und Italien haben gewaltig Marktanteile verloren und Wachstumsverluste erlitten, weil sie seit der Einführung des Euro ihre Währung nicht mehr abwerten können. Emmanuel Macron versucht jetzt in Frankreich Dinge zu ändern, da kann man ihm nur das Beste wünschen. Gleichzeitig will er, wie diese Woche verkündet, die Transfermechanismen für einen gemeinsamen europäischen Haushalt ändern. Zusätzliche finanzielle Mittel sollen von Deutschland und Nordeuropa nach Süden fließen. Das ist Wasser auf die Mühlen der AfD. Und dürfte Merkel noch viele Probleme bereiten.

Jürg Ackermann: Was sagen Sie zur Idee von Jean-Claude Juncker, den Euro in möglichst allen EU-Staaten einzuführen?

Thilo Sarrazin: Das ist eine Frage der politischen Entscheidungen in den einzelnen Ländern. Aber ich bin mir sicher, viele werden Junckers Wunsch nicht erfüllen. Die Dänen geben ihre Währung nicht auf, ebenso wenig die Schweden. Sie sind mit ihrer Krone gut gefahren. Und in Ungarn, Tschechien und Polen müßten sich die politischen Machtverhältnisse ändern, was im Moment kaum denkbar ist, damit diese Idee eine Chance hätte. Dazu würde ich ihnen auch gar nicht raten. Diese Länder brauchen den Euro nicht. Die unterschiedlichen Währungen sind überhaupt kein Hindernis für einen dynamischen Austausch von Waren.<<

September 2017

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 9/2017 berichtet im September 2017:

>>Die Kalte Kanzlerin - Der Staat bin ich, das Volk ist nichts

_ von Daniell Pföhringer

Um es gleich vorwegzunehmen: Der sogenannte "Hooton-Plan", von dem in halbseidenen Internetforen oft als Blaupause zur Auslöschung des deutschen Volkes geraunt wird, ist nicht für die aktuellen Vorgänge verantwortlich. Dieses Papier war - im Gegensatz zum Morgenthau-Plan zur Deindustrialisierung der Besatzungszonen, dessen wesentliche Elemente tatsächlich bis Juli 1947 Grundlage der alliierten Direktive JCS 1067 waren - nur die akademisch verbrämte Fieberfantasie eines Fanatikers:

Im Jahr 1943 - etwa zwei Jahre nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg - plazierte der amerikanische Anthropologe Earnest Albert Hooton, der nicht nur ein leidenschaftlicher Deutschenhasser war, sondern auch ein Rassist und Eugeniker (wortwörtlich plädierte er für das "Eliminieren der Unbrauchbaren, Wertlosen, Degenerierten und Antisozialen jeder Rasse und jedes ethnischen Stammes"), einen Artikel mit dem Titel "Breed war strain out of Germans" ("Die Kriegsveranlagung aus den Deutschen züchten") im New York Daily.

Darin warb er dafür, die "aggressive Ideologie" des "deutschen Nationalismus" durch die Ansiedlung ausländischer Bevölkerungsgruppen auszumerzen. Den Deutschen unterstellte Hooton "biologisch begründete und angeborene räuberische Neigungen", die nur durch "Kreuzung" mit Menschen fremder Herkunft gebändigt werden könnten.

Stichwort "Austauschmigration"

Wenig spricht dafür, daß Hootons wahnwitzigen Ideen den New York Daily, der nur wenige Jahre später eingestellt wurde, überlebt hätten - vielmehr weisen die aktuellen Vorkommnisse in Deutschland frappierende Ähnlichkeiten mit einem anderen Konzept auf, das weitaus ernster zu nehmen ist als das wirre Geschreibsel des fanatischen Eugenikers.

Der "Große Austausch", wie der französische Schriftsteller Renaud Camus die heute nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa zu beobachtende Ethnomorphose nennt, folgt nicht biologistischen Motiven wie bei Hooton; es geht nicht darum, angeblich angeborene schlechte Eigenschaften "wegzuzüchten". Statt dessen wird demographisch und ökonomisch argumentiert.

Grundlage ist weniger ein Plan im eigentlichen Sinne, sondern sind Empfehlungen von höchster Stelle - genauer: ein Bericht der Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000, der empfiehlt, daß in Europa, wie es explizit heißt, "jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden" müßten, um den derzeitigen Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter konstant halten zu können.

In der englischsprachigen Ausgabe ist von "Replacement Migration" - also "Austauschmigration" - die Rede, in der deutschen Übersetzung heißt es hingegen verharmlosend "Bestandserhaltungsmigration".

Die Fachabteilung der UNO unter der Leitung von Joseph Chamie, damals wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Migrationsstudien in New York, stellte bei der Untersuchung der "Fruchtbarkeits-, Sterblichkeits- und Migrationstrends für alle Länder der Welt" zwei "kritische Trends" fest, nämlich "den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung" in einigen Staaten.

Unter die Lupe genommen wurde dabei vor allem Europa, unter anderem auch die Bundesrepublik. Als "Lösung für schrumpfende und alternde Bevölkerungen" kam man schließlich auf die Strategie der Austauschmigration. Eines der im Jahr 2000 skizzierten Szenarien besagt, daß Deutschland jährlich eine Nettozuwanderung von 324.000 Menschen benötige, um seinen derzeitigen Bevölkerungsstand bis 2050 aufrechterhalten zu können. "Im Ergebnis wären 2050 bei einer Bevölkerung von 82 Millionen 23 Millionen (28 Prozent) Post-1995-Migranten oder deren Nachkommen", heißt es dazu in dem UN-Bericht. ...<<

02.10.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 2. Oktober 2017: >>Widerstand gegen AfD-Politiker Glaser als Bundestagsvize

Im Bundestag formiert sich fraktionsübergreifender Widerstand gegen die Wahl des AfD-Kandidaten Albrecht Glaser zum Bundestagsvizepräsidenten. Die Spitzen von SPD, FDP, den Grünen und der Linksfraktion haben angekündigt, Glaser ihre Stimme zu verweigern. Als Begründung führen sie laut einem Bericht der *faz* an, Glaser stelle die Religionsfreiheit in Abrede. "Wer die Religionsfreiheit in Frage stellt, hat sich disqualifiziert. Ich kann so jemanden nicht wählen", sagte der Grünen-Fraktionsvorsitzende Cem Özdemir.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Marco Buschmann, erklärte: "Es ist bekannt, daß Herr Glaser für eine Reihe von Positionen steht, die eine Zumutung für mich darstellen." Die Fraktionen seien angehalten, mehrheitsfähige Personen für das Amt zu benennen.

Keine Religionsfreiheit für Muslime?

Linkspartei-Fraktionschef, Dietmar Bartsch betonte, "daß ich Glaser nicht wählen werde". Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Carsten Schneider, sagte mit Verweis auf Glaser, potentielle Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten müßten "natürlich auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und insbesondere die Grundrechte respektieren". Die Unionsfraktion wollte sich auf Nachfrage der *faz* nicht zu der Personalie äußern.

Als Begründung für ihre ablehnende Haltung verweisen die Fraktionen auf eine Rede des

75jährigen, in der dieser den Entzug der Religionsfreiheit für Muslime gefordert hatte. Im April hatte Glaser bei einem Vortrag im hessischen Oestrich-Winkel gesagt: "Der Islam ist eine Konstruktion, die selbst die Religionsfreiheit nicht kennt und diese nicht respektiert." Da wo der Islam das Sagen habe, werde jede Art von Religionsfreiheit im Keim erstickt. "Und wer so mit einem Grundrecht umgeht, dem muß man das Grundrecht entziehen." AfD-Fraktionschef Alexander Gauland will aber nicht von dem Wahlvorschlag abrücken: "Selbstverständlich stehen wir hinter Herrn Glaser als Kandidaten", unterstrich er.<<

03.10.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Oktober 2017: >>Unausgegoren wie die "Energiewende"

Welche Schwierigkeiten ein zeitnahes Verbot von Autos mit Verbrennungsmotor mit sich brächte

Prominente Vertreter der Grünen, sowie SPD- und unionsregierte Länder wollen bereits ab 2030 keine Autos mit Benzin- oder Dieselmotoren mehr zulassen. Ähnlich wie bei der "Energiewende" besteht damit die Gefahr, daß die Politik eine folgenreiche Weichenstellung vornimmt, bevor überhaupt grundlegende Voraussetzungen geklärt sind.

Im Fall der "Erneuerbaren" Energien ist es die Frage einer großtechnischen Speicherung, die bis heute ungelöst ist. Auch das momentan so stark von der Politik propagierte E-Auto krankt bislang an dem Problem der unbefriedigenden Speicherfähigkeit von Strom. Trotz erheblichen Forschungsanstrengungen ist ein großer Durchbruch bei der Energiedichte der Batterien bisher noch nicht gelungen. Im Schnitt weisen die Lithium-Polymer-Akkus eine Energiedichte von 140 bis 180 Wattstunden je Kilogramm Gewicht auf. Die Energiedichte von Benzin liegt dagegen bei 12.800 Wattstunden pro Kilo. Das "Energiebündel" Diesel ermöglicht noch größere Reichweiten.

Neue Konzepte, etwa neuartige Feststoffzellen für Lithium-Ionen-Akkus, sind zwar angekündigt, allerdings bislang nicht serienreif. Als interessanter Lösungsansatz für das Reichweitenproblem bei Batterien galt einige Zeit das Konzept eines Schnellwechsels der Akkus an Ladestationen. Ein Pilotprojekt in Israel, das weltweit als Vorbild dienen sollte, ist allerdings im Jahr 2013 gescheitert.

Auch die zu beobachtende Gewichtszunahme von Akkus läßt einen Schnellwechsel als Alternative zu langen Ladezeiten immer unrealistischer erscheinen. So wiegt die 90-Kilowatt-Batterie, die der Hersteller Tesla in seinen E-Autos verbaut, mehr als eine halbe Tonne. Tesla integriert die Batterie zudem in die Struktur des Autos, was einen Schnellwechsel zusätzlich ausschließt.

Statt dessen setzt der US-Autobauer auf eine Schnelllade-Technik. Trotz der Bezeichnung "Supercharger" (Spitzenladegerät) für ihre Stromtankstellen müssen die Nutzer der E-Autos im Vergleich zur Tankfüllung für Benzin- oder Dieselfahrzeuge allerdings immer noch viel Zeit aufwenden. Tesla gibt für eine Reichweite von 270 Kilometern als Ladezeit immerhin eine halbe Stunde an.

Drastische Dimensionen deuten sich auch bei der notwendigen Infrastruktur für Ladestationen an. Die Statistik wies zum Jahresbeginn 62,6 Millionen Kraftfahrzeuge und rund 14.500 Tankstellen für ganz Deutschland aus. Ein Verbot von Verbrennungsmotoren würde es nötig machen, daß mehrere Millionen Parkplätze für Autos mit einer Ladestation ausgestattet werden. Inzwischen sind Planungen der EU-Kommission bekannt geworden, offenbar ab 2025 in neuen und grundlegend renovierten Büro- oder Behördengebäuden mit mehr als zehn Parkplätzen die Installation von Ladestationen obligatorisch zu machen.

Bei Neubauten oder großen Renovierungen von Mehrfamilienhäusern mit mehr als zehn Parkplätzen will die Brüsseler Kommission sogar eine Verkabelung jedes Parkplatzes fordern. Bei derzeitigen Preisen von bis zu 75.000 Euro pro Ladestation droht als Folge ein massiver

Kostenschub beim Bau oder der Renovierung von Immobilien.

Skeptisch stimmen muß auch die Entwicklung in Norwegen, das als Vorreiter in Sachen Elektromobilität gilt. Die Organisation "Elbilforening", welche die Interessen der norwegischen E-Autofahrer vertritt, hat vor kurzem den Rat erteilt, auf die Anschaffung eines Elektroautos zu verzichten, wenn keine Möglichkeit besteht, die Fahrzeugbatterien zu Hause zu laden. Hintergrund ist die Schere zwischen zugelassenen E-Autos in Norwegen und den bereitstehenden Lademöglichkeiten.

Angesichts des derzeitigen Bestandes von über 60 Millionen Kraftfahrzeugen in Deutschland drängt sich allerdings auch noch die Frage auf, wie der Mehrbedarf an Elektroenergie gedeckt werden soll. Der Wissenschaftsjournalist Vince Ebert hat sich auf *spektrum.de* die Mühe gemacht, allein die Auswirkungen von einer Million E-Autos durchzukalkulieren. Zur Erinnerung: Sigmar Gabriel hatte im Jahr 2008 als Umweltminister das Ziel ausgegeben, daß hierzulande bis 2020 eine Million Elektroautos unterwegs sein sollen.

Der Journalist Vince Ebert rechnet vor: "Für diesen Fall sollen laut Bundesregierung moderne Schnellladestationen von jeweils 350 Kilowatt Leistung im gesamten Land installiert werden. Dazu ein Rechenbeispiel: Angenommen, es ist 20 Uhr, und zehn Prozent der eine Million Elektroautobesitzer möchten ihre Fahrzeuge aufladen. Dann wird zusätzlich zu dem normalen Strombedarf eine Leistung von 35.000 Megawatt benötigt. Das entspräche ungefähr 23 mittleren Kohlekraftwerken oder - falls Sie es nachhaltiger haben wollen - 35.000 Windrädern."

Damit nicht genug. Der immense Mehrbedarf an elektrischer Energie zum Ersatz der Energieträger Benzin und Diesel würde auch noch in eine ohnehin schwierige Umbruchphase fallen. Nach dem Willen der Bundesregierung soll bis 2023 das letzte deutsche Kernkraftwerk vom Netz gehen. Als nächstes Großprojekt der "Energiewende" zeichnet sich bereits ein Ausstieg aus der Kohleverstromung ab. Deutschland deckt bislang rund 47 Prozent seiner Stromerzeugung über die Verstromung von Stein- und Braunkohle ab.<<

04.10.2017

BRD: Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schreibt am 4. Oktober 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Sehr geehrter Herr Bundespräsident!**

Mit tiefstem Bedauern muß ich Ihnen leider mitteilen, daß ich für das Amt der Bundeskanzlerin in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr zur Verfügung stehe. Ich habe fertig mit Deutschland!

Herr Bundespräsident, seit der letzten Wahl versuche ich, Partner für eine neue Koalition zu finden. Diejenigen, die ich will, wollen nicht. Diejenigen, die wollen, möchte ich nicht. Jedenfalls diese freche Föhn-Pfeife von der FDP nicht. Der Reihe nach.

Der Herr Martin Schulz aus Würselen weigert sich, mit mir eine Große Koalition zu machen. Im Wahlkampf war er noch so nett zu mir. Plötzlich kriege ich von ihm nur noch Schimpfe. ICH kann doch nichts dafür, daß seine SPD-Wähler ihn mit 20,5 % geprügelt haben. Mich und meine CDU/CSU hat dieses Pack doch auch auf 33 % runtergeprügelt. Und der Genosse Schulz hat nur 5,2 % verloren, ich sogar 8,6 %!!

Dabei habe ich doch mit Ihrem Nachfolger im Amt des Außenministers, dem netten Herrn Vizekanzler Gabriel, so wunderbar erst Syrien, Irak und Afghanistan, dann halb Afrika, ja, die ganze Welt gerettet. Ich habe sogar Ihre SPD-Staatssekretärin, die türkische Neudeutsche, Frau Özoguz, endlich herausfinden lassen, daß jene, die schon länger hier leben, nur EINE deutsche Identität haben, die Sprache nämlich. Nicht mal die Kinder-Ehe, den Gender-Sex-Unterricht für Sechsjährige habe ich der SPD verboten.

Aber nein, der Herr will nicht. Dabei fand er es doch auch so wunderbar, als ich 2015 die Grenzen für Hunderttausende Facharbeiter, Ärzte und Ingenieure "alternativlos" geöffnet habe. Wertvoller als Gold hat der Herr Schulz sie genannt. Und als sie sich dann als junge, gesunde Analphabeten entpuppten? Habe ich da nicht gesagt: Nun sind sie halt da ... mir doch

egal? Kann man noch anschmiegsamer sein in einer GroKo?

Gut, es gab ein paar Kollateralschäden - hier etwas Silvester-Sex, dort eine Joggerin im Park - die täglichen Einzelfälle halt. Aber selbst den Schutzsuchenden, der sich in Berlin mit dem Bus auf den Weihnachtsmarkt verirrt, versehentlich ein paar Menschen rammte, habe ich nicht an die große Glocke gehängt. Und die Medien von ARD, ZDF, PHOENIX waren/sind doch alle auf unserer Seite! Ich selbst habe literweise Tee mit Frau Frieder Springer geschlürft, damit diese schreckliche 'Bild-Zeitung' kuschelt ...

Und jetzt läßt dieser Herr Schulz mich einfach so im Stich? Nur weil dieses Pack von der AfD 12,6 % Wähler bekam? 5 oder 6 Millionen Dunkeldeutsche? Meine Güte, in den nächsten Jahren hätten wir die doch mit dem wunderbaren SPD-Justizminister Maas, mit meinem Büroleiter Meat Loaf Altmaier platt und stumm gemacht ... Aber nein, der Herr Schulz zickt. Nun will ich auch nicht mehr. Macht doch euren Dreck alleene ...

PS: Leider wurde dieser Brief nie wirklich geschrieben. Aber man darf ja mal träumen. ...<<

10.10.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Oktober 2017:

>>Ausverkauf der deutschen Wirtschaft

Wie die Globalisierer die Spitzentechnologie aus Deutschland abziehen

Die scheidende Bundesregierung verlangt von der EU, Vorschriften zu erlassen, mit denen Firmenübernahmen durch chinesische Investoren erschwert werden. ... Dafür ist es aus deutscher Sicht höchste Zeit, denn der Ausverkauf ist längst in vollem Gange, vor allem im Spitzentechnologiesektor Deutschlands.

Die großen Kapitalgesellschaften sind längst international. Sie produzieren nicht nur weltweit, haben weltweite Zulieferer, sondern haben auch weltweit Anteilseigentümer. Mehr als 70 Prozent unserer DAX-Konzerne befinden sich mehrheitlich in ausländischer Hand, meist in US-amerikanischer. Ein vom Ausland beherrschter Konzern hat keine nationale Bindung mehr, hat keine Heimat, verlangt Globalisierung und Freihandel und vor allem Kapitalfreizügigkeit einschließlich der Steuerersparnis durch Steueroasen.

Dem internationalen Handel dieser globalen Konzerne verdankt Deutschland seine Exportüberschüsse. Diese Überschüsse wiederum sind nur dadurch erzielbar, daß Deutschland - meist öffentlich stark subventioniert - in Wachstumsbranchen wichtige technische Vorteile hatte oder noch hat. Verliert Deutschland solchen technischen Vorsprung, verliert es nicht nur seine Exportfähigkeit, sondern auch einen Teil des Wohlstandes des Landes.

In diesem Sinne sind die technologischen Wachstumstreiber der internationalen Konzerne nicht nur von der Eigentumsstruktur einer Kapitalgesellschaft her, sondern auch wegen ihrer Abhängigkeit von ausländischen Großmächten wie den USA oder China für Deutschland höchst gefährlich.

In Deutschland ist es weniger als in anderen Ländern möglich, technischen Vorsprung geheim- und zurückzuhalten, weil die US-Amerikaner nach dem Besatzungsstatut das Recht haben, sämtliche deutschen digitalen und Informatiksysteme einschließlich aller Telefonleitungen und Mobiltelefonsysteme in Deutschland flächendeckend und total zu kontrollieren. Sie können also jede in Deutschland entstehende neue Technologie sofort durch ihre Spionagesysteme abgreifen und ihrer einheimischen Industrie weiterübermitteln. Oft weiß also die US-amerikanische Konkurrenzindustrie über neue Patententwicklungen eher Bescheid, als daß ein Patent in Deutschland erteilt ist.

Wo die Totalspionage nicht ausreicht, werden sich technische Neuerungen durch Finanz- und Bestechungstricks angeeignet. Beispiel: Die ortonungssichere U-Boot-Technologie der Kieler Howaldt-Werft, wo ein ungetreuer Vorstand mit Billigung der Bundesregierung angebliche US-amerikanische Übernahmewünsche durch Aushändigung aller Pläne und technischer Interna solange mitmachte, bis die Amerikaner alles hatten und an der Werft selbst nicht mehr

interessiert waren.

Wie gefährlich eine Verlagerung der deutschen Produktion ins Ausland ist, hat vor Jahrzehnten die Fotobranche erfahren. Deutschland war in den 50er und 60er Jahren Weltführer bei Fotoapparaten. Dann wurde "wegen der billigeren Arbeitskräfte" die Produktion nach Asien verlegt und nur noch in Deutschland verkauft, bis die japanische Konkurrenz die deutschen Modelle besser auf dem Weltmarkt anbot als die Deutschen selbst und die Marktführung an sich gerissen hat. Heute kaufen die Deutschen asiatische Fotoapparate statt deutscher.

Nach den USA und Japan ist nun China der große Technologieabsauger. Die Chinesen haben mehr als drei Billionen US-Dollar Guthaben, für die sie wahrscheinlich nichts mehr bekommen, wenn sie nicht rechtzeitig auf Sachwerte umsteigen. Sie kaufen deshalb in der ganzen Welt alles, was sie noch bekommen können, vor allem Technologie zu jedem Preis. In den USA können sie nicht einkaufen, weil die US-Regierung ein Sicherheits-Veto-Recht hat und dieses ständig ausübt. In Deutschland gibt es einen solchen nationalen Sicherheitsvorbehalt zwar auch, er wird aber nie genutzt, weil die globalisierungsfreundliche Bundesregierung darin eine "internationale Handelsbeschränkung" sieht. So können die Chinesen in Deutschland ungehindert Hochtechnologie aufkaufen.

Ein Beispiel des Ausverkaufs deutscher Technologie ist der Erwerb der Aktienmehrheit an der international führenden Roboterfirma Kuka in Augsburg. Sie hat ihre Weltspitze mit vielen deutschen Subventionen erreicht. Nun, wo sie in chinesischem Eigentum steht, ist auch die Produktionstechnologie von Kuka für Deutschland verloren, sie wird systematisch nach China verlegt. In wenigen Jahren schon werden die Deutschen Roboter aus China kaufen, die Deutschland keinen Exportüberschuß mehr, sondern Exportdefizite bringen.

Auch die deutschen Automobilfirmen haben erst nach China exportiert, wurden dann gezwungen, eigene Fertigungsstätten in China aufzubauen, haben damit die deutsche Technologie in mehrheitlich Chinesen gehörende Firmen eingebracht und werden in den nächsten Jahren gegen diese Firmen ihre heimischen Produkte immer weniger exportieren können, also den Exportmarkt verlieren.

Auch Siemens sieht die digitale Zukunft vor allem in China und verlegt sein globales Forschungszentrum für autonome Roboter in die Volksrepublik. Eigentlich ist folgerichtig nach dem Abzug der Kuka-Roboterführung, daß auch Siemens seine weltführende Roboterforschung nicht ohne heimische Produktionsanwendung halten kann, sondern seine Zukunftsforschung in das Land verlegt, welches auch die Robotertechnik erworben hat.

Am schlimmsten für Deutschland ist das Beispiel Airbus. Dieser vom Staat stark subventionierte Flugzeugkonzern hat - angeblich, um auf dem chinesischen Markt Fuß zu fassen - den Chinesen Produktionsanlagen für Airbus-Maschinen geliefert und aufgebaut, so daß die Chinesen heute schon eigene Konkurrenzmaschinen zu Airbus in eigenen Firmen mit der Airbus-Technologie bauen können. Es gehört keine Phantasie dazu vorauszusagen, daß in zehn Jahren Airbus nicht mehr nach China liefern kann, weil dort chinesische Airbus-Firmen den Markt beherrschen.

In allen Fällen hat der deutsche Steuerzahler die Zukunftstechnologien massiv aus den Steuern des Mittelstandes subventioniert und haben dann die internationalen Konzerne das Ergebnis dieser Subventionen und deutscher Technologie ins Ausland verlagert, verkauft oder dem Ausland sogar kostenlos überlassen. Die Bundesregierung sieht dies als normalen "Internationalisierungsprozeß" an und greift nicht ein.<<

11.10.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Oktober 2017: >>Die Goldene Hoftrompete für den Monat September geht an: Oliver Welke / "heute show"

Komiker, die sich von den Herrschenden bezahlen lassen, um ihre Brötchengeber mit Späßen auf Kosten anderer aufzumuntern, nennt man gemeinhin Hofnarren. Die wenigsten trauen sich, ihre Narrenfreiheit zu nutzen, um den Mächtigen selbst den Spiegel vorzuhalten. Wer sich bevorzugt an den Feinden des Hofes abarbeitet, hat die Lacher des Brötchengebers sicher und riskiert nicht in Ungnade zu fallen, ist dafür allerdings auch nicht wirklich komisch.

Unter all den Hofnarren, die sich die politische Klasse im zwangsgebührenfinanzierten Staatsfernsehen so hält, ist Oliver Welke mit seiner "heute show" wohl so ziemlich der unlustigste. Die erste Sendung nach der Bundestagswahl treibt seine plumpe Masche auf die Spitze: Ein paar matte, harmlose Scherze über Mutti Merkel und ihre früheren und künftigen Koalitionspartner - man weiß ja, welche Hand einen füttert -, aber volles Rohr und immer schön unter die Gürtellinie gegen AfD und Donald Trump, da weiß er genau, daß die Etablierten den auch nicht mögen.

Keine "Nazi-Anspielung" ist Welke und seiner Truppe zu primitiv, wenn's gegen die AfD geht. Deren Wähler sind ja sowieso alle "Idioten". Und klar, nicht der in zwölf Merkeljahren angehäuften Mist ist das Problem, sondern daß die AfD deswegen jetzt auch im Bundestag sitzt. Schuld daran sind Facebook, Twitter und überhaupt alle in den Medien, die noch über die Asylkrise reden, obwohl Mutti das doch gar nicht mag, rasselt Welke mit seinem Hofnarren-Kollegen von 'NDR-extra 3' herunter. Und die doofen Wähler, natürlich nur die von der AfD. Die haben versagt, nicht das Parteien-Establishment, also wird auf denen ordentlich rumgehackt.

Brav apportiert, Olli. Zur Belohnung gibts auch ein paar Leckerli - und natürlich die schon lang verdiente Goldene Hoftrompete.<<

14.10.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 14. Oktober 2017: >>**Dreiste Mogelpackung**

Die Unverfrorenheit, mit der die Kanzlerin und vor allem CSU-Chef Horst Seehofer die Wähler mit ihrem faulen Kompromiß zur angeblichen "Obergrenze" für die Aufnahme sogenannter "Flüchtlinge" für dumm verkaufen wollen, sucht ihresgleichen. Schon der Begriff ist ein Etikettenschwindel. Ginge es nur um tatsächlich Verfolgte und Asylberechtigte, bräuchte man gar nicht darüber zu reden: Das betraf im vergangenen Jahr keine tausend von den Hunderttausenden, die über die Grenzen geströmt sind.

Es geht also um irreführend als "Flüchtlinge" deklarierte illegale Einwanderer. Mit allerlei Rechenricks - Abgeschobene, freiwillig Ausreisende, in der EU Umverteilte und Antragsteller aus zurückliegenden Jahren sollen herausfallen - will man suggerieren, ihre Zahl solle zweihunderttausend im Jahr nicht überschreiten. Nur damit Horst Seehofer diese willkürlich aus der Luft gegriffene Marke zu Hause als Erfolg verkaufen kann.

Selbst das würde bedeuten, daß Jahr für Jahr die Einwohnerzahl einer Großstadt wie Kassel oder Rostock in die Sozialsysteme einwandern würde - mehr als viermal so viele wie die USA aufzunehmen gedenken, für die die jährliche Festsetzung von Obergrenzen nach dem Maß des Verkraftbaren offenbar kein Problem darstellt.

Aber dabei wird es nicht bleiben. Zahlreiche Migrantenströme sind in der Rechnung gar nicht enthalten: die hunderttausendfache EU-Binnenzuwanderung aus Rumänien und Bulgarien etwa oder die großzügig verteilten Visa für Einwanderer vom Westbalkan, die den massenhaften Asylmißbrauch eindämmen sollten - Zehntausende sind seit Jahresbeginn allein auf diesem Weg gekommen.

Die Obergrenze wird zur Farce

Zudem ist der Formelkompromiß der Unionsparteien nur eine unverbindliche Absichtserklärung. "Wir wollen erreichen", heißt es in der zentralen Passage; da ist das Verfallsdatum zu Beginn der Koalitionsverhandlungen mit den Grünen schon eingepreist. Und jenseits aller

Rechenkunststückchen wird nach wie vor niemand an der Grenze abgewiesen. Wer sie überschreitet und "Asyl" sagt, bekommt ein Verfahren, mit dem er sich den Aufenthalt ersitzen kann.

Ohne wirksame Schließung der Grenzen ist jede vorgebliche "Begrenzung" eine Farce. Wie gehabt, will man sich von anderen abhängig machen: von europäischer Grenzsicherung, von nebulöser "Bekämpfung von Fluchtursachen" in den Herkunftsländern oder von fragwürdigen Abkommen wie dem Türkei-Deal. Das "CDU/CSU-Regelwerk zur Migration" ist somit ein Schönwetterpapier, das spätestens dann zur Makulatur wird, wenn die nächste Einwanderungswelle vor der Tür steht. Sollte das "wider Erwarten" eintreten, werden Bundesregierung und Bundestag eben "geeignete Anpassungen" beschließen.

Im Klartext: Die genannte Phantasiezahl gilt so lange, bis sie erreicht wird. Einen Plan für den Ernstfall will man heute wie damals nicht; das Unionspapier ist ein Dokument fortgesetzter Realitätsverweigerung und Lernresistenz. Was noch schwerer wiegt ist die Arroganz, mit der sich zwei Parteichefs anmaßen, durch einen einsamen Beschluß mal eben bestehendes Verfassungs- und Europarecht zum Asylverfahren zu entsorgen. Nach dem geltenden, von der Regierung Merkel schlicht nicht mehr angewendeten Artikel 16a des Grundgesetzes gilt für illegale Einwanderer, die als "Asylbewerber" über sichere Drittstaaten kommen, nämlich "Obergrenze null". Seehofer und Merkel machen daraus per Federstrich "200.000 plus X".

Ihr Kompromiß bedeutet de facto die Legalisierung illegaler Einwanderung über Pseudokontingente. Und nebenbei erledigen sie auch noch das Dublin-System und das europäische Asylrecht, das sie für reformbedürftig erklären. Wie Hohn muß auf rechtstreue Bürger die Ankündigung wirken, man wolle die "Anstrengungen verstärken", um "vollziehbar Ausreisepflichtige schnellstmöglich zurückzuführen". Obwohl die Zahl der abgelehnten Asylanträge in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen ist, stagniert die Zahl der Abschiebungen und dürfte in diesem Jahr sogar zurückgehen.

Einige Bundesländer begehen massiven Rechtsbruch

Faktisch finden Abschiebungen kaum noch statt und werden in einigen Bundesländern wie Berlin oder Thüringen offen sabotiert. Zu diesem staatlich geförderten Rechtsbruch fällt den Unionsparteien nichts ein. Und wenn doch, änderte dies nach dem faulen Kompromiß doch nichts an der Überlastung von Staat und Sozialkassen: Denn aufgrund des kuriosen Aufrechnungssystems, das CDU und CSU sich ausgedacht haben, dürfte für jeden abgeschobenen Illegalen ein anderer nachkommen.

Die Ankündigungen, grenznahe Asylzentren einzurichten und die Zahl der sicheren Herkunftsländer auszuweiten, sind durchschaubar lediglich Verhandlungsmasse für die Koalitionsgespräche mit den Grünen, die diese Forderungen strikt ablehnen. Für die FDP ist als Köder eine schwammige Formulierung zur "Fachkräfte-Zuwanderung" gedacht. Auch das ist entweder sinnlos oder eine weitere Hintertür, solange die massive illegale Einwanderung über den Asylmißbrauch nicht abgestellt wird.

Was CDU und CSU da ausgeheckt haben, taugt allenfalls als Einladungsschreiben zu "Jamaika-Koalitionsverhandlungen", die Angela Merkel noch einmal die Kanzlerschaft retten sollen, löst aber kein einziges Problem. Spätestens wenn die Migrationsströme im nächsten Frühjahr wieder anschwellen, kann Horst Seehofer schon mal überlegen, ob er die "Obergrenze" für das CSU-Ergebnis bei der nächsten bayerischen Landtagswahl von 40 Prozent minus X auf 30 Prozent minus X herabsetzen will.<<

18.10.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Oktober 2017: >>Deutschen Großstädten droht Bevölkerungsexplosion

Als Folge der unkontrollierten Masseneinwanderung, an der auch der Scheinkompromiß zwischen CDU und CSU mit einem völlig unverbindlichen "Kontingent" von 200.000 sogenannten Flüchtlingen jährlich nichts ändert, droht die Bevölkerung in den deutschen Ballungsgebieten regelrecht zu explodieren!

Davor warnt das Kölner "Institut der Deutschen Wirtschaft" (IW). Es geht davon aus, daß Großstädte, die bereits jetzt Migrantenanteile von 30 bis 40 Prozent in manchen Bezirken haben, mit einem weiterhin massiven Bevölkerungsanstieg rechnen müssen. Die Entwicklung werde sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren noch beschleunigen.

Allein für die Multikulti-Hauptstadt Berlin sagt das Kölner Institut einen durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 14,5 Prozent bis 2035 voraus.

Die bayrische Landeshauptstadt München muß demnach mit einem Bevölkerungsanstieg von etwa 14,4 Prozent bis zum Jahr 2035 rechnen. In Hamburg dürfte der Zuwachs bei etwa 9 Prozent liegen. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die biodeutsche Bevölkerung, wie jetzt schon in manchen Stadtteilen Berlins, in die Minderzahl gerät.

Neben der anhaltenden Masseneinwanderung aus arabischen und afrikanischen Staaten in unsere Sozialsysteme - Experten erwarten mittelfristig bis zu weitere sechs Millionen "Flüchtlinge" allein aus Afrika - tragen vor allem die hohen Geburtenraten in Migrantenfamilien zum schleichenden Bevölkerungsaustausch bei - dies ganz im Sinne linksgrüner "Umvölker" und ihrer CDU-Erfüllungsgehilfin im Kanzleramt.

Strategiepapier zur Abschaffung Deutschlands

Die Transformation der bundesdeutschen Gesellschaft fordert unumwunden einen "Leitfaden" der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Das unter dem Vorsitz von Aydan Özoguz (SPD), der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, erstellte Papier sieht in der Einwanderung einen quasi schicksalsartigen "Prozeß".

Der Begriff der "deutschen Leitkultur" sollte durch ein schwammiges "Leitbild" ersetzt werden, schlagen die Autoren vor.

Für Unternehmen, Behörden und andere Institutionen sollen Migranten-Quoten eingeführt werden.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 18. Oktober 2017: >>Euro-Kritiker scheitern vor Verfassungsgericht

Das Bundesverfassungsgericht hat eine Eilklage gegen die Ankäufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) zurückgewiesen. Geklagt hatten die früheren AfD-Politiker Bernd Lucke, Hans-Olaf-Henkel, der frühere stellvertretende CSU-Vorsitzende Peter Gauweiler sowie weitere Skeptiker der Euro-Rettungspolitik. Sie wollten eine einstweilige Anordnung des Gerichts erwirken, die es der EZB untersagt hätte, bis zur Entscheidung im Hauptsacheverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof weiter Anleihen aufzukaufen.

Im Juli hatte das Bundesverfassungsgericht in der Sache den Europäischen Gerichtshof eingeschaltet. Die Richter in Karlsruhe lehnten den Eilantrag nun mit der Begründung ab, daß eine einstweilige Anordnung die Entscheidung der Luxemburger Richter vorweggenommen hätte.

Um die Inflation hochzutreiben, kauft die EZB seit März 2015 Staatsanleihen und andere Wertpapiere - derzeit für 60 Milliarden Euro im Monat. Das Programm, dessen Risiken auch die nationalen Notenbanken tragen, soll noch bis mindestens Ende dieses Jahres laufen.

Ex-AfD-Chef Bernd Lucke reagierte auf das Urteil via Twitter: "Schade: Das Bundesverfassungsgericht lehnt meinen Antrag auf Anordnung gegen PSPP (Public Sector Purchase Programme) der EZB ab. Zumindest eine Debatte im Bundestag wäre angebracht gewesen."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Oktober 2017: >>Die Forschung bestätigt das Bauchgefühl

Ein Aufschrei ging durch die Medien, als der einfache Mann von der Straße diese als "Lügen-

presse", "einseitig" und "ideologisch verblendet" kritisierte. Doch nun zeigen aktuelle Forschungsberichte: Der gemeine Plebs von der Straße hat mehr als recht gehabt: Die deutschen Medien haben einen Schrott über die Flüchtlingskrise zusammengekleistert und sind ihrer Rolle als unabhängige Berichterstatter vorne und hinten nicht gerecht geworden.

"Die Studie zeigt auf, daß sich der Informationsjournalismus beim Thema Flüchtlinge praktisch nur für die Regierungspolitik, kaum aber für die Situation der in Deutschland angekommenen Flüchtlinge interessierte." Und: "Die Medien feierten sich und den liberalen Teil der Bevölkerung als großartige Menschenfreunde. Sie wollten nicht recherchieren und übergangen Skeptiker und Kritiker." Zu diesem Befund kommt der Hamburger Medienforscher Michael Haller in seiner jüngsten Studie über die Berichterstattung zur Flüchtlingskatastrophe.

Ausländerkriminalität ausgeblendet

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der Mainzer Medienforscher Marcus Maurer, der bestätigt, daß es bis zum Herbst 2015 einen "sehr positiven" Tenor der Berichterstattung über Migranten gegeben habe. Deutliche Probleme gab es bei der Berichterstattung über Kriminalität: Die Journalisten hätten nicht mehr die Realität wahrgenommen, geschweige denn über diese berichtet. Denn während in der Kriminalitätsstatistik deutlich mehr Gewaltdelikte von als gegen Migranten festgehalten wurden, hätten die Medien häufiger über Gewalt gegen Migranten berichtet als über Gewaltdelikte, die von Flüchtlingen verübt wurden. Zudem dominierten in den Talkshows vor allem Gäste, die sich für eine verstärkte Zuwanderung aussprachen. Wer dies kritisierte, sah sich doppelt so oft "konfrontativem Verhalten" von seiten der Moderatoren ausgesetzt als diejenigen, die sich für Zuwanderung stark machten.

Unglaubliche Medien

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die Chefin des Instituts für Demoskopie, Renate Köcher: Während die Medien immer noch voller Freude über die unkontrollierte Zuwanderung schwärmten, waren bereits im Oktober 2015 zwei Drittel der Deutschen der Meinung, die Flüchtlingswelle werde das Land stark verändern. 62 % der Bevölkerung befürchteten, mit den Flüchtlingen würden auch Terroristen eingeschleust. 57 % hatten das Gefühl, die Politik sei ratlos und Deutschland habe die Kontrolle über seine Grenzen verloren. Kein Wunder straft die Bevölkerung die Medien hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit ab:

Was die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, betrifft, vertrauen nur noch 30 % der Deutschen den Medien.

In Bezug auf die Kriminalität von Flüchtlingen sind es gar nur noch 23 %. Jeder Gebrauchtwagenhändler verfügt über eine höhere Glaubwürdigkeit!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Oktober 2017: >>Wie die Amtskirche vor dem Islam zu Kreuze kriecht

"In dieser Nacht, noch ehe der Hahn kräht, wirst du mich dreimal verleugnen." - Matthäus 26, Verleugnung des Petrus

Es gibt Fotos, bei denen muß der Betrachter dreimal hinschauen, um die ihnen innewohnende Ungeheuerlichkeit zu erfassen. Und selbst dann noch will man die geradezu perverse Dimension des Gesehenen nicht glauben. So ein Foto entstand vor einem Jahr bei einer Pilgerreise evangelischer und katholischer Bischöfe durch das Heilige Land.

Es zeigt die obersten Repräsentanten der beiden deutschen Amtskirchen vor dem Felsendom in Jerusalem: den Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz; den bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Beide Bischöfe tragen Kleidung, die sie als Männer des Glaubens ausweisen. Das Bemerkenswerte an dem Foto ist allerdings das, was man nicht sieht:

Das Kreuz, das die höchsten deutschen Kirchenvertreter sonst um den Hals tragen, fehlt.

Sie haben es sich in einem Akt der Unterwerfung vom Leib gerissen. Denn in der Bildmitte gibt es einen dritten Herrn: Scheich Omar Awadallah Kiswani. Die muslimischen Autoritäten hatten die deutschen Würdenträger gebeten, das Symbol ihres Glaubens abzulegen, um die religiösen Gefühle des Scheichs nicht zu verletzen. Einer Aufforderung, der die beiden christlichen Würdenträger eilfertig und devot nachkamen. Wochenlang machten danach Gläubige ihrer Empörung, ihrem Entsetzen, im Internet Luft.

Ein Jahr später folgte ein weiterer tiefer Bückling vor dem Islam:

Beim ökumenischen Gottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit im Mainzer Dom führte eine Muslima den Ein- und Auszug der Gläubigen beider christlichen Kirchen an. Während des Gottesdienstes im Angesicht des gekreuzigten Jesus Christus durfte sie "die Barmherzigkeit und die allumfassende Liebe Allahs zu uns Menschen" preisen. Kein Wort darüber, daß im Namen Allahs hunderttausende Christen in islamischen Ländern blutig verfolgt und ihre Gotteshäuser niedergebrannt werden; daß der Terror im Namen Allahs ("Allahu Akbar") jedes Jahr in Europa die Menschen in Angst und Schrecken versetzt.

Es sind dies zwei Beispiele von vielen, die in erschreckender Weise davon Zeugnis ablegen, wie die deutschen Amtskirchen vor dem Islam im wahrsten Sinne des Wortes zu Kreuze kriechen. Lebte Peter Scholl-Latour noch, er würde sich auf tragische Weise bestätigt sehen: "Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Abendlandes. Das Christentum hat teilweise schon abgedankt."

Keiner wirft sich dabei so tief in den Staub wie die beiden Gutmenschen Marx und Bedford-Strohm. Statt sich zu fragen, warum ihre Gotteshäuser oft gähnend leer sind, scheint den beiden Kirchenfürsten offenbar mehr daran gelegen, die Moscheen in Deutschland zu füllen. So sprach sich Marx in kaum unterdrückter Vorfreude auf eine Jamaika-Koalition für einen weitreichenden Anspruch auf Familiennachzug aus. Eine "Obergrenze für Flüchtlinge" - so etwas kann sich ohnehin nur der Leibhaftige ausgedacht haben!

Ist der Leibhaftige womöglich in den Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki gefahren? Der mächtige Kölner Kirchenfürst, der einst dem konservativen Flügel der Amtskirche zugerechnet wurde, verstieg sich unlängst zu dem Satz:

"Wer 'Ja' zu Kirchtürmen sagt, der muß auch 'Ja' sagen zum Minarett."

Bedford-Strohm will, daß der Islam "flächendeckend" an öffentlichen Schulen gelehrt wird. Er ist voll der Freude, wenn islamische Funktionäre in evangelischen Gottesdiensten sprechen. Da wundert nicht, daß sich dieser protestantische Amtskirchenfunktionär in ein Gremium zum Bau eines islamischen Zentrums berufen ließ.

Nun ja, hielt doch auch schon dessen Amtsvorgängerin, Margot Käßmann, die Angst vor einer Islamisierung Deutschlands für "Unsinn". Als eine der ersten "Kirchenvertreterinnen" machte sich die evangelische Ex-Bischöfin für eine breite "Willkommenskultur" in Deutschland stark: "Die Kraft ist sicher endlich, aber das Engagement muß es nicht sein. ..."

Blicken wir nach Rom: Franz Josef Strauß hätte den politisierenden Papst-Darsteller Franziskus wohl einen "Herz-Jesu-Marxisten" genannt. Flüchtlingsunterkünfte vergleicht das Oberhaupt der Katholiken mit "Konzentrationslagern". Beim Besuch des deutschen Grußaugust Frank-Walter Steinmeier vorvergangene Woche im Vatikan äußerte sich Franziskus "besorgt" über die hohe Akzeptanz der AfD in der deutschen Bevölkerung.

Dieser Papst, der Muslimen am Gründonnerstag die Füße wäscht, läßt die schleichende Islamisierung des Abendlandes widerspruchslos geschehen. Er verspielt die Autorität, mit der sich Benedikt XVI. Achtung und Respekt im Islam verschafft hatte.

PS: 2016 hielt die hohe Zahl der Kirchenaustritte weiter an. Mehr als 162.000 deutsche Katholiken kehrten ihrer Kirche den Rücken. Die EKD meldete 190.000 Austritte. Es gibt Zahlen, die kommentieren sich selbst.

Dem Gender-Gaga verfallen

Eigentlich sollte der Fall klar sein: Eine irre Theorie, die den Unterschied zwischen Mann und Frau zum bloßen "gesellschaftlichen Konstrukt" erklärt und von mal 60, mal 4.000 oder sonst wie vielen "Geschlechtern" faselt, die man sich nach Belieben aussuchen können soll, widerspricht dem Naturrecht und der Schöpfungsordnung, man könnte auch sagen: Der Realität. Die christlichen Kirchen sollten daher schon aus ihrem Selbstverständnis entschiedene Gegner von Gender-Gaga und der dahinterstehenden menschenfeindlichen Ideologie sein. Eigentlich. Tatsächlich pfeifen die beiden Amtskirchen auch hier die Zeitgeist-Melodie. Die katholische Deutsche Bischofskonferenz verordnet sich "Geschlechtersensibilität" und verharmlost mit Tagungen und Propagandabroschüren die Gender-Theorie als irgendwas mit Gleichberechtigung. Nur wenige Bischöfe protestieren gegen den Unfug. Und die EKD leistet sich seit etlichen Jahren nicht nur "Frauenquoten", sondern sogar ein ganzes "Studienzentrum für Genderfragen". Der Kirchensteuerzahler hat's ja.<<

24.10.2017

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 24. Oktober 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die katholische Kirche und die Europäische Union (x977/...): >>>**Der Heilige Stuhl und der "Kreißaal der EU"**

Eine wesentliche Entwicklungslinie, die zum Beginn und zur weiteren Förderung der europäischen Einheitsstaats-Bewegung geführt hat, zieht sich von Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Winston Churchill und dem US-Geheimdienst über das "American Committee for a United Europe" (ACUE), zur "Europäischen Bewegung", der "Union Europäischer Föderalisten" (UEF) und den "Europarat".

Diese weitgehend vom CIA mitfinanzierten hauptsächlichsten Organisationen bilden den Humus, welche die heute bis zur EU entwickelte Brüsseler Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben.

Zentrales Motiv der angloamerikanischen Förderung eines europäischen Staates ist es, eine Entwicklung Deutschlands als unabhängige, selbständige Nation für die Zukunft auszuschließen. Dies ergibt sich schon aus einem Papier des amerikanischen Außenministeriums vom Februar 1949, in dem es hieß, daß die Besatzungsherrschaft nur aufgelöst werden sollte, wenn "*ein angemessener Rahmen einer allgemeinen europäischen Union, in die Deutschland absorbiert werden kann*", existiere.

Die Initiative für einen solchen Rahmen solle man aber den Europäern selbst überlassen und sie nur von außen unterstützen. Die Initiative ist ja insbesondere von Coudenhove-Kalergi und Jean Monnet ergriffen worden. Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

Der Einfluß der römisch-katholischen Kirche

Eine zweite Linie geht vom "Heiligen Stuhl" in Rom aus. Die Päpste und die ihr unterstehenden Kirchenoberen haben die von den weltlichen "Eliten" betriebene Entwicklung zu einem europäischen Bundesstaat von Anfang an unterstützt. Eine der treibendsten katholischen Kräfte war Papst Pius XII.

Nach der Gründung der EWG und der EURATOM am 25. März 1957 in Rom, die der 1951 in Paris gegründeten Montanunion zur Seite traten, kritisierte er auf dem Europa-Kongreß, daß insbesondere die EWG noch keine eigentliche Gemeinschaft sei, weil ihr eine eigene Autorität fehle, die "wirkliche Gewalt" besitze und Verantwortung trage.

Er gab den politischen Akteuren die Aufgabe mit auf den Weg, "*für eine Stärkung der Exekutive in den bestehenden Gemeinschaften zu sorgen und damit die Konstituierung eines einheitlichen politischen Organismus ins Auge zu fassen.*" Eine europäische Außenpolitik schien ihm schon damals möglich und nötig.

Otto von Habsburg

Zu den intensiv in diesem Sinne für die Interessen der katholischen Kirche Wirkenden gehörte Otto von Habsburg, der 1912 geborene älteste Sohn von Karl I., des letzten, 1922 mit 35 Jahren im Exil in Portugal gestorbenen Kaisers von Österreich-Ungarn.

Kaiser Karl wurde *"von seinen Biografen einhellig eine tiefe Religiosität und bedingungslose Treue zur katholischen Kirche bescheinigt. Kritiker sehen in Karl einen "Befehlsempfänger der Kirche" (Brigitte Hamann), der als "politischer Diener der Kirche" sich sklavisch an die Vorgaben der Kirche gehalten und dadurch die Trennung von Staat und Kirche ignoriert hätte."*

Aus Dankbarkeit wurde er am 3. Oktober 2004 *"von Papst Johannes Paul II. in die Reihen der Seligen der römisch-katholischen Kirche aufgenommen. ... Die Kirche würdigte durch ihre Entscheidung Karls Sicht des Herrscheramtes als "Heiligen Dienst" und erklärte ihn zum Vorbild für politische Verantwortungsträger."*

Entsprechend tief war auch sein Sohn Otto mit der Katholischen Kirche verbunden. *"Seine Mutter erzog ihren Sohn auch nach dem Untergang der Doppelmonarchie und der 1921 in Ungarn beschlossenen Entthronung (Dethronisation) der Habsburger zu einem römisch-katholischen Monarchen."* (Wikipedia)

Er war ... ein herausragender Ritter des "Souveränen Malteserordens", einer katholischen Ordensgemeinschaft, die ein vorbildliches Leben nach den Lehren und Vorschriften der Kirche vorschreibt. Ebenso gehörte er dem "Orden vom Goldenen Vlies" an, dessen Ziel die Erhaltung des katholischen Glaubens, der Schutz der Kirche und die Wahrung der unbefleckten Ehre des Rittertums ist.

Ab Mitte der 1930er Jahre setzte sich Otto von Habsburg innerhalb der "Paneuropa-Union" an der Seite des Gründers Richard Graf von Coudenhove-Kalergi für die europäische Einigung, also einen europäischen Bundesstaat ein. Der römisch-katholische Laienorden "Opus Dei" favorisierte ihn als künftigen Monarchen über ein vereintes katholisches Europa.

Von 1957 bis 1973 war er Vizepräsident der Paneuropa-Union, von 1973 bis 2004 als Nachfolger Kalergis Präsident und von 2004 bis 2011 Ehrenpräsident. (Wikipedia) Nachdem er 1978 neben der österreichischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatte, war er von 1979 bis 1999 für die CSU Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Als Gegner des Nationalsozialismus floh er 1940 in die USA. Er pflegte intensive persönliche Kontakte zu Präsident Franklin Roosevelt und insbesondere Winston Churchill, den er für das Nachkriegskonzept einer Donauföderation interessierte. Nach seinen Vorstellungen sollte auf dem Gebiet des früheren Österreich-Ungarns ein neuer monarchischer Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn nach dem Vorbild Belgiens entstehen, der zwei große Bevölkerungsgruppen vereinigte.

Auch die Länder Bayern, Baden, Württemberg und Hohenzollern-Sigmaringen sollten als Monarchien wiederhergestellt und in einem sogenannten "Süddeutschen Bund" vereinigt werden. (Wikipedia)

Jozsef Retinger

Einen noch tiefer gehenden Einfluß übte der undurchsichtige Pole Dr. Jozsef Retinger (1888-1960) aus. Er absolvierte ... das Noviziat des Jesuiten-Ordens in Rom ab, hängte allerdings wegen der "zu großen Hürde des Zölibats" den Priesterberuf wieder an den Nagel.

Den Besuch einer katholischen Schule zu erwähnen, ist in unserem Zusammenhang nicht unwichtig, soll diese ihre Schüler doch im Geiste *"katholischer Lehre und Praxis"* erziehen. Und die von den Jesuiten gegründeten Schulen und Universitäten sollen *"Gewähr dafür bieten, daß kommende Generationen fest verwurzelt im katholischen Glauben heranwachsen - modern ausgedrückt, sicherten sie sich damit langfristig die kulturelle Hegemonie."* (Wikipedia)

Offensichtlich blieb Retinger auch Kirche und Orden weiterhin treu verbunden.

Während und nach seinem Studium ... kam er dank seines Förderers Graf Zamoyski mit zahl-

reichen führenden Leuten aus Kultur und Politik in Berührung. *"Etwa zur selben Zeit beginnt er seine politische Karriere ...*

Im Ersten Weltkrieg gelang es Retinger, *"Polen zu verlassen. Er trägt eine Reihe sehr wichtiger Dokumente und Briefe bei sich, unter anderen einen von Erzbischof Bilczewski an seinen Kollegen in Westminster (Kardinal Bourne). Des weiteren bekommt er Instruktionen von Bilczewski, und die Dokumente, die an Retinger übergeben wurden, tragen die Unterschriften von einigen 20 führenden polnischen Persönlichkeiten. Dank dieser Papiere ist Retinger in der Lage zu beweisen, daß er derjenige ist, der das Sagen hat, mit der vollen Handlungsvollmacht überall als ein Art polnischer Botschafter zu agieren."*

Seine Beziehungen zu führenden Persönlichkeiten der Westmächte führen ... dazu, daß er zur Verhandlungsdelegation des belgischen Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma gehört, die Anfang 1917 geheim einen Separatfrieden mit Kaiser Karl I. von Österreich-Ungarn sondieren soll.

"Dies ist ein komplexes Thema, weil der sogenannte Habsburg- oder Ledóchowski-Plan damit zu tun hat. Dieser Plan wollte für das Haus von Habsburg einen Staatenbund aus römisch-katholischen Ländern in Zentral- und Osteuropa arrangieren. Obwohl dieser Plan vom General der Jesuiten stammte, Graf Wladimir Ledóchowski - selbst ein Pole -, so erwies er sich ebenso, der Traum des späteren Papst Pius XII. zu sein. Um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen, wurde Retinger zu einem der Verhandlungsführer, zusammen mit Prinz Sixtus von Bourbon-Parma und dem General der Jesuiten. ...

Während des Zweiten Weltkrieges wurde er einer der engsten Berater von General Sikorski, dem Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung in England, der ihn den "Cousin des Teufels" nannte.

Nach dem Krieg setzte er sich intensiv für die europäische Integrationsbewegung ein und war 1947 maßgeblich an der Gründung der (vom "American Committee for a United Europe" geförderten) "Europäischen Bewegung" beteiligt, deren erster Generalsekretär er wurde und 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag organisierte, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.

Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Auch die Gründung des bis heute außerordentlich einflußreichen "Europarates" geht auf seine Initiative zurück. Schließlich entsprang auch die Gründung der "Bilderberger-Konferenzen" seinen strategischen Planungen, für die er Prinz Bernhard der Niederlande als Vorsitzenden und Symbolfigur gewann. (Wikipedia)

Das Wirken Józef Retingers für eine staatliche Einigung Europas im Sinne des Vatikans, sozusagen für ein "Heiliges Römisches Europa", war also noch ungleich grundlegender als das Otto von Habsburgs.

Im "Kreißaal der EU" in Rom

Die feierliche Unterzeichnungszeremonie der Gründungsverträge von EWG und EURATOM, den Vorläufern der EU, fand am 25. März 1957 ... in Rom ... statt. Von den für die 6 Gründungsländer Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnenden Staatsmänner waren die meisten - K. Adenauer, Chr. Pineau, A. Segni, J. Luns - katholisch geprägt.

Der Saal ist mit seinen Wandmalereien der Erinnerung an die kriegerischen Ursprünge des Römischen Imperiums gewidmet. Die Statuen zweier Päpste dokumentieren in geistiger Nachfolge des Imperiums den Machtanspruch der römisch-katholischen Kirche über die Seelen der Menschen.

Nach der Erhebung des Christentums zur römischen Staatsreligion im 4. Jh. hatte die römische Kirche Struktur und juristische Denkweise des zerfallenden römischen Imperiums ange-

nommen, der Bischof von Rom war mit Hilfe der Macht der römischen Kaiser gegen den Widerstand der meisten anderen Bischöfe zum Oberhaupt (Papst) aufgestiegen und hatte von den Kaisern das Amt des Pontifex Maximus, des obersten Priesters, übernommen. Die Auswahl des symbolträchtigen Ortes war sicher kein Zufall, sondern gezielt angeordnet.

Auch die Unterzeichnung des "Vertrages über eine Verfassung für Europa", der die EU bereits in einen Quasi-Bundesstaat erheben sollte, fand 47 Jahre später, am 29. Oktober 2004, feierlich in diesem Saal statt, den die Süddeutsche Zeitung daher in wohlwollender Flapsigkeit als "Kreißaal der EU" bezeichnete.

Dabei ist nicht unwesentlich, daß diese Verfassung maßgeblich unter der Leitung des Jesuitenzöglings und früheren französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing entworfen wurde, der wie Otto von Habsburg ein herausragender Ritter des "Souveränen Malteserordens" ist.

Die unterzeichnenden Staatsmänner saßen direkt unter der mächtigen, überlebensgroßen Statue des Papstes Innozenz X., der gleichsam seine segnende rechte Hand über sie ausstreckt. ... Innozenz X. war Papst von 1644-1655.

Als 1648 der Dreißigjährige Krieg - für die katholische Kirche praktisch erfolglos - mit dem Westfälischen Frieden beendet wurde, der den Herrschafts- und Einflußbereich der Protestanten festschrieb, wandte sich Innozenz mit aller Schärfe dagegen und verweigerte als einziger die Unterschrift unter den Friedensvertrag. Europa sollte katholisch bleiben und nicht teilweise unter protestantische Herrschaft geraten.

Der Papst erklärte in einem Schreiben ("Zelo domus Dei") *"kraft Apostolischer Machtvollkommenheit den Artikel des Westfälischen Friedens für nichtig, ungültig, unbillig, ungerecht, verdammt, verworfen, vergeblich, der Kräfte und Erfolge entbehrend für alle Zukunft, niemand sei zu ihrer Einhaltung verpflichtet."* (Wikipedia)

Die unterzeichnenden Staatsmänner blickten genau gegenüber auf die gleichfalls übermächtige Statue von Papst Urban VIII. (1623-1644), des unmittelbaren Vorgängers von Innozenz X. Papst Urbans unerbittlicher Vernichtungswille der deutschen Protestanten kam anlässlich der Verwüstung Magdeburgs am 20. Mai 1631 durch die Truppen der katholischen Liga zum Ausdruck. Es war zu tagelangen Raubzügen, Vergewaltigungen und Gewalttaten gekommen, bei denen mehr als 20.000 Bürger getötet wurden.

"In ganz Europa war man über dieses Massaker entsetzt, und es gilt als das größte und schlimmste während des Dreißigjährigen Krieges. Es hieß, die Taten und der Schrecken seien in ihrer Entsetzlichkeit 'nicht in Worte zu fassen und nicht mit Tränen zu beweinen'. Papst Urban VIII. hingegen verfaßte am 24. Juni 1631 ein Schreiben, in dem er seine Freude über die 'Vernichtung des Ketzernestes' zum Ausdruck brachte." (Wikipedia)

Was drückt sich in dieser Symbolik aus?

Aus der Ich-Kraft und dem Freiheitsimpuls Mitteleuropas erhob sich mit der Reformation die größte Rebellion gegen den religiösen Herrschaftsanspruch des Papsttums. Zwar geht von der verflachten Evangelischen Kirche von heute keine Gefahr mehr für Rom aus, aber man weiß, daß in dem Geistesstreben der Deutschen, wie es in der deutschen Klassik, Romantik und Philosophie des Idealismus besonders zum Ausdruck kam, *nach wie vor die größte Gegnerschaft schlummert.* ... Doch dieses Streben zielt danach, die Grenzen von Religion und Wissenschaft aufzuheben, so daß der Philosoph Schelling formulierte: *"Die deutsche Nation strebt mit ihrem ganzen Wesen nach Religion, die mit Erkenntnis verbunden und auf Wissenschaft begründet ist."*

Damit wird der Priester als Vermittler zwischen irdischer und göttlicher Welt überflüssig. Das ist schon in Luthers Tat veranlagt, der die jedermann zugänglichen Evangelien über die Dekrete des Papstes stellte. Daher wird auch Rudolf Steiner, der in Anknüpfung an den deutschen Idealismus ... einen wissenschaftlichen Weg zur Erkenntnis der geistig-göttlichen Welt,

eine Geistes-Wissenschaft begründete, von der katholischen Kirche auf allen Ebenen bekämpft. Im unmittelbaren Verhältnis jedes Menschen zur göttlich-geistigen Welt liegt die größte ... Bedrohung der Kirche.

Ein unabhängiges Deutschland mit einem freien Geistesleben muß daher verhindert und in einem europäischen Bundesstaat gebunden oder gar absorbiert werden.

Die 60-Jahr-Zeremonie

Die EU befindet sich gegenwärtig in einer schweren Krise, die einen besonders dramatischen Ausdruck in der Austrittserklärung Großbritanniens gefunden hat. Was lag da näher, als am 25. März 2017, dem 60. Jahrestag der Unterzeichnung der römischen Verträge, zusammenzurücken und im selben Saal in Rom die Gründungsideale erneut zu beschwören.

Die Regierungschefs der verbleibenden 27 EU-Staaten unterzeichneten feierlich eine Erklärung, die das Versprechen der EU auf Frieden, Freiheit und Wohlstand erneuern soll. *"Heute erneuern wir in Rom unser einzigartiges Bündnis freier Nationen, das vor 60 Jahren von unseren großartigen Vorgängern ins Leben gerufen wurde"*, sagte EU-Ratspräsident Donald Tusk. *"Sie hatten den Mut des Kolumbus, unbekannte Gewässer zu besegeln, eine neue Welt zu entdecken."*

Am Abend zuvor war man von Papst Franziskus in Audienz empfangen und eingestimmt worden. Er sparte nicht mit Kritik und Ermahnungen.

Sechzig Jahre später nach Rom zurückzukehren darf nicht bloß eine Reise in die Erinnerungen sein, sondern ist vielmehr das Verlangen, das lebendige Gedächtnis jenes Ereignisses wiederzuentdecken, um dessen Bedeutung in der Gegenwart zu verstehen. ...

'Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft', bekräftigte damals der luxemburgische Premierminister Bech, 'wird nur dann leben und erfolgreich sein, wenn sie in ihrem Bestehen dem Geist europäischer Solidarität, der sie geschaffen hat, treu bleibt und wenn der gemeinsame Wille des entstehenden Europas mächtiger ist als die nationalen Willensbestrebungen.'

Dieser Geist ist angesichts der zentrifugalen Kräfte wie auch der Versuchung, die Gründungsideale der Union auf produktive, wirtschaftliche und finanzielle Erfordernisse zu reduzieren, heute höchst notwendig. ...

Europa findet wieder Hoffnung in der Solidarität, die auch das wirksamste Heilmittel gegen die modernen Formen des Populismus ist. Die Solidarität bringt das Bewußtsein mit sich, Teil eines einzigen Körpers zu sein, und schließt gleichzeitig die Fähigkeit eines jeden Gliedes mit ein, mit dem anderen und dem Ganzen zu 'sympathisieren'. ...

Die Formen von Populismus hingegen sind eben Blüten des Egoismus, der in einen engen und erdrückenden Kreis einschließt und nicht zuläßt, die Enge der eigenen Gedanken zu überwinden und darüber hinaus zu sehen. Man muß wieder beginnen, europäisch zu denken, um die gegensätzliche Gefahr einer grauen Uniformität oder des Triumphs der Vielstaaterei (Partikularismen) abzuwehren. ...

Meinerseits kann ich nur versichern, daß der Heilige Stuhl und die Kirche ganz Europa nahe ist. An seinem Aufbau hat die Kirche stets mitgewirkt und wird immer mitwirken. Dazu bittet sie für Europa um den Segen des Herrn, damit er es beschütze und ihm Frieden und Fortschritt schenke."

Mit dem positiven Begriff "Europa" ist natürlich das Konstrukt der Europäischen Union gemeint, womit suggeriert wird, beide als identisch aufzufassen. Aus den Worten des Papstes wird der Wille zu einem europäischen Gesamtstaat, einem *einzigem Körper*, deutlich, in dem sich die Einzelstaaten mit ihren *nationalen Willensbestrebungen* einfügen und unterordnen sollen. Denn diese *zentrifugalen Kräfte* seien heute verführerischer *Populismus*, der nichts anderes als beschränkter nationaler Egoismus bedeute, dem der notwendige Weitblick fehle.



Zum Bild: Der gegenüber der politischen Ebene erhöhte Heilige Stuhl, auf dem der Papst in gebührendem Abstand über den anderen thront, suggeriert, daß er einer höheren geistigen Ordnung angehöre, daß er der göttlichen Welt nahe stehe, aus der er letztlich seine Weisheit, seine Handlungsimpulse und den göttlichen Segen empfangt, den weiter zu spenden, er kraft göttlichen Auftrags ermächtigt sei.

Die hierarchische Ordnung

Die römisch-katholische Kirche hat eine streng gegliederte Priesterhierarchie, die sich über den Gläubigen aufbaut und deren Verhältnis zur göttlichen Welt regelt und bestimmt. In ihrem Anspruch auch auf weltliche Herrschaft greift sie im Grunde auf die Form altorientalischer und altägyptischer Theokratien zurück, in denen der gottgleich verehrte oberste Priester zugleich oberster weltlicher Herrscher, absoluter Monarch war. Eine Karikatur dieses Strebens ist im Vatikanstaat erhalten geblieben, *"einer absoluten Wahlmonarchie, deren Monarch der Papst ist."* (Wikipedia)

In der geschichtlichen Folge waren aber die Theokratien in den religiösen Teil der Kirchen und den weltlichen Teil der Monarchien auseinandergebrochen, wobei beide die unmittelbare Einsetzung und Legitimation durch die göttliche Welt geltend machten.

Mit der Konkurrenz der Könige und Kaiser "von Gottes Gnaden" mußte sich die römische Kirche auseinandersetzen. Das ganze Mittelalter ist von diesem Kampf gekennzeichnet, in dem das Papsttum stets die oberste göttliche Legitimation behauptete und von Karl dem Großen an auch zumeist die Einsetzung und Krönung der weltlichen Herrscher des "Heiligen Römischen Reiches" als erneuertes römisches Reich durchgeführt hat. Schon an der Wahl waren die "Fürstbischöfe" der Kirche, die zugleich weltliche Landesherren waren, als Angehörige des Standes der Kurfürsten beteiligt. Die römische Kirche durchsetzte das weltliche Reich und übte auf Adel und Volk einen allgegenwärtigen Einfluß aus.

Reformation und Ende des "Heiligen Römischen Reiches" waren ein schwerer Schlag für die Macht der römischen Kirche. Offensichtlich sieht das reaktionäre Papsttum in einem europäischen Gesamtstaat die Möglichkeit, ein "Heiliges Römisches Reich" in neuer Form wieder aufzurichten, das natürlich unter den modernen Gegebenheiten einer demokratischen Fassade

bedarf.

Dahinter handelt es sich aber um ein hierarchisches System von Institutionen, die von einem neuen "politischen Adel" beherrscht werden, der von Mitgliedern oder Sympathisanten der Kirche durchsetzt sind und die Impulse der Kirchen bewußt oder unbewußt realisieren. Den Bürgern ist eine gesellschaftlich wirksame Mit- und Selbstbestimmung in der EU genauso verwehrt wie den Gläubigen die religiöse Selbstbestimmung in der römischen Kirche.

Es handelt sich um die wüsteste Reaktion gegen die vom wahren Christentum impulsive Entwicklung der Menschheit zu Freiheit und Selbstbestimmung. Die angeblich christliche römische Kirche arbeitet der zentralen Verheißung und dem damit verbundenen Auftrag Christi entgegen: *"Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen."*

Nachbemerkung:

Es paßt in den Zusammenhang des Themas, daß der neue französische Präsident Emmanuel Macron, der zwei Tage nach der deutschen Bundestagswahl weitere Kompetenzübertragungen auf die EU durch einen eigenen Eurozonen-Haushalt mit Ministerium, einen EU-Verteidigungs-Etat und eine europäische Asylbehörde forderte, ebenfalls Jesuitenschüler ist. *"Aus einer nichtreligiösen Familie stammend, ließ sich Macron als 12-Jähriger bei Eintritt in die Jesuitenschule (La Providence, in Amiens) auf eigenen Wunsch katholisch taufen."* (Wikipedia). Er besuchte diese Schule bis zum 17. Lebensjahr. ...<<

25.10.2017

BRD: Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krahe schreibt am 25. Oktober 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Die CDU hat fertig

Erstklassig beruft erstklassig, zweitklassig beruft drittklassig, drittklassig beruft viertklassig - der Satz konkretisiert die berühmte Regel von Machiavelli, wonach man einen Fürsten anhand seines Umfeldes bewerten kann.

Angela Merkel hat seit fast 20 Jahren in der CDU nur noch viertklassiges Personal berufen: Tauber, Altmaier, Kauder, von der Leyen. Alle Guten hat sie weggebissen: Merz, Koch, Guttenberg. Wer immer einen eigenen Gedanken hatte, vielleicht sogar einen originellen, mußte weg: denn er war eine Bedrohung für Merkels Machtanspruch.

Deshalb kommt in der CDU auch nach Merkel nichts mehr.

Weil niemand mehr da ist, der Vertrauen gewinnen kann. Aktuell beweist das die CDU in Sachsen. Der entscheidungsschwache, aber beliebte Ministerpräsident Tillich geht - und wird durch einen Nachwuchspolitiker ersetzt, der bei der Bundestagswahl seinen Heimatwahlkreis an die AfD verloren hat. Einen Wahlkreis wohlgerneht, der seit 1990 fest in CDU-Hand ist und bei dem 2013 noch 49,6 Prozent der Erststimmen auf die CDU entfielen. Was ihm im Kleinen widerfuhr, wird er in ganz Sachsen wiederholen: eine einstige CDU-Hochburg an die AfD übergeben.

Mit Merkels Personal ist das alternativlos.<<

26.10.2017

BRD: Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Oktober 2017: >>Mario Draghi gibt Vollgas im Nebel

Die EZB halbiert das Volumen ihrer Staatsanleihekäufe. Aber eine geldpolitische Wende ist das keineswegs! Mario Draghi tritt nicht auf die Bremse - im Gegenteil.

Mario Draghi tritt nicht auf die Bremse, wie manche meinen, nur weil das Volumen der Staatsanleihekäufe halbiert wird. Denn das Kaufprogramm wird verlängert. Der EZB-Präsident weigert sich, ein Ende der Staatsfinanzierung zu beschließen, von der vor allem Italien profitiert. Von einer geldpolitischen Wende der Zentralbank kann man schon deshalb nicht reden, weil das nicht die erste Reduzierung der Käufe bei gleichzeitiger Verlängerung ist.

Aufgrund der Wiederholung lassen sich die Folgen gut abschätzen. Bei einem Leitzins von null und politischen "Marktzinsen" steigen die Preise an den Vermögenmärkten weiter, was

Haus- oder Aktienbesitzer freuen mag, aber Sparer verzweifeln läßt, weil deren Altersvorsorge dahinschmilzt. Bald dürfte die EZB-Bilanz die Hälfte der Wirtschaftsleistung des Euro-raums umfassen, dann darf man wohl von finanzieller Planwirtschaft in der Währungsunion sprechen.

Wie Zentralbanker in Amerika gibt auch Draghi vor, die Märkte und die Volkswirtschaften steuern zu können. Dabei kann er nicht mal erklären, warum er sein Inflationsziel von 2 Prozent, das er wie eine Monstranz vor sich herträgt, nicht erreicht, obwohl die Konjunktur läuft und die Geldpolitik heute - zehn Jahre nach der Finanzkrise (!) - viel expansiver ist als damals. Auch vermag er nicht zu sagen, wieso die Löhne trotz Vollbeschäftigung nicht stärker steigen. Ein weiteres großes Rätsel ist, warum die Produktivität kaum wächst, obwohl die digitale Revolution so gut wie jeden Lebensbereich erfaßt.

Wo bleibt Draghis Demut?

Mehr Demut stünde auch Draghi gut zu Gesicht. Taugt das Inflationsziel noch? Werden Inflation und Produktivität richtig gemessen? Dürfen Zentralbanker überhaupt die Märkte ausschalten, wenn sie das Zusammenspiel globalisierter Volkswirtschaften nicht wirklich durchdringen? Was passiert, wenn die EZB den Zeitpunkt für den Ausstieg ihrer ultralockeren Politik verpaßt? Was macht sie dann im nächsten Abschwung?

Solche Fragen werden ausgeblendet, genauso wie die Risiken ihrer extremen Geldpolitik. Indem der Bestand an Staatsanleihen Monat für Monat wächst, wird die Geldpolitik immer expansiver, damit steigen die Gefahren für die Stabilität der Finanz- und Immobilienmärkte. Eine andere Politik mit der Rückkehr der Zinsen wird es erst dann geben, wenn Draghi nicht mehr im Amt ist.<<

28.10.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 28. Oktober 2017 (x892/...): >>2048 - wenn Notre-Dame Moschee ist

In diesen Tagen geht eine Meldung durch's Internet, daß ein Priester im einstmals erzkatholischen Wallfahrtsort Werl in Westfalen in einem Supermarkt von Moslems übel beschimpft und angegriffen worden sei. Noch vor sehr kurzer Zeit wäre das eine völlig unvorstellbare Meldung gewesen. Und doch hat Jelena Tschudinowa, eine russische Schriftstellerin, schon 2005 einen Roman geschrieben, der Ereignisse und Entwicklungen dieser Art in eine bedrückende, aber nicht hoffnungslose Zukunftsvision weiterdenkt.

Die Hände halten das Buch, es sinkt langsam, man schaut in die Ferne und denkt: "Wie konnte Jelena Tschudinowa vor bereits zwölf Jahren die kommende Entwicklung so deutlich sehen und schildern?" Das Buch heißt "Die Moschee Notre-Dame, Anno 2048" und ist, das schon vorweg, eine ebenso fesselnde wie nachdenklich machende Lektüre.

Nach den aktuellen Entwicklungen seit 2015, die an dieser Stelle gar nicht mehr benannt werden müssen, ist Tschudinowas dystopische Vision ganz und gar nicht mehr so weit entfernt. Sie erzählt von einem Westeuropa, das vom Islam dominiert wird: Notre-Dame ist Moschee, der Papst hat die Kirche aufgelöst, der Petersdom ist Müllkippe für den Abfall Roms. Die Menschen leben in Ghettos, die von Familienclans beherrscht werden.

Wir wollen diese bedrückende Vision nicht weiter ausführen. Viel interessanter ist der Widerstand, den Tschudinowa in den (wortwörtlich - ein gelungenes Bild!) Katakomben von Paris sich organisieren läßt (es stimmt ja, daß der Pariser Untergrund von Gängen und Höhlen durchlöchert ist wie ein Schweizer Käse). Es sind verschiedenste Gruppen, die den Widerstand bilden, und sie werden in ihren jeweiligen Vertretern durchaus glaubhaft dargestellt.

Eine ganz wesentliche Rolle spielt der Widerstand aus religiösen Gründen. Wie gesagt: die offizielle Kirche ist vom Papst aufgelöst worden. Was noch existiert, sind Gruppen von Gläubigen, die sich um die Priester der von Erzbischof Lefebvre gegründeten Priesterbruderschaft St. Pius X. scharen. Und an diesem Beispiel wird der Scharfblick, wird das sichere

Urteil der Autorin besonders deutlich.

Eine der Hauptpersonen des Buches, der junge Eugène-Olivier, trifft als Nichtchrist auf diesen katholischen Widerstand: er trifft auf Pater Lotaire, der noch ein Jahr im Seminar der "Piusbrüder" studieren konnte (bevor die Moslems es plünderten). In diesem Priester begegnet ihm die ganze Tradition nicht "nur" der Kirche, sondern jenes Europas, das von eben dieser Kirche geprägt ist. Warum Gott denn diesen Niedergang zugelassen habe, warum er zugelassen habe, daß Notre-Dame zur Moschee wurde, fragt er ihn an einer Stelle.

Und der Priester antwortet, daß dies sicher die Schuld der Vorfahren sei, weil sie das alles zugelassen haben, weil bereits sie Notre-Dame nicht als das Haus Gottes, sondern lediglich als Architekturdenkmal gesehen hatten. Das wiederum ist ein Bild, das so viel weiter greift als "nur" bis Notre-Dame als Gotteshaus: es ist ein Bild für den Glaubensverlust, der nicht erst in unserer Zeit so erdrutschartig zugenommen hat und letztlich der Grund für die Entwicklung ist. Entsprechend Hartes läßt Tschudinowa über eine bestimmte Art von Priestern des 20. Jahrhunderts sagen:

"Ich denke, sie, diese Priester des 20. Jahrhunderts, schmoren in der Hölle, die sie ebenfalls für eine Metapher hielten. Sie haben den Niedergang der römisch-katholischen Kirche zu verantworten und daß sie schließlich aufgehört hat zu existieren. Ihnen ist der närrische Wahlspruch zu verdanken, daß alle im Recht seien, Sie, und Sie und natürlich auch Sie, jeder auf seine eigene Art und Weise."

Genauso analytisch flicht die Autorin andere Ereignisse in die einzelnen Etappen der Entwicklung ein, die im Roman immer deutlicher wird. Fast schon vergessen ist doch heute z.B. die Rolle, die "der Westen" im Krieg gegen Serbien gespielt hat. Der Verfasser dieser Zeilen wurde bei der Lektüre urplötzlich daran erinnert, daß einer seiner Bekannten wegen seiner wohlbegründeten und auf eigener Anschauung beruhenden pro-serbischen Haltung seine hohe Stellung in der französischen Armee verlor, und ähnlich dürfte es vielen anderen Lesern auch gehen: wie viele von den Ereignissen, die zu der im Buch geschilderten Situation führen können, hat man doch schon in den Tiefen des Gedächtnisses so entlegen archiviert, daß sie kaum noch präsent sind!

Jelena Tschudinowa ist Russin. Ihre Kenntnis Frankreichs, der französischen Mentalität, ihre Wertung dessen, was im "Westen" geschah und geschieht, ist ganz erstaunlich. Und auch, wenn sie nicht orthodox, sondern katholisch ist, erstaunt ihre Kenntnis über die Lage der Kirche und ihre Kenntnis und ihre daraus erfolgende Einschätzung der "Piusbruderschaft", die in katholischen Kreisen des "Westens" durchaus nicht übermäßig bekannt ist.

Man nimmt das Buch wieder auf, das einem niedergesunken ist, sucht die Stelle, an der man die Lektüre unterbrochen hat und freut sich auf die nächsten Kapitel: es ist nämlich keineswegs so, daß dieses Buch eine intellektualistisch überladene, schwer verdauliche Kost ist. Ganz im Gegenteil! Man ist sofort im Geschehen, gespannt auf das, was kommen wird, man lebt in den Ereignissen, in den Umständen, sieht die Personen vor sich, die geschildert werden, man ist gespannt auf das, was sich entwickeln wird. Und man staunt über die logische Konsequenz der Entwicklung, die - mehr sei nicht verraten - nicht sofort im strahlenden Sieg, aber mit einem großen Zeichen der Hoffnung endet.

Der Renovamen-Verlag, der für die Übersetzung und Veröffentlichung dieses bemerkenswerten Buches gesorgt hat, hat damit für die Erfüllung eines Wunsches des berühmten Schriftstellers Jean Raspail gesorgt. Dieser hatte einmal sinngemäß gesagt, er für seinen Teil glaube an ein Weiterleben unserer Zivilisation, und sei es nur in kleinen, isolierten Reservaten, bis es dann eines Tages zum Aufbruch der Wiedereroberung kommen werde. Es sei aber nicht mehr seine Aufgabe, ein Buch zu schreiben, welches eine solche Situation schildert; das müßten nun andere tun.

Uns will es scheinen, als liege dieses Buch nun vor. Die spannende Lektüre sei unbedingt

empfohlen, dem Renovamen-Verlag sei für die Veröffentlichung gedankt und dem Buch, das sich bereits in mehreren Ländern seinen Weg gebahnt und erfreulich durchgesetzt hat, sei eine große, eine sehr große Verbreitung gewünscht.

Jelena Tschudinowa: Die Moschee Notre-Dame. Anno 2048. Renovamen-Verlag Bad Schmiedeberg 2017 ... <<

30.10.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 30. Oktober 2017 (x892/...): >>Aber am Ende wird Christus herrschen. Er wird sich diesen Thron zurückerobern.

"Dieser letzte Sonntag im Oktober ist ein Sonntag, der eigentlich das Herz eines Menschen, der Christus liebt, höher schlagen lassen sollte. Der Christkönigssonntag sollte für jeden Katholiken ein freudiger Anlaß sein, sich zum Christkönig zu bekennen und sich ihm zu weihen, und wir werden am Ende dieser Heiligen Messe die von Papst Pius XI. geforderte Weihe an den Christkönig, verbunden mit der Herz-Jesu-Litanei, erneuern.

Ein Blick in die Gegenwart ist erschütternd. Nichts ist vom Christkönigsgedanken mehr übrig geblieben. Das Fest wird zwar auch im neuen Meßritus gefeiert, am letzten Sonntag nach Pfingsten, aber es gibt kaum ein Fest im Kirchenjahr, dessen Bedeutung so herabgestuft und inhaltsleer geworden ist wie das Christkönigsfest. Vielmehr stellen wir fest, daß es den Feinden der Kirche gelungen ist, tatsächlich Christus vom Thron zu stoßen. Monsigneur Lefebvre, unser verehrter Gründer, hat dieses ja in einem seiner bekanntesten Bücher richtig festgestellt: "Sie haben ihn entthront".

Durch die drei Schlagwörter der französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, hat man den Christkönig, jedenfalls was das Äußere anbetrifft, regelrecht entmachtet. Die Freiheit heißt heute "Religionsfreiheit". Damit wir hier ein Mißverständnis einmal ausräumen: wenn die Priesterbruderschaft die Religionsfreiheit ablehnt, dann heißt das nicht, daß man jemanden zum katholischen Glauben zwingen kann, daß man hier einen Zwang ausüben kann.

Letztendlich muß natürlich das Gewissen eines jeden Menschen entscheiden, wo er dann sich hinwendet - ob er jetzt katholisch wird oder protestantisch ist oder ob er überhaupt nicht christlich ist, das kann letztlich niemand erzwingen, erzwungener Glaube wäre überhaupt kein Glaube. Das ist nie gemeint gewesen. Die Ablehnung der Religionsfreiheit meint eher diese These, diese Behauptung, daß auch in anderen Religionen Heilsmöglichkeiten sind und deshalb die Freiheit der Religionswahl besteht.

Jede Religion ist doch irgendwie gleich viel wert. Also die Herabstufung Christi auf eine Stufe mit allen anderen Religionsstiftern. Das ist geradezu erschütternd sichtbar geworden damals bei dem ersten Treffen in Assisi 1986, als Johannes Paul II. auf einer Stufe mit dem Dalai Lama und den anderen Religionsführern sichtbar sich dargestellt hat. Man nimmt Christus den alleinigen Anspruch auf die Wahrheit. Dabei sagt Christus ja selbst zu Pilatus: Wer aus der Wahrheit ist, der hört meine Stimme. Und wer eben nicht aus der Wahrheit ist, der wird blind für die Wahrheit, oder er kennt sie nicht mehr.

Dann die Gleichheit. Das ist dieser falsche Ökumenismus. Ökumene hat einmal früher bedeutet, die getrennten Brüder und Schwestern zur wahren Kirche zurückzuführen. Heute ist davon nichts mehr übrig. Im Gegenteil! Man will schon gar nicht mehr missionieren. Man hat irgendwie in diesem falschen Ökumenismus versucht, sich anzubiedern an die Protestanten, und das wird ja gerade sichtbar im Novus Ordo, in der neuen Messe.

Nachdem diese neue Messe konzipiert worden war, haben protestantische Religionsdiener gesagt, ja, diese Messe können wir auch mitfeiern. Das spricht Bände, dieses Zitat! Und gerade jetzt, im Lutherjahr - wir haben ja diesen Dienstag den Reformationstag, 500 Jahre Martin Luther - versucht man, irgendwie krampfhaft zusammenzukommen, was einfach nicht

geht. Ob das in der Sakramentenlehre geht oder in der Frage der Rechtfertigung: man versucht irgendwie, einen Konsens zu finden, der gar nicht möglich ist. Ach hier wieder: man stellt den Irrtum irgendwie auf die gleiche Stufe wie die Wahrheit.

Schließlich die Brüderlichkeit. Man hat ein Rätssystem geschaffen, welches den einzelnen Bischof quasi entmachtet. Die Bischofskonferenzen sind allmächtig, allgegenwärtig. Das haben wir selber erlebt, als jetzt der Papst der Priesterbruderschaft auch die Erlaubnis gegeben hat, Ehen zu schließen, also eine Delegation der offiziellen Kirche. Aber da kommen die Bischofskonferenzen und sagen en bloc: nein, wollen wir nicht. Und kein Bischof getraut sich mehr, gegen einen Beschluß der Bischofskonferenz anzugehen. Der Bischof, der einzelne Bischof ist also quasi entmachtet, und das ist ein schwerer Eingriff in die hierarchische Ordnung der Kirche. So hat das Christus nicht gewollt.

Also Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit - drei Möglichkeiten, drei Beispiele, wie man Christus vom Thron stößt und ihm diesen Anspruch nimmt, allein der König der Menschen zu sein und allein die Wahrheit zu vertreten. Ich bin der Weg, ich bin das Leben, und ich bin die Wahrheit. Eindeutig!

Nun: die Lehre vom Christkönig legt der heilige Paulus in der heutigen Lesung eindrucksvoll dar. Wer ist dieser Christus? Er ist das Ebenbild Gottes, der Erstgeborene vor aller Zeit. Durch sein Opfer am Kreuz hat er uns aus der Knechtschaft der Sünde befreit und sich damit ein Anrecht auf unsere Seelen erworben. Und jetzt als wörtliches Zitat: "Er ist vor allem, alles hat in im seinen Bestand. Alles ist durch ihn und für ihn und auf ihn hin erschaffen. Er ist das Haupt der Kirche." Das sind wunderbare Worte, und Papst Pius XI. legt das ebenfalls in seiner Christkönigszyklika Quas Primas ähnlich aus: durch das Opfer am Kreuz hat Christus sich ein Anrecht auf unsere Seelen erworben.

Und welche rechtliche Konsequenzen es hat, diesen erhabenen, liebenden König zu stürzen, das sehen wir täglich. Was haben die Menschen jetzt gewonnen, durch diesen Sturz, durch diese Entmachtung des Christkönigs? Kriege überall, Glaubensabfall, eine völlige Herrschaft des Bösen, alle Werte, auf die sich alle immer berufen, werden auf den Kopf gestellt. Wir erleben einen völligen Verfall der Sitten: wenn man denkt, es geht nicht tiefer, kommt immer noch etwas dazu, das noch tiefer geht. Man verherrlicht die Sünde! Man verherrlicht das Böse!

Abgesehen von diesen schrecklichen Dingen wie Abtreibung, Homosexualität, Kindesmißbrauch in ungeahnter Art und Weise heutzutage - das sind die Konsequenzen, wenn man sich vom Christkönig löst.

Nach diesen Überlegungen ist klar: die Menschheit muß zum Christkönig zurückkehren, oder sie wird untergehen. Und die Rückkehr zum Christkönig muß bei uns persönlich beginnen. Wir haben es im Evangelium deutlich gehört. Christus sagt zwar: "Mein Reich ist nicht von dieser Welt", das heißt nicht, daß Christus sich in diese Welt nicht einmischt. Wie könnte er? Er ist ja der Schöpfer, er hält die ganze Schöpfung in jedem Augenblick im Dasein. "Mein Reich ist nicht von dieser Welt" - die Art und Weise, wie er regiert, unterscheidet sich fundamental von dem, wie Regierungen ihre Rechte ausüben. Christus will nämlich zuerst die Herzen der Menschen gewinnen durch das Evangelium.

Das Evangelium ist die Botschaft der Liebe, der Vergebung und der Barmherzigkeit. Und das wird die Herzen der Menschen ändern. Wenn der Christkönig in den einzelnen Herzen der Menschen regiert und herrscht, dann werden sich die Staaten auch wieder zum Besseren bekehren, die Menschen werden sich ändern, und es wird dann auch wieder christliche Regierungen geben, die diesen Namen auch wirklich verdienen.

Und dann werden auch, man glaubt es kaum, die Kriege aufhören, Ungerechtigkeiten und all diese Dinge. Wie heißt es so schön in der Präfation, die wir jetzt gleich hören werden vor der heiligen Wandlung: "Dein Reich der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Liebe und des Frie-

dens." Und, meine lieben Gläubigen, dies ist nur mit, aber niemals gegen den Christkönig zu haben. Und diese Einrichtungen, die alles anfangen möchten, aber nur nicht Christus folgen mögen, wie die UNO, die EU und all diese Leute, mögen tausendfache Anstrengungen unternehmen, den Weltfrieden zu sichern - sie werden es nicht schaffen. Sie müssen zu Christus zurückkehren, dann ist es möglich, diesen Frieden zu bekommen, anders nicht.

Wir sehen schon aus diesen Überlegungen: bis es soweit ist, ist ein langer, langer Weg zurückzulegen. Aber wie sollen wir ans Ziel gelangen, wenn wir nicht einmal damit anfangen und schon am ersten Wegtage resignieren? Nehmen Sie sich nur ein Beispiel an diesen Revolutionären, über die wir jetzt so geklagt haben. Sie brauchten einen langen Atem, um ihr Werk der Zerstörung auszuführen.

Es dauerte ein paar Generationen, um dahin zu kommen, wo wir heute sind. Aber diese Revolutionäre haben niemals aufgegeben: der eine ist gestorben, der nächste hat weitergemacht, und so ging das immer weiter, bis sie jetzt ihr böses Ziel erreicht haben oder fast erreicht haben, es kommt ja nicht ganz zum Schlimmsten, weil vorher noch der liebe Gott da ist. Aber die hatten einen langen Atem. Wollen wir uns wirklich von diesen Revolutionären beschämen lassen? Und gleichgültig achselzuckend wegschauen, wenn Christus unaufhörlich beleidigt wird?

Also auch wir brauchen einen langen Atem, um zurückzukehren, und dieser Kampf, der wird Opfer kosten, vielleicht beim einen oder anderen sogar das Martyrium, wenn es der liebe Gott so will. Machen wir uns keine Illusionen! Aber am Ende wird Christus herrschen. Er wird sich diesen Thron zurückerobern. Im zweiten Psalm heißt es so wunderschön, daß die Heiden toben und Pläne schmieden gegen den Gesalbten, er aber, er lacht über sie. Er wird sie zertreten wie Töpfergeschirr.

Also, der Sieg des Messias ist vorausgesetzt, der Sieg des Christkönigs ist vorausgesagt, nur: wir können nicht unsere Hände in den Schoß legen und nichts tun, sondern wir müssen mitarbeiten mit Christus, an dem Ort, wo wir sind, durch unser Beispiel, durch unser christliches Leben, daß wir uns nicht wegducken wie die Feiglinge, wenn wir einmal vielleicht in einem Restaurant sind und das Gebet sprechen sollen, ein Kreuzzeichen machen.

Das sind alles so kleine Dinge, wo wir auch helfen können, um hier an diesen Christkönig zu erinnern.

Also wir wollen uns heute wieder ihm weihen, wir wollen ihm dienen, damit er herrschen möge, und damit den Grundstein und die Voraussetzung für eine friedliche Gesellschaft legen, eine Gesellschaft, die wieder nach den Zehn Geboten Gottes regiert wird, ein Reich der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens. Amen.

Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes. Gelobt sei Jesus Christus."

Predigt von P. Hubert Vogt FSSPX am Christkönigsfest, 29.10.2017, in der Maria-Hilf-Kirche in Ruppichteroth-Schönenberg<<

Oktober 2017

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/59-61): >>>Die fünf größten Profiteure

_ von Andrew Follett

"Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!" Wie bei Johann Tetzels Ablaßhandel gibt es auch bei der angedrohten Klimaverdammnis immer jemanden, der die Hand aufhält. Wer den größten Reibach mit der Angst macht, lesen Sie in dieser Rangliste.

Ökoaktivisten werfen Klimaskeptikern gerne vor, ihr Geld auf dem Rücken der Umwelt zu verdienen oder von der Erdöl-Lobby geschmiert zu sein. Dabei macht Letztere jährlich nur 46 Millionen Dollar locker, wie aus einer Analyse des US-Magazins Forbes von Anfang 2014 hervorgeht. Das ist etwa sechs Mal weniger als Greenpeace mit seinem 260-Millionen-Dollar-Budget von 2011. Laut Forbes kommen die fünf größten Öko-NGOs Greenpeace, The Nature

Conservancy, World Wildlife Fund (WWF), National Wildlife Federation und der Sierra Club zusammen auf mehr als 1,6 Milliarden Dollar pro Jahr.

Tatsächlich haben also die Aktivisten der globalen Erwärmung viel mehr Geld zur Verfügung als ihre Gegner. Die fünf Spitzenverdiener im Klima-Business sind folgende:

Platz 1: Al Gore

Der ehemalige US-Vizepräsident hat es durch seinen selbstlosen Einsatz gegen die globale Erwärmung geschafft, sein Privatvermögen von 700.000 Dollar im Jahr 2000 auf 200 Millionen Dollar im Jahr 2017 zu vergrößern. Gore sowie der ehemalige Chef von Goldman Sachs Asset Management, David Blood, machten zwischen 2008 und 2011 Profite in Höhe von 218 Millionen Dollar, und zwar durch den Handel mit Emissionszertifikaten - ein Geschäftsmodell, das alleine auf Gores zuvor geschürter CO2-Panik basiert.

"Al Gore ist auf dem Weg, der erste Kohlenstoff-Milliardär der Welt zu werden."

The Telegraph

Im Jahr 2008 war er in der Lage, atemberaubende 35 Millionen Dollar seines Gewinns in Hedgefonds und andere rentable Investments zu pumpen. Darüber hinaus hat er viel Geld in Unternehmen gesteckt, die kurz darauf im Zusammenhang mit neuen Klimagesetzen große Regierungszuwendungen erhielten. Dabei sprang für den Ex-Vizepräsidenten immer eine ordentliche Rendite heraus.

2009 schrieb *The Telegraph* dazu: "Al Gore 'profitiert' von der Klimaagenda" und sei auf dem Weg, "der erste Kohlenstoff-Milliardär der Welt zu werden".

2. Platz: Elon Musk

Der Starinvestor und Großunternehmer, der bereits als Anteilseigner des Bezahlsystems PayPal ein Vermögen machte, gründete eine Reihe innovativer Firmen wie den Elektroauto-Hersteller Tesla Motors, den Marktführer in Sachen Solarkollektoren SolarCity oder die Raumfahrtfirma SpaceX, die sich in Milliarden regierungsamtlicher Subventionen wälzen.

Im Jahr 2014 erhielt Musk 1,4 Milliarden Dollar von den Steuerzahlern in Nevada, um eine "Gigafabrik" für Tesla zu errichten. SolarCity erhielt ebenfalls große Summen, um nach Nevada zu ziehen - über eine Million Dollar flossen direkt aus dem Büro des Gouverneurs.

Als der US-Bundesstaat Änderungen an den Subventionen für Solarenergie vornahm, die zur Folge hatten, daß SolarCity nicht mehr begünstigt wurde, verließ das Unternehmen Nevada prompt. Mit anderen Standorten des Unternehmens war es zuvor ganz ähnlich gelaufen.

Der Autohersteller Tesla verkauft auch Lithium-Ionen-Batterien - sogenannte Powerwalls - für 7.000 Dollar pro Stück, die Strom in Privathaushalten speichern. Die ursprüngliche Absicht war es, Solar-Panels auf Dächern für Verbraucher erschwinglich zu machen. Die Powerwalls sollen sich nach Berechnung des Institute for Energy Research aber erst nach etwa 30 Jahren amortisieren, doch Tesla gibt lediglich zehn Jahre Garantie und schätzt, daß die Batterien nur etwa 15 Jahre lang halten werden.

3. Platz: Warren Buffet

Der US-Milliardär und Spekulant hat sehr viel in Stromversorgungsunternehmen wie NV Energy Inc., einen Elektrizitäts- und Gasversorger mit Sitz in Las Vegas, investiert und ist seit einiger Zeit auch auf den lukrativen grünen Energiezug aufgesprungen:

Berkshire Hathaway Energy hat knapp 30 Milliarden Dollar in erneuerbare Energiequellen investiert, vor allem in Windkraftanlagen.

Besonders stark hat sich Buffet bei der Lobbyarbeit in Sachen "Net-Metering" engagiert - hier geht es um die Vergütung von Strom aus privaten Wind- oder Photovoltaikanlagen. Ihm gelang die Revision eines Gesetzes in Nevada zugunsten der Stromversorger, also seiner Konzerne. Allein diese Änderung der Politik führte dazu, daß der rivalisierende Milliardär Elon Musk etwa 165 Millionen Dollar an einem einzigen Tag verlor.

4. Platz: Vinod Khosla

Der aus Indien stammende US-Milliardär wird als "Vater der sauberen Energierevolution" bezeichnet und hat über eine Milliarde Dollar in die Gründung von rund 50 verschiedenen Energie-Startups investiert. Ebenso steckt er hinter einigen der spektakulärsten Pleiten der Greentech-Industrie. Ans Aufgeben dachte er nie. Nach wie vor sieht er den Markt der erneuerbaren Energien als Profitquelle der Zukunft.

Viel Geld hat Khosla in den Treibstoffzusatz Ethanol gesteckt. Ob sich diese Investition rechnet, hängt stark von den Vorschriften der US-Regierung ab, die vorgibt, wieviel Ethanol Benzin enthalten muß. Steuernachlässe für den industriellen Alkohol haben die Regierung zwischen 1978 und 2012 bis zu 40 Milliarden Dollar gekostet, schreibt die Zeitschrift National Review.

Das Biosprit-Unternehmen KiOR wurde von Khosla maßgeblich finanziert und machte, nachdem es zuvor in den Himmel gelobt wurde, im November 2014 pleite - mit verheerenden Folgen für den US-Bundesstaat Mississippi, der KiOR einen zinslosen Kredit über 20 Jahre in Höhe von 75 Millionen Dollar gewährt hatte. Diese Gelder waren dem Unternehmen nur bewilligt worden, weil Khosla dem Staat versichert hatte, daß er Fabriken im Wert von 500 Millionen Dollar errichten und 1.000 Arbeitsplätze schaffen würde.

5. Platz: James Cameron

Der bekannte Filmregisseur und -produzent hat ebenfalls gewaltig vom Umweltaktivismus profitiert und erfreut sich eines einwandfreien, grünen Gewissens.

Anfang 2010 verstieg er sich laut BBC sogar zu der Behauptung, daß "wir in einer Weise mobil machen müssen wie während des Zweiten Weltkriegs", um die globale Erwärmung zu stoppen.

Über Wissenschaftler, die hinsichtlich des "Global Warmings" skeptisch sind, ließ Cameron in Wildwest-Manier verlauten: "Ich möchte diese Leugner auf die Straße heraufrufen, wenn die Sonne am höchsten steht, und diese Holzköpfe zum Duell fordern." Weiter sagte er: "Jeder Einzelne, der in dieser Zeit noch ein Leugner der globalen Erwärmung ist, hat seinen Kopf so tief in seinem Arsch, daß ich nicht weiß, ob er mich hören kann."

"Wir müssen gegen den Klimawandel mobil machen wie während des Zweiten Weltkriegs."

US-Regisseur James Cameron

Der Science-Fiction-Film *Avatar - Aufbruch nach Pandora* (2009), der die Zerstörung einer paradiesischen Welt durch fremde Eindringlinge und Ausbeuter thematisierte - und damit enorm auf der Welle des grünen Bewußtseins unserer Zeit ritt -, brachte Cameron über 650 Millionen Dollar ein, was ihn zu einem der reichsten Regisseure aller Zeiten machte.

Kampf gegen den Klima-Hitler

"Wir, die menschliche Spezies, sind mit einem planetaren Notfall konfrontiert - einer Bedrohung für das Überleben unserer Zivilisation, die in ihrer unheilvollen und destruktiven Kraft weiter steigt, während wir uns hier versammeln. ... Dennoch, trotz einer wachsenden Zahl ehrbarer Ausnahmen, sind immer noch zu viele Führer dieser Welt am besten mit den Worten Winston Churchills beschrieben, die er an jene richtete, die die Bedrohung durch Adolf Hitler ignorierten:

"Sie handeln merkwürdig paradox, entschieden nur darin, unentschieden zu sein, entschlossen zur Unentschlossenheit, unerbittlich in ihrer Wankelmütigkeit, fest in ihrer Flüssigkeit, allmächtig darin, ohnmächtig zu sein." (Aus einer Rede, die Al Gore am 10. Dezember 2007 in Oslo hielt, als er den Friedensnobelpreis entgegennahm)

_ Andrew Follett ist ein US-amerikanischer Journalist mit den Spezialbereichen Energie und Wissenschaft. Er schreibt für eine Reihe von Publikationen, unter anderem auch für die Webseite dailycaller.com, der dieser Text entnommen ist. COMPACT hat ihn leicht redigiert. Zuerst entdeckt haben wir den Artikel auf der Seite des Europäischen Instituts für Klima und

Energie (EIKE) und danken Chris Frey für die Übersetzung.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/62-63): >>**Windrad-Kommunismus**

_ von *Daniell Pföhringer*

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein planwirtschaftliches Instrument, das Gelder an die Ökostromanbieter umverteilt. Die Verbraucher zahlen die Zeche - vor allem die ärmsten.

In keinem anderen Land der Welt wird die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft, Windenergie, Solaranlagen, Biomasse und Geothermie finanziell so stark gefördert wie in Deutschland. Beliefern sich die Kosten der Energiewende bis 2015 schon auf rund 150 Milliarden Euro, könnten sie sich nach einer aktuellen Studie des Instituts für Wettbewerbsökonomie der Universität Düsseldorf (DICE) in den nächsten zehn Jahren auf insgesamt 520 Milliarden Euro erhöhen.

Das Subventionsvolumen für Erneuerbare beträgt inzwischen mehr als 25 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind über 300 Euro je Bundesbürger. Laut DICE ist allein für den Zeitraum 2016 bis 2025 mit einer Belastung von gut 37,50 Euro pro Monat und Einwohner zu rechnen. Von einer Verringerung der volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung, wie sie von der Bundesregierung im Zuge des übereilten Ausstiegs aus der Atomkraft nach Fukushima 2011 in Aussicht gestellt wurde, kann also keine Rede sein.

Energiopolitische Planwirtschaft

Das planwirtschaftliche Produktionsregime der Energiewende hat ein altes Prinzip der Elektrizitätswirtschaft außer Kraft gesetzt: Früher richtete sich die Produktion nach dem Verbrauch. Es wurde genau so viel angeboten, wie auch abgenommen wurde, denn Strom kann man schlecht speichern.

Doch heute bestimmt nicht mehr die Nachfrage das Produktionsvolumen, sondern die Natur, also Wind und Sonne. Herrscht eine steife Brise und strahlt gleichzeitig die Sonne, dann wird mehr Strom eingespeist als gebraucht wird. Die Netzbetreiber drosseln in diesem Fall ihre Kohle- und Gaskraftwerke, um eine Überlastung zu verhindern.

Bläst es noch stärker, müssen selbst Windparks vom Netz genommen werden, obwohl der Verbraucher weiter dafür zahlt. Auch das offenkundige Nord-Süd-Gefälle liegt in dieser Energie-Kommandowirtschaft begründet, da es auf einen klassischen Fehler zurückzuführen ist, der schon den früheren Ostblockstaaten zu schaffen machte, nämlich die mangelnde Synchronizität der Wirtschaftssektoren.

Soll heißen: Im Norden baut man die Landschaft mit Windrädern zu, hat aber nicht genügend Leitungen, um den produzierten Strom in den Süden zu bringen. Die dafür benötigten Trassen fehlen.

Versprochen ist versprochen und wird schnell gebrochen - das gilt auch für die Zusage Angela Merkels aus dem Jahr 2011, daß die EEG-Umlage nicht über den Wert von 3,53 Cent pro Kilowattstunde steigen werde. Mittlerweile hat sich die Umlage auf 6,88 Cent nahezu verdoppelt. Laut Berechnungen der Pro-Energiewende-Denkfabrik Agora, die von dem früheren Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) geleitet wird, soll die EEG-Umlage 2018 zwar minimal auf 6,74 Cent pro Kilowattstunde (kWh) sinken, dieser Wert ist allerdings mit Prognoseunsicherheiten behaftet, so daß tatsächlich eine Bandbreite zwischen 6,6 und 6,9 Cent möglich wäre. Schon 2019 sieht Agora die Kosten wieder deutlich ansteigen - und zwar auf mehr als 7,5 Cent je kWh.

Papa Staat greift zu

Statt der "Strompreisbremse", von der Kanzleramtschef Peter Altmaier einmal geredet hat, steht der Fuß weiterhin auf dem Gaspedal. So hat sich seit 1998 der Strompreis schon um sage und schreibe 70 Prozent erhöht, wofür hauptsächlich der Staat durch die Erhöhung von Steu-

ern, Gebühren und Abgaben verantwortlich ist.

Lag der durchschnittliche Preis für eine Kilowattstunde in Deutschland 1998 bei 17,1 Cent (berechnet auf der Grundlage eines Jahresverbrauchs von 3.500 kWh), stieg er bis 2011 auf 25,2 Cent und liegt aktuell bei 29,16 Cent. Der Staatsanteil erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 24,5 über 45,3 auf aktuell 55 Prozent. Der Anteil der EEG-Umlage - das ist im Grunde die Differenz zwischen dem Preis, den Stromerzeuger bekommen, und den garantierten Abnahmepreisen für Ökostrom - liegt derzeit bei 23,6 Prozent.

Die Stromkosten für private Haushalte in Deutschland liegen schon jetzt fast 50 Prozent über denen in Frankreich mit seinen 58 Atomreaktoren. Laut einer Studie des Karlsruher Instituts für Technologie dürften sich die Preise bis 2025 nochmal um 70 Prozent erhöhen.

Grassierende Stromarmut

Durch die Preisexplosion droht Energie inzwischen zu einem Luxusgut zu werden. Die sogenannte Stromarmut ist ein Phänomen, das sich im Zuge der Merkelschen Ökopolitik rasant ausgebreitet hat - vor allem die Bürger im Osten sind davon stark betroffen.

Laut Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Linksfraktion wurde 2016 rund 330.000 Haushalten in Deutschland der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Von 2011 bis 2015 schwankte die Zahl der jährlichen Sperren zwischen 312.000 und 352.000.

Schon im Energie-Wendejahr 2011 wurden beispielsweise in Sachsen rund 1,3 Millionen Mahnungen verschickt und rund 250.000 Sperrandrohungen ausgesprochen. Bei mehr als 21.600 Haushalten wurde diese Drohung auch wahr gemacht - sie waren zeitweilig komplett ohne Strom. Die Verbraucherzentrale sprach damals von einer Preissteigerung um 100 Prozent in den vergangenen 13 Jahren.

Inzwischen sind die Zahlen sogar noch weiter nach oben gegangen. Insbesondere für die 6,4 Millionen Hartz-IV-Bezieher und gut eine Million Sozialhilfeberechtigten in Deutschland wird die Teuerung zum Existenzproblem.

Nach Angaben des Verbraucherportals Verivox belaufen sich die realen Kosten eines Alleinstehenden für die Grundversorgung mit Strom im bundesweiten Durchschnitt auf 44,30 Euro monatlich und damit auf 26 Prozent mehr, als im Regelsatz dafür vorgesehen ist. Besonders gravierend ist auch in diesem Fall das Problem im Osten, weil der Strom dort teurer ist. So müssen Singlehaushalte in Brandenburg pro Monat rund 49 Euro für Strom aufwenden - und damit fast 40 Prozent mehr, als Hartz-IV-Bezieher für den Energiebedarf erhalten. Aufs Jahr gerechnet ergibt dies einen Fehlbetrag von 168 Euro.

In Mecklenburg-Vorpommern fallen im Schnitt gut 47 Euro pro Monat an Stromkosten an, in Thüringen 46 Euro. Hauptleidtragende des energiepolitischen Ökostrom-Sozialismus sind also wieder einmal die Ärmsten der Armen - jene Bevölkerungskreise, die sich wenig Gedanken über einen möglichst nachhaltigen Lifestyle machen können, weil es bei ihnen um das nackte Überleben geht. Die Energiewende ist damit nicht nur ein ökonomisch schädliches und unbezahlbares, sondern auch ein zutiefst unsoziales Projekt, bei dem es nur einen Gewinner gibt: die hochsubventionierte Wind- und Solarstromindustrie.

Schäfflers Einspruch

"Wir planen von der Spitze herab, wie viele Gaskraftwerke zu bauen und Kilometer Überlandleitungen zu errichten sind. Wir greifen ein in das Preisgefüge bei Strom aus sogenannter erneuerbarer Energie, indem wir umfangreiche Subventionstatbestände schaffen. Wir planen hier in Berlin, welcher Anteil des Stroms aus welcher Quelle produziert werden soll. Wir ignorieren dabei sämtliche ökonomischen Einsichten über das Funktionieren von Märkten und die Wichtigkeit des Preissystems als Mechanismus zur Vermittlung von Informationen. ...

An die Stelle der privaten und dezentralen Pläne der Unternehmer und ihrer Kunden setzen wir unsere angeblich überlegene Kenntnis, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft organisieren

sollen." (Aus der schriftlichen Begründung des FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler für seine Ablehnung des von seiner Partei mitbeschlossenen Atomausstiegs am 30. Juni 2011)
...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/65-66): >>Wollt Ihr den totalen Blackout?

_ von Daniell Pföhringer

Die Energiewende soll das Klima retten - doch bisher hat sie eher die Stromversorgung gefährdet. Seit dem überhasteten Atomausstieg gibt es immer wieder Netzzusammenbrüche - erst im Januar 2017 schrammte das Land haarscharf an einem Totalausfall vorbei. Ein solcher könnte schlimme Folgen haben.

Es gibt schon seltsame Zufälle, so wie Anfang Dezember 2012: Nur einen Tag, nachdem der damalige Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) davor warnte, daß es wegen der Stilllegung zahlreicher Kraftwerke zu Engpässen bei der Elektrizitätsversorgung kommen könnte, wurde es in Bayerns Landeshauptstadt München zappenduster.

In Schwabing, Pasing, Giesing, Sendling, Riem und anderen Teilen der Millionenmetropole blieben für mehr als zwei Stunden Straßen- und U-Bahnen stehen, Ampeln fielen aus, Fahrstühle streikten, elektronische Türen bewegten sich nicht mehr, und in den Krankenhäusern sprangen die Notaggregate an. Ursache des Strom-Blackouts war eine Störung im Umspannwerk - es stand nicht genügend Grundlast zur Verfügung.

Die meisten Münchner hätten sich dieses Chaos niemals vorstellen können, doch großflächige Ausfälle könnten auch anderswo schon bald keine Seltenheit mehr sein. Daß Wind- und Sonnenstrom nicht grundlastfähig sind, haben die Konstrukteure der Energiewende offenbar vergessen.

Gefährliche "Dunkelflauten"

Warnungen gab es genug. Bereits 2011 stellte die Wirtschaftsberatungsgesellschaft A.T. Kearney fest, daß die Versorgungssicherheit im zweiten Jahr der Energiewende stark gesunken war. Die Zahl der Netzausfälle steigt seit 2009 kontinuierlich an, und weil die Grundlast nach Abschaltung mehrerer Atommeiler vor allem durch fossile Kraftwerke erzeugt wird, nahm der Primärenergieverbrauch an Kohle, Öl und Gas nicht ab, sondern stark zu. Daß dies im Sinne des Umweltschutzes und der selbstgesteckten Klimaziele ist, darf bezweifelt werden.

"Unsere Energieversorgung ist unsicherer geworden."

Klaus Schäfer

Probleme gibt es meist in den Wintermonaten. Erst im Januar dieses Jahres wäre es sogar fast zu einem Ausfall des gesamten Netzes gekommen. Der Deutsche Wetterdienst meldete Durchschnittstemperaturen von minus 2,3 Grad, die damit unter den für den Jahresanfang üblichen Werten lagen. Die Sonne brach nur selten durch, oft war es windstill.

Solche "Dunkelflauten", so der Fachterminus der Energiewirtschaft, sind für das deutsche Elektrizitätsnetz, das zunehmend auf nicht speicherbaren Strom aus Windkraft- und Solaranlagen setzt, überaus gefährlich.

Besonders dramatisch war die Lage am 24. Januar 2017: Nach Angaben des Vorsitzenden der IG Bergbau Chemie Energie, Michael Vassiliadis, konnten die Netzbetreiber die Stromversorgung an diesem Tag nur mit größter Mühe aufrechterhalten. Die deutschen Verbraucher riefen mehr als 80 Gigawatt ab, von denen die Erneuerbaren nicht einmal fünf Prozent beisteuern konnten. An einen Import von Nachbarstaaten wie Frankreich war nicht zu denken, denn die hatten wegen der Kältewelle selbst arge Schwierigkeiten, ihren Bedarf zu decken. Daß die Lichter in Deutschland nicht komplett ausgingen, lag laut Vassiliadis nur daran, daß die Energieversorger "auch noch das letzte Reservekraftwerk" ans Netz nahmen.

"Kohle, Gas und Kernkraft hielten das Land quasi im Alleingang unter Strom", so der Ge-

werkschaftschef. Vor größeren Blackouts warnte im Mai dieses Jahres auch Klaus Schäfer. "Unsere Energieversorgung ist unsicherer geworden. Das läßt sich auch daran ablesen, wie häufig die Netzbetreiber eingreifen müssen, um Schlimmeres zu verhindern", so der Chef des Energiekonzerns Uniper. Das Thema sollte deshalb bei der Bundesregierung "ganz oben auf der Liste der Aufgaben" stehen. Leider ist das nicht der Fall - und das kann schwerwiegende Folgen haben.

Anarchische Zustände

Was nach einem großflächigen Stromausfall passieren kann, beschreibt der Schriftsteller Marc Elsberg in seinem 2012 erschienenen Technik-Thriller Blackout, für den er mehrere Jahre über die europäischen Energienetze recherchiert hat:

Versorgung und Infrastruktur brechen zusammen, Plünderungen und Anarchie breiten sich aus, die Städte versinken in Chaos und Gewalt. Die Zeitschrift Bild der Wissenschaft bezeichnete sein Szenario als "realitätsnah". "Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen", so Elsberg. Allein der Energiekreislauf Deutschlands ist insgesamt rund zwei Millionen Kilometer lang, die Leitungen würden etwa 45 Mal rund um die Erde reichen - und die Grundlast muß immer vorhanden sein. "Das Stromnetz ist das System der Systeme: Jeder Einzelne von uns hängt 24 Stunden am Tag von ihm ab", so Elsberg. "Ohne Strom stürzt eine Gesellschaft zurück ins Mittelalter."

"Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen."

Marc Elsberg

Daß ein Blackout eine westliche Gesellschaft tatsächlich an den Rand eines Bürgerkriegs führen kann, konnte man 2005 nach dem Hurrikan Katrina in den Südstaaten der USA beobachten: Zehntausende Menschen wurden obdachlos, den Notstromaggregaten in den Krankenhäusern ging der Treibstoff aus, Unruhen griffen um sich, bewaffnete Banden raubten im Schutz der Dunkelheit Supermärkte und Privatwohnungen aus. Nach drei Tagen erhielten Polizisten das Recht, Plünderer zu erschießen. "Während Katrina waren wir nicht in der wahren Welt, wir lebten in einem Holocaust", wurde David Benelli, damals Polizeileutnant in New Orleans, von den Medien zitiert.

"Hochgradig verletzbar"

Würde der Strom in ganz Deutschland ausfallen, sähe es nicht besser aus. "Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr. Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen", so Christoph Revermann, stellvertretender Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag.

Seine Forschungsstelle hat 2011 erstmals die Folgen eines Netzausfalls in mehreren Bundesländern untersucht und war zu dem Schluß gekommen: "Die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern erfolgt über ein eng verflochtenes Netzwerk an kritischen Infrastrukturen, die hochgradig verletzbar sind. Die Folgen eines Blackouts sind nicht beherrschbar, selbst unter Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen.

"Rund 430 Millionen Euro pro Stunde würde Deutschland ein solcher Stromkollaps kosten. Und dazu bräuchte es noch nicht mal eine Naturkatastrophe - die Energiewende reicht.

Elektrisierend

Der spannende Roman Blackout von Marc Elsberg zeigt, wie Europa nach einem beinahe flächendeckenden Stromausfall aussieht. In den Millionenstädten und auf dem Land wird es von einer Sekunde auf die andere dunkel, die Versorgung bricht zusammen, aus den Leitungen kommt bald kein Wasser mehr, Benzin und Lebensmittel werden knapp, die Straßen versinken im Müll, und Kriminalität breitet sich aus.

Ein italienischer Computerspezialist hat den Verdacht, daß es sich um einen terroristischen

Hacker-Angriff handeln könnte und geht der Sache nach. Doch schon bald gerät er selbst ins Visier von Polizei und Geheimdiensten. Elsborg, Jahrgang 1967, stammt aus Wien und wollte mit *Blackout* verdeutlichen, wie verletzlich von Elektrizität abhängige westliche Gesellschaften sind, vor allem nach einem Übergang zu Hacker-anfälligen digitalen Haushaltsmeßgeräten. Der Roman wurde im deutschsprachigen Raum über eine Million Mal verkauft, blieb mehrere Jahre auf der Spiegel-Bestsellerliste (Juli 2013: Platz 2) und wurde 2012 als Wissensbuch des Jahres in der Kategorie Unterhaltung ausgezeichnet. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.08.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x337/79) = Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete, Seite 79.

| | |
|------|---|
| x337 | Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016. |
| x341 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Zensur in der BRD</u> . Die schwarze Liste der verbotenen Autoren. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 9. Werder (Havel) 2016. |
| x342 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016. |
| x343 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler</u> . Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017. |
| x351 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Klimawandel</u> . Fakten gegen Hysterie. COMPACT-Spezial Nr. 15. Werder (Havel) 2017. |
| x357 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016. |

Internet

| | |
|--------|--|
| x887 | http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016 |
| x892 | http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id - Januar 2018 |
| x893 | http://www.katholisches.info ... - Februar 2018 |
| x931 | http://paxeuropa.de/2016/07/24/der-islam-548-schlachten-278-millionen-tote/ – Juli 2019 |
| x939 | https://horst-koch.de/christentumwo-thuerkauf/ - Juli 2019 |
| x944 | https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/08/29/die-geheime-macht-elite-hinter-dem-anglo-amerikanischen-imperialismus/ – November 2019 |
| x945 | https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/09/12/wie-die-geheimgesellschaft-skull-bones-die-schaltstellen-der-usa-besetzt/ – November 2019 |
| x953 | https://kritisches-netzwerk.de/forum/luegen-die-medien-propaganda-rudeljournalismus-und-der-kampf-um-die-oeffentliche-meinung - November 2019 |
| x964 | https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/09/29/die-deutsche-obrigkeitshoerigkeit-und-ihr-ursprung/ - November 2019 |
| x965 | https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/08/17/gezielte-verharmlosung-des-islam/ - November 2019 |
| x977 | https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/10/24/der-heilige-stuhl-und-der-kreisssaal-der-eu/#more-4262 - September 2020 |
| x994 | https://frankfurter-erklaerung.de/2017/04/1400-jahre-islamische-expansion-islamischer-imperialismus-und-islamischer-sklavenhandel/ - September 2020 |
| x1.000 | https://www.kla.tv - März 2021 |
| x1.014 | https://kenfm.de – Juni 2021 |
| x1.064 | https://www.rubikon.news/rubrik/2/artikel/deutschland-ein-besetztes-land – Januar 2022 |
| x1.068 | https://www.heise.de/newsticker/meldung/Fukushima-sechs-Jahre-nach-dem-AKW-Gau-Die-Regierung-verraet-die-Opfer-3647996.html - Januar 2022 |
| x1.076 | https://eike-klima-energie.eu/2017/07/28/was-ist-wahr-die-photosynthese-oder-die-geschichte-vom-klimamakiller-co2/ - März 2022 |
| x1.106 | https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/04/02/globale-planung-der-massenmigration/#more-1545 - April 2022 |
| x1.138 | https://www.kla.tv - April 2022 |

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014